

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

121. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 4., Montag, 9. und Dienstag, 10. Dezember 1968

Tagesordnung

1. Grüner Plan 1969
2. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969
Spezialdebatte
Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft

Inhalt

Nationalrat

Festansprache des Präsidenten Dr. Maleta:
20 Jahre Deklaration der Menschenrechte
(S. 10054)

Fragestunde

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten Dr. Hertha Firnberg (1972/M), Dr. Scrinzi (1911/M, 1918/M, 1982/M), Sandmeier (1946/M), Lanc (1921/M), Peter (1910/M), Harwalik (1947/M), Moser (1971/M), Zeillinger (1908/M, 1909/M), Dr. Hauser (1933/M) und Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (1990/M) (S. 9942)

Geschäftsbehandlung

Unterbrechungen der Sitzung (S. 9989 und S. 10054)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortung (S. 9953)

Ausschüsse

Zuweisung der Regierungsvorlage 1031 (S. 9953)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1969) (1030 d. B.)

Berichterstatter: Deutschmann (S. 9954)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (990 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969 (1040 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VIII: Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste

Spezialberichterstatter: Deutschmann (S. 9955)

Redner: Meißl (S. 9957 und S. 9995), Kinzl (S. 9962), Pfeifer (S. 9965 und S. 10005), Steiner (S. 9970), Robak (S. 9977), Dipl.-Ing. Fink (S. 9983), Fux (S. 9985 und S. 10053), Griebner (S. 9990), Ing. Karl Hofstetter (S. 10000), Fachleutner (S. 10007), Peter (S. 10009), Pansi (S. 10015 und S. 10089), Grundemann-Falkenberg (S. 10027), Spielbüchler (S. 10032), Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 10036), Adam Pichler (S. 10043), Nimmervoll (S. 10048), Dipl.-Ing. Tschida (S. 10056), Dr. Scrinzi (S. 10063), Bundesminister Dr. Schleinzer (S. 10073), Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs (S. 10080), Kern (S. 10091), Dr. Staribacher (S. 10096) und Zeillinger (S. 10101)

Antrag Dr. Withalm, Dr. Pittermann auf Vertagung der Budgetverhandlungen (S. 10091) — Annahme (S. 10111)

Kenntnisnahme des Grünen Planes (S. 10111)

Annahme der Beratungsgruppe VIII (S. 10111)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

1054: Änderung der Notariatsordnung und Bestimmungen über die Notariatsprüfung (S. 9953)

Anfragen der Abgeordneten

Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend die Einhebung der Rundfunk- und Fernsehgebühren (1021/J)

Dkfm. Androsch und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Kosten des Autobahnbaus (1022/J)

Robert Weisz, Ströer und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend Verwendung diverser Budgetansätze im Jahre 1968 (1023/J)

Steinhuber, Exler und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Werkverträge (1024/J)

Steinhuber, Exler und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend Werkverträge (1025/J)

Ströer und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Subventionierung von außerhalb des Bundesjugendringes stehenden Organisationen (1026/J)

Ströer, Lanc und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, betreffend Öffentlichkeitsarbeit (1027/J)

Ströer, Lanc und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend Öffentlichkeitsarbeit (1028/J)

Ströer, Lanc und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte

Unternehmungen, betreffend Öffentlichkeitsarbeit (1029/J)

Dr. Kranzlmayr, Mayr, Kinzl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend angebliche Einschau von Finanzämtern in die Kundenkarteien von Reisebüros (1030/J)

Meißl, Melter, Peter, Dr. Scrinzi, Dr. van Tongel und Zeillinger an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend das zwischen ÖVP und SPÖ ausgehandelte Abkommen über die Aufrechterhaltung beziehungsweise Ausweitung des parteipolitischen Proporz in der verstaatlichten Industrie (1031/J)

Melter, Peter und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Schulnotstand (1032/J)

Lanc und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Richtlinien über die Vergabe von Förderungsmitteln (1033/J)

Steinhuber, Exler und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, betreffend Werkverträge (1034/J)

Steinhuber, Exler und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Werkverträge (1035/J)

Steinhuber, Exler und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend Werkverträge (1036/J)

Steinhuber, Exler und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Werkverträge (1037/J)

Thalhammer, Wielandner und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend die Gegenüberstellung des Kostenaufwandes für die Beantwortung parlamentarischer Anfragen mit dem Kostenaufwand für die sogenannte Öffentlichkeitsarbeit (1038/J)

Pay und Genossen an den Bundesminister für Justiz, betreffend eine Aufsichtsbeschwerde gegen den Gerichtsvorsteher des Bezirksgerichtes Voitsberg, Oberlandesgerichtsrat Dr. Heribert Mara (1039/J)

Anfragebeantwortung

Eingelangt ist die Antwort

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Ströer und Genossen (916/A. B. zu 938/J)

Beginn der Sitzung: 16 Uhr 20 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta,
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner,
Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde. Ich beginne jetzt — um 16 Uhr 20 Minuten — mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundesministerium für Unterricht

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordnete Dr. Hertha Firnberg (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Unterricht, betreffend Betrag für Hochschulen im Budget 1969.

1972/M

Welchen Betrag haben Sie bei den Verhandlungen über die Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz 1969 für die Post 1/12303 (Hochschulen, Anlagen) für notwendig gehalten und beantragt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Unterricht Dr. Piffi-Perčević: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Was ich bei der von Ihnen angegebenen Post in den Verhandlungen mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen beantragt habe, geht aus

den Ziffern des Bundesvoranschlages und aus der Liste hervor, die der Herr Bundesminister für Finanzen erstellt hat und die richtig die Ziffer 70 Millionen aufweist.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordnete Dr. Hertha Firnberg: Herr Minister! Ich bedaure sehr, daß ich diese Frage wiederholen mußte; ich habe sie ja bereits anlässlich der Debatte zum Kapitel Unterricht gestellt und dabei gleichzeitig vorgeschlagen, das Tempo der Hochschulreform etwas dem Raketenzeitalter anzupassen. Leider hat sich Ihre Antwort darauf beschränkt, mir den Vorschlag zu unterbreiten, mich an das alte Sprichwort „Gut Ding braucht Weile“ zu halten. Ich habe aber keinerlei Antwort auf meine Anfragen betreffend die Zahlen des Budgetansatzes bekommen. Sie haben für diese Post 170 Millionen beantragt. Diese Post setzt sich aber aus den verschiedensten Einzelpositionen zusammen, und das ist den Unterlagen des Herrn Finanzministers nicht zu entnehmen. 170 Millionen haben Sie beantragt, 100 Millionen wurden genehmigt, 70 Millionen gestrichen. Darf ich also noch einmal fragen: Auf welche Positionen bezieht sich die Kürzung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Frau Abgeordnete! Sie bezieht sich vor allem auf die großen Posten, die Sie im Teilheft zum Bundes-

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević

voranschlag 1969 ersehen können, wie insbesondere maschinelle Anlagen und sonstige Einrichtungserfordernisse, also die Anliegen zur intensiveren Ausstattung unserer Hochschulinstitute, was Maschinen und maschinelle Anlagen anlangt, also insbesondere die technischen Anliegen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordnete Dr. Hertha Firnberg: Herr Minister! Sie können also nicht die Details der Streichungen angeben. Darf ich noch einmal fragen: Können wir hier nicht Details haben, welche Anlagenvorschläge, welche Ausstattungsvorschläge gestrichen wurden? Ich darf annehmen, daß Sie die Erhöhung dieser Positionen aus guten Gründen beantragt haben. Wenn das also abgelehnt wurde, sind Sie nicht der Meinung, daß damit der von Ihnen deklarierte Vorrang für Bildung und Forschung doch erheblich eingeschränkt wurde?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Der Vorrang wurde keineswegs eingeschränkt, wenn er auch nach den Intentionen des Unterrichtsministers sicherlich noch eine deutlichere Hervorhebung vertragen hätte. Wenn Sie, Frau Abgeordnete, fragen, welche einzelnen Anliegen wegen der Kürzung nunmehr nicht voll oder überhaupt nicht zum Zug kommen, so erlaube ich mir auf die Anfrage zu verweisen, die sich auf den Gesamtbetrag bezog, sodaß ich nicht die Unterlagen habe, zu den einzelnen, wahrscheinlich viele Hunderte, aber jedenfalls mehrere Positionen umfassenden Anliegen Stellung nehmen zu können. Hätte ich gewußt, daß Sie das interessiert, und hätten Sie das in der Anfrage zum Ausdruck gebracht, hätte ich diese Liste sicherlich mitgebracht. *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Aber es war doch anzunehmen, daß ich das genauer wissen will!)*

Präsident: 2. Anfrage: Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ) an den Herrn Unterrichtsminister, betreffend Begutachtungsverfahren.

1911/M

Warum wurde im Zusammenhang mit dem Ministerialentwurf für ein Gesetz über die technischen und montanistischen Studienrichtungen sowie über jene der Bodenkultur hinsichtlich des Begutachtungsverfahrens beziehungsweise der Vorberatung anders vorgegangen als bei der Erarbeitung des Entwurfes für ein Gesetz über die juristischen Studienrichtungen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die besondere Behandlung der juristischen Studienangelegenheiten resultiert aus der Zeit der Beratungen

über das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz. Dieses Gesetz sieht eine Zweiteilung des Studiums in ein Magisterium, also in ein Diplomstudium, und in ein Doktoratsstudium vor. Das war für die Technischen Hochschulen einschließlich der Hochschule für Bodenkultur nichts Neues. Für die Juristen war es aber ein ganz neuer Gegenstand der Überlegungen. Daher haben wir schon damals im Zuge der Beratungen über das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz die Fakultäten gebeten, hierüber Beratungen zu pflegen, an denen das Ministerium teilgenommen hat. Diese Art der Beratungen haben wir fortgesetzt, und erst auf Grund dieser Beratungen, auf Grund der Enqueten, die erst im Herbst dieses Jahres abgeschlossen wurden, wird es zur Aussendung des begutachtungsfähigen Entwurfes kommen. So wie bei den technischen Studienrichtungen wird es dann zur Enquete und schließlich zur Fertigstellung einer Regierungsvorlage kommen. Nur aus diesen historischen Gründen ist also zu erklären, warum ein anderer Vorgang als bei den technischen Fakultäten und Richtungen, für die das Wesentliche nichts Neues bedeutete, gewählt wurde.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Scrinzi: Herr Bundesminister! Die Bedeutung des Technikstudiums und die besonderen Schwierigkeiten, denen wir uns dabei gegenübersehen — die Frage der Gestaltung der Studienpläne im Sinne der Raffung und damit der Kürzung der durchschnittlichen Studiendauer —, lassen es doch sehr angezeigt erscheinen, daß man gerade die Studentenschaft der Technischen Hochschule und der Hochschule für Bodenkultur in einem besonderen Ausmaß hört. Nun ist aber die Studentenschaft aufgefordert worden, in 22 Exemplaren ihre Stellungnahme vorzulegen, sodaß ich annehme, daß gemeinsame Beratungen, wie sie auch das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz vorsieht und möglich macht, nicht mehr geplant sind.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Herr Abgeordneter, Sie befinden sich diesbezüglich in einem Irrtum. Sie sind natürlich geplant, und das ist auch vom Gesetz vorgeschrieben. Im § 3 des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes ist die Enquete unter zwingender Beiziehung der Hochschülerschaft vorgesehen, und zu dieser Enquete wird es auf Grund der jetzt einlangenden Stellungnahmen zu dem ersten Entwurf, der übrigens auch schon unter Mitwirkung der Studenten, etwa der Technischen Hochschule in Graz, zustande kam, auch kommen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Scrinzi: Ich darf also Ihre Antwort so verstehen, daß in dem dann nach Aussendung des Entwurfes abrollenden Begutachtungsverfahren im Sinne des § 3 der Studentenschaft ausreichend Gelegenheit gegeben wird, dazu Stellung zu nehmen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Die Studentenschaft hat schon jetzt im Begutachtungsverfahren die Möglichkeit, kraft des Hochschülerschaftsgesetzes, aber auch kraft sonstiger Überlegungen Stellung zu nehmen, und in der vom Gesetz vorgesehenen Enquete hat sie auf breiter Front die Chance, ihre Meinungen zur Geltung zu bringen.

Präsident: 3. Anfrage: Abgeordneter Sandmeier (*ÖVP*) an den Herrn Unterrichtsminister, betreffend Lehrkanzeln für Unfallchirurgie.

1946/M

An welchen medizinischen Fakultäten wurden bereits Lehrkanzeln für Unfallchirurgie errichtet?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Herr Abgeordneter! In dem jetzt im Zuge befindlichen Budgetjahr sind für die Universität Wien zwei Extraordinariate für Unfallchirurgie vorgesehen. Für die Universität Innsbruck ist im kommenden Budgetjahr eine Lehrkanzel für Unfallchirurgie in Aussicht genommen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Sandmeier: Herr Bundesminister! Ist daran gedacht, auch an der dritten medizinischen Fakultät, also in Graz, eine Lehrkanzel für Unfallchirurgie zu errichten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Das Unterrichtsministerium würde es begrüßen, wenn die Grazer medizinische Fakultät einen solchen Antrag stellte.

Präsident: 4. Anfrage: Abgeordneter Lane (*SPÖ*) an den Herrn Unterrichtsminister, betreffend Subventionierung von Sportorganisationen.

1921/M

Welche Kriterien sind für die Subventionierung von Sportorganisationen durch das Bundesministerium für Unterricht aus Budgetmitteln maßgeblich?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Kriterien sind allgemein zunächst in den Richtlinien festgelegt, die für alle Förderungen des Unter-

richtsministeriums gelten, die aus dem Jahre 1955 stammen. Es gibt spätere Richtlinien, die im Einvernehmen mit dem Rechnungshof und dem Finanzministerium zu erarbeiten waren. Diese Richtlinien sehen im wesentlichen vor, daß die Förderung dem österreichischen Breiten-, Leistungs- und Spitzensport zuzuwenden sei, daß hiebei die schon erwähnten Förderungsrichtlinien für den Bereich des Unterrichtsressorts zu beachten wären, daß sich die Förderung in allererster Linie bleibenden Werten zuwenden soll, also im Sinne des Sportstättenplanes, der Errichtung und Verdichtung von Schwimmhallen, Turnsälen, Sporthallen, Mehrzwecksportplätzen und Kunsteisbahnen, wobei als Spezialrichtlinie gilt, daß etwa — ich führe das als Beispiel an — Kunsteisbahnen dort bevorzugt zu errichten und zu fördern sind, wo ein sonstiger Wintersport nicht möglich ist. Solche und ähnliche Erwägungen sind also maßgeblich.

Es heißt dann weiter, daß die Förderung von Sportanlagen vor allem auf die internationalen Anliegen, auf den internationalen Sportverkehr Bedacht nehmen soll, aber auch auf gesamtösterreichische Sportbelange und auf besondere Sportarten, die sich in der Erstellung ihrer Spezialplätze besonders schwer tun.

Schließlich ist zu prüfen, ob die wirtschaftliche Lage des Förderungswerbers eine Förderung notwendig macht. Förderungen zum Zwecke von bloßen Rücklagenbildungen sind nicht gestattet.

In den Richtlinien heißt es weiter, daß vor allem nach der sachlichen Bedeutung und nach dem Gesamtaufwand des betreffenden Förderungswerbers und seines Anliegens vorzugehen ist. Hiebei ist auch zu beachten, ob andere Bundesdienststellen oder die öffentliche Hand, etwa Gebietskörperschaften, sich mitbeteiligen beziehungsweise herangezogen werden können, denn die Förderung soll im wesentlichen eine Ergänzung sein.

Die Förderung ist unter Umständen an Bedingungen zu knüpfen, die gewährleistet sollen, daß die Intentionen der Förderung auch tatsächlich in Erfüllung gehen. Daher können Förderungsmitteln Vereine, Verbände, Organisationen und so weiter gewährt werden, sofern die Förderungswerber Aufgaben erfüllen, die förderungswürdige sportliche Zwecke zum Ziele haben.

Es heißt dann weiter, daß nicht in Form einer Selbstförderung gefördert werden dürfe — Sie wissen, das ist ein Anliegen des Rechnungshofes —, also etwa Sportanlagen des Bundes selbst.

In den Förderungskriterien heißt es weiter: Förderungsmittel sollen für den Sport möglichst unmittelbar wirksam eingesetzt wer-

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević

den und nur im unbedingt notwendigen Ausmaß für administrative Anliegen und organisatorische Aufgaben gewährt werden, die auch indirekt dem Sport zugute kommen; aber das erste Anliegen ist die direkte Fruchtbarmachung für den unmittelbaren Sport.

Schließlich wird hinsichtlich der Verrechnung noch Entsprechendes verfügt, damit die widmungsgemäße Verwendung geprüft und gewährleistet werden kann.

Weiter ist festgelegt, daß bei Nichtvorlage der Nachweisungen oder bei Feststellung nicht zweckmäßiger Verwendung die Förderungsmittel rückgefordert werden können. Im Sonderfall, wenn sich die Richtlinien für einen Fall nicht vollends eignen sollten, ist Rücksprache mit dem Finanzministerium zu pflegen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Lanc: Herr Bundesminister! Ist es ein Ausfluß dieser Richtlinien, daß zum Beispiel bei der Förderung der Sportdachverbände im Jahre 1967 — wie wir Ihrer schriftlichen Anfragebeantwortung entnommen haben — mehr als zwei Drittel der Beträge an einen einzelnen Dachverband und nur weniger als ein Drittel an die beiden anderen Sportdachverbände ausgeschüttet worden sind?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Hier ist nicht vorzugehen nach der Teilung: drei verschiedene Dachverbände ungleich beteiligt, sondern nach den Leistungen, die sie mit diesen Förderungen zu tätigen uns nachgewiesen haben.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Lanc: Herr Minister! Darf ich diese Ihre Antwort so verstehen, daß mehr als zwei Drittel der sportlichen Leistungen in Österreich von der „Union“ und weniger als ein Drittel von den Sportlern der beiden anderen Dachverbände erbracht werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Das ist nicht gemeint hinsichtlich der konkreten sportlichen Betätigungen, sondern hinsichtlich der Sportanlagen. Es kann also sein, daß in einem Jahr durch eine besonders große Sportanlage eines Vereines, eines bestimmten Dach- oder Fachverbandes Mittel stärker in Anspruch genommen werden müssen, um dieses Anliegen überhaupt verwirklichen zu können, in einem anderen Jahr mag es dann ein anderer Dachverband sein.

Präsident: 5. Anfrage: Abgeordneter Peter (FPÖ) an den Herrn Unterrichtsminister,

betreffend Prüfungsbedingungen für Turnlehrer an höheren Schulen.

1910/M

Da die Prüfungsbedingungen für Turnlehrer an höheren Schulen (Prüfungsvorschrift für das Lehramt an Mittelschulen, BGBl. Nr. 271/1937) ungerechtfertigte Härten für die Kandidaten enthalten, frage ich Sie, Herr Bundesminister, bis wann mit einer den Gegebenheiten Rechnung tragenden Abänderung der gegenständlichen Vorschriften gerechnet werden kann.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Herr Abgeordneter! Sie sprechen von ungerechtfertigten Härten für die Kandidaten, ohne diese Härten speziell zu benennen, sodaß über die Frage, was berechtigt oder unberechtigt ist — eine gewisse Härte gehört im Körpersport ja wahrscheinlich dazu —, keine Klarheit besteht. Immerhin werden diese Fragen neu bearbeitet, nicht zuletzt im Zuge der Ausarbeitung des besonderen Studiengesetzes für das Studium zum Lehramt an höheren Schulen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Peter: Herr Bundesminister! An mich wurde dieses Problem in der Form herangetragen, daß für jede Disziplin eine Mindestleistung, die sehr hoch gesteckt ist, verlangt wird. Wenn dieser Leistungsnachweis in einer Disziplin nicht erbracht wird, dann ist mit keinem positiven Abschluß zu rechnen.

Wäre es möglich, daß, wenn in einer Disziplin eine Fehlleistung vorliegt, ein Gesamtergebnis doch zu einem positiven Abschluß führen könnte?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Dieses Problem stellt sich bei allen Prüfungen, die mehrere Anliegen haben, sodaß das Versagen etwa in der einen Sparte dennoch ein positives Gesamtkalkül zuläßt. Das ist selbstverständlich auch hier das Anliegen, und ich werde auch mir unmittelbar zugekommenen einzelnen Klagen, daß auf ganz spezielle Einzelleistungen zu sehr Wert gelegt wird, im Zuge der Neuordnung der Prüfungsvorschriften sicherlich Rechnung tragen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Peter: Ich glaube, daß das umso berechtigter ist, als zum Beispiel die Trainer unserer Ski-Nationalmannschaft selbst auch nicht mehr Spitzensportler sind. Daher bin ich der Meinung, daß diese Mindestleistung nicht in die Nähe einer Rekordleistung gehoben werden soll. Ich bitte, hier nach Möglichkeit eine erträgliche Mitte finden zu wollen.

9946

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 4. Dezember 1968

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Piffl-Perčević:** Ich werde selbstverständlich bestrebt sein, dies zu tun und zu finden.

Präsident: 6. Anfrage: Abgeordneter Harwalik (*ÖVP*) an den Herrn Unterrichtsminister, betreffend Theatersammlung der Nationalbibliothek.

1947/M

Welche Maßnahmen beabsichtigt das Bundesministerium für Unterricht zu treffen, um die interessanten Bestände der Theatersammlung der Österreichischen Nationalbibliothek einem breiten Publikum zugänglich zu machen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Piffl-Perčević:** Herr Abgeordneter! Die Theatersammlung der Nationalbibliothek, die aber noch nicht geordnet ist, hat wohl die bedeutsamsten Bestände an Museumswürdigkeiten im überschaubaren europäischen Raum. Daher ist das Unterrichtsministerium bestrebt, sie nicht nur in Magazinen verstauben zu lassen, sondern sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Daher sind Verhandlungen mit der Betriebsgesellschaft Laxenburg im Gange, Räume im sogenannten „Blauen Hof“, der zurzeit mit Denkmalschutzmitteln renoviert wird, zu bekommen und so der breiten interessierten Öffentlichkeit, aber auch gelegentlichen Besuchern diese Schätze zugänglich zu machen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Harwalik:** Herr Bundesminister! Welchen Zeitrahmen werden diese Maßnahmen ungefähr beanspruchen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Piffl-Perčević:** Hier wage ich, gewitzigt durch unangenehme Erfahrungen bezüglich Terminangaben, eine Prognose nicht zu stellen. Ich kann nur erwähnen, daß wir mit der Betriebsgesellschaft in Verhandlungen sind. Es handelt sich zum Teil auch um Mittel, über welche der Bund nicht verfügungsberechtigt ist. Denn er hat ja zunächst einmal nur die Denkmalschutzmittel beizustellen, sodaß ich mit gutem Gewissen keine Prognose stellen kann.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Präsident: 7. Anfrage: Abgeordneter Doktor Scrinzi (*FPÖ*) an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, betreffend Widerstand Italiens gegen einen Vertrag der EWG mit Österreich.

1918/M

Sind Ihrem Ministerium Berichte darüber zugegangen, mit welcher Begründung Italien an seinem Widerstand gegen einen Vertragsabschluß der EWG mit Österreich festhält?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. **Waldheim:** Herr Abgeordneter! Der Widerstand Italiens gegen einen Vertragsabschluß der EWG mit Österreich kam darin zum Ausdruck, daß Italien im Jahre 1967 im Ausschuß der Ständigen Vertreter der EWG-Minister der Erteilung eines erweiterten Verhandlungsmandats an die EWG-Kommission für Verhandlungen eines Vertrages besonderer Art mit Österreich die Zustimmung verweigerte. Als Grund für diese Weigerung wurden die angeblich unzureichenden Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung zur Bekämpfung von Terroraktionen in Südtirol angegeben. Inzwischen haben die Terroraktionen in Südtirol bekanntlich aufgehört.

In den seither mit Italien geführten Gesprächen, zuletzt mit dem italienischen Außenminister Medici in Genf und in New York, habe ich nicht ermangelt, auf diesen Umstand mit allem Ernst zu verweisen und der Erwartung Ausdruck zu geben, daß das italienische Veto nunmehr aufgehoben wird. Aus der Reaktion meines italienischen Kollegen habe ich den Eindruck gewonnen, daß diese Frage in Rom derzeit im Lichte der jüngsten Entwicklung geprüft wird. Ich kann sohin nur hoffen, daß sie baldigst einer positiven Erledigung zugeführt werden wird.

Herr Abgeordneter! Ich möchte in diesem Zusammenhang jedoch nicht unerwähnt lassen, daß sich das italienische Veto nicht gegen Österreich allein richtet, sondern praktisch gegen alle jene europäischen Staaten, die, wie Österreich, nicht die Vollmitgliedschaft oder Assoziierung mit der EWG anstreben. Italien hat nämlich bereits im Jahre 1964 eine allgemeine Integrationsdoktrin entwickelt. Dieser Doktrin zufolge bestehen für die Erweiterung der Gemeinschaft, soweit dieselbe europäische Staaten betrifft, lediglich die Möglichkeiten einer Mitgliedschaft oder einer Assoziierung, wobei jedoch eine Assoziierung nur als Vorstufe für eine spätere Mitgliedschaft in Betracht käme.

Bei Aufrechterhaltung dieses italienischen Standpunktes würde sich sohin das Veto nicht nur gegen Österreich, sondern auch gegen alle jene anderen Staaten richten, die, wie zum Beispiel die Schweiz, aus dem einen oder anderen Grunde keine Mitgliedschaft bei der EWG anstreben.

Bundesminister Dr. Waldheim

Wie ich in letzter Zeit wiederholt Gelegenheit hatte festzustellen, scheint die Situation derzeit jedoch für eine Erweiterung der EWG weder durch Aufnahme von Vollmitgliedern noch durch Abschluß von Sonderverträgen, wie zum Beispiel jenem, den Österreich im Jahre 1961 in Brüssel deponiert hat, reif zu sein. Wir haben darüber in der Debatte heute vormittag und auch nachmittag ja gesprochen. Dies ist nicht Schuld Österreichs, sondern liegt in den gegenwärtigen europäischen Verhältnissen, in der europäischen Konstellation, die offenbar eine Erweiterung der Gemeinschaft in der einen oder anderen Richtung nicht zuläßt. Derzeit jedenfalls nicht. Das kann sich ändern, ich hoffe es wenigstens.

Es stehen daher seit Beginn dieses Jahres verschiedene Vorschläge einzelner Mitglieder oder Mitgliedergruppen der EWG zur Diskussion, die versuchen, die gegenwärtige Stagnation durch eine Politik der kleinen Schritte zu überwinden. Hiezu gehören bekanntlich die deutsch-französischen Vorschläge für präferenzielle Handelsarrangements. Es bleibt abzuwarten, wie sich Italien zu diesen Vorschlägen stellen wird.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi:** Eine von mir nicht besonders geschätzte Wochenzeitung hat im Zusammenhang mit Äußerungen, die Sie einem Vertreter dieser Zeitung gegenüber nach Ihrem New Yorker Gespräch mit Medici getan haben, unter Berufung auf Auffassungen und Ansichten von prominenten Persönlichkeiten Italiens die Ansicht geäußert, es sei die italienische Sorge, daß verstärkte Assoziationsbemühungen Österreichs um eine Aufnahme in die EWG, eventuell in Form eines besonderen Vertrages, die politische Situation in Mitteleuropa in Anbetracht der jüngsten Ereignisse belasten könnten.

Herr Bundesminister! Darf ich fragen: Haben Sie irgendeinen Anhaltspunkt für derartige Mutmaßungen in Gesprächen mit italienischen Gesprächspartnern gewinnen können?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Waldheim:** Herr Abgeordneter! Ich habe dafür keinerlei Anzeichen in meinen Gesprächen mit Medici erkennen können. Ich persönlich halte von derartigen Vermutungen durchaus nichts. Ich bin der Meinung, daß das nicht damit zusammenhängt.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi:** Die gleiche Wochenzeitung meint auch in Zusammenhang mit Ihren New Yorker Kontaktnahmen mit

Medici, daß dem Außenamt von italienischer Seite bedeutet worden sei, der Vorteil der Aufrechterhaltung des italienischen Vetos gegen unsere Bemühungen bestehe darin, daß man eine bessere Verhandlungsposition, um weitere Zugeständnisse in den Südtirol-Verhandlungen zu erreichen, habe, und zweitens, daß man fürchte, die Aufhebung des italienischen Vetos würde Terroranschläge neuerlich begünstigen.

Haben Sie irgendeinen Anhaltspunkt dafür, der die Ansicht dieser Zeitung stützen könnte?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Waldheim:** Nein, Herr Abgeordneter, ich habe dafür keinerlei Anzeichen.

Präsident: Die 8. Anfrage wurde zurückgezogen.

9. Anfrage: Abgeordneter Dr. **Scrinzi (FPÖ)** an den Herrn Außenminister, betreffend Erklärung des amerikanischen Außenministers vor der NATO-Konferenz am 15. November 1968.

1982/M

Liegt dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten der authentische Wortlaut jener Erklärung vor, die der amerikanische Außenminister Dean Rusk vor der NATO-Ministerkonferenz am 15. November 1968 in bezug auf Österreich abgegeben hat?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Waldheim:** Nach den bekannten Pressemeldungen hat der amerikanische Außenminister Dean Rusk im Rahmen der NATO-Ministerratstagung in Brüssel am 15. November dieses Jahres Äußerungen über die Sicherheitsinteressen der NATO im Zusammenhang mit der Sicherheit einiger Nichtmitgliedstaaten, darunter auch Österreich, gemacht. Da es sich hierbei um eine interne Erklärung handelte, sind die Worte Herrn Rusks nicht veröffentlicht worden, sodaß ein authentischer Text, Herr Abgeordneter, nicht zur Verfügung steht.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang auf Erklärungen Dean Rusks selbst verweisen, und zwar stammt das aus einer Meldung der „Agence France Press“ vom 1. Dezember, die folgendermaßen lautet: „Rusk trat aus seiner üblichen Reserve heraus, um mit harten Worten Berichte zu dementieren, wonach er auf der letzten NATO-Ministerratssitzung in Brüssel erklärt haben soll, daß der „NATO-Schirm“ auch auf Österreich, Rumänien und Jugoslawien ausgedehnt werden sollte.“

„Auf eine diesbezügliche Frage erklärte er“ — nämlich Rusk —, „er habe mit seinen Kollegen im NATO-Rat lediglich gewisse Möglichkeiten erörtert, die sich im Gefolge der Intervention

Bundesminister Dr. Waldheim

der Streitkräfte des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei ergeben könnten.

Rusk kritisierte scharf einige Mitglieder anderer NATO-Delegationen, die diese „Indiskretion“ der Presse zukommen ließen. Er verwahrte sich entschieden dagegen, daß der Eindruck erweckt wurde, daß er an einen automatischen Schutz der NATO für die drei erwähnten Länder gedacht habe. Es ist offenkundig, daß sich außerhalb der NATO gewisse Dinge ereignen und Probleme schaffen könnten. Aber ich hatte keineswegs die Absicht — so äußerte sich Rusk nach dieser „Agence France Press“-Meldung —, „in diesem Zusammenhang eine öffentliche Debatte in Gang zu setzen. Ich habe nur über gewisse Dinge mit den Außenministern privat gesprochen.“

Soviel also über die Erklärung, die Rusk selbst zu diesem Thema kürzlich abgegeben hat.

Tatsache ist jedenfalls nach den vorliegenden Meldungen, die uns selbstverständlich vorliegen, daß Österreich in Brüssel im Zusammenhang mit der Diskussion der Sicherheitsinteressen der NATO Erwähnung gefunden hat, wobei es sich offenbar um persönliche Äußerungen Rusks anderen Delegationen gegenüber gehandelt hat. Die Stellungnahme Österreichs zu diesen Äußerungen ist bekannt und wurde auch heute ausführlich diskutiert.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi:** Herr Bundesminister! Es stellt sich sonach heraus, daß diese Erklärungen von Dean Rusk in dem Zeitpunkt, wo Sie eine Erklärung dazu abgegeben haben, erstens dem Inhalt nach nicht genau bekannt waren — sie sind es auch heute noch nicht —, zweitens, daß es sich dabei um private Äußerungen des Herrn Dean Rusk gehandelt hat und drittens, daß diese privaten Äußerungen durch Indiskretionen überhaupt erst an die Öffentlichkeit gekommen sind.

Ich frage Sie nun, Herr Bundesminister: War es zweckmäßig, daß unter diesen Voraussetzungen der österreichische Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten in so, sagen wir, konkreter Form sich geäußert hat? Das sind Bedenken, die, wie ich der Rede des Herrn Dr. Pittermann von heute nachmittag entnahm, auch von der sozialistischen Fraktion geteilt werden.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Waldheim:** Ja, Herr Abgeordneter.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi:** Herr Bundesminister! Dann erlaube ich mir die nächste Frage dahin gehend an Sie zu richten: Hielten

Sie es nicht für zweckmäßig, daß vor der Abgabe von so weitgehenden Erklärungen, die letzten Endes Fragen betreffen, welche bei uns verfassungsmäßige Bedeutung haben, die vorherige Kontaktaufnahme, wie sie unter vergleichbaren Umständen etwa die Bundesregierung der Bundesrepublik immer zu nehmen pflegt, auch bei uns gepflogen werden sollte!

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Waldheim:** Nun, Herr Abgeordneter, dazu bin ich gerne bereit, Ihnen etwas mehr und ausführlicher zu sagen. Ich bin der Meinung, daß ich sehr wohl das Recht habe, eine solche Stellungnahme der APA zu übergeben, und zwar möglichst rasch, um jeden Zweifel auszuschließen. Denn ich habe in meiner Erklärung nichts anderes gesagt als auf den Staatsvertrag verwiesen und auf das, was die Verpflichtungen des Staatsvertrages für alle Signatarmächte enthalten. Ich glaube, daß dazu ein österreichischer Außenminister ermächtigt sein sollte.

Präsident: Die 10. Anfrage wurde zurückgezogen.

Bundesministerium für Justiz

Präsident: 11. Anfrage: Abgeordneter Moser (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Justiz, betreffend Verwendung eines ÖVP-Journalisten im Justizministerium.

1971/M

Ist es richtig, daß der unter Spionageverdacht stehende ÖVP-Journalist Euler auch im Justizministerium in Pressesachen tätig war?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister für Justiz Dr. **Klecatsky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Alois Euler, nach dem Sie fragen, war im Justizministerium nicht in Pressesachen tätig. Das Pressereferat im Justizministerium hatte mit dem Journalisten Euler im Rahmen seiner journalistischen Tätigkeit wie mit zahlreichen anderen Journalisten Kontakt. Wenn Sie aber, Herr Abgeordneter, sich über Ihre Frage hinaus auch dafür interessieren, darf ich Ihnen sagen, daß der Journalist Euler das Bundesministerium für Justiz bei der Planung, Gestaltung und Durchführung der Ausstellung „Recht und Gesetz in Österreich“ sowie bei der Zusammenstellung des Textes einer Broschüre mit demselben Titel, die auf diese Ausstellung bezogen war, unterstützt hat.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Moser:** Herr Bundesminister! Sie haben ja auf die Pikanterie in diesem Fall verwiesen, daß nämlich diese Broschüre „Recht

Moser

und Gesetz in Österreich“, die allen Staatsbürgern, im besonderen aber der Jugend, gewidmet ist, von Herrn Euler zusammengestellt wurde. Sie sagten mir, daß er nicht im Bundesministerium in Pressesachen tätig war, sondern nur im Zusammenhang mit dieser Ausstellung. Ich frage Sie, Herr Minister: Warum haben Sie dazu gerade den Herrn Euler ausgesucht und verwendet beziehungsweise von wem wurde Ihnen Herr Euler empfohlen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Herr Abgeordneter! Der Journalist Euler hatte, wie ich gesagt habe, Kontakt mit meinem Sekretariat wie andere Journalisten auch. Das Bundesministerium für Justiz hatte seit langem die Absicht, eine derartige Ausstellung zu veranstalten. Ich bin daraufhin auch wiederholt hier im Hohen Haus angesprochen worden. Es war das Weltjahr der Menschenrechte, und im Gespräch im Sekretariat mit Euler — wie auch mit anderen Journalisten — ist dieser Gedanke eben zustande gekommen.

Vielleicht darf ich Ihnen noch sagen, daß der Text dieser Broschüre von Euler eben nur zusammengestellt und in eine gewisse, sagen wir, journalistische oder populäre Form gebracht wurde, daß die Grundlage dazu von den einzelnen Sektionen des Justizministeriums stammte, daß Euler dann das Ganze in eine populäre Fassung gebracht hat und daß dann... *(Ruf bei der SPÖ: Sehr populär wurde es dadurch!)* Ja, Recht und Gesetz — meinen Sie, daß es ein Schaden ist, sich damit zu beschäftigen, Herr Abgeordneter?

Wenn ich das noch zu Ende führen darf: Diese Fassung ist dann vom Pressereferenten des Bundesministeriums und schließlich von mir selbst noch einmal auf Fehler und gewisse Formulierungen hin überarbeitet worden.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Moser: Herr Minister! Sie haben damit aber meine Frage, warum Sie gerade den Herrn Euler ausgesucht haben beziehungsweise von wem Ihnen Herr Euler empfohlen worden ist, nicht beantwortet. Ich darf Sie um Beantwortung meiner ersten Zusatzfrage doch noch bitten, stelle aber gleichzeitig meine zweite Zusatzfrage: Herr Minister! Sind Sie absolut sicher, daß Herrn Euler während der Zeit seiner Tätigkeit im Bereiche des Bundesministeriums für Justiz keinerlei Akten oder Vorgänge zugänglich gewesen sind, die im Hinblick auf die spätere Entwicklung in der Sache Euler zumindest bedenklich erscheinen könnten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Herr Abgeordneter! Zur Ergänzung Ihrer ersten Zusatzfrage darf ich sagen, daß mir Euler zunächst von niemandem empfohlen wurde, daß sich aus Gesprächen im Sekretariat des Justizministeriums der Plan für eine Ausstellung entwickelt hat, daß ich aber dann Erhebungen darüber angestellt habe, inwiefern Euler dazu geeignet ist. Wenn Sie es wünschen, bin ich gerne bereit, Ihnen auch die schriftlichen Erhebungsergebnisse zur Kenntnis zu bringen; ich habe sie nur im Augenblick nicht hier.

Ihre zweite Zusatzfrage, Herr Abgeordneter, ob ich sicher bin, daß Euler keinen Zugang zu Akten des Justizministeriums hatte, darf ich dahin beantworten, daß Herrn Euler von vornherein von den Referenten des Justizministeriums und den Sektionschefs nur Informationen erteilt worden sind, die eben zur Veröffentlichung geeignet und bestimmt waren. Er hat zu den Akten des Justizministeriums keinen Zugang gehabt, und er hat immer nur mit einzelnen Referenten gesprochen und von diesen die für die Veröffentlichung geeigneten Unterlagen erhalten.

Aber vielleicht darf ich Ihnen noch Beruhigung in einer anderen Hinsicht verschaffen. Ich habe nach dem ersten Bekanntwerden, und zwar nach dem ersten vertraulichen Bekanntwerden durch das Bundesministerium für Inneres von dem Verdacht gegen Euler sofort Erhebungen im Justizministerium anstellen lassen. Alle Sektionen und der Pressereferent des Bundesministeriums für Justiz — zur Vermeidung von Mißverständnissen: er ist ein Ministerialoberkommissär, der früher Landesgerichtsrat gewesen ist — haben schriftliche Stellungnahmen abgegeben, aus denen sich ergibt, daß Euler keinerlei Informationen erteilt worden sind, die nicht ausdrücklich — ich darf es wiederholen — von vornherein zur Veröffentlichung bestimmt waren. Das ist auch — wenn Sie es wünschen, kann ich Ihnen den Akt zeigen — aktenmäßig festgehalten worden.

Präsident: 12. Anfrage: Abgeordneter Zeilinger (*FPÖ*) an den Herrn Justizminister, betreffend Fernschreibverbindungen der Gerichte.

1908/M

Warum sind die bei den österreichischen Gerichten installierten Fernschreiber nicht an das Fernschreibnetz der Exekutive angeschlossen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Bundesministerium für Justiz ist schon seit dem Jahre 1966 bemüht, Fernschreibanschlüsse

9950

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 4. Dezember 1968

Bundesminister Dr. Klecatsky

für die Gerichtshöfe zu schaffen. So konnte im Verlauf der letzten Zeit die Anzahl der Fernschreibanschlüsse für Gerichtshöfe auf zehn Telex-Anschlüsse erhöht werden. Im Verlauf dieser Bemühungen hat sich die von Ihnen gestellte Frage einer Verbindung der an das öffentliche Fernschreibnetz angeschlossenen Gerichte mit dem Fernschreibnetz der Exekutive, die bekanntlich ein eigenes Fernschreibnetz betreibt, ergeben. Das Bundesministerium für Justiz hat sich deshalb schon zu Beginn dieses Jahres in dieser Angelegenheit an das Bundesministerium für Inneres, die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, mit der Bitte um Bekanntgabe einer Anschlußnummer gewendet.

Aus der hierauf vom Bundesministerium für Inneres übermittelten schriftlichen Stellungnahme vom 11. Juli 1968 ist aber zu ersehen, daß derzeit nach Mitteilung des Innenministeriums keine für die Gerichte brauchbare Verbindung des internen Fernschreibnetzes der Sicherheitsbehörden mit dem öffentlichen Telex-Netz besteht. Das Bundesministerium für Inneres hat aber gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die Errichtung von neun Telex-Anschlüssen bei den Sicherheitsbehörden in allen Bundesländern in Aussicht genommen worden ist. Es ist daher zu hoffen, daß doch in absehbarer Zeit — wenn ich diesen Ausdruck hier verwenden darf — eine direkte Verbindung zwischen den Gerichten und den Sicherheitsbehörden auf dem Fernschreibwege möglich sein wird.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Zeillinger**: Herr Bundesminister! Da die gegenwärtige Situation so ist, daß die österreichischen Gerichte zwar mittels Fernschreibens bei der Firma Haarnadel-Import-Export in Linz deren Bilanz anfordern können, nicht aber etwa die Strafkarte eines Mannes oder einer Frau, über die eine Untersuchung geführt wird, und die Gerichte daher gezwungen sind, in jedem einzelnen Fall ihrerseits telephonisch die Polizei zu ersuchen, mittels Fernschreibens über das Fernschreibnetz der Exekutive die Strafkarte anzufordern, wodurch die Fernschreiber, die bei den Gerichten aufgestellt sind, kaum in Betrieb sind, was ein unbefriedigender Zustand ist, frage ich Sie: Wann und wie glauben Sie nun, daß tatsächlich die hohen Investitionen der Fernschreiber ihrem Zwecke zugeführt werden können und der Widerstand des Innenministeriums überwunden werden kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dr. Klecatsky**: Herr Abgeordneter! Die Fernschreibgeräte, die derzeit bei den Gerichtshöfen eingerichtet sind,

werden auch schon jetzt verwendet. Ich habe gesagt und wiederhole es, daß wir sehr daran interessiert sind, daß ein solcher Anschluß erfolgt. Aber die Schwierigkeiten liegen nicht im Bereich des Justizressorts, sondern sie liegen beim eigenen Fernschreibnetz der Sicherheitsbehörden. Ich versichere Ihnen, daß ich mich weiter bemühen werde, solche Anschlüsse zustandezubringen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Zeillinger**: Herr Minister! Da ich Ihren Optimismus nicht teilen kann, daß die Geräte schon jetzt zweckmäßig verwendet werden, weil ich aus eigener Erfahrung weiß, daß wohl die Geräte angeschafft und bezahlt wurden, daß auch Kräfte dafür ausgebildet worden sind, daß diese Geräte aber mangels der Möglichkeit, dorthin zu schreiben, wohin man schreiben will, wochenlang nicht benützt werden, darf ich Sie fragen: Wer ist für den Planungsfehler verantwortlich, daß man hohe und zweckmäßige Investitionen gemacht hat, die aber nun nicht realisiert werden können, weil der Kontakt zum Innenministerium nicht rechtzeitig hergestellt worden ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dr. Klecatsky**: Herr Abgeordneter! Ich vermag zunächst nicht zu erkennen, worin ein Planungsfehler liegen soll. Aber ich bin gern bereit, in dieser Hinsicht weitere Erhebungen anzustellen und Ihnen das Ergebnis bekanntzugeben.

Präsident: 13. Anfrage: Abgeordneter Doktor Hauser (ÖVP) an den Herrn Justizminister, betreffend Salzburger Symposion über „Menschenrechte und Massenmedien“.

1933/M

Welche Ergebnisse hat das Salzburger Symposion 1968 über „Menschenrechte und Massenmedien“, an dem auch das Justizministerium mitgewirkt hat, gebracht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dr. Klecatsky**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bei dem auf Einladung der österreichischen Bundesregierung in Salzburg veranstalteten Symposion des Europarates haben in fruchtbarem Gedankenaustausch Parlamentarier, Vertreter der Wissenschaft und Praktiker der Massenmedien — insgesamt 167 Teilnehmer — eine Bestandsaufnahme der aktuellen und noch ungelösten Probleme erarbeitet, die sich aus den soziologischen und technischen Veränderungen im Pressewesen und vor allem auch auf dem Gebiete des Hörfunks und des Fernsehens ergeben haben. Dabei hat es sich gezeigt, daß auf Teilgebieten des Rechtes der Massen-

Bundesminister Dr. Klecatsky

medien eine Harmonisierung durch Erstellung einheitlicher Richtlinien, ja vielleicht sogar einheitlicher Rechtsvorschriften durchaus möglich und wünschenswert ist. Jedenfalls glaube ich sagen zu dürfen, daß das Symposium ein Erfolg war. Das kommt vor allem auch in Schreiben zum Ausdruck, die der Präsident der Konsultativversammlung des Europarates sowie der stellvertretende Generalsekretär des Europarates an mich gerichtet haben, sowie auch in einem Bericht des stellvertretenden Generalsekretärs an die Ministerdelegierten des Europarates.

Die österreichische Initiative, auf die das Symposium zurückgeht, die von Österreich den Teilnehmern des Symposiums erwiesene Gastfreundschaft und auch die Organisation der Veranstaltung haben, glaube ich, eine für uns schmeichelhafte Anerkennung gefunden. 15 Berichte und mehr als 50 sonstige Diskussionsbeiträge wurden unter anderem als Beweis für den großen Erfolg der Veranstaltung angeführt.

Sobald das offizielle Protokoll des Symposiums vorliegt, werden diese Protokolle im Bundesministerium für Justiz im Hinblick auf die Fortsetzung der Arbeiten der Reform des Rechtes der Massenmedien ausgewertet werden. Selbstverständlich, sehr geehrter Herr Abgeordneter, ist das Justizministerium gern bereit, das Ergebnis dieser Auswertung dem Hohen Haus zugänglich zu machen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Hauser: Herr Minister! Mit welchen Problemen hat sich das Salzburger Symposium im besonderen befaßt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es waren drei Themenkreise, die besonders behandelt wurden und über die auch Hauptreferate erstattet worden sind. Es war das das Wesen und die Bedeutung der Massenkommunikationsmittel, weiters die Beziehung zwischen diesen Massenkommunikationsmitteln und dem Staat und schließlich ihre Beziehungen zum Einzelmenschen. Innerhalb dieser Themenkreise sind eine Fülle von Detailfragen, zu deren Mitteilung ich natürlich auch gerne bereit bin, erörtert worden.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Hauser: Herr Minister! Glauben Sie, daß die Ergebnisse dieses Symposiums für die Bemühungen um eine österreichische Presserechtsreform von Bedeutung sind?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin davon überzeugt. Sicher war es nicht Sinn dieser Veranstaltung, schon unmittelbar die Vorbereitung eines einheitlichen europäischen Pressegesetzes zu erwarten. Ich glaube, daß es als gewiß gelten kann, daß der Europarat auf Grund der Ergebnisse des Symposiums nun eine besondere Aktivität auf dem Gebiet der Harmonisierung des Rechtes der Massenmedien entfalten wird. Nach meinen Informationen wird zunächst einmal der Rechtsausschuß der Konsultativversammlung dieser Versammlung einen Vorbericht erstatten, der bei der nächsten Tagung der Versammlung beraten werden dürfte. Über das weitere Vorgehen wird dann die Konsultativversammlung entscheiden.

Für Österreich ist dieses Symposium, wenn ich das noch erwähnen darf, von besonderer Bedeutung insofern, als seine Ergebnisse, so glaube ich, es dem Hohen Haus zweifellos erleichtern werden, im Sinne des Berichtes der Bundesregierung vom 28. Oktober 1966 in einer Entschliebung zur Frage der Reform des Rechtes der Massenmedien in einer zeitgerechten Form und, sagen wir, in einem größeren Zusammenhang Stellung zu nehmen.

Präsident: 14. Anfrage: Abgeordneter Zeilinger (*FPÖ*) an den Herrn Justizminister, betreffend Protokollführer bei Vernehmungen durch Untersuchungsrichter.

1909/M

Beschäftigt sich Ihr Ministerium mit der Tatsache, daß in zahlreichen Fällen bei Vernehmungen durch den Untersuchungsrichter kein Protokollführer anwesend ist, obwohl § 101 der Strafprozeßordnung die Anwesenheit eines beeideten Protokollführers zwingend vorschreibt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Gestatten Sie mir, vorweg festzuhalten, daß ein Verstoß gegen die Bestimmung des § 101 der Strafprozeßordnung, wonach allen gerichtlichen, zum Vorverfahren gehörenden Handlungen ein beeideter Protokollführer beizuwohnen hat, — anders als beim Hauptverfahren — nicht unter Nichtigkeitssanktion steht. Sollten in Einzelfällen Verletzungen der Vorschrift des § 101 der Strafprozeßordnung festzustellen sein, so ist das mit größter Wahrscheinlichkeit auf den akuten Mangel an Schriftführern und an Schreibpersonal, unter dem die Justiz seit längerer Zeit zu leiden hat, zurückzuführen, ein Mangel, auf den ich in der Öffentlichkeit schon wiederholt hingewiesen habe und dessen Beseitigung die Bemühungen des Bundesmini-

Bundesminister Dr. Klecatsky

steriums für Justiz in einem besonderen Maß seit eh und je gelten.

Angesichts dieser Situation kann sich das die Untersuchung leitende richterliche Organ — so sehe ich es — vor die Alternative gestellt sehen, entweder mangels eines Protokollführers mit der erforderlichen Untersuchungshandlung bis zur Beseitigung des Mangels zu warten oder die Untersuchung im Interesse einer raschen Verfahrensführung eben unter Hintansetzung der Formvorschrift des § 101 der Strafprozeßordnung fortzusetzen.

Es kann meines Erachtens nicht zweifelhaft sein, daß eine möglichste Beschleunigung des Verfahrens vor allem im Interesse des Betroffenen liegt, aber auch im öffentlichen Interesse, da ja schon wiederholt — wie Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, sicherlich wissen — Einzelbeschwerden wegen zu langer Dauer des Vorverfahrens, insbesondere der Vorhaft, gerade auch bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte erhoben worden sind.

Damit möchte ich aber an sich derartige Verstöße nicht rechtfertigen, sondern ich wollte nur die Motive solcher Verstöße, soweit sie festzustellen sind, aufklären.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Zeillinger: Ich bin mir der rechtlichen Wirkung eines Verstoßes gegen § 101 bewußt, will aber die Frage der Nichtigkeit jetzt nicht in einen Rechtsmittelstreit ausarten lassen. § 101 sagt ja klar und eindeutig, daß über alle gerichtlichen, zur Untersuchung gehörenden Handlungen Protokolle aufzunehmen sind und außer dem Beamten, der die Handlung vornimmt oder leitet, stets ein beeideter Protokollführer gegenwärtig sein muß. Daraus geht eindeutig hervor, daß es der Wille des Gesetzgebers war, daß der Gesetzgeber befiehlt, daß ein beeideter Protokollführer dabeizusein hat.

Ein Mangel an Schreibpersonal ist zweifellos vorhanden. Es ist Ihnen sicherlich bekannt, daß es eine Reihe von Untersuchungsrichtern gibt, die in der Woche nur einmal halbtägig eine Schreibkraft zur Verfügung haben. Wenn sie die Akten liegen ließen, würden die Haft-sachen in kleineren Fällen wahrscheinlich bis zu einem Jahr verzögert werden.

Auf der anderen Seite dürfen wir aber nicht von vornherein wissentlich und in einem solchen Ausmaß dem Gesetzesbrecher vor Augen führen, daß wir selbst die Gesetze nicht einhalten.

Ich frage Sie daher, Herr Minister: Sind Sie bereit, dafür Vorsorge zu treffen, daß dem Befehl des Gesetzgebers, wonach ein beeideter Protokollführer anwesend sein muß, ehestens in jedem Falle Rechnung getragen wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Problem des Personalmangels auf dem Gebiete des Schriftführer- und Schreibdienstes ist Gegenstand intensiver Bemühungen auf allen Gebieten insbesondere in der Justiz. Da mit einer baldigen grundlegenden Änderung des Arbeitsmarktes in dieser Hinsicht nicht zu rechnen ist, ist über meinen Auftrag im Bundesministerium für Justiz der Entwurf eines Bundesgesetzes über die Verwendung von Schallträgern im straf- und zivilgerichtlichen Verfahren ausgearbeitet worden. Dieser Entwurf, der sich auf strafrechtlichem Gebiet nur auf das Vorverfahren bezieht, wurde anfangs August dieses Jahres allen daran interessierten Stellen zur Begutachtung übermittelt. Dieser Entwurf sieht unter anderem vor, daß der Untersuchungsrichter von der Beiziehung eines Schriftführers absehen und die diesem zugewiesenen Geschäfte selbst besorgen kann, wenn nicht nach der Lage des Falles die Beiziehung eines Schriftführers zweckmäßig ist.

Mit der Auswertung der bisher eingelangten Stellungnahmen zu diesem Gesetzentwurf, die zu einem nicht unwesentlichen Teil dem Gesetzesvorhaben grundsätzlich positiv gegenüberstehen, muß ich jetzt noch zuwarten, weil noch nicht alle Begutachtungsstellen — ich darf in diesem Zusammenhang vor allem den Obersten Gerichtshof nennen — dem Justizministerium eine Äußerung übermittelt haben. Nach Einlangen aller wesentlichen Stellungnahmen wird unverzüglich die Überarbeitung des Entwurfes unter Bedachtnahme auf die Ergebnisse des Begutachtungsverfahrens in Angriff genommen werden.

Selbstverständlich werden nach wie vor unsere Bemühungen auch dem Umstand gelten, die Einhaltung der Formvorschrift der Strafprozeßordnung, um die es hier geht, zu gewährleisten.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Zeillinger: Nach unserer Ansicht wird sich die Arbeitsmarktlage nicht ändern; sie ist außerdem nur von sekundärer Bedeutung. Es ist gar kein Zweifel, daß in der gesamten Bundesverwaltung genügend Verwaltungspersonal vorhanden ist und es nur eines entsprechenden Einsatzes bedarf. Zweifellos gibt es in der Justiz Stellen, bei denen ein Mangel besteht, aber es gibt andererseits wieder sehr viele Stellen, wo mehr in den Schreibstuben sitzen, als notwendig wäre.

Umgekehrt dürfen wir es einfach als Abgeordnete nicht hinnehmen, daß andauernd von der Justiz selbst ein gesetzlich befohlener Zustand mißachtet wird. Nach Ihrer Mitteilung,

Zeillinger

daß wohl ein Entwurf in Ausarbeitung ist, daß sich aber ausgerechnet der Oberste Gerichtshof, dessen größte Sorge es sein müßte, dem Willen des Gesetzgebers Rechnung zu tragen, Zeit läßt, darf ich Sie fragen: Ist noch in dieser Gesetzgebungsperiode damit zu rechnen, daß entweder die Wirklichkeit dem gesetzlich befohlenen Zustand oder das Gesetz der Wirklichkeit angepaßt wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Ich werde mich bemühen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, diesen Entwurf, von dem ich gesprochen habe, möglichst bald über die Regierung dem Hohen Haus zuzuleiten.

Sie selbst haben auf Ihre besondere Rechtskunde verwiesen, Herr Abgeordneter, Sie wissen, daß ich sie — Ihre Rechtskunde — auch besonders schätze. Sie kennen ja den Unterschied zwischen der Nichteinhaltung von bloßen Formvorschriften, die auf allen Rechtsgebieten schon durchjudiziert ist, und dem Bruch von Gesetzen mit Sanktionen, die die Rechtsordnung vorsieht. Es ist also nicht so, daß die Justiz einfach die Gesetze mit Füßen tritt.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Finanzen

Präsident: 15. Anfrage: Frau Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (ÖVP) an den Herrn Finanzminister, betreffend Fünf-Schilling-Münzen.

1990/M

Wann ist mit der Ausgabe der in der Presse angekündigten neuen Fünf-Schilling-Münzen zu rechnen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister für Finanzen Dr. Koren: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Mit der Ausgabe der neuen Fünf-Schilling-Münzen, die die gleiche Prägung aufweisen werden wie die bisherigen, wird am 15. Jänner des kommenden Jahres begonnen werden. (*Abg. Libal: Ist das eine Freude! — Heiterkeit.*)

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer: Herr Bundesminister! Es ist eine deutliche Verknappung der Fünf-Schilling-Münzen festzustellen. Darüber klagen insbesondere die Automatenbesitzer und das Personal in den Gaststätten und in den Geschäften. Gerade jetzt vor Weihnachten ist es bei dem Zeitaufwand etwas umständlich, wenn man in einzelnen Schilling-Münzen herausgeben muß.

Ich möchte nun fragen, ob nicht zumindest ein kleiner Teil der neuen Münzen schon im

Laufe des Dezember ausgegeben werden könnte.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Koren: Frau Abgeordnete! Das ist leider nicht möglich, und zwar aus rechtlichen und aus technischen Gründen, weil die bisher zur Verfügung stehende Menge dazu noch nicht ausreicht.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer: Herr Bundesminister! Wie lange werden die jetzt im Umlauf befindlichen Fünf-Schilling-Münzen ihre Gültigkeit behalten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Koren: Frau Abgeordnete! Die Münzen werden im Laufe des Jahres 1969 eingetauscht, sie werden aber auch im Jahre 1970 noch durch die Oesterreichische Nationalbank rückgelöst werden.

Präsident: Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen. Somit ist die Fragestunde beendet.

Seit der letzten Haussitzung ist die schriftliche Beantwortung der Anfrage 938/J der Abgeordneten Ströer und Genossen an den Herrn Bundeskanzler, betreffend Beflaggung am 12. November 1968, eingelangt.

Diese Anfragebeantwortung wurde den Fragestellern übermittelt; sie wurde auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Von der Bundesregierung ist die Regierungsvorlage:

Bundesgesetz, mit dem die Notariatsordnung geändert wird und Bestimmungen über die Notariatsprüfung getroffen werden (1054 der Beilagen),
eingelangt.

Diese Regierungsvorlage werde ich gemäß § 41 Geschäftsordnungsgesetz in der nächsten Sitzung zuweisen.

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner (den Vorsitz übernehmend): Die in der letzten Sitzung als eingebracht bekanntgegebene Regierungsvorlage

1031 der Beilagen: Bundesgesetz über die Vermögenswerte nach den ehemaligen Landkreisen,
weise ich dem Verfassungsausschuß zu.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vom 16. Oktober 1968 schlage ich vor, die Debatte über die beiden auf der Tagesordnung stehenden Punkte unter einem abzuführen.

Falls dieser Vorschlag angenommen wird, wird zuerst der Berichterstatter seine beiden Berichte geben, sodann wird die Debatte

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner

über beide Punkte gemeinsam durchgeführt. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich — wie immer in solchen Fällen — getrennt. — Gegen den Vorschlag wird kein Einwand erhoben. Es wird also so vorgegangen.

Die Debatte wird daher über beide auf der heutigen Tagesordnung stehenden Punkte gemeinsam abgeführt.

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1969) (1030 der Beilagen)

2. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (990 und Zu 990 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969 (1040 der Beilagen) Spezialdebatte

Beratungsgruppe VIII

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft

Kapitel 62: Preisausgleiche

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu den Punkten 1 und 2, über die soeben beschlossen wurde, die Debatte unter einem abzuführen. Es sind dies:

1. Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes und

2. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969, Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VIII.

Berichterstatter zu beiden Punkten ist der Herr Abgeordnete Deutschmann. Ich bitte.

Berichterstatter **Deutschmann**: Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1969).

Gemäß § 9 Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 13. Juli 1960, BGBl. Nr. 155, hat die Bundesregierung am 30. September 1968 dem Nationalrat einen Bericht über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft im Kalenderjahr 1967 vorgelegt.

Aus den Feststellungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft sind die Stellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft, die Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft im Jahre 1967, die Auswertung der Buchführungsergebnisse von 1908 Testbetrieben sowie ein Überblick über die Verwendung der Mittel des Grünen Planes 1967 hervorzuheben.

Der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Brutto-Nationalprodukt und Volkseinkommen erreichte 21 beziehungsweise 14,8 Milliarden Schilling. Die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen nahm weiter ab. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität war mit 10,6 Prozent überdurchschnittlich hoch.

In den buchführenden bäuerlichen Vollerwerbsbetrieben ist der Rohertrag (+7 Prozent) relativ geringer als der Aufwand (+8 Prozent) gestiegen. Die Umstellung auf eine kapitalintensivere Betriebsweise setzt sich fort. Der Reinertrag erbrachte — gemessen am Aktivkapital — mit 1,3 Prozent im gewogenen Mittel der Testbetriebe eine gegenüber 1966 unveränderte Verzinsung.

Das Betriebseinkommen je Arbeitskraft und Jahr war um 6 Prozent höher als 1966 und erreichte fast 29.000 S. Der Anteil der Betriebe mit einem Betriebseinkommen mit mehr als 25.000 S je Arbeitskraft erhöhte sich auf 59 Prozent (1966: 52 Prozent).

Im Bericht der Bundesregierung wird vorgeschlagen, für die Maßnahmen des Grünen Planes im Jahre 1969 Bundesmittel in der Höhe von 750 Millionen Schilling einzusetzen. Im Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1969 sind 340 Millionen Schilling als Summe der Ansätze 1/603 (ordentliche Gebarung) und 410 Millionen Schilling als Summe der Ansätze 5/603 (außerordentliche Gebarung) veranschlagt.

Für die Schwerpunktmaßnahmen sind beachtliche Mittel vorgesehen, und zwar für die Verbesserung der Produktionsgrundlagen 90, für die Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft 385, für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen 32, für das Forschungswesen 13, für den Landarbeiterwohnungsbau 34 und für Zinsenzuschüsse 196 Millionen Schilling. Daraus wird ersichtlich, daß die Hauptquote der Bundesmittel wieder für strukturbessernde Maßnahmen vorgesehen ist. Die Zinsenzuschüsse werden die Inanspruchnahme eines Kreditvolumens von 1,2 Milliarden Schilling ermöglichen, das in seiner Höhe demjenigen des heurigen Jahres entspricht.

Der Bericht der Bundesregierung über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft für das Jahr 1967, der an alle Mitglieder des Nationalrates verteilt worden ist, wurde vom Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft in seiner Sitzung am 7. November 1968 in Verhandlung gezogen.

Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter acht Abgeordnete sowie der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner beteiligten, faßte der Ausschuß mit Stimmenmehrheit den Beschluß, dem Hohen Hause zu empfehlen,

Deutschmann

den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den vorliegenden Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1969) zur Kenntnis nehmen.

Ich bitte, General- und Spezialdebatte über diesen Bericht unter einem abzuführen.

Ich bringe nun den Spezialbericht zu Beratungsgruppe VIII. Diese umfaßt: Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe VIII zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1969 in seiner Sitzung am 7. November 1968 der Vorberatung unterzogen.

Kapitel 60, Land- und Forstwirtschaft: Im Bundesvoranschlag 1969 sind für die Land- und Forstwirtschaft in der ordentlichen Gebarung 1901,638 Millionen Schilling und in der außerordentlichen Gebarung 410 Millionen Schilling, insgesamt daher 2311,638 Millionen Schilling veranschlagt.

Die veranschlagten Ausgabenkredite gliedern sich in:

378,187 Millionen Schilling für den Personalaufwand,

272,857 Millionen Schilling für den Sachaufwand des Bundesministeriums (Titel 600), der nachgeordneten Dienststellen (Titel 605, 606 und 609) sowie der sonstigen Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens (Titel 607),

346,640 Millionen Schilling für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft (Titel 601),

750 Millionen Schilling für den Grünen Plan (Titel 603), und zwar: 340 Millionen Schilling in der ordentlichen Gebarung und 410 Millionen Schilling in der außerordentlichen Gebarung,

563,954 Millionen Schilling für die Einrichtungen des Schutzwasserbaues und der Lawinenverbauung (Sachaufwand) im gesamtwirtschaftlichen Interesse (Titel 608).

Die Verwendungszwecke der einzelnen Kredite sind in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz eingehend erörtert.

Im Titel 600 mit einem Kredit von rund 115,3 Millionen Schilling ist neben dem Aufwand für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft selbst und den Beiträgen Österreichs zu internationalen landwirtschaftlichen Organisationen auch ein Betrag von 13,3 Millionen Schilling als Beitrag zu den Aufgaben der Entwicklungshilfe vorgesehen.

Der Titel 601 wurde mit 346,6 Millionen Schilling dotiert, wovon ein Betrag von 217 Millionen Schilling für die Treibstoffverbilligung vorgesehen ist. Damit kann unter Berücksichtigung des erhöhten Maschinenbestandes die Treibstoffverbilligung mit dem gleichen Punktwert wie 1968 ausbezahlt werden.

Für den Grünen Plan (Titel 603), das wichtigste Investitionsinstrument der Land- und Forstwirtschaft, sind gegenüber 1968 um 20 Millionen Schilling mehr vorgesehen, und zwar 750 Millionen Schilling. Hievon entfallen 410 Millionen Schilling auf die außerordentliche Gebarung und 340 Millionen Schilling auf die ordentliche Gebarung. Mit diesen Mitteln wird es möglich sein, das erhöhte Erfordernis für die Zinsenverbilligung abzudecken und die übrigen Maßnahmen des Grünen Planes im bisherigen Ausmaß fortzusetzen.

Für die Bestreitung des Personal- und Sachaufwandes der Lehr- und Versuchsanstalten, der den Lehranstalten angeschlossenen Institute, der sonstigen Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens sowie der sonstigen nachgeordneten Dienststellen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft sind unter den Titeln 605, 606, 607 und 609 insgesamt 509,9 Millionen Schilling vorgesehen.

Unter dem Titel 608 sind die Kredite für den Schutzwasserbau und die Lawinenverbauung im gesamtwirtschaftlichen Interesse in der Höhe von 589,8 Millionen Schilling veranschlagt. Darin enthalten sind 259 Millionen Schilling aus dem Katastrophenfonds zur Weiterführung vorbeugender Maßnahmen in den Katastrophengebieten der Jahre 1965 und 1966 sowie in besonders hochwassergefährdeten Gebieten. Der weitere Betrag von 330,8 Millionen Schilling ist für die Fortsetzung des normalen Programms des Schutzwasserbaues und der Lawinenverbauung vorgesehen. In diesem Kredit sind außerdem die Beiträge Österreichs zur Erfüllung der internationalen wasserwirtschaftlichen Vereinbarungen und der Personal- und Sachaufwand der einzelnen Sektionen der Wildbach- und Lawinenverbauung enthalten.

Von den unter Kapitel 60 veranschlagten Einnahmen in der Höhe von 525,1 Millionen Schilling entfallen 259 Millionen Schilling auf die aus dem Katastrophenfonds zufließenden Mittel und weitere 40 Millionen Schilling auf Interessentenbeiträge zu Maßnahmen an Bundesflüssen. Die übrigen Einnahmen ergeben sich vor allem aus Mietgebühren und Amortisationsquoten im Rahmen der Bauhofgebarung sowie dem Verkauf von Anstaltserzeugnissen und der Einhebung von Gebühren beim Grenzbeschaudienst und bei der Qualitätskontrolle.

Deutschmann

Kapitel 62, Preisausgleiche: Im Bundesvoranschlag für das Jahr 1969 sind für Preisausgleiche 2803,906 Millionen Schilling veranschlagt, denen 597,734 Millionen Schilling Einnahmen gegenüberstehen. Bei diesen Einnahmen handelt es sich größtenteils um zweckgebundene Import- und Transportausgleichsbeiträge nach dem Marktordnungsgesetz.

Die Ausgabenkredite verteilen sich auf:

401,3 Millionen Schilling für den Brotgetreidepreisausgleich (Titel 620),

1866,6 Millionen Schilling für den Milchpreisausgleich (Titel 621),

143 Millionen Schilling für den Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten (Titel 622),

37,8 Millionen Schilling für den Zuckerpreisausgleich (Titel 623),

191,5 Millionen Schilling für den Futtermittelpreisausgleich (Titel 625) und

163,8 Millionen Schilling für den Düngemittelpreisausgleich (Titel 626).

Die Verwendungszwecke der einzelnen Kredite sind in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz eingehend erörtert.

Der Betrag für den Brotgetreidepreisausgleich wurde gegenüber dem Vorjahr um 20,3 Millionen Schilling erhöht, sodaß der Absatz zu angemessenen Preisen sichergestellt ist.

Der um 210,7 Millionen Schilling höher veranschlagte Betrag für den Milchpreisausgleich wird es ermöglichen, bei einer geschätzten Milchlieferung von 2,272.000 t die Milchpreisstützung voll auszuzahlen und die Überschußverwertung reibungslos abzuwickeln. Im Voranschlag 1969 ist erstmals auch ein Betrag von 40 Millionen Schilling aus zweckgebundenen Einnahmen der Lizenzabgabe mitveranschlagt. Das Aufkommen dieser zweckgebundenen Einnahmen richtet sich nach der Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 26. Juni 1968, BGBl. Nr. 252/1968. Diese Mittel sollen für die verbilligte Abgabe von Magermilchpulver Verwendung finden.

Das Mehrerfordernis beim Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten im Jahre 1969 gegenüber 1968 in der Höhe von 60,5 Millionen Schilling dient der Vorsorge für absatzfördernde Maßnahmen, vor allem um den Export in den EWG-Raum im gleichen Umfang wie 1968 durchführen zu können. Die übrigen Ansätze wurden in gleicher Höhe wie 1968 veranschlagt.

Kapitel 77, Österreichische Bundesforste: Im Voranschlag 1969 des Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste“ sind die mit der Verwaltung beziehungsweise Bewirtschaf-

tung des 820.072 ha großen Bundesforstbesitzes (hievon 483.687 ha Wald) unumgänglich verbundenen Ausgaben und die dabei höchstmöglich erzielbaren Einnahmen, insbesondere aus der Nutzung von rund 1,758.000 fm Holz, vorgesehen. Zum Unterschied von den Vorjahren ist das Kurhaus Goisern, das mit Ende 1968 verpachtet wird, nicht mehr gesondert veranschlagt, sondern unter „Forstbetriebe“ mitberücksichtigt.

Veranschlagten Betriebsausgaben von 733,410 Millionen Schilling stehen Betriebseinnahmen von 694,196 Millionen Schilling gegenüber. Die Österreichischen Bundesforste werden im Jahre 1969 somit einen voraussichtlichen kassamäßigen Betriebsabgang von 39,214 Millionen Schilling zu verzeichnen haben.

Der Voranschlag der Österreichischen Bundesforste spiegelt deutlich die sehr ungünstige Situation der Forstwirtschaft wider. Während die Lohn- und Gehaltskosten, die in der Forstwirtschaft mehr als 60 Prozent der Ausgaben ausmachen, ständig steigen, weisen die Holzpreise eine gleichbleibende beziehungsweise sinkende Tendenz auf. Der 1967 zu verzeichnende absolute Preistiefstand innerhalb der letzten zehn Jahre beginnt sich nur langsam wieder zu bessern.

Um die ständige Kostensteigerung soweit als möglich aufzufangen, wurden von den Österreichischen Bundesforsten umfangreiche Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen eingeleitet. So konnte der veranschlagte Personalstand von 6941 Bediensteten im Jahre 1968 auf 6742 im Jahre 1969, das ist um 199 Bedienstete, gesenkt werden. Besondere Wichtigkeit kommt einer gesteigerten Investitionstätigkeit des Betriebes (Forstaufschließung und Mechanisierung der Holzernte) zu. Dem Rechnung tragend, wurden die Investitionsmittel für 1969 erhöht, wobei zur Finanzierung eine über den operatsmäßigen Hiebsatz hinausgehende Mehrnutzung von 50.000 fm Holz vorgesehen wurde.

Im einzelnen entfallen von den veranschlagten Betriebsausgaben 474,2 Millionen Schilling auf den Personalaufwand (hievon 411,9 Millionen Schilling Aktivitätsaufwand und 62,3 Millionen Schilling Pensionsaufwand) sowie 259,2 Millionen Schilling auf den Sachaufwand (hievon 127,6 Millionen Schilling für laufende Betriebserfordernisse, 71,7 Millionen Schilling für Investitionen, 43,3 Millionen Schilling für öffentliche Abgaben, 11 Millionen Schilling für Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen und 5,6 Millionen Schilling für Vorschüsse, Darlehen und Beiträge).

Im Rahmen der Einnahmen entfallen 619,6 Millionen Schilling auf Erlöse aus dem

Deutschmann

Holzverkauf und 74,6 Millionen Schilling auf sonstige Einnahmen.

Bei der Betrachtung des mit 39,2 Millionen Schilling veranschlagten Betriebsabganges ist zu beachten, daß die Österreichischen Bundesforste beträchtliche betriebsfremde Lasten zu tragen haben. Hierbei handelt es sich um Pensionslasten aus der Zeit vor der Errichtung des Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste“ im Betrage von rund 55 Millionen Schilling und um Servitutlasten, mit denen ein Einnahmefall von rund 60 Millionen Schilling verbunden ist. Ohne diese Lasten würde sich eine hoch aktive Gebarung ergeben.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich 25 Abgeordnete. Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Doktor Schleinzer beantwortete eingehend die in der Debatte an ihn gerichteten Fragen.

Bei der Abstimmung am 21. November 1968 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der gegenständlichen Beratungsgruppe in der Fassung der Regierungsvorlage vom Finanz- und Budgetausschuß mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, dem Kapitel 62: Preisausgleiche, und dem Kapitel 77: Österreichische Bundesforste, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1969 (990 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Danke. Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Meißl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Meißl** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Spezialdebatte über die einzelnen Kapitel des Bundesfinanzgesetzes, so wie heute über Land- und Forstwirtschaft, Preisausgleiche und Österreichische Bundesforste, und gleichzeitig die Debatte über den Bericht der Bundesregierung betreffend den Grünen Plan, ist immer ein Anlaß, daß sich die Abgeordneten dieses Hauses, zumindest die der Opposition, mit diesem Ressort auseinandersetzen. Sie ist Anlaß, Kritik zu üben, die Ansätze des Budgets genauestens unter die Lupe zu nehmen, sie ist aber auch die Auseinandersetzung mit dem Ressort über die allgemeine Situation des Berufsstandes, den dieses Ressort zu vertreten hat. Unter diesem Gesichtspunkt sehen wir

Freiheitlichen auch die Debatte über diese Kapitel.

Ich darf namens meiner Fraktion deponieren, daß wir diesen Kapiteln und auch dem Bericht der Bundesregierung über den Grünen Plan aus zwei Gründen nicht unsere Zustimmung geben können. Der eine Grund ist der generelle, daß wir dieser Regierung nicht das Vertrauen aussprechen wollen; der Grund für diese Ablehnung ist — ich möchte es noch einmal betonen; freiheitliche Sprecher haben das wiederholt getan — die Unehrlichkeit, mit der man an dieses Budget heranging, indem man zuerst der Bevölkerung Lasten auferlegt hat mit dem Versprechen, auch für die entsprechenden Einsparungen zu sorgen, diese Einsparungen aber — hier liegt unser Vorwurf — unehrlich gemacht worden sind, das heißt, so glauben wir Freiheitlichen, man hat mit einem Augenzwinkern die entsprechenden Ressorts aufmerksam gemacht: Ihr müßt eben mehr fordern, damit wir dann diese 3,2 Milliarden streichen können. (*Abg. Steiner: Sind Sie also dagegen, daß in der Landwirtschaft mehr Mittel verwendet werden?*) Nein, Herr Kollege, allerdings sind wir sehr dagegen, daß die Mittel nicht sinnvoll verwendet werden. (*Abg. Fachleutner: Beispiele!*) Kommt schon, Fachleutner, ruhig! Keine Sorge! (*Abg. Melter: Mehr Milch trinken, dann seid ihr nicht so nervös! — Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Das ist der generelle Grund für die Ablehnung dieses Budgets und natürlich auch der Kapitel, die hier zur Diskussion stehen. Darüber hinaus aber haben wir noch einen Anlaß, bei diesen Kapiteln zu sagen, daß wir aus grundsätzlichen Erwägungen dagegen sind, obwohl wir diese Kapitel eigentlich annehmen könnten. Das ist uns aber — vorläufig, möchte ich deponieren — durch die Ressortführung und wegen der Durchführung der Maßnahmen, die mit den Mitteln, die dieses Ressort verwaltet, verbunden sind, unmöglich gemacht. (*Abg. Gabriele: Also ihr seid euch noch nicht einig!*) O ja, wir wären uns sehr wohl einig darüber, und ich möchte hier sogar deponieren, daß wir Freiheitlichen glauben, daß der Herr Landwirtschaftsminister eine gute Absicht hat, aber es kommt nicht so weit, denn das Endergebnis, der Einsatz dieser Mittel, ist dann so, daß wir berechtigterweise sagen müssen: Hier können wir keine Zustimmung geben. Das ist also der Grund, und es ist natürlich auch der Grund, daß wir noch keine Garantie sehen, daß diese Mittel entsprechend verwendet werden. Es sind immerhin beträchtliche Mittel; ich bin davon überzeugt, daß der Sprecher der sozialistischen Opposition diese Mittel wieder unter die Lupe nehmen und der Landwirtschaft vorhalten

Meißl

wird, wieviel sie bekommt. (*Abg. Fachleutner: Die haben es schwerer!*) Das weiß ich nicht, aber ich nehme an, damit wird sich der Kollege Weihs schon noch auseinandersetzen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Ich werde doch nicht für ihn reden!*) Ich auch nicht für ihn, keine Ursache! (*Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Ich kann sehr wohl verstehen, daß vor allem die Herren des Bauernbundes ein Interesse daran haben, daß die Debatte in einer genüßlichen Stimmung beginnt und so weitergeführt wird. Der Ernst der Situation in der Landwirtschaft verbietet es aber, daß man unter solchen Voraussetzungen an die Betrachtung und an die Kritik an diesen Kapiteln herangeht.

Ich habe bereits zwei Gründe für die Ablehnung genannt; ich darf nun vielleicht zuerst kurz zusammenfassen, was die Gründe im einzelnen dafür sind, daß wir diesen Budgetansätzen nicht zustimmen können.

An der Spitze steht ohne Zweifel ein Problem, das die Landwirtschaft in erster Linie berührt, und das ist der Verfall des Milchpreises. Meine Damen und Herren! Es ist einfach unzumutbar, wenn man weiß, daß für 60, 70 Prozent unserer Bauern der Milchpreis immer noch eine wesentliche Einnahmequelle oder die Haupteinnahmequelle ist, daß man den Preis einfach um rund 30 Groschen herabgesetzt hat. Das sind die Auswirkungen der von Ihnen, von der Regierungspartei beschlossenen Maßnahmen. (*Abg. Steiner: Wieso 30?*) Bitte, 29,4. Wenn Sie es genau durchrechnen, Herr Kollege, kommen Sie auf rund 30 Groschen.

Dazu kommt noch — Sie wissen es selbst zur Genüge —, daß mit der Einführung des Qualitätspreises — sicherlich nur für einen Teil — eine weitere Verschlechterung eingetreten ist. (*Abg. Kern: Der Krisenfondsgroschen und der Absatzförderungsbeitrag ist von 5 auf 19 Groschen erhöht worden; das sind noch lange keine 30 Groschen! Das stimmt also nicht!*) Da kommt ja noch die Auffettung dazu; wissen Sie das nicht, Herr Kollege? Das müssen Sie doch dazurechnen! (*Abg. Kern: Das stimmt nicht!*) Lassen Sie sich das von Experten nachrechnen, und Sie werden daraufkommen, daß diese Rechnung stimmt. Aber bitte, wir werden Ihnen die genauen Berechnungen übermitteln. Daß die Milch durch die Auffettung auch in preislicher Hinsicht verloren hat, ist doch völlig klar. (*Abg. Steiner: Die hat doch gar nicht stattgefunden!*) Herr Kollege! Ich werde Ihnen das zuschicken, und Sie haben die Möglichkeit, darauf zu replizieren. (*Abg. Glaser: Er ist sowieso schon gemeldet!*) Bravo!

Damit ist auch ein anderes Problem verbunden. Mit der Herabsetzung des Milchpreises ist irgendwie der Zwang verbunden, daß der Kreis der Landwirtschaft, in dem die Milch heute noch die Haupteinnahmequelle darstellt, zwangsläufig mehr produzieren will, um damit den gleichen Preiseffekt zu erreichen; also an und für sich wird die gegen- teilige Wirkung erreicht.

Dazu kommt noch ein anderes Problem. (*Abg. Kern: Die Produktion ist heuer nur um 1 Prozent gewachsen!*) Aber Sie wissen doch genau, daß das durch die Ernte bedingt ist. (*Abg. Fachleutner: Aber für die Kaffeesieder ...!*) Das ist wieder der Versuch, Fachleutner, auf die gleiche Art und Weise wie früher die Debatte zu betreiben. Wir betreiben sie — das darf ich Ihnen sagen — mit allem Ernst.

Es kommt noch dazu, daß durch die richtige Höherzüchtung im Kuhbestand erhöhte Milchleistung herbeigeführt wird, also zwangsläufig mehr Milch produziert wird. Ich weiß auch um diese Problematik.

Ich möchte nur aufzeigen, daß man dieses Problem nicht einfach so lösen kann, wie es der Herr Minister durch die von ihm eingeleiteten Maßnahmen gemacht hat, indem man einfach sagt: Wenn zuviel produziert wird, dann werden wir den Preis herabsetzen. Wenn ich das, was er in Graz oder in Klagenfurt gesagt hat, untersuche — ich sagte es bereits im Ausschuß —, dann wäre sogar zu erwarten, daß man den Preis neuerlich senken muß. Denn er sprach davon, daß man die Relation zwischen Fleischpreisen und Milch verändern muß.

Jetzt frage ich Sie: Besteht eine Möglichkeit, die Fleischpreise, die Viehpreise generell einer Aufwärtsentwicklung zuzuführen? Ich glaube, derzeit nicht. Das heißt, wenn man die Relation verändern wollte, dann müßte man das praktisch nach unten tun. So viel will ich derzeit gar nicht unterstellen.

Sie wissen weiter: Eines der Probleme, das die Bauern bedrückt, ist, daß der Viehexport, eine Säule unserer Agrarproduktion, natürlich mit immer größeren Opfern erkaufte werden muß. Wir haben den Niederschlag bereits heuer im Budget drin, indem weit größere Beträge eingesetzt werden müssen, um einen Preis zu erzielen, der noch immer weit unter einem zumutbaren Niveau liegt. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß sich die Preise seit zehn Jahren und zum Teil seit 15 Jahren im allgemeinen kaum verändert haben. Sicherlich ist die Produktion gestiegen, und hier gibt es einen gewissen Ausgleich. (*Zwischenruf des Abg. Fachleutner.*) Selbstverständlich, diese Liste kann man Ihnen

Meißl

vorlegen. Es ist doch aus dem stenographischen Protokoll des Parlaments eruierbar. Schauen Sie sich das nur an! Ich verweise auf den Kollegen Leitner. Sie alle haben die Möglichkeit, hier das Gegenteil zu behaupten. Es stimmt nicht, ich sage es Ihnen.

Ein teuer erkaufter Export ist sicherlich — und das möchten wir Freiheitlichen zugeben — auch die Folge einer verfehlten Politik, die heute in vorhergehendem Kapitel kritisiert wurde, einer verfehlten Politik im europäischen Raum, da man die Weichen 1959/60 eben falsch gestellt hat.

Ich möchte jetzt keine EWG-Debatte entfesseln. Aber das, was vor allem die Landwirtschaft am meisten bedrückt, ist die Unmöglichkeit einer Assoziierung mit der EWG. Wir werden natürlich den notwendigen Export immer teurer erkaufen müssen. Ich sagte es bereits.

Dazu kommt selbstverständlich auch — das wurde ja heute schon bei einer Frage gesagt —, daß sich der Holzpreis in keiner beneidenswerten Situation befindet. Es ist vielfach so, daß der Erlös die Bringungskosten gar nicht mehr ausgleichen kann.

Ich möchte aber noch etwas weiteres sagen — das ist auch ein Grund unserer Ablehnung —: Der Herr Landwirtschaftsminister hat — ich weiß nicht, ob mit Absicht, ich glaube aber nicht — auf einige Fragen im Ausschuß keine Antwort gegeben; das wird er aber wahrscheinlich übersehen haben. Es geht dabei um Fragen, die im Zusammenhang mit dem Milchpreis die Betroffenen natürlich interessieren. Wie steht es mit der Reorganisation des Milchwirtschaftsfonds? Und wo liegt der Plan für alle Molkereibetriebe? Es wurde hier einmal eine halbe Zusage gegeben, es hieß, der Herr Minister werde sich dieser Dinge annehmen. Wir vermissen bis heute eine entsprechende Antwort; sie ist auch im Ausschuß nicht erfolgt.

Daß natürlich auch die sogenannte Agrarbürokratie einer Reform zu unterziehen ist, haben wir Freiheitlichen wiederholt deponiert.

Ein weiterer Grund für unsere Ablehnung ist die soziale Stellung unserer Landwirtschaft, in diesem Zusammenhang vor allem der unbefriedigende Zustand bei der Bauernkrankenkasse. Es wurde hier vor einigen Tagen schon in einer Ausführung des Abgeordneten Haider, die dieses Mal an und für sich sehr friedlich klang, und in einer Replik meines Parteifreundes Dr. Scrinzi das Problem der Bauernkrankenkasse angezogen. Es wurde auch vom Selbstbehalt gesprochen, der an und für sich einvernehmlich als positiv bezeichnet wurde. Derzeit ist es aber so, daß den Selbstbehalt praktisch die Kasse ausübt. Die Kasse

behält sich Beträge zurück, die sie laut Gesetz den Kranken, den Patienten, auszubezahlen verpflichtet wäre.

Wir wissen, daß durch Fehlleistungen hier eine Verschiebung der Mittel erfolgt ist. Der Vertrag mit den Spitälern ist da, nicht aber der Vertrag mit den Ärzten. Das heißt — wir sehen es ja in der Praxis, ich glaube, jeder in seinem eigenen Wirkungskreis —, daß natürlich von der bäuerlichen Bevölkerung versucht wird, möglichst viele Leute in die Krankenhäuser zu bringen. Die Überfüllung der Krankenhäuser ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß selbstverständlich auch hier versucht wird, zu einem möglichst hohen Kostenersatz zu kommen, der natürlich im Endergebnis das Budget der Bauernkrankenkasse sehr belastet. Wir möchten nur hoffen ... *(Ruf bei der ÖVP: Das ist eine Unwahrheit!)* Sie haben die Möglichkeit, darauf zu antworten. Wir Freiheitlichen möchten nur hoffen, daß es vielleicht doch nun bald zu einer Einigung kommt und unsere ländliche Bevölkerung, unsere Bauern wirklich 80 Prozent ihrer Kosten echt ersetzt bekommen. Sie kennen ja selbst alle diese Beispiele, wo oft nur 15, 20 oder 30 Prozent ersetzt werden.

Es liegt — und darüber ist in diesem Hause oft genug debattiert worden — sicherlich auch am Verhalten der Bauernkrankenkasse, daß hier die ersten Vereinbarungen nicht eingehalten wurden. Diese Auseinandersetzung sollen aber die Beteiligten miteinander führen. Ich möchte nur deponieren, daß es höchste Zeit ist und wir daran interessiert sind, daß da endlich einmal ein befriedigender Zustand eintritt.

Bezüglich der Bauernkasse darf ich noch deponieren: Ich weiß nicht, wie weit sich der Herr Minister selbst hier miteingeschaltet hat, aber ich nehme es an. *(Ruf bei der ÖVP: Sie wissen vieles nicht!)* Es wäre sicherlich auch seine Aufgabe, zumindest Vermittlerdienste zu leisten, damit hier bald ein befriedigender Zustand eintritt.

Ein weiterer wesentlicher Grund unserer Ablehnung ist, daß auf dem Bildungs- und Ausbildungssektor die Dinge nicht so liegen, wie wir es uns vorstellen und wie es im Sinne der Gleichheit aller Standesgruppen notwendig wäre.

Der Herr Minister hat im Ausschuß gesagt: „Sie haben mich mitten ins Herz getroffen.“ Herr Minister, ich hoffe, daß dieser „Blattschuß“ in den nächsten Jahren auch brauchbare Ergebnisse zeitigt, denn wir können Ihre Meinung nicht teilen, daß in der Landwirtschaft auf dem Gebiete des Bildungswesens die Dinge so liegen, wie sie einer fortschrittlichen Agrarpolitik entsprechen würden.

Meißl

In der Debatte — ich kann mich noch erinnern, ich glaube, es war der Abgeordnete Leitner, der darauf verwiesen hat — wurde erklärt: Ja wir haben seit 1945 von drei landwirtschaftlichen Mittelschulen auf acht aufgestockt! — Sie wissen ganz genau, daß wir Freiheitlichen mit der Schulreform, mit dem Schulorganisationsgesetz in vielen Dingen nicht einverstanden waren, und die hitzigen Auseinandersetzungen, die hier im Hause in letzter Zeit stattfanden, haben das wieder bewiesen.

In den heutigen Relationen auf dem Bildungssektor ist eine Aufstockung von drei landwirtschaftlichen Mittelschulen auf acht seit 1945 überhaupt keine Relation mehr. Wenn wir nur das Beispiel meines Wahlkreises, wo wir eine Mittelschule gehabt haben, nehmen, dann sehen wir, daß wir jetzt in fünf Bezirksstädten und in einer weiteren Stadt eine zusätzliche haben. Hier kann man überhaupt keine Relation mehr finden. Da ist es nun einmal so, daß Hunderte Bauernkinder, die den Willen haben, eine höhere Bildung, eine Mittelschulbildung, zu erreichen, alle Jahre abgewiesen werden müssen und daß hier natürlich — das muß ich auch sagen — oft auch die Intervention mit eine große Rolle spielt. Das soll nicht sein. Jeder Bildungswillige, das ist ja auch in den Grundgesetzen so verankert, soll die Möglichkeit haben und hat sogar ein Recht auf eine entsprechende Ausbildung.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch darauf verweisen, daß der Kollege Dr. Tschida in der Ausschusssitzung ebenfalls auf diese Dinge verwiesen und für das Burgenland beispielsweise eine Mittelschule gefordert hat. Der Wahlkreis, dem ich in der Oststeiermark angehöre, ist neben Niederösterreich und Teilen Oberösterreichs eines der größten Agrargebiete, die wir in unserem Lande haben. Ich darf für meinen Wahlkreis neuerlich deponieren, daß wir die Forderung nach einer landwirtschaftlichen Mittelschule immer wieder erheben werden, wobei der Standort nicht so wichtig ist. Hier kommen dann die lokalen Interessen dazu, das weiß ich. Wesentlich ist, daß in diesem Raum wirklich mit den Vorarbeiten für eine landwirtschaftliche Mittelschule ehestens begonnen wird.

Wir haben in unserem Wahlkreis wesentliche Funktionäre des Österreichischen Bauernbundes, ja sogar den höchsten Funktionär des Bauernbundes. Ich verstehe nicht, daß er sich nicht mehr dafür einsetzt, das muß ich schon sagen. Vielleicht gibt es bestimmte andere Gründe.

Ich richte an den Herrn Minister den Appell, diese Angelegenheit noch einmal zu überdenken, und ich frage, ob ein Landwirtschaftsminister Dr. Schleinzner weiterhin den Vorwurf auf sich sitzen lassen will — ich formuliere es milde —, nicht entsprechend bildungsfreundlich zu sein.

Meine Damen und Herren! Wie geht es weiter in dieser Reihenfolge? Sie wissen ja selbst: Das Nettoeinkommen — und nur von dem kann die Rede sein — sinkt weiter ab, der Kaufkraftschwund schreitet durch die neuerlich steigenden Preise weiter fort, das ist ja ganz klar, und Sie wissen, ich habe das auch hier schon deponiert, neuerliche Belastungen werden auferlegt, wie beispielsweise Erhöhung der Umsatzsteuer, der Post- und Bahntarife, der Kammerbeiträge, der Beiträge für die Altersversorgung und der Sozialversicherungsbeiträge; die Mineralölsteuer wurde auch einmal erhöht, und so geht das weiter, und so gibt es immer neue Belastungen für die Landwirtschaft.

Und wenn ich jetzt kurz zusammenfasse: Was sind die Folgen dieser Politik? Die Folge dieser Politik ist die Deklassierung eines Standes. Sie hat immer bestanden, das sei zugegeben. Aber es muß doch Sinn einer modernen Agrarpolitik sein, die Landwirtschaft aus dieser Deklassierung herauszuführen und sie auf das Niveau der anderen Stände zu bringen.

Aber schlimmer ist noch, meine Damen und Herren, daß innerhalb der Landwirtschaft selbst eine Teilung stattfindet, eine Disparität. Es gibt eine Gruppe von Bauern, denen es zweifelsohne auf Grund ihrer Struktur gut geht, und ich muß dazusagen, auch auf Grund der Möglichkeiten, die man ihnen bietet oder die sie ausnützen können. Sie gehören heute dem Teil der Bauernschaft an, die als Vorzugsbauern schon zu einem Begriff geworden sind. Daneben befindet sich ein Teil der Landwirtschaft in einer fast aussichtslosen Position. Wir laufen Gefahr, daß sich auf dem Lande ein neues Proletariat entwickelt. Wo wir doch alle froh sein müßten, daß der Begriff „Proletariat“ zumindest für unsere Arbeiter mehr oder weniger der Vergangenheit angehört, droht hier die Gefahr, daß sich ein neues Proletariat zwangsläufig bildet.

Wir müssen der Ressortführung zum Vorwurf machen, daß wir noch immer kein richtiges und umfassendes Agrarkonzept haben. Es fehlt der Mut zur Wahrheit. In einzelnen Versammlungen wird wohl davon gesprochen, wir lesen es in den Zeitungsberichten. Ich nehme an, sie sind richtig. Ich teile nicht die Meinung, daß die Zeitungen falsch informiert werden, sondern im allgemeinen muß man sagen, daß die Berichte schon stimmen.

Meißl

Es muß offen ausgesprochen werden, wie die Situation unserer Landwirtschaft ist und was man dagegen unternehmen kann. Diese Maßnahmen müßten zielführend und gerecht sein. Wir Freiheitlichen glauben, daß in unserem Lande die Landwirtschaft nur dann bestehen kann, wenn man drei Gesichtspunkte beachtet: Erstens die Schaffung von echten Vollerwerbsbetrieben, die auch entsprechend unterstützt werden müssen. Das zweite, und das ist strukturell bedingt und kein Idealzustand, ist die Betreuung der Nebenerwerbsbetriebe. Das wird gebietsweise verschieden sein, aber sie müßten immer betreut werden. Drittens ist es notwendig, daß bei dieser Umstellung, weil ja eine Gruppe übrigbleiben wird, Hilfe auf sozialem und bildungsmäßigem Gebiet einsetzt.

Herr Minister, wir müssen an Sie die Frage richten: Haben Sie nun wirklich ein solches Agrarkonzept oder haben Sie nur, wie es meistens heißt, „Maßnahmen“?

Wir sind zurzeit nicht der Meinung, daß es ein richtiges Agrarkonzept gibt, sondern wir glauben, daß es nur Maßnahmen sind, die vom Ressort her getroffen werden. Der Steuerzahler hat ein echtes Anrecht darauf, daß mit seinem Geld wirklich zielführend umgegangen wird und daß durch diese Maßnahmen erreicht wird, daß die Probleme, die die Landwirtschaft heute strukturell berühren, mit diesen nicht geringen Summen einer Lösung, wohl nicht von heute auf morgen, aber auf längere Sicht, zugeführt werden.

Aber dazu muß man erst einmal wissen, wie das aussieht. Man hat ja Vergleichsbasen in anderen Ländern. Man muß sich darüber im klaren sein, wie sich dieser Prozeß auf Jahre hinaus vollziehen soll. Es ist nun einmal Tatsache, daß unsere Struktur nicht ideal ist, das wissen wir alle. Der Herr Minister hat das selbst vor kurzem, ich glaube in Graz, gesagt. Und dabei hat er noch das Glück gehabt, einen Bundesdurchschnitt zu wählen: 60 Prozent der österreichischen landwirtschaftlichen Betriebe haben weniger als 10 ha Fläche. Wir wissen, daß die Struktur in der Steiermark, in Kärnten und so weiter noch weit ungünstiger ist, daß es sogenannte Vollerwerbsbetriebe gibt, die nur 5 ha zur Verfügung haben, wobei ich sagen möchte, daß für einen Spezialbetrieb unter Umständen 5 ha genügen können.

Als Folge dieser Agrarpolitik hat sich zwangsläufig eine Überproduktion entwickelt, und heute wird man mit diesen Problemen fast nicht mehr fertig.

Ein weiteres Faktum ist, das habe ich bereits erwähnt, die Aussperrung von unseren natürlichen Absatzgebieten. Das ist ein poli-

tisches Problem, das wissen wir. Hier wird es natürlich immer schwieriger. Sie wissen selbst, daß wir früher für die Stützung auf dem Schlachtviehsektor 83 Millionen einsetzen mußten, und heuer sind es bereits 143 Millionen. Diese Ziffern sprechen ja für sich.

Ich möchte das, was ich hier schlagwortartig vorgebracht habe, durch einige Pressestimmen oder Stimmen von seriösen Fachzeitschriften untermauern. In „Berichte und Informationen“ vom 31. Oktober stehen sehr interessante Dinge, einige davon möchte ich hier zitieren. Es heißt hier: „Nun zu den landwirtschaftlichen Förderungen, die leider im allgemeinen mehr politisches als sachliches Interesse finden. Da hier im allgemeinen nur auf das ‚Volumen‘ gesehen wird, das heißt also auf die Beitragshöhe, ist man von einem sachlichen Gespräch über die sich hier niederschlagende Agrarpolitik, das heißt über die Maßnahmen und ihr Konzept, noch ungemein weit entfernt.“

Ich darf vielleicht noch einen weiteren Satz zitieren. Es wird der Herr Minister Schleinzner erwähnt, daß er zum „Umdenken“ aufgefordert hat, und es heißt dann: „... Anfänge eines Klärungsprozesses, der nun raschest zu Ende geführt werden sollte. Immerhin stehen Hunderte Millionen Schilling auf dem Spiel und darüber hinaus die Existenz unzähliger Familien, denen mit der Konservierung einer überholten Struktur nur scheinbar gedient sein kann; tatsächlich erwächst nämlich hieraus eine immer größere Einkommensdisparität, schließlich Verelendung und soziale Spannungen. Alldem sollte vorausschauend und vorbeugend durch eine entsprechende Umstellung in der Agrarpolitik und damit auch in den landwirtschaftlichen Förderungen Rechnung getragen werden. Die vorliegenden Globalziffern lassen nicht erkennen, daß eine Änderung der seit Jahrzehnten geführten ‚traditionellen‘ Förderungsmaßnahmen zu erwarten sei.“

Traditionelle Förderungsmaßnahmen: Wir wissen ja alle, das ist das Instrument des Bauernbundes. Auf diesem Gebiete ist er natürlich in der Lage, wirksam zu werden, auch politisch wirksam zu werden. Und das ist es ja, was die Freiheitlichen hier — ich war ja ihr Sprecher — immer wieder angeklagt haben. Wir werden es auch weiter tun. Mit dieser Art der Förderung, die weitestgehend auch nach politischen Gesichtspunkten erfolgt, werden wir uns nie abfinden können.

Darf ich kurz noch etwas zitieren, das meiner Ansicht nach nicht unbedeutend ist. Es ist eine Pressestimme. Es schrieb der „Kurier“ vom 11. 9.:

„Das Übel liegt einfach darin, daß in unserem Land zwar seit Jahren von Maßnahmen zur

Meißl

Strukturverbesserung gesprochen wird, daß man zwar den Wechsel von einem in den anderen Berufsstand fordert, jedoch noch kein nach geographischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnetes Konzept dafür entwickelt hat.“

Das sind die Vorwürfe, die immer wieder kommen. Wir wissen es, wir kennen ja die Meinung: Ja, die Bauern, die bekommen das und jenes. Es werden natürlich alle Mittel zusammengezählt — das möchte ich hier auch erwähnen —, die in diesem Kapitel verankert sind, ob das nun Förderungsmittel im Rahmen des normalen Budgets sind, ob sie im Rahmen des Grünen Planes liegen, ob es die Preisausgleiche bei den Stützungen sind. Alles wird zusammengezählt und dann behauptet man: Ja, die Bauern, die bekommen viel. Ich möchte mich ausdrücklich dazu bekennen — das habe ich wiederholt gesagt —, daß wir nicht dieser Meinung sind. Wenn man von der Landwirtschaft gewisse Prämien — so möchte ich das bezeichnen — seit 1945 und auch schon früher verlangte, wenn man verlangt, daß sie eben unter bestimmten Voraussetzungen zu produzieren und vor allem preislich günstig zu arbeiten hat, dann muß man ihr auch Stützungen des Staates geben. Was wir aber fordern, ist, daß diese Mittel selbstverständlich, wenn sie in genügendem Ausmaß gewährt werden, auch zielführend eingesetzt werden, damit ein echter Effekt — wie ich bereits sagte — erreicht wird.

All das, meine Damen und Herren, veranlaßt uns Freiheitliche, diesem Kapitel nicht unsere Zustimmung zu geben.

Ich darf hier vielleicht noch abschließend vermerken, daß manche warnende Stimmen, die hier zum Teil schon in sehr extremer Form zum Vorschein gekommen sind, im Laufe des Jahres nicht überhört werden sollten. Ich darf nur an die Demonstrationen in den Ländern Salzburg, Oberösterreich, Kärnten, Steiermark, Wien und Niederösterreich erinnern, die sich gegen das Ressort und gegen die Bauernbundführung gerichtet haben. Es sollte von seiten der Agrarführung wirklich ernsthaft überlegt und der Nachweis erbracht werden, daß man hier wirklich nur im Interesse der betroffenen Standesgruppe vorgeht und alles vermeidet, was den Eindruck, der nun leider einmal besteht, daß hier Parteipolitik betrieben wird, verstärkt.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen haben uns immer zur Aufrechterhaltung eines gesunden Bauernstandes bekannt. Wir bekennen uns genauso dazu, daß man natürlich in einer Zeit, die sich völlig von der Zeit unserer Väter und Großväter unterscheidet, mit der Zeit gehen muß und auf die ver-

änderten strukturellen Verhältnisse leider — muß ich zum Teil sagen — Rücksicht zu nehmen hat. Wir fordern deshalb von diesem Ressort, daß es uns wirklich ein Konzept vorlegt — zielführende Maßnahmen sind zum Teil getroffen worden —, das es uns möglich macht, diesem Kapitel auch einmal die Zustimmung zu geben. Ich möchte offen sagen: Es würde mich persönlich freuen, wenn ich vielleicht als erster Sprecher der Freiheitlichen hier erklären könnte: Jawohl, wir sind soweit, der Herr Minister hat uns überzeugt (*Ruf bei der ÖVP: Gib deinem Herzen einen Stoß!*), wir können die Zustimmung geben. Zurzeit liegt immer noch der Vorwurf in der Luft: Geschenke für die Landwirtschaft nach parteilichen Gesichtspunkten! Solange hier keine Änderung eintritt, werden wir Freiheitlichen solchen Kapiteln nicht die Zustimmung geben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kinzl das Wort.

Abgeordneter **Kinzl** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich brauche auf die Ausführungen meines Vordrängers nicht einzugehen; damit wird sich dann mein Kollege Steiner näher beschäftigen. Ich kann daher auf das eingehen, auf das näher einzugehen ich im Sinne hatte, nämlich auf das Budget vom Standpunkt des Kleinhäuslers aus.

Die für uns wichtigsten Förderungsmaßnahmen sind Besitzfestigung und Grundaufstockung. Durch die Besitzfestigung werden in erster Linie Betriebe, die unschuldig in Not geraten sind, wieder in die Lage versetzt, aus eigener Kraft weiterarbeiten zu können. Uneingeweihte werden vielleicht glauben, daß diese Beihilfen etwas zu leichtfertig ausgegeben werden. Dazu möchte ich folgendes sagen: Mein Bezirk umfaßt 5400 landwirtschaftliche Betriebe, davon sind viele Bergbauernbetriebe. Aber nur zirka 30 bekommen jährlich eine Beihilfe aus der Besitzfestigungsaktion. Daß dabei sehr genau gesiebt werden muß, ist selbstverständlich. Nur jene kommen in den Genuß einer Beihilfe, die neben der Bedürftigkeit dieser Hilfe auch wirklich würdig sind.

Die Grundaufstockung ist sehr wichtig, um Maschinen und Gebäude besser ausnützen zu können. Im allgemeinen sind größere Flächen zur Erhaltung einer Familie notwendig. Einerseits besteht seitens der Kleinbesitzer die Bereitschaft zum Ankauf und andererseits besonders am Rande der Märkte und Städte auf Seite der Gewerbetreibenden und zum Teil auch der Kaufleute die Bereitschaft, Gründe abzugeben, weil sie für ihre meistens kleinen

Kinzl

Betriebe ohnehin keine landwirtschaftlichen Arbeiter mehr bekommen und diese auch für so kleine Grundflächen zu teuer kämen. Außerdem sollen ja die landwirtschaftlichen Grundstücke der Landwirtschaft erhalten bleiben und nicht an Spekulanten abgegeben werden. Ich möchte hier auch die Feststellung treffen, daß bisher der Bedarf an Kapital für den Ankauf freier werdender Gründe durch AIK abgedeckt werden konnte.

Die wenigsten glauben, daß es so viele Kleinbesitzer überhaupt noch gibt. Die Landwirtschaftskammer für Oberösterreich hat vor vier Jahren Erhebungen durchgeführt und dabei festgestellt, daß rund die Hälfte aller Landwirte in Oberösterreich irgendeinen Nebenerwerb hat. Die einen sind unselbstständig tätig, gehen irgendwohin in die Arbeit, die anderen sind außerdem Gewerbetreibende, Binder, Tischler, Wagner; jedenfalls führen sie Betriebe, die auf dem Lande draußen sehr wichtig sind. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß es in den anderen Bundesländern genauso ist wie in Oberösterreich und daß dieser Trend auch in den letzten vier Jahren seit dieser Erhebung angehalten hat.

Dazu ist zu sagen, daß diese Kleinbetriebe mit einem entsprechenden Nebenerwerb auf jeden Fall gesicherter sind als jene Betriebe, die zu viel Grund haben, um noch einer unselbstständigen Arbeit nachgehen zu können, aber doch zu wenig Grund haben, um die notwendigen Maschinen rationell einsetzen zu können. Diese Gruppe von Landwirten scheint mir am gefährdetsten zu sein. Sie braucht auch unsere besondere Unterstützung.

Ich glaube, doch nicht annehmen zu müssen, daß in diesem Hause Abgeordnete sitzen, die der Meinung gewisser Agrartheoretiker sind, daß solche Kleinbetriebe so schnell wie möglich aufgelöst gehören und keine Förderung bekommen sollen. (*Abg. Pay: Das hat die EWG in Brüssel festgestellt! Da waren Ihre Kollegen auch dabei!*) Herr Kollege! Dazu möchte ich Ihnen folgendes sagen: Ich weiß, daß Mansholt der erste war, der sehr, sehr vielen kleinen Betrieben praktisch das Lebensrecht abgesprochen hat. (*Abg. Pay: Der Generaldirektor für die Landwirtschaft innerhalb der EWG hat diese Feststellung getroffen!*) Darf ich bemerken: Auch Mansholt ist ein Sozialist, und leider müssen wir in erster Linie — nicht von allen, Gott sei Dank — von der linken Seite immer wieder hören: Es ist schade um jeden Schilling, den man in Betriebe unter 20 ha hineinsteckt. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Nein, das ist kein Vergleich dazu. Jedenfalls hat das nichts damit zu tun. Ich glaube nicht, Herr Kollege Steininger, daß sich diese Leute dessen bewußt sind, was sie diesen

Kleinen antun. (*Zwischenruf des Abg. Pay.*) Wenn es heißt, unter 20 ha sollen sie keine Förderung haben, dann bedeutet das doch laut Ihrem Bericht und Ihrem Plan — 80 Prozent aller Landwirte sind doch unter 20 ha —, daß alle diese Betriebe aufhören müßten. (*Abg. Pay: Der Kollege Tödling hat gefragt: Müssen die kleinen Betriebe aufhören? Daraufhin hat der Generaldirektor für die Landwirtschaft in der EWG erklärt: Jawohl! Sonst nichts!*)

Herr Kollege, dazu darf ich Ihnen folgendes sagen: Es wäre furchtbar, wenn das so wäre. Außerdem kommt es doch nicht darauf an, wieviel Grund einer hat. Das Grundaussmaß allein ist doch nicht maßgeblich. In erster Linie wird es auch in Zukunft, wenn wir einmal in die EWG hineinkommen sollten, doch auf den Menschen ankommen, der auf dem Besitz ist, doch um Gottes willen nicht auf das Grundaussmaß. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Auch Sie wissen, daß man zum Beispiel am Rande von Wien mit einigen hundert Quadratmetern das Auslangen findet und leben kann, wenn man Orchideen züchtet! (*Abg. Steininger: Der Minister wird schon blaß!*) Steininger, es tut mir leid, du bist leider kein praktischer Landwirt, sonst würdest du wahrscheinlich nicht so reden.

Diese Kleinbesitzer abzuschreiben, wäre politisch und sozial grausam und furchtbar. Stellen Sie sich vor, was es bedeuten würde, wenn diese Leute alle in die Stadt hineinkämen und den anderen die Arbeit wegnehmen würden; von der Wohnung und den anderen Schwierigkeiten, die dabei entstehen würden, überhaupt nicht zu reden. (*Abg. Lukas: Der Meinung sind wir auch, Herr Kollege!*) Außerdem würden dann Gebiete überhaupt entsiedelt werden; das müssen Sie auch bedenken. Daß der Kleinbauer mehr Zeit und Möglichkeit hat, auch die Landschaft zu pflegen, ist selbstverständlich. Dazu ist kein Großbauer, zumindest nicht in dem Ausmaß, in der Lage. Ein einmal entsiedeltes Gebiet nochmals zu besiedeln, ist todsicher nicht möglich. Viele Ausländer kommen nach Österreich nicht nur deswegen, weil sie bei uns billig leben, weil wir fescche Leute sind, sondern in erster Linie, weil wir eine gepflegte Landschaft haben. Liebe Freunde, eines ist sicher: Wenn wir dafür sorgen, daß auch in Zukunft die Landschaft gepflegt ist, werden auch in Zukunft die Fremden zu uns kommen und uns Geld bringen.

Ich habe versucht, Ihnen aufzuzeigen, wie wichtig diese Kleinbetriebe für den Fremdenverkehr sind. Ich möchte noch einmal betonen, daß es vollkommen falsch ist, diese

9964

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 4. Dezember 1968

Kinzl

Kleinbetriebe abzuschreiben und nur vom Grundaussatz auszugehen. Bei uns in Oberösterreich im Eferdinger Becken kann einer ohneweiters leben, wenn er nur einige Joch Grund besitzt und dort vielleicht Gemüse züchtet oder eine Spezialkultur hat.

Wenn nur Großbetriebe das Ideale wären, liebe Freunde, dann dürfte es zum Beispiel in Amerika keine Agrarprobleme geben, auch nicht im Osten. Die Farmen in Amerika haben zurzeit eine Durchschnittsgröße um 145 ha. Trotzdem gibt es drüben Schwierigkeiten. In Amerika ist die Erzeugung pro Hektar derart zurückgegangen, daß wir in Österreich nicht leben könnten. Wir könnten unsere Bevölkerung nicht mit Brotgetreide versorgen, wenn wir nicht mehr erzeugen würden. Wenn nur die Großbetriebe richtig wären, dürfte es im Osten überhaupt keine Schwierigkeiten geben. Denken Sie doch an die großen Kolchosen! Aber auch dort gibt es Schwierigkeiten, und in den Jahren 1963 und 1965 mußte Rußland sogar Getreide, Weizen importieren — 1963 11,2 Millionen Tonnen, 1965 nochmals 6,2 Millionen Tonnen —, um seine Bevölkerung ernähren zu können. Hier hat zweifellos der Osten mit seinen Riesenstaatsgütern Schiffbruch erlitten. (Abg. Dr. Staribacher: Herr Kollege! Wissen Sie, warum es in Amerika diese Agrarprobleme gibt? Aus der Überschußproduktion!) Selbstverständlich, es sind aber dort auch die Flächen derart groß, daß es nichts ausmacht, ob man weniger erzeugt. Das ist mir vollkommen klar. Nur könnten wir uns das nicht erlauben, weil wir dann einfach nicht mehr leben könnten. Es wäre für unsere Kleinbetriebe unmöglich.

Ich war als Soldat in sehr vielen europäischen Staaten. Ich bin dabei zur Ansicht gekommen, daß wir in Österreich eine ausgezeichnete Besitzverteilung haben. Außerdem ist in Österreich fast jeder Betriebsinhaber auch Eigentümer.

Hohes Haus! Ich möchte Sie bitten: Halten wir uns nicht an jene Phrasen, die von einzelnen Theoretikern über die Kleinlandwirte ausgesprengt werden. (Zustimmung beider ÖVP.) Ich bin jedenfalls davon überzeugt, daß die Kleinlandwirte auch dann noch bestehen werden, wenn diese Herren schon lange das Zeitliche gesegnet haben.

In Deutschland gibt es schon heute ernstzunehmende Agrarwissenschaftler, die gerade den Kleinbetrieben mit Neben- oder Zuerwerb auch in Zukunft eine gute Existenzmöglichkeit zubilligen. Ein Professor in Frankfurt hat bei einem Vortrag festgestellt, daß es bei jenen Arbeitern, die zu Hause noch eine kleine Landwirtschaft haben, keine Schwierigkeiten mit der Freizeitgestaltung gibt. Vielleicht kennen Sie

auch Dr. Geiersberger, den Leiter des Bayrischen Landfunks in München. Auch er steht auf dem Standpunkt, man müßte es sogar fördern, daß viele Kleinbetriebe noch einen Nebenerwerb haben. Das wäre die beste Besitzfestigung. (Abg. Pfeifer: Sie rennen offene Türen ein!) Aber nicht bei euch, vielleicht bei dir, Herr Kollege, mag schon sein. Ich muß das leider schon zur linken Seite hin sagen. (Abg. Lukas: Sie irren sich, Sie rennen offene Türen ein!) Gut, dann ist es umso besser! Es wäre sehr schön, wenn Sie uns dabei unterstützen würden. Es hat keinen Sinn, wenn Sie in den Versammlungen draußen immer sagen ... (Zwischenruf des Abg. Pay.)

Meine Herren! Wenn wir da einer Meinung sind, gibt es ja keine Schwierigkeiten! Dann können auch Sie mithelfen, daß diese wertvollen Menschen am Lande draußen bleiben und nicht in die Stadt hineinströmen. Ich möchte es wiederholen: Agrarfabriken sind unnatürlich und lösen keineswegs die Probleme. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Herr Kollege, das brauchen Sie nicht uns zu sagen, sagen Sie es Ihren eigenen Leuten!) Gerade der Herr Minister ... (Abg. Weikhart: Wir sitzen ja nicht in der Regierung!) Herr Staatssekretär, Sie wissen ganz genau, daß gerade unser Herr Minister in der letzten Zeit sehr viel über diese Klein- und Nebenerwerbsbetriebe sogar bei der CEA-Tagung in Salzburg gesprochen hat und daß er diesen ganz besonders sein Augenmerk zuwendet — aber nicht nur davon spricht, sondern auch im Budget dafür sorgt, daß sie die nötigen Geldmittel bekommen. Das ist ja das wichtigste. (Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.) Sie von der SPÖ würden wahrscheinlich sagen: Die unter 20 ha sollen nichts mehr bekommen, weil die einfach nicht bestehen können, und die, die über 20 sind, brauchen nichts, die sind schon zu groß. Das wäre wahrscheinlich Ihre Agrarförderung! (Abg. Pay: Wer sagt denn das? — Abg. Lukas: Sind Sie bei einer Wählerversammlung, daß Sie so reden können?) Hier herinnen kann ich sagen, was ich will! Gerade Sie, Herr Kollege Lukas, sind immer der erste, der dreinschreit, wenn einer von Ihnen nicht das sagen kann, was er will. (Abg. Lukas: Nicht zum Anhören, so etwas!) Herr Kollege! Wir haben von euch schon viel mehr anhören müssen und haben uns nicht so aufgeregt, wie Sie das momentan tun. Sie müssen natürlich eine gewisse Wahrheit vertragen! (Abg. Lukas: Das ist ja keine Wahrheit!) Das ist die Wahrheit, leider!

Ich möchte noch feststellen, daß diese Kleinbetriebe selbstverständlich auch einen großen Marktanteil haben. Auf dem Agrarsektor — also Forstwirtschaft ausgenommen — be-

Kinzl

trägt der Marktanteil 35 Prozent, auf dem Milchsektor ist es bedeutend mehr. Ich weiß natürlich ganz genau, daß Sie sagen werden, es wäre besser, es würde nicht soviel erzeugt werden, es wäre besser, wenn diese Kleinbetriebe weg wären. (*Abg. Pay: Warum unterstellen Sie uns das immer?*) Weil wir es immer wieder leider Gottes hören müssen. Gerade die linke Seite ist es immer wieder, die uns Vorwürfe macht, daß wir zuviel produzieren und daher zuviel Beihilfen gegeben werden müssen. (*Abg. Weikhart: Das haben wir nicht geleugnet, daß auf manchen Gebieten zuviel produziert wird!*)

Aber auch das stimmt nicht, daß wir zuviel produzieren. Sie wissen ganz genau, Herr Staatssekretär, daß immer von einem Butterberg gesprochen wird, aber auch das stimmt nicht. Denn wir versorgen uns auf dem Fettsektor nur zu 50 Prozent, zu rund 25 Prozent mit Butter, zu 25 Prozent mit Schweinefett. Aber gut 50 Prozent importieren wir. Stellen Sie sich vor, was zustande käme, wenn eines Tages die Grenzen gesperrt würden. Was machen wir dann? Dann ist es sehr gut, wenn diese Kleinbetriebe dasind. Ich stehe jedenfalls auf dem Standpunkt, daß es notwendig ist, daß sie dasind. (*Abg. Weikhart: Glauben Sie, daß eine Arbeiterfamilie mit mehreren Kindern nur mit Butter kochen kann? Kann sich diese Familie das leisten?*) Sie braucht es auch nicht, sie kann zum Beispiel Butterschmalz verwenden. Das Kilogramm Butterschmalz zu 30 S ist zweifellos das beste und das billigste. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich würde Sie auf der linken Seite, besonders alle Konsumentenvertreter, bitten, daß Sie mehr Interesse und Verständnis für die Landwirtschaft zeigen, daß Sie die zweifellos großen Schwierigkeiten, die wir haben, gerade bei den kleinen Bauern anerkennen, und nicht hier im Hause so reden und draußen dann etwas anderes tun. (*Abg. Steininger: Das tun ja Sie! — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.*) Herr Kollege Steininger, ich lasse mich jedenfalls nicht davon abbringen, daß diese Kleinbetriebe auch in Zukunft notwendig sind — ich hoffe, daß wir da einer Meinung sind — und daß sie daher auch eine entsprechende Unterstützung notwendig haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Pfeifer das Wort.

Abgeordneter **Pfeifer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte gleich zu Beginn meiner Ausführungen einige Sätze dafür verwenden, um meinen geschätzten Kollegen Kinzl, meinen Vorredner, ein wenig zu korri-

gieren. Er hat der Sozialistischen Partei den Vorwurf gemacht, daß wir quasi die kleinen Betriebe endgültig liquidieren wollen, daß wir für die kleinen Betriebe nichts übrig haben. Hätte der Kollege Kinzl das Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Partei gelesen ... (*Abg. Kinzl: Ich habe es gelesen, Herr Kollege!*) Dann müssen Sie es mangelhaft oder schlecht gelesen haben. Denn es steht auf Seite 139, Herr Kollege Kinzl — das schreiben Sie sich bitte ganz genau auf oder passen Sie jetzt sehr gut auf —, unter der Position 20: „Erschließung nichtlandwirtschaftlicher Einkommensquellen“ — ich möchte nicht alles vorlesen, aber die letzten Sätze sagen wir Ihnen —:

„Als Ergänzung des Einkommens landwirtschaftlicher Familienbetriebe ist die Erschließung zusätzlicher Einkommensquellen wichtig. Für Kleinbetriebe ist die Führung als Nebenerwerbsbetrieb in der Regel die einzige Möglichkeit, ein angemessenes Einkommen zu erzielen. Diese Möglichkeit soll vor allem den einkommensschwachen Bauernbetrieben erschlossen werden. Als Maßnahmen kommen in Frage:

Stärkere industrielle und gewerbliche Durchsiedlung strukturschwacher Agrarregionen; Herausbildung von zentralen Orten (sogenannten sekundären Zentren) als Kristallisationspunkte für die Ansiedlung von Industrie- und Dienstleistungsbetrieben, die sich gegenseitig ergänzen und bedingen.“ Und als letztes: „Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen für den bäuerlichen Betrieb durch den Fremdenverkehr.“

Hohes Haus! Ich überlasse jetzt Ihnen das Urteil, wer von der Sozialistischen Partei gegen die finanzschwächeren landwirtschaftlichen Betriebe ist. Ich überlasse Ihnen das Urteil darüber, wer den finanzschwächeren Betrieben mit echten Alternativen auch wirklich helfen will. Das ist und bleibt die Sozialistische Partei, das ist und bleibt ... (*Ruf bei der ÖVP: Das ist Dr. Staribacher!*) Wenn Sie sagen Dr. Staribacher, dann darf ich für meinen Parteifreund in Anspruch nehmen, daß er einer der Hauptinitiatoren des Sozialistischen Wirtschaftsprogramms war und daß er sich genauso wie die ganze Sozialistische Partei und der Arbeitsbauernbund zu diesem Sozialistischen Wirtschaftsprogramm bekennt. (*Abg. Kinzl: Ich weiß aber, daß er sich bei der Beratung für eine schärfere Fassung ausgesprochen hat!*) Dann ist das entweder, Herr Kollege Kinzl, ein Einfall aus irgendwelchen Träumen von Ihnen oder von Ihrer Partei. Ich darf Ihnen sagen, daß ich ebenfalls im Arbeitskreis Landwirtschaft bei der Erstellung des Wirtschaftsprogramms mittätig war, und ich kenne ganz genau die Situation, wie sie war.

Pfeifer

Ich darf Ihnen sagen, ich bin sehr froh, daß wir hier zu dieser Formulierung gekommen sind. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Weikhart, zu Abg. Kinzl: Sie dürfen dabei nicht mitarbeiten, aber er ist aktiver Mitarbeiter! — Weitere Zwischenrufe.)* Herr Kollege Kinzl, Sie brauchen mich nicht zu bemitleiden und nicht zu bedauern. Ich würde Ihnen nur wünschen, daß Sie soviel in Ihrer Partei zu reden hätten wie ich in meiner Partei; das würde ich Ihnen nur wünschen. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Andauernde Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Meine Damen und Herren! Ich habe Zeit! Werden Sie jetzt schon nervös? Am Montag geht es weiter, das ist ganz klar.

Hohes Haus! Die Debatte zum Kapitel Landwirtschaft des vorliegenden Bundesfinanzgesetzes für 1969 ist, davon bin ich überzeugt, dadurch gekennzeichnet, daß die Vertreter des ÖVP-Bauernbundes der Reihe nach aufmarschieren werden und den Minister zum glorreichen Ritter und Sieger in der Ministerbudgetschlacht hinaufloben werden, wie es immer bei den abgelaufenen Budgetdebatten war. In der Beweihrächerung Ihrer Regierung werden Sie natürlich auch von der besten Agrarpolitik aller Zeiten reden. Auch heuer werden Sie wie in den beiden abgelaufenen Jahren die Experimente dieser Regierung blind unterstützen. Wir Sozialisten und Arbeitsbauernbündler stellen fest, daß Sie von den gigantischen strukturpolitischen Problemen reden und dann immer wieder für die Landwirtschaft und für Ihre Agrarpolitik um Verständnis werben.

Gestatten Sie, Hohes Haus, daß ich gleich vorweg einige Feststellungen treffe: Sie, die Österreichische Volkspartei und ihr Bauernbund, haben der Landwirtschaft und allen Bauern die Hebung der Einkommen versprochen. Nachdem diese Budgetdebatte mit großer Wahrscheinlichkeit die letzte in dieser Legislaturperiode sein wird *(Abg. Kinzl: Keine Sorge, Herr Kollege, wir haben sicher noch eine! — Abg. Steininger: Du wirst sehen, daß es wahr ist!)*, möchte ich nun Ihnen die agrarische Bilanz Ihrer Saison aus der Sicht der großen Oppositionspartei vorlegen. Durch Ihr Regierungsteam wurde den Bauern in Einlösung des ÖVP-Wahlversprechens 1966 unter den Parolen: „Wer von Preis- und Tarifierhöhungen redet, der lügt!“ und: „Ein höheres Einkommen für die Landwirtschaft!“ die Rechnung präsentiert.

Ich möchte Ihnen nun kurz diese Rechnung, diese Ihre Rechnung, wie sie aus der Sicht der Landwirtschaft, der Bauern aussieht, präsentieren. So schaut es, meine sehr verehrten Damen und Herren der rechten Seite dieses

Hauses, mit dem Milchpreis aus. *(Der Redner zeigt ein Plakat vor.)* Es ist nun einmal so, daß der Produzentenmilchpreis um 20 Groschen gesenkt wurde und der Konsument *(Abg. Fachleutner: Wo ist der Staribacher?)*, wie ich hier ganz klar beweisen kann, seit 1. Jänner 1967 um 1 S mehr pro Liter bezahlt. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Herr Kollege Pfeifer! Haben Sie schon einen Traktor gekauft? — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Die Milchproduktion steigt ständig an, und der Landwirtschaftsminister sagt, seine Agrarpolitik sei marktorientiert.

Wie schaut es denn, meine sehr verehrten Damen und Herren der rechten Seite dieses Hauses, mit dem Weizenpreis aus? *(Der Redner zeigt ein anderes Plakat vor.)* Mit dem Weizenpreis schaut es ungefähr so aus *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Warum schreiben Sie nicht den Gerstenpreis und den Maispreis auf? — Gegenruf des Abg. Benya)*, daß erstens einmal der Kunstdüngerpreis um 20 bis 40 Prozent teurer wurde *(neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP)* und daß zweitens der Weizenpreis im Jahre 1952, also vor 16 Jahren, für den Produzenten höher war als 1968. *(Ruf bei der ÖVP: Was Gerste kostet, davon haben Sie keine Ahnung! — Weitere Zwischenrufe.)*

Nun, meine Damen und Herren, noch eine letzte Tafel für Sie. *(Der Redner zeigt abermals ein Plakat vor.)* Die Faßweinpreise zeigen laut den vorliegenden Statistiken fallende Tendenz und liegen im Weinviertel bei 4 S pro Liter laut Ihren Statistiken. Wenn Sie sich auf die Winzergenossenschaften, meine Damen und Herren, berufen, so muß ich Ihnen entgegenhalten, daß die Genossenschaften lediglich einen Teil der Produktion — ungefähr 30 Prozent — aufnehmen können.

Wenn man von den Buschenschänkern absieht, so merkt man, daß Tausende kleine Weinbauer auf die Weinhändler angewiesen sind und von denen Schundpreise bekommen. Wobei noch dazu kommt, daß Sie ja diese Preissituation gewünscht haben, da diese Ihre Regierung mit Unterstützung des ÖVP-Bauernbundes und ihrer Weinbauernvertreter hier im Hause für die Einführung der 10 prozentigen Alkoholsteuer sehr freimütig gestimmt haben.

Ich hatte die Ehre, die Meinung meiner Fraktion bei der Hausdebatte, als es um die Einführung der 10 prozentigen Alkoholsteuer ging, darzulegen. Wir haben Ihnen damals gesagt, daß der kleine Weinbauer die Zeche zu bezahlen haben wird. Sie haben darüber gelächelt und uns mitgeteilt, daß diese Steuer doch nur eine Konsumentensteuer sei. Damit versuchten Sie die Bauern zu beruhigen.

Jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren der rechten Seite, reden Sie allerdings

Pfeifer

anders. Ich zitiere den „Österreichischen Bauernbündler“ vom 23. 11. 1968, wo Sie auf Seite 2 unter dem Titel „Alkoholsteuer bremste Weinabsatz“ folgendes sagen:

„Die ersten Auswirkungen der Alkoholsteuer auf den Weinabsatz kamen bei der Vorstandskonferenz des Weinbauverbandes für Niederösterreich am 19. November unter dem Vorsitz von Präsident Eggendorfer zur Sprache.“

Und dann sagten Sie:

„Während die Winzergenossenschaften bis September — vor allem im August — eine sehr starke geschäftliche Ausweitung ihres Absatzes erreichen konnten, stagnierte das Geschäft nach der Einführung der neuen Alkoholsteuer ab September dieses Jahres. Außerdem ergeben sich Preisschwierigkeiten für alle Weinbauer beim Flaschenweinverkauf ab eigenem Keller.“

Aus den Buschenschankgebieten kommen Meldungen, daß die großen, gut geführten und günstig gelegenen Betriebe zum Großteil die neue Steuer aufschlagen konnten. Da aber alle kleineren und am Rande der Verkehrszentren wirtschaftenden Heurigen den Wein zum alten Preis verkaufen müssen und des Absatzes wegen den Konsumenten nicht belasten wollen, befürchtet man, daß die Alkoholsteuer in diesen Fällen weiterhin ausschließlich von den Weinbauern selbst zu tragen sein wird.“

Wir Sozialisten haben also wieder einmal recht behalten. Durch Ihre Politik haben die Landwirte also weniger bekommen.

Ich frage hier bei dieser Gelegenheit alle Vertreter der Gewerkschaft in diesem Hause, was geschehen würde, wenn sie bei den laufenden hektischen Preissteigerungen, für die diese ÖVP-Regierung verantwortlich ist, den Arbeitern und Angestellten immer weniger Lohn garantieren würden. *(Ruf bei der SPÖ: Das gibt es bei der Gewerkschaft nicht!)* Sie würden, so glaube ich mit Recht, nicht mehr lange Gewerkschaftsvertreter sein, sondern sie würden ehestens von ihren eigenen Leuten davongejagt werden. *(Abg. Fachleutner: Da haben Sie recht! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Wo steht denn in Ihrem Wirtschaftsprogramm über Preise etwas drinnen? — Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.)*

Hohes Haus! Im Kapitel 62, Preisausgleiche ... *(Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Herr Kollege! Wenn Sie eine Diskussion mit mir über das Wirtschaftsprogramm wünschen, bin ich jederzeit dazu gerne bereit. Ich sage Ihnen eines, Herr Kollege Dr. Zittmayr ... *(Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.)* Ich sage Ihnen eines: Wenn wir nicht die Chance bekommen, das Wirtschaftsprogramm durchsetzen zu können, so bedeutet das neuerlich

sinkende Preise durch Ihre schlechte Agrarpolitik. Die Preiserhöhungen für die Landwirtschaft werden durch dieses Wirtschaftsprogramm möglich sein, weil wir da eine ganz neue, gezielte Agrarpolitik haben! *(Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Die undurchführbar ist, die vollkommen undurchführbar ist! — Rufe und Gegenrufe zwischen den Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr und Steininger. — Ruf bei der ÖVP: Mehr Einfuhren, weniger Ausfuhren! — Weitere Zwischenrufe.)*

Hohes Haus! Im Kapitel 62, Preisausgleiche, sind für 1969 für den Brotgetreideausgleich etwa 401,3 Millionen Schilling präliminiert. *(Abg. Fachleutner: Luftschlösser sind das! — Abg. Hartl: Ihr müßt mehr Milch trinken, keinen Wein! — Weitere Zwischenrufe.)* Im Vorjahr waren 381 Millionen vorgesehen. Die Lenkung und der Abbau der Überproduktion ist Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesminister, so überraschend gut gelungen, daß Sie für 1969 um 20 Millionen Schilling mehr den Staat belasten. Und im Landwirtschaftsausschuß erklären Sie uns, daß Sie glauben, mit Ihrer eingeschlagenen Methode den Weizenüberschuß wegzubringen. In Wirklichkeit konnten Sie auf Grund des vorliegenden Zahlenmaterials eine Umschichtung von zirka 50.000 t Weizen auf Roggen erreichen, wobei es durchaus möglich ist, daß wir in Zukunft zuviel Roggen produzieren werden. Die Überproduktionszahlen werden bei Weizen trotz allem 200.000 t, und 100.000 t Altbestand, also wieder insgesamt 300.000 t, betragen.

Herr Bundesminister! Ihr Erfolg scheint mir auf dieser Ebene ein sehr dürrer und unbefriedigender zu sein. Wir Sozialisten haben seit zehn Jahren immer wieder gesagt, wenn man die Preise fixiert und dem Absatz die Abnahme garantiert, hat man sich auch um die Verwertung zu kümmern. Bei Weizen hätte man es sehr einfach gehabt. Man hätte nur die Weizenanbauflächen reduzieren und mehr Futtergetreide anbauen müssen. Leider geschah das nicht. *(Ruf bei der ÖVP: Zwangsweise? Oder wie wollen Sie das machen? Wollen Sie das jedem Betrieb genau vorschreiben?)* Ich muß wieder sagen: Studieren Sie das Wirtschaftsprogramm, den Niederösterreich-Plan, dann werden Sie ganz klar sehen, wie wir das meinen! *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Herr Kollege Pfeifer! Sie sind doch ein Praktiker!)* Sicher! *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Können Sie einem jeden Bauern genau vorschreiben, wieviel er anbauen soll? Da brauchen Sie Millionen von Aufsichtsorganen!)* Ich darf Ihnen etwas sagen *(weitere Zwischenrufe bei der ÖVP):*

Pfeifer

Ihre Partei hat vor Jahren, als meine Partei gesagt hat: Es ist eine echte Planung notwendig!, etwas von dem Kolchosensystem erzählt; da haben Sie etwas von der Planifikation gesagt. Und heute, auf Grund der tatsächlichen Situation, müssen Sie doch wohl oder übel zur Kenntnis nehmen, daß Sie Ihre Agrarpolitik nicht mehr anders retten können, als daß Sie auf dem raschesten Wege zu einem klaren Planungskonzept kommen. So schaut es doch aus, meine Damen und Herren! (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Lesen Sie Horst Knapp!*) Außer Sie sagen: Wir produzieren weiter drauflos; aber das ist Ihre Angelegenheit. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das sagt niemand!*)

Der Landwirtschaftsminister mußte also den Weizenpreis senken. Die Weizenbauern, die schon 1952 einen Weizenpreis von 2,40 S und in späteren Jahren 2,50 S bekommen haben, erhalten von der Ernte 1968 einen Preis von 2,30 S. Herr Bundesminister! In einer Zeit allgemeiner Preissteigerungen wurde also der Weizenpreis von Ihnen niedriger festgesetzt als vor 16 Jahren. Wir alle wissen, daß in diesen 16 Jahren unser Geldwert durch die ständige Teuerung sehr stark gesunken ist. Nach Berechnungen der Nationalbank beträgt die Geldentwertung seit 1952 44 Prozent.

Außerdem war der Minister durch diese Überschußproduktion gezwungen, die Preise von Futterweizen und Futtergerste zu erhöhen. Wir haben nun den grotesken Zustand, daß der Bauer für seinen hochwertigen Mahlweizen 2,30 S erhält, aber den Futterweizen um 2,35 S kaufen muß. Der Herr Landwirtschaftsminister soll sich nicht wundern, daß unsere Bauern diese Politik nicht mehr verstehen.

Die Preissenkung wird umso drückender empfunden, da die Landwirte gleichzeitig mit höheren Düngermittelpreisen und teureren Kraftfuttermitteln belastet werden.

Wir sind überzeugt davon, daß die Weizenpreissenkung hätte vermieden werden können, wenn man die sozialistischen Vorschläge nach Regelung der Weizenanbaufläche rechtzeitig befolgt hätte.

Herr Bundesminister! Ich muß feststellen, daß Ihre Preisreduzierung auf Kosten der Bauern vollkommen danebengegangen ist, denn wie ich sehe, wurden schon wieder bis September 1968 634.000 t Weizen abgeliefert, obwohl der Weizenbedarf nur 475.000 t in diesem Wirtschaftsjahr beträgt. Es ist anzunehmen, daß bis Ende Juni noch weitere Lieferungen erfolgen, die schätzungsweise zirka 50.000 t betragen werden. Wir haben also trotz dieser Preissenkung wieder, wie ich schon

behauptet habe, einen Weizenüberschuß von 200.000 t. Da noch etwa 100.000 t von der vorigen Ernte lagernd sind, ist wieder ein Gesamtüberschuß von 300.000 t vorhanden.

Herr Landwirtschaftsminister! Es wäre meiner Meinung nach hoch an der Zeit, daß Sie doch zu einer Anbauflächenregelung übergehen sollten, wie sie zum Beispiel in den Vereinigten Staaten seit vielen Jahren mit Erfolg praktiziert wird. Erst vor kurzem hat der amerikanische Landwirtschaftsminister Freeman angeordnet, daß die Weizenanbaufläche für das kommende Wirtschaftsjahr um 13 Prozent verringert werden muß.

Herr Bundesminister! Hohes Haus! Was im großen Amerika an Lenkungsmaßnahmen möglich ist, müßte auch im kleinen Österreich, wenn man rein volkswirtschaftliche Überlegungen anstellt, verwirklicht werden können. Es würde genügen, diese Anbauflächenregelung entsprechend den geographischen Bedingungen auf die Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich und das Burgenland zu beschränken. Die Ablieferungszahlen beweisen, daß diese drei Bundesländer zirka 97 Prozent der gesamten Brotgetreideernte aufbringen.

Hohes Haus! Ich möchte jetzt zum Problem des Einkommens der Landwirte als solches Stellung nehmen.

Dem Lagebericht der österreichischen Landwirtschaft kann man entnehmen, daß das Pro-Kopf-Einkommen im Durchschnitt geringfügig gestiegen ist, daß es aber gigantische Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft gibt. Die Leidtragenden dieser Einkommensunterschiede durch Ihre Agrarpolitik, für die Sie, Herr Bundesminister, in Ihrem Budget nichts vorgesehen haben, sind die echten „Stiefkinder“ in der österreichischen Landwirtschaft. Da reden Sie immer von Strukturpolitik und von dem großen Umwandlungsprozeß in der Landwirtschaft. Von den 2400 Buchführungsbetrieben haben Sie keine genauen Anhaltspunkte über diese gigantischen Einkommensunterschiede in den ländlichen Gebieten Österreichs ausgewiesen. Schöne Worte, Herr Bundesminister; über Ihre angebliche Strukturpolitik haben wir Bauern schon genug gehört; wo sind, so frage ich, Ihre Taten, Herr Minister?

Sie haben, Herr Bundesminister, Ihr Bauernbündlager in Sachen Verhandlungen mit der EWG dahin gehend informiert, wie Sie wörtlich im Landwirtschaftsausschuß bei der Behandlung des Grünen Planes sagten, daß man sich in den Fragen zur EWG mit der österreichischen Landwirtschaft keinem großen Optimismus hingeben soll. Das heißt doch für uns Sozialisten nichts anderes, als daß Sie bei der EWG als Verhandler mit der

Pfeifer

österreichischen Landwirtschaft nicht einmal mehr in der Portierloge, sondern bereits im Regen auf der Straße stehen.

Herr Bundesminister! Ich frage Sie: Wie haben Sie die österreichische Landwirtschaft für den gemeinsamen Markt vorbereitet? Was sagen Sie zum zweiten Programm für mittelfristige Wirtschaftspolitik in der EWG, Kapitel 4, Agrarpolitik? Ich zitiere Ihnen hier aus der Zeitschrift „Europäische Integration“, Nr. 4 aus 1968, wörtlich:

„Die Markt- und Preispolitik soll von einer Agrarstrukturpolitik begleitet werden, die vor allem die Rentabilität derjenigen Betriebe verbessert, die bisher noch nicht genügend wettbewerbsfähig sind, es jedoch in absehbarer Zeit werden können. Die Agrarstrukturpolitik sollte selektiv eingesetzt werden, das heißt nur dort Produktivitätssteigerungen fördern, wo sie rationell sind, und dabei soweit wie möglich die rentabelsten Produktionen begünstigen.“

Es heißt dann weiter: „Der Programm-entwurf stellt fest, daß eine fühlbare Verbesserung der Lebens- und Einkommensverhältnisse der Landwirte nur erreicht werden kann, wenn ein Teil der Erwerbspersonen aus der Landwirtschaft in anderen Wirtschaftsbereichen eine Beschäftigung findet.“

Und ein letzter Satz, Herr Bundesminister. Im zweiten mittelfristigen Programm der EWG heißt es dann: „Der Programm-entwurf setzt sich dabei für Lösungen auf regionaler Ebene ein.“

Herr Bundesminister! Wo sind Ihre Initiativen auf regionaler Ebene? Wo sind die fühlbaren Verbesserungen der Lebens- und Einkommensverhältnisse unserer Landwirte? — Sie sind nicht vorhanden.

Wir Sozialisten haben uns in jahrelanger harter Arbeit mit allen zur Verfügung stehenden Fachleuten, gleich welcher Gesinnung sie angehörten, einen Niederösterreich-Plan erarbeitet, der sich mit den regionalen Problemen unserer niederösterreichischen Bevölkerung befaßt und der ein Teil unseres Wirtschaftsprogramms ist. Wir haben genaueste Situationsanalysen der Bevölkerung im ländlichen Raum erarbeitet und ganz klare Abhilfemaßnahmen ausgesprochen. Der Kommentar Ihrer Partei lautet dazu: „Politische Schaumschlägerei“ — so Landeshauptmann Maurer. Oder: „Niederösterreich darf nicht das Exerzierfeld der Sozialisten werden“, wie es Bundeskanzler Klaus am niederösterreichischen Landespartei-tag der ÖVP in Baden ausgesprochen hat. (Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)

Herr Bundesminister! Wenn wir mit unseren wirtschaftspolitischen Auffassungen in unserem Wirtschaftsprogramm Ihrer schlechten

Agrarpolitik eine Alternative vorlegen, so redet der Herr Kollege Graf von der Kraterlandschaft, in die Österreich kommen würde, und der Kollege Machunze sieht überall Nebel. Ich darf Ihnen sagen, daß Sie, meine Herren der rechten Seite dieses Hauses, Österreich, besonders aber Niederösterreich in ein Exerzierfeld der Korruption verwandelt haben und daß Sozialisten es waren, die die Nebelschwaden Ihrer Korruption weggefeigt haben! (Beifall bei der SPÖ.)

Da kommt der Finanzminister und sagt in seiner Budgetrede zum Kapitel Landwirtschaft unter anderem — ich zitiere wörtlich —:

„Es ist eine Aufgabe unserer Zeit, jene große Gruppe unserer Mitbürger, die durch die dynamische wirtschaftliche Entwicklung in einen unvermeidlichen und harten Anpassungsprozeß gedrängt werden, nicht allein zu lassen. Wir können diesen Prozeß nicht aufhalten, wir sind aber verpflichtet, ihn für die Betroffenen erträglich zu machen und ihnen beizustehen.“

Hohes Haus! Das scheint mir ungefähr so zu sein, wie wenn ein Angehöriger eines in einem Spital von den Ärzten bereits aufgegebenen Patienten die Auskunft bekommt: Wir können diesen Prozeß leider nicht aufhalten, wir sind aber verpflichtet, ihn für den Betroffenen erträglich zu machen und ihm beizustehen.

Herr Landwirtschaftsminister! Mit den im sogenannten Koren-Plan enthaltenen neun Zeilen Agrarpolitik werden Sie den Anpassungsprozeß für den Patienten, die Landwirtschaft, unerträglich gestalten und der hart arbeitenden Bauernschaft einen schlechten Beistand leisten!

Wenn ich, Herr Bundesminister, vorhin die Frage nach Ihren regionalen Initiativen aufgeworfen habe, so möchte ich Ihnen sagen, daß auf Grund des Fehlens einer echten regionalen landwirtschaftlichen Struktur- und Arbeitsmarktpolitik wir — ich rede jetzt von meinem Bezirk Hollabrunn — allmählich ein Bezirk sein werden, der über 40 Prozent der Einwohner unter 15 Jahren und über 60 Jahre haben wird. Es braucht wohl nicht betont zu werden, daß auf Grund einer solchen Entwicklung die vielen ländlichen Bezirke in echte wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen müssen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich mich mit der sozialen Lage der Bauernschaft beschäftige. Ich habe hier eine Photokopie des ÖVP-Wahlprogramms; darin heißt es wörtlich: Sie — die ÖVP — wird ferner für die Lösung offener Sozialprobleme, wie Verbesserung der landwirtschaftlichen Zuschußrenten, Reformen und so weiter eintreten. Bei näherer Betrachtung

Pfeifer

Ihrer großen Reformen kann man nur sagen, daß Ihre angekündigte Sozialoffensive für die Landwirtschaft nicht einmal zu einem „Offensiver!“ wurde. Sie haben es, meine Damen und Herren der Regierungspartei, zustande gebracht, den Hilflöszuschuß für die Landwirtschaft unter dem Minimum des Hilflöszuschusses des ASVG. von 505 S für die Bauern mit 440 S bindend festzulegen.

Ich frage Sie, meine Herren des ÖVP-Bauernbundes: Wo ist Ihre Sozialoffensive? Wo bleibt die Ausgleichszulage, die dynamische Rente und die 14. Monatsrente? Wann werden Sie uns Ihre Vorschläge vorlegen? Wir fordern nach wie vor mit größtem Nachdruck einen Vertrag zwischen der Bauernkrankenkasse und der Ärztekammer.

Hohes Haus! Wenn man das gesamte Volumen der Bundesbeiträge der ordentlichen Gebärung der Grünen Pläne seit Bestehen des Grünen Planes, also seit 1961, zusammenzählt, so bekommt man einen Betrag von zirka 5 Milliarden Schilling zusammen, die durch den Grünen Plan der Landwirtschaft zugeflossen sind. Wir wissen, daß diese Beträge der Landwirtschaft zugute kommen. Sie kennen unsere Kritik, Herr Landwirtschaftsminister. Wir zweifeln seit Jahren die zweckentsprechende Verwendung dieser Gelder an. Wir haben seit Jahren eine Kontrolle über die Verwendung dieser Gelder verlangt. Sie haben uns diese Möglichkeit nicht gegeben.

Herr Landwirtschaftsminister! Ich urgiere heute noch einmal meine Fragen, die ich im Landwirtschaftsausschuß und im Finanz- und Budgetausschuß bei der Behandlung des Grünen Planes gestellt habe und deren Beantwortung Sie mir schuldig geblieben sind:

1. Sind Sie, Herr Bundesminister, der Auffassung, daß man mit den Mitteln des Grünen Planes bei der derzeitigen Verzettelmethode die Strukturprobleme der Landwirtschaft lösen kann?

2. Wie vereinbaren Sie die wirtschaftswidrigen Mehrausgaben für die Überproduktion bei Milch und Weizen mit den sogenannten Einsparungen des Finanzministers Professor Koren?

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte nun zu einer Schlußbetrachtung kommen. Als sozialistischer Bauer sage ich Ihnen, meine Damen und Herren der rechten Seite dieses Hauses: Sie stehen mit Ihrer konservativen, eigenbrötlerischen und konzeptlosen Agrarpolitik in der Sackgasse und vor den geschlossenen Toren der EWG! (*Beifall bei der SPÖ. — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Sie lachen darüber, aber das ganze ist viel zu ernst, als daß man darüber lachen könnte! Sie stehen mit Ihrer Agrarpolitik

fernab von moderner regionaler Strukturpolitik, Sie beschließen im Kapitel Landwirtschaft mit Ihren Stimmen mit knapper Mehrheit ein Budget, das den Bauern keine Alternative für die Zukunft aufzeigt und das dem gesamten Volk neue Belastungen unter dem ÖVP-Propagandaslogan „Politik für alle Österreicher“ auferlegt. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Wir Sozialisten lehnen das Kapitel Landwirtschaft ab, weil wir der Ansicht sind, daß der Schutthaufen Ihrer zu konservativen Agrarpolitik weggeräumt werden muß und in Österreich eine neue, moderne Agrarpolitik analog dem sozialistischen Wirtschaftsprogramm und dem Niederösterreich-Plan etabliert werden muß! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Steiner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Steiner** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich mit meiner konzipierten Rede beginne, darf ich mir erlauben, auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Meißl zu replizieren. Ich anerkenne sehr wohl, daß sich der Herr Abgeordnete Meißl in Dingen der Agrarpolitik etwas schwerer tut als ein praktischer Bauer oder einer, der sich als Theoretiker mit der Landwirtschaft befaßt. Daß die FPÖ im Hause leider überhaupt mit keinem Bauern präsent ist, ist eigentlich ein verwunderlicher Umstand und spricht dafür, daß diese Partei unsere Anliegen nicht im nötigen Maße ernst nimmt.

Ich darf auch sagen — um keine Legendenbildung aufkommen zu lassen —, daß diese Feststellung mit den 30 g Milchpreisabschlag nicht stimmt. (*Abg. Meißl: Die Aufjettung kommt schon noch!*) Gut, aber Sie haben doch behauptet, Herr Abgeordneter, daß sie bereits bestünde.

Ich muß auch sagen, den Ernst der Agrarwirtschaft nimmt die FPÖ wohl kaum wahr. Sie hat zum Beispiel beim Abgang des Milchwirtschaftsfonds mit zwei Stimmen dafür und mit einer dagegen gestimmt. Ich verstehe nicht, wieso sich bei der FPÖ keine einheitliche Auffassung durchzusetzen vermag. (*Abg. Meißl: Ich verstehe bei der Stärke des Bauernbundes nicht, daß für den österreichischen Bauern das Ergebnis herauskommt, das wir heute sehen!*) Herr Abgeordneter, Sie wollen wohl um die Stimmen der Bauern werben, Sie bemühen sich, sie draußen zu bekommen, Sie tun aber hier herinnen nichts dafür, um sich für diese bäuerlichen Stimmen einzusetzen! (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir haben wenigstens die Stimmen, und wir werden sie auch weiterhin haben, da brauchen Sie gar keine Angst zu haben.

Steiner

Um keine Legendenbildung aufkommen zu lassen, darf ich sagen, daß der Milchpreis um 19 g Absatzförderungsbeitrag und um 1 g Werbegeld verkürzt werden mußte.

Die sogenannte Fettwertberichtigung, von der Sie sprachen, ist sicherlich auf Ministeriumsebene besprochen worden, aber es kam nicht dazu; das darf ich auch festgestellt haben. *(Abg. Meißl: Kommt sie sicher nicht mehr?)* Zurzeit ist davon wirklich keine Rede, und ich glaube, auch in Zukunft nicht! *(Abg. Meißl: Wir werden sehen!)*

Es ist derzeit so, daß der Milchpreis bei 3,7 Prozent Fettgehalt 2,50 S beträgt. Ach, 2,15 S, das wäre ein für uns guter Irrtum gewesen. *(Abg. Haberl: Auch Praktiker können sich irren!)* Sicherlich, das wollen wir auch zugeben. — Ich darf auch sagen, daß die Qualitätsbezahlung auch noch nicht besteht, Herr Abgeordneter, aber man wird sie wahrscheinlich in baldiger Zukunft einführen, und dort wird ein Zuschlagssystem gemacht werden. Ich kann nicht sagen, wie hoch etwa der Zuschlag sein soll.

Auch bezüglich der landwirtschaftlichen Mittelschulen haben Sie sich geirrt. Das Verhältnis 1 : 5, von dem Sie gesprochen haben, ist bei uns eigentlich überschritten. Wir hatten früher zwei solcher Schulen und haben heute bereits elf. Das wollte ich auch zur Berichtigung Ihrer Ausführungen sagen. *(Abg. Meißl: Sagen Sie das dem Kollegen Leitner! Lesen Sie nach im Ausschußbericht!)* Ich lasse Sie ja schon wieder in Ruhe, Herr Kollege. Mir war wichtig, festzustellen, daß Sie insbesondere über den Milchpreis falsch orientiert waren. Es kann natürlich vorkommen, soll aber nicht. *(Abg. Meißl: Ich war nicht falsch orientiert!)*

Nun zum Herrn Abgeordneten Pfeifer, der, wie mir scheint, vom Wein mehr versteht als vom Milchpreis. Das ist verständlich, weil er aus Niederösterreich stammt. *(Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Dann versteht kein Niederösterreicher etwas vom Milchpreis? Auch nicht einer von euch?)* Er hat die besondere Differenz zwischen Produzentenpreis und Konsumentenpreis aufgezeigt. Ich muß aber ehrlich sagen, daß er sehr wohl weiß, daß in dieser Differenz nicht nur Gewinne für die Molkereien und dergleichen drinnen stecken, sondern daß Transportkostenausgleich, Butterabstützung, der Stützungsabbau selbst und das alles in diesem Preisunterschied inbegriffen ist. Wohin kämen wir, wenn wir etwa die Molkereiarbeiter nicht auch ordentlich bezahlen könnten? Diese Auffassung beziehungsweise diese sehr „nebelhafte“ Ausführung, die Sie hier gemacht haben — Sie haben sich überhaupt mit dem Nebel befaßt —, stimmt also absolut nicht. *(Abg. Weikhart: Der Machunze war es!)*

Ich darf also auch fragen: Wo steht im Wirtschaftsprogramm der SPÖ — ich habe mir den landwirtschaftlichen Teil sehr wohl angesehen — etwas von der Milchpreiserhöhung für die Produzenten? Ich glaube, wenn man weiß, was der Herr Chef der Opposition, der Herr Abgeordnete Kreisky, gesagt hat, nämlich die Landwirtschaft soll für den Konsumenten billiger erzeugen, so wird sich das wohl auch im Wirtschaftsprogramm entsprechend niederschlagen.

Ich verzichte neuerlich darauf, diesen Anspruch des Herrn Parteiobmannes zu verlesen. Das hat schon seinerzeit Herr Vizekanzler Withalm besorgt. *(Abg. Weikhart: Sie können es ruhig tun!)* Ja, wenn Sie wünschen, so kann ich es auch verlesen. *(Abg. Weikhart: Freilich!)* Selbstverständlich, dann verlese ich es. Er sagte beim sogenannten niederösterreichischen Parteitag der SPÖ ... *(Abg. Dr. Broda: Was heißt „sogenannt“?)* Also gut, beim „genannten“. *(Abg. Weikhart: Das war ein wirklicher Parteitag!)* Ich verlese jetzt:

„Wir sollen den Bauern sagen: Wir Sozialisten haben kein eminentes Interesse daran, daß die österreichische Landwirtschaft einen immer größeren Anteil vom Sozialprodukt bekommt. Wir sind der Meinung, die österreichische Landwirtschaft soll modernisiert werden, soll billiger erzeugen. Wir haben das Interesse, daß die Konsumenten bessere und billigere Produkte bekommen. Jawohl, das ist ein hartes Wort!“

Das hat er gesagt. *(Abg. Weikhart: Herr Kollege! Bei der Milch zahlt der Konsument mehr und der Produzent kriegt weniger! — Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Das müssen Sie, Herr Abgeordneter, eigentlich verstehen, denn Sie sind ja bei den Finanzausschüßberatungen immer dabei. *(Abg. Weikhart: Das versteht ein jeder Volksschüler! Der Konsument muß mehr zahlen, und der Produzent kriegt weniger!)* Das haben wir durch den Stützungsabbau ja bewirkt und durch die Aufstockung des Milcharbeiterlohnes. Das haben wir damit bewirkt, Herr Abgeordneter Weikhart. *(Abg. Weikhart: Das ist Ihre Schwierigkeit mit den Bauern! — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Herr Staatssekretär! Der Bauer muß für den Traktor mehr bezahlen, damit wir ihn exportieren können, um die Arbeitsplätze zu sichern! Das ist das gleiche! — Abg. Weikhart: Ich verstehe nicht, daß der Konsument mehr zahlt und der Produzent weniger bekommt! — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Der Bauer muß auch Überpreise zahlen, damit die Arbeitsplätze erhalten werden können!)* Das wäre eine sehr lange agrarpolitische Ausführung. Sie wissen es ohnedies, und deshalb

Steiner

darf ich diesen Zwischenruf übergehen, wenn Sie es gestatten.

Es ist eigentlich interessant, daß in der gesamten Spezialdebatte schon bei den Obersten Organen über die Landwirtschaft in einem sehr maßgebenden Umfang gesprochen wurde. Der Herr Abgeordnete Staribacher hat uns zum Beispiel schon bei den Obersten Organen vorgeworfen, daß die schlechte ÖVP-Politik, insbesondere gegenüber der EWG, die jetzt die Bauern zu spüren bekommen, schuld daran sei, daß wir heute diese Abschöpfungen und diese diskriminierende Stellung in Österreich haben. Er weiß aber sehr gut, daß der Bauernbund immer für ein Arrangement eingetreten ist, daß wir mit den Verhandlungen diesbezüglich sehr weit waren. *(Abg. Meißl: Wie war das im Jahre 1960? — Abg. Dr. Staribacher: Sie sind doch dem Minister Bock auf den Leim gegangen! Das war doch Ihr Unglück!)* Herr Abgeordneter Staribacher! Nur die Feststellung, daß wir das jetzt auszubaden hätten, möchte ich widerlegen und zurückweisen. Österreich hat bestimmt das Seine getan. Wir Österreicher können bestimmt nicht annehmen, daß wir etwa in Brüssel eine solche Rolle zu spielen vermögen, um zu bestimmen, wann Brüssel mit uns in Verhandlungen eintreten will. *(Abg. Mondl: Durch Jahre hindurch haben wir das gehört!)*

Der Herr Vizekanzler Dr. Bock hat sich sehr bemüht, das muß ihm zugestanden werden. Sie wissen doch selbst von einem italienischen Veto und ähnlichen Dingen. Meine Herren! Das ist eine verkehrte Darstellung der Dinge. *(Abg. Weikhart: Es gibt keinen Zweifel: Wir haben Schiffbruch erlitten! — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Warum haben wir Schiffbruch erlitten? Weil die anderen nicht gewollt haben! — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.)* Ich darf das eine zugeben, daß uns natürlich diese Drittlandstellung, in der wir uns heute befinden, sehr viele Schwierigkeiten bereitet. *(Abg. Pansi: Kollege Steiner! Haben Sie heute dem Herrn Außenminister genau zugehört?)* Ja! *(Abg. Pansi: Dann wissen Sie eh alles! Er hat Ihnen ohnehin gesagt, daß es unmöglich ist!)* Natürlich. Wieso kommt dann der Herr Abgeordnete Staribacher dazu, uns die Schuld zuzuschieben? *(Abg. Dr. Staribacher: Wer ist denn schuld, daß Sie in diese Politik hineingekommen sind? Warum haben Sie den Stufenplan der Sozialisten abgelehnt?)* Alles, was uns immer so große Schwierigkeiten bereitet hat, war der Umstand im Ausland — dort ist auch unser Image entsprechend herabgesenkt worden —, daß die SPÖ seinerzeit als Koalitionspartei immer eine andere Aussage gemacht hat als

wir. *(Abg. Weikhart: Aber! Aber! — Abg. Dr. Staribacher: Vollkommen falsch!)* Natürlich.

Ich möchte das eine feststellen: Der Herr Abgeordnete Staribacher ist überhaupt in jüngster Zeit schon ein paar Mal neben dem Gleis gelegen und hat einiges Pech gehabt. *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. — Beifall bei der ÖVP. — Abg. Mondl: Das ist Ihre subjektive Auffassung!)*

Ich erinnere mich, Herr Abgeordneter, wir haben heuer eine sehr sachliche — das muß ich zugeben — Debatte beim Kapitel Landwirtschaft im Finanzausschuß abgeführt, und auch die SPÖ-Abgeordneten haben sich sehr bemüht, mit sachlichen Argumenten aufzukreuzen. Sie haben zum Beispiel auch die Notwendigkeit der Neben- und Zuerwerbsbetriebe voll erkannt und diese Stützungen, die gegeben werden müssen, auch anerkannt.

Etwas verspätet kam dann der Herr Abgeordnete Staribacher, war natürlich über den Stand der Dinge nicht orientiert. *(Abg. Dr. Broda: Kollege Staribacher ist immer orientiert!)* und hat sozusagen einen Schlußakkord gesetzt, und zwar in der Form, daß er dort die Feststellung getroffen hat: Meine Herren Bauern! Wenn Sie ein höheres Einkommen erzielen wollen, müssen eben weniger Bauern werden. Das war — komprimiert — seine Feststellung.

Herr Dr. Staribacher! So leicht soll man es sich nicht machen, denn Sie haben sich eigentlich in den Widerspruch zu den eigenen Kollegen gesetzt und sogar in den Widerspruch sowohl zu Ihrem Minderheitsbericht zum Budget als auch zu Ihrem Wirtschaftsprogramm. Ich stelle überhaupt fest, daß dieser Minderheitsbericht weitgehend mit dem Wirtschaftsprogramm Ihrer Partei übereinstimmt und daß Sie ihn eigentlich abgeschrieben haben. *(Abg. Weikhart: Das ist Ihnen etwas ganz Neues? — Abg. Glaser: Es steht im Minderheitsbericht auch nicht drinnen, woher das Geld kommen soll, so wie in eurem Programm darüber nichts steht! — Abg. Machunze: Nebel!)* Diese doppelbödige Aussage ist Ihnen wiederholt passiert. Ich komme dann nochmals auf einen solchen Umstand zurück, der Ihnen die Glaubwürdigkeit, hauptsächlich bei den Bauern draußen, nimmt.

Diese Doppelbödigkeit beweist sich dadurch, daß Sie zum Beispiel schreiben: „Für Kleinbetriebe ist die Führung als Nebenerwerbsbetrieb in der Regel die einzige Möglichkeit, ein angemessenes Einkommen zu erzielen.“ Deshalb schlägt das Programm Maßnahmen für die stärkere industrielle und gewerbliche Durchsiedlung von Agrarregionen

Steiner

und die Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen für bäuerliche Betriebe durch den Fremdenverkehr vor. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Sehr richtig. Dem trete insbesondere ich als Bergbauernvertreter bei. Nur muß ich sagen: Wenn man dann wieder liest, die Agrarstruktursubventionen müssen in erster Linie forciert werden, so widerspricht sich das doch. (*Rufe bei der SPÖ: Wieso?*) Selbstverständlich!

Was heißt denn überhaupt „Strukturbereinigung“, meine Herren? Das ist heute ein Modewort. Das heißt doch nichts anderes als eine Liquidation von Kleinbetrieben. (*Widerspruch bei der SPÖ.*) Es bedeutet Absiedlung und Aufkaufen. Ich bin wirklich baff, daß Sie das nicht einmal wissen. (*Zwischenrufe.*)

Wir wissen selbst, daß das ein sehr schmerzlicher Prozeß ist, natürlich, aber man kann nicht einerseits den Kleinbetrieb so herausstreichen und die Zuerwerbsmöglichkeiten aufzeigen und auf der anderen Seite die Subventionen quasi abbauen, um diese Gelder nur für Agrarstruktursubventionen zu verwenden. In dieser Aussage liegt ein sehr maßgeblicher Widerspruch. Ich habe schon gesagt: Da fehlt es dann doch an der Glaubwürdigkeit, auf die Sie soviel Anspruch erheben. (*Abg. Dr. Staribacher: Können Sie uns vielleicht nachweisen, wie die Agrarstruktur oder besser gesagt, wie die Bedeutung der Getreidepreisstützung für die kleineren Bauern ist?*) Ich gebe Ihnen zu, daß ich mit dem Getreidepreis und mit den Getreideproblemen weniger befaßt bin, weil ich ja als Gebirgsbauer kaum die Möglichkeit habe, Getreide anzubauen. (*Ruf bei der SPÖ: Ihr habt doch Glück! Der eine ist nur zuständig für Wein und der andere für Getreide!*) Aber mit der Milch und solchen Dingen kenne ich mich durchaus aus. (*Abg. Glaser: Nur die Spezialisierung hat die Zukunft, das sagt ihr ja immer wieder! — Weitere Zwischenrufe.*) Da sieht man, wie wenig eigentlich die SPÖ-Vertreter mit unseren Problemen vertraut sind! Natürlich gibt es eine große Disparität innerhalb der Landwirtschaft, natürlich gibt es verschiedene Produktionsbereiche, die vom Klima, vom Gelände und so weiter abhängig sind! Ja meine Herren, das hätte ich wohl vorausgesetzt, daß Sie das wissen! (*Abg. Machunze: Kollege Weikhart, es bleibt Nebel! — Abg. Weikhart: Der ist nur fürs Klima zuständig! — Abg. Glaser: Es kommt darauf an, wie man es auslegt, aber nicht, wie man es bringt!*)

Meine Damen und Herren! Wir wissen natürlich auch selbst, daß wir auf strukturellem Gebiet etwas unternehmen werden müssen. (*Abg. Pay: Da schau her!*) Es ist

auch uns klar, daß heute Extrembetriebe kaum mehr ein familiengerechtes Einkommen erzielen werden können. Das ist doch selbstverständlich. Davor dürfen wir selbstverständlich gemeinsam nicht die Augen verschließen. Nur glaube ich, daß man hier sehr ehrlich agieren soll und daß wir unseren kleineren Bauern und unseren Gebirgsbauern sagen müssen, daß sie sich etwa mit Spezialbetriebszweigen befassen sollten und daß sie, wo für den Fremdenverkehr günstige Voraussetzungen vorhanden sind, sich mit dem Fremdenverkehr befassen müßten (*Abg. Pay: Das steht alles drinnen!*) oder letztlich auch Arbeitnehmer sein müßten. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ja, es steht drinnen, aber nebenbei sagen Sie, daß wir die Strukturbereinigung in anderer Form durchzuführen versuchen sollten. (*Abg. Glaser: Auf alles zugleich kann man nicht antworten!*)

Meine Herren! Wir sind auch sehr neugierig, ob Sie unseren Intentionen hinsichtlich des Arbeitsmarktförderungsgesetzes folgen. Wir haben schon einige Wünsche angemeldet, und insbesondere der Herr Abgeordnete Doktor Halder hat in seiner Hausrede über dieses Arbeitsmarktförderungsgesetz gesprochen. Es wäre uns sehr darum zu tun, daß Menschen aus jenen Betrieben, in denen sie kein Auskommen mehr finden können, und Betriebsführer, die durch ihren Betrieb nicht mehr ausgelastet sind, umgeschult werden. Wir würden wirklich darauf Wert legen, daß insbesondere im § 19 nicht nur davon gesprochen wird, daß einer den Betrieb aufgeben muß, sondern auch davon, daß ein gefährdeter Betrieb auch bereits in den Vorteil dieser Umschulungsmaßnahmen kommt. (*Abg. Pansi: Aus welchem Ministerium kommt denn der Entwurf?*) Ich habe gehört, die SPÖ wäre gar nicht sehr geneigt, diesen Intentionen des Bauernbundes zu entsprechen. (*Abg. Pansi: Wendet euch nicht an uns, sondern an die Agrarier! — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Ihr braucht ja nur zuzustimmen, Pansi! Im Ausschuß werden wir das schon sehen!*) Das wird man dann schon sehen.

Ich habe hier eine interessante Aussage von der deutschen Agrarpolitik, die ich dem Hohen Hause nicht vorenthalten will. Sie stammt aus dem Arbeitsprogramm für die Agrarpolitik der Bundesregierung. Das ist sehr jungen Datums, nämlich vom 26. Juni 1968. Es entstand unter Mitwirkung der SPD. Der Herr Bundesminister Höcherl gibt das heraus, und er nimmt gerade zu den bergbäuerlichen Problemen Stellung. (*Abg. Mondl: Bei der SPD ist ein Höcherl?*) Es ist das Agrarprogramm der deutschen Bundesregierung. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs:*

Steiner

Von Höcherl?) Nein, es ist nicht von Höcherl, es ist das Agrarprogramm. *(Abg. Mondl: Höcherl ist von der CSU!)*

Hier schreibt man zum Beispiel: „In den Gebieten, in denen auf lange Sicht unabhängig von der Betriebsgröße eine rentable Landbewirtschaftung nicht mehr möglich erscheint, ist in Übereinstimmung mit dem Raumordnungsgesetz zu entscheiden, ob die Abwanderung der dort ansässigen Bevölkerung in die Ballungsräume und die damit verbundene Verödung dieser Gebiete nicht höhere volkswirtschaftliche Kosten verursacht als spezifische Maßnahmen, die dieser Entwicklung entgegenwirken. Hier wäre notfalls auch an Bewirtschaftungszuschüsse zur Erhaltung der Kulturlandschaft und an die Einrichtung von Erholungsgebieten ... zu denken. Zunehmende Freizeit und steigendes Erholungsbedürfnis ...“ *(Anhaltende Rufe und Gegenrufe. — Abg. Mondl: Da brauchen Sie nicht nach Deutschland gehen! Warum in die Ferne schweifen?)* Man muß sich auch an solchen Dingen orientieren, die etwa in unserer unmittelbaren Nachbarschaft stattfinden, meine Herren! *(Ruf bei der SPÖ: Aber das stimmt nicht!)* „Zunehmende Freizeit und steigendes Erholungsbedürfnis der Bevölkerung in den Ballungsräumen bringen es mit sich, daß ein wachsender Bedarf an Erholungsgebieten entsteht, der bereits jetzt ihre großzügige Anlage für die Zukunft rechtfertigt.“

Ich glaube, daß wir uns durchaus auch mit solchen Problemen befassen sollen und müssen. *(Abg. Pansi: Kollege Steiner!)* Bitte sehr! *(Abg. Pansi, die gleiche Broschüre vorweisend: Haben Sie wohl alles durchgelesen? Lesen Sie uns ein bisserl mehr vor! — Heiterkeit.)* Ah, Sie haben das auch? Sehr interessant! Dieser Passus über die Bergbauernschaft scheint mir doch sehr, sehr erwähnenswert. *(Abg. Pansi: Soll ich Ihnen den Absatz daraus vorlesen?)* Wenn sich also die deutsche Bundesregierung schon damit befaßt, einer Verödung von Gebieten entgegenzuwirken, so ist es, glaube ich, auch bei uns durchaus kein konservativer Standpunkt, wenn wir ähnliche Auffassungen vertreten.

Eine Abwanderung würde natürlich auch entsprechendes Geld kosten. Auch damit müssen wir uns einmal befassen. Es ist in Österreich ja so, daß unsere Hauptsorge ist, daß sich unsere Bergbauern in einer echten Existenzsorge befinden. Sie hören heute sehr viel von Struktur und von solchen Problemen, und daher ist eine gewisse Existenzsorge durchaus vorhanden.

Ich bin auch der Auffassung, daß wir doch überlegen sollen, ob die Mittel für die Bergbauernschaft, die eingesetzt sind, nicht

noch verstärkt werden müssen, ja daß sie auch in Zukunft entsprechend angesetzt werden müssen. Sie können die Vorstellung nicht widerlegen, daß vielleicht selbst die Industrie gar nicht so aufnahmefähig wäre, diese bergbäuerlichen Räume etwa entsiedeln zu wollen. Ich bin der festen Überzeugung, daß es des massivsten Einsatzes an Geldmitteln bedürfte, wollte man diese Menschen in die Industrie abwandern lassen.

Ich glaube daher, daß die Mittel für die Bergbauern doch gerechtfertigt ausgegeben werden, obwohl daran sehr oft Kritik geübt wird. Man spricht davon, die Bergbauernschaft habe nicht das nötige Produktionsvolumen, und ähnliches mehr. Ich bin andererseits der Meinung, daß die ausgegebenen Mittel sehr wohl gerechtfertigt sind, weil das Produktionsvolumen interessanterweise durchaus dem Prozentsatz der Bergbauern entspricht. Wir haben ungefähr 30 Prozent Bergbauern, und 31 Prozent macht das Produktionsvolumen, alles in allem inbegriffen, aus.

Ich darf deshalb von dieser Stelle aus dem Herrn Minister, der diesen Intentionen sehr wohl folgt und der die Probleme sehr gut kennt, herzlich danken, daß er auch für das Jahr 1969 wieder entsprechend Vorsorge getroffen hat, daß es auch im Jahr 1969 möglich sein wird, weitere Wegerschließungen, die Vollelektrifizierung oder das bergbäuerliche Sonderprogramm durchzuführen.

Besonderen Dank möchte ich auch dafür abstatten, daß eine entsprechende Vorsorge für den Absatz unserer Rinder vorhanden ist. Gerade die Aufstockung für diese Absatzförderung scheint mir für unsere Betriebe besonders wertvoll zu sein. Ich habe zum Beispiel schon die besorgte Frage im Finanzausschuß, gestellt vom Herrn Kollegen Doktor Weihs, gehört: Herr Minister, wie hoch werden diese Summen eines Tages werden? Von Jahr zu Jahr steigen sie! — Ich glaube, auch dem Herrn Abgeordneten Dr. Weihs ist wohl bekannt, daß es in der derzeitigen Drittlandsituation, in der wir uns befinden, eine notwendige Übergangslösung ist, und er weiß selbst sehr gut, daß wir durch sicherlich sehr absolutistische Maßnahmen der EWG-Marktordnung heute bereits mehr als die Hälfte des Inlandspreises an der Grenze verlieren. *(Abg. Dr. Staribacher: Warum haben Sie nicht selbst ein Kontingent angestrebt, als Sie das als Drittland noch gekonnt haben?)* Natürlich! *(Abg. Dr. Staribacher: Haben Sie das dem Herrn Minister Bock gesagt? Haben Sie das verlangt? Nichts haben Sie gemacht! Sie haben immer gewartet, daß die entgegenkommen!)* Herr Abgeordneter Dr. Staribacher! Für uns ist in erster Linie der Herr Landwirtschafts-

Steiner

minister zuständig. (*Abg. Dr. Staribacher: Trauen Sie sich jetzt!*) Heute befinden wir uns auch beim Kapitel Landwirtschaft. Unser Herr Minister ist anwesend, aber auf Leute wie den Vizekanzler Dr. Bock, die nicht mehr im Hause sind, sollte man sich nicht berufen. (*Abg. Dr. Staribacher: Das haben wir auch gesagt, als er noch im Hause war!*) Natürlich hat die Landwirtschaft immer ihre Wünsche angemeldet! Das wissen Sie so gut wie ich. (*Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Dr. Gorbach: Nicht stören lassen!*)

Ich darf also auch den einen Weg gerade im Zusammenhang mit den Strukturproblemen noch erwähnen, der mir auch besonders wichtig erscheint, und zwar die Änderung der Produktionsstruktur. Ich glaube, daß wir auf dem richtigen Wege sind und daß insbesondere auch der Herr Minister richtige Wege aufgezeigt hat. Ich glaube, gerade für den Bergbauern ist es beruhigend, wenn in weiten Bereichen unserer dazu fähigen Bundesländer eine massive Ausdehnung der Futtermittel-Getreideerzeugung erfolgt.

In einigen Erzeugungssparten haben wir leider keinen entsprechenden Produktionspielraum mehr. Sie wissen, daß wir daher schwer Umgliederungen in der Produktion durchführen können. Allerdings darf ich sagen, daß über den sogenannten Milch- und Butterüberschuß sehr oft gesprochen wird und daß dort eigentlich die Produktionsreserve am größten wäre. Sie wissen selbst, daß sich Österreich zu 50 Prozent vom Ausland her mit Fett versorgt, daß wir nur 25 Prozent inländisches tierisches Fett aufbringen und nur 25 Prozent Butterfett verbrauchen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Ist das kein tierisches Fett?*) Ich glaube doch, daß es überlegenswert wäre und daß man sich darüber Gedanken machen sollte, ob es nicht gerade hinsichtlich unseres Neutralitätsstatus gefährlich ist, uns soweit auf die ausländische Importsituation zu verlassen. Ich darf betonen, daß wir, die Landwirtschaft, uns für das Bevorratungsgesetz, das zum Handelsministerium ressortiert, entsprechend interessieren.

Hinsichtlich der Milch- und Buttersituation darf ich noch eines sagen: Gerade dann, wenn man, wie heute, vom Herrn Außenminister hört, daß eine Mordskrisensituation im Mittleren Osten besteht und daß es unter Umständen möglich wäre, daß es sogar zu kriegerischen Handlungen kommt, ist es eigentlich unüberlegt, wenn wir uns einer Einschränkung der Milchproduktion zuwenden. Wir wissen aus Berichten von seiten der Wirtschaftlichen Landesverteidigung, daß wir in Österreich ohnedies nur in der Lage sind, unsere Bevölkerung etwa sechs Wochen hindurch mit

2300 Kalorien zu versorgen. Ich glaube, man müßte in Zukunft entsprechende Koordinierungen zwischen den einzelnen Parteien vornehmen. Ich glaube, daß unsere Bauernschaft, insbesondere die rinder- und milchproduzierende Bauernschaft, gut daran tut, eher eine Ausweitung der Produktion vorzunehmen, als sie einzuschränken.

Ich komme noch kurz auf den Herrn Doktor Pittermann zu sprechen, der interessanterweise bei den Obersten Organen für den Abbau der Preisstützungen eingetreten ist. Ich habe mir das auf meinem Platz dort notiert und war einigermaßen verwundert. Ich kann mir wirklich nicht vorstellen, was sich der Herr Vizekanzler unter dem Abbau der Preisausgleiche gedacht hat. (*Abg. Czettel: Ob es Konsumenten- oder Produzentensubventionen sind, das soll man genauer sagen!*) Preisausgleiche müßte man abbauen, hat er gesagt. Er weiß selbst genau, und Sie, Herr Abgeordneter Czettel, wissen es ebenso gut, daß diese Preisausgleiche ja schlechthin Konsumentensubventionen sind. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Seien Sie sehr vorsichtig!*) Sie wollen es ja immer umdrehen, aber Sie wissen ganz genau, wie diese Preisausgleiche seinerzeit zustandegekommen sind und daß man sich damals sagte, es sei billiger, die Preisausgleiche über die Budgetansätze abzuwickeln, als sie von Haus aus dem Konsumenten anzulasten. (*Zwischenrufe.*) Ich glaube, das war seinerzeit die Überlegung des Finanzministers Kamitz, der bei den damaligen Lohn-Preis-Verhandlungen mit dieser Vorgangsweise begonnen hat. (*Ruf bei der SPÖ: Sind sie für den Bauern überflüssig?*)

Ich kann mir nur vorstellen, daß der Herr Abgeordnete Vizekanzler außer Dienst Doktor Pittermann das Ziel verfolgt hat, uns in diese Situation zu bringen, um dann bei den Konsumenten höhere Preise zu haben und der ÖVP daraus wieder einen Preisvorwurf zu machen. (*Abg. Czettel: Wir haben gesehen, wohin die Überproduktion führt!*) Das hat mit Überproduktion gar nichts zu tun. Ich habe schon gesagt: Die Überproduktion besteht ja eigentlich gar nicht! (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Aber geh!*) Selbstverständlich! Ja wenn wir so viel einführen, Herr Abgeordneter Dr. Weihs! (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Was machen Sie mit den 300.000 Tonnen Weizen?*) Die verfüttern wir ja, das wissen Sie ohnedies! Aber wenn ich von der Milch und von der Butter rede, dann reden Sie vom Weizen; würde ich vom Weizen reden, dann würden Sie von der Milch reden! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Czettel: Also haben wir keine Milchüberproduktion über 3 Millionen Tonnen derzeit?*) Auf dem Fettsektor — das habe ich schon betont, und das

Steiner

wissen Sie selbst — versorgt sich Österreich zu 50 oder fast mehr Prozent aus ausländischen Fettträgern. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Na und?*)

Ich darf noch anführen: Im Vorjahr hat der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann — da hat er mir sehr gefallen, das darf ich sagen — im Finanzausschuß in beredten Worten das Schicksal der Landwirtschaft beklagt und gesagt, wir müssen vorsorgen, er fürchte ein kommendes bäuerliches Proletariat. (*Abg. Czettel: Natürlich! In Niederösterreich 47 Prozent unter 5 Hektar!*) Wir staunten eigentlich über diese sehr positive Aussage des Herrn Klubobmannes der SPÖ.

Ich muß aber sagen: Leider — und das muß ich Ihnen vorwerfen, meine Herren von der Linken — sind die Aussagen so verschieden. Im Frühsommer war davon die Rede, daß für den kommenden Haushalt ein Abgang von 16 Milliarden Schilling zu befürchten sei. Ich habe dann in Zusammenhang damit ein Fernsehinterview gesehen, an dem auch der Herr Abgeordnete Czettel und der Herr Abgeordnete Probst teilgenommen haben. Dort ist Herr Dr. Kreisky gefragt worden, wie er diese 16 Milliarden Schilling abzudecken gedenken würde. Da habe ich mich gewundert, daß die Ausführungen des Herrn Klubobmannes anscheinend nicht bis zu den Ohren des Herrn Oppositionsführers vorgedrungen sind, denn die erste Antwort war — diese Aussage hat der Herr Oppositionsführer ostentativ gemacht —: Weg mit den Agrarsubventionen! Das wäre das erste, was er tun würde.

Diese zwiespältigen Aussagen einmal eines Abgeordneten im Finanzausschuß und dann wieder eines Theoretikers und Wirtschaftsfachmannes, wie es der Dr. Staribacher ist, und dann des Klubobmannes der SPÖ und dann wieder des Parteibosses sind doch so widersprechend, daß sie einfach ihre Glaubhaftigkeit verloren haben. (*Abg. Czettel: Einmal haben Sie die Subventionen im Budget abgebaut und die Preise erhöht, und heute haben wir wieder mehr Milchsubventionen!*) Ja, das hängt mit einer steigenden Produktion zusammen, das wissen Sie sehr wohl. (*Abg. Czettel: Wenn ins Uferlose produziert wird, müssen die Subventionen steigen!*) Was heißt hier uferlos? Ich bin der Meinung, da müßte man einmal auf der Importseite etwas nachsehen, dann wäre es lang nicht uferlos, und wenn Österreich — hoffentlich nicht! — in eine Krisensituation gerät, dann würde der gute Österreicher ganz schöne Augen machen! Das darf ich Ihnen auch sagen. Wir müßten sofort Butterkarten haben; sie liegen ohnehin schon bei den Bezirkshauptmannschaften draußen. Sie würden staunen, wie wenig Fett tatsächlich vorhanden wäre.

Im SPÖ-Programm und auch im Minderheitsbericht sind zu viele Allgemeinplätze, die Aussagen widersprechen einander und sind zuwenig präzise geraten. Gerade mit der Agrarstrukturbereinigung und auf der anderen Seite mit den Kleinbetrieben und Zuerwerbsbetrieben und so weiter sind echt widersprechende Aussagen vorhanden.

Während Sie zum Beispiel — ich glaube, gerade Sie, Herr Abgeordneter Dr. Staribacher waren es — groß verkünden, wie Sie sich auch für die Landwirtschaft verwenden und einsetzen wollen, erklären Sie hier im Hohen Haus, daß etwa die Industrie-Investitionen fünfmal rentabler wären als die landwirtschaftlichen Investitionen. (*Abg. Dr. Staribacher: Das stimmt leider!*) Das verbreiten Sie. (*Abg. Dr. Staribacher: Nein! Das können Sie im Institut für Wirtschaftsforschung genau nachlesen!*) Das kann vielleicht im Einzelfall schon stimmen! (*Abg. Dr. Staribacher: Nicht im Einzelfall!*) Aber ich sage Ihnen, daß auch bei uns errechnet worden ist, daß aus 1 S öffentlicher Hilfe ungefähr 3,60 S resultieren und für die Gesamtwirtschaft zur Verfügung stehen, also 1 : 3,6! (*Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weihs: Wo?*) Hier findet also auch eine Kapitalaufstockung statt, und Handel und Industrie ziehen sehr wohl daraus entsprechende Vorteile. Denn sonst wäre es nicht möglich — das muß uns überhaupt die Industrie einmal vormachen, meine Herren —, daß wir jährlich 20.000 Menschen abgeben und jährlich trotzdem um 7 oder 8 Prozent mehr produzieren. — Das ist doch eine entsprechend falsche Aussage.

Zu diesen Industrie-Investitionen müßte man auch dazurechnen — ich weiß nicht, es sind sicher gescheite Leute, die dort sitzen —, daß man heute zum Beispiel Subventionen auf dem Sektor des Verkehrs gibt, selbst die Bildung müßte man dazuzählen oder die Wohnbauförderungen; in einem Industriestaat ist ja das alles eine Einheit. Man kann jetzt nicht hergehen und etwa behaupten: Für den Betrieb, den ich aufbaue, habe ich gewissermaßen eine fünffache Rendite, und alle anderen Zusatzleistungen, die als Voraussetzung für solche Dinge notwendig sind, sind einfach nebensächlich. Wenn Sie diese Dinge verbreiten — und das tun Sie leider immer wieder —, machen Sie sich wieder unglaublich. Sie müssen doch auch hier sagen, daß man der Landwirtschaft mit diesen Aussagen jede Zukunftshoffnung nimmt. (*Abg. Dkfm. Androsch: Im Gegenteil! — Abg. Czettel: Sie haben Zehntausenden Bauern die Hoffnung genommen!*) Ihr Bestreben ist es, sich nur auf dem industriellen Sektor einzusetzen. Bei uns tun Sie das nicht im nötigen Maße! (*Abg. Czettel: Was machen Sie mit den Bauern, die*

Steiner

freiwerden? Sie kümmern sich nicht um sie! Was haben Sie bisher wirklich gemacht?) Wir kümmern uns natürlich. Wir haben ja wiederholt gesagt und ich muß es zugeben: Sie haben sich sehr wohl für die Kohlenarbeiter eingesetzt, die auf Grund der Stilllegungen arbeitslos geworden sind. Mit gleichem Recht müssen Sie uns zugestehen, daß wir uns für diese Leute einsetzen. Darum haben wir auch Interesse daran, im Arbeitsmarktförderungsgesetz untergebracht zu werden, Herr Abgeordneter Czettel!

Man sollte auch die Konsumkraft, die die Landwirtschaft heute darstellt, vom industriellen Sektor und vom ländlichen Sektor her nicht unterschätzen.

Abschließend möchte ich sagen: Man müßte doch versuchen, diesen Schrumpfungsprozeß aufzuhalten, die bergbäuerlichen Räume auch für den Fremdenverkehr entsprechend zu erschließen. *(Abg. Pansi, ein Buch hochhaltend: Kollege Steiner! Wieviel haben Sie denn dann von dem gelesen? Nur den Anfang?)* Was heißt „den Anfang“? Ich habe den für die Bergbauern wichtigen Absatz gelesen. *(Abg. Pansi: Den Anfang haben Sie auch nicht gelesen! — Ruf bei der SPÖ: Lesen Sie vor!)* Meine Herren! Ich mache keine Vorlesungsstunde. Ich verstehe, daß Ihnen diese Ausführungen widersprechen. *(Abg. Pansi: Ich bin entsetzt über Ihre Anmaßung! — Abg. Dr. Gruber: Wir kommen aus dem Entsetzen über euch gar nicht mehr heraus! — Rufe bei der SPÖ: Seid nicht nervös!)* Wir sind ja gar nicht nervös!

Nervös scheinen Sie zu sein, weil wir Ihre Ausführungen im Minderheitsbericht und im SPÖ-Programm leider nicht im nötigen Maße ernst nehmen können, leider, weil Sie es noch nie zustandegebracht haben, eine koordinierte wirkliche Aussage zu machen! Jeder der Abgeordneten vertritt eine andere Auffassung. Das habe ich wiederholt gesagt. *(Abg. Robert Weisz: Weil Sie es nicht verstehen! — Abg. Czettel: Sie sind doch derzeit für die Agrarpolitik verantwortlich, nicht?)*

Ich darf abschließend sagen, daß wir sehr froh sind, daß es gelungen ist — hier möchte ich dem Herrn Bundesminister besonders danken —, im kommenden Jahr der Landwirtschaft zusätzliche Mittel zu geben; auch der Bundesregierung gilt hier wohl echter Dank. Wir können wirklich etwas hoffnungsfroher in die Zukunft sehen, weil wir unsere Produktion unterzubringen vermögen und weil damit doch das ländliche Einkommen, das eine sehr große Rolle im gesamten volkswirtschaftlichen Prozeß spielt, auch für das nächste Jahr gesichert erscheint. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Czettel: Was macht ihr gegen die Abwanderung in Niederösterreich zum Beispiel?)*

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Robak. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Robak (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen meiner beiden Vorredner von der Österreichischen Volkspartei glaube ich feststellen zu müssen, daß man wirklich kein Bauer sein muß, um zu erkennen, daß die Landwirtschaftspolitik der Österreichischen Volkspartei in den letzten 20 Jahren schlecht war. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Geh, geh, Robak, hör' auf! — Abg. Guggenberger: Aber auf der ganzen Welt auch!)* Herr Ingenieur! Ich werde das nachweisen. Ich muß Ihnen sagen, daß gerade wir Burgenländer das am meisten spüren. Die Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung ist für das Burgenland von größerem Interesse als für jedes andere Bundesland Österreichs. Denn während die Landwirtschaft treibende Bevölkerung Österreichs rund 19 bis 20 Prozent der Gesamtbevölkerung beträgt, macht sie im Burgenland 30 bis 36 Prozent aus. *(Zwischenruf des Abg. Machunze.)* Ja, Herr Abgeordneter Machunze! *(Abg. Machunze: Sagen Sie: Der schlechteste Landwirtschaftsminister, gehma! — Heiterkeit.)* Nein, das habe ich ja nicht gesagt. Ich habe nur gesagt, daß diese Politik schlecht war. Sonst würden nicht trotz aller Subventionen jährlich 20.000 Bauern aus der Landwirtschaft flüchten. Irgend etwas stimmt da nicht. *(Ruf bei der ÖVP: Der redet einen Blödsinn: „flüchten“!)* Flüchten, ja.

Ich muß sagen, daß wir Burgenländer wirklich mehr Interesse an der Agrarpolitik haben als so manches andere Bundesland, weil wir im größeren Ausmaß Agrarland sind als die anderen Bundesländer. *(Ruf bei der ÖVP: Weil Sie einen sozialistischen Landeshauptmann haben!)* Herr Abgeordneter, hören Sie mir zu! *(Abg. Machunze: Im Burgenland habt ihr wunderbare Störche, jedes Frühjahr!)* Ja, aber bei Ihnen nützen die Störche auch nichts mehr! *(Allgemeine lebhaft Heiterkeit. — Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Da wird sogar ein Schwarzer rot!)*

Meine Damen und Herren! Die Landwirtschaft der freien Welt — das müssen auch Sie zur Kenntnis nehmen — ist heute in einem tiefgreifenden Strukturwandel begriffen. Um bestehen zu können, muß die Landwirtschaft ihre Betriebe entweder durchschnittlich flächenmäßig vergrößern und mechanisieren oder gewisse intensive Spezialbetriebe pflegen. Wer aus dem einen oder anderem Grund nicht mitkommt, gibt auf und flüchtet aus der Landwirtschaft — der eine früher, der andere später. Dieser Prozeß spiegelt sich in der Tatsache wider, daß die Zahl der in der Land-

Robak

wirtschaft Tätigen noch immer zwangsläufig und stetig zurückgeht.

Im Jahre 1967 haben leider wieder rund 5400 selbständige Arbeitskräfte und schätzungsweise 15.400 Familienarbeitskräfte, insgesamt also 20.800, ihre land- und forstwirtschaftliche Tätigkeit aufgegeben. Auch in den Jahren vorher war die Zahl immer ziemlich gleich hoch, im Jahre 1966 zum Beispiel waren es 21.300. (*Abg. Nimmervoll: Ist das nach Ihrer Meinung zu bedauern oder zu begrüßen?*) Zu bedauern und zu begrüßen. (*Heiterkeit.*)

Verglichen mit dem Jahre 1958 verminderte sich laut Ihren Statistiken die Zahl der Vollarbeitskräfte um rund 22 Prozent; die Arbeitsproduktivität nahm aber um 10 Prozent zu. Die Zahl der Betriebe hat sich von 1960 bis 1965 um 22.600 oder 5,6 Prozent vermindert. Es waren das ausschließlich bäuerliche Familienbetriebe und vorwiegend Klein- und Kleinstbetriebe. (*Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Wie groß waren diese Betriebe?*) Herr Abgeordneter! Wenn Sie es nicht wissen, tun Sie mir leid, weil Sie immer angeben, nur die ÖVP hätte gute Spezialisten auf diesem Gebiet. Ich werde es Ihnen sagen, aber ich habe momentan diese Zahl nicht, ich habe das in meiner Aktentasche.

Dazu möchte ich feststellen: Die Tatsache, daß noch immer von Jahr zu Jahr eine große Zahl von Menschen aus der Landwirtschaft abwandert, zeigt, daß das Problem der Landwirtschaft mit den bisherigen Maßnahmen allein nicht gelöst werden kann.

Ich möchte damit nicht sagen, daß wir Sozialisten gegen eine Unterstützung der Landwirtschaft sind oder nicht nach einer Lösung suchen. Wir haben das immer getan, und schon im Jahre 1926 hat es ein sozialistisches Agrarprogramm gegeben. (*Abg. Doktor Kranzlmayr: Das hat uns der Winkler jedes Jahr vorgelesen! Aber Lösung habt ihr keine gefunden!*) Aber Sie haben vieles von dem angenommen, was wir damals vorausgesagt haben. Herr Abgeordneter Kranzlmayr! Ich möchte nicht abschweifen, ich möchte vielmehr ein anderes Problem nennen. Man sollte bei diesem Problem nicht von ÖVP und SPÖ, sondern von den Fortschrittlichen und von den Rückständigen sprechen. Ich erinnere Sie zum Beispiel an etwas, wo Sie keine Ausrede bringen können. In der Ersten Republik haben die Sozialisten aus der damaligen Situation heraus mit dem sozialen Wohnbau begonnen. Lesen Sie die Zeitungen, wenn Sie vergessen haben, was damals über diesen sozialen Wohnbau geschrieben und gesprochen wurde! Denken Sie jetzt nach, was Sie selbst zur Kenntnis nehmen müssen: Hätten Sie schon vor 40 Jahren unseren sozia-

len Wohnbau anerkannt, hätten wir es heute viel leichter. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Haben Sie einmal gelesen, was die Sozialisten über den Autobahnbau gesagt haben? — Rufe bei der ÖVP: „Aprilscherz“!*) Ja, auch darüber kann ich mit Ihnen reden.

Meine Damen und Herren! Wir sind der Meinung, daß in eine relativ unwirtschaftliche Landwirtschaft zu viel Geld hineingesteckt wird. Das kommt der gesamten Wirtschaft zu teuer. Die Schwierigkeit, die wir sehen, bildet nach wie vor die Entscheidung darüber, wie hoch die Unterstützung sein soll und welcher Anteil am gesamten nationalen Einkommen der Landwirtschaft bereitgestellt werden kann. Ich sage ausdrücklich: „kann“. Auch wenn wir wollten, könnte man nicht jene Beträge geben, die notwendig wären.

Derzeit beträgt trotz aller Unterstützungen der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Österreichs rund 19,5 Prozent. Und alles deutet daraufhin, daß er noch weiter zurückgehen wird, denn in den westeuropäischen Ländern beträgt schon heute der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung nur mehr zwischen 10 und 15 Prozent. Laut Bericht ... (*Abg. Dr. Haider: Das ist eine alte Statistik aus dem Jahre 1926! Auf der bildet sich schon der Schimmel!*) Ich habe die neuesten Statistiken, bitte, weisen Sie mir die Unrichtigkeit nach! Laut Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft im Jahre 1967 — keine alte Statistik! — waren am 1. August 1967 in der Land- und Forstwirtschaft 79.010 Arbeiter und 18.300 Angestellte beschäftigt, zusammen also 97.310.

Nach Meinung der landwirtschaftlichen Experten der OECD wird die Strukturwandlung in der Landwirtschaft zu einer Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion auf eine geringere Anzahl größerer Betriebseinheiten und somit zu einem erhöhten Einsatz von Maschinen führen. Was die österreichische Landwirtschaft betrifft, ist die Betriebsstruktur noch immer ungünstig und beeinträchtigt den vollen Einsatz der Landtechnik.

Ich möchte an das erinnern, was der Herr Abgeordnete Breiteneder im Finanz- und Budgetausschuß — ich glaube, bei der Gruppe Land- und Forstwirtschaft — gesagt hat. Er verlangte dort höhere Ansätze für die Subventionierung landwirtschaftlicher Maschinen und begründete seine Forderung damit, daß immer mehr Maschinen in der Landwirtschaft notwendig werden. Sicher, Herr Abgeordneter, ich weiß das schon, auch ich bin dieser Meinung, aber ich muß sagen, der Einsatz teurer Maschinen und Geräte ist betriebswirtschaftlich so wie in der Industrie nur dann zu recht-

Robak

fertigen, wenn dieser sich durch ein Mehr an Erzeugung bezahlt macht. Der Zwang, die Kosten der Mechanisierung aufzubringen, verlangt aber von der Landwirtschaft, ihre Produktion zu steigern. Dadurch entsteht eine beängstigende Situation, denn je mehr Maschinen gekauft werden, umso mehr muß produziert werden. Und je mehr produziert wird, umso mehr Bauern werden überflüssig, weil man leider die Überproduktion nicht brauchen kann.

Nicht nur das: Wir sehen, daß Österreich trotz Agrarüberschüssen zwangsläufig Nahrungsmittel importieren muß, weil verschiedene Länder, die Käufer unserer Exportindustrie sind, nur mit Agrarerzeugnissen bezahlen können. Zum Teil sind auch diese Importe daran schuld, daß die Mehrerzeugung unserer Landwirtschaft im Lande nicht angebracht werden kann.

Wenn ich davon spreche, daß viele Länder unsere Industrieartikel nur mit Agrarexporten bezahlen können, so muß ich hier auf unsere Zeitschrift „Politik und Dokumentation“ hinweisen, die zu diesem Kapitel folgendes sagt: Kernstück unseres Wirtschaftsprogramms sind die Vorschläge zum Ausbau der Industrie. 1 Milliarde Schilling in Industriebetriebe investiert, steigert den Reichtum Österreichs in vielfachem Ausmaß. (*Abg. Anton Schlager: Sagen Sie das im Burgenland auch?*) Ja, wenn ich mit meinem Referat fertig bin, könnt ihr es nehmen, auf eure Kosten vervielfältigen und es allen burgenländischen Bauern geben. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das ist uns zu teuer!*) Nein, zu gefährlich.

Meine Damen und Herren! Je mehr produziert wird, umso mehr Subventionen des Staates sind notwendig. Die Mehrerzeugung kann aber das Inland nicht aufnehmen, und man muß Exportmöglichkeiten suchen. Es wird aber immer schwieriger, landwirtschaftliche Überschüsse zu exportieren, und Exporte müssen auch weit unter den Gestehungskosten abgegeben werden, zum Beispiel Butter, Milch, Käse und so weiter. Für den Bauernstand ist das eine sehr, sehr erschreckende Konsequenz. Daher kommt es, daß früher in der Regel nur diejenigen Bauernkinder ... (*Zwischenruf des Abg. Anton Schlager.*) Bitte? — Ihre zwei Vorredner haben gezeigt, daß die Probleme der Landwirtschaft sehr, sehr schwach angepackt werden. Und auch Sie nehmen das — meiner Meinung nach — viel zuwenig ernst, weil Sie der Meinung sind, daß die Bauern sowieso immer die ÖVP wählen werden.

Früher sind nur jene Bauernkinder in die Städte ausgewandert, für die am elterlichen Bauernhof kein Platz war. Heute wollen aber

auch viele Bauerntöchter und -söhne ... (*Abg. Machunze: Heiraten!*) Sie werden sie nicht mehr heiraten, das muß ich schon sagen! (*Allgemeine Heiterkeit.*) Machen Sie sich keine Hoffnungen. Auch Bauernsöhne und -töchter, die schöne Bauernhöfe übernehmen könnten, verlassen die Landwirtschaft. Solange diese Menschen, von denen ich gesprochen habe, noch jung sind, ist es nicht so arg. Sie haben die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen, oder finden Arbeit in Industrie und Gewerbe; zumindest war es bisher so. Tragisch ist es ... (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Bitte? (*Abg. Gram: Oder bei der Eisenbahn!*) Sicherlich auch bei der Eisenbahn. Aber ohne Eisenbahn könnten Sie nicht existieren und die Bauern auch nicht, wenn sie die billigen Transporte auf der Eisenbahn nicht durchführen könnten. (*Abg. Gram: Ich habe nichts anderes gesagt als: Oder bei der Eisenbahn!*) Ja, aber die Eisenbahn ist auch notwendig! (*Abg. Gram: Ja, das habe ich nicht gesagt, daß sie nichts ist!*) Wenn Sie das nicht glauben, dann sagen Sie das Ihrem Minister. (*Abg. Machunze: Der ist ja nicht für den Verkehr zuständig!*)

Tragisch ist es für jene, meine Damen und Herren, die bis zu ihrem 40. oder 50. Lebensjahr versucht haben, der Landwirtschaft treu zu bleiben und jetzt zur Überzeugung gekommen sind, daß es nicht mehr weitergeht. Solche gibt es sehr, sehr viele! Es wäre interessant, die seelischen Kämpfe dieser Menschen zu registrieren. Es ist so, als würde ein alter Baum in eine neue Gegend und in eine andere Erde verpflanzt.

Ich möchte aber darüber nicht reden. Mir geht es um die Subventionen für die Landwirtschaft; dazu möchte ich Stellung nehmen. Vorher möchte ich aber Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, bitten, nicht jeden Sozialisten als Bauernfeind zu stempeln (*Abg. Dr. Haider: Nicht jeden, aber die meisten!*), wenn er über die Bauernpolitik der Regierung anderer Meinung ist als die Österreichische Volkspartei! Nehmen Sie zur Kenntnis: Die Zeiten sind vorüber, in denen Sie den Bauern noch einreden konnten, daß an allen Übeln der österreichischen Landwirtschaft die bösen Sozialisten schuld sind! (*Abg. Dr. Haider: Nein, die guten, die braven!* — *Abg. Machunze: Haben wir nie getan!*) Wenn Sie Beweise wollen, kann ich Ihnen Namen geben. Ich habe eine Reihe von Bauernfamilien, die Verwandte von mir sind. Und wenn ich von Zeit zu Zeit hinkomme, sagen sie (*Abg. Gram: Darum schauen Sie so gut aus!*): Robak, jetzt haben wir es noch einmal so gerne, wenn du kommst.

Robak

Früher, wenn du gekommen bist ... (Abg. Machunze: Sind sie hübsch, die Sie gerne haben?) Mit Ihnen kann ich mich noch messen! (Abg. Machunze: Nein, die Verwandten, die Sie so gerne haben!) Diese Bauernfamilien sagen: Wir haben es doppelt gerne, wenn du jetzt zu uns kommst. Ich habe die einen oder die anderen oft gefragt: Warum? Sie haben gesagt: Früher waren wir der Meinung, du bist schuld, daß es uns, den Bauern, so schlecht geht. Aber jetzt habt ihr nichts in der Regierung zu reden und uns Bauern geht es nicht nur nicht besser, sondern es geht uns noch schlechter, als es uns früher gegangen ist.

Das ist eine gute Lehre für die Bauern. (Zwischenruf des Abg. Machunze.) Ich bin überzeugt, daß jene eine größere Schuld auf sich geladen haben, die den Bauern nicht rechtzeitig die traurige Wahrheit gesagt haben, daß vielen Bauern ihre Existenz im bäuerlichen Betrieb auch von der Österreichischen Volkspartei für die Zukunft leider nicht garantiert werden kann.

Nicht in allen Ländern verschweigen die verantwortlichen Bauernführer den Bauern die Wahrheit, so wie die Österreichische Volkspartei das in Österreich tut. So erklärte der Präsident des deutschen Bauernverbandes (Abg. Machunze: Rehwinkel!), der Präsident Rehwinkel, folgendes: „... noch viele Bauern müssen Industriearbeiter werden.“ Diese Worte hat er bei einer Tagung gesprochen, und er führte weiter aus, daß nicht alle der rund 750.000 hauptberuflichen Landwirte in den nächsten Jahren ihre Vollbauernexistenz erhalten können. Für einige zehntausend hauptberuflicher Landwirte müßten in den nächsten Jahren Möglichkeiten geschaffen werden, sie hauptberuflich in neu anzusiedelnder Industrie zu beschäftigen. (Abg. Machunze: Genau das sagt der Bauernbund!) Bitte? (Abg. Machunze: Genau das sagt der Bauernbund!) Ja, aber gemacht haben Sie bis jetzt nichts. (Rufe bei der ÖVP: Aber natürlich! — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Machunze.)

In Österreich hat man erst vor einigen Monaten von seiten der Österreichischen Volkspartei — aber auch nur vereinzelt; so wie bei den Schwalben im Herbst, die gibt es dann auch nur mehr vereinzelt (Abg. Machunze: Oder wie die Störche im Burgenland!) ja, ja — den Mut gezeigt, den Bauern die Gefahren anzudeuten, als der bäuerlichen Jugend nahegelegt wurde — nur so am Rande —, sich um andere Berufe umzusehen. (Abg. Machunze: Oder zu heiraten!)

Wenn es um Arbeitsplätze in der Industrie geht, meine Damen und Herren der Öster-

reichischen Volkspartei, ist man mutiger und zeigt man sich aufgeschlossener. So hat vor zwei Jahren der jetzige Handelsminister Mitterer, als es um den Kohlenbergbau ging, im Hohen Hause darauf hingewiesen ... (Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.) Ja, ja, der Mitterer war es, ich kann es Ihnen schriftlich zeigen. Mitterer hat gesagt, daß in Schweden die letzte Kohlengrube gesperrt wurde, weil sie unrentabel war. Er hat in diesem Zusammenhang der Meinung Ausdruck gegeben, daß auch bei uns unrentable Betriebe gesperrt werden sollen. Seine Begründung war, daß uns die Weltkonkurrenz dazu zwingen wird, denn man kann auf die Dauer nicht Hunderte Millionen Schilling für unrentable Betriebe aus Steuergeldern bereitstellen. (Abg. Dr. Haider: Herr Abgeordneter Robak! Vor einer Viertelstunde haben Sie uns erzählt, wir betreiben eine schlechte Agrarpolitik, weil die Bauern abwandern! Jetzt sagen Sie: Wir betreiben eine schlechte Agrarpolitik, weil sie weniger abwandern!) Nein, Sie müssen nur aufpassen! (Abg. Dr. Haider: Das tun wir eben!) Sie müssen nur sehr aufpassen! Aber anscheinend haben Sie geschlafen! (Abg. Dr. Haider: Genau haben wir aufgepaßt! Diesen Widerspruch nimmt Ihnen niemand ab!) Jedenfalls aufgepaßt haben Sie nicht! (Abg. Dr. Haider: Das ist ein Taschenspielertrick!)

Ich frage die ÖVP-Abgeordneten: Wie ist das mit der Landwirtschaft? (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Während der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft im Verhältnis zu den Gesamtbeschäftigten immer mehr zurückgeht und auch der Anteil des Sozialproduktes der Landwirtschaft, steigt die Subvention für die Land- und Forstwirtschaft von Jahr zu Jahr! (Abg. Dr. Haider: Der redet was zusammen!) Unter denen, die in den letzten zehn Jahren ihre Landwirtschaft aufgegeben haben, sind viele — ich kenne Tausende in meiner Gegend —, die in verschiedener Form Subventionen oder verbilligte Kredite erhalten haben. (Abg. Machunze: Aber so viele haben sie ja gar nicht!) Herr Abgeordneter! Machen Sie das nicht lächerlich, sondern nehmen Sie es etwas ernster!

Wenn man unter der bäuerlichen Bevölkerung lebt, weiß man, daß große Subventionsbeträge in Bauernwirtschaften investiert wurden, die kurz darauf nicht mehr lebensfähig waren oder die in absehbarer Zeit nicht mehr lebensfähig sein werden beziehungsweise deren Besitzer in andere Berufe abwandern müssen und abwandern werden. Viele unter den „Flüchtigen“ haben ihren Arbeitsertrag oft viele Jahre, oft Jahrzehnte auch in diesen Betrieb investiert, aber trotzdem mußten sie

Robak

erkennen, daß es für sie auf die Dauer nicht möglich sein wird, aus der Landwirtschaft die Familie weiterhin zu ernähren.

Ich habe schon erwähnt, daß es für die Jugend verhältnismäßig leicht ist, den Bauernhof zu verlassen. Aber die Älteren haben es schwer. Sie können in ihrem fortgeschrittenen Alter nur mehr als schlecht bezahlte Hilfsarbeiter unterkommen. Wäre es nicht sinnvoller, meine Damen und Herren, Herr Minister für Land- und Forstwirtschaft, Umschulungsaktionen zu organisieren und für alle jene Landwirte, die rechtzeitig einsehen, daß es nicht mehr weitergeht, für eine gewisse Zeit, nicht wie jetzt für Subventionen, bei denen sich dann nachträglich herausstellt, daß sie keinen Sinn gehabt haben, sondern für Umschulungsbeihilfen Mittel des Landwirtschaftsministeriums bereitzustellen?

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch über den Maschineneinsatz noch etwas sagen. (*Abg. Machunze: Im Weinbau?*) Nein, im Weinbau nicht, aber ich will über einen anderen Maschineneinsatz etwas sagen. Daß Sie kein Interesse haben (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), weiß ich schon. Was den Maschineneinsatz und die Anschaffungskosten für diese Maschinen in der Landwirtschaft betrifft, habe ich schon vor Jahren — das erste Mal vor fünf Jahren — in der Budgetdebatte zum Kapitel Land- und Forstwirtschaft die Verschwendung von Geldern für den Ankauf von Traktoren, Mähdreschern und anderen Geräten kritisiert. Ich habe damals auch darauf hingewiesen, daß zum Beispiel in Deutschland (*Abg. Machunze: Das sagen wir den Bauern!*) die Maschinengenossenschaften der Landwirtschaft zu einem durchschlagenden Erfolg geworden sind. Wir haben von unserem Gemeinschaftshaus gesprochen — man hat uns ausgelacht, man hat uns beschimpft und vieles andere. Aber ich bin auch heute noch der Meinung, daß auch bei uns vordringlich Maschinengemeinschaften der Landwirtschaft großzügigst subventioniert und unterstützt werden sollen. Es wäre notwendig, den landwirtschaftlichen Beratungsdienst anzuweisen, die Landwirte zu beraten, inwieweit der Ankauf von Maschinen rentabel und finanziell für den einzelnen Landwirt überhaupt tragbar ist. Es wäre auch notwendig, durch Beratung, gezielte und großzügige Subventionen Maschinengenossenschaften oder — damit Sie uns nicht wieder irgendwie beschuldigen — gemeenschaften, je nachdem, wie man sie nennen will, auf freiwilliger Basis zu gründen. Das Denken in Gemeinschaften, meine Damen und Herren, ist heute notwendiger denn je, und je früher diese Tatsache erkannt wird, umso größer wird der Erfolg sein.

Der Herr Landwirtschaftsminister hat mir vor drei Jahren und auch voriges Jahr bei der Budgetberatung im Finanz- und Budgetausschuß darauf geantwortet, und ich habe zumindest das Gefühl gehabt, daß er teilweise diese meine Meinung teilt. (*Abg. Machunze: Robak, das war ein schlechtes Gefühl!*) Sie reden heute immer von „Gefühl“, was ist mit Ihnen los? (*Heiterkeit.*)

Mich hat es gefreut, als der Herr Bundesminister Schleinzer am 31. Mai 1968 in einer Fernsehsendung davon gesprochen hat, daß nicht Agrarfabriken mit automatisch gesteuerten Traktoren, sondern eine überbetriebliche Zusammenarbeit notwendig ist.

Später habe ich im „Mitteilungsblatt der burgenländischen Landwirtschaftskammer“ gelesen, daß eine „überbetriebliche Zusammenarbeit erforderlich“ ist. Es steht hier unter anderem folgendes: „Alle diese Fragen, wenn sie von einem wirtschaftlichen Erfolg begleitet sein sollen, machen eine positive Einstellung zu den gebotenen Formen der überbetrieblichen Zusammenarbeit im Genossenschaftswesen, in den Erzeuger- und in den Maschinengemeinschaften notwendig.“

Ich will Sie jetzt nicht mit dem belästigen, was dieselbe Zeitung vor fünf, sechs oder sieben Jahren über unser Gemeinschaftshaus, über die Maschinengenossenschaften und über vieles andere geschrieben hat. (*Abg. Doktor Gruber: Das ist ja auch etwas anderes!*) Mich freut es trotzdem!

Ich habe weiter in der „Presse“ etwas später einen Artikel gelesen, in dem unter anderem folgendes steht: „Der Präsident der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer, Scheibenreif, ging darüber hinaus: Neue Formen des Zusammenschlusses und der Zusammenarbeit seien nötig; überbetriebliche Maschinenverwendung, neue Erzeugergemeinschaften.“

Sehen Sie, ich könnte verschiedenes sagen, aber ich muß ja andere Dinge auch vorbringen und möchte zu dem nur noch eines anführen: Es wäre sehr schön, wenn den Worten auch Taten folgen würden. Nicht umsonst hat Jesus Christus schon vor zweitausend Jahren gesagt: An den Taten, nicht an den Worten sollt ihr sie erkennen. Das trifft auf Sie auch zu. Man schreibt darüber, wenn man weiß, daß es notwendig ist. Aber man findet nicht den Mut, den Bauern das auch bei ihren Besprechungen offen zu sagen. (*Abg. Dr. Gruber: Dann kommen Sie einmal nach Oberösterreich: Dort zeige ich Ihnen Maschinenringe! — Abg. Machunze: Kollege Robak, warst du beim Konzil? — Weitere Zwischenrufe.*)

Robak

Meine Damen und Herren! Ich muß ja weiterkommen, und ich möchte Ihnen auch davon etwas sagen, wie Sie sich immer als Bauernvertreter ausgeben, in Wirklichkeit aber keine ehrlichen Bauernvertreter sind.

Es war einer Ihrer Abgeordneten — ich finde meinen Zettel nicht —, der im Finanz- und Budgetausschuß zum Kapitel Landwirtschaft folgendes gesagt hat: „Der Weinbau stellt dem Staat große Steuermittel durch die Weinsteuern und alle anderen Abgaben zur Verfügung.“ Weiter sagte er ... (*Abg. Steiner: Das ist der Fachleutner gewesen!*) Ja, der Fachleutner war es, stimmt. Ich danke schön. — Er hat weitergesprochen und hat dann gesagt: „Ich gebe aber zu, daß die Alkoholsteuer notwendig war.“

Und jetzt möchte ich Ihnen folgendes sagen: Die Getränkesteuer ist sicherlich keine sehr populäre Steuer. Weder die Konsumenten noch die Produzenten von Wein und allen anderen alkoholischen Getränken sind von dieser Steuer sehr begeistert. (*Abg. Fachleutner: Kein Mensch ist davon begeistert!*) Aber die Gemeinden, die davon leben müssen, sind der Meinung, daß sie erst dann auf diese Steuer verzichten können, wenn eine andere dauerhafte, ertragreiche und entwicklungsfähige Quelle erschlossen wird und wenn der Herr Finanzminister den Gemeinden für die ihnen vom Gesetzgeber aufgetragenen Aufgaben die finanziellen Mittel zur Verfügung stellt, die sie brauchen, um diese Aufgaben erfüllen zu können. Das sage ich aus dem Grund, damit Sie nicht meinen, wir sind diejenigen, die den Weinbau schädigen wollen. Wir verzichten morgen als Gemeinden auf diese Steuer, wie schon gesagt, wenn uns ein Ersatz gegeben wird, damit wir unsere Aufgaben erfüllen können. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das ist sehr einfach! Das ist billig!*)

Aber jetzt sage ich Ihnen etwas anderes. Hinsichtlich der alten Getränkesteuer war der Passus im Finanzausgleich so, daß einige Weinbauern, und nicht die kleinsten im Burgenland, zum Höchstgericht gegangen sind. Sie haben dieses Gesetz angefochten. Es wurde aufgehoben.

Es war nicht nur die Forderung der Gemeinden, des Städtebundes, der roten Städte und Gemeinden, sondern es war auch die Forderung der ÖVP-Gemeinden und -Städte, und es war der Herr Präsident Grundemann, der immer wieder zum Ausdruck gebracht hat, daß wir auf diesen Passus nicht verzichten können. Ich habe hier eine Aussendung, wo er auf der Rückseite unterschrieben ist. Hier heißt es im Punkt 6: „Die Umwandlung der Getränkesteuer in

eine umsatzsteuerähnliche Steuer entspricht einer Forderung des Gemeindebundes.“

Wir haben den Finanzausgleich paktiert, der Finanzausgleich ist fast einstimmig — ich glaube, die FPÖ hat nicht mitgestimmt — beschlossen worden. Damals ist dieser Passus im Interesse der Gemeinden, so wie der Städtebund und der Gemeindebund das gewünscht haben, umgewandelt worden. Hier hat es sich um 15 Millionen Schilling gehandelt, die den Gemeinden verlorengegangen sind, um 15 Millionen Schilling, die von den Gemeinden dazu hätten verwendet werden können, den Fremdenverkehr zu fördern. Das wäre den Leuten, die gegen dieses Gesetz angekämpft haben, zugute gekommen. Man hätte mehr Güterwege und mehr Feldwege, man hätte mehr Einrichtungen, die den Bauern zugute kommen, mit diesem Geld schaffen können. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Jawohl, um 15 Millionen Schilling!*)

Aber, meine Damen und Herren von der ÖVP, einige Monate später waren es ÖVP-Abgeordnete, die einen Änderungsantrag eingebracht haben. Es heißt darüber im Bericht des Finanz- und Budgetausschusses: „Aus einer Verbrauchssteuer wurde die Getränkesteuer in eine umsatzsteuerartige Verkehrssteuer umgewandelt, wobei die verwendete Terminologie dem Umsatzsteuerrecht entlehnt ist. Die Abgeordneten Scheibenreif, Minkowitsch, Dipl.-Ing. Tschida, Ing. Karl Hofstetter und Genossen haben am 31. Mai 1967 den obgenannten Initiativantrag eingebracht, um den vorherigen Zustand wiederherzustellen; das heißt, durch eine Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes 1967 soll die Getränkesteuer wieder als Verbrauchssteuer eingerichtet werden, was auch dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes ... entspricht.“

Ich will jetzt nicht davon sprechen, daß der Städtebund und auch der Gemeindebund der Meinung waren, daß hier der Finanzausgleich verfälscht wurde und daß nicht eingehalten worden ist, was im Finanzausgleich den Gemeinden und Städten zugesprochen war.

Aber das ist nicht das Wesentliche. Das Wesentliche ist, daß der Herr Abgeordnete Minkowitsch, als dieses Gesetz hier im Hohen Hause behandelt wurde, eine Rede hielt, bei der er auf einen Zwischenruf des Herrn Abgeordneten Pittermann folgendes sagte: „... und ich mache kein Geheimnis daraus, daß dieser 15. Dezember 1966“ — er meinte den Tag, an dem das Finanzausgleichsgesetz beschlossen wurde und als der Passus über die Getränkesteuer so geändert wurde, wie es der Gemeindebund und der Herr Abge-

Robak

ordnete Grundemann auch wollten — „einer der düstersten Tage meines politischen Lebens war.“

Na, ich habe nie gehört, daß der Herr Abgeordnete Minkowitsch oder einer der Abgeordneten der ÖVP später, als das Alkoholsondersteuergesetz vom Hohen Haus beschlossen worden ist, geweint hätte oder daß sie aufgestanden wären und gesagt hätten: Dem können wir nicht zustimmen, denn sonst werden wir nicht schlafen können!

Ich habe eine Reihe von Zeitungsartikeln, in denen verschiedene für den Weinbau verantwortliche ÖVP-Größen, Wirte und so weiter zum Ausdruck gebracht haben, Herr Minister Koren, Herr Bundeskanzler Klaus, der Herr Landeshauptmann der Steiermark und viele andere hätten ihnen versprochen, daß es so gemacht wird, daß der Wein nicht verteuert wird. Es ist nichts geschehen, und ich glaube, heute in der Landwirtschaftsdebatte muß man auch darüber etwas sagen.

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren. (*Abg. Machunze: Das kannst du uns nicht antun! Rede nur weiter!*) Es ist besser, wenn wir uns darüber, worüber Sie sprechen wollen, unter vier Augen unterhalten!

Meine Damen und Herren! Hier ist soviel darüber gesprochen worden, daß die Sozialisten für die Agrarpolitik nichts übrig haben, daß sich unsere Ansichten schädigend auswirken, und vieles andere. Lesen Sie die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 3. Dezember 1968, in der es unter dem Titel „Abschluß der OECD-Tagung über Agrarpolitik“ unter anderem heißt: „Die diesjährige OECD-Konferenz der Landwirtschaftsminister ging nach zweitägiger Dauer am Freitag zu Ende. Sie verdient insofern Beachtung, als die Minister auf der Grundlage der ihnen vom Sekretariat unterbreiteten Unterlagen, die Generalsekretär Kristensen in seinem einleitenden Referat Anlaß zu einer eindeutigen Kritik an der bisher befolgten Agrarpolitik gegeben hatten, zum erstenmal zur Erkenntnis durchgedrungen sind, daß diese Politik in eine Sackgasse zu führen droht.“ — Ich möchte betonen, daß alle diese Landwirtschaftsminister bis auf höchstens einen von der bürgerlichen Seite sind.

Weiter heißt es dann: „Es ist deutlich geworden, daß sich die notwendige Erhöhung der landwirtschaftlichen Einkommen nicht einfach dadurch bewerkstelligen läßt, daß die Produktion intensiviert und erweitert wird. Allgemein wurde darauf hingewiesen, daß es zweckmäßiger wäre, wenn die Regierungen im Rahmen ihrer Bemühungen um eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Einkommen ihre Ausgaben für die Förderung der strukturellen Anpassung erhöhten, die einen allmählichen Abbau der Preiszuschüsse ermöglichen würden.“

Schließlich wird ausgeführt: „Diese Anpassungen können durch Maßnahmen erleichtert werden, bei denen ein Unterschied gemacht wird zwischen den Bedürfnissen der kleinen, nicht lebensfähigen Betriebe und den Erfordernissen der Betriebe, die nach modernen kommerziellen Grundsätzen geführt werden können. Für den Fall, daß sich der Verringerung der Zahl der von der Landwirtschaft abhängigen Personen Hindernisse entgegenstellen sollten, ist eine Verschlechterung der Einkommenslage in der Landwirtschaft zu befürchten.“

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie noch ganz kurz aufhalten und Ihnen hier noch etwas bekanntgeben. Es ist davon gesprochen worden, daß man eine Politik betreiben soll, daß auf jeden Fall eine jede kleine Landwirtschaft existieren muß. In der Zeitschrift der EFTA hieß es zu diesem Problem vor mehreren Monaten: „Da fast alle unsere Mitgliedsländer hochindustrialisiert sind, müssen wir auch bedenken, daß ihre Wirtschaften in der Gesamtheit vom Nahrungsmittelkauf aus Überseeländern zu relativ niedrigen Kosten einen beträchtlichen Nutzen ziehen können. Billige Nahrungsmittel sind unter den für uns gültigen Umständen in zweifacher Hinsicht vorteilhaft: Dem Konsumenten verbleibt mehr, das er für andere Dinge ausgeben kann — Wohnung, Fertigwaren und so weiter —, was wiederum die einschlägigen Industrien fördert und die notwendigen Mittel für ein rasches Wirtschaftswachstum schafft.“

Damit möchte ich zum Ende kommen (*Abg. Schrotter: Was ist, wenn es Krisen gibt?*) und sagen: Wenn man das ganze Agrarproblem ernstlich durchdenkt — ernstlicher als die zwei Vorredner von der Österreichischen Volkspartei —, kommt man zu dem Schluß, daß die rechtzeitige Schaffung von industriellen und gewerblichen Dauerarbeitsplätzen das einzige und wirksamste Mittel zur Lösung des österreichischen Agrarproblems darstellt. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Schrotter: Sie haben meine Frage nicht beantwortet!*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Pius Fink. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Fink (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Es wäre sehr verlockend, auf die Ausführungen meines Herrn Vorredners näher einzugehen. (*Abg. Peter: Und das Ost-West-Gefälle aufzuzeigen!*) Ich darf aber grundsätzlich das Persönliche vom Sachlichen trennen und zu den Ausführungen nur einiges Sachliche sagen, wobei mich freilich die vorgerückte Stunde veranlaßt, kurz zu bleiben.

Dipl.-Ing. Fink

Ich möchte hier dezidiert festhalten, man müßte uns Agrarier, die wir im Bauernbund Verantwortung tragen — ich gebrauche jetzt einen bösen Ausdruck — mit nassen Fetzen davonjagen, wenn dieses leidige Problem der niedrigen Agrarpreise — ich gebe zu: der zu niedrigen Agrarpreise — nicht ein weltweites Problem wäre. (*Abg. Weikhart: Herr Kollege! Dem Herrn Präsidenten Griesner ist es ähnlich gegangen mit den Fetzen!*) Das ist eine andere Sache.

Ich darf darauf hinweisen, daß mein Herr Vorredner — das war sehr interessant für mich — auch auf den Präsidenten Rehwinkel hingewiesen hat, also einen maßgeblichen Mann aus dem EWG-Raum, der die gleichen Klagen erhoben hat. Sie ersehen daraus, daß wir es in der Landwirtschaft derzeit tatsächlich sehr schwer haben, vor allem deswegen, weil wir leider in Europa und, ich möchte fast sagen, weltweit gesehen, jenes Land sind, das am meisten Gebirgsfläche hat. Das ist selbstverständlich mit ein Grund, warum sich unsere Bergbauern noch schwerer tun.

Im übrigen möchte ich zu den Ausführungen meines Herrn Vorredners nur sagen: Ich bekenne mich grundsätzlich zur sozialen Marktwirtschaft — ich möchte dabei ganz davon absehen, daß wir zu den Wirtschaftsmethoden des Ostraumes an sich nichts zu sagen haben.

Ich möchte nun ganz bewußt — damit Sie mich nicht der Unhöflichkeit zeihen, weil es schon 1/29 Uhr ist — nur eine Sparte behandeln. Es ist auch besser, wenn man die etwas ausführlich darlegen kann. Ich hatte vor, Sie mit Zahlen zu belästigen, ich werde mich aber auch davor hüten.

Im Parlament — besonders hier im Parlament — muß die Frage der Ernährungssicherung sehr eingehend besprochen werden. Einer meiner Herrn Vorredner hat schon von der Landschaftspflege gesprochen, ich will daher dieses Problem hier ausklammern und nur sagen: Vorarlberg hat unter allen österreichischen Bundesländern die meisten Industriearbeiter und — fast möchte man es als einen Gegensatz sehen — auch die meisten Almflächen. Da wir also diese Gegebenheiten leicht überschaubar nahe beieinander haben, geziemt es sich, über die Ernährungssicherung, die für einen militärisch neutralen Staat — darüber ist im vorherigen Kapitel sehr ausführlich gesprochen worden — genauso wichtig und genauso entscheidend wie die militärische Seite ist, eingehend zu debattieren.

Schon seit Jahren weist Österreich einen Selbstversorgungsgrad von über 80 Prozent auf. Freilich basiert dieser — auch das muß objektiverweise festgehalten werden — zu einem gewissen Teil auf der Einfuhr von aus-

ländischem Handelsdünger und Futtermitteln. Davon abgesehen, beträgt die Selbstversorgung für das Wirtschaftsjahr 1967/68 sogar schätzungsweise 83 Prozent, während sie vergleichsweise in den letzten Jahren vor 1938 im Durchschnitt nur knapp über 70 Prozent lag.

Doch nicht nur in Krisenzeiten ist diese Tatsache von lebenswichtiger Bedeutung. Sie ist auch in normalen Zeiten wertvoll. Wir haben zwar seit Jahren einen mehr oder weniger gleichbleibenden Kalorienwert je Kopf und Tag an verbrauchten Nahrungsmitteln von rund 3000 Kalorien, infolge des Bevölkerungszuwachses und der Änderung der Konsumgewohnheiten auf qualitativ immer hochwertigere Produkte steigt aber der Nahrungsmittelbedarf — bitte auch das mit einzukalkulieren — weiter, und daher hat auch die Landwirtschaft, auf Sicht gesehen, ihre Produktion zu erhöhen. Allerdings wird sie dabei, entsprechend der Marktsituation, bei einzelnen Erzeugnissen gezwungen, die notwendigen Produktionsumstellungen durchzuführen.

Als großer Mangel muß es angesehen werden, daß Österreich zum Unterschied von anderen neutralen Staaten — ich greife hier bewußt nur einen als Beispiel heraus: die Schweiz — die Frage der Vorratspolitik noch in keiner Weise gelöst hat. Allein die Landwirtschaft, wie ich zugebe, aus der Not eine Tugend machend, verfügt bei Getreide, Molkeerzeugnissen und Fleisch über eine Vorratshaltung, was, vom Blickwinkel der Neutralität her gesehen, von der Öffentlichkeit nicht nur kritisiert, sondern, wie es mir eher richtig schiene, bedankt und anerkannt werden müßte.

Die öffentliche Meinung sollte auch insofern einen Wandel erfahren, als sie stärker als bisher die Bemühungen der Agrarpolitik, die Funktionsfähigkeit der ländlichen Regionen zu erhalten, unterstützen müßte. Nicht nur, daß in normalen Zeiten eine angemessene Besiedlung des ländlichen Lebensraumes den Garant für das Prosperieren des Fremdenverkehrs darstellt, eines jener wenigen Wirtschaftszweige, in denen Österreich gegenüber anderen Ländern echte Chancen besitzt, würde eine so starke Verdünnung der Besiedlung in Krisenzeiten ernährungspolitisch, aber auch aus Verteidigungsgründen unter Umständen tödliche Auswirkungen zeitigen. Denken Sie dabei nur etwa an die Erhaltung der Verkehrswege und an die Erhaltung der erforderlichen Kapazität bei den verschiedensten spezifischen Dienstleistungen.

Diese Ausführungen gelten in verstärktem Maße für Österreichs Bergbauerngebiet. Ist

Dipl.-Ing. Fink

nämlich, wie ich schon eingangs sagen durfte, Vorarlberg unter den österreichischen Bundesländern das gebirgigste, so trifft das ebenso für den Staat Österreich im Vergleich zu anderen Staaten zu. Rund 130.000 Bergbauernfamilien bewirtschaften über 40 Prozent der landwirtschaftlichen Gesamtfläche Österreichs. Eine Entsiedlung dieses Raumes, die sich derzeit zum Vorteil der Volkswirtschaft und des Staates in noch halbwegs erträglichen Grenzen der seit eh und je üblichen Abwanderung hält, würde nicht nur zur Preisgabe eines entscheidenden volkswirtschaftlichen Einnahmefaktors führen, sondern darüber hinaus unsere Willenskundgebung hinsichtlich einer Verteidigung der Neutralität und Unabhängigkeit der österreichischen Republik unglaublich erscheinen lassen.

Es wäre daher im allgemeinen Interesse nur zweckmäßig und billig, alle in diese Richtung zielenden Maßnahmen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Marktpolitik, der Bildungspolitik und des Förderungswesens zu unterstützen und deren Verwirklichung noch mehr als bisher zu ermöglichen.

Seien Sie mir bitte — damit ich nur ja die Zeit einhalte — nicht böse, wenn ich abschließend ein düsteres Bild zeige: Im Ernstfall, wenn der Hunger durch die Gassen unserer Städte schleicht und unseren Soldaten unerwünscht den Verteidigungswillen schwächt, ist es zu spät, an unsere Bauern und insbesondere an unsere Bergbauern zu denken. Auch die Ernährungssicherung aus eigenem Boden ist ein, und zwar sehr entscheidender Schutzwall unserer Freiheit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Fux. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Fux (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Landmann, mein Berufskollege, ist hier. Ich will nämlich auf Ihre Stellungnahme bei der Beratung der Budgetgruppe Inneres zurückkommen, wo Sie an der Rechnung, die mein Parteifreund und Kollege Czettel aufgestellt hat, Kritik übten. Wobei er bezüglich der Kälberpreise nachgewiesen hat, daß die Preise für Kälber von 1965 bis jetzt 1968 um einige Schilling zurückgegangen sind ... *(Abg. Landmann: Da hat sich der Czettel geirrt!)*

Herr Kollege Landmann! Sie haben dann gesagt, die Preise, die Kollege Czettel genannt hat, das seien die Preise für Einstellrinder. Ich möchte Sie bitten, mir postwendend einen Käufer für Einstellrinder zu schicken *(Abg. Landmann: Nach Niederösterreich kann ich sie nicht schicken!)*, der bereit ist, 17

und 18 S zu bezahlen. Bei uns in Niederösterreich, und im wesentlichen sind auch die Tiroler Preise nicht höher, Herr Kollege Landmann — ich bin schon über die Marktberichte einigermaßen orientiert —, sind die Einstellrinder nicht einmal um 15 S zu verkaufen. Ich glaube, Sie, Kollege Landmann, wissen genau, daß die Schlachtkälberpreise, die Kollege Czettel gemeint hat, während des Jahres sehr stark schwanken, sodaß es nicht leicht ist, die Preise des jeweiligen Marktes zu nennen. Es ist jedenfalls sicher, daß die Kälberpreise 1968 niedriger liegen als im Jahre 1965. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Was kosten die Kälber jetzt?)*

Herr Kollege Landmann! Sie finden das sehr lustig ... *(Abg. Landmann: Dann wird man mit der Produktion soweit hinten sein, daß die Kälberpreise niedriger liegen!)* Ich möchte Ihnen sagen, daß ich nicht nur praktizierender Landwirt bin, sondern auch Geschäftsführer einer Viehverwertungsgenossenschaft mit zirka 500 Mitgliedern und daß ich genau über die Preise von Schlachtvieh informiert bin und weiß, daß die Preise nicht höher sind, wie Sie es behaupten, sondern niedriger. Das wollte ich Ihnen sagen. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Was kosten die Kälber jetzt?)*

Ich kann Ihnen, Herr Kollege Ing. Tschida, genau die Preise sagen. Natürlich sind die Kälberpreise saisonbedingt heuer auch schon auf 24 S, Sankt Marx brutto, angestiegen. Aber Herr Kollege Ing. Tschida! Im Jahr 1965 haben wir Kälberpreise von 25 und 26 S gehabt, was wir heuer absolut niemals erzielen konnten. *(Ruf bei der ÖVP: Und warum nicht?)*

Das wollte ich zu den Feststellungen des Herrn Kollegen Landmann sagen. Den Herrn Kollegen Landmann möchte ich bitten, mir umgehend einen Käufer zu schicken, der bereit ist, 17 und 18 S für Einstellrinder zu zahlen. Das sage ich deshalb, weil der Kollege Landmann geglaubt hat, den Kollegen Czettel berichtigen zu müssen. *(Abg. Machunze: Warum?)* Weil es nicht richtig ist, daß die Kälberpreise und überhaupt die landwirtschaftlichen Preise gestiegen sind! Sie sind zurückgegangen, Herr Kollege Machunze! *(Abg. Machunze: Schauen Sie, ich verstehe ja nichts von den Kälbern! Mich müssen Sie aufklären!)* Ich bin sehr gern bereit, Herr Kollege Machunze, Ihnen Informationen nicht nur über die Preisentwicklung beider Kälber, sondern auch über alle anderen Viehpreise zu geben. *(Unruhe. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.)*

Hohes Haus! Lassen Sie mich nun als praktizierender Landwirt, als sozialistischer Bauer

Fux

auch zum Budget einiges sagen. Die Ansätze der Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft, Preisausgleiche, standen bereits nach ihrem Bekanntwerden ähnlich wie in den Vorjahren im Mittelpunkt kritischer Betrachtungen in der Öffentlichkeit. Die Landwirtschaft und der Landwirtschaftsminister wurden allgemein als Budgetsieger bezeichnet. *(Ruf bei der ÖVP: Nicht von uns! — Ruf bei der SPÖ: War er auch!)*

Wie Sie richtig sagen, weisen die Ansätze für die Landwirtschaft und für Preisausgleiche tatsächlich wiederum wie in den Vorjahren Erhöhungen auf. Trotz der auch schon in den vergangenen Jahren relativ hohen Ansätze bei diesen Budgetkapiteln konnten die nun schon seit Jahren schwebenden Agrarprobleme aber keiner allseits befriedigenden Lösung nähergebracht werden. Es konnte weder Ordnung in die Produktion gebracht, noch konnten den Landwirten zeitgemäße Einkünfte gesichert werden. *(Abg. Schrotter: Eine geordnete Produktion ist sehr schwierig, Herr Kollege!)*

Im Gegensatz zu den alljährlich steigenden Staatsausgaben für die Landwirtschaft sind die Einkommen der in der Landwirtschaft tätigen Menschen, der Bauern, keineswegs steigend. Die Bauern bekommen bei gleichbleibenden Preisen für die landwirtschaftlichen Produkte stets steigende Produktionskosten zu spüren. Nur durch vermehrten harten Arbeitseinsatz des Bauern wie seiner Familie, durch die „Flucht in die Produktion“, wie es oft bezeichnet wird, kann Ausgleich gefunden werden.

Im heurigen Jahr wurden bei wichtigen landwirtschaftlichen Produkten — bei Milch und Weizen — für die Bauern, sei es direkt oder indirekt, Preissenkungen durchgeführt bei gleichzeitigen Preiserhöhungen bei denselben Produkten, so widersinnig es klingen mag, für die Konsumenten.

Die gegenwärtige Agrarpolitik hat in der breiten Öffentlichkeit, wie die zahlreichen Pressestimmen der unabhängigen Presse beweisen — ich will es mir ersparen, aus der Vielzahl der vorhandenen Stellungnahmen zu zitieren, sie sind ja großteils bekannt —, wenig Anklang, ja harte Kritik gefunden. Die gegenwärtige Agrarpolitik hat auch in weiten Kreisen der bäuerlichen Bevölkerung wenig Anklang, ja harte Zurückweisung gefunden, wie die zahlreichen Protestkundgebungen und Mißfallensäußerungen aus allen Bundesländern im Laufe des heurigen Jahres gezeigt haben. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Glaser: Sehr stürmisch war das aber nicht! — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Streichen wir die Stützungen! Dann werden Sie „Heil!“ schreien!)* Weder die breite Öffent-

lichkeit noch weite Kreise der Bauernschaft sind der gleichen Ansicht wie der Herr Landwirtschaftsminister, daß die gegenwärtige Agrarpolitik markt- und zukunftsorientiert sei. *(Zwischenruf des Abg. Guggenberger.)*

Besonders ungünstig haben sich die Maßnahmen der gegenwärtigen Agrarpolitik auf jene wenig günstig gelegenen Gebiete des Berg- und Hügellandes mit seiner kleinbäuerlichen Struktur ausgewirkt. In diesen Gebieten — ich denke da an das Wald- und Mühlviertel, aber auch an andere ähnliche Gebiete innerhalb der Republik —, in denen seit jeher die Viehzucht vorherrscht, wurde gewaltsam mit Mitteln des Grünen Planes die Umstellung von der Viehzucht auf die Milchwirtschaft erzwungen. *(Abg. Schrotter: Viehzucht und Milchwirtschaft gehören zusammen, Herr Kollege!)* Noch ungefähr vor Jahresfrist wurde für die Gewährung von Krediten im Rahmen der Besitzfestigungsaktion sowie für sogenannte Konsolidierungskredite eine Intensivierung der Milcherzeugung geradezu als unabdingbare Bedingung gestellt. Bis noch vor kurzem wurde den Landwirten von den Beratungskräften die Steigerung der Milchproduktion empfohlen. Die Landwirte haben oft weder Kosten noch Mühe gescheut, sich auf Grund der Ratschläge hochqualifiziertes Milchvieh anzuschaffen und die Milcherzeugung auf Kosten der Zucht und Mast ausgedehnt. Diese Landwirte sind nun schwer enttäuscht, wenn sie hören müssen, daß die Milchproduktion zu drosseln sei. Es ist ihnen schwer möglich, die teuer angekauften Milchkühe, die jetzt gerade in bestem Nutzen stehen, wertentsprechend abzusetzen und sich nun wieder Jungvieh und Mastrinder zu halten. Diese Landwirte hat es schwer getroffen, Herr Bundesminister, eine Preiseinbuße von 20 g pro Liter Milch hinnehmen zu müssen, und es hat sie mehr als eigenartig berührt, als sie hörten, daß der Konsumentenmilchpreis gleichzeitig um 20 g erhöht wurde. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Warum?)*

Kürzlich hat ein angesehener Agrarwissenschaftler bei einer Tagung im Waldviertel gesagt: Es war ein Fehler, in den Gebieten, in denen die Milchproduktion vorher nicht heimisch war, auf Milch umzustellen; man hätte sich etwas Besseres einfallen lassen sollen, diesen Gebieten zu helfen, die vordem auf die Züchtung von Zugpferden und Zugochsen eingestellt waren. Von der „Zukunftsorientierung“ der österreichischen Agrarpolitik haben diese Landwirte nur den schlechteren Milchpreis zu spüren bekommen.

Aber auch die Landwirte der Viehzuchtgebiete, die nicht die Milchproduktion forcierten, sondern Mäster blieben, haben die „Zukunfts- und Marktorientierung“ der österreichischen

Fux

Agrarpolitik zu spüren bekommen, nämlich bei der Umschichtung der Getreidepreise, von denen heute schon gesprochen wurde. Die Futtergerste, die in den Viehzuchtgebieten ja gebraucht wird und angekauft werden muß, wurde um 10 g verteuert. Für die Viehmäster bedeutet diese Verteuerung eine Schmälerung ihres Ertrages.

Sowohl Viehhalter als auch Viehzüchter haben im heurigen Jahr durch die Maßnahmen in der Agrarpolitik namhafte Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Im Interesse auch der Bauern scheint eine Drosselung der Milcherzeugung unbedingt geboten zu sein — ich glaube, wenn ich sage, daß eine Drosselung auch für die Bauern von Nutzen ist, bekomme ich auch die Zustimmung des Herrn Bundesministers —, allerdings deutet nichts darauf hin, daß in Bälde so etwas geschieht. Auch von einer zu starken Ausdehnung der Rindermast ist nicht alles zu erwarten.

Wenn auch gegenwärtig die Diskriminierung von Rinderexporten im EWG-Raum etwas nachgelassen hat und vorige Woche sogar ein Export von Rindern nach Frankreich durchgeführt werden konnte, so kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß unser Hauptexportland Italien nach wie vor die Einfuhr von Rindern mit hohen Abschöpfungen schwer behindert, sodaß nur mit staatlichen Stützungen Exporte durchgeführt werden können. (*Abg. Schrotter: Ist da auch unsere Agrarpolitik schuld? — Ruf bei der ÖVP: Das mußt du dem Kollegen Czettel sagen! — Abg. Weikhart: Sie werden schon wissen, daß die Kompetenz geändert wurde!*)

Hohes Haus! Für das kommende Jahr sind von den vorgesehenen 143 Millionen für Preisausgleiche für Schlachttiere, 118 Millionen für den Absatz und die Verwertung bestimmt. Eine allzugroße Ausweitung der Mast könnte auch hier zu Schwierigkeiten führen, sodaß bei der Viehmast in allererster Linie eine Orientierung nach dem heimischen Bedarf angestrebt werden soll.

Das Hauptaugenmerk der kleinbäuerlich strukturierten Landwirtschaft des Bergbauerngebietes müßte daher nicht auf die Ausdehnung der Produktion gerichtet sein, sondern beispielsweise auf den Ausbau überbetrieblicher Zusammenarbeit sowie auf die Erschließung des Nebenerwerbs. Aber gerade für diese Maßnahmen, die absolut als Förderung der bäuerlichen Bevölkerung im ländlichen Raum anzusprechen wären, sind nirgends ausreichende Mittel vorgesehen.

In diese Sparte gehört auch der Ausbau des Genossenschaftswesens. (*Abg. Schrotter: Darüber sind wir uns einig!*) Das ländliche Genos-

schaftswesen, das seinen Anfang der idealen Vorstellung des Zusammenstehens der kleinbäuerlichen Menschen im harten wirtschaftlichen Existenzkampf zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles zum größtmöglichen Nutzen des einzelnen verdankt, ist heute vielfach von seiner ursprünglichen Zielsetzung abgewichen und durch immer größere Konzentration im angeblichen Interesse der kleinen Mitglieder zur Machtposition einiger weniger Politiker und Manager geworden. Sehr oft wird die Machtposition zu genossenschaftsfremden Zielsetzungen gebraucht, etwa zur Erringung politischer Macht, fallweise sogar zum persönlichen materiellen Nutzen.

Das Mitbestimmungsrecht des einzelnen ist zur Farce geworden. Die an den Schalthebeln sitzenden Politiker und Bürokraten sind, auch wenn sie nicht mehr hoch im Vertrauen der Mitglieder stehen, kaum zu entfernen. (*Abg. Kern: Wo ist das so?*) Bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften! (*Abg. Kern: Generell?*) Ich glaube, Kollege Kern, darüber könnte ich Ihnen so manches sagen. (*Ruf bei der ÖVP: Und bei den Konsumgenossenschaften!*) Ich bedaure nur, daß Herr Kollege Mussil heute nicht hier ist, denn ich glaube, von ihm würde ich die Zustimmung erhalten. (*Abg. A. Schlager: Aha, Sie reden für den Mussil!*) Nein. Aber in diesem Fall hat er bestimmt recht. (*Abg. Landmann: Kollege Fux! Wollen Sie Ökonomierat oder Kommerzialrat werden?*) Ich habe gesagt, daß der Ausbau des Genossenschaftswesens eine unabdingbare Forderung von uns ist, ich habe aber auch gesagt, daß sich das Genossenschaftswesen von seiner ursprünglichen Zielsetzung entfernt hat. Für noch so starke Minderheiten gibt es keine Möglichkeit, in die Vorstände und Aufsichtsräte zu kommen (*Ruf bei der ÖVP: Das fehlte uns noch!*), die nur mit Mehrheit gewählt werden, mit einer Mehrheit, die leicht manipulierbar ist, da es den meisten Genossenschaftsmitgliedern auf Grund der weiten Entfernung vom Genossenschaftssitz nicht möglich ist, an den Vollversammlungen teilzunehmen. Die Vollversammlung wird daher meist von einer schwachen Minderheit gebildet, die Mehrheitsbeschlüsse faßt. (*Abg. Kern: Wer hat da Schuld? — Abg. Konir: Der Bauernbund!*) Fast immer wird eine vorbereitete Liste von Funktionären vorgelegt und gewählt.

Daß die großen landwirtschaftlichen Genossenschaften einer echten Kontrolle entgleiten, wird auch von vielen ÖVP-Bauernfunktionären bedauert. Erst kürzlich hat bei einer Tagung über Strukturprobleme des Waldviertels ein ÖVP-Bürgermeister mir gegenüber erklärt, daß er die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht billigen könne.

Fux

(*Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Das ist ein Witz! Bei uns ist auch ein Sozialist in der Genossenschaft!*) Das ist kein Einzelfall. Herr Kollege Dipl.-Ing. Wiesinger! Ich persönlich bin in sämtlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften meines Heimatortes Mitglied, und ich unterstütze und fördere den Ausbau des Genossenschaftswesens. Ich betone aber, daß sich das Genossenschaftswesen auf Wege begeben hat, die wir nicht mehr billigen können. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das können Sie mir nicht abstreiten. Ich habe es bereits erwähnt: Es ist für eine Minderheit unmöglich, entsprechend ihrer Stärke Vertreter in eine Genossenschaft zu entsenden. Nur die Mehrheit entscheidet, und diese Mehrheit wird von einer Vollversammlung gewählt, an der eine Minderheit von Mitgliedern teilnimmt. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine sehr verehrten Herren vom Bauernbund! Sie wissen doch genau, was bei den Genossenschaften gespielt wird. Wir wollen das Genossenschaftswesen ausbauen, und wir wollen auch im Genossenschaftswesen eine demokratische Kontrolle. (*Beifall bei der SPÖ.*) Was wir daher fordern, möchte ich noch einmal wiederholen. Meine sehr verehrten Herren Kollegen von der rechten Seite, besonders vom Bauernbund! Was wir fordern, ist der Ausbau, aber auch die Reform des ländlichen Genossenschaftswesens. (*Zwischenrufe.*)

Wenn ich vom Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens spreche, so denke ich nicht etwa daran, daß er derart geschehen soll, daß der letzte Gewerbetreibende vom Dorf vertrieben wird. Ich denke vielmehr an die Schaffung kleinerer, für den einzelnen leicht überschaubarer Produktionsgenossenschaften, an den gemeinsamen Erwerb von Maschinen und Geräten, an Genossenschaften, die geeignet sind, die Produktionskosten des einzelnen zu senken, die beispielsweise dem mancherorts feststellbaren Maschinenluxus zu steuern imstande sind.

Eine Reform des Genossenschaftswesens, eine Neufassung des Genossenschaftsgesetzes müßte auch den Mitgliederminderheiten, wie ich schon angedeutet habe, die Möglichkeit geben, ihre Vertreter entsprechend ihrer Stärke in die Genossenschaftsvorstände und Aufsichtsräte der großen Genossenschaften zu entsenden und ihnen so ein Mitspracherecht zu ermöglichen. Für das gesamte Genossenschaftswesen wäre das sicherlich ein großer Vorteil; in den Genossenschaftsleitungen würde es lebendiger, die Mehrheitsfunktionäre würden mit anderen Meinungen konfrontiert und müßten ihre Entscheidungen beweglicher gestalten.

Es wäre sicherlich von großem Nutzen sowohl für die Genossenschaft als Gesamtheit als auch für das einzelne Mitglied, wenn die derzeitigen starren Formen durchbrochen würden. Die ländlichen Genossenschaften würden aufhören, Machtposition für eine gewisse kleine Schicht von Politikern und Bürokraten zu sein. Durch Schulung und Aufklärung müßte auch der echte Genossenschaftsgeist geweckt und gestärkt und das immer noch weitverbreitete Vorurteil gegen das gemeinsame Eigentum zum Schwinden gebracht werden. Rücksichtnahme und Verständnis für den Mitgenossenschaftler sind für eine großzügige Ausgestaltung des Genossenschaftswesens unbedingte Voraussetzung und müssen in das Bewußtsein der Genossenschaftler eindringen.

Aber nicht nur das Genossenschaftswesen, die überbetriebliche Zusammenarbeit zur Kostensenkung, muß ausgebaut werden. Wir haben in Österreich eine Reihe von Gegenden, meist bergig und walddreich, in denen seit jeher die ansässigen Bauern auf einen Nebenerwerb angewiesen waren und einen solchen in früheren Zeiten auch hatten. In manchen Gegenden Tirols zum Beispiel gab der Bergbau den notwendigen Zuverdienst zu dem oft geringen Ertrag der Bauernwirtschaften. Im Mühl- und Waldviertel war vordem eine blühende Hausindustrie. Aus Holz wurden in den arbeitsruhigeren Zeiten mancherlei Gerätschaften erzeugt, die in die holzarmen, landwirtschaftlich aber besser gelegenen Landstriche verkauft wurden und den notwendigen Nebenerverdienst brachten. Mit dem Aufkommen der maschinellen Holzbearbeitung und mit dem Sinken der Bedeutung des Holzes als Werkstoff ist dieser Nebenerwerbszweig weggefallen.

In manchem Ort, vor allem in Tirol, konnte der notwendige Nebenerwerb im Fremdenverkehr gefunden werden. Manche nebenerwerbsbedürftige Gegenden bieten aber wegen ihrer klimatischen Verhältnisse, dem rauen Klima, keine günstigen Voraussetzungen für den Fremdenverkehr, sodaß er dort keine überragende Bedeutung gewinnen kann.

Aber auch für eine größere Industrie fehlen in diesen Gebieten die optimalen Voraussetzungen, vor allem auf Grund der ungünstigen Verkehrslage. Die Schaffung lebensfähiger landwirtschaftlicher Vollerwerbsbetriebe hätte in diesen weniger ertragreichen Gebieten, deren Fläche zu einem beträchtlichen Teil von Wald bedeckt ist, eine derart dünne Besiedlung zur Folge, daß nur mehr acht bis zehn Personen auf den Quadratkilometer kämen. Die zurückbleibenden Personen, die theoretisch bleiben könnten, würden es allerdings wenig attraktiv finden, hier zu leben, und lieber auch abwandern. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Wallner**: Ich unterbreche die Sitzung bis Montag, den 9. Dezember, 14 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird in der Erledigung der für die 121. Sitzung ausgegebenen Tagesordnung fortgefahren werden. Nach Beendigung der Tagesordnung wird nach einer kurzen Unterbrechung eine weitere

Sitzung mit der Beratungsgruppe IX abgehalten werden.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 21 Uhr unterbrochen und am Montag, den 9. Dezember 1968, um 14 Uhr wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 9. Dezember 1968

Präsident: Ich nehme die am Mittwoch, dem 4. Dezember 1968, unterbrochene Sitzung wieder auf.

Wir fahren in den Verhandlungen fort. Zur Beratung stehen der Grüne Plan 1969 und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969, Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft.

Am Wort ist der Abgeordnete Fux.

Abgeordneter **Fux** (*fortsetzend*): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Infolge der üblichen und an sich begrüßenswerten strikten Einhaltung der 21 Uhr-Schlußzeit auch in der Mittwochsitzung der vorigen Woche war es mir nicht möglich, meine Darlegungen zum Agrarbudget 1969 zu beenden. Ich setze daher meinen Debattenbeitrag zu den Ansätzen der Beratungsgruppe VIII aus der Sicht des praktizierenden Landwirtes und des sozialistischen Bauern heute fort.

Meine Damen und Herren! In der Mittwochsitzung habe ich aufgezeigt, wie durch unrichtigen, noch so hohen Einsatz öffentlicher Mittel den Landwirten gerade der ärmeren Gebiete nicht nur nicht geholfen wurde, sondern diese durch falsche Produktionsbeeinflussung auch nicht geringe Einkommenseinbußen hinnehmen mußten. Die Einkommenseinbußen wurden einerseits durch die Senkung des Milchpreises und andererseits durch die Verteuerung von Futtergetreide, das von den meist viehzuchtreibenden kleinbäuerlich strukturierten Bauern des Berg- und Hügellandes zugekauft werden muß, verursacht.

Als eine zu fördernde Maßnahme habe ich den verstärkten Ausbau der überbetrieblichen Zusammenarbeit und den Ausbau des Genossenschaftswesens verlangt. Bei dieser Gelegenheit habe ich eine sicherlich harte, durchaus aber gerechtfertigte und vor allem gutgemeinte Kritik an dem ländlichen Genossenschaftswesen vorgebracht und eine durchaus notwendige Reform des ländlichen Genossenschaftswesens im Interesse der Genossenschaften und ihrer Mitglieder verlangt.

Heute möchte ich mich kurz mit dem notwendigen landwirtschaftlichen Nebenerwerb

beschäftigen. Es ist festzustellen, daß wir innerhalb unserer Republik eine Reihe von Landstrichen haben, meist bergige, waldreiche und wenig ertragreiche Gegenden, in denen die Schaffung wirklich großer bäuerlicher Vollerwerbsbetriebe zu einer weitgehenden Entsiedlung führen würde. Diese Entsiedlung ist keineswegs erstrebenswert.

In unserem Wirtschaftsprogramm wird in einem eigenen Absatz auf Seite 139 darauf hingewiesen, daß für diese existenzgefährdeten Betriebe die Erschließung nicht landwirtschaftlicher Einkommensquellen unbedingt erforderlich ist. Und auch unser Niederösterreich-Plan vertritt die Ansicht, daß für gewisse Landstriche und gewisse bäuerliche Betriebsgruppen die Schaffung von Nebenerwerb anzustreben ist.

Nicht überall kann der Fremdenverkehr die Ersatzeinnahmen bringen; auch nicht in landschaftlich schönen Gebieten. Rauhes Klima beschränkt den Fremdenverkehr oft nur auf wenige Monate des Jahres.

Für größere Industrie fehlen in solchen Gebieten oft die günstigen Voraussetzungen. Vor allem ist es meist die ungünstige Verkehrslage, die Betriebsgründungen entgegensteht.

Am besten wäre die Ansiedlung kleinerer Betriebe. Mit Förderungsmitteln müßten fehlende Voraussetzungen überbrückt und eine Ansiedlung von Betrieben für Unternehmer attraktiv gestaltet werden. Hier wären Mittel, die der Besitzfestigung dienen, anzuwenden, und am besten für die Bauern angewandt. Gegendweise würde oft schon ein Ausbau des Straßennetzes genügen, sodaß vorhandene Industriezentren schneller und leichter von den nebenerwerbsbedürftigen Landwirten erreicht werden könnten.

Überhaupt muß in Zukunft eine bessere Zusammenarbeit und Aufeinanderabstimmung von Landwirtschaft und Industrie angestrebt und erreicht werden. Eine Frontenstellung von Industrie und Landwirtschaft ist im heutigen Entwicklungsstand von Landwirtschaft und Industrie unsinniger und allgemein schädlicher denn je. Die Landwirtschaft muß groß-

Fux

tes Interesse an einer fortschrittlichen modernen Industriepolitik haben.

Verschiedentlich wären die Möglichkeiten, den existenzgefährdeten bäuerlichen Betrieben den so notwendigen Nebenerwerb zu verschaffen. Allerdings ist eine gezielte Lenkung öffentlicher Mittel in dieser Richtung Voraussetzung.

Geschieht aber nichts, weder die Schaffung von Nebenerwerbsmöglichkeiten noch anderer geeigneter Maßnahmen, wird alles seinem Lauf überlassen, so ist sicher, daß viele kleine Bauern, die nicht aufgeben wollen, trotz intensiver Arbeitsleistung einer Verelendung entgegengehen werden, einer Verelendung, die unseres Staates unwürdig ist.

Die Ansätze des Budgetkapitels Landwirtschaft weisen keinerlei Mittel für die Förderung der Schaffung von Nebenerwerbsmöglichkeiten für bedrohte Gebiete auf. Im Grünen Plan ist wenigstens andeutungsweise die Notwendigkeit der Förderung von Nebenerwerbsmöglichkeiten erwähnt. Wirksame Beiträge fehlen auch hier.

Die Erhöhung von öffentlichen Mitteln, deren Verwendungszweck eine Steigerung der Produktion bewirkt, ist mehr als problematisch. Eine weitere Produktionsausweitung ist keine dauernde Hilfe für die Bauern. Auch die Bauern selbst müssen daran interessiert sein, die landwirtschaftliche Produktion in vertretbaren Grenzen zu halten.

Öffentliche Mittel in der Landwirtschaft wären gut verwendet für die Verbesserung der landwirtschaftlichen Struktur, für die Einrichtung überbetrieblicher Institutionen zur Senkung der Produktionskosten des einzelnen und für die Schaffung von Nebenerwerbsmöglichkeiten in gewissen Gebieten zur Hintanhaltung der Entsiedlungsfahr.

Der Einsatz der heuer vorgesehenen Mittel für die Landwirtschaft entspricht nicht einmal zu einem geringen Teil unseren Vorstellungen und Wünschen. Wir geben daher der Beratungsgruppe VIII auch heuer nicht unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Griebner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Griebner** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen! Meine Herren! In seiner Budgetrede am 23. Oktober dieses Jahres hat der Herr Bundesminister für Finanzen Professor Dr. Koren auch zu Fragen der Land- und Forstwirtschaft Stellung genommen. Er hat damals ausgeführt: „Wie in allen Industriestaaten ist auch in Österreich die Entwicklung zur modernen Industriegesellschaft von einem tiefgreifenden Prozeß der Anpassung in der Landwirtschaft begleitet.

Dieser umfassende Strukturwandel ist in vollem Gange und noch in keinem Lande abgeschlossen. Er ist jedoch nicht nur ein wirtschaftliches oder ein umfassendes bevölkerungs- und siedlungspolitisches Problem, das in der Folge zu einem umfassenden Wandel der Infrastrukturen führen wird, sondern ebenso ein zutiefst soziales, ein menschliches Problem, dessen Anliegen sich keine demokratische Gesellschaft der westlichen Welt entzogen hat.“

Die Sprache der Zahlen vermag das tatsächliche Ausmaß dieses Strukturwandels gar nicht voll vor Augen zu führen. Sehr zu Recht hat Professor Dr. Koren auch die soziale und menschliche Seite dieses Problems betont. Die bäuerliche Vertretung hat immer wieder in den vergangenen Jahren gerade auch auf diese Seite des Strukturwandels hingewiesen und war bemüht, bei der Erarbeitung politischer Leitlinien diesen Bereich des Problems nicht außer acht zu lassen, sondern ihm vielmehr vorrangige Bedeutung zukommen zu lassen. Im Bewußtsein ihrer hohen Verantwortung für die Zukunft des Bauernstandes und damit auch für unser österreichisches Vaterland werden die Verantwortlichen für die österreichische Agrarpolitik auch in Hinkunft die menschliche Seite des Strukturwandels aufzeigen und beachten.

Zum Zeitpunkt der Strukturhebung 1965 gab es in Österreich 379.700 land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Gegenüber der Betriebszählung nur fünf Jahre vorher hat die Zahl der Betriebe um 5½ Prozent abgenommen. Zweifellos handelt es sich bei den aufgegebenen Betrieben um solche der kleineren Größenordnungen. Die Entwicklung schon in den fünfziger Jahren zeigte, daß gerade bei den kleineren Betrieben eine laufende Abnahme der Betriebszahl zu verzeichnen ist, während die Zahl der Betriebe über 20 Hektar stetig zunimmt. Wenn man darüber hinaus bedenkt, daß es bei der Gruppe der Betriebe mit kleinerer Bodenfläche auch viele Betriebe mit Spezial- und Sonderkulturen gibt und sich Nebenerwerbsmöglichkeiten positiv auf der Einkommenseite auswirken, dann muß wohl auch der härteste Kritiker der österreichischen Agrarpolitik zugeben, daß unser Weg durchaus der richtige ist. Geht es doch darum, den Strukturwandel im Verlauf eines natürlichen Prozesses zu bewältigen und Erschütterungen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Die innerlandwirtschaftliche Produktionsstruktur ist von kräftigen regionalen Verschiebungen im Laufe der letzten Jahre gekennzeichnet, beispielsweise verlagerte sich die Viehhaltung von den Ackerbaugebieten des Flachlandes in die typischen Grünlandgebiete.

Grießner

Die innerbetriebliche Spezialisierung hat gute Fortschritte gemacht.

Die Sozialstruktur der österreichischen Land- und Forstwirtschaft hat vielleicht den entscheidendsten Wandel mitgemacht. Der Prozentsatz der familienfremden Arbeitskräfte ist in den letzten Jahren laufend zurückgegangen. Entsprechend der Entwicklung bei der Anzahl der Betriebe hat aber auch absolut die Zahl der Betriebsinhaber und vor allem der mit-tätigen Familienangehörigen abgenommen. Die Sozialstruktur der österreichischen Land- und Forstwirtschaft ist heute durch die Form des Familienbetriebes bestimmt. Gerade dieser Betriebscharakter hat sich als durchaus krisenfest und zukunftsicher erwiesen. Der Verband der europäischen Landwirtschaft, die CEA, hat in seinem Salzburger Manifest die Bedeutung einer Politik zur Förderung des modernen und dynamischen Familienbetriebes unterstrichen und festgestellt, daß dieser seine Anpassungs- und Leistungsfähigkeit wiederholt bewiesen hat und deshalb auch für die Zukunft das Leitbild darstellen muß.

Die fortschreitende Erschließung des ländlichen Raumes, nicht zuletzt auch dank des Grünen Planes, hat beispielsweise durch Wegebauten dazu beigetragen, den Erholungscharakter einzelner Landschaftsgebiete stärker als in früheren Zeiten hervortreten zu lassen. Im Interesse des ländlichen Raumes soll künftig der Entwicklung von Nebenerwerbsmöglichkeiten besonderes Augenmerk geschenkt werden.

Wenn man sich die bisherige Entwicklung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft vergegenwärtigt, so dürfte die Behauptung gewisser Kreise, daß die konservative Haltung der Spitzenvertreter des Bauernbundes so vieles Notwendige verhindere, doch nicht stimmen. Vielleicht ist manchen die einige und geschlossene Zusammenarbeit der bäuerlichen Vertreter in Berufsvertretung, Parlament und Regierung ein Dorn im Auge. Vielleicht stört es manche, daß diese bäuerliche Vertretung sich auf die überwältigende Mehrheit der österreichischen Bauern stützen kann. Vielleicht ist es aber auch der Neid, der zu solchen Behauptungen treibt, vielleicht bedauert man es, im eigenen Hause nicht so einig zu sein. Lassen Sie sich, meine Damen und Herren, gesagt sein, daß die bewährte Zusammenarbeit fortbestehen wird, ob es Außenstehenden paßt oder auch nicht. Nehmen Sie aber auch zur Kenntnis, daß die Österreichische Volkspartei bei ihrer Politik auf die ländliche Bevölkerung Bedacht nehmen wird. Für die ÖVP ist die verantwortungsbewußte Behandlung bäuerlicher Anliegen nicht Gegenstand wahltaktischer Schachzüge, sondern echte Überzeugungssache.

Die Regierungserklärung dieser Bundesregierung hat sich sehr eingehend mit der agrarischen Strukturentwicklung auseinandergesetzt und die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen. Der Österreichische Bauernrat am 4. Oktober 1968 in Wien hat nach einer eingehenden Erörterung der Probleme wegweisende Beschlüsse gefaßt.

Das Landwirtschaftsgesetz bietet mit seinen Zielsetzungen die Grundlage für eine zukunftsorientierte Agrarpolitik. Die alljährlich auf Grund der Grünen Berichte erstellten Grünen Pläne sind Marksteine auf dem Weg der Anpassung und Einordnung der Landwirtschaft in die moderne Industriegesellschaft.

Einige wenige Zahlen sollen diese Feststellung unterstreichen: In den Jahren von 1961 bis 1967 wurden 149.000 Hektar Grundstücke zusammengelegt und durch 3200 Kilometer Wege erschlossen. 26.000 landwirtschaftliche Betriebe wurden durch den Bau von 8000 Kilometer Wegen an das Verkehrsnetz angeschlossen. In all diesen Fällen erbrachten die Bauern erhebliche Eigenleistungen, die fast bis zur Grenze des Möglichen gehen. Freilich warten noch große Aufgaben: Zu Ende des Vorjahres waren noch 24.000 bäuerliche Betriebe, davon eine sehr große Anzahl Bergbauern, ohne geeignete Hofzufahrt. Rund 438.000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche sind vordringlich zusammenlegungsbedürftig.

Wenn die gesetzgeberischen Voraussetzungen auch in Zukunft gegeben sind, besteht kein Grund, daran zu zweifeln, daß die erfolgreichen Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, deren Notwendigkeit allgemein anerkannt ist, weiter fortgesetzt werden können. Zu Planen, ist für den Bauern nichts Ungewohntes. Der Begriff „Plan“ ist für uns mit dem erfolgreichen Grünen Plan verbunden. Wir stehen nur auf dem Standpunkt, daß sich die Pläne am Menschen zu orientieren haben und nicht Menschen an den Plänen. (*Abg. Zeillinger: Wer ist der Autor dieses „Planes“? — Gegenrufe bei der ÖVP. — Abg. Zeillinger: Ich bin es nicht, aber ich möchte wissen, wer der Autor dessen ist, was da vorgelesen wird! Einmal so lesen möchte ich wie der Herr Präsident! Kein Buchstabe frei!*)

Ich möchte anerkennend hervorheben, daß die Maßnahmen des Grünen Planes auch im kommenden Jahr im gleichen Umfang fortgesetzt werden können.

Die Absatzförderung ist vordringlich zu behandeln. Die in den letzten Jahren eingeleitete stärkere Betonung dieses Förderungs-zweiges ist unbedingt fortzusetzen. Die Marktlage ist durch eine über den heimischen Bedarf hinausgehende Produktion bei Milch, Weizen und Rindfleisch gekennzeichnet. Die Mög-

Grißner

lichkeiten bei diesen drei Produktionszweigen sind unterschiedlich. (*Zwischenruf des Abg. Melter.*) Während die Rinderproduktion langfristig gesehen auf Grund der natürlichen Produktionsvoraussetzungen für Österreich durchaus chancenreich erscheint, während bei Brotgetreide eine Umlenkung der Produktion in Richtung auf Futtergetreide in die Wege geleitet wurde, leidet die exportorientierte Milchwirtschaft vor allem in den westlichen Industriestaaten unter hohen Lagern.

Ich habe im Rahmen der CEA in den letzten Tagen in Salzburg den Vorschlag gemacht, die Ausarbeitung eines weltweiten Abkommens hinsichtlich von Milch und Molkereiprodukten in Angriff zu nehmen. Weil uns klar ist, daß zahlreiche Staaten unter dem Druck ungeheurer Produktionsüberschüsse stehen, die langfristig preisdrückend wirken werden, haben wir alles unternommen, um den österreichischen Milchmarkt im Griff zu behalten. Ich glaube, daß die Entwicklung der letzten Monate in Verbindung mit den getroffenen Maßnahmen durchaus zu der Annahme berechtigt, daß sich die österreichische Milchwirtschaft langfristig nicht ungünstig gestaltet. Ich habe immer die Ansicht vertreten, daß milchwirtschaftliche Fragen und Probleme weder durch Wunderkuren noch durch Gesandten zu lösen sind, sondern eine Vielzahl wohl aufeinander abgestimmter Maßnahmen erforderlich machen. Niemand wird bestreiten wollen, daß die österreichische Bauernschaft ihren Teil zu einer Lösung milchwirtschaftlicher Probleme beizutragen gewillt ist.

Um alle im In- und Ausland bestehenden Absatzchancen nützen zu können, bedarf es nicht zuletzt eines hohen Qualitätsstandards. Die Einführung der Qualitätsbezahlung der Rohmilch ab 1. Jänner in Form von Zuschlägen für die erste Milchqualität wird zweifellos in dieser Richtung wirken. Verstärkte und moderne Werbebemühungen, die die Landwirtschaft selbst finanziert, werden eine absatzbewußte Haltung der Be- und Verarbeitungsbetriebe notwendig machen. Die Qualitätsproduktion zählt heute zu den entscheidenden Anliegen der Bauernschaft.

Freilich leben wir auf keiner Insel und müssen die Entwicklungen um uns betrachten. Was würden alle Bemühungen der heimischen Landwirtschaft nützen, wenn es nicht ehestens gelingt, in einzelnen Bereichen, wie etwa der Stärkeindustrie, die dort auftretende Benachteiligung der österreichischen Produktion durch die Auswirkungen der Exportsubventionen der EWG zu beseitigen.

Auch beim Export in die traditionellen Absatzgebiete ergeben sich seit Monaten zunehmende Schwierigkeiten, die vor allem durch

die Vervollständigung der EWG-Agrarmarktordnung seit 1. Juli dieses Jahres auftreten. Insbesondere Nutz- und Schlachtrinder sowie Milchprodukte sind hievon betroffen. Die österreichische Bauernschaft begrüßt es, daß durch die Bereitstellung entsprechender Mittel die Aufrechterhaltung unserer Rinderexporte in den EWG-Raum auch im nächsten Jahr ermöglicht wird.

Freilich liegt ein gewisser Widersinn darin, daß wir mit den hohen Abschöpfungen, die wir bei unseren Exporten in den EWG-Raum zu leisten haben, auf der anderen Seite der EWG die finanziellen Mittel geben, um durch Erstattungen ruinöse Wettbewerbsverhältnisse herbeizuführen. Ohne eine entsprechende Waffengleichheit — wenn ich dieses Wort gebrauchen darf — wird es in Zukunft nicht abgehen. Was Österreich tun muß, und das ist das volkswirtschaftlich einzig Richtige, ist, sich in seinen gesetzlichen Regelungen weitgehend jenen der EWG anzupassen. (*Abg. Zeillinger: Warum haben Sie dann gegen die EWG gestimmt?*) Wir haben nicht gegen die EWG gestimmt. (*Abg. Zeillinger: Selbstverständlich!*) Herr Abgeordneter Zeillinger! Gerade ich war einer, der sich am meisten bemüht hat, die EWG-Frage vom Standpunkt der Land- und Forstwirtschaft aus einer entsprechenden Klärung zuzuführen! (*Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Ich appelliere ernstlich an die im Hause vertretenen Parteien, nicht nur der Verlängerung der Marktordnung, die ja in den nächsten Tagen hier beschlossen wird, zuzustimmen, sondern auch zu einem sinnvollen Ausbau der Marktordnung ihren Beitrag zu leisten. Die Notwendigkeit derartiger Regelungen kann niemand ernstlich bestreiten. Es sollte aber auch ausgesprochen werden, daß derartige Regelungen langfristig nicht nur den Produzenten, sondern auch den Konsumenten dienen.

Überhaupt wird es nötig sein, die Diskussion agrarpolitischer Fragen und mit der Landwirtschaft oder landwirtschaftlichen Produkten zusammenhängenden Probleme zu objektivieren. Das Gerede von Subventionen, das dann und wann Platz greift, wird zweifellos den Tatsachen nicht gerecht. Wenn man etwa im sozialistischen Wirtschaftsprogramm liest, was dort alles unter Agrarsubventionen gerechnet wird, so denkt man unwillkürlich an Kraut und Rüben. Das nicht deshalb, weil es sich um agrarwirtschaftliche Fragen handelt, sondern weil in bunter Folge alles Mögliche, und das überdies auch noch in seinem Umfang unrichtig addiert, als „agrarisches Subvention“ bezeichnet wird.

Grießner

Ich sehe in einer kürzlich erschienenen Arbeit des Instituts für Wirtschaftsforschung einen wesentlichen Beitrag zur notwendigen Objektivierung der Diskussion. Im Oktoberheft der Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung finden Sie auf Seite 410 eine Untersuchung darüber, wem beispielsweise die Milchpreisstützung zugute kommt. Dort wurde festgestellt, daß rund 70 Prozent den Verbrauchern und rund 30 Prozent den Erzeugern zugute kommen, soweit die Mittel den im Inland verkauften Mengen zuzurechnen sind. Wenn man die für den Export notwendigen Zuschüsse in Betracht zieht, so zeigt sich, daß bei der Milch noch immer mehr als die Hälfte der Stützungen den inländischen Verbrauchern und knapp weniger als die Hälfte den Produzenten zufällt. Sollten Sie allerdings erwarten, daß diese wissenschaftlich untermauerte Feststellung einen Niederschlag auf Seite 143 des Wirtschaftsprogramms der SPÖ findet, so irren Sie sich. Aber auf diese Fragen werde ich noch zu sprechen kommen.

Die Landwirtschaft fürchtet keineswegs eine Objektivierung der Diskussion. Sie ist vielmehr sogar sehr daran interessiert. Diese Tatsache wird dadurch unterstrichen, daß die Landwirtschaft — ich habe dies bereits mehrfach an dieser Stelle betont — jährlich in Form der Grünen Berichte wie kein anderer Berufsstand öffentlich Rechenschaft legt.

Und wenn man der österreichischen Landwirtschaft Produktionsziffern bei einigen wenigen Produkten vorrechnet, dann muß man aber auch auf der anderen Seite fragen, wie es um die gesamte Nahrungsmittelversorgung Österreichs steht. Es stimmt, daß rund 80 Prozent des Nahrungsmittelbedarfes der heimischen Bevölkerung aus der heimischen Produktion gedeckt werden.

Der Deckungsgrad freilich ist bei den verschiedensten Produkten sehr unterschiedlich. Wenn man sich die Mengen Fettrohstoffe, die nach Österreich zoll- und abschöpfungsfrei importiert werden, vergegenwärtigt und zu den österreichischen Butterlagern in Beziehung setzt, so sollte einem das in einem neutralen Staat doch zu denken geben.

Wenn die österreichische Landwirtschaft immer wieder die Bedeutung einer sinnvollen Bevorratung unterstreicht, dann tut sie das nicht, weil sie glaubt, auf diese Weise bequem ein paar Ladenhüter anbringen zu können, sondern die Bauernschaft tut es deshalb, weil sie versucht, Probleme mit dem Blick aufs Ganze zu sehen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wenn eine Neutralitätspolitik wirklich glaubhaft sein soll, dann bedarf sie auch entsprechender Maßnahmen im Bereich der wirtschaftlichen Landesverteidigung. Es ist auffallend, daß

gerade in Zeiten internationaler Spannungszustände von jenen Kreisen, die sich oft wegen der Produktionsziffern der Landwirtschaft nicht genug erregen können, die Frage nach der Ernährungssicherung gestellt wird. Ich hoffe, daß wir uns bald im Hause mit einem Bevorratungsgesetz befassen können, das allen Anforderungen entspricht. Es handelt sich hier um Lebensfragen des österreichischen Volkes, die eine gemeinsame Vorgangsweise verlangen.

Es gibt viele Bereiche, in denen ein gemeinsames Vorgehen ein Vorteil für alle ist. Ich habe mich in diesem Sinne auch immer zu einer aufrichtigen und von gegenseitigem Vertrauen getragenen Zusammenarbeit im Rahmen der Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen bekannt. Wirtschaftspolitische Fragen sind von einer solchen Tragweite, daß Augenblicksentscheidungen mehr noch als in anderen Bereichen nicht Platz greifen dürfen. Die Prüfung der Zusammenhänge und das Studium der Auswirkungen einer Maßnahme müssen Grundlage für wirtschaftspolitische Entscheidungen sein.

Aus der Stellung der österreichischen Landwirtschaft als Konsumentin industrieller und gewerblicher Produkte ergibt es sich, daß wir die Preis- und Kostenentwicklung sehr genau beobachten. Ich möchte hier eine gewisse Enttäuschung und Besorgnis nicht verhehlen darüber, daß in anderen Bereichen nicht jene Zurückhaltung geübt wird, die man von der Landwirtschaft immer wieder erwartet.

Es soll niemandem sein Anteil am Wirtschaftswachstum und an der Steigerung des Sozialproduktes vorenthalten werden. Die Bauernschaft bekennt sich aus ehrlicher Überzeugung dazu. Es darf aber auch niemand erwarten, daß die Landwirtschaft zusieht, wie ihre Kosten steigen, ihre Preise gleichbleiben oder sinken und die Arbeitsbelastung der Bauernschaft in anderen Bereichen der Wirtschaft kein Beispiel findet. Wenn hier eine warnende Stimme erhoben wird, so ist das keineswegs Neid, sondern Sorge um eine weitere gedeihliche Entwicklung unserer Volkswirtschaft.

Die Paritätische Kommission hat einen Beitrag zur Erhaltung des sozialen Friedens in unserem Lande zu leisten. Sie wird nur dann in der Lage sein, die Erwartungen, die ihre Gründer in sie gesetzt haben, zu erfüllen, wenn sie ein Forum sachlicher Diskussion bleibt. Als die Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Woche erhoben wurde, war ich damit einverstanden, daß wir den Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen damit beauftragt haben, die Auswirkungen einer solchen Arbeitszeitregelung auf unsere Volkswirtschaft zu untersuchen.

Grießner

Für Selbständige und mithelfende Familienangehörige in der Land- und Forstwirtschaft wurde aber eine wöchentliche Arbeitszeit von über 60 Stunden festgestellt. Ich sage das keineswegs, weil ich das als Idealfall hinstellen möchte, ganz im Gegenteil, ich glaube nur, daß solche Leistungen auch in ihrem Umfang gewürdigt werden sollen und daß man dafür unseren Bauern und vor allem unseren Bäuerinnen doch ein Wort der Anerkennung sagen muß.

Wenn nun über die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden eingehende Untersuchungen durchgeführt werden, so erwarte ich, daß der Beirat verantwortungsbewußt dabei vorgeht. Ich glaube, daß das Ergebnis dieser Arbeiten eine Entscheidungsgrundlage für die weitere Vorgangsweise bieten wird. Nehmen Sie aber nicht an, daß die österreichische Bauernschaft der Forderung nach Einführung einer 40-Stunden-Woche ohne Besorgnis gegenübersteht. Hüten wir uns davor, die Leistungskraft der österreichischen Volkswirtschaft zu überfordern.

Daß die Leistungskraft dieser Volkswirtschaft gesteigert werden kann und muß, das steht für uns alle hier im Hause außer Frage. Daß bei derartigen Bemühungen nicht unüberlegt vorgegangen werden darf, darin sind wir uns alle einig. Wenn man sich schon mit volkswirtschaftlichen Konzepten befaßt, dann muß auch der Landwirtschaft ein Platz in diesen Überlegungen eingeräumt werden.

Das sozialistische Wirtschaftskonzept, das nun in seiner dritten und endgültigen Fassung vorliegt, enthält auch ein Kapitel über die Neugestaltung der Agrarpolitik. Da Sie über Fragen der Agrarpolitik etwas aussagen, nehme ich doch für uns in Anspruch, einiges dazu festzustellen.

Ich will nicht bestreiten, daß es im Agrarteil des sozialistischen Wirtschaftsprogramms bei der Untersuchung der Situation einige richtige Feststellungen gibt. Meistens handelt es sich hiebei um gar keine Geheimnisse, sondern um Dinge, die allgemein bekannten Unterlagen entnommen sind.

Manches fehlt wiederum: So wird beispielsweise kaum das ungünstige Preis-Kosten-Verhältnis in der Landwirtschaft untersucht und der Kapitalbedarf der Landwirtschaft herausgearbeitet.

Von den Ungereimtheiten bei der Aufzählung der Subventionen durfte ich Ihnen ja bereits einiges vor Augen führen. Das ist ja mittlerweile sogar durch die Wissenschaft widerlegt worden. Wenn man schon glaubt, die Zuwendungen des Bundes für die Altersversorgung als „Agrarsubvention“ deklarieren zu müssen, dann sollte man sich auch vergewissern, welche Beträge der Bund für die

Sozialversicherungseinrichtungen anderer Bereiche aufwendet. Vielleicht könnte das die Betrachtungsweise etwas ändern.

Wenn man weiters beispielsweise die Familienbeihilfe, die eine rein familienpolitische Maßnahme darstellt, ebenfalls unter den Agrarsubventionen findet, dann könnte sich doch die Frage ergeben, ob die Grundlagen für den Agrarteil des sozialistischen Wirtschaftsprogramms objektiv genug zusammengestellt wurden. Ich könnte Ihnen jetzt noch so manches zu diesem Thema sagen, aber ich glaube, dazu wird ja noch öfter Gelegenheit sein.

Alles in allem genommen, finden wir in diesem Programm so manches Schlagwort, das sich fürs erste gut anhört. Wenn man, neugierig geworden, nach wegweisenden Worten für die Durchführung sucht, so enttäuscht dieses neue Wirtschaftsprogramm.

Wir haben auf Grund der bewährten Leitlinien unserer Agrarpolitik in der Zwischenzeit weitergearbeitet. Wir werden es auch in Zukunft im Interesse und zum Wohle unseres Bauernstandes tun.

Ich habe vorhin die Frage der bäuerlichen Altersversorgung erwähnt. Ich möchte hier in aller Deutlichkeit feststellen, daß diese Frage so lange nicht vom Tisch kommt, bis eine gerechte Lösung gefunden ist, eine Lösung, die die Bauern nicht schlechter stellt als die Österreicher in anderen Wirtschaftsbereichen.

Überdies wird es notwendig sein, der Altersstruktur in der Land- und Forstwirtschaft Rechnung zu tragen. Tatsache ist, daß eine immer kleinere Anzahl von Aktiven einen Beitrag leisten muß für eine immer größere Anzahl von Rentenbezieher. Ich glaube, daß es hier nur recht und billig ist, dieser Situation Rechnung zu tragen und einen entsprechenden Staatsbeitrag zu ermöglichen.

Ich hoffe, daß die Verhandlungen über diese Frage ebenso positiv abgeschlossen werden können wie die Beratungen über eine vorläufige Neuregelung der Unfallversicherung in der Land- und Forstwirtschaft. Die Bundesregierung hat mit der Neuregelung bei der Unfallversicherung ein im Regierungsprogramm gegebenes Versprechen erfüllt. Ich möchte aber erwähnen, daß auch die österreichische Bauernschaft zu dieser dringend notwendigen sozialen Verbesserung einen beachtlichen Beitrag leisten wird.

Ein offenes sozialpolitisches Problem ist nach wie vor die Regelung zwischen der Bauernkrankenkasse und der Ärzteschaft. Die Vertreter der Landwirtschaft haben naturgemäß volles Verständnis für die Lage der Landärzte, besonders der Jungärzte auf dem Lande. Sie haben diesem Verständnis entsprechend der

Grießner

Ärztokammer auch Tarifvorschläge übermittelt, die besser sind als alle anderen Tarife, die die Ärzte bisher erhalten haben. Ich weiß, daß gerade diese Tatsache heute auch vielen Landärzten zu denken gibt.

Die noch offenen Fragen im Zusammenhang mit der Bauernkrankenkasse werden einer Lösung zugeführt werden müssen. Noch immer ist es unser Bestreben, eine Lösung mit der Ärzteschaft zu finden. Die Geduld eines ganzen Berufsstandes ist aber naturgemäß nicht grenzenlos.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Das Jahr 1968 hat uns agrarpolitisch vor so manche schwierige Entscheidung gestellt. Manche Frage konnte gelöst oder einer Lösung nähergebracht werden. Andere Probleme sind dazugekommen, oder sie haben sich verschärft. Wir glauben, daß der Weg, den wir bisher gegangen sind, verantwortungsbewußt war. Wir glauben, daß die österreichischen Bauern auch bewiesen haben, daß sie ihren Blick in die Zukunft richten.

Den Blick in die Zukunft richten heißt vor allem, der Entwicklung entsprechend, die Kenntnisse zu vertiefen. Ich glaube, daß unsere bäuerliche Jugend diesen Lerneifer immer aufs neue unter Beweis stellt. Man sollte ihr diesen Weg nicht erschweren, sondern erleichtern. Jahre sind vergangen, daß die land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetze hier in diesem Hause liegen und wegen der Weigerung der Opposition nicht verabschiedet werden konnten. Hören Sie hinaus, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, und hören Sie die Zukunftspläne junger Menschen aus der Bauernschaft, und denken Sie dann noch einmal darüber nach, ob Sie es verantworten können, die Gesetzwerdung zu erschweren. Sagen Sie nicht, daß es ein Junktim von Ihrer Seite gibt. Es ist eine alte Weisheit, daß man Äpfel nicht mit Birnen addieren darf. Man sollte in diesen Fragen eher das tun, was unsere bäuerliche Jugend verdient, das tun, was für unser österreichisches Vaterland gut und sinnvoll ist.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Was in unserer Zeit heute zählt, das ist mehr als zu jeder anderen Zeit die Leistung. Ich hoffe, wir sind uns alle hier in diesem Hause darin einig, wenn ich feststelle, daß alle in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft Tätigen, die Bauern und Bäuerinnen, die mitarbeitenden Familienangehörigen, aber auch unsere Land- und Forstarbeiter Hervorragendes leisten. Ich glaube, daß diese Menschen unseren Dank wirklich verdienen. Dank kann man nicht allein in klingender Münze, sondern auch durch ein echtes, aufrichtiges Wort ausdrücken. Ich glaube, wir sollen daher nicht nur Taten für

unsere Land- und Forstwirtschaft setzen, sondern wir sollen uns alle auch um die rechten Worte bemühen, wenn es um Probleme der Land- und Forstwirtschaft geht. Jenen Mitbürgern, denen das selbstverständlich ist, möchte ich namens der Bauernschaft danken, und die anderen möchte ich ersuchen, sich doch die Leistungen dieses Wirtschaftszweiges und dieser Menschen vor Augen zu halten und dann vielleicht statt billiger Gemeinplätze doch auch ein anerkennendes Wort zu sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir leben in einer Zeit, die international gesehen keine ruhige Zeit in der Politik und in der Wirtschaft ist. Für uns in Österreich ergeben sich für die nächsten Jahre große wirtschaftspolitische Aufgabenstellungen. Wir werden diese Aufgaben nur dann meistern können, wenn wir alle, die wir in diesem Lande leben, einig zusammenstehen, wenn wir uns bemühen, Entscheidungen nur wohlüberlegt und verantwortungsbewußt zu treffen, und das Wohl unseres Vaterlandes über alles stellen. Ich glaube, daß das für alle Österreicher das Beste für die Zukunft ist.

Die Österreichische Volkspartei wird dem Kapitel Land- und Forstwirtschaft des Bundesfinanzgesetzes und dem Grünen Plan für das Jahr 1969 ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Meißl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Meißl (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In meiner ersten Wortmeldung habe ich bereits die grundsätzliche und auch die spezielle Ablehnung von uns Freiheitlichen zum Kapitel Land- und Forstwirtschaft, zum Preisausgleich und den Bundesforsten begründet. Die Begründung lag im wesentlichen darin, daß wir zurzeit noch kein wirklich zielführendes Agrarkonzept bei der Ressortführung, aber noch mehr bei den Funktionären, der Bauernbundführung erblicken können. Diese Ablehnung ist in der Disparität, in der Schlechterstellung begründet, die die Landwirtschaft heute als Berufsstand gegenüber den anderen Ständen zu verzeichnen hat. Dies kann man in drei Gruppen zusammenfassen:

Das eine ist die Schlechterstellung bezüglich des Einkommens. Hier gibt es einen unbestechlichen Kronzeugen, das ist der landwirtschaftliche Paritätsspiegel; ich werde mir erlauben, noch darauf zurückzukommen. Es ist weiter die Frage der Ausbildung und Bildung unserer jungen Menschen auf dem Lande; wir haben darüber bereits gesprochen. Es ist nicht wesentlich, ob nun das stimmt, was der Abgeordnete Leitner gesagt hat, daß wir seit dem Jahre 1945 bei den landwirtschaftlichen Mittelschulen eine Steigerung von drei auf acht oder, wie

Meißl

Steiner ihn berichtigen wollte, von zwei auf neun erfahren haben. Tatsache ist, daß Hunderte Menschen auf dem Lande abgewiesen werden müssen und nicht die Möglichkeit einer höheren Ausbildung besitzen. Hier finden wir eine Diskriminierung, die im Zeichen der sogenannten Bildungsexplosion, der vielkritisierten Bildungsexplosion auf anderen Gebieten nicht zu verstehen ist.

Drittens muß gesagt werden, daß in einem mustergültigen Sozialstaat die Landbevölkerung heute leider noch zu den Unterentwickelten — nennen wir es ruhig so — auf diesem Gebiet zählt. Das betrifft genauso die Krankenversorgung, die unbefriedigenden Verhältnisse bei der Bauernkrankenkasse, wo es ja — ich sagte es bereits — einen 20prozentigen Selbstbehalt grundsätzlich geben sollte, während es in der Praxis heute in Wirklichkeit einen Selbstbehalt gibt, der weit höher von der Kasse aus gegenüber den Patienten ist. Vor allem ist es die Altersversicherung, die noch sehr, sehr viel zu wünschen übrig läßt. Der Hilflosenzuschuß hat im vorigen Jahr vielleicht eine kleine Milderung dieses Problems gebracht. Aber das Hauptproblem, die Versorgung unserer alten Menschen auf dem Lande, ist nicht gelöst und muß zu den Hauptanliegen der Landwirtschaft und ihrer sogenannten Vertreter zählen.

Dazu kommt auch noch die regionale Disparität. Diese Disparität besteht und wird genauso durch den Paritätsspiegel wie auf der anderen Seite durch den Bericht des Landwirtschaftsministeriums und auch durch den sogenannten Grünen Plan bewiesen. Hier müssen wir feststellen, daß es entwickelte und unterentwickelte Gebiete gibt; vor allem gibt es diese unterentwickelten landwirtschaftlichen Gebiete — wobei der gesamte Stand noch lange nicht an die anderen Stände herangekommen ist — an der Grenze. Diese Grenze ist in der Oststeiermark, in der Südsteiermark, im Burgenland, im Wald- und Mühlviertel gegeben. Hier ist es einfach nicht zu verstehen, daß man diesen Regionalstrukturen von seiten des Ressorts keine größere Beachtung schenkt.

Es kommen aber noch weitere Gründe hinzu. Ich möchte namens der Freiheitlichen erklären, daß wir kein Verständnis dafür haben, daß beispielsweise die Probleme der Landwirtschaft in Form von Junktimierungen ausgehandelt werden. Wir hatten doch alle gehofft, daß es möglich sein müßte, die Marktordnungsgesetze, einen wesentlichen Teil der bäuerlichen Existenzsicherung, so zu lösen, daß diese Gesetze eine Verbesserung erfahren. Das ist aber nicht geschehen. Man hat bis zum letzten Moment gewartet und hat sich nun wieder in Form eines neuen Proporz zusammen gesetzt, den wir Freiheitlichen schärfstens ablehnen.

Diese sieben Gesetze und vor allem die Kernstücke, das Marktordnungsgesetz und das Landwirtschaftsgesetz, werden nun wieder um eineinhalb Jahre verlängert; früher waren es immerhin noch zwei Jahre. Man wird dann neuerlich nach den Wahlen — das möchte ich hier ganz offen sagen —, wenn man daran gehen muß, eine neue Regierung zu bilden, in Pression kommen. Man erweist hier der Landwirtschaft einen denkbar schlechten Dienst.

Diese Gesetze hätten — Herr Minister, es waren die Entwürfe da — verbessert gehört. Aber hier hat an Stelle von Verbesserungen und auch an Stelle des Mutes, der notwendig gewesen wäre, in der Öffentlichkeit die Österreichische Volkspartei und ihr Sprecher, Herr Generalsekretär Dr. Withalm, ganz einfach erklärt: Wir werden uns nicht erpressen lassen! Dessen ungeachtet ist genau das gleiche geschehen, es ist sogar noch schlechter geworden. In diesem Dreieringenspiel hat man nun eine verschleierte Form des Proporz angewendet, die im Grunde genommen eine Verschlechterung bedeutet.

Man braucht nur lesen, was die Presse dazu sagt. Ich will sie gar nicht im einzelnen zitieren. „Die Presse“ spricht von einem „Pfründen-Abkommen“, von einem Pfründen-Proporz, und die „Kleine Zeitung“ sagt darüber: „Bekleckert aus eigener Schuld!“

Wir Freiheitlichen haben darüber nie einen Zweifel gelassen, daß wir in dieser Frage sehr wohl die Anliegen der Landwirtschaft echt unterstützen und daß wir in dieser Frage ohne weiteres bereit gewesen wären, auch Ersatzlösungen — man sagte, 95 Prozent dieser Anliegen hätten mit Ersatzlösungen saniert werden können, wenn ich den Ausdruck gebrauche — zuzustimmen. Wir waren dazu bereit. Nicht bereit sind wir natürlich — das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen —, dieses Problem in dieser Form zu lösen. Man hat sich im Grunde genommen nur eine Galgenfrist, eine Fristverlängerung von eineinhalb Jahren, ausgehandelt, um den Proporz auf diesem Gebiete neu zu installieren, und zwar stärker als früher. Man hat nur eine andere Form gefunden; jetzt müssen immerhin drei Leute unterschreiben. Ich darf heute schon sagen, daß uns der Verkehrsminister, der wahrscheinlich einmal die Verantwortung in seiner Ministerverantwortlichkeit dafür tragen muß, leid tut. Er muß in Wirklichkeit bei allen Entscheidungen, bei denen man sich nicht einigen kann, bei beiden Klubs rückfragen, ob er darf oder nicht darf.

Ich habe bereits in der Diskussion über die Herabsetzung des Wahlalters gesagt: Wir haben der Jugend unseres Landes damit einen schlechten Dienst erwiesen. Ich habe bereits damals erklärt, daß die Jugend in der größeren

Meißl

Masse vorläufig nicht bereit ist, sich für die Politik zu interessieren. Meine Damen und Herren! Mit solchen Dingen, wie sie jetzt passiert sind, werden wir nicht in der Lage sein, die Jugend wirklich echt zu interessieren, sie mit einer Mitverantwortung zu belasten oder ihr eine Mitverantwortung zu übertragen. Das, was in der letzten Woche passiert ist, war ein schlechter Dienst an der Demokratie.

Ich habe die Pressestimmen bereits zitiert; ich will sie nicht noch ausführlicher zitieren. Sie sind im Grunde genommen ein vernichtendes Urteil über die Österreichische Volkspartei, die hier einem Wahlversprechen untreu geworden ist, es gebrochen hat und die sich nach Meinung von uns Freiheitlichen beim nächsten Wahlkampf sehr, sehr schwer tun wird, ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen. (*Zwischenruf bei der ÖVP: Sie haben schon Sorgen!*) Sicherlich sind das unsere Sorgen. Alles, was mit der Demokratie zusammenhängt, ist unsere Sorge.

Ich darf auch dem Herrn Abgeordneten Steiner eines sagen: Er hat letztes Mal geglaubt, er müsse uns Freiheitlichen eine Lehre erteilen. Er hat gesagt: Ihr habt ja eigentlich keinen Bauern in euren Reihen, ihr seid daher mehr oder weniger nicht glaubwürdig! Davon hängt es aber nicht ab. Der Herr Präsident Griesner hat sich früher als EWG-Ritter aufgespielt. Meine Herren! Wenn es drum und drauf ankommt, dann müssen Sie hier im Hause dafür eintreten und dafür stimmen. Das tun Sie nicht! Aber wir Freiheitlichen machen Sie darauf aufmerksam, was wirklich Ihre Pflicht als Bauernvertreter wäre. Sie tun es nur nicht. (*Beifall bei der FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Steiner.*)

Im stenographischen Protokoll — ich habe es sehr, sehr genau durchgelesen — steht genau das drin, was ich eben gesagt habe. Sie haben geglaubt, mit der einfachen Formulierung: da sitzt kein praktizierender Bauer drin, daher sind sie unglaublich, ist es getan. (*Abg. Steiner: Ich habe nicht gesagt unglaublich, sondern nicht im nötigen Maß ernst zu nehmen!*) Es kommen noch etliche Kollegen von meiner Fraktion nach, die werden Ihnen dann die entsprechende Antwort geben, Herr Abgeordneter Steiner. — Es stand genau so drin.

Meine Damen und Herren! Ich darf mich für meine Fraktion, für uns Freiheitliche, gegen etwas verwahren; ich habe es bereits das letzte Mal angedeutet. Die Art und Weise, wie man in der Berichterstattung über den Grünen Plan von seiten des Ressorts vorgeht — ich habe das auch im Ausschuß gesagt —, halten wir nicht für richtig, weil es grundsätzlich nicht richtig ist. Ich habe

bereits erwähnt: Wir haben ja einen Kronzeugen dafür, wie es in der Landwirtschaft wirklich aussieht, das ist der landwirtschaftliche Paritätsspiegel. Ich möchte daraus nur wesentliche Dinge herausnehmen, vielleicht ein paar Formulierungen. Sehen wir zuerst die Preisschere; das ist deutlich genug. Die Preisschere hat sich im heurigen Jahr weit geöffnet. Das Schema ist, glaube ich, wohl deutlich genug. So sieht es im Jahre 1967 aus; es wird 1968 nicht besser werden. (*Redner weist eine graphische Darstellung vor.*) Sie können hier lesen, daß an den Preisrückgängen auf der Einnahmenseite pflanzliche und tierische Erzeugnisse gleichermaßen beteiligt sind. Besonders beim Weinpreis findet sich eine weiter stärker sinkende Tendenz. Im Aprilquartal 1968 haben sich die Preisverhältnisse bei Zucht- sowie Schlachtrindern maßgeblich verschlechtert. Die bei Holz seit langem zu beobachtende Preisstagnation hielt weiter an. Sie hat sich Gott sei Dank in der letzten Zeit etwas gebessert. Das vermerken wir mit Genugtuung.

Ausgabenseite: Beträchtliche Preiserhöhungen; und so geht es laufend weiter, meine Damen und Herren. Sozialversicherung, 26 Prozent Verteuerung bei Düngemitteln. Nur eine Gruppe von Preisen hat sich beim Einkauf gebessert, und zwar die der eigenen Produkte. Das ist das interessanteste. Nur der Viehzukauf selbst ist billiger geworden, also das, was die Landwirtschaft selber produziert. Das ist, glaube ich, kennzeichnend.

Weiter sieht man dann: Die Preisrelationen für die österreichische Landwirtschaft haben sich fühlbar verschlechtert. Innerhalb der Betriebseinnahmen standen den Preisverbesserungen um 2,0 Punkte auf dem pflanzlichen Sektor Preisrückgänge um 5,4 Punkte bei den tierischen Produkten und um 2,7 Punkte bei Holz gegenüber. So geht es laufend weiter.

Sie haben ja selbst die Tabellen in der Hand, meine Damen und Herren, die eindeutig ausweisen, wie die Dinge hier wirklich liegen. Wenn Sie auf Seite 8 die Preise betrachten, die die Landwirtschaft zu bezahlen hat — wenn ich nur die Löhne in der Landwirtschaft und die Preise für Betriebsmittel nehme —, so haben Sie überhaupt keine einzige Position von 68 Positionen mit Ausnahme der Grobbleche und des Bindegarns, die etwas billiger geworden sind, und — das möchte ich noch einmal vermerken — der Viehzukauf. Von 68 Positionen im Vergleich der Relationen: Quartal-, auch Jahresvergleich, überall ist alles wesentlich teurer geworden. Dasselbe gilt für die landwirtschaftlichen Löhne und für die Betriebsmittelpreise, wie ich bereits erwähnt habe. Ferner die Preise für land-

9998

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Meißl

wirtschaftliche Investitionsgüter: Von 44 Positionen sind nur 2 Positionen: Traktoranbau bei Mähwerk und Spritzen etwas billiger geworden, alle anderen Positionen aber teurer.

Dasselbe haben Sie bei den zugekauften Ernährungsgütern. Hier ist saisonbedingt nur eine Verbilligung bei Äpfeln und Orangen eingetreten, ebenso bei Tiefkühlgemüse. Ansonsten sind 22 Positionen ebenfalls wesentlich teurer geworden.

Das beweist doch, daß sich die Preisschere weiter geöffnet hat. Ich habe inzwischen das Oktoberheft bekommen und möchte mit Genugtuung vermerken, daß bei den Einnahmen eine leichte Besserung eingetreten ist. Trotzdem bleibt die Preisschere weiter offen.

Wir Freiheitlichen sagen, daß diese Art der Berichterstattung, die die Erfolge so herausstellt und die genauso im Bericht des Landwirtschaftsministeriums zu finden ist, nicht richtig ist. Ich habe bereits im Ausschuß die Formulierungen angeführt, die immer lauten: ansteigen, besser, erhöht und so weiter. Sie vermitteln kein objektives und echtes Bild. Wir Freiheitlichen haben deshalb schon gesagt, daß wir auch dem Grünen Plan die Zustimmung nicht geben werden. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Herr Kollege Meißl, das Positive müssen Sie auch herauslesen!*) Ich habe das Positive immer erwähnt. Ich habe vor zwei Tagen den Paritätsspiegel für Oktober bekommen. Ich glaube, Sie werden mir bestätigen, daß ich so objektiv war, zu sagen, daß auf der Einnahmenseite eine Besserung eingetreten ist. Herr Kollege Ing. Tschida, Sie sagen: Das Positive nehmen wir nicht heraus. Es ist halt ein Fehler von uns Freiheitlichen, daß wir oft zu seriös sind. Vielleicht sollten wir mehr polemisch sein. (*Abg. Hartl: Wenn das bei euch auch noch fehlt! — Abg. Minkowitsch: Siehe Zeillinger!*)

Meine Damen und Herren! Ich darf noch sagen, warum wir den Grünen Bericht abgelehnt haben. Es ist nicht nur die Form der Darstellung, der Berichterstattung, sondern es ist zweifellos ... (*Abg. Hartl: Die grüne Farbe stiert's euch!*) Die grüne Farbe hat mich noch nie gestört. Nur manchmal ist es etwas peinlich, wenn man in Grün Unwahrheiten liest, besonders auf steirisch aufgemacht. Die Steirer haben ja immer eine besondere Note. (*Abg. Hartl: Wieso?*) Wenn Sie das beispielsweise hier drin lesen, dann wird es etwas unangenehm. Ja wohl, Herr General (*Abg. Hartl: Oberst!*), hätte ich bald gesagt; Herr Oberst, ich bitte um Entschuldigung. (*Abg. Peter: Wenn schon, dann bitte Generaloberst! — Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Es ist nicht uninteressant, beispielsweise in dieser Propa-

gandaschrift zu lesen. Es ist praktisch die erste große Wahlpropagandaschrift der ÖVP, nur ein bisschen föderalistisch nach den einzelnen Ländern abgewandelt. Das steirische ÖVP-Gesicht ist allerdings auch in Vorarlberg zu Hause. (*Abg. Hartl: Es ist überall gleich! Das Gesicht ist aus Linz!*) Ich weiß nicht, wo es wirklich zu Hause ist. Aber die Steirer haben gesagt, es ist ihr Gesicht: „Steirische ÖVP: ein eigenes Gesicht“.

Aber ich wollte ja etwas anderes sagen, meine Damen und Herren. Wir haben uns schon zwangsläufig mit der Neuauflage des Proporz in Folge der Vereinbarung ÖVP—SPÖ in der Frage ÖIG und Marktordnungsgesetze, des sogenannten Pakets, wie es auch genannt wird, beschäftigen müssen. In dieser Schrift lesen Sie — sie ist noch gar nicht alt, sie ist erst 14 Tage alt —: „Verstaatlichte neugeordnet“. Man liest hier unter der Überschrift „Verstaatlichte neugeordnet“: „Am 16. Dezember 1966 beschloß der Nationalrat das ÖIG-Gesetz und mit 31. März 1967 nahm die Österreichische Industrie-Verwaltungsgesellschaft (ÖIG) ihre Tätigkeit offiziell auf. Ihre Aufgabe ist die treuhändige Ausübung der Anteilsrechte des Bundes an den verstaatlichten Industriegesellschaften“.

So gut — so richtig. Dann wird es aber interessant: „Durch das ÖIG-Gesetz wurden die Voraussetzungen für eine grundlegende Neuordnung der verstaatlichten Industrie Österreichs geschaffen.“ Und dann geht es weiter: „Damit begann eine neue Ära in der Geschichte der österreichischen verstaatlichten Industrie, die in der Vergangenheit — sehr zu ihrem Nachteil — immer wieder zum Spielball politischer Interessen geworden ist.“

Ich glaube, dazu braucht man keinen Kommentar zu geben, hier wurde etwas versprochen, es wurde etwas ausgesagt, was die Regierungspartei, die ÖVP, nicht eingehalten hat. Das werden wir der Regierungspartei immer wieder sagen.

Nun ein paar Bemerkungen zum Grünen Plan. Ich habe es im Ausschuß schon gesagt, und Sie werden sich erinnern können: Wir haben hier in diesem Hause dem Grünen Bericht schon einmal die Zustimmung gegeben, weil wir der Meinung waren, daß er in der Erhebung, in der Berichterstattung sachlich ist und die Probleme der Landwirtschaft richtig darstellt. Aber, meine Damen und Herren, es ist ja gar nicht möglich, darüber zu diskutieren; denn wie war es denn überhaupt mit der Diskussion im Landwirtschaftsausschuß über den Bericht der Bundesregierung? Im letzten Moment ist man daraufgekommen, daß dieser Bericht formell durch den Landwirtschaftsausschuß laufen muß, und hat

Meißl

geschwind vor dem Kapitel Landwirtschaft in der Budgetdebatte telegraphisch noch eine Stunde vorher die Sitzung einberufen, um den Bericht zu verabschieden. Jetzt sagen Sie mir, ob es da noch möglich ist, überhaupt Vorschläge der Opposition zu berücksichtigen oder in eine echte Diskussion einzutreten. Sie hatten ja gar nicht die Absicht, darüber zu diskutieren, und das ist mit ein Grund, warum wir diesen Grünen Bericht nicht zur Kenntnis nehmen.

Ich muß feststellen: Das Landwirtschaftsministerium ist durchaus korrekt vorgegangen, es hat diesen Bericht bereits am 10. September der Bundesregierung vorgelegt. Am 15. ist er vom Gesetz her fällig. Die Bundesregierung hat ihn bereits am 26. September verabschiedet. Wir hätten über einen Monat Zeit gehabt, die Probleme der Landwirtschaft auf Grund dieses Berichtes zu diskutieren. — Das zeigt doch deutlich genug, daß Sie gar nicht die Absicht hatten, in eine echte Diskussion mit der Opposition einzutreten, um hier noch allenfalls Vorschläge unterzubringen. Das ist mit ein Grund, daß wir diesem Bericht die Zustimmung nicht geben können.

Meine Damen und Herren! Es sind aber auch noch verschiedene andere Probleme, die uns Freiheitliche veranlassen, hier unsere Zustimmung nicht zu geben. Ich habe bereits grundsätzlich von dem Paritätsspiegel gesprochen, aber es sind ja auch andere Fragen, die heute noch nicht gelöst sind, es sind dies die Fragen der Vermarktung, der Absatzwerbung und der Bevorratung, wo auch das Problem der Landesverteidigung mit hineinspielt. Hier werden bezüglich der Landwirtschaft immer nur grundsätzlich Erklärungen abgegeben, aber ist schon einmal konkret festgestellt worden: Was ist in Österreich notwendig, um eine echte Bevorratung von der landwirtschaftlichen Seite her für einen Krisenfall sicherzustellen? Es ist ja erfreulich, wenn wir auf Grund der schlechten Futterernte heuer feststellen können, daß der Butterberg anscheinend kleiner geworden ist. Vielleicht ist er sogar schon so klein, daß er für den Krisenfall gar keine echte Bevorratung mehr ist? Das müßte alles einmal genau festgestellt und gesagt werden. Aber daran fehlt es immer noch.

Auch ein Grund für uns, daß wir hier nicht zustimmen, ist die Schlechterstellung der Landwirtschaft, was wir immer wieder anprangern müssen. Man muß einmal überlegen, unter welchen Umständen die Landwirtschaft zu arbeiten gezwungen ist. Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß der Familienbetrieb, auf den von der ÖVP und vom Bauernbund immer wieder hingewiesen wird, nur ein notwendiges

Übel sein darf, weil eben keine andere Betriebsform möglich ist. Aber dann muß man für einen solchen Berufsstand, bei dem die ganze Familie arbeiten muß, bei dem die Kinder mit eingesetzt werden müssen, wo sich die Frauen auf die Traktoren setzen müssen, auch Möglichkeiten schaffen, daß dieser Berufsstand sagen kann: Wir sind zumindest einkommensmäßig, bildungsmäßig und sozial mit den anderen Berufsständen gleichgestellt. Aber solange das nicht der Fall ist, werden Sie von uns Freiheitlichen keine Zustimmung erhalten. *(Zwischenruf des Abg. Steiner.)* Wir fühlen uns, ob es dem Herrn Abgeordneten Steiner recht ist oder nicht, nun einmal als echte Anwälte der Landwirtschaft und der Bauern. *(Abg. Steiner: Das ist erfreulich!)* Mit den von ihm vielgepriesenen 86 Prozent der Wähler ist keinem gedient, es kommt darauf an, in welcher Form man die Probleme der Landwirtschaft hier in diesem Hause vertritt; das habe ich bereits gesagt. *(Abg. Steiner: Darum haben wir mit Ihnen auch nichts beschließen können! — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Der Kollege Scheuch hat immer zugestimmt!)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun als Abgeordneter der Oststeiermark zu einem Wahlkreis, der zu den größten bäuerlichen Wahlkreisen, der auch zu den bravsten und treuesten ÖVP-Wahlkreisen zählt, auch noch einiges sagen. Es gibt auch unbestechliche Statistiken, die nur offiziellen Schriften entnommen sind. Man sieht da beispielsweise, daß das südöstliche Flach- und Hügelland und auch das Wald- und Mühlviertel im großen gesehen um ein Drittel weniger Einkommen als die übrigen landwirtschaftlichen Gebiete hat. Wir verstehen nicht, warum für diesen braven ÖVP-Wahlkreis mit vier ÖVP-Abgeordneten von möglichen fünf von den Funktionären und Abgeordneten nicht mehr getan wird, warum auch bildungsmäßig für diesen Wahlkreis nicht mehr getan wird.

Der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Tschida hat letztes Mal auch für das Burgenland eine landwirtschaftliche Mittelschule urgiert, ich habe das hier wiederholt für die Oststeiermark getan. Aber es nützt anscheinend nichts, wenn soundso viele Abgeordnete hier sitzen, denn im Grunde genommen sind sie brave Ja-Sager ihrer Partei und sind keine echten Vertreter ihres Gebietes und keine echten Vertreter der Landwirtschaft. Das möchte ich an dieser Stelle auch noch dazu gesagt haben.

Meine Damen und Herren! Als letzte Aufgabe habe ich, Ihnen noch mitzuteilen, daß wir Freiheitlichen es einfach nicht hinnehmen können, daß man die Interessen der Landwirtschaft — ich habe es bereits gesagt — so

10000

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Meißl

schlecht vertritt, indem man keine verbesserten Marktordnungsgesetze in dieses Haus eingebracht hat. Im Ausschuß wurde gesagt, wir werden sie in dieser Woche einstimmig beschließen, weil die Entscheidungen auf anderen Ebenen gefallen sind und hier nur eine Verlängerung um eineinhalb Jahre der alten, wie Sie selbst sagen, heute nicht mehr zeitgemäßen Gesetze eingetreten ist.

Das hat uns veranlaßt, daß die Abgeordneten Meißl, Melter, Peter, Dr. Scrinzi, Dr. van Tongel und Zeillinger heute eine Anfrage an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen eingebracht haben, betreffend das zwischen ÖVP und SPÖ ausgehandelte Abkommen über die Aufrechterhaltung beziehungsweise Ausweitung des parteipolitischen Prozesses in der verstaatlichten Industrie.

Mein Parteifreund Peter wird diese Anfrage vielleicht noch weiter behandeln. Ich möchte nur sagen: Wir möchten von dem zuständigen Minister hier eine Antwort erhalten. Er wird sich sehr schwer tun, das wissen wir; jedenfalls sind wir nicht bereit, diese Dinge ohne weiteres hinzunehmen.

Meine Damen und Herren! Ich darf für meine Fraktion noch einmal erklären, wir haben das ausführlich begründet, daß wir zurzeit, ich habe das am Mittwoch schon gesagt, nicht in der Lage sind, diesem Kapitel die Zustimmung zu geben, ebenso nicht dem Grünen Plan und auch nicht dem Bericht der Bundesregierung, weil wir der Meinung sind, daß ein Berufsstand in unserem Lande noch echt diskriminiert ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ing. Karl Hofstetter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. Karl Hofstetter (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wer die bisherige Budgetdebatte allgemein verfolgt hat, kann sagen, daß von den Oppositionsrednern überhaupt keine sachlichen Ausführungen gemacht wurden, sondern daß sich stereotyp bei jeder Beratungsgruppe immer wieder das gleiche vollzieht: Alles wird als schlecht bezeichnet, es wird eine hemmungslose Kritik an der Regierung geübt, mit dem Ziel der Zerstörung des Ansehens der ÖVP-Regierung. Die Regierungsmitglieder werden als „Lügner“ beschimpft, es ist vom „Debakel“ der Regierung die Rede und so weiter. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Der Grund ist bekannt, es ist unbestritten der beginnende Wahlkampf.

Die Sozialisten haben es dabei sehr eilig: Sie wollen anscheinend ein Wettrennen mit der Zeit gewinnen, und ihr sehnlichster Wunsch

wären Wahlen so früh wie möglich. Warum die große Eile? Sie ist natürlich von seiten der Sozialisten nicht unbegründet. Die jüngste Währungskrise in der Welt, die dramatische Zuspitzung der Vorgänge in der deutschen Bundesrepublik und in Frankreich haben wieder gezeigt, daß die wirtschaftliche und währungspolitische Lage Österreichs besser ist, als dies die Opposition wahrhaben will. Unser Schilling genießt hohes Ansehen, er genießt wieder Vertrauen! Nehmen Sie das zur Kenntnis! *(Beifall bei der ÖVP.)* Auch der Zustand der österreichischen Wirtschaft ist positiv. Der jüngste Monatsbericht des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung spricht von einer allmählichen Überwindung der Periode der Investitionsschwäche.

Nun steht die Gruppe Land- und Forstwirtschaft zur Beratung. Die am 4. Dezember begonnene Beratung wurde, wie nicht anders zu erwarten war, von der Opposition und insbesondere den sozialistischen Sprechern wieder zum Anlaß genommen, um über die Agrarpolitik der Regierung loszuziehen und zu wettern.

Der Sprecher der Freiheitlichen Partei, Abgeordneter Meißl deponiert, daß seine Partei, seine Fraktion diesem Kapitel des Bundesvoranschlages 1969 nicht die Zustimmung geben kann, weil sie dieser Regierung nicht das Vertrauen aussprechen kann, und er zählt noch verschiedene andere Gründe für die Ablehnung auf. Dagegen billigt die Freiheitliche Partei dem Landwirtschaftsminister durchaus zu, daß er gute Absichten habe, meint jedoch, daß er sich in der Partei nicht durchsetzen könne. *(Abg. Meißl: Stimmt!)*

Den Reigen der sozialistischen Redner eröffneten die beiden Abgeordneten Pfeifer und Fux, die von ihrem Parteigenossen Dr. Staribacher unlängst im Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stolz als „meine beiden praktizierenden Bauern“ bezeichnet wurden. Das Prädikat „praktizierend“ wirkt gut in der Öffentlichkeit, zumal es ja nur zwei praktizierende Bauern in dieser Partei gibt. Dieser Stolz Dr. Staribachers wirkt noch größer, weil er gleich dazugesagt hat, daß sich die bäuerlichen Vertreter der SPÖ seit Mai 1967 um 100 Prozent vermehrt haben. Das stimmt allerdings, denn damals war nur ein praktizierender in der Partei *(Abg. Lukas: Das stimmt nicht!)*, und seit Mai 1967 sind es im Parlament zwei. *(Abg. Lukas: Im Parlament! Drücken Sie sich richtig aus!)* In der Partei sind es nur um einige mehr. Hier gab es also nur einen praktizierenden, und nun ist ein zweiter dazugekommen. Jedenfalls stimmt die Prozentrechnung mit 100 Prozent. *(Abg.*

Ing. Karl Hofstetter

Pay: Im Parlament, aber nicht als Bürgermeister, die Bauern sind!)

Den Ausführungen war zu entnehmen, daß Sie bei Behandlung der Agrarpolitik in dieselbe Kerbe schlagen beziehungsweise schlagen müssen wie Ihre Artgenossen zu allen anderen Beratungsgruppen. Es geht hier wieder dasselbe Spiel vor sich, nur mit einer wesentlichen Einschränkung — das ist nicht uninteressant, und das soll dem Hohen Hause und der Öffentlichkeit nicht vorenthalten bleiben —: Nicht alles ist schlecht in der Landwirtschaft; das ist schon ein Fortschritt. Der Verantwortliche für die österreichische Agrarpolitik, unser Bundesminister Doktor Schleinzner, sei eine Ausnahme. Dr. Schleinzner, meinen Sie, wäre schon der richtige Mann am richtigen Platz, er bemühe sich redlich um eine gute Agrarpolitik. Das hat der Herr Abgeordnete Dr. Weihs und auch der Herr Abgeordnete Pansi wörtlich gesagt. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Jawohl, stimmt auch!*) Jedoch die bösen Funktionäre des Bauernbundes sind diejenigen, wie der kleine Maxi sagt, „die was ...“. Also die Bauernbundfunktionäre machen alles schlecht.

Aber eine kleine Uneinigkeit, Herr Dr. Weihs, besteht dennoch in den Reihen der Linken hinsichtlich dieses Lobes. (*Abg. Dr. Witzhalm: Eine kleine?*) Eine kleine, vielleicht auch eine große, Herr Vizekanzler. (*Abg. Lukas: Schau, wie schnell er sich ändert!*) Während die beiden Abgeordneten Dr. Weihs und Pansi voll des Lobes über unseren Minister sind, meinte der Herr Abgeordnete Pfeifer in seiner Rede am 4. Dezember hier im Plenum zum Kapitel Land- und Forstwirtschaft wörtlich: „Die ÖVP-Bauernbundler werden im Zuge der Agrardebatte alle aufmarschieren, um den Minister zum glorreichen Ritter zu machen.“ (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs: Na und? Da ist doch kein Widerspruch drinnen!*) Vorher loben Sie ihn, und jetzt sagen Sie, wir haben es notwendig, ihn zum Ritter zu machen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Wir haben gesagt, er ist gut, und nun wird er zum Ritter gesprochen, das ist doch kein Widerspruch, das ist nur eine Potenz!*) Also, er steht ja sowieso bei Ihnen schon haushoch oben!

Aber besonders möchte ich heute auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Fux replizieren. Der Herr Abgeordnete Fux kratzt mit spitzen Nägeln am Gefüge der Genossenschaften. (*Abg. Hartl: Fux, du hast die Gans gestohlen!*) Dazu möchte ich erklärend sagen: Er meint damit nicht die Konsumgenossenschaften, sondern die landwirtschaftlichen Genossenschaften. (*Zustimmung und Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Zingler: Für die Klarstellung wird er dankbar sein!*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte dazu sagen: Das ist nicht neu. Es scheint sich vieles in der Geschichte zu wiederholen. Der seinerzeitige Nationalrat Mentasti, der in meiner Nähe gewohnt und der Sozialdemokratischen Partei angehört hat, hat einmal gesagt: „Wir werden die Tore der Genossenschaften einschlagen!“ Als Antwort darf ich darauf sagen: Leider ist der Hammer viel zu klein gewesen, oder die Faust war zu schwach, je nachdem, mit welchen Mitteln er diese mächtigen Tore einschlagen beziehungsweise zertrümmern wollte. (*Abg. Weikhart: Lassen Sie einen Toten ruhig ruhen! — Abg. Dr. Witzhalm: Der Ausspruch war ja gut!*) Ich habe den Toten nicht angegriffen, sondern nur einen Ausspruch von ihm. Da können Sie beruhigt sein. (*Abg. Weikhart: Es ist immer dasselbe: Die Toten sind gut, und die Lebenden sind böse!*) Aber seither sind die Genossenschaften mächtiger denn je geworden und dienen dem Bauernstand und dem Berufsstand.

Nunmehr wurde wieder der ansonsten so friedfertige Waldviertler Abgeordnete Fux an die Front geschickt, und der Herr Abgeordnete Czettel lieferte — das ist natürlich „reiner Zufall“ — am gleichen Tag die Munition dazu. Wenn Sie die „Arbeiter-Zeitung“ vom 4. Dezember lesen, so finden Sie darin — selbstverständlich „zufällig“ — einen Angriff gegen die Genossenschaften, und weil es schon gegen die Bauern geht, nimmt man gleich die Landwirtschaftskammern dazu.

Was verlangt nun der Abgeordnete Fux von den Genossenschaften? Eine Reform des Genossenschaftswesens! Er hat das ja heute wieder hier gesagt, indem er erklärt hat: „Die Wege der Genossenschaft können nicht mehr gebilligt werden.“ Das ist sehr interessant.

Wie soll nun die Reform ausschauen? Sie dürfen dreimal raten. Die SPÖ verlangt überall dort eine Reform, wo sie in der Minderheit ist, wo sie also nicht viel zu reden hat, sie verlangt eine Reform in der Hinsicht, daß die Minderheit ein Mitspracherecht hat. (*Abg. Lukas: Das gebührt ihr auch in der Demokratie!*) — Hören Sie mir zu, ich höre Ihnen auch zu.

Der Abgeordnete Fux spielt sich hier als praktizierender Bauer — richtig, das ist er — und als Genossenschaftsfunktionär auf und sagt, er sei dazu berufen. Das gleiche kann ich für mich in Anspruch nehmen: ich bin ein praktizierender Bauer, ich bin Funktionär bei Genossenschaften sowohl auf Bezirks- als auch auf Landesebene. Bei dieser Reform — meinte Abgeordneter Fux — bestimmt die Mehrzahl der Funktionäre, weil sie der ÖVP zugehörig sind. Dr. Staribacher hat am

10002

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Ing. Karl Hofstetter

Freitag im Ausschuß gesagt, das Wort „Proporz“ möchte er nicht mehr hören; „Mitbestimmung“, das ist das richtige Wort. *(Zwischenrufe.)*

Meine Damen und Herren! Da müssen wir etwas der Idee Raiffeisens auf den Grund gehen. — Der Herr Abgeordnete Czettel lacht. Ich habe heute nicht so viel Zeit *(Abg. Weikhart: Wenn wir das Wort „Proporz“ hören, dann lächeln wir schon!)*, aber ich werde mich ein zweites Mal zum Wort melden, da werden wir dann ein bißchen über den Niederösterreich-Plan sprechen und vielleicht auch ein bißchen über die „Arbeiter-Zeitung“. *(Abg. Haas: Haben Sie den Niederösterreich-Plan gut studiert?)* Sehr gut. Ich habe ihn durchgelesen. Alles, was ich bekomme, lese ich. Ich bin dem Kollegen Czettel sehr dankbar dafür, daß ich ihn gratis bekommen habe. Ihr Kollege Kreisky war nicht so vornehm. *(Zwischenruf des Abg. Fachleutner.)* Das Wirtschaftsprogramm habe ich mir um 20 S kaufen müssen, ohne Rabatt.

Meine Damen und Herren! Nun aber wieder zurück zu den Genossenschaften. *(Zwischenrufe.)* Raiffeisen hat seine Idee auf drei Grundpfeiler gestellt: die Nächstenliebe (also nicht Egoismus, sondern ein sozial-ethischer Gedanke), die Solidarität (also die Einigkeit) und die Freiheit. Bei den Genossenschaften gibt es keinen Zwang — Sie werden mir das bestätigen. Die Mitgliedschaft ist vollkommen freiwillig, zum Unterschied von der Kolchose, wo es eine Zwangsmitgliedschaft ist. Bei der Genossenschaft erfolgt der Aufbau von unten herauf. Jedes Mitglied, das freiwillig der Genossenschaft beitrifft, hat die Möglichkeit und das Recht, in der Genossenschaft mitzubestimmen *(Zwischenrufe bei der SPÖ — Abg. Meißl: Das glauben Sie doch selber nicht!)*, auch mitzubestimmen bei der Bestellung der Funktionäre. *(Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich wünsche mir etwas weniger praktizierende Zwischenrufer.

Abgeordneter Ing. Karl Hofstetter *(fortsetzend)*: Wenn natürlich keine Arbeitsbauernbündler oder nur wenig sind, so können sie natürlich auch nicht mitbestimmen bei der Wahl der Funktionäre. Ich glaube, das ist eine ganz logische Angelegenheit. Dann wird besonders das Recht der Kleinen in der Genossenschaft gewahrt, das Sie ja angeblich immer so verdreht darstellen. *(Abg. Czettel: 5 Prozent sind es!)* Herr Kollege Czettel! Wir werden gleich darüber reden. Es hat jedes Mitglied nur eine Stimme ohne Rücksicht auf die Wirtschaftsgröße und somit ohne Rücksicht auf die Geschäftsweiteile.

(Zwischenruf des Abg. Fux.) Herr Kollege Fux, es ist also der Kleine nicht benachteiligt. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Fux.)* Hat sich alles aufgehört! Ich bin selbst Obmann einer Molkerei. Erzählen Sie mir nichts! Das ist ein Märchen, was Sie sagen. *(Anhaltende Zwischenrufe.)* Sie reden von der Reform der Genossenschaft. *(Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich darf Ihnen hier schon sagen: Es wird sich nichts ändern, die Idee Raiffeisens wird nach wie vor bleiben! *(Abg. Czettel: Wir haben nichts gegen die Genossenschaften! — Zwischenruf des Abg. Lukas.)*

An dem Tag, an dem der Kollege Fux hier gegen die Genossenschaften ein bißerl gewettert hat, erschien ein Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“, selbstverständlich mit einem Bild vom Kollegen Czettel, wie er auf einem Traktor sitzt *(Abg. Czettel: Ein schönes Bild!)*, in der Niederösterreich-Ausgabe. *(Der Redner zeigt sie vor.)* Das ist wunderbar, nicht wahr? *(Abg. Hartl: Dragonerregiment Nr. 7!)* Das Bild ist sicherlich für das Familienalbum der SPÖ bestimmt. *(Abg. Hartl: Der und ein Traktor!)* Sicherlich. In diesem Artikel werden dem Bauern verschiedene Dinge angedichtet. Es wird da über die Genossenschaften selbst gesprochen, von den „Wucherzinsen“ und so weiter. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ich habe hier eine genaue Aufgliederung und werde Ihnen genau sagen, wie diese 11 Prozent zustandekommen. Der Herr Abgeordnete Kollege Czettel setzt sich weiter mit dem Bauernverbandsfunktionär Gasselich auseinander. *(Abg. Czettel: Auch mit Bauernbundfunktionären!)* Na, den möchte ich kennen. In dem Artikel wird nun von allem Möglichen gesprochen: von marktgerechten Preisen, und so weiter.

Ich glaube, ich brauche nicht noch einmal die Rede des Abgeordneten Kreisky von Wiener Neustadt zitieren. Diese war ja für uns Bauern eine wahre Fundgrube. Da spricht Kreisky — ich werde es Ihnen vielleicht vorlesen, wenn es mancher nicht mehr weiß — von den marktgerechten Preisen: „Wir sind der Meinung, die österreichische Landwirtschaft soll modernisiert werden, soll billiger erzeugen.“ Sind das dann marktgerechte Preise? *(Abg. Ing. Kunst: Sollen sie vielleicht teurer werden?)* „Wir haben das Interesse, daß die Konsumenten bessere und billigere Produkte bekommen. Jawohl, das ist ein hartes Wort! Aber wir sollen auf der anderen Seite den Bauern noch etwas klar und deutlich sagen: Laßt uns einen einfachen Kuhhandel machen!“ und so weiter. Also er will billige Preise.

Der Niederösterreich-Plan spricht sogar von einer Planung. Ich kann mir das nicht vor-

Ing. Karl Hofstetter

stellen. Der Kollege Czettel verspricht im Niederösterreich-Plan, bei dem er irgendwie Akteur war, von einem gesicherten Einkommen, aber andererseits soll in der Bauernschaft eine Planung sein — also nicht viel anbauen. Außerdem billige Preise! Wie kommt denn der Bauer zu dem höheren Einkommen? (*Abg. Czettel: Existenzfähige Familienbetriebe!*) Aber Herr Kollege Czettel! Jetzt ist noch nicht die Zeit dazu da. Ich werde mich wahrscheinlich noch ein zweites Mal zum Wort melden, und dann werden wir ausführlich über die Kapitalinvestitionen der Landwirtschaft sprechen.

Aber in dieser Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ steht hier noch etwas drinnen, was uns Bauern wirklich freut. (*Zwischenruf des Abg. Haas.*) Es beschwerten sich die Marchfeld-Bauern, und da heißt es: „Überdies importieren wir 90 Prozent des zur Margarineerzeugung notwendigen Pflanzenfettes. All das könnte im Inland erzeugt werden.“ Das freut uns wirklich. Wir sind für eine Fettabgabe, damit wir unser inländisches Fett anbringen. Stimmen Sie zu, es ist ja hier alles herinnen, Herr Kollege Czettel. (*Abg. Dr. Staribacher: Da müssen Sie doch die Unilever gewinnen, daß sie den Raps übernimmt!*) Wir würden den Raps schon selber verarbeiten können. Da brauchen Sie keine Sorge zu haben. (*Zwischenruf des Abg. Meißl.*)

Weiter heißt es in dem Artikel noch — es ist eine Sorge der Bauern —: „Die Preisschere öffnet sich weiter.“ Ja, meine Herren, wer ist daran schuld? Die Bauern? Ich war selber bei den Lohnverhandlungen der Molkereiarbeiter dabei (*Ruf bei der SPÖ: Sind die Konsumenten schuld?*), Herr Dr. Staribacher, da hat ihr Sekretär gesagt: Schauen Sie, wir brauchen höhere Löhne (*weitere Zwischenrufe bei der SPÖ*) — das hat er zu mir gesagt —, wo Sie das hernehmen, das ist Ihre Sache! Ja, so einfach geht das nicht. (*Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.* — *Abg. Hartl: Sie sind auch für die Einführung des Paradieses!*)

Nun, meine Damen und Herren, darf ich noch etwas weiter sagen: Es werden hier die Genossenschaften ziemlich scharf angegriffen und auch die Landwirtschaftskammern. (*Abg. Czettel: Wir sind für die Genossenschaften!*) Das weiß ich, aber Sie greifen hier die Genossenschaften an. Ich kann mir vorstellen, welchen Sinn und Zweck das haben sollte. Herr Kollege Czettel, seien Sie mir nicht böse: Es stehen Wahlen vor der Tür. Die Bauern will man ein bißerl böse machen, man will etwas Uneinigkeit ... (*Abg. Czettel: Sie zahlen 11 Prozent Zinsen!* — *Weitere Zwischen-*

rufe bei der SPÖ.) Ich darf Ihnen über diese 11 Prozent Zinsen etwas erzählen. Ich werde Ihnen das genau aufgliedern. Es gibt unter Ihnen auch Bankfachleute. Hören Sie mir zu!

Die Genossenschaft — schreiben Sie hier — berechnet 11 Prozent Zinsen, also nach Ihren Worten „Wucherzinsen“. Weiters schreiben Sie von den überhöhten Spannen des Landmaschinenhandels — der geht gleich mit, weil er anscheinend auch als Wucherer dazugehört. (*Abg. Hartl: Ist das die GÖC?*) Ich darf Ihnen nun erzählen und genau aufgliedern, wie es zu den 11 Prozent Zinsen kommt. Ich werde dann die üblichen Bankzinsen gegenüberstellen, wobei ich die BAWAG nicht ausnehme. (*Zwischenruf des Abg. Ing. Kunst.*)

Der Zinsfuß der Banken beträgt 7,75 Prozent. Hiezu kommt die Berechnung der Zinsen vom fallenden Kapital halbjährlich im nachhinein; die Banken kapitalisieren das, die Genossenschaften rechnen das in den Zinsfuß ein. Das sind 0,15 Prozent. Die Kreditprovision der Banken beträgt 0,03 Prozent. Die Umsatzsteuer für die vereinnahmten Zinsen beträgt 2 Prozent. Sie wissen ja, die Lagerhäuser sind keine Bankinstitute; sie sind nicht berechtigt, Geld auszuborgen; sie müssen daher von den vereinnahmten Zinsen Warenumsatzsteuer zahlen. (*Abg. Czettel: Da kann der Bauer gleich zur Bank gehen!*) Nun werde ich Ihnen sagen, wie teuer es kommt, wenn der Bauer zur Bank geht. Hören Sie weiter zu: Die Kosten der Lagerbuchhaltung — wir brauchen ja für diese vielen Kreditnehmer eigenes Personal und so weiter — betragen ungefähr auch 1 Prozent. Dann gewähren die Lagerhäuser ein Monat Respiro, das heißt 30 Tage Ziel. Das macht ungefähr $\frac{1}{2}$ Prozent aus, sodaß wir derzeit Kosten von rund 9,60 Prozent haben. Hiezu kommt noch eine Überziehungsprovision, da der Kreditrahmen durch die Mitglieder, durch die Kreditnehmer bis zu 50 Prozent überzogen wird. Das macht ungefähr 1 bis $1\frac{1}{2}$ Prozent aus. Es entsteht also als Selbstkosten ein Zinssatz von 10,60 Prozent bis 11,60 Prozent.

Dazu hat der Bauer, der beim Lagerhaus seine Waren auf Kredit nimmt, die Möglichkeit und das Bene, daß er keine Grundbucheintragsgebühr zu zahlen braucht, er braucht keine Stempelgebühren zu bezahlen, er braucht keine Gebühren für Wechsel und so weiter bezahlen. Das braucht er alles nicht. Wenn der Bauer bei einer Bank diesen Kredit nimmt, so muß er das alles bezahlen. Ich kann Ihnen, wenn Sie wollen, von einer Bank, die Ihnen etwas nahesteht, einen Beleg zeigen: Ein Bauer, der bei dieser Bank einen Kredit genommen hat, muß 13 Prozent oder

10004

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Ing. Karl Hofstetter

14 Prozent bezahlen. (*Abg. Czettel: Zeigen Sie mir das dann!*) Ja. Der Bauer geht heute in das Lagerhaus, hat das Vertrauen der Genossenschaftsführung, braucht keine Bescheinigung und bekommt den Kredit. Gehen Sie dagegen heute in irgendein Bankinstitut, und sagen Sie mir, wer das nachmacht. Das ist eine Hilfe für den kleinen Bauern!

Der Bauer braucht den Kredit, und wir wollen dem Bauern auch den Kredit geben, denn der Bauer weiß nie, wann er seine Produkte erntet und wann er sie anbringt. Das ist eine echte genossenschaftliche Hilfe im Sinne Raiffeisens. Das möchte ich schon zu diesen 11 Prozent gesagt haben.

Herr Kollege Czettel! Ich bin gern bereit, Ihnen das zu zeigen. Sie können es ohneweiters abschreiben. Es ist eben leicht, in eine Zeitung etwas von „Wucherzinsen“ hineinzuschreiben. So ohneweiters geht das aber nicht.

In einem Aufwaschen nehmen Sie natürlich auch die Landwirtschaftskammern her. Ich weiß nicht, was die Landwirtschaftskammern verbrochen haben, daß sie hier besonders schlecht heraussteigen. Die Landwirtschaftskammern beruhen auf einem Gesetz, sie sind gesetzlich verankert. Die Wahlen in die Landwirtschaftskammern erfolgen geheim, es ist also keine „Mache“, es kann jeder geheim seine Stimme abgeben, für welche politische Partei er auch stimmt. Wenn natürlich in Niederösterreich in der Landwirtschaftskammer nur 2 Sozialisten vertreten sind, so ist das ein Zeichen dafür, daß in Niederösterreich eben nicht mehr sozialistische Bauern sind. Da können Sie doch nicht der Landwirtschaftskammer einen Vorwurf machen und sagen: Auch für die Landwirtschaftskammern muß irgend etwas kommen! Da kommt auch nichts; also weder bei den Genossenschaften noch hier gibt es eine Reform, nehmen Sie das doch bitte zur Kenntnis! (*Abg. Haas: Ich würde das nicht so bagatellisieren, wenn die Bauern in der Herrengasse aufmarschieren!* — *Abg. Lukas: Hofstetter! Damit haben Sie bestätigt, daß Sie rückständig sind!* — *Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Kollege Haas! Sie sind doch ein Lehrer, was wissen denn Sie von den Bauern, ich bitte Sie! (*Abg. Lukas: Aber Sie sind doch ein rückständiger Bauer!* — *Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.* — *Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Der Abgeordnete Pfeifer nimmt auch zu dem Kapitel Landwirtschaft Stellung, also der zweite „praktizierende“ Bauer. Ihm liegt es jedoch daran, den Niederösterreich-Plan und das sozialistische Wirtschaftsprogramm hier vorzutragen, denn der Minderheitsbericht, der von den Sozialisten abgegeben wurde, beinhaltet

ja im wesentlichen nur Teile des sozialistischen Wirtschaftsprogramms. Damit hat man es auch irgendwo hineingebracht. Ich selber habe auch das Wirtschaftsprogramm durchgelesen. Von dieser „roten Scheibe“ ist allerdings nur ein kleines Segment der Landwirtschaft gewidmet. (*Abg. Fux: 15 Seiten!*) Wenn man sich die Programmpunkte durchliest, so hat man das Gefühl, es wurde vieles dem Agrarkonzept der ÖVP-Bundesregierung entnommen. Das freut uns (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Umgekehrt ist auch gut gefahren!*) — o nein! —, nur sind Sie etwas unvorsichtig dabei vorgegangen. (*Abg. Czettel: Zuerst sind es Schlagworte, dann ein Schlaraffenland, jetzt haben wir es von euch gestohlen!*)

Wenn zum Beispiel da drinnen etwas über die Ausweichmöglichkeiten steht — zum Beispiel sollen viele Bauernbetriebe auf die Veredlung ausweichen —, so soll man das nicht so groß sagen. Es gibt in Österreich rund 380.000 bäuerliche Betriebe. Wie steht das mit dem Ausweichen auf die Veredlungswirtschaft? Es steht drinnen: bei Schweinen, Eiern und Geflügel. Ich habe mir das herausgeschrieben.

Wir haben in Österreich eine durchschnittliche Jahresproduktion von 3,1 Millionen Schweinen. Importiert müssen 204.000 Stück werden. Wenn man nun pro Betrieb 50 Mastschweine annimmt und einen 2,5maligen Umtrieb, also fünf Monate Mast, so brauchen wir zur vollen Bedarfsdeckung 1600 Betriebe. Das ist eine ganz geringe Anzahl im Verhältnis zu 380.000 Betrieben.

Wie steht es mit den Eiern? Wir importieren jährlich 388 Millionen Stück Eier. Rechnen Sie je Betrieb 500 Hennen, so brauchen Sie zur vollen Bedarfsdeckung im Inland 2600 Betriebe. Auch nicht viel.

Nehmen wir das Geflügel. Wir importieren jährlich 11.600 Tonnen Geflügel. Rechnen Sie nun für einen Betrieb 1000 Stück, mit einem Umtrieb von viereinhalb Mal im Jahr, so benötigen wir zur vollen Bedarfsdeckung wiederum 1600 Betriebe.

Man soll nicht etwas propagieren, was den Bauern wahrscheinlich in kurzer Zeit auf den Kopf fallen wird! Wir haben nicht viel Ausweichmöglichkeit, und wenn von einer Ausweichmöglichkeit gesprochen wird, zum Beispiel bei der Spezialisierung, Ausweichen auf Futtergetreide, so kann ich Ihnen sagen, daß die Appelle des Ministers an die Bauern sehr befolgt wurden. Wir haben im letzten Jahr durch die Umstellung des Anbaues von Edelgetreide auf Mais eine Maisexplosion von plus 21 Prozent gehabt. Die Bauern folgen schon den Appellen. Sie wissen schon, daß sie

Ing. Karl Hofstetter

zum Strukturprozeß selber etwas beitragen sollen, daß das nicht allein der Staat machen kann. Die Bauern helfen sich schon selber. Oder: Bei der Durumweizenfläche haben wir voriges Jahr noch eine große Fläche freige habt; heute ist die Sättigung voll erreicht.

Wir dürfen den Bauern nicht etwas vormachen, was nicht gut durchgerechnet ist. Wir müssen den Bauern schon sehen in seiner Arbeit und in seiner vielfältigen Form. Die Bauernarbeit ist schwer. Die Sozialisten wollen ja dasselbe wie wir, auch die Freiheitlichen; sie wollen den bäuerlichen Familienbetrieb. Das ist das Kernstück der österreichischen Agrarpolitik und doch auch das Kernstück der EWG.

Meine Damen und Herren! Wir müssen den Bauernstand, um ihn messen zu können, in seiner vielfältigen Form und Gestalt sehen. Wir sollen den Bauern nicht nur als Nährstand sehen; wir müssen den Bauern auch als Träger und Erhalter der Kulturlandschaft sehen. Ein wesentlicher Punkt: Der Glaube und die Sitten der Väter bestimmen im Bauernstand das tägliche Leben. Es ist nicht immer leicht, Bauer zu sein. Danken wir dem Herrgott und falten wir die Hände vor jenen Bauern, die trotz der widrigen Umstände ihrer Scholle Verbundenheit bewahren und darüber hinaus ihre Kinder immer noch zu Bauern erziehen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Pfeifer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Pfeifer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich zu meinen fachlichen Ausführungen komme, möchte ich meinem geschätzten Herrn Vorredner, dem Herrn Ing. Hofstetter, doch einige seiner Zitate beziehungsweise seiner Ausführungen widerlegen.

Da kommt der Obmann des Landwirtschaftsausschusses und sagt, die Sozialistische Partei wolle anscheinend die Bauern böse machen. Ich frage Sie, meine Damen und Herren der rechten Seite: Hat der Herr Obmann des Landwirtschaftsausschusses noch nichts gehört von den Demonstrationen in der Herrengasse? Fragen Sie doch einmal Ihren Herrn Landwirtschaftsminister, wie es ihm in Kärnten gegangen ist. *(Abg. Weikhart: Oder dem Haider!)* Er hat angeblich, so lese ich in den Zeitungen, Polizeischutz gebraucht. *(Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das stimmt nicht, Herr Kollege! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Haben Sie das geschürt, Herr Pfeifer? — Abg. Kern: Denken Sie an das Jahr 1963, Kollege Pfeifer, an Minister Broda! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Herr Bundesminister! Meine Damen und ... *(Anhaltende lebhafte Zwischenrufe. — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Es sind sogar auch Minister geschlagen worden! — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen. — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Wie ist es dem Broda gegangen? War das die Sozialistische Partei? — Abg. Weikhart: Eier hat er nicht auf den Kopf gekriegt! — Stürmische Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte, meine Damen und Herren, sich wieder etwas zu beruhigen. *(Abg. Hartl: Broda! Olah! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen.)*

Abgeordneter **Pfeifer** *(fortsetzend)*: Ich möchte Ihnen nur sagen, daß die Leute des Allgemeinen Bauernverbandes — das dürfte ja schon sehr bekannt sein — abtrünnige Bauernbündler der Volkspartei sind und daß sich nicht nur die, sondern auch andere Leute aus Ihrem Kreis an diesen Demonstrationen beteiligt haben. Das ist das Faktum.

Und nun sagt der Herr Ing. Hofstetter unter anderem, er habe den Niederösterreich-Plan angeblich genau gelesen. Ich hoffe, daß er ihn genau gelesen hat. Er hat dann weiters gesagt, er werde sich dazu noch ein zweites Mal zu Wort melden. Herr Kollege Hofstetter! Nehmen Sie zur Kenntnis, ich komme gerne wegen des Niederösterreich-Planes nach Ihnen zum drittenmal zum Wort *(Abg. Ing. Häuser: Das geht leider nicht!)*, denn ich bin schließlich *(Widerspruch bei der ÖVP — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das geht aber nicht! — Rufe bei der ÖVP: Geschäftsordnung!)* einer der wesentlichen Hauptinitiatoren des Niederösterreich-Planes, und wenn es zu einem anderen Kapitel sein muß, damit ich mit der Geschäftsordnung nicht in Konflikt komme. *(Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Sie sagten, es stehe fest, die Sozialisten möchten hier immer wieder nur polemisieren und provozieren. Da lese ich in der „Kleinen Zeitung“ vom 30. November 1968 einen Artikel — angeblich ist ja die „Kleine Zeitung“ keine sozialistische, sondern eine Zeitung von Ihnen, meine Damen und Herren der rechten Seite *(Abg. Hartl: Aber wo denn!)* —, und es heißt hier:

„Die Bundesregierung kämpfte im Hohen Haus ohne Feuerschutz. Die Regierungsbank wurde zeitweise zur Anklagebank, ohne daß in den Reihen der ÖVP-Parlamentarier ein besonderer Eifer erkennbar wurde, der Regierung beizuspringen. Gründe für diese Zurückhaltung dürfte es mehrere geben: ...“

10006

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Pfeifer

Der Redakteur kommt dann zu folgendem Schluß (*Abg. Hartl: Wo ist da die ÖVP-Zugehörigkeit der Zeitung?*) Sie kommen gleich dran, Herr Generaloberst Hartl! (*Abg. Weikhart: Wenn das so weitergeht, wird er auch noch Admiral!*)

„1. ist wirklich nur eine Minderheit der ÖVP-Parlamentarier kampftauglich, das heißt geistig und willensmäßig in der Lage, im Parlament mehr zu tun, als vorbereitete (von anderen vorbereitete) Reden herunterzulesen oder ‚geistreiche‘ Zwischenrufe zu machen. Die ÖVP-Klubführung sollte einmal besonders eifrige Zwischenrufer“ — so meint der Redakteur dieses Blattes — „vom Schlage“ — und jetzt kommt es! — „Hartls dazu verpflichten, hinaus ans Rednerpult zu gehen und einmal selbst eine freie Rede zu halten. Die zu erwartenden Blamagen würden freilich nur aufs neue bestätigen, wie notwendig die personelle Reform der Parlamentsfraktion jener Partei ist, die nach letzten Befragungen unter den Intelligenzberufen in Österreich nach wie vor eine Dreiviertelmehrheit haben soll.“

Und zuletzt sagt der Redakteur noch: „2. ist die Reserviertheit der ÖVP-Fraktion insofern begreiflich, als es auch einem rhetorischen Genie kaum gelingen dürfte, die schweren Fehler in der Budgetpolitik, die vor dem Amtsantritt Dr. Korens passiert sind, überzeugend zu beschönigen.“ (*Abg. Hartl: Und das ist ein ÖVP-Blatt? — Abg. Weikhart: Das ist das katholische Blatt, wenn Sie es nicht wissen, für Graz und Klagenfurt! Der Hartl weiß das auch nicht!*)

Hohes Haus! Bei Beginn der Beratungen über das Budgetkapitel Land- und Forstwirtschaft habe ich Ihnen am Mittwoch voriger Woche als erster Sprecher der großen sozialistischen Opposition die Bilanz Ihrer Saison als Bauer und langjähriger sozialistischer Vertrauensmann dargelegt und habe unsere Budgetablehnung begründet. Wenn ich mich nun noch einmal in diesem Kapitel zu Wort melde, so deswegen (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Wegen der Fernsehaufnahmen!*), weil ein Kollege der Österreichischen Volkspartei nach mir hier am Pult festgestellt hat, wie er es wörtlich formulierte, „daß man in Sachen der Umstrukturierung der bäuerlichen Betriebe etwas tun müsse“. Er hat dann vom Arbeitsmarktförderungsgesetz geredet. Der Kollege hat aber auch über die deutsche Agrarpolitik gesprochen und hat dann unter anderem auch einiges von Landwirtschaftsminister Höcherl zitiert. Er hat allerdings sein Zitieren aus der deutschen Agrarpolitik Höcherl bald aufgegeben, da auch ihm sicher aufgefallen ist, daß er, je mehr er von Höcherl zitiert, umso schlechter mit seiner konservativen österreichischen Bauernbundagrarpolitik abschneidet.

Wir hören auch immer von Ihnen, daß ja diese Schwierigkeiten in der Landwirtschaft international sind und daß man dagegen nichts machen kann.

Ich muß Ihnen sagen, daß es meiner Meinung nach wenig Sinn hat, von der Strukturpolitik immer nur zu reden. Lippenbekenntnisse machen noch lange keine Strukturpolitik. Eine echte Strukturpolitik muß man nach einem klaren Konzept machen. Nachdem Sie im sogenannten Koren-Plan für die Landwirtschaft nur mehr neun Zeilen nichtssagende Worte übrig haben, sind Sie ja gar nicht in der Lage, eine moderne Strukturpolitik zu machen. Alles, was Sie hier Ihren Bauern vorgaukeln, ist doch ein Haus ohne Fundament, ist für die Produzenten eine schlechte, für die Konsumenten und den Staat eine teure Improvisation.

Zum Einwand von Ihrer Seite, daß es woanders in der Welt auch mit der Landwirtschaft Schwierigkeiten gibt, muß ich Ihnen sagen: Ja, das wissen wir. Aber nur scheint es uns Sozialisten wenig sinnvoll zu sein, wenn wir uns damit über unsere Situation hinwegzutrusten versuchen; denn niemand wird uns vom Ausland die Probleme regeln helfen. Wir haben uns alle miteinander zur immerwährenden Neutralität entschlossen und haben daher unser Haus Österreich selbst zu verwalten und zu bestellen.

Wir Sozialisten sagen Ihnen im Kapitel Landwirtschaft: Sie haben, seit Sie allein regieren, die Bevölkerung, besonders aber die hart arbeitende bäuerliche Bevölkerung getäuscht und bringen sie durch Ihre schlechte konzeptlose Agrarpolitik um einen Teil ihres Arbeitsertrages.

Ich verweise nur noch einmal auf die Tatsache, daß die Situation bei der Milch, obwohl der Konsument 1 S seit Jänner 1967 mehr zu bezahlen hat, für den Landwirt um mindestens 20 Groschen pro Liter weniger Einnahme bedeutet. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Sagen Sie auch, warum sie mehr zahlen! Sagen Sie doch das! So ein Demagoge!*) Bei Weizen haben wir durch Ihre Politik einen Preis von 2,30 S, vor 16 Jahren, also 1952, bekamen wir Bauern 2,40 S. Ihre Regierung hat den Kunstdüngerpreis für die gesamte Landwirtschaft um 20 bis 40 Prozent verteuert. Die Geldentwertung seit 1952 beträgt — ich habe Ihnen das schon gesagt — laut den Berechnungen der Nationalbank 44 Prozent. Die Faßweinpreise liegen im Weinviertel nach Ihren Statistiken auf 4 S pro Liter. Heute, meine Damen und Herren der Volkspartei, lamentieren Sie in Ihrem „Bauernbündler“ über die Alkoholsteuer, die Sie selbst den Bauern als Dank für das 1966 erwiesene Wählervertrauen auferlegt haben.

Pfeifer

Wir haben Ihnen schon gesagt, daß Ihre große Sozialoffensive bei Ihrer Regierung als Offensiverl steckengeblieben ist.

Weiters stehen Sie bei der EWG mit Ihrer Agrarpolitik vor geschlossenen Toren. Herr Landwirtschaftsminister! Eine Ausrede auf die angeblich bösen Sozialisten in der Causa EWG ist nicht mehr möglich.

So, meine Herren der Österreichischen Volkspartei, sieht die Bilanz Ihrer Saison den Bauern gegenüber aus.

Hohes Haus! Die Österreichische Volkspartei hat in ihrem Wahlprogramm 1966 feierlich versprochen, daß sie den Preis und den Absatz der heimischen Agrarprodukte sichern und das freie Bauerntum stärken werde. Eine Partei, die auf Grund einer solchen Zusage gewählt wurde, hat kein Recht, nach den Wahlen das Gegenteil dessen zu tun, was sie vor den Wahlen versprochen hat.

Herr Landwirtschaftsminister, Sie gehören zu jener Partei, die in ihrem Wahlprogramm den Bauern gegenüber große Versprechungen gemacht hat und nun der Bauernschaft keines ihrer Versprechen eingelöst hat. Herr Landwirtschaftsminister, die Bauern merken in immer größerer Zahl, daß sie mit Ihrem Wahlversprechen, den Bauern den Preis der heimischen Agrarprodukte zu sichern, wieder einmal getäuscht wurden. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Halten Sie doch keine Wahlrede!)*

Wir Bauern erkennen auch, daß Sie, Herr Landwirtschaftsminister, mit Ihrer Agrarpolitik immer mehr zum Getriebenen des Allgemeinen Bauernverbandes werden.

Hohes Haus! Zusammenfassend sagen wir Sozialisten Ihnen: Wir brauchen in Österreich eine moderne Agrarpolitik nach den klaren Vorstellungen des sozialistischen Wirtschaftsprogramms. Ihre Agrarpolitik ist wie Ihre gesamte Finanzpolitik ohne Rangordnung und ohne Konzept. Sie, meine Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses, befinden sich mit Ihrer Regierung und Ihrer gefährlichen Politik im letzten Akt Ihres tragikomischen Schauspiels. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Fachleutner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Fachleutner (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn wir heute das Kapitel Land- und Forstwirtschaft beraten, dann glaube ich, daß sich auf Argumente oder Pressemeldungen der Oppositionsparteien zwangsläufig eine Erwiderung von seiten der Österreichischen Volkspartei ergibt.

Der Herr Kollege Czettel hat kürzlich zum Bundesfinanzgesetz — nicht nur, daß er die Bundesregierung in Grund und Boden ver-

dammt hat — erklärt, daß auch die Bauern bereits unruhig werden. Ich gebe ihm teilweise in der Richtung recht, als sich ja in der Landwirtschaft ein Strukturwandel — nicht nur in Österreich, sondern in der gesamten Welt — vollzieht. Wenn aber Kollege Czettel hinzufügt, das wäre ja kein Wunder, denn die Getreidepreise sind gleich geblieben, ja sie sinken sogar, dann steht Meinung gegen Meinung. Herr Kollege Czettel, Ihre Parteikollegen, ob es Dr. Weihs, ob es Staribacher oder der auf der Galerie sitzende ehemalige Nationalrat Winkler ist, haben seit Jahren immer wieder erklärt, daß die Getreidepreise angeblich zu hoch seien und zu einer gewissen Überproduktion führten.

Meine sehr Verehrten! Ich kann diese Meinung des Kollegen Czettel ja menschlich verstehen: Kollege Czettel will durch den Niederösterreich-Plan oder durch die Besuche in den Gemeinden den Eindruck erwecken, er sei in Anbetracht der niederösterreichischen Landtagswahlen 1969 der richtige Mann für das Land Niederösterreich, er könnte sich eventuell für den Landeshauptmann präsentieren.

Herr Kollege Czettel! Ich sage Ihnen: Die niederösterreichischen Bauern und das niederösterreichische Volk werden dem Landeshauptmann Maurer die Stimme geben, damit er Landeshauptmann von Niederösterreich wird. *(Beifall bei der ÖVP.)* Daher wird diese Meinung nur ein Traum bleiben, Herr Kollege Czettel. Das möchte ich einleitend sagen. *(Abg. Czettel: Was hat das mit der Agrarpolitik zu tun? — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Herr Kollege Lanc hat beispielsweise erklärt, der Finanzminister hätte sich noch eine Möglichkeit zu verschaffen, wenn er bei den Preisausgleichen eventuell eine Reduzierung durchführen würde.

Ich frage den Herrn Kollegen Lanc, wie er sich die Situation vorstellt? Diese Millionenbeträge für den Finanzminister positiv zu buchen, gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder man gibt den Bauern weniger, oder man belastet die Konsumenten. Die Antwort auf diese Frage — auf unseren Zwischenruf — ist er uns schuldig geblieben. Er soll erklären, ob wir es den Bauern nehmen sollen oder ob die Konsumenten eben neuerdings belastet werden sollen. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Ihr macht beides!)*

Herr Kollege Weihs! Weil Sie gerade einen Zwischenruf machen: Sie haben wieder das Gegenteil vom Kollegen Czettel gesagt *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: O nein! Sie haben es schlecht verstanden!)*: „Die Bauern wurden bei der Budgetierung mit Glacéhandschuhen angefaßt“. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Stimmt!)*

10008

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Fachleutner

Der Herr Kollege Czettel bedauert es, daß von der Bundesregierung — angeblich — so wenig für die Bauernschaft gemacht wurde. Und Sie sagen „mit Glacéhandschuhen“.

Ich glaube, auf Grund der enormen Leistung der österreichischen Landwirtschaft — ich denke zum Beispiel an die positive Beeinflussung der Handelsbilanz, wo es doch möglich war, in diesem Wirtschaftsjahr bereits eine Exportziffer an Erlösen für die österreichische Landwirtschaft und, nicht unwichtig, für die Handelsbilanz von 6,5 Milliarden Schilling zu buchen — ist die Landwirtschaft auch einer Unterstützung von seiten des Budgets wert.

Der Herr Kollege Staribacher hat kürzlich in diesem Haus erklärt: Wenn die Sozialisten die Mehrheit hätten, wäre er in der Lage, große Flächen den österreichischen Bauern zuzuführen, wenn man eine Bodenbank besäße. Ich frage den Herrn Kollegen, wie er sich das vorstellt, große Flächen den bäuerlichen Betrieben zuzuführen. Woher sollen denn diese Flächen kommen, Herr Kollege Staribacher? Diese Flächen, Herr Kollege Staribacher, die derzeit den österreichischen Bauern zur Verfügung gestellt werden, werden mit Unterstützung des Landwirtschaftsministeriums durch Grundaufstockungskredite zur Verfügung gestellt. Die Größenordnung — beispielsweise im letzten Wirtschaftsjahr — beträgt zirka 32.000 Hektar. Daraus haben zirka 10.500 bäuerliche Betriebe Nutzen ziehen können.

Ich würde mich sehr freuen — und auch die Bauern —, wenn wir wüßten, von wo Sie den Grund und Boden hernehmen. Da gibt es auch nur zwei Möglichkeiten, Herr Kollege Staribacher. Ich kann doch nicht annehmen, daß Sie vielleicht die Absicht, mehr an Boden zur Verfügung zu stellen, mit der Idee verbinden, vielleicht ein Gesetz zu schaffen, um vielleicht wieder gewisse Enteignungsverfahren „flüssig“ zu machen, wie es im Jahre 1945 der Fall war, wo das von Ihrer Partei ab 500 Hektar der österreichischen Bevölkerung demonstriert wurde. *(Abg. Wodica: Das täte dem Fachleutner passen!)*

Herr Vizekanzler Pittermann hat kürzlich — es war im Finanzausschuß — folgendes erklärt: Anlässlich der Bauernunruhen in Westdeutschland und in Frankreich ... *(Abg. Haas: Und in Österreich!)* Pittermann hat erklärt, die Demokratie sei gefährdet, wenn die Bauern nicht zufriedengestellt werden können. — Das war der einzige Satz, von dem man sagen kann, Pittermann hat zum Teil recht. *(Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)*

Nun füge ich aber hinzu: Wenn der Herr Vizekanzler diese Meinung vertritt, dann frage ich die Sozialistische Partei, warum wir es gerade bei manchen Gesetzen so schwer haben, wo

es doch oft erst in letzter Minute gelingt, sie zu verlängern — ich denke an die Marktordnungsgesetze —, um so der Bauernschaft ein gewisses Einkommen zu garantieren. *(Abg. Weikhart: Herr Kollege! Ihren eigenen Klubobmann fragen Sie, er gibt Ihnen doch die Antwort!)*

Kollege Fux hat zum Beispiel vor einigen Minuten erklärt — ich muß ihm auch hier zumindest eine Aufklärung geben —, im Genossenschaftswesen könne man nur nach Anteilen abstimmen. Das ist vielleicht in seinem Gebiet so. Bei der Milchgenossenschaft hat laut Statut jedes Mitglied nur ein Stimmrecht, Herr Kollege Fux. Sie wollten da andeuten, daß hier die sogenannten „Herren-Bauern“ eventuell mehr Stimmen abgeben könnten. Daß dies nicht der Tatsache entspricht, Herr Kollege, werden Sie sicherlich zugeben. Daher muß ich Sie hier auch in dieser Frage korrigieren.

Mein Wahlkreiskollege Pfeifer hat die Meinung vertreten, die „Abtrünnigen der ÖVP“ seien die „Revoluzzer“ im Bauernverband und machten Unruhe in Österreich oder zumindest gegen die Agrarführung. Herr Kollege Pfeifer! Ich mache Sie auf folgendes aufmerksam: Der Geschäftsführer des Allgemeinen Bauernverbandes in Kärnten ist ein Sozialist. *(Hört!-Hört!-Rufe bei der ÖVP. — Gegenrufe bei der SPÖ.)* Also kein Abtrünniger der Österreichischen Volkspartei im Bauernverband, sondern ein Abtrünniger der Sozialistischen Partei. *(Abg. Weikhart: Wie ist es in Niederösterreich? Gibt es dort keine Abtrünnigen? Wie ist es in Salzburg?)*

Herr Kollege Meißl hat darauf verwiesen, daß er dem Kapitel Land- und Forstwirtschaft gerne zustimmen würde. Es wäre die Frage zu klären, warum er nicht die Zustimmung gibt. Vielleicht hat er in seinem Klub einige Schwierigkeiten, wo er sich nicht durchsetzen kann. Vielleicht ist er innerlich davon überzeugt, daß die derzeitige Agrarpolitik letzten Endes eine gute Agrarpolitik ist und daß wir derzeit nichts Besseres zu bieten haben. *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Zingler: Das ist traurig!)* Nichts Besseres, sicherlich nicht!

Herr Kollege! Ich darf Ihnen noch ein Beispiel bringen. Ich habe bereits darauf Bezug genommen, daß die österreichische Landwirtschaft auf dem Exportsektor Enormes leistet. Wenn wir um zirka 6,5 Milliarden Schilling exportiert haben, dann sehen wir in dem Wirtschaftsraum, in dem die gesamte Volkswirtschaft 19 Milliarden beträgt, daß der Anteil der österreichischen Landwirtschaft 4.678,000.000 S ist. Das ergibt 24 Prozent am Gesamtanteil. Wir sehen, daß die Exportziffer im EFTA-Raum 10.150,000.000 S ergibt, der Anteil der österreichischen Landwirtschaft an dieser Ex-

Fachleutner

portziffer sind 720 Millionen Schilling, das sind 7 Prozent.

Nach Osteuropa wird um insgesamt 7.627.000.000 S exportiert, davon entfallen auf die Landwirtschaft nur 143 Millionen Schilling, also 2 Prozent. In die übrigen Staaten wird um 5.446.000.000 S exportiert, daran ist die Landwirtschaft mit 768 Millionen, also mit 14 Prozent, beteiligt.

Wenn aber die „Arbeiter-Zeitung“ Mitte 1967 schrieb, man könnte ja die industrielle Produktion vielleicht noch mehr vermarkten, wenn man mehr agrarische Importe zulassen würde, dann frage ich Sie, meine sehr Verehrten von der Sozialistischen Partei: Würde das nicht vielleicht für Tausende Betriebe den Tod bedeuten, wenn wir mehr agrarische Importe zulassen würden? (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich glaube daher, daß die derzeitige Regierung durch das Abwägen, welche Importe und Exporte man tätigen kann, auch auf die österreichische Landwirtschaft Rücksicht genommen hat! Das hat darin seinen Niederschlag gefunden, daß auch die Landwirtschaft in dieser wirtschaftlichen Rezession als Auftraggeber ihren Beitrag geleistet hat, daß den arbeitenden Menschen dieses Landes durch diese von Ihnen immer wieder zitierte sogenannte „böse Bundesregierung“ die Arbeitsplätze erhalten und gefestigt werden. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Ich muß leider einer gewissen Vereinbarung zufolge meine Ausführungen unterbrechen. Ich werde mich noch ein zweites Mal, Herr Kollege Pfeifer, zu Worte melden, und zwar zur Lage — ich darf Ihnen das schon ankündigen — der österreichischen Weinbauernschaft. (*Abg. Weikhart: Über die Milch wird Fachleutner nicht reden! — Beifall bei der ÖVP und Heiterkeit. — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die außerordentlich angespannte Lage der österreichischen Landwirtschaft hat Bundesminister Dr. Schleinzer vor zwei Wochen in einem Artikel charakterisiert. Herr Dr. Schleinzer warf die Frage auf, wie das geringe Prestige überwunden werden kann, das die Landarbeit heute in Österreich hat. Herr Dr. Schleinzer sprach dann davon, daß weite Teile der Landbevölkerung von dem Gefühl beherrscht sind, auf dem Dorf in Verbannung zu leben. Weiter führte der Herr Landwirtschaftsminister in diesem Artikel aus, daß Österreich ein überaus hochentwickeltes Sozialsystem hat, daß es aber bis heute nicht gelungen ist, die Bauern in wesentlichen

Belangen dieses Sozialsystems teilhaftig werden zu lassen. Diese und andere Feststellungen des Herrn Ministers charakterisieren die angespannte Lage der Landwirtschaft treffend.

Dazu kommt in den letzten Tagen eine alte neue „Koalitionsentscheidung“, die zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei neuerdings bestätigt und außerhalb des Parlaments herbeigeführt wurde. Die Österreichische Volkspartei mußte sich zu Zugeständnissen an die Sozialistische Partei im Bereich der verstaatlichten Unternehmungen entschließen, um von den Sozialisten ein Ja zur Verlängerung der Marktordnungsgesetze zu erhalten. Mit der Verlängerung der Marktordnungsgesetze wird unter anderem die Aufrechterhaltung des Preisgefüges bei wesentlichen Grundnahrungsmitteln erreicht. Wer aber glaubt, daß mit diesem jüngsten Koalitionsproporz der ÖVP und der SPÖ ein entscheidender Schritt zur endgültigen Klärung landwirtschaftlicher Probleme in Österreich getan wird, der irrt. Denn es ist wiederum nur eine befristete Lösung, ein Hinausschieben der endgültigen Entscheidung um eineinhalb Jahre, was in der Endkonsequenz wiederum zu Lasten und auf Kosten des österreichischen Bauernstandes geht.

Man muß vorangegangenen schwarz-roten Koalitionsregierungen den gleichen Vorwurf machen wie der derzeitigen Einparteienregierung der Österreichischen Volkspartei, daß es bis zum heutigen Tag den österreichischen Bundesregierungen nicht gelungen ist, eine grundsätzliche Klärung entscheidender landwirtschaftlicher Probleme herbeizuführen. Darin begründet ist unter anderem die Tatsache, daß die Landwirtschaft vom sozialen Fortschritt bis zum heutigen Tag nicht in jenem Maße erfaßt ist, wie das bei anderen Berufsständen eine Selbstverständlichkeit ist.

Ich muß mich — der Herr Abgeordnete Hofstetter ist leider nicht im Saale — gegen eine von ihm gebrauchte Formulierung zur Wehr setzen. Herr Hofstetter sprach davon, daß wir Freiheitlichen uns genauso wie die Österreichische Volkspartei für den bäuerlichen Familienbetrieb aussprechen würden. Ich muß dieses Bekenntnis des Herrn Abgeordneten Hofstetter zum bäuerlichen Familienbetrieb namens der Freiheitlichen grundlegend einschränken: Wir Freiheitlichen wollen im Interesse des Bauernstandes den landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb! Wir wollen keinen Familienbetrieb aus Zwangsgründen, in dem die Arbeit auf Kosten und zu Lasten der Gesundheit der Kinder geht. Dieser Notstand an Arbeitskräften charakterisiert den landwirtschaftlichen Familienbetrieb auch deswegen, weil sich der Bauer keinen Mitarbeiter leisten

10010

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Peter

kann, dem er gleiche Einkommensgrundlagen zu bieten in der Lage wäre, wie das in der Industriegesellschaft eine Selbstverständlichkeit ist. (*Abg. Kern: Dazu gehören entsprechende Preise, Herr Abgeordneter Peter!*) Wir wollen eben den landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit kostendeckenden und marktgerechten Preisen, weil wir der Meinung sind ... (*Abg. A. Schlager: Gott beschütze uns als Bauern vor marktgerechten Preisen!*) Sie wissen ganz genau, Herr Schlager, was unter diesem Begriff zu verstehen ist. (*Abg. Dr. Gruber: Sagen Sie ein wenig etwas Genaueres!*) Wir Freiheitlichen sind keine Verfechter einer kollektiven Wirtschaftsform, im Gegenteil! (*Abg. A. Schlager: Was verstehen Sie unter marktgerechten Preisen?*) Ich bin gerade dabei, Ihnen die Erklärung abzugeben, die der Abgeordnete Gruber verlangt hat. Ich entziehe mich der Antwort nicht, die Sie verlangen. (*Zwischenruf des Abg. Zeillinger. — Abg. A. Schlager: Was ist ein marktgerechter Preis?*) Wenn Sie mir dazu die Gelegenheit geben, dann werde ich Ihnen die Antwort erteilen! (*Abg. Minkowitsch: Der Zeillinger stört Sie ja dauernd!*)

Wir Freiheitlichen gehen von der Überlegung aus, daß gewinnbringend zu wirtschaften kein Verbrechen, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. A. Schlager: Das ist aber kein marktgerechter Preis!*) Nur betrachten wir Freiheitlichen die Bauernschaft nicht als isoliertes, einseitiges Standesgebilde. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die Agrarwirtschaft ein Teil unserer Gesamtwirtschaft ist. Die Bundesregierung hat die Landwirtschaft zwei Jahrzehnte hindurch nicht als Teil unserer Gesamtwirtschaft behandelt. Dadurch ist ein Gefälle zum Nachteil der Landwirtschaft entstanden, das über Nacht nicht ausgeglichen werden kann. Dessen sind wir uns bewußt. Man kann dem Konsumenten bei seinen derzeitigen Einkommensgrundlagen nicht jene finanziellen Belastungen zumuten, die sich aus der Lösung dieses Problems ergeben würden.

Aber nun halte ich Ihrer zwanzigjährigen ÖVP-Praxis entgegen, daß Sie mit Entscheidungen wie: hie Proporz in den verstaatlichten Unternehmungen und da Marktordnungsgesetzverlängerungen für die Bauern!, jene Lösung nicht herbeiführen können, die die ÖVP und der Bauernbund anstrebt. Ich bin der Meinung, daß eine wesentliche Verschärfung der gesamten Agrarpolitik durch die ÖVP in die Wege geleitet werden muß. (*Abg. Steiner: Was machen Sie mit den Nichtvollerwerbsbauern?*) Herr Kollege Steiner! Für die Nichtvollerwerbsbauern müssen wir einen Ausweg finden. Ich glaube, daß

bisher durch die ÖVP zu viele falsche Wege beschritten worden sind. Es war falsch, durch fünfzehn Jahre hindurch — um ein Beispiel zu nennen — die Bauern des oberen und unteren Mühlviertels von ihren Lebensbereichen abzuziehen und dem Ballungsraum Linz—Wels zuzuführen, wobei die Wohnungsnot vergrößert wurde und die Betroffenen oft noch nicht einmal im Besitz einer Wohnung sind.

Sie können diese Bedenken in der Agrarbeilage, die die „Kleine Zeitung“ am 30. November 1968 herausgegeben hat, nachlesen. In dieser Schrift haben beachtliche und maßgebliche Politiker des Österreichischen Bauernverbandes, Verzeihung Bauernbundes ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber. — Abg. Zeillinger: Mit dem Bauernverband mag der Steiner nichts mehr zu tun haben!*) Herr Gruber! Gestatten Sie mir einen Lapsus linguae: Ich meinte den ÖVP-Bauernbund — damit das geklärt ist. Dieser Artikel beschäftigt sich mit dem Problem der Infrastruktur für den landwirtschaftlichen Bereich. Mir wäre es lieber gewesen, Herr Abgeordneter Steiner, man hätte die Verkehrsverbindungen aus dem Mühlviertel in den Zentral- und Ballungsraum Linz ausgebaut, um die Bauern auf ihrem Boden zu erhalten, um sie durch Teilnahme an der Industriegesellschaft in die Lage zu versetzen, sich ihre Landwirtschaft im Nebenerwerbsbetrieb noch leisten zu können. Dazu hätten wir besserer Straßen, dazu hätten wir besserer Verkehrsverbindungen bedurft. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das geschieht!*) So aber wurde dieser Bereich weitestgehend entvölkert. — Das geschieht, aber zu spät! Die Bundesregierung hat fünfzehn Jahre versäumt, Herr Abgeordneter Tschida! Tun Sie das nicht mit einer Handbewegung ab. Vielen Bauern wäre es lieber gewesen (*Abg. Zeillinger: Es wäre ja nur gegen die ÖVP!*), wenn sie auf ihrem angestammten Hof hätten verbleiben können. (*Abg. Dipl.-Ing. Doktor Leitner: Das ist aber dann der Familienbetrieb!*) Familienbetrieb, Neben- und Vollerwerbsbetrieb schließen einander nicht aus, Herr Abgeordneter Leitner! Ich bin nur dagegen, daß durch die ÖVP eine mißverständliche Anwendung des bäuerlichen Familienbetriebes erfolgt. Wir wissen, daß der Familienbetrieb im bäuerlichen Bereich in Tausenden Fällen heute nur durch die Arbeit der Kinder aufrechterhalten werden kann. (*Abg. Zeillinger: Worauf ihr stolz seid!*) Daraus resultiert ein ausgesprochenes Problem für die Jugend. (*Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen. — Abg. Zeillinger: Sie brauchen gar nicht zu läuten, Herr Präsident! Das wissen wir, daß der Bauernbund die Bauern sabotiert!* — *Abg. A. Schlager:*

Peter

Herr Kollege Peter! Mit den marktgerechten Preisen bin ich noch immer nicht ...) Wir können darüber dann weiterdiskutieren, Herr Schlager!

Aber nun zurück zum Thema der Kinderarbeit im Bereich der bäuerlichen Familie. Die Stellungskommissionen des Bundesheeres stellten fest, daß die Gesundheit der bäuerlichen Jugend in vielen Fällen wesentlich schlechter ist als die der städtischen Jugend, trotz aller Gefährdungen derselben durch die moderne Industriegesellschaft.

Ich möchte mich mit diesem Kompromiß, den ÖVP und SPÖ jüngst geschlossen haben, noch einmal auseinandersetzen. Den Sozialisten kann man keinen Vorwurf machen. Sie haben sich seit eh und je zur Proporzregelung im Bereich der verstaatlichten Unternehmungen bekannt. Die SPÖ hat nichts anderes als die Einhaltung einer bestehenden Vereinbarung mit der Österreichischen Volkspartei beziehungsweise deren Verlängerung gefordert. Ich greife zurück auf das Wahlprogramm der ÖVP und nehme an, daß die Österreichische Volkspartei dasselbe, als sie es beschlossen und veröffentlicht hat, ernst nahm. (*Zwischenruf des Abg. Dr. van Tongel. — Abg. Zeillinger: Nein, nie! Das ist ein Wahlprogramm, nichts Ernstes, für die ÖVP nicht und für Withalm nicht!*) Ich bin der Meinung, daß ein Wahlprogramm doch etwas Ernstes ist, auch wenn es sich um das der ÖVP handelt. (*Abg. Doktor Gruber: Bringt den Peter nicht raus! Er ist eh schon ein wenig herausgekommen!*) Sie, Herr Gruber, bringen mich am allerwenigsten aus dem Konzept.

Auf Seite 12 des ÖVP-Wahlprogramms heißt es: In ihrem Konzept wird die ÖVP auf die Realisierung ihres Programms für eine dauerhafte Lösung der Gesamtprobleme der verstaatlichten Industrie im Rahmen der Marktwirtschaft drängen, um die Wirtschaftlichkeit und damit die Arbeitsplätze in diesen Unternehmungen zu sichern. Aus diesem Grunde wird die ÖVP alle partei- und machtpolitischen Ambitionen der Sozialisten auf diesem Sektor zurückweisen.

Diesen Gedanken hat dann kein Geringerer als der Parteiobermann und Bundeskanzler Dr. Klaus in verschiedenen Stellungnahmen weiter ausgeführt. Ich zitiere seine jüngste Stellungnahme vom November dieses Jahres zu diesem Gegenstand. Bundeskanzler Klaus sprach sich in der Rundfunkrede vom 10. November massiv gegen den Proporz aus und begründete das mit dem Hinweis, daß die ÖVP dadurch das Vertrauen der Mehrheit der Wähler enttäuschen würde.

Nun ist der Österreichischen Volkspartei der Vorwurf zu machen, daß Zugeständnisse

im Wege jenes schwarz-roten Koalitionskompromisses gemacht worden sind, den die Österreichische Volkspartei seit dem 6. März 1966 ablehnt. Nun hat sie dafür eine eineinhalbjährige Verlängerung der Marktordnungsgesetze eingetauscht. Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß lediglich ein kurzer Zeitraum überbrückt wird, ohne daß entscheidende Voraussetzungen für die endgültige Regelung der Agrarpolitik geschaffen wurden. Wir müssen der Österreichischen Volkspartei den Vorwurf machen, daß sie nicht das hält, was sie den Bauern zur Sicherung ihrer Existenzgrundlage versprochen hat und laufend verspricht.

Wenn man die Ereignisse des 21. August 1968 ernst nimmt und wenn man entschlossen ist, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, dann gehört auch die Sicherung der Ernährung unserer Bevölkerung dazu. Bei der Lösung dieser Aufgabe fällt den Bauern ein entscheidender Anteil zu. Daher haben die Bauern vom staatspolitischen Standpunkt aus ein Recht, von der Regierungspartei anders behandelt werden, als sie anläßlich des jüngsten Koalitionsproporz-Abkommens behandelt wurden. Diesen Vorwurf halten wir Freiheitlichen gegenüber der Österreichischen Volkspartei aufrecht. Darüber hinaus — das nehmen wir heute der weiteren Diskussion über diesen Gegenstand vorweg — wollen wir von den Verantwortlichen der Regierungspartei Aufschluß über die Hintergründe haben, die diesem Koalitionskompromiß zugrunde liegen.

Aus diesem Grunde haben wir jene Anfrage eingebracht, die mein Fraktionskollege Meißl bereits zitierte und die folgende Aufklärung begehrt:

1. Welchen genauen Wortlaut hat jene schriftliche Erklärung, durch deren Unterzeichnung der zuständige Minister sich verpflichten mußte, beim Nichtzustandekommen einer Zweidrittelmehrheit im ÖIG-Aufsichtsrat bei der Neubestellung eines Vorstandsmitglieds mit den Parlamentsklubs „Kontakte“ aufzunehmen?

Wir Freiheitlichen sind über diesen Gegenstand lediglich durch Mitteilungen der Tagespresse unterrichtet. Wir haben bis zur Stunde von der Regierungspartei darüber keine Erklärung erhalten.

2. Wird der Herr Minister bei einem derartigen Kontakt mit der FPÖ-Nationalratsfraktion die Forderung der freiheitlichen Abgeordneten berücksichtigen, die Entscheidungen nach fachlichen Qualifikationen vorzunehmen?

3. Welche im nächsten Jahr ablaufenden Vorstandsverträge werden auf Grund des neuen Proporzpaktes verlängert werden und

10012

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Peter

für welche Zeit wird diese Verlängerung vorgenommen werden?

4. Warum sollen in der Vereinigten Metallwerke Ranshofen-Berndorf-AG. statt der bisherigen Form vier gleichberechtigte Direktoren bestellt werden, obwohl dies jeder wirtschaftlichen Vernunft zuwiderläuft?

5. Welche persönliche Haltung hat der Minister als der für die verstaatlichten Unternehmen verantwortliche Ressortchef in Wahrnehmung seiner im ÖIG-Gesetz verankerten Rechte und Pflichten bei den zwischen ÖVP und SPÖ geführten Proporzverhandlungen eingenommen?

Und abschließend: 6. Ist der Herr Minister in der Lage, für jene Entwicklung in der verstaatlichten Industrie die volle Verantwortung zu übernehmen, die durch dieses neue Proporzabkommen zwischen ÖVP und SPÖ vorbestimmt wurde?

Da dies alles in die Verlängerung der Marktordnungsgesetze hineinspielt, melden wir heute bereits an, daß wir von der Regierungspartei über die Verhandlungen, ihr Ergebnis und die Hintergründe Aufschluß begehren.

Herr Bundesminister! Nun möchte ich mich einer bäuerlichen Problematik zuwenden, die nach Ansicht von uns Freiheitlichen nach wie vor ungelöst ist. Wir Freiheitlichen machen der Regierungspartei wie auch den früheren Koalitionsregierungen den Vorwurf, daß sie durch das Schulgesetzwerk 1962 ein Bildungsgefälle zum Nachteil des Landkindes geschaffen haben. Dieses Bildungsgefälle ergibt sich vor allem aus der Art und Weise, wie das 9. Pflichtschuljahr in die Schulbahn eingefügt wurde. Wir sind zudem der Meinung, daß das Bildungsgefälle zum Nachteil des Landkindes über den Pflichtschulbereich hinaus dadurch verstärkt wird, daß das landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulwesen nach wie vor im argen liegt, daß der Ausbau vernachlässigt und daß vieles auf dem Gebiet der bäuerlichen Bildungspolitik versäumt wurde.

Ich möchte noch den Vorwurf deponieren, daß im bäuerlichen Berufs- und Fachschulwesen vielfach parteipolitischer Mißbrauch getrieben wird. Ich stehe Ihnen, Herr Bundesminister, außerhalb dieser heutigen Ausführungen jederzeit Rede und Antwort über jene Schulen, wo mir derartige Dinge begegnet sind.

In der Agrarbeilage der „Kleinen Zeitung“ vom 30. November 1968 wird ja auch auf den Nachholbedarf des bäuerlichen Bildungswesens eindringlich hingewiesen. Ich erinnere an jene Formulierung, die die Verhältnisse in der Steiermark mit folgendem Satz charakterisiert: Erst hundert Jahre nach der Grün-

dung der ersten steirischen Landwirtschaftsschule geht man daran, das landwirtschaftliche Schulwesen auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. — Es besteht also ein Nachholbedarf sowohl im grundsätzlichen Ausbau als auch in der Strukturverbesserung des landwirtschaftlichen Schulwesens.

Herr Bundesminister! Ich bin der Meinung, daß man über die derzeit bestehenden landwirtschaftlichen Bildungseinrichtungen hinausgehen müßte und daß man bäuerliche Erwachsenenenschulen, die sich in anderen Ländern bewährt haben, auch in Österreich errichten sollte.

Wir kennen aus dem Bereich des zweiten Bildungsganges den Begriff der „Erwachsenenmatura“. Diese „Erwachsenenmatura“ ist nicht mit einer Reifeprüfung als Voraussetzung für ein späteres akademisches Studium gleichzusetzen. Diese „Erwachsenenmatura“ strebt einen Bildungsabschluß an, der bäuerliche Bevölkerungskreise in bildungspolitischer Hinsicht niveaumäßig begünstigen soll, um sie in die Lage zu versetzen, dem wirtschaftlichen Wettbewerb besser als bisher gerecht zu werden.

Der Ausbau des zweiten Bildungsganges scheint uns für den Abbau des Bildungsgefälles zum Nachteil des Landkindes und der Landbevölkerung von besonderer Bedeutung zu sein. Wir Freiheitlichen streben die kombinierte theoretisch-praktische Berufsausbildung an, die vor allem im Bereich der höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten noch nicht befriedigend gelöst ist. Ich bin der Überzeugung, daß eine mangelnde Koordination zwischen dem Unterrichtsministerium und dem Landwirtschaftsministerium in landwirtschaftlichen Bildungsfragen vorliegt. Es gibt Fragen der allgemeinen und landwirtschaftlichen Bildungspolitik, die einer gemeinsamen Behandlung zum Zwecke der Koordination und Konzentration bedürfen.

Ich habe der Agrarbeilage der „Kleinen Zeitung“ mit Interesse entnommen, daß bis jetzt nur 1,9 Prozent der steirischen Landwirte eine bäuerliche Fachschule besucht haben. Diese Zahl ist der Betriebszählung des Jahres 1960 entnommen. Man fordert auch die Beseitigung der Bildungsdisparität zur Weckung und Förderung des Bildungswillens der bäuerlichen Jugend, wie sich ein landwirtschaftlicher Fachmann ausdrückt. Vom Landwirtschaftsministerium müßte eine weitaus wirksamere Bildungswerbung und -beratung durch die einzelnen Fachorgane des landwirtschaftlichen Bereiches erfolgen. Es mangelt an einer breitgestreuten Aufklärungsarbeit, die in bäuerlichen Bereichen dringend notwendig ist.

Eine effektive landwirtschaftliche Bildungspolitik setzt aber auch den Vollausbau des

Peter

Pflichtschulwesens voraus. Dazu gehört die Beseitigung von ein- und zweiklassigen Schulen. Vor allem haben Neuerrichtungen von wenig gegliederten Pflichtschulen zu unterbleiben. In den Bereichen allgemeinbildender höherer Schulen der Städte und Märkte wird nicht selten ein Schülerpotential mitgeschleppt, das begabungsmäßig überaus problematisch ist, während begabte junge Menschen in den Landgemeinden dieses Bildungsganges nicht teilhaftig werden können.

Mit Hilfe des Polytechnischen Lehrganges ist ein Bildungsgefälle zum Nachteil des Landkindes geschaffen worden. Ebenso entstand im Bereich des allgemeinbildenden höheren Schulwesens ein Bildungsgefälle, das sich zum Schaden des Landkindes auswirkt. Dieses Bildungsgefälle ist durch die Schulgesetzgebung 1962 zementiert und hürdenhoch errichtet worden.

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß die Hauptschulpflichtsprengelentscheidend verbessert werden müssen. Sie sind auf das gesamte Bundesgebiet auszudehnen, weil die Forderung verwirklicht werden muß, jedem Landkind wenigstens den Besuch der Hauptschule zu ermöglichen. An dieser Forderung läßt sich nicht rütteln. Sie muß so rasch als möglich verwirklicht werden.

Wir Freiheitlichen sehen im landwirtschaftlichen Bildungswesen ein Instrument und Hilfsmittel zur Verringerung sozialer Gegensätze in unserem Lande. Je mehr wir das Landkind einer besseren Bildung zuführen, umso mehr kann es im späteren Leben kraft seines besseren Wissens zur Lösung der eigenen Lebensfragen selbst beitragen.

Das landwirtschaftliche Bildungswesen muß leistungsfähiger gestaltet werden. Diese Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaftsschulen ist nicht zu trennen von der Überprüfung des Lehrgutes, des Lehrplanes, der Lehrmethoden und der Lehrverfahren. Hier müssen Revisionen und Erneuerungen vorgenommen werden.

Mit Nachdruck bitte ich um die Befreiung des landwirtschaftlichen Bildungswesens vom parteipolitischen Einfluß. Die derzeitigen Mißstände im landwirtschaftlichen Bildungswesen steigen mit der Höhe der Schulgattung beziehungsweise deren Organisation. Wenn der Schulbetrieb so gestaltet werden muß, daß in vielen Landwirtschaftsschulen um 7 Uhr 15 früh mit dem Unterricht begonnen werden muß, dann ist es bei einer derartigen Auslastung der dort studierenden bäuerlichen Jugend ausgeschlossen, entscheidende Prüfungen am Ende des Schuljahres und vor Schluß des Semesters an einem Sonntag um 19 Uhr abend vorzunehmen.

Warum kam es dazu? Nicht aus Böswilligkeit der Professoren, sondern weil der Lehrstoff so umfassend ist, daß die Lehrer zu wenig Zeit haben, ihn in der zur Verfügung stehenden Unterrichtszeit zu bewältigen. In Aussprachen zwischen Professoren und Lehrern einerseits und Schülern andererseits hat man sich dann in mehreren Schulen darauf geeinigt, den Sonntagnachmittag und Sonntagabend für die Abhaltung entscheidender Prüfungen zu verwenden. Ich lasse es dahingestellt, ob ein Schüler an einem Sonntag um 18 und 19 Uhr abend, nachdem er körperliche und geistige Kräfte im Tagesablauf verbraucht hat, noch die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewältigung einer entscheidenden Prüfung besitzt.

Herr Minister! Das sind nur einige wenige Eindrücke, die ich persönlich im Bereich des landwirtschaftlichen Bildungswesens gesammelt habe. Ich stellte auch fest, daß die Unterbringungsmöglichkeiten an verschiedenen landwirtschaftlichen Bildungseinrichtungen so schlecht sind, daß sie jeder Beschreibung spotten.

Ich halte fest, daß an den höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten ausgezeichnete Fachkräfte tätig sind, denen aber jede pädagogische und psychologische Voraussetzung für ihr Lehramt fehlt. Herr Minister! In diesem Bildungsbereich liegt es sehr im argen. Ich bitte Sie, diese Mängel zu beheben.

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß das landwirtschaftliche Bildungswesen ziel führend ausgebaut, daß es verbreitert und daß ihm ein entscheidender Impuls verliehen werden müßte.

Einen kleinen Lichtblick stellen die Schülerzahlen der höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten dar, in denen innerhalb von zehn Jahren der Schülerstand von 787 auf 1301 Schüler angehoben werden konnte. Diese Tendenz ist erfreulich. Aber die Zahl der Maturanten der höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten steht zur Gesamtzahl der übrigen Maturanten in einem katastrophalen Verhältnis. Die Zahl der Maturanten der höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten beläuft sich auf 2,1 Prozent. Die kommende Führungsschicht unseres Bauernstandes ist eng und schmal. Darum erscheint es mir geboten zu sein, diesen Bildungszweig entscheidend auszubauen.

Die Schülerzahl an den landwirtschaftlichen Fachschulen hingegen stagniert im Zeitraum zwischen 1956 und 1967. Im Jahre 1956 waren 4320 Schüler, und im Schuljahr 1966/67 waren es lediglich 4940 Schüler.

Auf eine breitere Grundlage verweisen die landwirtschaftlichen Berufsschulen. Sie ver-

10014

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Peter

deutlichen das Absinken des Anteiles der bäuerlichen Bevölkerung am Gesamtanteil der Bevölkerung. 1956/57 haben etwa 34.000 Schüler die landwirtschaftlichen Berufsschulen besucht. Im Schuljahr 1966/67 waren es noch rund 10.000 Schüler, die die landwirtschaftlichen Berufsschulen besuchten.

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß die angespannte Situation der Landwirtschaft gebietet, rasch alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das landwirtschaftliche Bildungswesen intensiv und zukunftsweisend ausgebaut wird.

Ein grundlegender Fehler zum Nachteil des Landkindes ist der Schulreform 1962 mit der Einführung des Polytechnischen Lehrganges unterlaufen. Das möchte ich noch einmal unterstreichen. (*Zwischenruf des Abg. Harwalik.*) Wir Freiheitlichen sind der Überzeugung, daß mit der 5. Volksschulstufe dem Landkind wesentlich besser gedient worden wäre, als ihm mit dem Polytechnischen Lehrgang gedient wurde. (*Abg. Harwalik: Ihre Komplexe kenne ich! — Abg. Zeillinger: Wir Ihre auch! Nur sind leider Ihre Komplexe Gesetz geworden! Das ist das Unglück für Österreich, Herr Kollege! — Abg. Dr. Pittermann: Überlassen Sie die Beurteilung der Komplexe dem Kollegen Scrinzi!*)

Herr Abgeordneter Harwalik! Ich wiederhole noch einmal eines meiner Gegenargumente: Wenn es stimmt, daß auf Grund der Umweltverhältnisse und der Reizüberflutungen der Zehnjährige von heute wesentlich mehr Belastungen ausgesetzt ist als ein Zehnjähriger vor 20 oder 30 Jahren, wenn das stimmt und wenn eine Reihe von Staaten diesem Umstand dadurch Rechnung trägt, daß sie den Übertritt in die weiterführenden Schulgattungen um ein Jahr hinausschieben, dann dürfen Sie mir nicht in demagogischer Absicht einen Komplex unterstellen. Damit ich mich nicht nur auf Behauptungen beschränke, darf ich die Verhältnisse in drei europäischen Staaten zitieren, um den Gegenbeweis anzutreten.

Frankreich hat ein auf zehn Pflichtschuljahre aufgebautes Schulsystem. Der Übertritt von der Grundschule in die Sekundarschule erfolgt dort nach der fünften Volksschulstufe.

Großbritannien hat ein auf elf Jahre aufgebautes Pflichtschulwesen. Nach sechs Jahren erfolgt der Übertritt in die weiterführenden Schulgattungen und die Auffächerung in das Fachlehrersystem.

Italien, um einen der nächsten Nachbarn zu zitieren, fächert nach der fünften Volksschulstufe auf und verlegt den Schulwechsel auch in das 11. Lebensjahr.

Wenn Sie mir also einen Komplex unterstellen, so müßte das Schulwesen der drei genannten Länder an dem gleichen Komplex leiden. (*Abg. Harwalik: Nein, aber Sie haben bei der längeren Schulzeit die Möglichkeit, in der letzten Schulstufe in die Berufswelt überzuführen! Das ist das entscheidende: von der Schulwelt in die Berufswelt überzuleiten!*) Auch darauf bin ich vorbereitet. (*Ruf bei der ÖVP: Auf alles!*) Ja, bei Harwalik muß man mit allem rechnen. (*Abg. Dr. Gruber: Beim Abgeordneten Peter muß man damit rechnen, daß er in der Landwirtschaftsdebatte über das Pflichtschulwesen redet! — Abg. Meißl: Das gehört dazu, Herr Abgeordneter Gruber! Oder glauben Sie, das Landkind braucht nicht in die Schule zu gehen?*)

Zum Unterschied vom Herrn Abgeordneten Gruber bin ich der Meinung, daß Bildung für die Landwirtschaft kein Luxus ist und daß das Gedeihen der Landwirtschaft unter anderem davon abhängen wird, wie gut, festgefügt und solide die Bildungsgrundlage der bäuerlichen Jugend ist. (*Abg. Dr. Gruber: Darüber ist gar nicht zu debattieren!*) Natürlich, der Vollausbau der Pflichtschule ist genauso zu debattieren, Herr Abgeordneter Gruber. (*Abg. Dr. Gruber: Das haben wir beim Kapitel Unterricht schon debattiert! Da haben Sie gefehlt, Herr Bezirks-, aha, Herr Landesschulinspektor! — Abg. Harwalik: Sie haben recht, wenn Sie sagen, daß das Bildungsgefälle noch zu groß ist! Aber, Herr Abgeordneter Peter, wir haben jetzt mehr Hauptschulen und Mittelschulen auf dem Land! Das Bildungsgefälle ist wirklich verringert worden, wenn auch noch nicht genügend!*)

Präsident Wallner (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, Zwiegespräche zu unterlassen! Das Wort hat der Herr Abgeordnete Peter!

Abgeordneter Peter (*fortsetzend*): Herr Abgeordneter Harwalik! Das stimmt nur zu einem ganz geringen Prozentsatz. Das Bildungsgefälle zum Nachteil des Landkindes wird durch jene Mißstände überdeckt, die Sie unter anderem im Rahmen des Schulgesetzwerkes 1962 mit geschaffen haben. Mißstände, die heute von der Volksschule über die Hauptschule bis zur allgemeinbildenden höheren Schule reichen und für die Sie, Herr Abgeordneter Harwalik, die Verantwortung mit tragen. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Harwalik: Das ist Ihre Meinung! Aber die breitere Meinung der Eltern steht gegen die Ihre! — Abg. Zeillinger: Gehen Sie in eine Elternversammlung! Hören Sie sich das an! Ich bringe ein Tonband! Das Wort „Verbrechen an den Kindern“ ist gefallen! — Abg. Harwalik: Reden Sie doch nicht so dumm! — Heiterkeit. — Abg. Zeillinger: Herr Kollege! Was man selbst ist, soll*

Peter

man nicht anderen vorwerfen! — Ruf: Beherrschen Sie sich! — Abg. Zeillinger: Herr Präsident! Schützen Sie die Abgeordneten, wenn hier dauernd Beleidigungen erfolgen!)

Präsident **Wallner** (das Glockenzeichen gebend): Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Pansi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Pansi** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Alle meine Vorredner haben sich verständlicherweise sehr eingehend mit den Problemen unserer Agrarpolitik beschäftigt. Ich darf mich als Funktionär der Land- und Forstarbeiter zuerst mit den Sorgen und Problemen dieser Berufsgruppen beschäftigen und mich nachher ebenfalls unserer umstrittenen Agrarpolitik zuwenden.

Die wirtschaftliche Lage unserer Land- und Forstarbeiter ist alles andere als günstig. Sie stehen trotz mancher Fortschritte in mancherlei Hinsicht noch auf der untersten Sprosse unserer sozialen Stufenleiter. Der 130 Seiten umfassende Grüne Bericht für das Jahr 1967 behandelt auf eineinhalb Seiten und mit einigen Tabellen auch die wirtschaftliche Lage der Land- und Forstarbeiter. Dieser Abschnitt gehört zweifellos zu den unerfreulichsten des gesamten Grünen Berichtes.

Das Durchschnittseinkommen der Land- und Forstarbeiter lag im Vorjahr um 584 S pro Monat oder um rund 20 Prozent unter dem der Arbeiter in Industrie, Handel und Gewerbe.

Die tatsächlichen Verhältnisse sind aber noch wesentlich ungünstiger, als in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt. Von den Land-, besonders aber von den Forstarbeitern ist jährlich ein hoher Prozentsatz mehrere Monate arbeitslos. So waren zum Beispiel im vergangenen Winter in Kärnten 65 Prozent und in Tirol 70 Prozent aller Forstarbeiter zwei bis drei Monate, aber auch vier und fünf Monate ohne Arbeit. Durch das niedrige Arbeitslosengeld sinkt das Einkommen noch wesentlich unter den im Grünen Bericht angegebenen Verdienst.

Die ohnehin ungünstige Lage der Land- und Forstarbeiter glaubt aber auch der Herr Finanzminister noch weiter verschlechtern zu müssen.

Unsere Forstarbeiter, die eine schwere und gefährvolle Arbeit zu verrichten haben wie kaum eine andere Berufsgruppe, brauchen zur Berufsausübung Werkzeuge, die sehr teuer sind, wie zum Beispiel Motorsägen, die bis zu 7000 S kosten und auch in der Erhaltung und Verwendung sehr teuer sind.

Die Werkzeuge sollen laut Kollektivvertrag von den Arbeitgebern beigestellt werden. Diese tun das aber in den wenigsten Fällen, sondern zahlen den Forstarbeitern das vor-

gesehene Werkzeugpauschale, weil ihnen das wesentlich billiger kommt als die Beistellung der Werkzeuge. Dieses Werkzeugpauschale war von jeher — und bis 31. Dezember 1967 — steuerfrei, weil es eindeutig Aufwand und kein Verdienst ist. Ab 1. Jänner dieses Jahres wird nun vom Finanzministerium der Aufwand für die Anschaffung und die Instandhaltung der Werkzeuge als Entgelt angesehen, damit versteuert und so das Einkommen der Forstarbeiter erheblich vermindert.

Niemand versteht diese Vorgangsweise des Herrn Finanzministers. Auf der einen Seite erhalten bestimmte Gruppen Milliardenbeträge an Steuergeschenken, während auf der anderen Seite bei den schwer arbeitenden Forstarbeitern die Steuerlast vergrößert wird. So sieht, meine Damen und Herren, die von der ÖVP vielgerühmte Sozialpolitik aus!

Ein von mir im Finanz- und Budgetausschuß gestellter Antrag, für die Forstarbeiter in steuerlicher Hinsicht wieder jenen Zustand herzustellen, wie er bis Ende des Vorjahres bestanden hat, wurde leider von der ÖVP-Mehrheit abgelehnt, obwohl eine Reihe von ÖVP-Abgeordneten erklärten, daß die Forderung der Forstarbeiter voll und ganz berechtigt sei. Sie, sehr verehrter Herr Landwirtschaftsminister, haben mir im Budgetausschuß Ihre Unterstützung zugesagt, daß für die Forstarbeiter wieder der Zustand hergestellt wird, wie er bis zum Ende des Vorjahres bestanden hat. Herr Minister! Ich werde mir erlauben, noch während der Budgetberatungen auch im Hohen Hause einen Initiativantrag einzubringen, und darf Sie bitten, Herr Minister, in der ÖVP die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß dieser Antrag die Zustimmung des Hohen Hauses findet und den Forstarbeitern wiederum Gerechtigkeit widerfährt.

Geradezu unverständlich ist es, daß trotz der ungünstigen und unbefriedigenden Lage der Land- und Forstarbeiter die Arbeitgeber versuchen, auch noch Verschlechterungen des bestehenden Landarbeitsrechtes durchzusetzen. Das Landwirtschaftsministerium hat diese Bestrebungen einige Zeit hindurch sogar noch unterstützt. Durch die scharfen Proteste der Gewerkschaft ist man nun etwas vorsichtiger geworden, und die Bemühungen um eine Verschlechterung des Landarbeitsrechtes wurden in die Landtage verlagert, die bekanntlich für die Ausführungsgesetzgebung des Landarbeitsrechtes zuständig sind. In Tirol hat man den Arbeitern in der Land- und Forstwirtschaft bereits einen Feiertag weggenommen, in der Steiermark versucht man gegenwärtig das gleiche zu tun. Die ÖVP-Mehrheit ist auch dort bestrebt, das Arbeitsrecht der Land- und Forstarbeiter zu verschlechtern. Eine Ver-

10016

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Pansi

schlechterung der Abfertigungsbestimmungen wird in der Steiermark ebenfalls angestrebt, und das gleiche gilt auch für die ÖVP in Kärnten.

Ich darf, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber auch noch darauf hinweisen, daß die niedrigen Löhne der Land- und Forstarbeiter und die große Winterarbeitslosigkeit nicht nur gegenwärtig den Lebensstandard der Land- und Forstarbeiter empfindlich schmälern, sondern auch noch ihre Fernwirkung haben. Nach der Höhe des Verdienstes werden bekanntlich auch die Pensionen berechnet. Die von der Land- und Forstwirtschaftlichen Sozialversicherungsanstalt im Jahre 1967 neu zuerkannten Pensionen betrugen im Durchschnitt bei den Männern — es handelt sich hier um die Alterspensionen — 1482,70 S und bei den Frauen sage und schreibe 737,10 S. Die Invaliditätspensionen waren noch wesentlich niedriger und haben bei den Männern 1013 S und bei den Frauen ganze 614,60 S betragen! Ich hoffe, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß angesichts dieser Pensionshöhe in Ihren Reihen der Ruf: Sie wollen hohe Pensionen, aber nichts arbeiten!, in Zukunft verstummt und nicht wieder ertönt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dazu darf ich aber auch noch bemerken, daß nur rund ein Drittel die Alterspension und zwei Drittel der Land- und Forstarbeiter die Invaliditätspension bekommen. Die Schwere der Arbeit und die Witterungseinflüsse, welchen die Land- und Forstarbeiter ausgesetzt sind, führen viel zahlreicher als in anderen Berufsgruppen zu frühzeitiger Arbeitsunfähigkeit. 68,5 Prozent der Invaliditätspensionisten und 52,4 Prozent der Alterspensionisten erhalten wegen der geringen Pensionshöhe eine Ausgleichszulage. Das sind die Folgen der niedrigen Löhne und der großen Winterarbeitslosigkeit, die unsere Land- und Forstarbeiter bis an ihr Lebensende zu tragen haben.

Nun zur Frage, ob denn das auch wirklich so sein muß und ob die Land- und Forstarbeiter wirklich so stiefmütterlich behandelt werden müssen. Ich sage, daß das durchaus nicht der Fall sein muß. Die österreichische Landwirtschaft hat seit vielen Jahren im großen und ganzen europäische Preise. Dazu hat sie im Laufe der Zeit viele Milliarden Schilling an Subventionen bekommen.

Dem Grünen Bericht, der meiner Meinung nach ohnehin ziemlich grau gefärbt ist, können wir aber auch entnehmen, daß größere landwirtschaftliche Betriebe recht gute Einkommen erzielen, die besonders im nordöstlichen Flach- und Hügelland, also in Niederösterreich, bis zu 70.000 S pro Arbeitskraft erreichen. In kleineren Betrieben sind bekanntlich Land-

arbeiter nicht beschäftigt. Dabei handelt es sich durchwegs um ausgesprochene Familienbetriebe.

Es würde also durchaus die Möglichkeit bestehen, daß die Landarbeiter bessere Löhne bekommen. Es fehlt allerdings an der Bereitschaft der Arbeitgeber, bessere Löhne zu bezahlen. Die verheerenden Folgen der Winterarbeitslosigkeit könnten ohne Schwierigkeiten durch unsere Sozialgesetzgebung beseitigt werden, wenn die Mehrheit dieses Hohen Hauses dazu bereit wäre.

Ich habe mir erlaubt, schon beim Kapitel Soziales darauf hinzuweisen, wie nachteilig sich die Arbeitslosigkeit für die in Saisonberufen Beschäftigten auswirkt. Ich habe auch Vorschläge unterbreitet, wie man diese Härten beseitigen könnte. Leider haben wir bisher auf der rechten Seite dieses Hohen Hauses nicht das notwendige Verständnis gefunden.

Ich kann aber auch nicht umhin, Hohes Haus, zum wiederholten Male darauf hinzuweisen, daß die Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft mit dem bestehenden Zustand der geteilten Gesetzgebung in ihrem Arbeitsrecht nicht zufrieden sind und die Vereinheitlichung fordern.

Ich habe schon mehrmals feststellen müssen, wie säumig die Landtage bei der Durchführung der Grundsatzgesetze sind. Kein einziges Ausführungsgesetz wird innerhalb der verfassungsmäßig vorgesehenen Frist von sechs Monaten beschlossen, sondern es vergehen fast durchwegs Jahre, bis die Land- und Forstarbeiter zu ihrem Recht kommen.

Ich möchte nicht wieder alle Verzögerungen aufzählen und nur auf das letzte Beispiel verweisen. Am 28. Juni 1967 hat das Hohe Haus eine Novelle zum Landarbeitsgesetz beschlossen und damit die Voraussetzung dafür geschaffen, daß der 26. Oktober auch für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft der gesetzliche Feiertag, der Staatsfeiertag wird. Inzwischen haben wir schon zwei 26. Oktober hinter uns, aber noch immer haben nicht alle Landtage die Ausführungsgesetze beschlossen, und es wäre theoretisch für die Land- und Forstarbeiter der 26. Oktober noch immer kein gesetzlicher Feiertag.

Auf die länderweise unterschiedliche Arbeitszeit in den bäuerlichen Betrieben habe ich ebenfalls schon mehrmals hingewiesen. Sie liegt zwischen 48 und 51 Stunden pro Woche. Niemand kann die Unterschiede begreifen. Das gleiche gilt für eine Reihe anderer Bestimmungen, wie zum Beispiel die Abfertigungsbestimmungen, die Entgeltbestimmungen, die Feiertage, den Mutterschutz und so weiter.

Pansi

Lange Zeit hindurch war es nur die Gewerkschaft, die auf diesen unbefriedigenden Umstand hingewiesen und eine Änderung verlangt hat. In letzter Zeit haben wir allerdings sehr gewichtige Bundesgenossen erhalten. Die Österreichischen Bundesforste mußten bei der Beseitigung der Schäden der Windwurfkatastrophe in Obersteiermark Forstarbeiter aus ganz Österreich zusammenziehen. Die Forstarbeiter mußten nach den Rechtsvorschriften behandelt werden, wie sie in jenem Bundesland gelten, aus dem sie gekommen sind. Das war für die Bundesforste alles andere als einfach, und es hat nicht nur eine erhebliche Verwaltungsmehrarbeit verursacht, sondern auch zu großer Unzufriedenheit unter den Forstarbeitern geführt, weil die Forstarbeiter des gleichen Betriebes bei der gleichen Arbeit völlig unterschiedlich behandelt werden mußten.

Wir haben aber auch ein sehr wesentliches Gutachten eines Arbeitsrechtlers, welches besagt, daß sich die geteilte Zuständigkeit im Arbeitsrecht der Land- und Forstarbeiter auf die Weiterentwicklung unseres Arbeitsrechtes sehr ungünstig auswirkt. Es ist das Herr Professor Schnorr von der Universität in Innsbruck, der von der Kodifikationskommission aufgefordert wurde, ein Gutachten für die Kodifikation des Arbeitsrechtes zu erstellen. Er hat dringend eine Vereinheitlichung des Arbeitsrechtes für die Land- und Forstwirtschaft empfohlen.

Schließlich hat sich auch die Obmännerkonferenz der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände, also die Organisation jener land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, welche Dienstnehmer beschäftigen, die daher auf der Arbeitgeberseite die berufenste Stelle ist, um in Arbeitnehmerfragen mitreden zu können, eindeutig für eine Vereinheitlichung des Landesarbeitsrechtes ausgesprochen. Dagegen sind lediglich einige Funktionäre der Landarbeiterkammern und die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern. Ich glaube, es handelt sich hier zum größten Teil um rein persönliche Ansichten und zum anderen um politische Momente, denn sachliche Überlegungen können es nicht sein, welche die Präsidentenkonferenz veranlaßt haben, sich gegen eine Vereinheitlichung des Landarbeitsrechtes auszusprechen.

Die Land- und Forstarbeiter erwarten vom Landwirtschaftsministerium, daß es jene Gruppen unterstützt, die eine Weiterentwicklung des Landarbeitsrechtes wünschen und eine Vereinheitlichung des Landarbeitsrechtes anstreben, und nicht jene Gruppen, die an dem bestehenden Zustand, der sich immer wieder als unbefriedigend erweist, festhalten.

Meine Damen und Herren! Nun darf ich mich als Nichtbauer auch etwas mit unserer Agrarpolitik beschäftigen. Ich muß ja damit rechnen, daß von der rechten Seite zu meinen Ausführungen viele Zwischenrufe kommen werden (*Abg. Steiner: Wird's so wild werden?*), weil es bei Ihnen üblich ist, die Auffassung zu vertreten, zur Agrarpolitik könne grundsätzlich nur ein Bauer reden, und wer nicht ein Bauer ist, hätte nicht das Recht, dazu seine Meinung zu äußern. (*Abg. Steiner: Es kann auch durchaus ein anderer reden!*) Ich freue mich, wenn Sie anderer Meinung sind und auch bereit sind, Ansichten von Nichtbauern zu hören (*Abg. Griesner: Selbstverständlich!*) und vielleicht auch dann und wann zu akzeptieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf damit beginnen, daß ich die Einleitung des Wirtschaftsprogramms der Sozialistischen Partei, Kapitel Agrarpolitik, zitiere. Die Einleitung lautet:

„Die Bauern sind Opfer einer falschen Agrarpolitik. Auch durch intensivste Arbeitsleistung können sie die Fehler dieser Politik nicht wettmachen. Sie werden daran gehindert, sich den Erfordernissen eines immer härter werdenden Konkurrenzkampfes anzupassen. Unter diesen Umständen vermögen selbst Beihilfen und Preisstützungen nichts daran zu ändern, daß das Arbeitseinkommen der Bauern hinter dem anderer Bevölkerungsschichten zurückbleibt. Trotz der Bemühungen des Landvolkes bleibt infolge der fehlerhaften Agrarpolitik den Bauern sowie der gesamten Volkswirtschaft der gebührende Erfolg versagt.“ (*Abg. Steiner: Wer hat das geschrieben?*)

Ich sage Ihnen von der rechten Seite damit ja nichts Neues, denn Sie haben das sozialistische Wirtschaftsprogramm mehrmals zitiert. Man kann daraus entnehmen, daß Sie sich doch ziemlich eingehend damit beschäftigt haben, was uns sehr freut, denn wir nehmen doch an, daß Sie das eine oder andere übernehmen und in die Praxis umsetzen werden. Zugeben werden Sie es allerdings nicht. (*Abg. Steiner: Sie haben sehr viel von uns in Ihr Programm übernommen!*)

Meine Damen und Herren! Diese eben zitierten Feststellungen stimmen vollkommen. Es ist richtig, daß unsere Agrarpolitik in der Vergangenheit vielfach das Gegenteil von dem getan hat, was richtig gewesen wäre und was andere Staaten in Europa getan haben. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Die haben dieselben Schwierigkeiten in der Agrarpolitik!*)

Wie sieht denn nun unsere heutige Agrarpolitik aus beziehungsweise wie ist die Lage in unserer Agrarwirtschaft?

10018

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Pansi

Wir haben einen erheblichen Weizenüberschuß. Je nach der Ernte ist er verschieden, und wir sind nicht in der Lage, diesen Weizenüberschuß auch nur irgendwo in der Welt um den österreichischen Weizenpreis abzusetzen. Es ist für eine Volkswirtschaft kein Vorteil, wenn sie das, was sie erzeugt, nicht verkaufen kann. Der einzige Ausweg ist, daß wir den Weizen denaturieren — dazu ist natürlich wieder ein verhältnismäßig großer Betrag notwendig — und daß wir ihn dann verbilligt an die Bauern zurückverkaufen, damit er an die Schweine verfüttert wird.

Wir haben eine sehr starke Überproduktion von Milch und Milchprodukten. Bekanntlich müssen wir jeden fünften Liter oder 25 Prozent unserer Milchproduktion außerhalb des Landes ... (*Abg. Kern: 20 Prozent!*) Wenn man es zurückrechnet. Wenn man von 5 Liter einen Liter wegrechnet, sind es 20 Prozent; aber wenn man von 4 Liter hinaufrechnet, sind es 25 Prozent. Diese 25 Prozent müssen wir absetzen! 25 Prozent unserer Milchproduktion müssen wir auch wieder im Ausland absetzen; bei weitem nicht zum österreichischen Erzeugerpreis, sondern zu wesentlich niedrigeren Preisen. (*Abg. Kern: Das soll bei den Industrieerzeugnissen auch vorkommen!*) Sie wissen ja, daß wir vor kurzem sogar gezwungen waren, unsere Butter um 7 S und teilweise zu einem noch geringeren Betrag nach Afrika zu verkaufen.

Wir haben aber auch eine erhebliche Überproduktion an Fleisch. Ich verstehe unter Überproduktion das, was wir nicht im eigenen Land verbrauchen können. Wir können das Fleisch auch nur mit erheblichen Stützungen im Ausland absetzen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Herr Abgeordneter Pansi! Den Strom liefern wir um 5 Groschen ins Ausland! Das müssen Sie auch dazusagen! Das ist ein Zehntel des Wertes!*) Aber ohne staatliche Stützung, das bitte ich auch zu berücksichtigen! (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Ob das Stützung heißt oder Subvention, ist doch egal! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Das muß der Stromabnehmer zahlen!*)

Wir haben in unserer Agrarwirtschaft lediglich ein Loch bei der Futtermittelerzeugung. Man hat in der letzten Zeit Maßnahmen ergriffen, um unsere Futtermittelproduktion zu heben. Es sind zweifellos bescheidene Fortschritte erzielt worden, aber wir dürfen nicht vergessen, daß auch dort der österreichischen Landwirtschaft nur ein verhältnismäßig geringer Spielraum gegeben ist und daß wir auch dort in absehbarer Zeit den Inlandbedarf decken werden und ebenfalls keinen Einfuhrbedarf mehr haben werden.

Ein weiteres Loch bilden die pflanzlichen Fette und Öle; dort werden wir kaum autark werden, weil wir viele dieser Fettstoffe nicht selbst erzeugen können.

Aber nun, meine Damen und Herren, kommt für die österreichische Landwirtschaft das Unangenehme. Trotz der starken Produktionssteigerung, die in unserer Landwirtschaft zweifellos zu verzeichnen ist, sind die Einkommensverhältnisse eines großen Teiles unserer Landwirtschaft völlig unbefriedigend.

Und wie, meine sehr Verehrten, ist es zu dieser unbefriedigenden Situation gekommen? Wie war die Ausgangslage unserer Landwirtschaft nach dem Krieg? Die Hektarerträge unserer Landwirtschaft waren verhältnismäßig gering, teilweise durch die Einwirkungen des Krieges, zum größeren Teil aber deswegen, weil unsere Agrarwirtschaft, unsere Landwirtschaft in der Ersten Republik im Verhältnis zu anderen europäischen Staaten sehr rückständig gewesen ist. Wir haben in der Ersten Republik in unserer Landwirtschaft kaum Fortschritte erzielen können. Das gleiche gilt auch für die Milchwirtschaft und für die Viehzucht.

Wir haben also unmittelbar nach dem Krieg viel zuwenig Lebensmittel für unsere Bevölkerung gehabt, und der Staat war bestrebt, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, um unsere Bevölkerung aus der Eigenproduktion mit soviel Lebensmitteln wie möglich zu versorgen. Das war zweifellos richtig. Diese Politik war durchaus richtig. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Endlich was richtig!*) Aber, meine Damen und Herren, Sie haben die gleiche Politik auch dann noch fortgesetzt, als wir in der Landwirtschaft in die Überproduktion hineingekommen sind! (*Ruf bei der ÖVP: Das stimmt ja nicht!*) Sie haben auch dann Ihre Agrarpolitik nicht geändert und sind den gleichen Weg, den Sie bis zur Bedarfsdeckung gegangen sind, auch weitergegangen. Sie haben weiterhin alles getan, um die Produktion weiterzusteuern. Sie waren bestrebt, möglichst viele land- und forstwirtschaftliche Betriebe zu erhalten, und zwar viele nur mit Subventionen zu erhalten. Sie haben lange Zeit hindurch bis in die jüngste Zeit hinein sogenannte Wiederbesiedelungen durchgeführt. Herr Präsident Griesner! Ich erinnere mich noch sehr genau, als wir mit der Grünen-Bericht-Kommission in Salzburg gewesen sind, wie sich der Referent Ihrer Landwirtschaftskammer gerühmt hat, wie viele Wiederbesiedelungen nahe an der Baumgrenze oben in Salzburg durchgeführt worden sind.

Glauben Sie nicht, meine Damen und Herren, daß Sie damit der österreichischen Volkswirtschaft oder auch diesen Menschen, die Sie

Pansi

wieder da oben angesiedelt haben, etwas Gutes getan haben. Denn diese können sich dort auf die Dauer bei der fortschreitenden Entwicklung der Agrarpolitik durchaus nicht behaupten, und Sie haben die Menschen dort zu einem Leben gezwungen, das durchaus nicht begrüßenswert ist, denn sie müssen ein sehr karges Leben fristen und Arbeitsleistungen erbringen, die in keinem Verhältnis zu ihrem Einkommen stehen. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Wir können niemanden zwingen!*)

Sie haben aber auch, und ich darf hier wieder auf das Beispiel Tirol verweisen, mit erheblichen öffentlichen Mitteln kleine Höfe geschaffen. In einem Bericht aus Tirol wird darauf hingewiesen, daß zum Beispiel im Gebiet Stams 30 Bauernhöfe im Ausmaß von 5 ha völlig neu geschaffen worden sind.

Schon zur damaligen Zeit hat man gewußt, daß Bauernhöfe von 5 ha in Europa keine Zukunft haben und daß daher solche Maßnahmen völlig fehl am Platze sind. Sie waren aber auch ständig bestrebt, die landwirtschaftliche Nutzfläche unbedingt in vollem Ausmaß aufrechtzuerhalten, und haben immer wieder die Auffassung vertreten: Wenn Grund und Boden durch Straßenbau, durch Wohnungsbau, durch Fabriken und so weiter verlorengeht, dann müßte unbedingt wieder so viel Neuland erschlossen werden.

Ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie gerade der Herr Abgeordnete Gruber immer von der sogenannten Bodenbilanz gesprochen hat. (*Abg. Dr. Gruber: Ich nicht!*) Nein, nicht Sie, der Präsident von der Kärntner Landwirtschaftskammer! Grund und Boden müßten unbedingt in diesem Ausmaß erhalten bleiben, weil sonst die Ernährung gefährdet wäre. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Jetzt zitiert er Horst Knapp!*)

Sie waren also daran interessiert, daß möglichst viele Leute in der Landwirtschaft bleiben. Sie haben sich gegen die Abwanderung ausgesprochen. Sie haben durch Ihre Subventionspolitik der natürlichen Abwanderung entgegengewirkt — von einer Förderung der Abwanderung ist gar nicht zu reden.

Meine Damen und Herren! Weil Sie den Kopf schütteln, darf ich vielleicht an den Ministerratsbeschluß von 1952 erinnern, den Ihr Herr Landwirtschaftsminister damals durchgebracht hat, mit dem es den Land- und Forstarbeitern verboten war, in Betrieben beschäftigt zu werden, in denen öffentliche Mittel verwendet werden. Das war der größte Teil unserer Bauwirtschaft. Es war den Betrieben verboten, Land- und Forstarbeiter, die von der Land- und Forstwirtschaft abwandern wollten, dort aufzunehmen. (*Abg. Schrotter: Damals*

wäre die Ernährung nicht gesichert gewesen, wenn man die Arbeitskräfte abgegeben hätte!) Aber man hätte etwas weiter blicken können.

Ich habe das sehr gut in Erinnerung, denn als diese Frage im Kärntner Landtag behandelt wurde, bin ich als Experte geladen worden. Ich habe dort meine Meinung vertreten und gesagt: Erstens kann man die Land- und Forstarbeiter nicht in Ketten legen, denn dann würde jeder Land- und Forstarbeiter seinen Sohn warnen, den Beruf eines Land- und Forstarbeiters zu ergreifen, wenn er sein Leben lang nicht weggehen darf. Zweitens habe ich den Anteil der Beschäftigten der Land- und Forstwirtschaft in anderen Staaten genannt. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, was mir damals der Kärntner Spitzen-Agrarpolitiker gesagt hat — er hat mich nicht gekannt —: Wer ist denn der Strohdrescher, der keine Ahnung von der Landwirtschaft hat? (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Das war ein gescheiter Mensch!*) Das war die Antwort Ihrer Agrarpolitiker zur damaligen Zeit.

Nun, meine Damen und Herren, sehen wir uns einmal die Verhältnisse um uns herum an. Wir dürfen doch nicht annehmen, daß wir allein eine Agrarpolitik betreiben können, die völlig anders ist als in den anderen europäischen Staaten. Ich darf die Staaten der EWG und der EFTA, ohne Portugal, zitieren.

In Italien sind noch 24,9 Prozent der Berufstätigen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Wer Italien kennt, wird das verstehen, denn Süditalien und Sizilien sind ein völlig landwirtschaftliches Gebiet mit wenig Industrie und daher einer überwiegend agrarischen Bevölkerung. Gleich nach Italien rangiert bereits Österreich. Die Ziffern beziehen sich auf 1966 und stammen von der OECD. Ich glaube, daß Sie diese Ziffern nicht bestreiten werden. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Die Zählmethoden sind nicht in jedem Lande gleich!*) Die weitere Reihenfolge: Österreich 20,7 Prozent, Norwegen 19,2 Prozent, Frankreich 17,6 Prozent, Dänemark 16,6 Prozent. — Also in Dänemark, das von uns immer als das Agrarland bezeichnet wird (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Dort ist der höchste Berg 150 m hoch!*), sind nur mehr 16,6 Prozent der Berufstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. — Bundesrepublik Deutschland 10,8 Prozent, Schweden 10,2 Prozent, Schweiz 8,8 Prozent. — In der Schweiz gibt es etwas höhere Berge als 150 m, Herr Kollege Zittmayr (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Andere Zählmethode!*), und die Schweiz wird ja immer als Beispiel für die österreichische Agrarpolitik hingestellt. — Niederlande 8,5 Prozent, Belgien 6 Prozent, Großbritannien 3,4 Prozent. Ich

10020

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Pansi

darf nur feststellen, daß sich natürlich diese Zahlen, auch in Österreich, inzwischen noch wesentlich vermindert haben.

Diese verhältnismäßig hohe Zahl von Berufstätigen in der Land- und Forstwirtschaft hat natürlich dazu geführt, daß die landwirtschaftliche Produktion erheblich gesteigert wurde. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das stimmt doch gar nicht, Herr Präsident! Glauben Sie, daß Sie durch Abwanderung die Überproduktion senken können? Im Gegenteil! — Zwischenruf des Abg. Ing. Häuser.*) Ich komme noch darauf zurück, Herr Abgeordneter Tschida. Je mehr Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt sind, umso höher muß natürlich die landwirtschaftliche Produktion sein. Sie werden doch nicht behaupten, daß die Hälfte dieser 19 Prozent auch gleichviel erzeugen würde. Wenn ja, dann gibt es in der Landwirtschaft keine Vollbeschäftigung. Entweder ist das eine oder das andere richtig, aber beides kann nicht richtig sein. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Herr Präsident! Die Abwanderung geht ständig vor sich, und die Produktion steigt trotzdem!*)

Wie sieht das Einkommen der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten aus? Und das ist das entscheidende. Hier sehen Sie nun, daß Ihre Agrarpolitik nicht zum Ziele führt.

Im Jahre 1961 betrug in Österreich der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft — das war die Betriebszählung, also ganz genau — 22,8 Prozent. Der Beitrag zum Bruttonationalprodukt der Land- und Forstwirtschaft war 11,2 Prozent. Das ergibt ein Verhältnis 1 : 2. Im Jahre 1967 betrug der Beschäftigtenanteil noch 19,5 Prozent, der Beitrag zum Bruttonationalprodukt 7,6 Prozent, das Verhältnis nur mehr 1 : 2,56. Meine Damen und Herren, das sind die Folgen Ihrer Agrarpolitik! Da wundere ich mich, wenn — so wie heute — der Herr Präsident Griesner erklärt, daß die österreichische Agrarpolitik in Ordnung sei. Wenn die Entwicklung so weitergeht, dann werden die in der Landwirtschaft Beschäftigten in der Einkommensentwicklung immer weiter zurückbleiben und mit der Entwicklung nicht Schritt halten können. Diese Zahlen stammen aus dem Grünen Bericht, sie werden, wie ich annehme, von Ihnen nicht bestritten, und diese Zahlen ergeben für die Landwirtschaft ein äußerst ungünstiges Bild. (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.*)

Sie haben in der Vergangenheit für die ungünstige Agrarpolitik sehr oft die Sozialisten verantwortlich gemacht. Heute können Sie das nicht mehr. Sie haben in der Vergangenheit oft erklärt: Die Sozialisten sind ja mit an den niedrigen Agrarpreisen schuld! Warum erhöhen Sie heute, wo Sie dazu die Möglichkeit

haben, die Agrarpreise nicht? Weil Sie genau wissen, daß Sie das nicht tun können, weil sie das europäische Niveau schon vor langer Zeit erreicht haben. (*Abg. Grundemann-Falkenberg: Weil wir Verständnis für die Hausfrauen haben!*)

Sie haben den Sozialisten auch immer wieder vorgeworfen, sie seien schuld, daß es Subventionen gibt, aber Sie möchten lieber einen echten Preis und keine Subventionen. Meine Damen und Herren! Warum haben Sie die Subventionen nicht abgebaut? (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Weil sie die anderen auch nicht abbauen!*) Warum steigen die Subventionen ununterbrochen? (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Dort heißen sie nur anders!*) Sie hätten ja die Möglichkeit, etwas anderes zu tun, also das zu tun, was Sie vorher immer wieder vorgegeben haben, tun zu wollen, aber von den Sozialisten daran gehindert werden.

Nun darf ich aber auch noch auf einige Argumente Ihrer Seite zu sprechen kommen, mit denen Sie immer wieder die Richtigkeit Ihrer Agrarpolitik zu beweisen versuchen. Sie erklären, daß die Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft überall, also in allen Staaten, ungünstig seien und daß es diese Probleme, wie wir sie in Österreich haben, in allen Industriestaaten gibt. Das ist zweifellos richtig. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Na also!*) Aber ich darf Ihnen, meine sehr Verehrten, doch einmal zur Kenntnis bringen, wie die Einkommensverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft in den übrigen europäischen Industriestaaten liegen.

Österreich habe ich bereits erwähnt. In der Bundesrepublik Deutschland ist das Verhältnis ähnlich wie in Österreich. Die 10,8 Prozent landwirtschaftlich berufstätige Bevölkerung leistet einen Beitrag zum Bruttonationalprodukt von 4,2 Prozent. (*Abg. Kern: Noch niedriger als in Österreich!*) Nein, das ist das gleiche Verhältnis, wenn Sie es sich ausrechnen, denn es ist in der Bundesrepublik Deutschland 1 : 2,57, in Österreich 1 : 2,56, also fast genau gleich. Ich darf aber nur darauf hinweisen, daß das Bruttonationalprodukt pro Kopf in Westdeutschland um 50 Prozent höher ist als in Österreich und daher auch das Einkommen der Bauern um 50 Prozent höher als in Österreich ist.

In Frankreich tragen 17,6 Prozent der Berufstätigen 7,4 Prozent zum Nationalprodukt bei. Die Verhältnisse sind auch ähnlich denen in Österreich. Dann kommt Italien. Dort tragen 24,9 Prozent der Berufstätigen 12,5 Prozent zum Bruttonationalprodukt bei; selbst in Italien ist das Verhältnis schon wesentlich günstiger als in Österreich. Als nächstes Land folgt Spanien, aber das wollen wir weglassen,

Pansi

es ist weder in der EWG noch in der EFTA. (*Abg. Kern: Mit der Statistik kann man alles beweisen!*) Ich darf Ihnen sagen: Es ist auch besser als in Österreich: 32,6 Prozent der Berufstätigen tragen 17,6 Prozent zum Bruttonationalprodukt bei; das Verhältnis ist wesentlich besser als in Österreich. In Dänemark tragen 16,6 Prozent 10,2 Prozent zum Bruttonationalprodukt bei. (*Abg. Kern: Ganz andere Verhältnisse Dänemark und Holland! — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Glauben Sie wirklich, daß es den italienischen Bauern besser geht?*) In Schweden tragen 10,2 Prozent 7,1 Prozent zum Bruttonationalprodukt bei. In den Niederlanden 8,5 Prozent — 7,5 Prozent, in Belgien 6 Prozent — 5,8 Prozent, in Großbritannien 3,4 Prozent — 3,2 Prozent.

Siesehenalso, daß ähnliche Verhältnisse wie in Österreich nur in Westdeutschland und in Frankreich zu verzeichnen sind; daß aber sowohl in Westdeutschland als auch in Frankreich das Bruttonationalprodukt pro Kopf, in beiden Staaten fast gleich, um 15 Prozent höher ist als in Österreich. (*Abg. Kern: Aber die Relation ist die gleiche, Herr Präsident!*) In allen übrigen Staaten der EWG und der EFTA ist das Verhältnis wesentlich günstiger; dort war es den in der Landwirtschaft Beschäftigten möglich, wesentlich mehr an der Steigerung des Bruttonationalproduktes teilzuhaben (*Abg. Kern: Man kann doch Holland und Dänemark nicht mit österreichischen Verhältnissen vergleichen! Die haben einen anderen Boden und ein anderes Klima, das ist überhaupt kein Vergleich mit unserem Bergland!*), als das in Österreich eben bei der österreichischen Agrarpolitik bisher der Fall gewesen ist.

Von Ihnen wird ins Treffen geführt — auch heute ist das schon gesagt worden —, daß Sie auf dem Gebiete der Strukturpolitik auf wesentliche Erfolge hinweisen können. Es wurden auch die Zahlen genannt, um wieviel die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich in der Zeit von 1951 bis 1965, also in 14 Jahren, zurückgegangen ist. Die Zahl der Betriebe hat sich um 53.000 oder 12,3 Prozent in 14 Jahren vermindert. Meine Damen und Herren! Diese Zahl sagt aber nichts aus, wenn man sie nicht mit anderen Zahlen vergleicht. Daher muß ich wieder die Zahlen anderer Staaten heranziehen, damit man einen Vergleich bekommt, damit man ein Verhältnis bekommt, wie sich in den anderen Staaten die Agrarstruktur im Laufe der Zeit verändert hat.

Ich darf wieder als erstes die vielzitierte Schweiz anführen, die sicherlich in erster Linie mit Österreich zu vergleichen ist. In der Schweiz hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1955 bis 1965,

somit in 10 Jahren, um 44.000 oder 21 Prozent vermindert, also in ungleich stärkerem Ausmaße als in Österreich; in Westdeutschland von 1949 bis 1966, also während eines etwas längeren Zeitraumes, um 515.000 oder 26,5 Prozent; in Hessen, wo man bekanntlich eine besonders aktive Strukturpolitik betreibt, hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1955 bis 1965, also in 10 Jahren, um 62.700 oder 32 Prozent vermindert. In Schweden ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe — hier ist der Zeitraum etwas größer, man bekommt nicht überall genau die gleichen Zahlen — von 1927 bis 1966 um 40 Prozent, von 307.000 auf 186.000, vermindert, und die schwedische Agrarpolitik sieht vor, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe bis zum Jahre 1982 auf 100.000 Betriebe sinken wird.

So sind die Verhältnisse im Ausland. Wenn man dann die Zahlen vergleicht, hat man erst eine richtige Vorstellung, was, wieviel oder wiewenig auf dem Gebiete der Strukturpolitik in der Vergangenheit in Österreich geschehen ist.

Sie weisen des weiteren darauf hin, daß in den letzten 15 Jahren rund 350.000 Menschen aus der Landwirtschaft abgewandert seien. Die Zahl ist nicht richtig, sie stimmt nicht! Es ist wohl die landwirtschaftliche Bevölkerung in diesen Jahren um diese Zahl weniger geworden; aber das ist noch lange nicht mit der Abwanderung gleichbedeutend, denn die Alten sind ausgeschieden, und die Bauernkinder sind vor allem viel weniger in der Landwirtschaft geblieben. Daher ist es nicht richtig, daß 350.000 Arbeitskräfte an die Industrie abgegeben worden sind, wie Sie das immer behaupten. (*Abg. Kinzl: Arbeitskräfte!*) Meine Damen und Herren! Es ist auch völlig verkehrt, das jetzt als eine besondere Leistung der Landwirtschaft hinzustellen. Verkehren Sie doch nicht die Werte! Seien Sie doch froh, daß unsere Industrie in der Lage war, die überschüssigen Arbeitskräfte der Landwirtschaft aufzunehmen. Wie würde denn das Einkommen aussehen, wenn wir in der Landwirtschaft um 350.000 Menschen mehr hätten? (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Dank der ÖVP-Politik ist das gelungen!*) Meine Damen und Herren! Sie sollen aber nicht die Werte verkehren und sagen, daß es eine große Leistung sei, daß Sie die Arbeitskräfte abgegeben haben; sondern das Gegenteil ist richtig: Sie müssen froh sein, daß die Arbeitsplätze in der Industrie geschaffen worden sind, und nicht umgekehrt. (*Rufe bei der ÖVP: So ist das auch wieder nicht! Die arbeiten wenigstens! — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*)

10022

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Pansi

Ich darf nun zur Strukturpolitik etwas sagen. (*Abg. Spielbüchler: Denken Sie an den Zwischenruf Ihres Kollegen: Nichts arbeiten, aber Pensionen wollen sie haben! Das ist Ihre Auffassung! — Abg. Weikhart: Alle sind hier Zeugen! — Abg. Spielbüchler: Ich habe gesagt, daß die Landarbeiter die fleißigsten Arbeiter sind! — Weitere Rufe und Gegenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube doch sagen zu können, daß Sie für die Verbesserung der Agrarstruktur in der Vergangenheit verhältnismäßig wenig getan haben, sondern daß Sie die Entwicklung mehr sich selbst überlassen haben. Das war unbefriedigend! Deswegen sind uns die anderen Industriestaaten Europas in der Strukturpolitik weit voraus, weil man dort die Strukturpolitik zielbewußt betrieben hat, während man in Österreich eine zielbewußte Strukturpolitik aus verschiedenen Gründen bis heute vermissen mußte.

Ich darf aber auch noch eine Feststellung treffen, und fassen Sie das bitte nicht als Anmaßung auf, denn es ist auch nicht mein Urteil.

Vor ungefähr zwei Monaten hatte ich Gelegenheit, mit Agrarpolitikern zu sprechen, die die Agrarpolitik europäisch betrachten. Einer dieser Agrarpolitiker hat mir gesagt, daß in Europa — also in der EWG und in der EFTA — die österreichische Agrarpolitik als sehr konservativ angesehen wird. Meine Damen und Herren! Wundern Sie sich dann auch nicht, wenn Sie bei den Verhandlungen mit der EWG auf Schwierigkeiten stoßen, weil man dort nicht gerne bereit ist, eine äußerst konservative Agrarpolitik entsprechend zu unterstützen. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Dürfen wir den Namen wissen, Herr Präsident?*)

Nun versuchen wir einmal festzustellen, wie denn die weitere Entwicklung unserer Landwirtschaft sein wird. Wir können feststellen, daß wir in unserer Landwirtschaft noch lange keine Höchstserträge haben. Wir müssen daher auch weiterhin mit einem erheblichen Ansteigen unserer Agrarproduktion rechnen. Sie setzen alles daran — und ich glaube mit Recht —, daß die Hektarerträge gesteigert werden, daß die Milchleistung pro Kuh gesteigert wird, daß die Fleischleistung unserer Schweine und unseres Mastviehs gesteigert wird, denn es wäre eine völlig falsche Agrarpolitik, etwas anderes zu tun. Wir können an Hand internationaler Vergleiche ebenfalls feststellen, daß wir noch zurück sind. Wir haben in Österreich pro Kuh eine Durchschnittsleistung von 2915 Kilogramm Milch pro Jahr; in der EWG von 3251 Kilogramm im Durchschnitt und in der EFTA ohne Portugal und Österreich von

3564 Kilogramm im Durchschnitt. Wenn wir jetzt diese Differenz — und wir wollen doch einmal europäisches Niveau erreichen — mit unserer Milchkuh-Zahl von 1,1 Millionen multiplizieren, dann können wir uns heute schon ausrechnen, wie unsere Milchproduktion in Zukunft ansteigen wird. Das gleiche gilt aber auch für unseren Getreide- und Feldfruchtbaubau. Auch dort liegen wir noch weit zurück. Auch dort haben wir noch große Möglichkeiten, die Produktivität zu steigern. Meine Damen und Herren! Die Absatzmöglichkeiten sind beschränkt.

Nun an Sie die Frage: Wie stellen Sie sich, Herr Landwirtschaftsminister, die weitere Agrarpolitik in Österreich vor? Wollen Sie angesichts dieser Entwicklung den Weg weitergehen, den Sie bisher gegangen sind, indem Sie ununterbrochen nur vom Staat höhere Subventionen fordern, um dann billiges Ausland exportieren zu können? Glauben Sie denn wirklich, daß das der richtige Weg ist? Glauben Sie, daß das eine zielführende Agrarpolitik ist? Ja, in der Vergangenheit haben wir das gemacht. Der Vater Staat soll zusehen, wie er die Überproduktion im Ausland absetzen kann. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Herr Präsident, die Kollegen haben aber so viel geschrien, daß man den Weizenpreis gesenkt hat!*) Halten Sie es für richtig, daß wir immer höhere Zuschüsse geben? Höhere Zuschüsse müssen automatisch anfallen, wenn die Produktion steigt; denn der Inlandsverbrauch — darüber sind wir uns ja einig — wird in Zukunft kaum steigen (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Wir kennen die Probleme!*), sodaß wir immer höhere Staatszuschüsse leisten müssen, um unsere Überproduktion im Ausland auch entsprechend absetzen zu können. (*Abg. A. Schlager: Czettel hat festgestellt, daß 60 Prozent Fetteinfuhr sein muß!*)

Welcher Industriestaat in der Welt geht den Weg, daß er versucht, jene Produktion zu fördern, die einen geringen Tauschwert besitzt? Überall fördert man die Industrialisierung, überall versucht man die Industrie zu fördern, weil die Industrieprodukte einen wesentlich höheren Tauschwert besitzen als die landwirtschaftlichen Produkte und weil nur dadurch der Lebensstandard des betreffenden Volkes entsprechend gehoben werden kann. Ich glaube, man müßte endlich einmal zur Kenntnis nehmen, daß es nicht rentabel und nicht vertretbar ist, daß die Agrarproduktion mit erheblichen staatlichen Mitteln immer wieder angehoben wird, ohne sie dann auch zu entsprechenden Preisen absetzen zu können.

Wird man innerhalb der ÖVP weiterhin angesichts der bevorstehenden Entwicklung, die wir in der Landwirtschaft zu erwarten

Pansi

haben, die Auffassung vertreten, daß es zweckmäßig ist, möglichst viele Menschen in der Landwirtschaft zu beschäftigen? Werden Sie es vertreten können, daß, wenn so viele Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt sind, diese im Verhältnis zu anderen Berufsgruppen ein immer geringeres Einkommen erzielen? Denn das ist die zwangsläufige Folge, wenn nicht eine Wandlung in der österreichischen Agrarpolitik Platz greift. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Die kommt sowieso!*)

Meine Damen und Herren! Sie dürfen es sich nicht so einfach machen, daß Sie dann immer wieder erklären: Schaut die Sozialisten an, wie bauernfeindlich die sind! Nach unserer Meinung ist unsere Agrarpolitik so zu gestalten, daß es den in der Landwirtschaft Tätigen möglich ist, Einkommen zu erreichen, wie sie andere Berufsgruppen haben. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Richtig! Der Meinung sind wir auch!*) Das ist das entscheidende, und nach diesem Grundsatz muß dann die Agrarpolitik ausgerichtet werden. Daß das nicht über den Preis möglich ist, meine Damen und Herren, sind Sie sich darüber im klaren? Haben Sie den Mut, Maßnahmen zu treffen, die dazu führen, daß dieses Ziel dann auch tatsächlich erreicht werden kann! (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Durch gesteigerte Importe und Einschränkung der Produktion erreichen wir das nicht!*)

Meine Damen und Herren, ich muß doch annehmen, daß Sie die Entwicklung ... (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Der hat ja dort ganz anders gesprochen, da drüben, der Herr Kollege vom Arbeitsbauernbund! — Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Horr: Die Bauern sind nervös, wie ich merke! — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*) Ich muß ja auch annehmen, daß Sie die Entwicklung in den anderen Staaten Europas verfolgen, umso mehr, als ja der Kollege Steiner — er ist leider nicht hier — uns letzstens das Arbeitsprogramm für die Agrarpolitik der westdeutschen Bundesregierung zitiert hat. Er hat uns allerdings — ich möchte fast sagen — einen der nebensächlichsten Absätze aus diesem Agrarprogramm vorgelesen. Ich darf nur vielleicht noch vorweg feststellen, daß dieses Agrarprogramm kein Agrarprogramm der Sozialdemokratischen Partei ist, sondern daß es das Agrarprogramm des CDU-Landwirtschaftsministers Höcherl ist. Das Agrarprogramm trägt auch das Vorwort des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hermann Höcherl. Ich möchte das eindeutig feststellen, denn sonst würden Sie mir wieder unterschieben, ich hätte das gesagt. Ich zitiere nur aus diesem Agrarprogramm.

Auf der ersten Seite haben wir zunächst einmal die Feststellung — Sie können dann wieder mit der österreichischen Entwicklung vergleichen —, daß sich in Westdeutschland in der Zeit von 1950/51 bis 1966/67 die Zahl der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft von 3,9 Millionen auf 1,8 Millionen, also um wesentlich mehr als 50 Prozent, vermindert hat.

Nun darf ich Ihnen aber doch einige wesentliche, also die Kernpunkte dieses Agrarprogramms zur Kenntnis bringen, weil es der Herr Kollege Steiner nicht getan hat. Da heißt es über Agrarstrukturpolitik:

„Der bisher vertretene Grundsatz, möglichst viele Menschen in der Landwirtschaft zu halten, gerät immer mehr in Widerspruch zu der Forderung, die Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommens- und Soziallage an die der übrigen Wirtschaft anzupassen. Die Forderung nach einem steigenden Einkommen kann angesichts der begrenzten Aufnahmefähigkeit des Marktes für Agrarprodukte in erster Linie durch eine weitere Verringerung der Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen erfüllt werden.“ — Die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen beträgt gegenwärtig in Westdeutschland 8 Prozent. — „Das sollte aber nicht zu einer Abwanderung der Bevölkerung aus den ländlichen Räumen führen. Einen wesentlichen Ansatzpunkt für strukturpolitische Maßnahmen bietet die Förderung des vollständigen oder teilweisen Überganges von Landwirten mit unzureichender Existenzgrundlage in einen außerlandwirtschaftlichen Beruf.“ (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Genau das, was wir wollen! Ja!*)

Sehen Sie, meine Damen und Herren, das sind konkrete Vorstellungen! Darf ich Sie fragen, wo in Österreich so etwas existiert? Einige von Ihnen haben behauptet, wir haben unser Agrarkonzept in unserem Wirtschaftsprogramm von Ihnen abgeschrieben. Wollen Sie uns einmal zeigen, wo bei Ihnen etwas zum Abschreiben steht? Wir wären Ihnen dankbar dafür, wenn Sie uns einmal etwas zeigen würden. Oder ist es der Koren-Plan mit seinen wenigen Zeilen? Zeigen Sie uns, wo das steht, und schütteln Sie nicht den Kopf! Wir sind Ihnen dankbar dafür (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Herr Präsident! Interessant ist, daß Ihr Programm noch kein einziger Staat auf der Welt zur Kenntnis genommen hat, weil es so gut ist!*), wenn wir irgendwo etwas abschreiben können.

Dann, meine Damen und Herren, ein zweiter, wesentlicher Punkt aus diesem deutschen Agrarprogramm:

10024

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Pansi

„Für die Investitionsbeihilfe werden die Richtlinien ab 1970 dahin geändert, daß nur solche Betriebe Beihilfen erhalten, die Bücher führen“ — ich darf darauf hinweisen: wir zahlen noch den Betrieben etwas dafür, wenn sie bereit sind, Bücher zu führen (*Abg. Kern: Er bekommt eine Prämie, bezahlt kriegt er nichts dafür!*) — „und bei denen der Betriebsentwicklungsplan ergibt, daß der Betrieb nach der Umstellung unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Markt- und Preisverhältnisse langfristig eine ausreichende Existenzgrundlage erwarten läßt.“

Darf ich das mit unseren Bemühungen der Wiederbesiedlungen in 1200 m Seehöhe vergleichen und mit unseren Bemühungen, Bauernhöfe — mit einem Ausmaß von 5 Hektar aus dem Boden zu stampfen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Glauben Sie, daß diese Bemühungen auch der Forderung, die die deutsche Agrarpolitik aufstellt, entsprechen? (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Sie lesen ja auch nicht alles vor, was da drinnen steht! Jeder, wie er's braucht!*)

Und nun zum dritten wesentlichen Punkt der Verbesserung der Agrarstruktur:

„Zu- und Nebenerwerbsbetriebe nehmen weiterhin in vollem Umfang an allen allgemeinen Förderungsmaßnahmen, insbesondere der Bildungs-, Sozial- und Regionalpolitik teil. In dieser Betriebskategorie werden verstärkt alle Formen überbetrieblicher Kooperation finanziell unterstützt, die zu einer Extensivierung der Betriebe und zu einer Arbeitsentlastung ihrer Inhaber führen, damit diese mehr Zeit für eine außerlandwirtschaftliche Tätigkeit gewinnen. Die Investitionstätigkeit in Zu- und Nebenerwerbsbetrieben wird dagegen agrarpolitisch grundsätzlich nicht mehr gefördert.“

Das sind die wesentlichen Dinge dieses Agrarprogramms. Ich kann mich nur wundern, wenn Ihre Agrarpolitiker aus einem solchen Agrarprogramm uns einen so nebensächlichen Satz vorlesen, der für die Agrarpolitik in der Bundesrepublik völlig nebensächlich ist. So ernst nehmen Sie die Agrarpolitik, und so ist Ihre Agrarpolitik, die Sie gegenwärtig betreiben.

Aber, meine Damen und Herren, Sie müssen nicht nur die Verhältnisse in der Bundesrepublik kennen, Sie müssen auch die Verhältnisse in Frankreich kennen. Sie wissen, wie sich die französische Agrarpolitik bemüht, vor allem durch überbetriebliche Zusammenarbeit — Sie würden das sofort Kolchosen nennen — die Agrarpolitik zu fördern. In Frankreich nennt man das nicht Kolchosen. Es werden die Kosten gesenkt, weil durch die überbetriebliche Zusammenarbeit die Ma-

schinen ungleich besser ausgenützt werden können als bei einem Betrieb, der über alle landwirtschaftlichen Maschinen verfügt, die ja dort nur während einer ganz kurzen Zeitspanne des Jahres eingesetzt werden können. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Wissen Sie, wann ich das schon als Förderungsmaßnahme gemacht habe? Vor 15 Jahren!*) Sie müssen die Agrarpolitik der Schweiz kennen. Ich habe Ihnen die Zahlen vorgelesen. Die Schweiz ist nicht dabei, ihre Agrarproduktion zu erhöhen, sondern sie bemüht sich, ihre Agrarproduktion zu senken. Das gleiche gilt für Schweden. Die Schweden sind ebenfalls bestrebt, ihre Agrarproduktion zu senken und nicht zu steigern, und zwar deshalb, weil sie der Meinung sind, daß es gesellschaftspolitisch nicht vertretbar sei, in Wirtschaftszweige zu investieren, wo der Ertrag der Arbeit ein ungleich geringer ist als in anderen Wirtschaftszweigen, und daß man mit einem allgemeinen Wohlstand selbstverständlich auch der Bevölkerung hilft. Denn wenn die Bevölkerung einen höheren Lebensstandard hat, dann ist sie in der Lage, bessere Agrarprodukte zu kaufen, qualifiziertere Agrarprodukte zu konsumieren, und der Inlandsabsatz, meine Damen und Herren, ist ja wohl zweifellos für unsere Agrarwirtschaft der beste, der wichtigste und der sicherste Absatz. Dort kann zweifellos nicht allzuviel passieren, weil dieser Absatz zweifellos ein sehr gesicherter ist.

Und nun, meine Damen und Herren, darf ich noch einmal zu unserem Wirtschaftsprogramm, zum Kapitel Agrarpolitik zurückkehren. Ich darf — man sieht das Programm bei Ihnen auf den Bänken ja sehr zahlreich — auf die Seiten 131 bis 133 verweisen. Dort lesen Sie die Vorstellungen über die sozialistische Agrarpolitik. Sie würden gut daran tun, wenn Sie sich mit den Vorschlägen der Sozialisten etwas ernstlicher auseinandersetzen. Es ist sehr, sehr bedauerlich, wenn Sie nichts anderes zu tun wissen, als das sozialistische Wirtschaftsprogramm lächerlich zu machen (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Und Sie halten uns ständig die „Pleite“ vor, da dürfen wir nichts sagen!*), als unrealistisch hinzustellen.

Ich bin ein aufmerksamer Hörer der Rundfunksendungen in der Früh. Heute in der Früh war wieder eine so „berühmte“ Sendung, wo Sie den Sozialisten nur ankreiden, wie alles unrealistisch, unvernünftig, undurchführbar und so weiter ist. (*Abg. Weikhart: Das ist Ihre Wahlsendung in der Früh um 6 Uhr 5! — Abg. Lola Solar: Das ist keine Wahlsendung!*)

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen ja an Hand unwiderlegbarer Zahlen aufgezeigt, wohin Ihre Agrarpolitik bisher geführt hat. Der Anteil der Landwirtschaft am Brutto-

Pansi

nationalprodukt wird immer kleiner, die in der Landwirtschaft Tätigen bekommen im Verhältnis immer weniger. Absolut steigt ihr Einkommen, richtig, aber im Verhältnis bekommen sie immer weniger. Sie hätten daher allen Grund, nach neuen Wegen zu suchen, ja gar nicht neue Wege zu suchen, sondern den Weg zu gehen, den andere Industriestaaten Europas gehen, die, mit Ausnahme von Schweden, durchaus nicht sozialistisch geführt sind. Denn nur in Schweden haben wir gegenwärtig eine sozialistische Regierung. Aber auch die konservativen Regierungen Europas gehen in der Agrarpolitik einen anderen Weg als bisher und sichern damit ihrer landwirtschaftlichen Bevölkerung ein besseres Einkommen, als es Ihnen bisher gelungen ist. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Sogar die Italiener?*)

Darf ich doch noch auf die wesentlichsten Änderungen der Agrarpolitik, die unserer Meinung nach notwendig sind, hinweisen. Sehr entscheidend ist die Strukturverbesserung. Sie haben vorhin den Kollegen Pfeifer gefragt, was wir uns unter Bodenfonds vorstellen und was damit getan werden soll und wo der Grund und Boden hergenommen werden soll. Es wird doch ständig landwirtschaftlicher Grund und Boden frei! Der Bodenfonds sollte den Zweck haben, frei werdenden Grund und Boden aufzukaufen, um ihn dann in erster Linie jenen Betrieben zur Verfügung zu stellen, die Grund und Boden brauchen, um ihre Fläche vergrößern zu können.

Wenn man mit Ihren Kollegen spricht, so gibt einem fast jeder zu, daß ein Großteil unserer Bauern in der Lage wäre, mit den gleichen Arbeitskräften und den gleichen Maschinen die doppelte Fläche zu bewirtschaften. Das Einkommen wäre dann natürlich ein ungleich größeres. Aber Sie haben auf diesem Gebiet bisher sehr wenig getan und haben das alles dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Andere Staaten haben mit dieser Methode sehr gute Erfolge erzielt und eine wesentliche Strukturverbesserung erreichen können.

Dazu käme natürlich auch noch eine Änderung der Einstellung der Grundverkehrskommission. Die Grundverkehrskommissionen sind ja in ihrer Spruchpraxis konservativ sondergleichen, ja in den meisten Grundverkehrsgesetzen findet sich die Bestimmung, daß ein größerer Grundbesitz nicht vergrößert werden darf. Das ist eine unsinnige Bestimmung sondergleichen und gehört längst der Vergangenheit an. Wie günstig wäre es oft, wenn ein größerer Waldbesitzer eine Bergbauernhube zu einem günstigen Preis aufkaufen könnte, weil die Hube nicht mehr

lebensfähig ist. Aber die Grundverkehrskommission beziehungsweise die Grundverkehrsgesetze verbieten es geradezu, daß so ein Betrieb, der angrenzt oder mitten in einem größeren Betrieb drinnen liegt, zu günstigen Bedingungen aufgekauft werden kann. So veraltet sind unsere gesetzlichen Bestimmungen. Eine Reform wäre dringend notwendig.

Unserer Meinung nach sollte auch die überbetriebliche Zusammenarbeit wesentlich mehr gefördert werden. Ich glaube, wir haben in der Landwirtschaft einen Rekord erreicht, und das ist der Rekord der Mechanisierung. Aber die Mechanisierung, wie wir sie in Österreich haben, ist durchaus nicht unbedingt überall ein Segen für die Landwirtschaft. Die Maschinen sind teuer, und auf Grund der ungünstigen Besitzgrößen können sie nur zu einem Bruchteil ausgenützt werden. Man sollte die überbetriebliche Maschinenverwendung wesentlich mehr fördern. Auch da haben Sie für sozialistische Maßnahmen — als die Maschinenhöfe gegründet worden sind — nichts anderes gemacht, als erklärt: Das sind die Kolchosen, das ist der Beginn des Kollektivismus! (*Abg. Grundemann-Falkenberg: Die sind alle zugrunde gegangen, Herr Kollege!*) Wir Sozialisten sind durchaus nicht der Meinung, daß diese Maschinenhöfe von der öffentlichen Hand geführt werden müssen. Es können genauso gut Maschinengemeinschaften der einzelnen Bauern sein. Die Bauern können sich zusammenschließen. Aber gefördert soll es werden, um die Produktionskosten der landwirtschaftlichen Betriebe zu senken und um damit auf der anderen Seite das Einkommen entsprechend zu erhöhen. Es soll aber auch der Absatz noch wesentlich mehr als bisher gemeinschaftlich erfolgen.

Hier darf ich vor allem, meine Damen und Herren, auf ein Problem unserer Bergbauern hinweisen. Unsere Bergbauern besitzen zum größten Teil Wald, und der Wald ist für sie eine Existenzfrage. Sie könnten in der Regel ohne den Wald nicht existieren. Aber unsere Bergbauern erzielen für ihr Holz einen wesentlich geringeren Preis als zum Beispiel die Bundesforste oder die Großwaldbesitzer. Und warum? Nicht immer deswegen, weil das Holz unserer Bergbauern schlechter ist. Teilweise schon aus dem Grund, aber zum größten Teil deswegen, weil sie es in kleinen Mengen verkaufen, weil sie der starken Papierindustrie ausgeliefert sind und diese den Preis drückt. Sind wir uns einig, Herr Kollege Grundemann? (*Abg. Grundemann-Falkenberg: Ja, da sind wir uns einig! Aber sagen Sie das der Steyrermühl!*) Daher wäre der gemeinsame Absatz von so ungeheurer Bedeutung. Man könnte dann den Holzpreis wesentlich mehr steigern. Es ist natürlich auch für den Käufer interessanter, größere

10026

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Pansi

Posten zu kaufen als 10, 15 oder 20 Festmeter. Je größer das Angebot ist, einen desto höheren Preis kann man erzielen. (*Abg. Grundemann-Falkenberg: Das müssen Sie der Steyrmühl erzählen, das ist Ihre Fabrik!*) Ich weiß nicht, was Sie damit sagen wollen. Ich würde Sie bitten, mir zu beweisen, daß andere Papierfabriken einen höheren Preis bezahlen. Dann können Sie mit Steyrmühl operieren, aber sonst, Herr Kollege Grundemann, nicht. (*Abg. Grundemann-Falkenberg: Die kauft überhaupt nichts!*) Aber sonst geht Ihr Argument völlig daneben.

Auch hier darf ich auf Beispiele anderer Staaten verweisen. In Schweden — Sie müssen es ja besser wissen als ich, ich habe leider nicht Zeit gehabt, zur CEA-Tagung nach Salzburg zu fahren, aber eine Reihe von Ihren Herren war ja dort anwesend, und bei dieser CEA-Tagung haben Sie es ja gehört — werden 50 Prozent des gesamten Bauernholzes durch einen Waldbesitzerverband abgesetzt, und dadurch werden die gleichen Preise erzielt wie beim Großwaldbesitz. (*Abg. A. Schlager: Haben wir seit zehn Jahren in Oberösterreich! — Gegenrufe bei der SPÖ.*) In Finnland werden sogar 75 Prozent auf diese Weise abgesetzt. (*Abg. A. Schlager: Selbstverständlich haben wir das auch!*) Kollege Schlager, bitte warten Sie uns einmal mit Zahlen auf. Sagen Sie uns einmal, wieviel von den 5 Millionen Festmetern Bauernholz über Bauernverbände abgesetzt werden, die sich zu Absatzgenossenschaften zusammengeschlossen haben. Denn nur konkrete Zahlen können uns beeindrucken, aber nicht Behauptungen. Das ist für uns, aber auch für unsere Waldbauern doch etwas zu wenig.

Und schließlich, meine Damen und Herren, erscheint es uns von entscheidender Bedeutung, Bauern, die über nicht genug Grund und Boden verfügen, um ein angemessenes Einkommen zu erzielen, in andere Berufe überzuführen. Es soll das nicht so wie in der Vergangenheit als ein Unglück betrachtet werden. Es ist eine völlig unrichtige Auffassung, eine Berufsänderung als ein Unglück anzusehen. Um wieviel wären viele, viele Bauern besser dran, wenn man ihnen rechtzeitig die Möglichkeit gegeben hätte, einen anderen Beruf zu ergreifen! Man soll diese Abwanderung oder das Ergreifen eines anderen Berufes nicht den Betroffenen selbst überlassen. Man soll die Menschen umschulen. Unsere bäuerliche Bevölkerung ist doch fleißig, sie setzt sich doch aus guten Arbeitskräften zusammen. Es ist jammer-, jammerschade, wenn die Leute dann ihr Leben lang Hilfsarbeiter bleiben müssen, weil wir ihnen nicht dabei helfen, einen besseren Beruf zu ergreifen. Und das, meine

Damen und Herren, wird in Zukunft von sehr, sehr großer Bedeutung sein.

Es hat keinen Sinn, wenn wir den Menschen einen besonderen Dank aussprechen, weil sie trotz der ungünstigen Verhältnisse auf ihrem Hof geblieben sind, obwohl wir wissen, daß sie dort einen miserablen Lebensstandard haben und bis zu ihrem Lebensende nie einen hohen Lebensstandard erreichen werden. Das grenzt dann doch etwas an Scheinheiligkeit, wenn man den Leuten dann noch recht dankt, damit sie ja noch weiterhin dort bleiben (*Abg. Griesner: Das ist Ihre Auffassung!*), wo es ihnen nicht gut geht und wo sie nicht in der Lage sind, bei Ihrer Agrarpolitik die Verhältnisse jemals entsprechend zu ändern.

Aber nun, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen doch noch etwas zitieren, was auch andere Personen über die österreichische Agrarpolitik sagen.

Ihnen allen ist ja — er war ja vor kurzem auch wieder im Fernsehen, und er wurde auch schon von der ÖVP zu Vorträgen eingeladen — der Wirtschaftspublizist Horst Knapp bekannt. Er hat vor kurzem einen Kommentar zur österreichischen Agrarpolitik geschrieben. Die Überschrift lautet: „Agrarpolitik in der Sackgasse“. Ich will nur einige Stellen zitieren. Es wäre zuviel, wenn ich Ihnen zumuten würde, daß Sie mir zuhören, wenn ich Ihnen alles vorlese. Er schreibt unter anderem:

„Man sieht nur die Hemdsärmeligkeit, mit der der Bauernbund um nackte Gruppeninteressen kämpft — und übersieht dabei, daß er mit dem Rücken zur Wand kämpft.“ Er schreibt dann weiter: „Die Wand im Rücken unserer Agrarier ist eine für sie ungleich prekärere: Wir sind so weit, daß es für die Bauern keine Alternative mehr gibt. Wohin sollen wir auf kurze, ja selbst auf mittlere Sicht ausweichen? ‚Umstellung‘ ist ein trefflicher Ratschlag; wie will man ihn aber befolgen, wenn den Produktionsüberschüssen fast nirgends Produktionslücken gegenüberstehen?“ (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Herr Präsident! Da steht aber auch ein Satz drinnen: „Fast noch problematischer wäre aber das seit langem diskutierte Kontingentierungsverfahren ...!“*) Sie lesen aber im sozialistischen Wirtschaftsprogramm nichts von der Kontingentierung. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Doch!*) Wo denn? (*Abg. Kern: Im Niederösterreich-Plan! — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Strenge Kontingentierung!*) Lesen Sie mir aus dem Agrarprogramm den Passus über die Kontingentierung vor, die Stelle, wo das über die Kontingentierung steht. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Ich werde es Ihnen sofort vorlesen!*) Im Niederösterreich-Plan, da haben Sie recht. Die Agrarstruktur ist in Österreich sehr unterschiedlich. (*Abg. A. Schlager:*

Pansi

Du hast nur eine Zeile gekriegt, Pansi, das ist ja katastrophal! — Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Kern: Ich sage es Ihnen sofort!

Kollege Kern, Sie sind Niederösterreicher. Warum haben Sie in Niederösterreich selber bei der Zuckerrübe eine Kontingentierung eingeführt? (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das ist eine ganz andere Angelegenheit!*) Selbstverständlich: Wenn Sie es tun, ist es ganz etwas anderes. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das werde ich Ihnen dann erklären! Bei der Zuckerrübe geht es nämlich! — Abg. Kern: Auf Seite 56 Niederösterreich-Plan!*) Aber ich habe nur das Agrarprogramm der Sozialistischen Partei zitiert, nicht das niederösterreichische Programm, und im großen wird die Kontingentierung nicht verlangt. Im Detailbereich ist sie durchaus angebracht; wir haben Beispiele dafür. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Sogar eine sehr straffe Kontingentierung!*)

Meine Herren! Was ist denn zum Beispiel mit den Weingesetzen? Sind das keine Kontingentierungsgesetze? Sind die von uns beschlossen worden oder mit Ihrer Mehrheit? (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Im Burgenland von Ihnen!*) Aber das hat ja die ÖVP gemacht, daher ist es wieder ganz etwas anderes. Selbstverständlich ist es etwas ganz anderes, als wenn die Sozialisten etwas Ähnliches verlangen. Das ist ja ganz klar. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Aber ich darf Ihnen noch einige Stellen aus dem Kommentar von Horst Knapp zitieren. Es heißt hier: „So hart das angesichts der Tatsache, daß zwei Drittel der Weltbevölkerung unter- oder falsch ernährt sind, klingen mag: das Dilemma unserer Agrarpolitik — und ganz allgemein der Agrarpolitik so gut wie aller Industriestaaten — ist auf die Dauer nur lösbar, wenn die Landwirtschaft nicht nur Arbeitskräfte, sondern auch Boden freigibt.“

Sie sehen, daß auch die Theorie mit der Bodenbilanz durchaus nicht zielführend ist, sondern daß Menschen, die sich sehr ernst mit unserer Agrarpolitik beschäftigen, genau das Gegenteil von dem feststellen.

Professor Horst Knapp sagt weiter: „Im wirtschaftlichen Sinn marginal — und daher bei ausreichendem Angebot entbehrlich — ist nämlich nicht bloß der steinige Acker am Berghang, den aufzuforsten das Gebot der Stunde wäre, sondern auch ein höchstwertiger und ertragreicher Boden, sofern er — etwa weil er am Stadtrand liegt — als Baugrund für ein neues Wohnviertel oder als Industrieareal einzel- und gesamtwirtschaftlich rentabler genutzt werden könnte.“

Auch hier sehen Sie Auffassungen über unsere Agrarpolitik und darüber, wie man

glaubt, daß unsere Agrarpolitik doch besser gestaltet werden könnte.

Meine Damen und Herren! Ähnliche Ansichten finden wir auch noch in den Monatsberichten des Wirtschaftsforschungsinstituts. Auch dort wird festgestellt, daß eine Verbesserung unserer Agrarstruktur nur möglich ist, wenn die Zahl der Berufstätigen in der Land- und Forstwirtschaft entsprechend vermindert wird. Und es heißt am Schlusse einer eingehenden Untersuchung über unsere Milchwirtschaft:

„Auf längere Sicht werden Umstellungen in der landwirtschaftlichen Produktion allein nicht ausreichen. Eine Überproduktion wird sich nur vermeiden lassen, wenn Produktionsfaktoren (vor allem Arbeitskräfte)“ — vor allem! — „aus der Landwirtschaft in andere, zukunftssträchtigere Zweige umgeschichtet werden. Dieser Prozeß ist in vollem Gange.“ (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: „Abwanderung genügt nicht!“ sagt Horst Knapp!*) „Er könnte jedoch durch Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte und Bereinigung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur wirksam unterstützt und erleichtert werden. Je konsequenter die Landwirtschaft diesen schwierigen Weg verfolgt, desto mehr kann sie von der Allgemeinheit tatkräftige Hilfe (insbesondere auch für die von Umstellungen betroffenen Einzelpersonen) beanspruchen.“

Das, meine Damen und Herren, waren einige Kommentare anderer Stellen, anderer Personen (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: „Abwanderung genügt nicht!“*), die nicht der Sozialistischen Partei angehören beziehungsweise nicht von den Sozialisten beeinflusst werden.

Ich darf abschließend noch einmal feststellen: Das entscheidende für unsere Agrarpolitik müßte nach Meinung der Sozialisten sein: Wie können wir den in der Landwirtschaft Tätigen ein Einkommen verschaffen, wie es andere Berufsgruppen innerhalb unserer Gemeinschaft haben? Das Ziel muß uns grundsätzlich vor Augen stehen. Meine Damen und Herren! Dieses Ziel ist nicht mit einer Agrarpolitik der Vergangenheit erreichbar, sondern dieses Ziel ist nur mit einer Agrarpolitik der Zukunft erreichbar. Diese Agrarpolitik der Zukunft muß eine andere sein als die ÖVP-Agrarpolitik in der Vergangenheit! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Grundemann-Falkenberg das Wort.

Abgeordneter Grundemann-Falkenberg (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wie schon mehrmals, obliegt mir auch heute die Aufgabe, beim Kapitel Land- und Forstwirtschaft für die Forstwirtschaft zu sprechen.

Grundemann-Falkenberg

Ich möchte aber vorerst meinem Vorredner nur ein einziges Wort sagen; es werden sich Berufenere als ich zu seiner Rede melden. Trotz aller guten Empfehlungen möchten wir ihm sagen: Wir werden alles tun, aber schon alles, um jedem Bauern, ob groß oder klein, die Heimat zu erhalten! Trotz aller Probleme einer sogenannten Agrarstrukturpolitik. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Das ist ein krasser Widerspruch, was Sie sagen!)*

Um nun mein Thema richtig zu beleuchten, möchte ich meine Rede mit einem Satz einleiten, den der Präsident des Deutschen Waldbesitzerverbandes bei der Vollversammlung der Waldbesitzer im vergangenen Frühjahr seinen Mitgliedern gesagt hat. Er hat ihnen empfohlen, sich um eine Nebenbeschäftigung umzusehen, weil es bei der gegenwärtigen Holz-situation keine Möglichkeit gibt, von den Erträgen des Waldes zu leben *(Zwischenruf des Abg. Steininger)*, es sei denn, man macht das in der Form eines Eingriffes in die Substanz. Da gibt es natürlich eine Möglichkeit dazu.

Einem Wort folgend, das der Herr Abgeordnete Czettel vor ein paar Tagen von dieser Stelle aus geäußert hat *(Abg. Czettel: Ein richtiger Bauer!)*, es müßten in solchen Debatten auch harte Worte fallen, das gehört zum Parlament, möchte ich mich auch mit dem forstlichen Problem in einer etwas härteren Form als gewöhnlich auseinandersetzen.

Wir bemerken immer wieder, daß die Abgeordneten der Oppositionsparteien Broschüren der ÖVP zum Rednerpult mitnehmen. Wir haben es heute beim Herrn Abgeordneten Peter wieder gesehen. Er hat das Parteiprogramm der ÖVP hierher mitgebracht. *(Abg. Meißl: Das Wahlprogramm! — Abg. Steininger: Das ist ein Unterschied!)* Schon zum wiederholten Mal; oder den Koren-Plan; oder die Budgetrede des Herrn Finanzministers. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Steininger.)* Warum soll ich nicht auch einmal eine Broschüre hierher mitnehmen und sie dazu benutzen, mich mit ihr kritisch auseinanderzusetzen? Ihr eigenes Parteiprogramm. *(Abg. Robert Weisz: Wenn was gut ist, immer! — Ruf bei der SPÖ: Das ist nicht verboten!)* Ich werde das allerdings nur auf dem Gebiet tun, das meinen Diskussionsbeitrag in dieser Sparte betrifft. *(Ruf bei der SPÖ: Davon können Sie nur etwas lernen!)*

Es war außerordentlich interessant für mich. *(Ruf bei der SPÖ: Das glaube ich!)* Herr Kollege Pansi! Ich habe mir das, was über die österreichische Forstwirtschaft da drinnensteht, sehr aufmerksam und mehrfach durchgelesen. Aber gerade bei dem Durchlesen kam mir der Gedanke: Ja das, was da über die Forst-

wirtschaft enthalten ist, das haben wir ja schon unzählige Male gehört. *(Ruf bei der SPÖ: Aber nicht verdaut!)* Wenn ich die Augen zumache und es mir vorlesen lasse, dann komme ich mir vor wie bei einem Vortrag, den der Professor Dr. Eckmüller vor zehn oder zwölf Jahren gehalten hat. Da wurde nämlich genau dasselbe gesagt wie hier im sozialistischen Parteiprogramm als Empfehlung hinsichtlich der Forstwirtschaft. *(Abg. Spielbüchler: Hat Dr. Eckmüller etwas Unrichtiges gesagt?)* Lesen Sie es sich durch und fragen Sie die Forstsachverständigen! *(Abg. Spielbüchler: Hat der Eckmüller etwas Unrichtiges gesagt?)* Sie werden genau das zu hören bekommen.

Aber mit Erstaunen bemerke ich etwas in diesem Programm, und ich darf auch mit Erstaunen feststellen, daß sich der Herr Kollege Pansi auch in dieser Form wie in dem Programm geäußert hat: die Erhaltung der größeren Waldbesitze. Sie sind auch dafür eingetreten, daß bei einem Großwaldbesitz unter Umständen noch Betriebe dazugekauft werden können. Sie sind der Meinung, daß das eine rationellere Bewirtschaftung darstellen würde. Sie sind also für den Zusammenschluß auf jedem Gebiet.

Daß wir für den Zusammenschluß der bäuerlichen Forstwirtschaften eintreten, meine Damen und Herren, das ist keine Erfindung Ihres Parteiprogramms, denn das propagieren und versuchen wir doch schon seit vielen Jahren. *(Abg. Steininger: Ohne Erfolg!)* Wir haben in einigen Bundesländern schon lang derartige Institutionen. Nehmen Sie in Oberösterreich die Waldgenossenschaft, nehmen Sie in der Steiermark die „Alpenholz“, die sich darum bemüht hat. Wir waren immer und immer wieder ebenfalls der Meinung, man sollte auch bei den bäuerlichen Betrieben einen Zusammenschluß versuchen und sollte ihn konstruieren, um die Bewirtschaftung des Waldes und die Erträge des Waldes in gemeinsamer Arbeit durchzuführen.

Wenn ich mich aber mit den Problemen der Forstwirtschaft und hier vielleicht, wenn Sie erlauben, mit jenen, die im Parteiprogramm der SPÖ enthalten sind, auseinandersetzen soll, so in erster Linie mit den Sorgen der forstlichen Produktion. Wenn Sie sich dem Gedanken eines Zusammenschlusses näherfinden, eines Zusammenschlusses der bäuerlichen Waldbesitzer, so wäre doch die erste Voraussetzung dafür die Rationalisierung der Erzeugung des österreichischen Holzes.

Ich darf wohl betonen: Besonders interessant ist hier die Situation der österreichischen Bundesforste, des Musterbetriebes in Österreich und eines Musterbetriebes, der in ganz

Grundemann-Falkenberg

Europa ein großes Ansehen genießt, eines Betriebes, der die gleichen Leiden im Laufe der letzten Jahre durchgemacht hat wie eine Reihe anderer, der mit den Naturkatastrophen konfrontiert wurde, der Schwierigkeiten mit dem Absatz und mit der Erzeugung hatte, eines Großbetriebes, dem jede Möglichkeit einer Rationalisierung zur Verfügung steht. Wie Sie aus dem heurigen Budget ersehen, weist dieser Großbetrieb trotz aller Anstrengungen ein Defizit von 39 Millionen Schilling auf. Das ist sicherlich auf die Naturkatastrophen zurückzuführen. Ich lege auch Wert darauf, zu betonen, daß die Bundesforste in ihren Erklärungen bemerken, daß die Produktionskosten bei diesem Riesenbetrieb mit 60 Prozent aus den Personalkosten belastet erscheinen.

Eine Randbemerkung, Herr Kollege Pansi. Wir haben in der allerletzten Zeit Erhebungen über die Einkommensverhältnisse der Forstarbeiter durchgeführt. Mit Ausnahme von Tirol und Vorarlberg, wo dies noch günstiger gelegen ist, beträgt der Durchschnittsverdienst des Akkordarbeiters pro Stunde 22,70 S. (*Widerspruch des Abg. Pansi.*) Sie können ja beim Arbeitgeberverband die Unterlagen dafür einsehen. Er reicht also durchaus an die Akkordverdienste in der Industrie heran.

Ich habe mich auch bei den Industrien erkundigt. Da wurde mir gesagt, daß der Stundenverdienst der besonders qualifizierten Facharbeiter, auch im Akkord, bis zu 24 S geht. Das ist also ein Unterschied von 1,30 S, aber nicht von 20 Prozent, wie Sie erwähnt haben.

Auch zu dem Werkzeugpauschale, das Sie vorhin erwähnt haben, ein Wort. Es ist Ihnen sehr gut bekannt, daß die Besteuerung des Werkzeugpauschales auf eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes zurückzuführen ist. Bitte, beschweren Sie sich nicht beim Finanzminister, sondern beschweren Sie sich beim Obersten Gerichtshof darüber. Sie wissen ja sehr gut, daß das so der Fall ist. Es wird Ihnen noch mein Kollege Nimmervoll ein bißchen mehr über diese Fragen erklären.

Nun zur Rationalisierung. Als Voraussetzung möchte ich sagen, daß der weitaus überwiegende Teil des österreichischen Waldes, der Kleinwald, mit mehr als 52 Prozent, dazu dient, den bäuerlichen Betrieben die Existenzmöglichkeit zu schaffen und zu sichern. Die Bauern decken aus dem Kleinwald ihren Brennholzbedarf, sie decken aber auch den Bedarf an Bauholz und ähnlichem mehr. Sie schlagen dann, wenn sie Geld für die Rationalisierung des Landwirtschaftsbetriebes brauchen. Sie wissen alle sehr genau, daß sich diese Minimalparzellen im Hügelland und im Gebirge, zum Teil auch in der Ebene befinden.

Zu der Absicht, bei diesen Betrieben eine Rationalisierung anzustreben, möchte ich Ihnen ein paar Zahlen nennen. Ich darf hier wohl bemerken, daß eine schwedische Holzschälmaschine, also eine, die den Arbeitsgang beim Holzschälen entschieden verkürzen und die Produktionskosten senken würde, zwischen 600.000 S und 1 Million Schilling kostet. Ein Großzug, der in Großbetrieben eingesetzt werden könnte, also nehmen wir an, beim Zusammenschluß einer großen Menge bäuerlicher Betriebe, ein solcher Großzug, der von der Bringung an bis zum Schälen und bis zur Aufarbeitung alles durchführt, kostet 6 Millionen Schilling. Der hat aber zur Voraussetzung einen Hintergrund von 15.000 ha. Das haben Sie bei den Bundesforsten; ansonsten sind mir in Österreich nur drei Betriebe bekannt — möglich, daß Sie mehr wissen —, die größer sind als 15.000 ha. Wie sollte man sich denn vorstellen, daß man bei diesem Auseinanderliegen der bäuerlichen Parzellen, bei den verschiedenen Schlägerungen, die die Bauern einzeln für sich durchführen, Maschinen in dem Sinne, in der Größenordnung einsetzen könnte, um die Produktionskosten zu verringern? Ich kann mir das wirklich nicht ganz vorstellen. Die Großbetriebe allerdings sind bereits im Begriff, sich mit solchen Schälmaschinen zu versorgen; sie nehmen dazu ERP-Mittel in Anspruch, soweit das möglich ist, daß eine Rentabilität dabei herausieht. Bei den bäuerlichen Betrieben kommt natürlich auch die Entfernung in Betracht. Die macht es unmöglich, daß wir derart große Maschinen rentabel einsetzen können.

Laut Bericht der Bundesforste würde sich beim Einsatz solcher Großmaschinen die Erzeugung um 50 Prozent vermindern. Es gilt also der Fall des Maschineneinsatzes in der Form, die wirklich rentabel erscheint, doch nur für den ganz großen Betrieb und nicht für den kleinen.

Zur Voraussetzung hätte das natürlich eine Reihe von Mitteln, die zur Verfügung gestellt werden können. Darüber gibt uns dieses Programm keine Auskunft, wie diese Mittel zu beschaffen wären. Ein kleinbäuerlicher Betrieb kann unter Umständen AIK-Kredite in Anspruch nehmen. Den größeren Betrieben stehen nur die ERP-Kredite zur Verfügung. Erfreulicherweise — das sei dankbar dem Herrn Ackerbauminister vermerkt — wurden diese Beträge im letzten Jahre von 20 auf 30 Millionen Schilling aufgestockt. Aber was sind schon 30 Millionen Schilling für den österreichischen Wald und seinen Bedarf?

Ich möchte auch erwähnen, daß die Gestehungskosten in der Forstwirtschaft durch diese starken Belastungen auf dem Personal-

10030

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Grundemann-Falkenberg

sektor natürlich ein Handikap für die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Erzeugnisse im Ausland darstellen.

Nun zu diesen ERP-Mitteln. Ich habe mir im Finanzausschuß zu bemerken erlaubt, daß ich nicht sehe, wo hier die Subventionen für die österreichische Forstwirtschaft entstehen könnten. Da hat mir der Herr Kollege Dr. Weihs über die Bank herüber das Wort „ERP-Mittel“ zugerufen. Herr Kollege Dr. Weihs! Auch dazu ein paar Zahlen. Mir ist eine Papierfabrik bekannt, die 234 Millionen Schilling ERP-Mittel bekommen hat, und sie war nicht die einzige, die solche in Anspruch nahm. Aber mir ist auch bekannt, daß der größte österreichische Forstbetrieb 10 Millionen Schilling bekommen hat. Das steht in keinem Verhältnis. Die verarbeitende Industrie hat diese ERP-Mittel bekommen, die Forstbetriebe konnten sie nicht bekommen, weil ihnen die Rückzahlungsmöglichkeit fehlte. ERP-Mittel sind meiner Meinung nach rückzahlbare Darlehen, aber selbstverständlicherweise keine Subventionen.

Noch ein paar Worte zu der Situation der Österreichischen Bundesforste, die doch wirklich nicht im Verdacht stehen, irgendwelche Privatinteressen zu vertreten. Dieser größte Betrieb hat die gleichen Sorgen wie alle anderen Großbetriebe. Wie sollen sie den ihnen übertragenen Aufgaben der Walderhaltung gerecht werden?

Deutlich möchte ich zum Ausdruck bringen, daß die österreichische Forstwirtschaft und auch die Bundesforste keinerlei Art von Subventionen erhalten. Ich darf auch bemerken, daß die Bundesforste sich redlich und ehrlich bemüht haben und diese Bemühung auch in der Zukunft fortsetzen werden, die Kosten zu senken und den Ertrag zu erhöhen. Sie haben die Katastrophenschäden überwinden müssen und überstanden. Sie haben erkannt, daß eine bessere Situation nur dann erreicht werden kann, wenn man eben rationalisiert und wenn man eben einspart, vor allen Dingen aber, wenn man in der Lage ist, zu investieren, Waldstraßen zu bauen und die entsprechenden Maschinen einzustellen.

So wie eine Reihe anderer forstlicher Betriebe und vielleicht in einem noch größeren Ausmaß hat dieser große Staatsbetrieb Sorge für die Walderhaltung, für den Wald als unentbehrlicher Faktor des Schutzes gegen Naturkatastrophen, aber auch für die Erhaltung des Wasserhaushalts und des Erholungsgebietes für unsere Bevölkerung.

Gleiches wie für die Bundesforste trifft wohl auch für die größeren Forstbetriebe Österreichs zu. Diese Erkenntnis scheint sich nicht nur in den konservativen Kreisen der Forstwirtschaft

verbreitet zu haben, sondern auch in jenen durchgesetzt zu haben, die immer gegen Großbetriebe und vor allem gegen den Eigentumsbegriff größerer Einheiten auftreten.

Um aber einen Begriff von der Situation der österreichischen Forstwirtschaft zu geben, darf ich noch kurz mit ein paar Ziffern aufwarten. Vor allem ist mir mein Heimatland Oberösterreich gegenwärtig, und ich bitte Sie, einmal den Preisvergleich zwischen dem Juni 1962 und dem Juni 1968 anzusehen. Das Sägeblockholz der Stärkeklasse 2 a ist von 525 S auf 402 S abgesunken, das Schleifholz der Klassen 1 a und b von 380 S auf 270 S je Festmeter zurückgegangen.

Und das bei einer Kostenerhöhung von 38 Prozent in der gleichen Zeit. Wenn man also das Jahr 1962 als Vergleichsbasis heranzieht, stehen Holzpreissenkungen von 23 Prozent Kostenerhöhungen von 38 Prozent gegenüber.

Hier darf ich vielleicht ein paar Worte zur Frage Import — Export anbringen. Bekanntlich ist der Import von Holz liberalisiert, der Export jedoch nicht. In den Handelsverträgen mit den Oststaaten ist eine Globalsumme von 750.000 fm pro Jahr festgelegt. Es ist das vereinbart; tatsächlich werden aber in einem Jahr — auch im heurigen Jahr — mehr als 1 Million Festmeter nach Österreich importiert.

Da die Forstwirtschaft infolge der Liberalisierung nichts dagegen unternehmen kann, wird die Forderung erhoben, auch den Export des Holzes zu liberalisieren. Derzeit haben wir allerdings Kontingente, die infolge des Überangebotes nicht zu realisieren sind, ausgenommen die Maste, bei denen wir nur ein Kontingent von 15.000 fm haben und 30.000 fm bräuchten.

Darf ich darauf aufmerksam machen, daß Österreichs Forstwirtschaft der österreichischen Industrie dadurch gute Dienste leistet, daß der Export österreichischer Waren, wie ich höre, vorzüglich der VÖEST, vom Import ausländischer, und zwar östlicher Holzmenge abhängig ist. Eigentlich ist nicht ganz einzusehen, warum die Forstwirtschaft gegenüber der Industrie immer das sein soll, was man in Wien den Teschek nennt. Die Leidtragenden dabei sind vorwiegend die Bauern, die Profitierenden die verstaatlichte Industrie, denn die Bleche der VÖEST gehen im Kompensationsweg gegen das österreichische Holz in die Oststaaten hinaus.

Zur Forstpolitik darf ich mir noch einige kurze Sätze erlauben. Es ist anscheinend große Mode, Schweden zum Vergleich heranzuziehen, die Monarchie unter sozialdemokratischer Herrschaft. Hier nur kurze

Grundemann-Falkenberg

Vergleichsziffern zum Gebiet der Forstwirtschaft.

Nach den Ergebnissen der Untersuchung der österreichischen Forstwirtschaft zeigte sich, daß Österreich mit 201 fm stockendem Holzvorrat je Hektar an zweiter Stelle hinter der Schweiz steht, es folgen die deutsche Bundesrepublik mit 126 fm und Schweden mit 97 fm. Ich glaube, man kann daher nicht behaupten, daß die österreichische Forstwirtschaft nicht in Ordnung ist.

Auch die Katastrophen der Jahre 1964 bis 1966 konnten aufgefangen werden und haben keinerlei bedeutende Einschränkung im österreichischen Holzvorrat mit sich gebracht.

Besonders bemerkenswert erscheint es aber, daß in Schweden die Forstgesellschaften gegenüber Österreich wesentlich steuerbegünstigter erscheinen und ebenso einem weitaus geringeren Zwang durch die Forstgesetzgebung unterliegen.

Ich habe bereits im Finanz- und Budgetausschuß bemerkt, daß in Schweden 425 Förster und 33 Forstakademiker eine Fläche von 7 Millionen Hektar bewirtschaften, das heißt also, daß ein Förster zwischen 6000 und 20.000 ha zu betreuen hat, während in Österreich ein Förster für 500 ha gefordert wird. Da ist es natürlich keine Kunst, daß in Schweden die Produktionskosten wesentlich niedriger sind als in Österreich.

Darüber hinaus — weil Schweden immer so gern als Musterbeispiel herangezogen wird — kennt dieses Land keine Forstgesetze unserer Art. Einverstanden damit, daß wir uns das schwedische Beispiel als Muster nehmen — es widerspricht allerdings dem SPÖ-Programm.

Gestatten Sie mir nun noch eine kleine Auseinandersetzung. Wir haben diese nicht provoziert. Ich muß doch als, glaube ich, bekannt gemäßigter Abgeordneter bedauern, daß ich noch diese Bemerkung zu machen habe. Es tut mir leid, daß der Herr Bundesparteibmann der SPÖ nicht anwesend ist. Die Zeitungen erklären ja, er nimmt seinen Abgeordnetensitz sehr selten ein. Darf ich vielleicht einen der maßgeblichen Herren, die vorn sitzen, bitten, das, was ich hier vorzutragen habe, dem Herrn Bundesparteibmann zu übermitteln.

Ich habe mir sehr aufmerksam eine Fernsehdiskussion nach dem sozialistischen Parteitag angesehen, bei der der Herr Bundesparteibmann Dr. Kreisky, die Frau Abgeordnete Dr. Firnberg und der Herr Zentralsekretär Gratz den Journalisten gegenüber-saßen.

Der Herr Bundesparteibmann wurde gefragt, was er unternehmen würde, wenn die SPÖ die stärkste Partei werden sollte. Er hat darauf zur Antwort gegeben: die Sub-

ventionen für den Großgrundbesitz abschaffen. Er hat sich auch verbürgt, daß er eine Person kennt, die erklärt haben soll, sie lebe von den Subventionen der österreichischen Landwirtschaft ausgezeichnet; das würde viel besser tragen als alles andere, was er in seinem Betrieb hätte.

Nun hätte ich zwei Fragen an den Herrn Minister Dr. Kreisky, den ich ansonsten als eine Persönlichkeit schätze, die für Vermögensbildung doch einiges Interesse hat und dem nicht entgegensteht. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Ich habe auch die Subventionsliste in Ihrem Programm durchgesehen. Sicher profitieren von der Stützung des Getreidepreises auch größere Betriebe, nicht zuletzt die Gemeinde Wien. (*Abg. Probst: Das gefällt euch wieder, so eine kleine Diffamierung! So eine kleine Diffamierung kann nie schaden! — Abg. Dr. Bassetti: Das müssen wir uns merken, daß ihr das eine Diffamierung nennt!*)

Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt oder unbekannt ist, daß die Gemeinde Wien den größten landwirtschaftlichen Betrieb in Österreich betreibt, der zwischen 4000 und 4500 ha hat. Vor einigen Jahren hat sie noch 2500 ha Pacht mitdazugehabt. (*Abg. Probst: So eine kleine Diffamierung kann nicht schaden!*) Herr Kollege Minister Probst! Ich glaube, der Herr Vizebürgermeister Slavik würde keine große Freude haben, wenn Sie ihn von den Subventionen der Getreidestützung befreien würden; denn diese Betriebe bauen erheblich viel Getreide.

Wie rentabel die Landwirtschaft geworden ist, zeigt das Beispiel der Gemeinde Wien sehr deutlich. Vor einigen Jahren hatten die Landwirtschaftsbetriebe der Gemeinde Wien noch die Verpflichtung einer Kuhhaltung. Der Sinn dieser Verpflichtung war die Versorgung der Krankenhäuser und die Versorgung der Kindergärten. Als aber das Defizit pro Kuh auf mehr als 2000 S stieg, wurde die Landwirtschaft der Gemeinde Wien von dieser Verpflichtung enthoben. So sieht es mit der Rentabilität der österreichischen Landwirtschaft aus.

Nun zum Milchpreis. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der linken Seite! An der Milchpreisstützung hat der größere Grundbesitz in Österreich aber schon gar kein Interesse. In Niederösterreich gibt es überhaupt keinen Großbetrieb mehr, der noch Vieh hält. In Oberösterreich kenne ich drei, davon ist einer eine Käserei. Wie soll also diese Milchpreisstützung ausgerechnet dem größeren Grundbesitz zugute kommen?

Ich gebe zu, daß die Stützung, die Subvention beim Treibstoff auch den größeren

10032

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Grundemann-Falkenberg

landwirtschaftlichen Betrieben zugute kommt — pro Einheit der Maschine. Aber diese Einheit der Maschine wird natürlich bei einem Großbetrieb ganz anders ausgenutzt als etwa bei einem Betrieb mit 5 ha. Diese Begünstigungen gibt es in ganz Europa, die finden Sie überall.

Ich darf auch feststellen, daß etwa die Schweiz bei den Holzkatastrophen den Holzexport bis zu 50 Prozent mit staatlichen Mitteln gestützt hat. In Österreich war davon gar keine Rede. Wir haben auch gar keine Möglichkeit dafür gesehen.

Nun die Fragen an den Herrn Minister Kreisky. Darf ich Sie bitten, Herr Minister Probst, sie ihm zu übermitteln. (*Abg. Probst: Da müssen Sie zum Postminister gehen! Gehen Sie auf die Post! Die Post ist zuständig, nicht ich!*)

Erstens einmal möchte ich gerne wissen: Wer ist dieser Säulenheilige, den der Herr Dr. Kreisky gemeint hat, von dem er gesagt hat, er lebe von den Subventionen der Landwirtschaft? Den möchte ich gerne kennenlernen. Ich bitte darum, mir seinen Namen zu nennen.

Und zweitens: Wo ist das Loch, wo man die Subventionen bekommen kann? Ich würde für meinen Betrieb auch einmal ganz gerne eine Subvention erreichen, ich tu mir außerordentlich hart, ich finde dieses Loch nicht.

Nun darf ich auch ein paar Worte zur Besteuerung der Land- und Forstwirtschaft nach Ihrem Parteiprogramm sagen. Ich will nicht auf die ersten drei Punkte eingehen, aber auf den letzten, wo es heißt, daß die Grundsteuer eine Gemeindeabgabe ist, wobei der Anteil der Landwirtschaft nicht separat erfaßbar ist.

Ich sehe nicht ganz ein, warum der Anteil der Landwirtschaft nicht separat erfaßbar sein soll. Das können Sie überall bekommen. Das können wir Ihnen von unseren Verbänden ohne weiteres beschaffen. Dazu sind wir in der Lage.

Aber etwas haben Sie in Ihrem Parteiprogramm nicht erwähnt: daß auf dem Grundsteuermeßbetrag ja nicht nur die Grundsteuer liegt, sondern eine ganze Reihe anderer Abgaben, die es so weit bringen, daß heute der Grundsteuermeßbetrag mit 1600 bis 1800 Prozent belastet ist.

Das durchzuhalten, ist immerhin eine sehr, sehr erhebliche Aufgabe der österreichischen Landwirtschaft und auch eine sehr, sehr erhebliche Steuerleistung, die die Landwirtschaft dabei erbringt. Von seiten des größeren Grundbesitzes aber darf ich darauf hinweisen, das wir bei der Altersversorgung der bäuer-

lichen Betriebe pro Hektar oder pro Grundsteuermeßbetrag dieselben Beträge leisten wie die Bauern. Das heißt, daß der Großbetrieb erheblich mehr Beträge in diese Altersversicherung einzahlt, aber genauso viel herausbekommen kann wie der Bauer. Das ist die Solidarität des größeren und des kleineren Grundbesitzes, die wir seit Jahren immer beobachtet haben.

Meine Damen und Herren! Es scheint so zu sein, als ob die SPÖ vernünftigerweise in bezug auf die Forstpolitik Österreichs der gleichen Ansicht ist, eine positive Bilanz zugunsten Österreichs sei nur dann erreichbar, wenn wir größere Einheiten der Forstwirtschaft im Interesse unseres Landes zu vertreten in der Lage wären. Richtig gedacht. Dieser Grundsatz steht aber im Gegensatz zu Ihrer Theorie der Zerschlagung von größerem privaten Eigentum.

Nach diesem richtigen Denken glaube ich aber, daß die Bestrebungen der österreichischen Forstwirtschaft im Interesse unserer Heimat doch einen richtigen Kurs verfolgen, einen Kurs, für den wir die Unterstützung erhoffen, wenn wir dieser einmal bedürfen. Wir glauben auch, daß dieser Zweig der österreichischen Wirtschaft, ohne Forderungen an den Staat — und das möchte ich betonen — die im gesamtwirtschaftlichen Interesse liegenden Aufgaben erfüllt, und wir hoffen, daß nicht kleinliches Interesse, sondern eine gesamtösterreichische Kalkulation die Maßnahmen der Zukunft bestimmt.

Zum Abschluß darf ich aber noch etwas bemerken: Der Anteil der österreichischen Forstwirtschaft am Export beträgt immerhin noch 15 Prozent. Die Mittel aus dem Grünen Plan, die der Forstwirtschaft zur Verfügung gestellt werden, werden ausschließlich dazu verwendet, um in Höhenlagen für den Schutz der darunterliegenden Gebiete zu sorgen, sie werden dazu verwendet, um Ödland aufzuforsten und um Forstwege zu bauen.

Neben den finanziellen Interessen der österreichischen Forstwirtschaft hat der Wald eine Funktion zu erfüllen. Diese Funktion ist materiell nicht erfaßbar, ideell aber unschätzbar im Interesse unseres österreichischen Volkes. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Spielbüchler das Wort.

Abgeordneter **Spielbüchler** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute wie immer bei diesen Anlässen auch Kapitel 77, Österreichische Bundesforste, zu behandeln. Dazu möchte ich doch gerade in der gegenwärtigen Situation einiges

Spielbüchler

sagen, und zwar deshalb, weil ich in Erinnerung rufen möchte, was wir zu diesem Kapitel in den vergangenen Jahren so oft gesagt und vorausgeahnt haben und was nun eingetroffen ist. Dies vor allem, weil ich recht oft den Eindruck gewinne, daß von gewissen Kreisen bewußt oder unbewußt über den Betrieb der Österreichischen Bundesforste ein völlig falsches Bild verbreitet wird.

Der Betrieb Österreichische Bundesforste — das ist ja bekannt — ist der größte Forstbetrieb in Österreich. Er ist mit 1,7 Millionen Festmetern Holzeinschlag von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Wir alle wissen, wie bedeutsam darüber hinaus dieser Betrieb mit seinen mehr als 820.000 ha Waldflächen für die Regulierung unseres Wasserhaushaltes und für die Reinigung der Luft sowie als Erholungsgebiet für unsere Bevölkerung und im Interesse des Fremdenverkehrs ist. Der Betrieb hat also wirklich — so wie alle Forstbetriebe — eine Wohlfahrtsaufgabe zu erfüllen.

Aber noch etwas anderes: Dieser Betrieb Österreichische Bundesforste ist der einzige große Forstbetrieb, der vor aller Öffentlichkeit Rechnung legen muß. Nun ist es richtig, daß bereits im Vorjahr — und auch heuer — der Betrieb Österreichische Bundesforste einen Betriebsabgang aufweist. Im Teilheft zum Voranschlag 1969 ist ein Betriebsabgang von 39,2 Millionen Schilling ausgewiesen.

Gerade diese Ziffern werden immer wieder benützt, um in der Öffentlichkeit ein völlig falsches Bild von diesem Betrieb zu geben, indem man einfach nicht dazusagt, warum dieses Defizit, dieser Betriebsabgang, der in Wirklichkeit nicht vorhanden ist, entsteht. Das hat heute Kollege Grundemann wieder genauso gemacht. Er hat den Betrieb Österreichische Bundesforste als gut geführt hingestellt, als einen Musterbetrieb, und hat dann wieder diese Ziffer in die Öffentlichkeit geworfen: trotzdem 39,2 Millionen Abgang.

Da muß man doch unwillkürlich auch in der Öffentlichkeit zu der Frage kommen: Geht es denn der Forstwirtschaft wirklich zu schlecht? Wirtschaftet der Betrieb Österreichische Bundesforste zu schlecht, weil da ein Betriebsabgang von 39,2 Millionen aufscheint?

Ich möchte sagen: Beides stimmt nicht! Es ist sicher richtig, daß die wirtschaftliche Situation der Forstwirtschaft gegenwärtig nicht die beste ist. Wir kennen die Situation auf dem Holzmarkt. Wir wissen, welche harte Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist. Wir wissen auch, daß das in der Hauptsache auf die gewaltigen Naturkatastrophen zurückzu-

führen ist, die in den letzten Jahren passiert sind und durch die die Bundesforste am meisten betroffen wurden.

Diese große Windwurfkatastrophe, die die Bundesforste mustergültig bewältigt haben, war sicherlich die größte Katastrophe, die die Bundesforste jemals getroffen hat. Sie war eine größere Katastrophe als die in den zwanziger Jahren in Reichraming.

Dabei haben die Österreichischen Bundesforste, glaube ich, das einzig Richtige gemacht: im Einvernehmen mit der Angestellten-schaft, den Arbeitern, den Betriebsräten und den Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß durch die Windwurfkatastrophen nicht zusätzlich Holz auf den Markt kommt und den Preis noch mehr verdirbt, sondern daß in den anderen Forstverwaltungen der Einschlag entsprechend eingeschränkt wurde. Sie haben damit eigentlich für die gesamte Forstwirtschaft ein Opfer gebracht.

Sicherlich ist für die gegenwärtige Situation der Forstwirtschaft auch der Umstand schuld, daß man in den letzten Jahrzehnten halt geglaubt hat, man brauche für das Holz so gut wie keine Werbung mehr zu machen.

Der wirkliche Grund für den Betriebsabgang bei den Österreichischen Bundesforsten — und das gehört immer wieder in aller Öffentlichkeit aufgezeigt — sind doch die Lasten, die man diesem Betrieb Österreichische Bundesforste wie einen Mühlstein um den Hals gehängt hat, als man das Gesetz über die Bildung eines Wirtschaftskörpers Österreichische Bundesforste geschaffen hat. Denn die Grundlage für die Verwaltung der Österreichischen Bundesforste bildet bekanntlich das Gesetz 282 vom 25. Juli 1925 über die Bildung eines Wirtschaftskörpers Österreichische Bundesforste. Ich darf in diesem Zusammenhang aus dem Gesetz nur ein paar Sätze zitieren. Es heißt dort im § 3 Abs. 1:

„Die Bewirtschaftung hat bei strengster Wahrung und Sicherung der mit der Forstwirtschaft verbundenen allgemeinen öffentlichen, insbesondere landwirtschaftlichen Interessen, sowie nach den forstpolizeilichen Bestimmungen und unter Wahrung der Erhaltung der Waldsubstanz und der Bodenkraft zu erfolgen.“ Aber nun kommt im Zusammenhang mit dem Betriebsabgang der entscheidende Satz, der vom Gesetzgeber damals bewußt in das Gesetz hineingenommen worden ist: „Alle von den Österreichischen Bundesforsten im Interesse der Bundesverwaltung und alle im Interesse von Bundesbetrieben gewährten Begünstigungen und übernommenen Leistungen sind besonders in Rechnung zu stellen.“

10034

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Spielbücher

Worum handelt es sich da? Zunächst um eine Pensionslast — es ist im Teilheft ausgewiesen, es ist in den Erläuternden Bemerkungen angeführt —, aber das wird in der Öffentlichkeit nicht dazugesagt. Auch der Kollege Grundemann hat das heute nicht gesagt, damit dann, wenn es sich um berechnete Forderungen der Forstarbeiter bei Lohnnachziehungen handelt, die Ausrede gebraucht werden kann: Schaut euch die Bundesforste an! Wenn die ein Defizit haben, wie soll denn dann die Forstwirtschaft etwas leisten? Dort zahlt es der Finanzminister, aber bei uns, bei den Privatforsten, gibt es keinen Finanzminister, der das Defizit abdeckt!

Bei diesen Pensionslasten handelt es sich doch um Lasten, die mit dem heutigen Betrieb überhaupt nichts mehr zu tun haben. Das sind Pensionslasten, die in der k. k. Monarchie entstanden sind, die seinerzeit vom Landwirtschaftsministerium — oder, wie der Kollege Staribacher immer sagt: vom k. k. Ackerbauministerium — übernommen wurden und die einfach dem jetzigen Betrieb angehängt wurden. Das sind Pensionen, die in der Zeit der Monarchie für Beamte und Angestellte gewährt worden sind, die nicht in den heutigen Betrieben, sondern in der großen österreichischen Monarchie beschäftigt wurden. Darin sind Pensionen von Arbeitern in einigen Bezirken der Bundesforste enthalten, die ein pragmatisches Dienstrecht gehabt haben — das hat sich bereits im Jahre 1925 aufgehört! Es sind auch Pensionen von den Gütern Rothschilds dabei, die durch ein eigenes Gesetz, das in der Nachkriegszeit vom Parlament geschaffen worden ist, übernommen worden sind.

Heute muß der Betrieb Österreichische Bundesforste neben diesen Pensionslasten alle Pensionsbeiträge so wie jeder andere Betrieb zusätzlich bezahlen; es ist also eine doppelte Belastung. Dazu kommen noch die anderen Rechte, wie Holz-, Weide- und Servitutsrechte. Das ist ja im Teilheft und in den Erläuternden Bemerkungen auch ausgeführt — aber in der Öffentlichkeit sagt man das nicht dazu —, das ist eine Fremdlast von 60 Millionen Schilling im Jahr. (Abg. Lola Solar: Wie leben die denn dann? — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das haben andere auch!) Andere Betriebe haben das in diesem Ausmaß nicht.

Rechnen Sie nun diese Lasten zusammen, die eigens in Rechnung gestellt werden müssen, wie es das Gesetz vom Jahre 1925 ausdrücklich verlangt — die Ziffern sind in den Vorschlägen drin, aber ersetzt werden sie nirgends —, dann ergibt sich daraus ein Betrag

von 115 Millionen Schilling. Nun vergleichen Sie den tatsächlichen Betriebsabgang in der gegenwärtigen Situation mit 39,2 Millionen Schilling. Da wird sich in Wirklichkeit noch ein gewaltiger Reingewinn im Vergleich zu den Betrieben ergeben, die diese Lasten, die man den Österreichischen Bundesforsten übertragen hat, nicht haben. Unter allen Umständen muß das bei der Betrachtung berücksichtigt werden.

Diese Feststellung soll aber nun nicht heißen, daß in der gegenwärtigen Situation der Betrieb Österreichische Bundesforste nicht alles das, was in der Forstwirtschaft möglich ist, tun muß, um zu rationalisieren und zu mechanisieren, wobei uns selbstverständlich bewußt ist, daß ein Forstbetrieb nicht einer Fabrik oder einem Industriegelände gleichkommt. Hier muß man ganz anders vorgehen.

Die entscheidenden Einnahmen in der Forstwirtschaft — das ist selbstverständlich auch bei den Österreichischen Bundesforsten der Fall — kommen aus der Holznutzung. Dabei muß man berücksichtigen, daß ein Forstbetrieb, selbst wenn die Preise ungünstig sind, selbst wenn die Preise so wären, daß sie unter den Gesteungskosten sind, den Betrieb und die Verwaltung, die waldbaulichen Maßnahmen, die Forstpolizei und alles weiterführen muß. Auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten müssen die Holzeinschläge erfüllt werden, weil das die einzigen Einnahmen sind, die im Betrieb erzielt werden können.

Auf eines möchte ich auch noch hinweisen: In den letzten Jahren ist sicherlich die Leistung der Forstarbeiter trotz einer kürzeren Arbeitszeit ganz gewaltig angestiegen. Bei einer körperlich so schweren Arbeit, wie es die Forstarbeit ist, ist eine kurze, gut ausgenützte Arbeitszeit die beste Methode, um eine Leistung zu erzielen. Trotz der Einrechnung der Gehzeiten — das sind alle Zeiten, die über eine halbe Stunde sind — und trotz verkürzter Arbeitszeit wurde eine höhere Leistung als früher erzielt. Sie müssen nur das Teilheft jedes Jahr durchblättern, dann werden Sie sehen, daß immer wieder angeführt ist, daß 200 oder 250 oder im heurigen Jahr zum Beispiel 199 Dienstposten eingespart worden sind. Das sind kollektivvertraglich entlohnte Arbeiter, und daher müßte man erst untersuchen, ob das eine Dienstposteneinsparung ist. Denn es ist keine echte Einsparung, wenn manche Forstverwaltungen keine Arbeiter bekommen und das Holz am Stock verkauft werden muß. Das scheint nur auf einem anderen Konto auf. Aber gerade diese Dienstposteneinsparung bei den kollektivvertraglich entlohnnten Arbeitern scheint auch im Dienstpostenplan des Bundeskanzler-

Spielbühler

amtes auf. Wenn der Bundeskanzler von der Regierungsbank vor kurzem wieder stolz erklärte, daß über 3000 Dienstposten eingespart wurden, dann sind diese 199 Forstarbeiter, die die Betriebe auf dem Land nicht bekommen, sodaß das Holz am Stock vergeben wird, auch dabei. Das muß man immer wieder berücksichtigen.

Ich möchte aber damit auch sagen, daß man Einsparungen und Rationalisierungen nicht nur bei den Arbeitern und bei der Holznutzung, sondern letzten Endes auch in der Verwaltung durchführen kann. Dabei müssen wir leider feststellen, wenn wir das Teilheft durchsehen, daß dort praktisch jedes Jahr die gleiche Zahl aufscheint. Ich glaube, es müßte in der Verwaltung überhaupt überprüft werden, ob nicht doch auch einige Vereinfachungen durchgeführt werden können und ob es unbedingt notwendig ist, daß für die Erledigung von Kleinigkeiten alle möglichen Stellen zuständig gemacht werden. Ich habe immer wieder den Standpunkt vertreten, daß man den Forstmeistern in den Forstverwaltungen, wo es möglich ist, doch mehr Eigenverantwortung überlassen sollte.

Die entscheidende Frage, um auch im Betrieb Österreichische Bundesforste wirtschaftliche Erfolge erzielen und den Betrieb krisensicher machen zu können, sind die Investitionen. Es muß dafür gesorgt werden, daß die notwendigen waldbaulichen Maßnahmen ohne Verzögerung durchgeführt werden, daß brauchbare Geräte — ich sage ausdrücklich: brauchbare Geräte — und Maschinen, soweit sie in der Forstwirtschaft mit Erfolg verwendet werden können, eingesetzt werden. Das kostet alles Geld! Es muß vor allem die verkehrsmäßige Aufschließung unbedingt ermöglicht werden.

Dazu muß ich sagen — das sind die Worte, die ich zu Beginn angeführt habe und die ich nun in Erinnerung rufen möchte —: Es ist sehr viel bei den Investitionen vernachlässigt worden, aber nicht durch die Schuld der Generaldirektion der Österreichischen Bundesforste. Diese hat sich immer bemüht, die nötigen Mittel freizubekommen für Investitionen, Aufschließung, Güterwegbauten, um Forststraßen zu bauen. Ich habe in den letzten 23 Jahren entweder von dieser Stelle aus oder im Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft immer wieder jedem Landwirtschaftsminister der Nachkriegszeit und jedem Finanzminister gesagt, daß es auf die Dauer ein Unding ist, den Betrieben in wirtschaftlich guten Zeiten alle Eigenmittel wegzunehmen und nicht zu investieren. Nun haben wir die Folgen.

Ich möchte abschließend eine Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung des Betriebes Österreichische Bundesforste seit 1945 geben. Vorausschicken darf ich, daß dieser Betrieb alle Steuern, Abgaben und Umlagen genauso zu bezahlen hat wie jeder andere Betrieb, ja daß dieser Betrieb auch die Umlagen für die Bauernzuschußrentenversicherung in einer ansehnlichen Größe zu bezahlen hat. Das alles muß der Betrieb leisten.

Wie war es gleich nach dem Krieg, etwa bis zum Jahre 1951? Das war die Zeit der Bewirtschaftung, es war die Zeit der Preisregelung. Es war selbstverständlich, daß sich der Betrieb Österreichische Bundesforste, dieser Staatsbetrieb, genau an die Bewirtschaftungsvorschriften und an die Preisregelung gehalten hat. Das könnte ich an Dutzenden Beispielen belegen und nachweisen. Das haben private Betriebe in dieser Zeit nicht immer gemacht. In dieser Zeit hätte man jeden Preis verlangen können, weil einem die Haushalte einfach jeden Meter Brennholz aus der Hand gerissen haben, weil die Papierfabriken, die noch keine Verbindungen zum Ausland hatten, um jeden Festmeter Faserholz gerauft haben, ebenso die Sägewerke um Schnittholz. Die Bundesforste haben sich in dieser Zeit genau an die Vorschriften gehalten, daher bis zum Jahre 1951 der entsprechende Erfolg.

In der Zeit von 1952 bis 1966 — jeder ist in der Lage, das zu überprüfen, er braucht nur die Teilhefte durchzublättern und nachzusehen — hat der Betrieb Österreichische Bundesforste dem Finanzminister 991,122.000 S abliefern müssen. Das ist ziffernmäßig; wertmäßig bedeutet es noch viel mehr, weil es ja schon im Jahre 1952 angefangen hat. Das alles trotz der Fremdlasten, von denen ich vorhin schon gesprochen habe, die in den letzten zehn Jahren 703 Millionen Schilling ausgemacht haben. Das ist das, was wir immer wieder angekreidet haben: daß man dem Betrieb die eigenen Betriebsmittel wegnimmt. Es ist selbstverständlich, daß der Betrieb dem Eigentümer Republik Österreich von seinem Reingewinn etwas abzuliefern hat. Aber daß man in guten Zeiten dem Betrieb nicht die Mittel läßt, die er selbst aufbringt, um zu investieren, das zeitigt jetzt die Folgen, in der wirtschaftlich schlechten Zeit, wo sogar ein Abgang ausgewiesen wird, auch wenn es kein echter Abgang ist, wenn man die Fremdlasten berücksichtigt. Jetzt muß der Finanzminister notgedrungen für Investitionen sogar mehr bewilligen als in früheren Jahren.

Ich glaube, das alles muß man in Betracht ziehen, wenn man über die Österreichischen

Spielbüchler

Bundesforste und die tatsächlichen Verhältnisse sprechen will. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich wollte mich hier eigentlich nur mit einigen Fragen des landwirtschaftlichen Schulwesens beschäftigen. Aber die Ausführungen meiner Vorredner, insbesondere des Herrn Kollegen Pansi, zwingen mich doch, einige Klarstellungen zu machen.

Herr Kollege Pansi! In Ihrem Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Partei heißt es zur „Neugestaltung der Agrarpolitik“ unter Punkt 5: „Existenzgefährdete Betriebe“, daß 80 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe Österreichs kleiner sind als 20 ha und 40 Prozent kleiner als 5 ha, daß diese kleinbetriebliche Struktur die Entwicklung der Rentabilität hemmt und daß die Agrarplaner der EWG nur Betriebe mit 30 ha als lebensfähig bezeichnen. Die Agrarplaner der EWG sagen vielleicht heute noch, daß Betriebe mit 30 ha lebensfähig sind. Wenn Sie aber die neuesten Nachrichten lesen, dann sind es nicht mehr 30 ha, sondern bereits 60 ha.

Herr Minister Mansholt sagt, daß der Einmannbetrieb eine unsoziale Angelegenheit sei, weil ja der eine Mann 365 Tage im Jahr beschäftigt wäre, insbesondere im Grünlandbetrieb, dort, wo noch Rinder- oder Schweinehaltung vorhanden ist. Als Ergebnis gibt es Ihrer Auffassung nach nur die Lösung, daß man diese Kleinbetriebe einfach beseitigt, daß man nur dem Großen hilft ... (*Abg. Ing. Scheibengraf: Das steht nicht im Programm, Sie müssen weiterlesen!*) Ich werde dann noch einiges sagen, vorerst hat es jetzt Kollege Pansi sehr deutlich gesagt. Ich kann mir schon vorstellen, daß Sie auch auf der linken Seite dieses Hauses mit seinen Ausführungen nicht voll einverstanden sind. Denn Kollege Pansi hat genau das Gegenteil von dem gesagt, was sein Kärntner Kollege, der Herr Abgeordnete Steiner, im letzten Parlament hier immer wieder betont hat: daß man selbstverständlich auch dem Kleinbetrieb, dem Nebenerwerbsbetrieb, eine entsprechende Unterstützung geben muß, daß man nicht nur die großen fördern soll, sondern daß man auch die kleinen halten soll, natürlich nicht als Vollerwerbsbetriebe, weil das nicht möglich ist, sondern als Nebenerwerbsbetriebe. Das gleiche hat der Herr Abgeordnete Winkler von Niederösterreich hier immer wieder gesagt. Aber anscheinend hat man jetzt in der Sozialistischen Partei eine etwas andere Meinung.

(*Abg. Dr. Gruber: Eine gesplattene! — Abg. Czettel: Wenn man industrialisiert, hilft man auch den Kleinen!*) Ich komme bei der Industrialisierung noch darauf zurück, Herr Kollege Czettel.

Das, was Sie im SPÖ-Wirtschaftsprogramm über die Schaffung von Nebenerwerbsplätzen sagen, wird von uns voll unterstützt. Das wurde ja von uns auch schon seit langem gesagt. Aber ich glaube, es gibt hier noch etwas zu überlegen, wenn Ihnen die Abwanderung aus der Landwirtschaft zu langsam geht, wenn Ihnen die Strukturbereinigung zu langsam geht. Die Landwirtschaft hat in den letzten 15 Jahren enorme Leistungen für die Strukturbereinigung erbracht. Es haben schließlich 50.000 Betriebe zu erzeugen aufgehört, und es haben 360.000 Arbeitskräfte eine andere Arbeit gefunden, sie sind nicht mehr in der Landwirtschaft beschäftigt.

Wenn man jetzt sagt: Alles in die Industrie hinein!, dann ist das sicher richtig. Aber, Herr Kollege Czettel, wenn wir 20 oder auch nur 10 Jahre nach vorne schauen, dann wissen wir doch, daß auch in der Industrie ein Strukturproblem zu bewältigen ist, daß wir in Österreich auch sehr viele Industriearbeitsplätze abzusichern haben, daß die Industrie ihre Strukturprobleme zu bewältigen hat. Die Landwirtschaft ist in dieser Entwicklung in bestem Zuge. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß diese Entwicklung im Griff behalten werden kann, daß sie organisch abläuft, daß soziale Härten vermieden werden können.

Wir wissen ganz genau, daß der Kleinbetrieb von der Landwirtschaft allein heute nicht mehr lebensfähig ist. Wir wissen sogar noch mehr: daß der Betrieb, der heute noch vielfach von der Landwirtschaft allein zu leben hat, eigentlich schon ein Nebenerwerbsbetrieb wäre, vorausgesetzt, daß er die Möglichkeit dazu hätte. Weil der Besitzer nicht so ohne weiteres weggehen kann, weil er nicht so ohne weiteres einen Nebenerwerb bekommt, beginnt er jetzt mit dem Intensivieren, um noch in der Landwirtschaft eine halbwegs angemessene Existenz zu haben. Diese Intensivierung trägt dazu bei, daß wir heute eine solche Marktfülle haben.

Wir glauben, dem Kleinbetrieb sagen zu müssen, daß er von der Landwirtschaft allein nicht leben kann; er braucht also einen Nebenerwerb. Aber ich glaube, wir sollen ihm auch sagen, daß er Grund und Boden hat, der für ihn Vermögen und Sicherheit darstellt. Ich persönlich kann einem Besitzer von Grund und Boden nicht anraten, diesen möglichst bald zu verkaufen und loszuwerden. (*Abg. Pansi: Das hat auch niemand verlangt!*)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Sie sagen, meine Herrschaften, wir brauchen Großbetriebe, wir brauchen vor allem leistungsfähige Vollerwerbsbetriebe. Sie haben uns das Programm aus Deutschland vorgelesen, hier hat Minister Höcherl seine Ansichten dargelegt. (*Abg. Czettel: Existenzfähige Familienbetriebe wollen auch Sie!*) Jawohl! Unsere Agrarpolitik heißt: existenzfähige Familienbetriebe, entweder als Vollerwerbsbetrieb oder als Nebenerwerbsbetrieb. (*Abg. Czettel: Das liegt doch auch drinnen! — Abg. Pansi: Wer von uns hat das Gegenteil davon gesagt?*) Ich habe sehr gut aufgepaßt, Herr Kollege Pansi, aber diese Meinung habe ich aus Ihren Ausführungen nicht herausgelesen. Ich habe sehr gut aufgepaßt. (*Abg. Czettel: Unter Ihrer Agrarpolitik sind die Bauern jetzt davongelaufen!*) Herr Kollege Czettel, was heißt, auf Grund unserer Agrarpolitik sind sie davongelaufen? Ihre Herren Abgeordneten von der Sozialistischen Partei haben doch jetzt ständig erklärt, daß es unsere schlechte Agrarpolitik war, daß so wenig davongelaufen sind; denn wenn wir eine gute gemacht hätten, dann hätten nach Ihrer Meinung noch viel mehr gehen müssen. Das hat doch der Herr Kollege Pansi gesagt. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Czettel: So kann man mit euch über diese Probleme nicht diskutieren, es wird alles umgedreht! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Ich darf noch etwas sagen. Herr Kollege Pansi hat gesagt, er rede hier über Agrarpolitik und er werde wahrscheinlich bei der ÖVP-Seite schlecht ankommen, weil er kein Bauer ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin auch kein Bauer. Ich bin aber ein Abgeordneter von Tirol, und ich fühle mich für die Landwirtschaft Österreichs und besonders für das Bergland verantwortlich. Daher erlaube ich mir, hier auch über Agrarpolitik zu reden, und ich muß sagen, ich bin in meinem Klub bis jetzt, obwohl ich kein Bauer bin, mit meiner Stimme sehr gut gehört worden. (*Abg. Haas: Zuerst ist von einem Ihrer Kollegen gesagt worden, einer, der nichts davon versteht, soll nicht darüber reden! — Ruf bei der ÖVP: Das ist doch ein Unterschied!*) Herr Kollege Haas! Beim Schulwesen komme ich noch auf Sie zurück. Ich bilde mir zufällig ein — ich habe Agrarwirtschaft studiert — und hoffe, davon ein bißerl was zu verstehen.

Nun möchte ich noch folgendes sagen: Sie haben sehr viel von der Bodenbank gesprochen. Landwirtschaft ist Landessache, und im Land Tirol, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir seit 1951 den Landeskulturfonds. Wenn Sie wollen, dann ist das eine Bodenbank, es heißt nur anders. Wir haben in Tirol diese Bodenbank, diesen

Landeskulturfonds geschaffen, um die Strukturänderungen in der Hand zu haben, um den frei werdenden Boden der Landwirtschaft zur Verfügung stellen zu können.

Aber von der linken Seite des Hauses wird jetzt die Meinung vertreten, das wäre auch eine falsche Politik, denn „Bauernland in Bauernhand“ ist etwas von vorgestern. Man würde sich viel leichter tun, wenn das nicht so wäre. Aber auf der anderen Seite hören wir dann die Forderung nach der Bodenbank, damit dieses Bauernland wieder der Landwirtschaft zur Aufstockung ihrer Betriebe zur Verfügung gestellt werden kann. Ich frage jetzt nur, was Gültigkeit hat. Entweder das eine oder das andere; oder heute so und morgen anders? (*Abg. Czettel: Wo haben wir was anderes gesagt, Herr Kollege? Die Bodenbank verlangen wir!*)

Im Agrarausschuß wurde kürzlich von Ihrer Seite das Wort geprägt: Bauernland in Bauernhand ist ein ganz verkehrter Begriff, das ist etwas von vorgestern. Der Bauernbund hat jetzt endlich eingesehen, daß die Strukturänderung notwendig ist, und weil er das endlich einsieht, ist die Sozialistische Partei schon jetzt wieder um zwei Schritte weiter und verkündet jetzt das neue Programm: Bauernland nicht in Bauernhand. Das wurde doch damals im Agrarausschuß gesagt. (*Zwischenruf des Abg. Pansi.*)

Stimmt das, Herr Kollege Staribacher? (*Abg. Pansi: Sie waren doch gar nicht dabei bei diesen Diskussionen!*) Das war nicht das letzte Mal, sondern das vorletzte Mal, als ich dabei war, und ich glaube, das hat der Kollege Staribacher gesagt; das wissen Sie auch, Herr Kollege Pansi.

Unser Ziel ist der dynamische Familienbetrieb unter Einbeziehung des Einkommens aus Gewerbe, Industrie und Fremdenverkehr. Hier haben wir doch eine echte gesellschaftspolitische Aufgabe, denn dieser Nebenerwerbsbetrieb ist eine Querverbindung zwischen der Landwirtschaft, der Arbeiterschaft und den Angestellten, eine Querverbindung mit Sicherheit, eine Querverbindung auch dahin gehend, daß der bäuerliche Besitzer Notzeiten leichter überwinden kann.

Ich habe schon gefragt, ob die linke Seite des Hauses die zweite industrielle Revolution so bewerkstelligen will, daß sie möglichst rasch alle Arbeitskräfte, die von der Landwirtschaft kommen, in der Industrie aufnehmen kann, oder ob wir hier einen Weg gehen müssen, der behutsam ist, der die Arbeitsplätze in Industrie, im Gewerbe und in der Landwirtschaft sichert, wobei wir wissen, daß der Übergang zum Nebenerwerbsbetrieb ein sehr bedeutender ist. (*Abg. Pansi:*

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Aber das ist ja ein Programmpunkt, der Nebenerwerb, aber nicht das Gegenteil!) Ich habe bereits gesagt, daß wir diesen Programmpunkt unterstützen können, weil wir das schon sehr lange sagen. (*Abg. Dr. Staribacher: Nein, das haben Sie nicht gesagt!*) Das haben wir nicht gesagt! Wir haben in Tirol 60 Prozent Nebenerwerbsbetriebe, Herr Kollege Staribacher. Ich nehme an, daß das nicht so von ungefähr kommt.

Außerdem ist der Nebenerwerbsbetrieb nicht eine Erfindung von heute. Bereits im Mittelalter, als es in Tirol den Bergbau gab, als dieses Land die Schatzkammer des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation war, hat es den Nebenerwerbsbetrieb gegeben. Er ist dann später in Schwierigkeiten gekommen, als der Bergbau, diese Industrie der damaligen Zeit, verschwunden ist. Und wenn er heute wiederkommt, dann ist ja das nichts Neues. Es ist das eine alte Feststellung, daß eine Wirtschaft, speziell in einem Bergland, nur dann floriert, wenn Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe zusammenkommen und zusammen wirtschaften. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pansi: Aber Nebenerwerbsmöglichkeiten müssen geschaffen werden, und das ist unser Programm!*) Ja, in Ordnung. Da bemühen wir uns schon 30 Jahre lang und länger, Herr Kollege Pansi.

Und dann haben Sie gesagt, Sie haben einen europäischen Agrarpolitiker gesprochen und der hat, schüchtern ausgedrückt, die österreichische Agrarpolitik als sehr konservativ bezeichnet, zwischen den Worten war zu hören, als sehr rückständig. (*Ruf bei der SPÖ: Ist sie auch!*) Sie haben gesagt, sehr konservativ. (*Abg. Pansi: Die Schwierigkeiten mit dem Nebenerwerb haben Sie nicht mit uns, die haben Sie mit dem Wirtschaftsbund! — Abg. Czettel: Genau!*) Nein! (*Abg. Pansi: Dort müssen Sie mit den Schwierigkeiten fertigwerden!*) Ja, das ist die alte Taktik. (*Abg. Benya: Das stimmt aber!*) Die Hauptsache: Wir sind die Braven, die Schwierigkeiten habt ihr im Wirtschaftsbund! Der Wirtschaftsbund hat uns bis jetzt beim echten Nebenerwerb nichts in den Weg gelegt. Wir werden schon dafür sorgen, daß die Möglichkeit für Nebenerwerbsbetriebe besteht. (*Abg. Libal: Und was ist mit den Genossenschaften?*)

Aber, Herr Kollege Pansi, etwas anderes: Sie haben gesagt, daß der europäische Agrarpolitiker die österreichische Agrarpolitik als sehr konservativ ansieht. Heuer im Sommer war die Agrarkommission des Europarates in Österreich, und zwar in Tirol. Elf Staaten waren vertreten. Und Ihre Kollegen, die dabei waren, werden mir bestätigen, daß die Politiker der europäischen Länder über die Leistungen der österreichischen Agrarpolitik insbesondere

zur Erhaltung einer Wirtschaft im Berggebiet sehr, sehr beeindruckt waren, und zwar was den Nebenerwerbsbetrieb betrifft, was den Vollerwerbsbetrieb betrifft, was den Bergbauern betrifft und was das landwirtschaftliche Schulwesen betrifft. Ein Kollege aus Italien hat mich gefragt, ob er sich das mit einer Kommission noch einmal anschauen kann, weil er das landwirtschaftliche Schulwesen nach dieser Form in Italien aufbauen möchte.

Es heißt hier vielfach in Ihrem Agrarprogramm, daß man Strukturänderungen durchführt. Das ist an sich richtig, das machen wir ja auch, weil wir wissen, daß solche Strukturänderungen durchgeführt werden müssen.

In Punkt 14 unter der Überschrift „Abbau verlustreicher Agrarexporte“ gibt es aber einen sehr interessanten Satz, der heute von der sozialistischen Seite noch nicht gebracht wurde. Hier steht: „Nahrungsmittelimporte werden voraussichtlich notwendig sein, um das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen und den Wohlstand zu steigern.“ Vorher steht, man sei für „eine weitgehende Deckung des Bedarfes aus der heimischen Produktion“. Darunter steht dann, daß man den Export einschränken müssen, weil man eben nur so viele Produkte exportieren kann, als man ohne Zuschüsse exportieren wird.

Ich möchte fragen: Was gilt jetzt eigentlich? Entweder die Selbstversorgung — und dann kein Import. Aber hier steht: „Nahrungsmittelimporte werden voraussichtlich notwendig sein, um das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen.“ Ja welches Wirtschaftswachstum? Das von der Landwirtschaft oder das von Industrie und Gewerbe? Ist das nicht die alte sozialistische Agrarpolitik der zwanziger und dreißiger Jahre, wo man gesagt hat: Möglichst viel importieren, die Landwirtschaft soll sehr viel erzeugen, dann wird sie im eigenen Fett schmoren, und wir haben sehr billige Lebensmittel, und alles andere interessiert uns nicht! Ist das nicht das Wort, das der Herr Parteibmann Kreisky gesprochen und mit der Bemerkung verbunden hat: „Sagen wir das der Landwirtschaft und bieten wir ihr einen Kuhhandel an“ — so hat er nämlich gesagt: einen Kuhhandel — „vielleicht könnte man die grüne Seite herüberbringen und damit in diesem Haus endlich eine Mehrheit zustande bringen. Wir sind nicht dafür, daß wir teure Lebensmittel haben, sondern wir sind dafür, daß wir billige Lebensmittel haben!“ Das steht hier herinnen, zwar ein bißchen umschrieben, aber immerhin sehr deutlich.

Am 5. Dezember haben Sie dann in der „Arbeiter-Zeitung“ einen Vertreter des All-

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

gemeinen Bauernverbandes zu Wort kommen lassen. Das ist an sich sehr interessant. Vielleicht bemüht man sich jetzt, die Unzufriedenen des Bauernbundes — so wurden sie hier genannt, in Wirklichkeit waren das zu einem geringen Teil Vertreter des Bauernbundes — bei der Sozialistischen Partei aufzunehmen und ihnen eine Heimstatt zu geben, sonst würde man kaum einen Funktionär in einem Artikel so beachtlich zu Wort kommen lassen.

Hier steht auch: Vom Butterberg könnte ein erheblicher Teil abgebaut werden, wenn, so wie etwa in Schweden, der Margarine ein Teil Butter beigemischt würde und wenn beispielsweise im Marchfeld statt Milchwirtschaft wieder der Rapsanbau betrieben würde.

Es wurde heute schon darauf verwiesen: Wenn Sie der Meinung sind, daß man so den Butterberg abbauen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, dann können Sie mit uns reden.

Der Herr Kollege Czettel hat im Laufe der Debatte zu diesem Budget einmal gesagt, daß die Bauern jetzt schimpfen und jammern, weil sie einen schlechten Viehpreis haben. Solange er Innenminister war, haben sie auch geschimpft, weil ein schlechter Viehpreis war, aber damals mußte man immer um die Exportlizenzen zu ihm kommen, und jetzt braucht man keine solche Lizenzen mehr, der Viehpreis ist jedoch um nichts besser geworden. (*Abg. Haas: Das stimmt ganz genau!*) Das stimmt, ja. Aber wissen Sie auch die Ursache, meine sehr geehrten Damen und Herren? Eine solche Meinung können Sie nämlich nur einem sehr dummen Bauern verkaufen, der nicht weiß, daß in der Zwischenzeit eine Rindermarktordnung in der EWG herausgekommen ist und daß man in der Zwischenzeit neben dem Zoll auch eine Abschöpfung bezahlen muß. Früher hätte man die Produktionsumlenkung von Milch auf Fleisch viel leichter bewältigen können, denn damals war ein echter Exportbedarf gegeben und auch eine echte Exportmöglichkeit. Aber 1966 ist eben diese Rindermarktordnung herausgekommen. Durch diese Rindermarktordnung der EWG ist zum 16prozentigen Zoll eine Abschöpfung gekommen. Sie beträgt derzeit 5,50 S pro Kilogramm Lebendgewicht. Das kommt also noch dazu. Wenn wir damals, meine Herren, eine Agrarpolitik betrieben hätten, das heißt, wenn wir in diesem Hause die Möglichkeit gegeben hätten, zu exportieren, zu einer Zeit, in der es keine Abschöpfung gab, dann hätten wir vielleicht heute nicht diese Milchschwemme, denn dann wäre es gelungen, die Produktion auf Schlachtvieh und auf Rindermast umzulenken.

Aber das war damals nicht möglich, weil man um jedes Kontingent von 500 oder 1000 Stück betteln mußte. (*Abg. Lukas: Das können Sie in der Schule erzählen, aber nicht im Parlament!*) Herr Schulinspektor, wenn Sie das nicht interessiert (*Abg. Lukas: Vielleicht glauben Ihre Buben das!*), dann können Sie auch hinausgehen. Ich glaube aber, daß das eine sehr wichtige Angelegenheit ist. (*Abg. Machunze: Der Kollege Staribacher gibt ihm ja sowieso recht!*) Das sind nur einige Momente.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe noch eine sehr interessante Feststellung bei diesem Wirtschaftsplan gemacht. Auf Seite 134 bei Punkt 10 der Landwirtschaft wird über das Subventionssystem gesprochen, und da wird auf eine Anlage 2 a und 2 b verwiesen. Vorher wird gesagt, daß die öffentlichen Mittel zur Deckung der direkten Subventionen der Landwirtschaft derzeit rund 4 Milliarden Schilling betragen. Dann wird auf die Anlage 2 a und 2 b verwiesen. Und das ist jetzt die erste interessante Feststellung: Im ganzen Wirtschaftsprogramm gibt es keine Aufstellung über Beihilfen und Subventionen, nur beim Kapitel Landwirtschaft. Als wenn die Landwirtschaft allein der Subventionsempfänger wäre, als wenn alle anderen selbstverständlich keine bekämen und sie für die landwirtschaftlichen Subventionen bezahlen müßten!

Besonders interessant wird die Sache erst, wenn wir uns diese Subventionen anschauen. Herr Kollege Spielbüchler, hier ist auch die Post für die Wildbach- und Lawinenverbauung aufgenommen. Wenn die Geldmittel, die der Staat für die Wildbach- und Lawinenverbauung zur Verfügung stellt, Subventionen für die Landwirtschaft sind, ja dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, können wir sagen: Die Mittel, die der Bund dem Schulwesen zur Verfügung stellt, sind Subventionen für die Kinder, und die Mittel, die dem Straßenbau zur Verfügung gestellt werden, sind Subventionen für den Autofahrer. Ich glaube, so einfach geht die Sache doch nicht.

Es stehen noch mehr solche Dinge hier: Mittel für das Verkehrswesen, für die Erschließung, den Bau der Güterwege im ländlichen Raum, von dem heute auch von Ihrer Seite so viel gesprochen wurde.

Sie schreiben also, daß diese Subventionen verschwinden sollen, daß sie abgebaut werden müssen. In der Überschrift heißt es, daß diese Subventionen ein „unsoziales Subventionssystem“ darstellen. Dann heißt es aber, daß dadurch die Strukturen versteinert werden. Auch hier ist ein Widerspruch. Entweder geben wir die Subventionen allen, dann sind

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

sie an sich nicht unsozial, oder wir geben sie nicht allen, und dann bin ich der Meinung, daß die Nebenerwerbsbetriebe, die Sie auch vertreten, daß der Eisenbahner, der zwei oder drei Kühe hat, der Forstarbeiter, der eine kleine Landwirtschaft hat, mit Recht erbittert wären, wenn sie keine oder eine andere Behandlung erfahren würden als die großen Vollerwerbsbetriebe. Wir sind der Meinung: alle sollen die gleiche Beihilfe, die gleiche Unterstützung und auch die gleiche Förderung erhalten. (*Abg. Haas: In der Praxis schaut es anders aus!*)

Der Herr Kollege Pansi hat heute erklärt, es wäre eine verheerende Politik, die wir machen, wir sollen die Subventionen nur den Großen geben, die Kleinen haben möglichst bald zu verschwinden. (*Abg. Dipl.-Ing. Doktor Oskar Weihs: Das ist doch die Höhe der Demagogie!*) Ich frage jetzt: Ganz ehrlich, welche Subventionen wollen Sie also zum Verschwinden bringen, meine sehr geehrten Damen und Herren? Sie haben ja den Herrn Minister gefragt.

Da haben wir 1967 34 Millionen Schilling für das Beratungswesen ausgegeben. Wir haben für das landwirtschaftliche Schulwesen Beträge von 7,3 Millionen Schilling enthalten, für die Lernbeihilfen der Schüler 2,8 Millionen Schilling. Das sind alles Subventionen, die in der Landwirtschaft enthalten sind. Auf der anderen Seite heißt es immer: zuwenig Lernbeihilfen — und bei uns sind es Subventionen. Auf der anderen Seite immer: zuwenig für das Bildungswesen — und bei uns sind es Subventionen. Auf der anderen Seite immer: zuwenig für den sozialen Wohnungsbau — und bei uns sind es Subventionen. Ich glaube, so kann man das doch nicht sagen und machen, sondern man hat ein gleiches Maß auf beiden Seiten anzulegen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich könnte noch sehr viel dazu sagen, aber ich glaube, angesichts der etwas fortgeschrittenen Zeit kann ich mir das meiste doch wohl ersparen, um dann zu meinem eigenen Thema zu kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht doch noch abschließend zu diesem Kapitel folgendes: Das Schlagwort der landwirtschaftlichen Subventionen könnte verwendet werden, um sich von der gesellschaftspolitischen Verpflichtung der Erhaltung eines gesunden Berufsstandes in der Land- und Forstwirtschaft reinzuwaschen, der Erhaltung eines funktionsfähigen ländlichen Raumes, der Ernährungssicherung — oder müssen wir vielleicht warten, bis der Hunger weltweit geworden ist, wie amerikanische Untersuchungen für absehbare Zeit voraussagen, was wir an sich nicht hoffen, oder bis es in der Welt wieder irgend-

wo Krisen gibt und wir dann sehr rasch daraufkommen, daß die österreichische Fettlücke mehr als 50 Prozent beträgt? Ist es nicht eine Gefahr, daß mit diesem Schlagwort der Subvention nur vom Nichtlandwirt aufgezeigt werden soll: Man tut ja ohnedies soviel, aber der Erfolg ist nicht sichtbar, die Landwirtschaft schafft keine echte Strukturanpassung, es gibt Unzufriedenheit! Und man gibt dann der Führung der Landwirtschaft die Schuld und wäscht seine Hände möglichst in Unschuld.

Hier, glaube ich, gibt es nur einen Weg, und zwar den Weg, den der Herr Minister Koren in seiner Budgetrede aufgezeigt hat: den Ausgleich zu finden zwischen der Wohlfahrtsmehrung, dem Wirtschaftswachstum also, und der sozialen Sicherheit. Die Landwirtschaft sucht diesen Ausgleich durch eine grundsätzlich positive Einstellung zur notwendigen Strukturanpassung, wobei dem Nebenerwerbsbetrieb eine bedeutende und positive Rolle eingeräumt wird. Sie bemüht sich, die Entwicklung unter Kontrolle zu halten, damit Dauerschäden für das gesamte Siedlungsgebiet und für die gesamte Gesellschaft vermieden werden können. Sie sucht einen gerechten sozialen Ausgleich, und dabei ist sie an sich auf das Verständnis aller Berufsgruppen angewiesen.

Ein wesentliches Erfordernis, um dieses Ziel zu erreichen, ist eine bessere Bildung und Ausbildung. Hier ein Wort zum landwirtschaftlichen Schulwesen.

Heute — und das ist bereits seit dem vorigen Jahrhundert so — ist die Kompetenz für das landwirtschaftliche Schulwesen weder bei den Ländern noch beim Bund allein, sondern sie haben nur eine gemeinsame Kompetenz. 1962 wurde bei der Verabschiedung der allgemeinen Schulgesetze der Landwirtschaft die rasche Verabschiedung der landwirtschaftlichen Schulgesetze von allen Parteien — Verzeihung, bei den Freiheitlichen bin ich nicht sicher, auf alle Fälle von der Sozialistischen Partei und der ÖVP — zugesichert.

Am 4. 6. 1964 haben die Parteienverhandlungen damals in einem Koalitionsausschuß begonnen, und die Gesetze wurden einvernehmlich ausgearbeitet. Die Sozialistische Partei hat öfter versichert, daß man sich über den Inhalt völlig einig sei, daß aber eine Blockade von ihr wegen der niederösterreichischen Landesausführungsgesetze betreffend die Lehrerernennung aufrechterhalten werden muß. So konnten also die Gesetze im Nationalrat während der Koalitionszeit nicht eingebracht werden, in der Regierung wurde jeweils ein Beschluß darüber verhindert.

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

1966 wurden nun die Gesetze in das Hohe Haus gebracht. Das Verfassungsgesetz hat die Nummer 38 der Beilagen; jetzt sind wir ungefähr bei der Nummer 1100. Dieses Gesetz ist also schon sehr lange im Haus. Eine Behandlung im Ausschuß war nicht möglich. Der Landwirtschaftsausschuß und das Parlament konnten nämlich nur das Dienstrechtsgesetz für die Landwirtschaftslehrer und das Landwirtschaftliche Bundesschulgesetz beschließen, da hiezu keine Verfassungsänderung notwendig war. Für die Masse der Landwirtschaftsschüler gibt es wegen der Blockade der Sozialistischen Partei keine Schulgesetze! (*Abg. Haas: Jetzt seien Sie ehrlich, Kollege Leitner ...!*) Hier gebe ich dem Herrn Kollegen Peter recht, wenn er sagt, es sollte hier eine Änderung erfolgen; es sollte auch für das Landkind, für das Bauernkind hier durch eine gesetzliche Änderung eine Entwicklung im Schulwesen ermöglicht werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube, diese Haltung der Sozialistischen Partei schädigt den weiteren Ausbau und die weitere Anpassung der landwirtschaftlichen Bildungseinrichtungen. Diese Haltung schädigt das Bauernkind, welches dadurch nicht in allen Ländern zum Berufsschulbesuch verpflichtet werden konnte; denn es gibt ja noch einige Länder, die die Berufsschulpflicht auf Grund der derzeitigen Gesetzeslage noch nicht einführen konnten. Das widerspricht sicher der so oft beteuerten Bildungsfreundlichkeit der Sozialistischen Partei!

Der Herr Kollege Haas hat nun bei der Unterrichtsdebatte darauf hingewiesen, daß selbstverständlich die ÖVP die Schuld habe, weil es bisher im Niederösterreichischen Landtag zu keiner Änderung der Ausführungsgesetze betreffend die Lehrerernennungen gekommen ist und weil auch im Parlament eine Behandlung des Initiativantrages, der die Niederöreicher zwingen sollte, hier eine andere Regelung als bisher zu treffen, nicht zustande gekommen ist. Nach dem Ton der Ausführungen des Herrn Kollegen Haas wundert es mich nun heute nicht mehr, daß man in Niederösterreich noch zu keiner Einigung kommt oder gekommen ist, wenn ein Lehrer Niederösterreichs hier in entsprechender Schärfe eine Meinung äußert, die nach meiner Meinung die Landwirtschaft nur schwer diskriminieren kann.

Der niederösterreichische Landesschulrat hat ein autonomes Vorschlagsrecht der Lehrerernennung gegenüber dem Bezirksschulrat. Das wird von der Sozialistischen Partei als Bruch des Verhandlungsergebnisses angesehen, obwohl ... (*Abg. Pfeffer: Ist das in anderen Bundesländern auch so? — Abg. Benya: Das ist nur in Niederösterreich!*) Ich

weiß, aber Niederösterreich hat die Landesregierung und den Landtag in Wien — ich komme gleich darauf zurück. — Vielleicht haben Sie sich von Wien etwas abgeschaut, Herr Kollege. (*Abg. Haas: Das sind billige Ausflüchte, ganz billige Ausflüchte, Kollege Leitner!*) So billig ist das, glaube ich, nicht. Warten Sie ein bisschen, Kollege Haas!

Erstens muß einmal festgestellt werden, daß das niederösterreichische Landesausführungsgesetz der Grundsatzgesetzgebung des Bundes nicht widerspricht. Es muß weiters festgestellt werden, daß die Sozialistische Partei wieder einmal ein Landesgesetz mit einem Bundesverfassungsgesetz junktimiert, mit einem Verfassungsgesetz, welches sie der bäuerlichen Jugend versprochen hat. Ich glaube, es gibt keine sachlich gerechtfertigte Haltung dazu, sondern es ist eine reine parteipolitische Haltung zum Schaden dieser bäuerlichen Jugend! (*Abg. Dr. Haider: Sehr richtig! Stimmt auch! — Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wien hat 25 Prozent der österreichischen Bevölkerung und diese Stadt kennt keine Bezirksschulräte. Hier ist seit alter Übung nur ein Stadtschulrat vorhanden, der entscheidet. Es gibt also kein Vorschlagsrecht eines Bezirksschulrates, weil es eben keinen solchen gibt. (*Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Haas: Im Einvernehmen mit dem Vizepräsidenten!*)

Ja, aber wenn man jetzt ein Gesetz ändert, dann könnte man das vielleicht mitnehmen. Unterhalten Sie sich einmal mit den sozialistischen Kollegen in Wien, ob sie bereit sind, in dieser großen Stadt, für die 25 Prozent der österreichischen Bevölkerung, Bezirksschulräte einzuführen. Dann können Sie mit uns reden! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Haas: Von Wien war nie die Rede!*)

Ich glaube daher, daß Wien ein gewisses Vorbild für Niederösterreich war, und die räumliche Nähe hat hier sicher bewirkt, daß die Niederöreicher ein Gesetz gemacht haben, das sie sich von Wien abschauten. (*Abg. Haas: Das war nur das rein parteipolitische Denken des ÖAAB in Niederösterreich, das Sie leider hier durch Ihre Haltung unterstützen! — Widerspruch bei der ÖVP. — Abg. Haas: Fragen Sie Ihren Minister Schleinzer!*) Herr Kollege Haas! Das parteipolitische Denken war nach Ihren Ausführungen in diesem Haus sicher auf Ihrer Seite! (*Abg. Haas: Nein, nein!*) Ja, lesen Sie nach, was Sie gesagt haben. Das parteipolitische Denken war nach Ihren Ausführungen auf Ihrer Seite, und das hat mich erschüttert.

Ich möchte noch etwas sagen: Ich hoffe ja, nachdem sich jetzt die Parteien zusammengefunden haben, um über die Schulgesetze 1962

10042

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

zu reden, daß man auch diese Frage hier lösen kann und wir dann doch zu einem Ergebnis kommen, das dem Landkind gleiche Rechte für seine Ausbildung gibt wie dem anderen Kind, das dem Bauernkind die gleiche Berufsausbildung sichert, wie wir sie heute im Gewerbe, in Industrie und auch bei der Arbeiterschaft haben. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Haas.)*

Reden Sie einmal mit Ihren Kollegen in Wien, ob sie bereit sind, Bezirksschulräte einzuführen. Reden Sie mit ihnen, und nachher können wir uns vielleicht unterhalten. Dann, das hoffe ich doch, wird es im Rahmen dieser Verhandlungen zu einer Lösung kommen. Ich möchte das gar nicht hart sagen, weil ich interessiert bin ... *(Abg. Pansi: Herr Kollege Leitner! Ich bedaure sehr, daß Sie in einer so wichtigen Frage so unsachlich sind!)* Herr Kollege Pansi! Ich möchte hier nicht die Atmosphäre vergiften, denn ich bin interessiert daran, daß wir in dieser Frage zu einer echten Lösung kommen; ich weiß, daß eine echte Lösung eine Verfassungsbestimmung erfordert, und ich weiß, daß wir zu einer Verfassungsbestimmung die Stimmen der Sozialisten brauchen.

Aber ich weiß auch, daß jetzt Länder, die es ein bißchen eilig haben, nicht mehr warten wollen. Wir haben im Landwirtschaftsausschuß, Herr Kollege Pansi, bereits das Steiermärkische land- und forstwirtschaftliche Schulgesetz beschlossen. In der Steiermark war nach meinen Informationen der Beschluß einstimmig; in diesem Hohen Hause werden wir abwarten müssen, ob der Beschluß einstimmig zustandekommt oder nicht. Im Ausschuß war er nicht einstimmig. Eine gesetzliche Regelung ... *(Abg. Mondl: Herr Kollege Leitner! Die echte Lösung müßte doch in erster Linie in Ihrer Partei viel leichter herzustellen sein!)* Wenn die Lehrer in Niederösterreich ... *(Zwischenrufe.)* Wir von der bauerlichen Seite haben immer gehofft, daß man in Niederösterreich eine Lösung finden kann. Als das letzte Mal der Herr Kollege Haas hier so scharf gesprochen hat, habe ich mir gedacht: Ich habe zwar ein gewisses Verständnis dafür, aber ich bedaure, daß man mit einer solchen Rede die Fronten versteift. Daher heute meine Wortmeldung. *(Abg. Weikhart: Diese Versteifung liegt bei der ÖVP!)*

Und jetzt, meine Herren, lassen Sie mich kurz weiterreden. Das ist ja zu billig. *(Weitere lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.)* Wer junktimiert? Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer junktimiert das niederösterreichische Landesausführungsgesetz mit einem Bundesverfassungsgesetz? Die ÖVP oder die SPÖ? Doch die SPÖ! *(Abg. Haas: Herr Kollege Leitner!)* Ja. *(Abg.*

Haas: Herr Kollege Leitner! Sie pochen auf das Bildungsrecht der Landjugend, aber verteidigen gleichzeitig ein Unrecht, das Ihre Partei in Niederösterreich gesetzt hat! — Gegenrufe bei der ÖVP.) Das stimmt ja nicht, Herr Kollege Haas! Das stimmt nicht, weil es in Wien ja auch nur einen Landesschulrat gibt und man es dort nicht der Mühe wert gefunden hat, aus demokratischen Gründen einen Bezirksschulrat einzuführen. *(Abg. Weikhart: Fragen Sie nur Ihre eigenen Freunde in Niederösterreich!)*

Ich war 1962 und vorher nicht bei den Schulverhandlungen dabei, aber sicher hätte Wien keine Freude gehabt, und daher hat man das nicht zur Sprache gebracht; oder es war von unserer Seite keine Sine-qua-non-Forderung, sodaß man darüber hinweggekommen ist.

Ich darf feststellen, daß eine gesetzliche Regelung über das landwirtschaftliche Schulwesen nur für das höhere landwirtschaftliche Schulwesen besteht, das derzeit 1300 Besucher aufweist. Hier darf ich, Herr Kollege Meißl — er ist jetzt nicht im Haus —, folgendes sagen:

Die Kritik, daß wir nicht mehr landwirtschaftliche höhere Schulen haben, ist, glaube ich, nicht ganz zutreffend. Wir wissen schon, daß wir noch mehr haben sollten, aber die höheren landwirtschaftlichen Schulen sind ja höhere Fachschulen. Daher, glaube ich, hat die bauerliche Jugend in erster Linie die Fachausbildung anzustreben und erst in zweiter Linie den Weg über eine solche Schule zu suchen, die der allgemeinbildenden höheren Schule entspricht. Wir wissen heute, daß bereits sehr viele Absolventen dieser höheren Landwirtschaftsschule in einigen Ländern — das ist nicht überall ganz gleich — in andere Berufe abwandern müssen. Nachdem das Schulgesetz 1962 jetzt das Musisch-pädagogische Gymnasium geschaffen hat, das auch dem 14jährigen Kind die Möglichkeit gibt, eine allgemeinbildende höhere Schule im ländlichen Raum zu besuchen, ist der Andrang zwar noch nicht zurückgegangen, weil die landwirtschaftlichen Schulen ein Internat haben; aber er wird sich regulieren, und zwar deshalb, weil eine allgemeinbildende höhere Schule eine bessere Laufbahn verspricht — als allgemeinbildender Lehrer, als Student — als eine landwirtschaftliche höhere Schule, mit Ausnahme für den Besuch der Hochschule für Bodenkultur.

Eine gesetzliche Regelung besteht weiter für die 180 Besucher des Bundesseminars und für die 205 Schüler mittlerer forstlicher Fachschulen, die im Forstrecht geregelt sind. Offen ist noch die Regelung für die fast 5000 Schüler landwirtschaftlicher Fachschulen und für fast 5000 Besucher der landwirtschaftlichen Sonderschulen oder Kurse und für die über

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

10.000 landwirtschaftlichen Berufsschüler. Das Ministerium wendet für die Erziehung und für den Unterricht im landwirtschaftlichen Bereich 185 Millionen Schilling auf, und die Länder erbringen sehr große Leistungen.

Aber es bleibt der Vorwurf, daß für 20.000 Schüler keine gesetzliche Regelung vorhanden ist. Eine solche Regelung wäre notwendig, um die Weiterentwicklung des landwirtschaftlichen Schulwesens und die Anpassung dieses Schulwesens sicherzustellen. Sie wäre notwendig, damit die Länder nicht den Weg der paktierten Gesetzgebung beschreiten müssen. Nach 1945 hat es auf dem Schulsektor kein paktiertes Gesetz gegeben, und jetzt beginnen wir damit.

Ich gebe noch einmal der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein wird, die Blockade bei den Verhandlungen zwischen den beiden Klubs aufzuheben. Es gilt doch, die Berufsschulpflicht in allen Bundesländern einzuführen, eine Mindestausbildung für alle in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen sicherzustellen, eine Berufsausbildung sicherzustellen, eine Berufsschule sicherzustellen, die die Berufsausbildung begleitet. Wir haben ein sehr modernes Berufsausbildungsgesetz für die Land- und Forstwirtschaft geschaffen. Es fehlt aber in einigen Ländern dazu die Berufsschule, die damit zu verbinden wäre, weil das eine das andere erfordert.

Es ist das Ziel, daß möglichst alle Hoferben in die landwirtschaftliche Fachschule gehen, daß möglichst viele Bauernmädchen in der Haushaltungsschule Wissen und Können erwerben, das sie nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch als Hausfrau, als Mutter, gleich wo, befähigt.

Wir wollen schließlich die Facharbeiterausbildung, die Gehilfenprüfung vorsehen, wir wollen die Meisterprüfung vorsehen.

Daher, glaube ich, ist es notwendig, daß Bildung und Ausbildung als die Voraussetzungen zur Bewältigung der großen Aufgaben entsprechend gesetzlich geregelt werden. Ich hoffe nur, daß sich die Sozialistische Partei in diesem Punkt in Zukunft ihrer Verantwortung besser als bisher bewußt ist. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Adam Pichler das Wort.

Abgeordneter Adam **Pichler** (SPÖ): Hohes Haus! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich habe ich die Aufgabe, heute wieder einmal zu einem Problem zu sprechen, das gar nichts mit Politik zu tun hat, über ein Problem, das uns alle angeht und das daher nicht nach politischen Ge-

sichtpunkten hier im Hause behandelt werden soll und behandelt werden darf. Aber die verschiedenen Erklärungen fröhlicher, ernster, aber auch sehr — wie soll ich sagen? — von der Wahrheit abweichender Natur zwingen oder veranlassen mich, auf einiges zu replizieren.

Vielleicht darf ich bei meinem sehr verehrten Herrn Vorredner Dr. Leitner anfangen. Ich möchte mich an und für sich in die Auseinandersetzung, die zwischen meinem Freund Haas und ihm besteht, nicht einmischen. Dazu lasse ich die Fachleute sprechen. Aber eines, Herr Dr. Leitner, wäre gut: es wenigstens in der Erinnerung an sich vorbeiziehen zu lassen, was mein Freund Pansi heute schon so laut und deutlich gesagt hat. Wenn Sie sich darüber beklagen, daß die Sozialisten schulfreundlich wären ... *(Abg. Steiner: In dem Fall sind sie es ja!)* Herr Steiner! Für Sie wäre besser, ein bißchen nachzudenken, denn in unserem Gebiet hätten Sie genug Gelegenheit, bei sozialistischen Gemeinden nachzusehen, wo die Schulfreundlichkeit liegt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Sie in der Stadt Salzburg um die Schulfrage im Lande Salzburg gefragt worden wären, hätten Sie nicht flüchten müssen, als die Bauern mit Ihnen sprechen wollten! *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Steiner.)* Ihr habt nicht recht viel gesagt, ihr habt den besseren Teil bezogen und seid recht schön stad gewesen!

Aber jetzt weiter zur Schulfrage. Was mein Freund Pansi gesagt hat, sollte Ihnen doch Anlaß geben, darüber nachzudenken, wie wenig Sie über diese Dinge, die vorzutragen wir verpflichtet sind, nachdenken. Sonst hätten Sie daraus hören müssen: Es liegt uns doch so sehr daran, daß wir auch den Leuten, die auf dem Lande leben müssen, den Menschen, die aus der Landwirtschaft kommen und von der Landwirtschaft weg müssen, die gleichen Lebensbedingungen geben. Dazu gehört auch die notwendige Ausbildung. Das sollten Sie doch endlich einmal zur Kenntnis nehmen!

Zu den anderen Problemen, über die der Kollege Leitner sich noch unterhalten hat: über die Subventionen, über die er sich so beklagt hat, daß es ungerecht wäre, wenn ausgerechnet von Sozialisten davon gesprochen wird, daß der Landwirtschaft zu viele Subventionsmittel zufließen. Glauben Sie denn wirklich, daß es ein gutes Budget ist — ich rede jetzt vom Landwirtschaftsbudget —, wenn 84 Prozent dieses Budgets zur Subventionierung und zur Stützung verwendet werden müssen? Wenn wir uns darüber anders zu denken erlauben, meine Herren,

10044

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Adam Pichler

sollten Sie doch auch einmal zur Kenntnis nehmen: Wir verbieten Ihnen ja auch nicht, in unserem Programm nachzulesen, was Ihnen gefällt oder was Ihnen nicht gefällt. Hier muß man erfreulicherweise feststellen, daß sich sehr viele von Ihnen mit diesem Programm beschäftigt haben, obwohl man nicht bei allem feststellen kann, daß Sie es auch verdaut haben. (*Abg. Offenböck: Das ist ja unverdaulich! Warum sollten wir es denn verdauen? — Abg. Steiner: Das haben wir noch nicht verdaut!*) Es kommt darauf an, wer es liest! Ja — jetzt hätte ich bald gesagt: Lieber Freund Steiner! Es gibt schwer erziehbare Fälle. Es wäre halt gut, wenn man es zweimal liest, vielleicht versteht man es dann. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Moment, lassen Sie mich auch zu Ihrem Programm kommen. Der Herr Dr. Leitner hat sich sehr bemüht, die Richtigkeit seiner Überlegungen hier vorzutragen und die Richtigkeit all der Dinge, die uns die ÖVP durch ihre Sprecher zu vermitteln versucht, zu beweisen. Er hat sich so beklagt, daß die SPÖ so wenig Verständnis für die Landwirtschaft habe. — Eines darf ich hier feststellen, meine Herren — das ist nachweisbar, daran dürfen Sie nicht zweifeln, das steht nämlich in der ÖVP-Fibel, Verzeihung, im Koren-Plan —: Der ganze Koren-Plan beziehungsweise das ganze Heft hier schreibt 9 Zeilen über die Landwirtschaft. (*Abg. Steiner: Es kommt nur darauf an, was drinnen steht! — Abg. Weikhart: Nichts!*) Kollege Steiner! Wenn Sie so bescheiden sind und anerkennen, daß der Finanzminister in seinem Plan über die ganze Landwirtschaft nur 9 Zeilen zu schreiben braucht, dann verstehe ich nicht, daß Sie sich darüber aufregen, wie wenig gründlich die Sozialistische Partei das besorgt. Wir haben mindestens 15 Seiten in unserer Broschüre. (*Abg. Gram: Ist auch viel dicker!*) Nicht nur das! Für Sie, Herr Kollege Gram, wäre es vielleicht einmal interessant, außer einer anderen Lektüre einmal dieses Heft zur Hand zu nehmen. Auch für Nichtagrariere sollte es interessant genug sein, einmal da drinnen nachzublättern.

So gäbe es der Dinge viele. Weil mich der Kollege Steiner gerade so herausfordert — lassen Sie mich ein bißchen nachschauen, was in den letzten Tagen alles passiert ist: Die SPÖ hat so viel aus dem ÖVP-Programm genommen. Sehr verehrter Herr Kollege Steiner! Ich würde Ihnen — da ich doch noch immer etwas Freundliches zu meinem Landsmann sagen möchte — höflichst empfehlen: Wenn Sie solche Feststellungen machen, blättern Sie einmal in den stenographischen Protokollen nach. Wenn Sie sich der Mühe unterziehen, können Sie unschwer feststellen,

wieviel wir von eurem Programm entnommen haben und bei wieviel es jetzt aussieht, als ob die ÖVP erfunden hätte, was wir vor Jahren für die Landwirtschaft gefordert haben und nach vielen Überlegungen von der ÖVP auch die Unterstützung bekamen, damit es Gesetz werden konnte. Ich darf nur erinnern an das Landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherungsgesetz, an die Kinderbeihilfe. Oder glauben Sie, daß es nicht gerade für die landwirtschaftliche Bevölkerung von Vorteil ist ... (*Abg. Steiner: Das hat die SPÖ bestimmt nicht allein gemacht!*) Nein! Aber Sie haben uns zuerst jahrelang darum raufen lassen, obwohl Sie doch immer gesagt haben, wir sollten uns um diese Dinge nicht kümmern, denn die aus der Landwirtschaft kommende Bevölkerung würde uns nie wählen. Aber da wir über diese Dinge, über die Verpflichtungen unseren Staatsbürgern gegenüber, anders denken, und weil es unser ernstliches Anliegen ist, allen in Österreich die gleichen Bedingungen zu schaffen, haben wir es als eine Verpflichtung angesehen, uns auch für die Leute zu verwenden, von denen wir heute noch wissen, daß sie nicht alle zu uns finden. Aber in späteren Jahren werden sehr viele den Weg zu uns zu finden wissen, so wie schon sehr viele den Weg zu uns gefunden haben. (*Abg. Steiner: Hoffnungen darf jeder haben!*) Kollege Steiner! Bitte, fordern Sie mich nicht heraus, von Ihren ehemaligen Hoffnungen und Ihren in Erfüllung gegangenen Hoffnungen zu sprechen.

Es ist an und für sich interessant, wenn der Kollege Fachleutner ans Rednerpult tritt. Man ist vor keiner Überraschung gefeit. Aber diesmal hat er keine Rede zum Parlament gehalten. Ich habe gedacht, es ist eine Übungsstunde für seine erste Wahlrede draußen. Mit solchen Dingen sollte er wirklich eher ins Wirtshaus gehen, als uns da herinnen mit diesen Dingen zu bedenken. Als Wahlredner wäre er besser damit angekommen. Aber wir wollen hier keine Qualität vorschreiben. Da er gemeldet hat, daß er ein zweites Mal reden will, ist anzunehmen, daß ihm beim ersten Mal nicht alles eingefallen ist. Da hat er die Hoffnung, daß er das noch nachholen kann. (*Abg. Staudinger: O je, das war jetzt eine gefährliche Bemerkung im Hinblick auf die oftmaligen Wortmeldungen Ihrer Kollegen! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Kollege Staudinger! Sie wissen, daß ich ein reines Gemüt habe, wenn ich Sie sehe. Ich könnte jetzt in der gleichen Tonart antworten, aber ich möchte nicht die nette Beziehung zu Ihnen dadurch gefährden.

Ich möchte mich hier noch mit einem anderen Herrn, der so schöne Zwischenrufe gemacht hat, befassen. Von meinem Zwischen-

Adam Pichler

ruf herausgefordert, hat mich der Kollege Kern zu belehren versucht, daß die Bedingungen in Dänemark, Holland und in Schweden andere wären als bei uns. Da hat er sicher die klimatischen und geographischen Bedingungen gemeint. Ich habe den Zwischenruf gemacht: Dort sind die Bauern auch gescheit! Das ist nicht auf das Klima und auf die geographische Lage zurückzuführen (*Abg. Kern: Wollen Sie damit sagen, daß unsere Bauern nicht gescheit sind? Wollen Sie damit sagen, daß unsere Bauern nicht so gescheit sind wie drüben?*), sondern die wissen bei ihren Entscheidungen, wen sie in ihre Regierung schicken. Das habe ich gemeint, als ich hier von fortschrittlichen Bauern gesprochen habe. (*Abg. Steiner: Das werden wir unseren Bauern sagen!*) Gescheiterte Bauern, habe ich gesagt. (*Ruf bei der ÖVP: Da drüben?*) Ja! Sie wissen nämlich genau, wen sie in ihre Regierung hineinschicken. Mit Ihnen kann ich mich nicht einverstanden erklären! (*Beifall bei der SPÖ.*) So habe ich das gemeint.

Aber jetzt lassen Sie mich bitte zu dem Thema kommen, das ich mir vorgenommen habe, hier zu behandeln. (*Abg. Steiner: Das werden wir den Bauern sagen!*) Da bin ich gar nicht böse, Kollege Steiner, wenn du dort sagst, was ich hier zu sagen hatte. Nur wirst du das meiste dort wahrscheinlich wieder vergessen haben und wirst es nur stückweise wiederholen, wie ich das in letzter Zeit erfahren konnte.

Aber lassen Sie mich bitte zu dem Thema kommen, bezüglich dessen ich eigentlich an das Rednerpult gekommen bin. Ich möchte so beginnen, wie viele vor mir, ganz ohne Unterschied der Parteien. Immer wieder hat man Veranlassung, hier in diesem Hohen Hause über Probleme zu reden, von denen man eigentlich für selbstverständlich annehmen würde, daß sie die Regierung veranlassen könnten, hier die Konsequenzen zu ziehen und einmal wirklich das zu veranlassen, was notwendig wäre. Ich rede hier von dem Kapitel, das zu diesem Abschnitt gehört: die Lawinen-, Wildbach- und Hochwasserverbauung. (*Abg. Steiner: Das habe ich schon ganz vermißt!*) — Sehen Sie, Herr Kollege Steiner, wenn Sie glauben, daß das nicht notwendig wäre, so ist das Ihre Sache. Ich fühle mich in mehrfacher Weise verpflichtet, hier immer wieder zu reden. Fast möchte ich sagen, daß ich mir wie ein Rufer in der Wüste vorkomme. Alle Jahre wieder hat man eigentlich das zu sagen; denn alle Jahre, und jedes Jahr mehr, muß festgestellt werden, daß dieses Problem von der Regierung nicht ernst genug genommen wird, nicht so ernst genommen wird, wie es die

Sache und die Situation, in der wir uns befinden, verdienen würden.

Die furchtbaren Hochwasser- und Wildwasserkatastrophen der letzten Jahre hätten die Verantwortlichen — sollte man annehmen — veranlassen können, dafür zu sorgen, die Mittel, die in den vergangenen Jahren für dieses Kapitel im Budget festgelegt waren, wenigstens in der Höhe zu belassen. Aber siehe da: Es ist nicht nur nichts dazugekommen, wie man eigentlich seit Jahren immer wieder verlangt hat — nicht nur von sozialistischen Abgeordneten, das darf ich hier sagen, sondern von Abgeordneten aller Parteien —, für dieses Kapitel mehr vorzusorgen, sondern es ist sogar weniger geworden, und zwar empfindlich weniger.

Schon im Finanz- und Budgetausschuß habe ich mich damals veranlaßt gesehen, unseren Befürchtungen Ausdruck zu verleihen. Ich sprach von unseren Befürchtungen und unseren Sorgen. Denn das Budget, das uns vorgelegt wurde, ließ nichts Gutes ahnen, und die Mittel für die Wildbach- und Hochwasserverbauung wurden, wie gesagt, nicht in der notwendigen Höhe berücksichtigt.

Daß diese Sorgen nicht unbegründet waren, geht deutlich daraus hervor, daß wir bei Durchsicht der vorgenommenen Abstriche — ich glaube, die Liste haben Sie alle bekommen — noch größere Überraschungen erleben mußten, als anzunehmen war.

Seit Jahren bemühen wir uns, alle Sprecher aller Parteien, die Regierung und den Minister von den Notwendigkeiten zu überzeugen. Bei den Budgetberatungen gibt es dann immer die gleiche Situation, daß draußen ein Engpaß bei allen Sektionen hinsichtlich der Beschäftigung der Arbeiter eintritt. Es ist nicht einerlei, wenn in Österreich ungefähr 1200 Arbeitskräfte, davon in Salzburg allein 484 Arbeiter der Wildbach- und Lawinenverbauung, zur Arbeitslosigkeit verdammt werden in einer Zeit, wo wir nicht wissen, ob nicht jeden Tag wieder neue Gefahren und gefährliche Zustände in unserem Lande eintreten könnten.

In dieser bedrohlichen Situation haben wieder einmal — wie dem ja des öfteren so ist — sozialistische Angeordnete versucht, einen Weg zu finden. Wir glauben, ihn in der Form gefunden zu haben, daß wir einen Antrag ab-sprachen und einbrachten, der dann auch von den anderen akzeptiert wurde, einen Antrag auf Umwidmung einer Post im Budget.

Das ist das Überraschende, daß Abgeordnete in einer solchen Situation die Möglichkeit eines Ausweges suchen und finden, einen Ausweg, den eigentlich der Herr Minister hätte finden müssen; denn das lag in seinem Ressort und in

10046

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Adam Pichler

seiner Ministerverantwortlichkeit. Eigentlich hätte er weit darüber hinaus als Mensch, der die Dinge kennen muß, der weiß, wie sie auf dem Gebiet der Wildbach- und Hochwasserverbauung liegen — wenn er schon zusehen muß, wie ihm Mittel aus seinem Budget gestrichen wurden, wenn er sich schon dagegen nicht zu wehren vermag —, dann doch in dieser prekären Situation dafür sorgen und alles versuchen müssen, aus den ihm zustehenden Mitteln etwas herauszufinden, um dem Kapitel Lawinen- und Wildbachverbauung doch annähernd gerecht zu werden.

Wenn es Abgeordneten gelungen ist, dem Minister einen Weg aufzuzeigen, und wenn sich auch die ÖVP dazu entschloß, unserem Antrag beizutreten, dann, Herr Minister, glaube ich, haben Sie nichts zu befürchten gehabt — wenn Sie mir schon zur Antwort geben sollten, es wäre nicht Ihre Sache allein gewesen, diese Mittel umzuwidmen!

Sie haben ja gesehen, daß die Mehrheit des Hauses sofort dafür zu gewinnen war, unserem Vorschlag und Antrag beizutreten, aus dem Subkonto A auf das Subkonto E umzuwidmen. Eines darf ich Sie, Herr Minister, fragen: Hätten Sie es denn für richtiger befunden, daß auf dem einen Konto — auf dem Subkonto A — 160 oder 162 Millionen Schilling liegenbleiben, die zurzeit nicht alle verwendet werden konnten, weil, wie gesagt, nicht alle Abrechnungen hereingebracht wurden, während auf der anderen Seite nicht nur eine Krise auf dem Arbeitsmarkt zu bereinigen war, sondern auch zusätzliche Maßnahmen für die Wintermonate zu treffen waren. Denn solche Baustellen, die gerade in den Wintermonaten versorgt werden sollen, gibt es eine Menge.

Herr Minister! Es sei mir die weitere Frage erlaubt: Waren Sie der Meinung, daß diese 160 Millionen gehortet werden sollen, um vielleicht zu einem späteren, uns unbekannten Zeitpunkt dazu zu dienen, ein Pflästerchen dafür zu schaffen, um damit Budgetlöcher zu decken, die in anderer Form abzudecken dem Herrn Finanzminister nicht gelungen sind? *(Abg. Steiner: Herr Kollege Pichler! Haben Sie ganz vergessen, daß die SPÖ seinerzeit gegen das Katastrophenfondsgesetz sehr lange polemisiert hat? — Abg. Czettel: Wann? Wir waren im Verhandlungsausschuß! Behaupten Sie nicht etwas Falsches! — Abg. Gratz: Lesen Sie die Protokolle nach, Herr Kollege! Ich habe dazu im Hause gesprochen! Ich erinnere mich! — Abg. Ing. Häuser: Wir haben nur die Vermögensteuer verlangt! — Abg. Spielbüchler: Die Zeit nehmen und Protokolle lesen! — Abg. Weikhart: Kollege Steiner, das geht daneben!)*

Darf ich mich jetzt wieder in Ihre Unterhaltung einmischen? Herr Kollege Steiner! Wieder möchte ich nett bleiben. Aber vielleicht darf ich Sie daran erinnern, daß gerade zum Katastrophenfondsgesetz ich hier im Hohen Hause gesprochen habe. *(Abg. Steiner: Wie es soweit war!)* Wenn ich Sie erinnern darf — ich habe sogar damals im Namen meiner Partei dafür plädiert, um 1 Prozent mehr von denen zu verlangen, die ein höheres Einkommen erreichen als 1 Million Schilling im Jahr. Herr Kollege Steiner! Wenn Sie mich damals unterstützt hätten, dann wären um einige Millionen Schilling mehr in diesen Katastrophenfonds hineingekommen. Sie sollen nur nicht sagen, daß wir uns gewehrt haben. Im Gegenteil. Damit wollte ich beweisen, daß wir nur nicht Ihre Form akzeptieren konnten, aber nie im Leben gegen dieses Gesetz gestimmt haben.

Hier bringen Sie mich dazu, auch davon zu sprechen, was uns so sehr bedrückt und besorgt macht: Der österreichischen Bevölkerung wurde eine zusätzliche Steuer auferlegt, die die österreichische Bevölkerung damals, nach den Jahren der schwersten Katastrophen, ohne Murren hinnahm. Heute aber kann diese österreichische Bevölkerung, so wie wir, es nicht verstehen, daß man vom Volke wohl zusätzliche Belastungen verlangt, die Regierung selbst aber nicht bereit ist, zur Kenntnis zu nehmen, in welcher gefährlichen Situation wir sind, und dafür vorzusorgen, daß wenigstens annähernd die Mittel für dieses Kapitel zur Verfügung gestellt werden, die gebraucht würden, um hier nach dem Rechten sehen zu können.

Es wäre aber verfehlt, den Herrn Ackerbau-minister — ich darf das auch einmal sagen — allein dafür verantwortlich zu machen. Er ist wohl der Ressortzuständige dafür, er hat sich wohl um diese Dinge zu kümmern, aber man darf nicht den Minister allein für dieses Problem verantwortlich machen, denn hier ist die ganze Regierung mitverantwortlich; im besonderen darf ich den Herrn Bundeskanzler zitieren, aber auch den Herrn Finanzminister.

Warum ich das mache? Ich bin nicht hierhergekommen, um lediglich zu kritisieren, sondern ich bin der Meinung, daß auch das wieder einmal hier gesagt werden muß. Ich kann mich erinnern, daß unser Herr Bundeskanzler lange Jahre Landeshauptmann in Salzburg war. Ich kann mich erinnern, daß die Landesregierung Salzburg jährlich die Abgeordneten beauftragte, bei den dafür zuständigen Stellen im Ministerium und bei der Regierung vorzusprechen, um damit zu erreichen, daß die Wildbachverbauung für das Land Salzburg eine höhere oder zumindest eine gerechtere Dotierung bekomme.

Adam Pichler

Derselbe Herr Landeshauptmann, der damals die Abgeordneten damit beauftragt hat, ist später Finanzminister geworden. Ich habe einer Delegation angehört, die bei diesem Finanzminister vorsprechen mußte. Natürlich sind wir Salzburger Abgeordnete mit einem gewissen Gefühl — sagen wir mit einem sicheren Gefühl — nach Wien gefahren, weil wir davon überzeugt waren, daß der Herr Finanzminister, der uns doch früher als Landeshauptmann hierhergeschickt hatte, der die Materie, den Arbeitsumfang und die Gefahren so genau kennt, für uns ein Gefühl haben und sagen könnte: Jawohl, Salzburger! Ich weiß, wie es euch geht und daß ich das früher als Landeshauptmann auch so gemacht habe, ich werde dafür sorgen, daß ihr zusätzliche Mittel bekommt oder zumindest ... (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Wo würden wir denn da hinkommen, Pichler? — Heiterkeit.*) Nach der Art sollte ein Minister und ein Bundeskanzler nicht denken dürfen! Er soll die Dinge ernster nehmen, Herr Dr. Zittmayr! Ich war so furchtbar enttäuscht, aber mit mir auch die Herren seiner Fraktion und seiner Partei, daß wir von unserem ehemaligen Herrn Landeshauptmann und damaligen Finanzminister trotz seines Wissens um die Dinge — da gibt es keine Ausrede, er mußte es wissen, und er hat es auch gewußt: ich persönlich bin einige Male mit ihm in ein ähnlich gefährdetes Gebiet gegangen, und wir haben uns der Dinge öfter gemeinsam angenommen — nichts erreichten und mit leeren Händen heimgeschickt wurden.

Das ist der Grund, warum ich heute den Herrn Bundeskanzler wieder zitiere. Denn all die Jahre, die er als Finanzminister und als Bundeskanzler nun in Wien ist, kann er doch nicht vergessen haben, wie es im Salzburger Land ausschaut. Er kann es doch nicht vergessen haben! Aber auch der Herr Bundesminister kann es nicht vergessen haben, und der Herr Finanzminister noch weniger, denn es gibt doch eine ausgezeichnete Literatur von hohen oder höchsten Beamten Ihres Ministeriums und der Regierung und der anderen Ministerien, die uns zur Verfügung steht. Dort steht genau zu lesen, welche Situation in Österreich herrscht, und daß das Land Salzburg ein besonders gefährdetes Gebiet ist. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Ich mußte daher schon im Ausschuß davon sprechen, daß wir Salzburger allen Grund haben, zu deponieren, daß wir mit der Aufteilung der Mittel unzufrieden sind. Ich möchte das irgendwie unter Beweis stellen. Lange vor der Zeit, als unser Herr Bundeskanzler Bundeskanzler war, als er also noch Landeshauptmann gewesen ist, sind Enqueten einberufen worden. Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten darf ich

Ihnen einen Auszug aus einem Protokoll mit der Aussage eines wirklichen Fachmannes wiedergeben:

„Seit dem Frühjahr 1960 haben in allen Gauen des Landes Salzburg Bürgermeisterkonferenzen stattgefunden, deren einstimmiger Tenor der Ruf nach höheren Dotationen bei der Wildbach- und Lawinenverbauung gewesen ist. Diese Stimmen dürfen nicht überhört werden, da sie einen einzigen Notschrei einer staatsstreuen, fleißigen, bodenständigen Bevölkerung darstellen, die aus dem Schrecken der Hochwasserkatastrophe heraus um ihre kärgliche Habe und kümmerlichen Wohnstätten bangt. Die Wildbachverbauung kommt nach obigen Ausführungen immer mehr in die Lage der Feuerwehr, bei Notständen vorübergehend eingreifen zu müssen. Die noch vor dem ersten Weltkriege vorwiegend durchgeführte „Systematische Verbauung“ gerät immer mehr ins Hintertreffen und weicht Sofortmaßnahmen, deren Wirkung begrenzt und unzureichend ist.“

Meine Herren! Das ist im Jahre 1960 geschrieben worden. Alle Jahre wieder sprechen sozialistische Abgeordnete dazu, alle Jahre wieder fordern wir die Regierung, fordern wir den dafür zuständigen Minister auf, vorzusorgen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Gratz: Nicht gegen den Bundeskanzler polemisieren, er hat zitiert!*) Wollen wir denn wieder warten, bis uns Katastrophen furchtbarer Art daran erinnern, daß wir in erster Linie den Staat dafür verantwortlich machen müssen, der nicht für einen Teil der Ärmsten sorgt, die gezwungen sind, in solch gefährdeten Gebieten ihre Wohnstätten zu errichten, und der sie dadurch vernachlässigt und gefährdet, daß einfach nicht annähernd die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die man brauchen würde, hier helfen zu können?

Gerade das ist es, Herr Minister, was uns und der ganzen Bevölkerung — wie soll ich es sagen? — Sorge macht, aber auch den Glauben verlieren läßt. Ich möchte nicht Sie persönlich zitieren, Herr Minister, aber Sie haben auch Kollegen und Freunde, die draußen in den Versammlungen auch über diese Dinge reden. Draußen hört man sie sehr lautstark, und jeder da draußen erklärt, wie sehr er darum bemüht ist, angefangen von unseren Landesräten, die im Lande selbst für dieses Ressort zuständig sind, bis zu den Referenten, Ihren Landtagsabgeordneten. Den Steiner habe ich zwar über Wildbachverbauung noch nie reden gehört. (*Abg. Steiner: Oho! Schon wieder etwas! Mein Lieber, das ist fast in allen meinen Reden drinnen!*) Ich war halt nicht dabei. Jedenfalls wird überall und bei allen Reden immer wieder betont, wie sehr man um diese

10048

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Adam Pichler

Dinge besorgt ist. Herr Minister! Glauben Sie nicht, daß auch Sie ... (*Abg. Steiner: Wir sind besorgt, daß Ihnen nichts passiert!*) Wenn Sie um mich besorgt sind, dann kann ich Sie beruhigen, das sollte Ihnen die wenigsten Schwierigkeiten machen.

Herr Minister! Von Ihnen als dem Sieger der — wie heißt das? — Schlacht um den Schilling (*Ruf bei der SPÖ: Der Budgetschlacht!*), der Budgetschlacht, war man nun doch der Meinung, daß Sie für alle Ihre Belange das Richtige vorbereitet hätten und daß Sie für alle Ihre Belange denselben Standpunkt eingenommen hätten: Hier darf nichts weggenommen werden! Herr Minister! So gern ich bereit gewesen wäre, Ihnen zu diesem Sieg zu gratulieren — hier muß ich sagen: Es ist erschreckend! Erschreckend deshalb, weil ausgerechnet von diesen 300 Millionen, die Ihnen aus dem Budget abgestrichen wurden — so steht es doch in der Liste, die mir zur Verfügung steht —, allein 150 Millionen Schilling bei Wildbachverbauung, Hochwasserschutz und Flußverbauung abgestrichen wurden.

Herr Minister! Glauben Sie nicht, daß man den Glauben daran verliert, wenn man immer wieder Versprechungen bekommt, die dann nicht eingehalten werden? Wie gesagt: Ich bin nicht zum Rednerpult gegangen, um nur zu kritisieren, sondern aus mir spricht die Sorge um die vielen, vielen Gefahrenherde, die wir im Lande Salzburg noch haben. Ich brauche Ihnen keine Vorlesungen darüber zu halten, daß das Land Salzburg das Land der vielen Wildbäche ist. Einschlägige Bücher stehen Ihnen genauso zur Verfügung und dürften Ihnen genauso bekannt sein wie mir.

Aber nicht nur die vielen Gefahrenquellen sind es, sondern auch die Sorge um die Arbeiter berührt mich, die heute wieder arbeitslos werden, denn die 26 Millionen Schilling, die wir einmal beantragt haben und von denen wir gehofft haben, daß sie noch zeitgerecht an die Sektionsleiter hinausgebracht werden, sind auch wieder eine Enttäuschung geworden. Ich weiß, daß Sie mir sagen werden: Ich habe auch nicht zaubern können, das muß alles seinen Gang machen! Aber, Herr Minister, eines hätten Sie doch tun können, Sie hätten den Leuten sagen können: Bis zu dem und dem Zeitpunkt, wenn das im Parlament durchgegangen ist, kriegen Sie in den Sektionen draußen soundsoviel Mittel, beschäftigen Sie die Arbeiter durch den Winter! Das hätten Sie tun können, Herr Minister. Hier ist auch etwas, wovon wir glauben, daß Sie damit der ganzen Bevölkerung und besonders den bei der Wildbachverbauung tätigen Menschen keinen guten Dienst erwiesen haben.

Alle diese Dinge wirken zusammen, daß wir uns kein anderes Urteil bilden können, Herr Bundesminister, als daß Sie bei Ihrer Budgetschlacht wohl darum bedacht waren, daß Ihnen kein Schilling für Subventionen und Stützungen entgeht, daß Sie aber vergessen haben, den gleichen Standpunkt einzunehmen, wenn es gilt, den Schilling zu vertreten, der in seiner größeren Anzahl dafür da ist, kleinen Menschen, die in Not und Gefahr leben, helfen zu können.

Weil wir auch feststellen mußten, daß Ihnen im ordentlichen Budget von den 300 Millionen Schilling, wie schon gesagt, 150 Millionen Schilling für Hochwasser- und Wildbachverbauung gestrichen wurden, Herr Minister, deshalb kann ich nicht anders, als hier folgendes zu erklären: Ich kann mir gut vorstellen, daß Sie eigentlich schon um die Mittel wüßten, welche die Wildbachverbauung brauchen könnte, um wirklich den ärgsten Gefahren begegnen zu können. Daß es Ihnen aber trotzdem nicht gelungen ist, diese Mittel im Budget zu sichern, das muß man als Bankrott Ihres Budgets bezeichnen, als Bankrott, wie er allgemein bei der diesjährigen Budgetdebatte festzustellen ist! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Gratz: Weil Wildbäche kein Stimmrecht haben!*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Nimmervoll. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Nimmervoll** (ÖVP): Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich hätte gerne zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Meißl etwas gesagt. Er hat mitgeteilt, daß es irgendwo einen Wahlkreis gibt, in dem fünf Abgeordnetenmandate zu vergeben sind und in dem vier davon der ÖVP gehören. Ich habe die Wahlkreise etwas durchgesehen und bin zur Überzeugung gekommen, es könnte der Wahlkreis Mühlviertel sein, in dem tatsächlich von fünf Mandaten vier an die ÖVP vergeben wurden. Das geschah auf Grund der Stimmen der Wähler, auf Grund des Willens der Wähler.

In diesem Zusammenhang, Herr Kollege, haben Sie auch mitgeteilt, daß in diesem Raume etwas wenig oder nichts für die Schulung getan wird. Hier hätte ich doch gern richtiggestellt ... (*Abg. Meißl: Es ging aber um die Oststeiermark!*) Ach so. Dann nehme ich es zurück. Aber ich hätte doch festgestellt, daß in diesem Wahlkreis in den letzten Jahren sehr, sehr viel auf dem Gebiet des Schulwesens getan wurde. Jeder Bezirk hat seine Mittelschule, jeder Bezirk hat auch seine Landwirtschaftsschule, und gerade in den letzten Jahren sind einige dieser Schulen errichtet worden. Aber auch eine ganze Reihe von Hauptschulen wurden errichtet.

Nimmervoll

Nebenbei wurden selbstverständlich auch die Volksschulen aufgewertet. Aber wenn Ihre Andeutung nicht unseren Wahlkreis betrifft, nehme ich das gern zur Kenntnis. Auf der anderen Seite, glaube ich, ist es auch gut, vom Wahlkreis Mühlviertel festzustellen, daß in den letzten Zeiten auf dem Gebiete des Schulwesens wahrlich sehr viel getan wurde.

Herr Kollege Spielbüchler hat in seinen Ausführungen sehr stark darauf hingewiesen, daß die Leistungen der Generaldirektion der Bundesforste wahrlich anzuerkennen sind. Dieser seiner Meinung schließe ich mich vollinhaltlich an. Auch ich hätte selbstverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die Generaldirektion, also die Führung der Bundesforste, aber auch die Forstarbeiter ihre Aufgabe erfüllen und daß sicherlich allen ein besonderer Dank gebührt. Wenn aber Herr Kollege Spielbüchler immer wieder in seinen Ausführungen darauf zu sprechen kommt, daß in der Vergangenheit große Fehler gemacht wurden, weil man manche Gewinne nicht den Bundesforsten zur Verfügung gestellt hat, sondern in das Staatsvermögen übernommen hat, möchte ich dazu nur eines feststellen: Ich gehöre diesem Haus schon ziemlich lange an. Es haben alle Abgeordneten immer wieder die Zustimmung dazu gegeben, daß in dieser Richtung die Entscheidung so getroffen wurde. Wenn wir heute darüber klagen, ob es gut oder schlecht war, dann, glaube ich, ist das jetzt zu spät. Tatsache ist, daß wir immer wieder einstimmig in diesem Hause diese Beschlüsse in dieser Form gefaßt haben.

Nun darf ich einiges zu den Ausführungen meines Kollegen Pansi sagen. Wir haben aus den Ausführungen des Kollegen Pichler gehört, daß sich von Seite der Volkspartei manche Redner hier am Rednerpult so benommen haben, als würden sie eine Wahlrede halten. Ich habe aber schon das Gefühl gehabt, daß bei diesen etwas demagogischen Ausführungen meines Kollegen Pansi auch irgendwie ein klein wenig der Gedanke an die Wahl mitgespielt hat, weil ja doch in absehbarer Zeit die eine oder andere Landarbeiterkammer zu irgendeiner Wahl schreitet, weil in den Kammern Wahlen abgeführt werden, weil in verschiedenen Ländern gewählt werden wird und weil es letztlich im Jahre 1970 auch im Bundesbereich wieder zu Wahlen kommen wird. Daher habe ich mir diese Ausführungen, die — leider! — sehr demagogisch geklungen haben, auch in dieser Richtung irgendwie ausgelegt. Ich kann in dieser gleichen Art nicht antworten, denn mir liegt es nicht, in dieser Art vor diesem Forum meine Ausführungen zu halten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube — das möchte ich auch in diesem Zusammenhang gern sagen —, daß wir in erster Linie auf das Ansehen dieses Hohen Hauses zu achten haben. Ich glaube nicht, daß solche Ausführungen dem Ansehen des Hohen Hauses sehr förderlich sind.

Die heutigen Verhandlungen über das Kapitel Landwirtschaft und den Grünen Plan wären sicherlich nicht vollständig, würden nicht die Probleme der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft auch noch etwas stärker betont werden. Wenn auch mein Kollege Pansi sich mit dieser Frage beschäftigte, so war doch nur ein ganz kleiner Teil, waren nur einige Sätze den Dienstnehmern in der Land- und Forstwirtschaft gewidmet, der weitaus größte Teil war den großen problematischen Dingen, den großen wirtschaftlichen Gedanken und der großen Wirtschaftsführung gewidmet. Ich werde mir erlauben, mich etwas stärker mit den Dienstnehmern in der Landwirtschaft zu beschäftigen.

Ein Kurzbericht über den Stand. Der Strukturwandel in der Land- und Forstwirtschaft hat selbstverständlich auf die Lage der Dienstnehmer ungeheuer starke Wirkungen ausgelöst. Hatten wir noch im Jahre 1960 130.000 Versicherte, so waren es im Jahre 1967 nur mehr 90.000. Die Abwanderung ist allerdings fast abgestoppt. Doch die Zahl verringert sich ständig, denn der Abgang durch Pensionierung ist wesentlich höher als der Zugang der Jugendlichen. Waren im Jahre 1960 noch 8300 Jugendliche unter 18 Jahren in der Landwirtschaft versichert, so sind es derzeit nur 3150. Dadurch verschiebt sich auch das Durchschnittsalter sehr gewaltig. Liegt das Durchschnittsalter unserer Versicherten in der Gebietskrankenkasse bei 35,2 Jahren, so liegt das Durchschnittsalter bei der Landwirtschaftskrankenkasse bei 40,4 Jahren. Dies bringt selbstverständlich auch wiederum soziale Spannungen und verschiedene Schwierigkeiten und Probleme mit sich. Wir müssen diese Probleme sehen und entsprechende Auswege suchen, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen, und ich glaube, damit müßten wir uns gegenwärtig sehr beschäftigen.

Am stärksten ist die Abwanderung der Dienstnehmer in der Hausgemeinschaft. Gab es im Jahre 1960 noch 69.400, so sank diese Zahl im Jahre 1967 — so aus dem Grünen Plan — auf 27.900. Zu unserer Freude aber kann auch festgestellt werden, daß sich besonders der Stand der Angestellten in den letzten drei Jahren wesentlich erhöht hat, und zwar um mehr als 4000. Auch die Zahl der Landarbeiter mit eigenen Heimen und einer eigenen Familie, also nicht mehr ein-

10050

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. Dezember 1968

Nimmervoll

gebaut in die Hausgemeinschaft, ist stark im Steigen. Ich komme auf diesen Bau des Eigenheimes noch einmal zurück.

Mein Parteifreund Halder hat in seinen Ausführungen zum Kapitel Soziale Verwaltung darauf hingewiesen, daß es in der Landwirtschaft viele Schwierigkeiten für den bäuerlichen Menschen beim Berufswechsel gegeben hat und gegenwärtig auch noch gibt. Dies trifft selbstverständlich auch für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft zu. Bald hätte ich gesagt, mit welch ungleichem Maß man heute manchmal noch mißt. Erinnern wir uns: Als wir uns mit manchen Betriebsveränderungen und Überstellungen von Arbeitskräften in andere Betriebe — ich denke hier an den Kohlenbergbau — hier im Hause beschäftigten, gab es lebhaftere Debatten. Es wurden auch entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt, um die Überstellung in andere Berufe zu erleichtern. Wir stellen dies mit Recht fest, aber wir müssen auch die andere Seite sehen. Zehntausende Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft mußten auch ihren Platz wechseln, und darüber wurde keine Debatte abgeführt, es wurde kein Schilling zur Verfügung gestellt, um diesen Übergang zu erleichtern.

Wir danken der Frau Sozialminister, daß sie gegenwärtig ein Arbeitsmarktförderungsgesetz ausarbeitet, denn wir hoffen, daß uns von dort her einige Hilfe zuteil werde.

Es gibt verschiedene Ursachen für das Abwandern aus der Landwirtschaft; wir haben heute schon die verschiedensten gehört. Der eine erwartet sich mehr Freizeit, der andere sieht mehr Möglichkeiten, selbständig zu werden, ein dritter sieht wieder mehr Aufstiegsmöglichkeiten und ein anderer mehr Verdienst. Hier helfen keine Appelle, sondern hier müssen Maßnahmen ergriffen werden, um das Abwandern in erträglichem Maß zu halten. Meine Betonung liegt hier auf „erträglichem Maß“. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um all diese Nachteile abzubauen.

Hier darf ich feststellen, daß dieses Hohe Haus in den letzten Jahren wirklich wertvolle Taten gesetzt hat. Ich glaube, das kommt schon in dem Erfolg zum Ausdruck, daß diese Abwanderung bereits abgestoppt wurde. Wir haben ein modernes Arbeitsrecht, welches unseren Dienstnehmern in der Land- und Forstwirtschaft ihre persönlichen Rechte sichert. Wir haben ein zeitgemäßes Berufsausbildungsgesetz; auf diesem Gebiet geschieht gegenwärtig ja sehr viel. Hier sind wir gewaltig im Aufstieg, ich werde noch die Zahlen bringen. Wir wurden ins ASVG eingebaut und wurden damit den anderen

sozial gleichgestellt. Und noch eines haben wir: Wir haben einen gut funktionierenden Wohnbaufonds, der uns über viele Schwierigkeiten hinweghilft. Darf ich zum letzteren zuerst Stellung nehmen.

Herr Kollege Pansi! Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß Sie im Grünen Plan und auch im Budget für die Landwirtschaft absolut nichts Gutes finden. Da möchte ich Sie aber doch gern darauf aufmerksam machen, daß wir einen Landarbeiterwohnbau haben. Bis 1. Oktober 1968 wurden nicht weniger als 583 Eigenheime mit einem Betrag von 25.899.000 S erbaut. Dazu kommen noch 366 Dienstwohnungen mit 2.400.000 S. Das ist doch ein erfreulicher Bericht. Auch aus dem gegenwärtigen Budget können wir für unsere Dienstnehmer manches Erfreuliche entnehmen.

Darüber hinaus wurden für die Familiengründung 290 Beihilfen in der Höhe von 1.410.000 S, Treueprämien von nahezu 1 Million und für Berufsausbildungsmaßnahmen 1.464.000 S aufgewendet. Ich weiß, daß Kollege Pansi wahrscheinlich sagen wird, das sei zu wenig. Aber wir sind doch jetzt so weit, daß wir die eingehenden Anträge ziemlich laufend erledigen können, es bedarf keiner recht langen Wartezeit mehr. Wir wissen ja, daß viele bürokratische Dinge dabei zu erledigen sind. Sind diese aber erledigt, dann wird auch in der Regel das Geld sehr rasch flüssig gemacht. So viel zum Wohnungsbau.

Kollege Pansi hat auch noch ein anderes Thema angeschnitten. Das eine Mal wurde geklagt, daß die Dienstnehmer in der Landwirtschaft zu wenig verdienen, des anderen wurde wieder darüber geklagt, daß in der Landwirtschaft äußerst kritische Verhältnisse sind. Wenn die Dienstnehmer wenig verdienen, ist die Landwirtschaft schuld. Wenn es der Landwirtschaft schlecht geht, dann sind die Regierung und der Minister schuld. So ungefähr schaut das aus.

Auch dazu hätte ich gerne gesagt, daß wir doch im Jahre 1967 gegenüber der Vergangenheit auch einiges aufgeholt haben. Hatten wir vor 1966 im Vergleich zum Einkommen anderer Berufsgruppen eine Differenz von 24,6 Prozent, so sind wir doch im Jahre 1967 schon auf 19,8 Prozent gesunken, das heißt, die Differenz, die zwischen dem Einkommen eines Versicherten in der Gebietskrankenkasse und eines Versicherten in der Landwirtschafts-krankenkasse liegt, ist von 680 auf 584 S gesunken. Allerdings, Herr Kollege, das ist sehr wenig, aber wir hoffen, daß es gelingt, noch manche Verbesserung herbeizuführen.

Vielleicht noch einiges zur Berufsausbildung: Wir haben bereits gehört, daß sich in den letzten Jahren auf diesem Gebiet durch die

Nimmervoll

Verabschiedung des Berufsausbildungsgesetzes vieles gewandelt und gebessert hat. Im Jahre 1967 wurden 369 Gehilfenprüfungen mit Erfolg abgelegt, 1531 Facharbeiter und 295 Wirtschaftler oder Meister wurden freigesprochen.

Ich möchte noch auf einige Gedanken eingehen, die Kollege Pansi zum Ausdruck gebracht hat. Ich konnte mir nicht klar werden: Das eine Mal wurde das niedrige Einkommen bedauert, ein anderes Mal wurde wiederum davon gesprochen, daß der Landwirtschaft ungeheuer hohe Stützungen zur Verfügung gestellt werden, und ein anderes Mal wurde darüber geklagt, daß zu hohe Ausfuhrn getätigt werden. Ich habe aber doch wiederholt entnehmen können, daß Herr Kollege Pansi der Meinung ist, die Landwirtschaft müßte ein höheres Einkommen haben. Hier hätte ich einen Vorschlag, und zwar wäre es angebracht, einmal zum Herrn Kollegen Staribacher zu gehen und ihn bei Verhandlungen über Im- und Exporte in der Landwirtschaft doch ein wenig zu beeinflussen, etwa mehr die Landwirtschaft zu berücksichtigen. Wenn vielleicht doch die Einfuhr etwas niedriger gehalten werden könnte, würde das unter Umständen das Einkommen der Landwirtschaft etwas rascher und etwas sicherer erhöhen. Ich bin der Meinung, unter Kollegen kann man darüber reden. Vielleicht haben die Kollegen unter sich etwas mehr Erfolg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Kollege Pansi hat dieses Kapitel Landwirtschaft das unerfreulichste genannt. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß doch auch einige erfreuliche Momente darin festzustellen sind, und zwar, wie ich bereits angedeutet habe, bei der Lohnbewegung, auf sozialem Sektor, in der Berufsausbildung; zur Schulung werde ich noch einige Gedanken zum Ausdruck bringen.

Herr Kollege Pansi hat vom Werkzeugpauschale gesprochen und den Finanzminister dafür verantwortlich gemacht, daß er im Begriff wäre, den Forstarbeitern etwas zu nehmen, was ihnen zustehe. Ich bin mit Ihnen vollkommen einer Meinung, daß hier etwas geschehen ist, was nicht in Ordnung ist. Aber eines muß ich schon dazu sagen — und das weiß Kollege Pansi ganz genau —: Nicht der Finanzminister war schuld, sondern es war eine oberstgerichtliche Entscheidung. Und das hätte Herr Kollege Pansi auch sagen müssen, um nicht nur die Regierung immer wieder schlechtzumachen. Er hätte sagen müssen: Eine oberstgerichtliche Entscheidung hat dazu geführt, daß dieses Werkzeugpauschale nicht mehr anerkannt wurde und bei der steuerlichen Abschreibung nicht mehr berücksichtigt wird.

(Abg. Dr. Broda: Wenn schon Gerichtshof, so Verfassungsgerichtshof und nicht Oberster Gerichtshof!)

Lieber Kollege Pansi! Wir haben davon gesprochen — Sie werden sich noch daran erinnern —, es war im Ausschuß. Wir haben davon gesprochen, daß dies ein ernstes Anliegen ist und daß es am besten wäre, hier gemeinsame Schritte zu unternehmen. Der Herr Landwirtschaftsminister hat uns im Landwirtschaftsausschuß auch seine Unterstützung zugesagt. Aber so kann man es dann doch nicht machen, daß man im Zusammenhang mit dem Budget geschwind einen Antrag einbringt, von dem mir Pansi selber gesagt hat, daß er keine Aussicht hat, zu einem Erfolg zu kommen. Warum hat man es dann gemacht? Ich bin der Meinung, daß wir uns damit die weiteren Verhandlungsmöglichkeiten nur erschwert haben. Ich glaube, das wäre wahrlich nicht notwendig gewesen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Pansi hat wie alle Jahre wieder die Verbundlichung des Arbeitsrechtes angeschnitten. Nun, zu dieser Verbundlichung muß ich sagen: Kollege Pansi! Sie bemühen sich, glaube ich, schon zwei Jahre, um auf der Bundesebene das Landarbeitsgesetz einer Verbesserung zuzuführen. Ich glaube aber, bei Ihrer Haltung wird es nie möglich sein, eine Verbesserung zu erreichen, denn so geht es nicht, wie Sie es sich vorstellen.

Wir wissen, daß das Arbeitsrecht in den einzelnen Ländern verschieden gewachsen ist. Das eine Land hat mehr Abfertigung, das andere hat eine kürzere Arbeitszeit, ein drittes hat mehr Lohn, ein viertes hat mehr Freizeit — kurzum, das Arbeitsrecht ist in den Ländern verschieden gewachsen. Wenn Sie, Kollege Pansi, glauben, daß wir in der nächsten Zeit ein Gesetz bekommen, das Verbesserungen in allen Ländern umfaßt, dann sind Sie auf dem falschen Weg. So können und werden wir nicht vorwärtskommen. *(Zwischenruf des Abg. Steininger.)* Steininger, ich habe den Zwischenruf nicht verstanden. Es tut mir leid. Sie haben immer so geistvolle Zwischenrufe, daher würden Sie meine Ausführungen nur heben. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)* Aber ich habe den Zwischenruf nicht verstanden.

Kollege Pansi! Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: So wird es nicht möglich sein. Nehmen wir das gegenwärtige Gesetz und verbessern wir es, wo es irgend möglich ist. Ich weiß schon, daß Sie mir kommen und sagen werden: Einzelne Länder werden dann einige Rechte verlieren! Sie werden ihre Rechte nicht verlieren. Wenn wir diese Rechte nicht im Gesetz einbauen können, dann können wir sie selbstverständlich in diesen Ländern in den Kollektivverträgen verankern. Ich bin über-

Nimmervoll

zeugt, daß dies der einzige Weg ist, um zu einer Verbesserung dieses Gesetzes zu kommen. Ich bin überzeugt, daß es uns, hätten wir bisher schon die Verbundlichung des Arbeitsrechtes gehabt, nicht gelungen wäre, auf Bundesebene die schönen Erfolge zu erzielen, die wir in den einzelnen Ländern durch die Verbesserungen des Arbeitsrechtes erreichen konnten. Daher würde ich mit der Frage der Verbundlichung etwas vorsichtiger sein. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß dadurch für unsere Dienstnehmer nichts Besseres herauschaut.

Wenn Sie mir jetzt als Beweis dafür, daß die Verbundlichung notwendig wäre, sagen — ich hoffe, die Arbeitgeberverbände hören mich jetzt nicht —, weil es die Arbeitgeberverbände wünschen, dann glaube ich, daß die Arbeitgeberverbände der Meinung sind, daß es vielleicht für sie vorteilhafter wäre. Das ist für mich kein Beweis, daß eine Verbundlichung notwendig wäre.

Eines darf ich im Namen meiner Partei entschieden zurückweisen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß Mitglieder der Volkspartei erklärt hätten: Arbeiten wollen sie nichts, aber hohe Pensionen wollen sie haben.

Das weise ich entschieden zurück, denn meine Partei hat — davon bin ich überzeugt — dazu niemals in dieser Form Stellung genommen. Ich bin überzeugt, daß das vollkommen falsch ist, und ich weise es nochmals zurück. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Czettel: Der Abg. Hofstetter war das, vorige Woche!*) Ich weise dies zurück, denn es ist sicher nicht der Wille meiner Partei, in dieser Richtung tätig zu sein. (*Abg. Steininger: Das müssen Sie dem Kollegen Hofstetter sagen!*) Ich werde mit ihm darüber sprechen. Sicher ist das aus dem Zusammenhang gerissen worden. Ich bin froh, daß ich endlich einen Zwischenruf des Herrn Kollegen Steininger gehört habe. Ich sage es nochmals: Ich weise es zurück, weil es nicht der Standpunkt meiner Partei ist. Das wäre dazu zu sagen gewesen.

Nun darf ich aber noch eines zur Verbundlichung des Arbeitsrechtes sagen. Man wirft uns vor, daß die Länder in der weiteren Gesetzgebung sehr säumig sind. Das gebe ich zu. Nehmen wir Burgenland und nehmen wir Wien: die haben seit 1949 das Landarbeiterkammergesetz noch nicht verabschiedet.

Eines darf ich in diesem Zusammenhang sagen: ... (*Abg. Pansi: Ist das ein Ausführungsgesetz?*) Herr Kollege Pansi! Darf ich Ihnen eines sagen: Die ersten seid ihr in Kärnten nicht mit der Erlassung und der Durchführung der Landesgesetze, wenn dort auch eine sozialistische Mehrheit ist; das darf ich in diesem Zusammenhang auch noch sagen.

Damit hätte ich doch einige der Gedanken, die hier zum Ausdruck gebracht worden sind, zurückgewiesen und versucht, die Dinge wieder in ein richtiges Lot zu bringen.

Der Herr Kollege Pansi hat sich auch mit den europäischen Preisen in der Landwirtschaft beschäftigt. Das ist klar: recht so! Aber vergessen wir doch nicht, daß wir noch keine europäischen landwirtschaftlichen Preise haben. Sie wissen ganz genau, daß der Butterpreis in den europäischen Ländern bei 50 S bis 65 S liegt und bei uns bei 40 S. Wir haben auch bei den Maschinen noch lange keine europäischen Preise. Zum Schutze der Arbeiter unserer Industrie haben wir wesentlich höhere Preise dafür zu bezahlen, als sie auf dem europäischen Markt für Maschinen verlangt werden. Ich habe nichts dagegen. Selbstverständlich soll dieser Schutz auch diesen Dienstnehmern gewährt werden. Aber man darf doch nicht so tun, als wäre bei uns alles schlecht und in anderen Gebieten alles großartig und vorteilhaft.

Nun darf ich zum Schluß kommen und noch darauf hinweisen, daß wir uns mit diesen speziellen Anliegen der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft ernstlich beschäftigen müssen. Ich bin überzeugt: Diesen Berufsstand brauchen wir in der Land- und Forstwirtschaft, wenn wir die Ernährung auch in Zukunft sichern wollen.

Aber es gibt allgemeine Einrichtungen, die selbstverständlich auch den bäuerlichen Menschen und den Dienstnehmern in der Landwirtschaft zur Verfügung stehen müssen. Hier denke ich in erster Linie an die Erwachsenenbildung. Der junge Mensch darf nicht nur von der gewaltigen Entwicklung auf technischem Gebiet etwas hören, er darf nicht nur von dieser befangen sein, sondern er muß auch etwas hören und wissen von der Größe und Schönheit der Natur, vom Wachsen und Werden, vom Hineingestelltsein in diese bäuerliche Welt. Hier fällt der Schule und der Volksbildung eine große Aufgabe zu. Diesen Gedanken von frühester Jugend an zu vermitteln, ist unsere große Aufgabe.

Den Lehrpersonen auf dem Lande sei aufrichtiger Dank für ihr Bemühen gesagt. Diese Lehrer stellen sich außerschulisch zahlreichst zur Verfügung. In unzähligen Fortbildungskursen, Vorträgen und Bildungsseminaren auf dem Lande wird hier wertvollste Arbeit geleistet.

Auch das Jugendwerk der Landwirtschaftskammer möchte ich hier dankbarst erwähnen. Auch in ihm wird wertvolles Wissen vermittelt.

Unsere landwirtschaftlichen Schulen sind wieder voll besetzt und sind wertvolle Bil-

Nimmervoll

dungsstätten. Auch den dort tätigen Lehrern sind wir zu Dank verpflichtet.

Ich bitte die verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses um ihr Mitwirken bei der Lösung *all der auftauchenden Probleme und Schwierigkeiten*, denn ich sage es nochmals: Es handelt sich um den Dienstnehmer in der Landwirtschaft, dem selbstverständlich auch Lebensrecht und Lebensraum eingeräumt sein muß. Wenn uns in gemeinsamer Arbeit die Erhaltung und Festigung dieses Berufsstandes gelingt, dann werden wir auch in Zukunft Zehntausende tüchtige und wertvolle Mitarbeiter haben, und es wird unserer Volkswirtschaft damit ein wertvoller Dienst geleistet.

Trotz allen anderen Einwänden, die hier gebracht wurden, sage ich immer wieder und bin der festen Überzeugung: Ohne Dienstnehmer wird es keine gesunde Landwirtschaft und ohne gesunde Landwirtschaft wird es auch keine gesunde Volkswirtschaft geben. Friede und Freiheit, die wertvollsten Güter unseres Volkes, könnten dann bedroht sein! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Fux. Ich erteile es ihm und ersuche ihn gleichzeitig, darauf zu achten, daß wir um 21 Uhr unterbrechen.

Abgeordneter **Fux** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich sehr kurz halten. Der Hauptgrund meiner Wortmeldung waren einige Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Hofstetter, des Obmannes des Landwirtschaftsausschusses, den ich leider Gottes jetzt hier im Saale vermisste. Es ist ja bereits vorher bei der Rede des Kollegen Nimmervoll der Ruf nach dem Kollegen Hofstetter erschollen; er ist aber leider nicht erschienen. Ich möchte aber trotzdem auf einige seiner Ausführungen, und zwar bezüglich des Genossenschaftswesens, zurückkommen.

Herr Kollege Hofstetter hat erklärt, daß es im Genossenschaftswesen üblich ist, daß ... (*Abg. Ing. Karl Hofstetter betritt den Saal.*) Ah, der Herr Hofstetter ist schon da; ich freue mich sehr, Herr Kollege Hofstetter, daß Sie hier sind. Ich bin gerade dabei, mich mit Ihren Ausführungen bezüglich des Genossenschaftswesens zu befassen und ein paar Erwiderungen zu machen, weil ich glaube, daß Ihre Behauptungen nicht unwidersprochen bleiben können.

Erstens möchte ich Sie bitten, Herr Kollege Hofstetter: Ich gebe Ihnen eine Frist (*Heiterkeit — Abg. Ing. Karl Hofstetter: Nicht schlecht!*), mir bis morgen mitzuteilen, seit wann es in jeder Genossenschaft üblich ist, daß Stimmrecht und Mitglied gleich ist. Ich weiß

ganz genau, daß es eine Reihe von Genossenschaften gibt, wo das Stimmrecht nach dem Anteilschein ausgeübt wird. Es ist allerdings eine Begrenzung mit zehn Anteilscheinen gegeben. Es kann also praktisch ein Genossenschaftsmitglied zehn Stimmen abgeben. Das ist Tatsache, Herr Kollege Hofstetter. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Herr Kollege Hofstetter! Ich möchte Sie bitten, beim Raiffeisenverband nachzufragen. Herr Dr. Zittmayr wird mir wahrscheinlich rechtgeben (*Abg. Dipl.-Ing. Doktor Zittmayr: Nein, nein!*), daß in Molkereigenossenschaften und auch in Rinderzuchtgenossenschaften nicht Mitglied und ... (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Jedes Mitglied hat eine Stimme!* — *Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich möchte bitten, sich zu erkundigen. Ich weiß es ganz sicher, daß ... (*Abg. Machunze: Bei der Konsumgenossenschaft Wien!* — *Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Herr Kollege Hofstetter! Ich weiß es sicher anders. (*Anhaltende Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Wie gesagt: Ich lasse Ihnen bis morgen Zeit, Erkundigungen einzuziehen! (*Abg. Ing. Karl Hofstetter: Sehr freundlich!*) Aber es wird nichts anderes herauskommen!

Das ist aber nicht das Wesentliche. Das Wesentliche ist etwas ganz anderes. (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Hier hat zwar jeder eine Stimme, aber bitte nicht gleichzeitig. (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter **Fux** (*fortsetzend*): Aber ich wollte etwas ganz anderes in meinem Diskussionsbeitrag am Mittwoch sagen, und zwar, daß es in der Genossenschaft nur Mehrheitsbeschlüsse gibt und eine Minderheit absolut keine Möglichkeit hat, in die Genossenschaftsleitung hineingewählt zu werden. (*Ruf bei der ÖVP: Das ist demokratisch!*) Ich habe ausdrücklich gesagt: vorhandene Minderheiten! Das deshalb, weil Sie darauf hingewiesen haben: Wo es keine Arbeitsbauernbündler gibt, dort kann man keine hineinwählen! Na schön, ich will sagen: Wo solche vorhanden sind.

Jetzt rede ich nicht nur von den Arbeitsbauernbündlern; es gibt draußen in den Genossenschaften oft Gegenströmungen, Oppositionen, die genauso ÖVPlers sind wie diejenigen in der Genossenschaftsleitung. Aber nehmen wir an: Wenn sie von 100 Mitgliedern 49 Mitglieder stellen, so hat diese Oppositionsgruppe keine Möglichkeit — keine Möglichkeit! —, entsprechend ihrer Stärke in die Genossenschaft hineinzukommen, denn die 51 bestimmen alles. Das ist so, es ist gar nicht anders! (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Es ist nicht anders, Herr Kollege Hofstetter!

10054

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 9. und 10. Dezember 1968

Fax

Nach den Satzungen und dem jetzt geltenden Genossenschaftsgesetz bestimmt die Mehrheit, wer in die Genossenschaftsleitung kommt. Jetzt gehe ich noch einen Schritt weiter: Es ist oft so, daß sogar die Mehrheit nichts zu reden hat, weil die Minderheit, diejenigen, die vorne sitzen, die Mehrheit nicht zum Zuge kommen lassen. Da werden Druckmittel angewendet; dafür könnte ich Ihnen Beispiele sagen, aber es würde heute zu spät werden. *(Zwischenrufe der Abg. Ing. Karl Hofstetter und Peter.)* Ich möchte die Zeit nicht überschreiten. Das habe ich nur am Rande gesagt.

Aber, Herr Kollege Hofstetter, kehren wir wieder zum Ernst zurück: Sie finden es lächerlich, wenn ich davon spreche. Es wird aber auch von sehr vielen ÖVP-Bauern bedauert, daß die Genossenschaften in so starre Formen gekommen sind. Sie würden es sehr begrüßen, wenn in den Vorständen und in den Aufsichtsräten auch sogenannte oppositionelle Stimmen Platz finden würden. *(Abg. Peter: Nicht sogenannte, sondern wirkliche!)* Bitte sehr, Herr Kollege Peter, Sie wissen es immer am besten! Ich gebe Ihnen recht! Ja, wenn eine wirkliche Opposition in die Vorstände kommen würde — der Genossenschaft wäre damit sehr gedient. Die Genossenschaftsleitungen würden wieder lebendiger, sie müßten sich diesen Stimmungen, die da vorgebracht werden, doch irgendwie angleichen. Das wäre bestimmt zum Segen und zum Nutzen der Genossenschaften als Ganzes und natürlich auch der einzelnen Mitglieder. So müßte es doch gelingen, die Demokratisierung der Genossenschaften durchzuführen. Ich möchte Sie bitten, doch wirklich mitzuarbeiten, eine Reform des Genossenschaftswesens durchzuführen, damit auch Minderheiten die Möglichkeit erhalten, in den Genossenschaften mitzureden. Das wollte ich nur ganz kurz sagen. Ich brauche die Neun-Uhr-Grenze also nicht auszunützen. *(Abg. Kulhanek: Die Minderheit bestimmt!)* Die Minderheit bestimmt nicht! Sie wird entsprechend ihrer Stärke hineingewählt. Natürlich hat die Mehrheit zu beschließen. Aber daß man eine Minderheit ganz hinausdrängt und ihr überhaupt keine Möglichkeit gibt, das ist undemokratisch.

Wenn ich für die Landwirtschaft einen Ausbau des Genossenschaftswesens verlangt habe,

so habe ich nicht ... *(Abg. Machunze: Kollege Fax: Wird gewählt oder wird nicht gewählt?)* Natürlich wird gewählt, Herr Kollege Machunze! Aber wenn es hier nach den Wahlen in den Genossenschaften gehen würde, dann würde in diesem Haus nur die ÖVP sitzen, weil die Minderheit keine Möglichkeit hätte, gewählt zu werden. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Genauso ist es im Genossenschaftswesen: Wenn die Minderheit noch so stark ist, so kann sie eben nicht gewählt werden. Wenn der Nationalrat, dieses Hohe Haus, nach den Prinzipien des Genossenschaftsgesetzes gewählt würde, hätten wir nur ÖVPlern herinnen, denn die sind die Mehrheit und die würden allein hier bestimmen? *(Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Mayr: Herr Kollege Fax, Sie vergessen auf die GÖC!)*

Das wollte ich nur ganz kurz zu den Ausführungen meines ansonsten sehr geschätzten Berufskollegen Hofstetter sagen. Der Herr Kollege Hofstetter hat mich mit dem Prädikat friedfertig bezeichnet. Ich habe ihm das nun in aller Friedfertigkeit sagen wollen, und ich glaube, daß er mir morgen sagen wird, daß ich recht gehabt habe, daß die Anteile stimmberechtigt sind, wenn schon nicht in allen Genossenschaften, so doch in einem ansehnlichen Teil von großen Genossenschaften. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Tschida. Wollen Sie heute noch beginnen oder erst morgen? *(Rufe bei SPÖ und ÖVP: Morgen! Morgen!)* Bitte, morgen. Also einmal eine Übereinstimmung im Haus. *(Heiterkeit.)*

Demnach unterbreche ich die Sitzung bis morgen, den 10. Dezember 1968, 10 Uhr. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird in der Erledigung der für die 121. Sitzung ausgegebenen Tagesordnung fortgefahren werden.

Nach Beendigung der Tagesordnung wird nach einer kurzen Unterbrechung eine weitere Sitzung mit anderen, nicht das Budget betreffenden Tagesordnungspunkten abgehalten werden.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 20 Uhr 50 Minuten unterbrochen und am Dienstag, den 10. Dezember 1968, um 10 Uhr wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 10. Dezember 1968

Präsident: Ich nehme die gestern unterbrochene Sitzung wieder auf *(sich erhebend)*.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der äußere Anlaß dieser kurzen Gedenkrede ist der 20. Jahrestag der Annahme und feier-

lichen Verkündung der „Deklaration über die Menschenrechte“ durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen. Dieses Jubiläum war Ursache für den Beschluß und Wunsch der UNO, das Jahr 1968 als internationales Jahr der Menschenrechte zu pro-

Präsident

Klamieren und dieses Ereignisses in den nationalen Parlamenten zu gedenken.

Kein Zweifel: Die feierliche Deklaration der Menschenrechte im Jahre 1948 für den Bereich der gesamten Welt war nicht nur eine gefühlsmäßige Reaktion auf die Jahre moderner Barbarei, die sich in den Geschehnissen des zweiten Weltkrieges, seinen furchtbaren Folgewirkungen sowie ihren faschistischen und totalitären Begleitumständen spiegeln. Sie war gleichzeitig Ausdruck der Besorgnis, daß solches Geschehen sich wiederholen und die Menschen in noch größeres Unglück stürzen könnte. Sie war überdies eine Aussage der Bestürzung, daß inmitten einer Welt des technischen Fortschritts die wahren Menschheitswerte in ihrer räumlichen Begrenzung und Intensität der Wirksamkeit nur beschränkte Gültigkeit besitzen. Wer könnte leugnen, daß diese Besorgnisse heute, nur 20 Jahre später, von höchster Aktualität sind.

Es genügt aber nicht, wenn wir an den Geist der Gerechtigkeit appellieren und jene Ereignisse, durch welche die Menschenwürde erniedrigt wird, anprangern und beklagen; denn nicht selten sind solche Geschehnisse nicht nur der Ausfluß bösen Machtstrebens und Willens, sondern das Ergebnis von schicksalhaften Verkettungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklungen, die durch ihre Eigenwirkung das Handeln der Menschen tiefgreifend beeinflussen.

Überdies ist das Bewußtsein der Menschenrechte als hohes Gut in den einzelnen Gebieten unseres Erdballs schon allein auf Grund der andersartigen geistig-historischen Entwicklungen nicht in den gleichen Stärkegraden ausgeprägt. Daraus ergibt sich für uns Österreicher, aber auch für alle anderen europäischen Staaten mit freier gesellschaftlicher Ordnung eine völlig andersartige Aufgabenstellung und Methodik für den inner- wie außereuropäischen Bereich.

Wir Österreicher haben erst im Vorjahr des Jahrhundertjubiläums unserer Staatsgrundgesetze gedacht, die in unserer Rechtsordnung doch nichts anderes als eine Vorwegnahme jenes Gedankengutes sind, das in der UNO-Deklaration vor 20 Jahren proklamiert wurde.

Die europäische Geschichte unterscheidet sich von den anderen Weltkulturen eben darin, daß sie nicht nur eine Geschichte — wie ich schon einmal sagte — von Staaten, siegreichen Feldherren und Dynastien, sondern vielmehr eine Geschichte von Menschen ist, die schon seit Jahrhunderten um ihre freie, menschenwürdige Stellung in Staat und Gesellschaft ringen. Es ist dies das Ergebnis einer Jahrtausende alten ideologischen Entwicklung, deren weitgespannter Bogen von der alt-

griechischen Philosophie über die christliche Theologie, durch deren Begriff der Ebenbildlichkeit des Menschen mit Gott die personalen Menschenrechte erstmalig statuiert wurden, bis zu den modernen, säkularisierten Philosophemen reicht, die den modernen Humanismus prägten. Als dessen reifste Frucht besitzen wir heute die demokratische und parlamentarische Staats- und Regierungsform. Trotzdem wissen wir auf Grund jüngster Erfahrungen, daß auch für diesen relativ gefestigten Bereich jederzeit Gefährdungen entstehen können.

So ergibt sich im Kampf um die Menschenrechte für den inneren Bereich der freien Staaten Europas eine völlig andere Perspektive als für unsere außereuropäischen Initiativen. In Österreich und im übrigen freien Europa haben wir das kostbare Gut des bereits Erungenen zu bewahren und dort, wo es noch nicht restlos verwirklicht wurde, etwa da und dort im Bereich der Vollziehung und Verwaltung, endgültig durchzusetzen. In dieser Zielsetzung besitzen wir Glaubwürdigkeit vor der gesamten Welt.

Keineswegs besitzt Europa diese in gleicher Weise, wenn wir im Sinne einer modernen europäischen Mission als Verkünder der Menschenrechte vor dem Weltforum agieren. Denn durch die lange Zeit des Kolonialismus und Imperialismus ist im Denken der anderen Rassen noch immer das Bild des Europäers von jenem Schatten verdunkelt, der einst mit dem Satz „Sie reden von Gott und denken an Kattun“ gekennzeichnet wurde.

Hier liegt gerade für die kleinen, neutralen Staaten ohne koloniale Vergangenheit und Belastung eine besondere Aufgabe der Rettung dieses negativen Europabildes. Diese Aufgabe ist eng verknüpft mit der Verpflichtung der modernen, reichen Industriestaaten auf wirksame Initiativen zur wirtschaftlichen und sozialen Aufwärtsentwicklung der Welt. Dabei sollten wir uns freilich nicht von noch so schönen Schlagworten, sondern nur von realistischen, nüchternen Überlegungen leiten lassen.

Ich sehe dabei eine dreifache Problematik:

Erstens sind auf Grund der bereits erwähnten andersartigen geistigen Entwicklung bei den anderen Rassen und Weltkulturen die Menschenrechte vordergründig-primitiver umrissen, sodaß sie für diese sich in erster Linie in der Freiheit vom Hunger, dem Schutz vor sozialer Ausbeutung und der äußeren Freiheit für ihre Staaten symbolisieren. Deshalb haben wir mit der Übertragung unserer Denkschaablonen auf die außereuropäische Welt oft mehr Schaden als Nutzen angerichtet.

10056

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Präsident

Zweitens befinden wir uns mit unseren praktischen Initiativen, etwa der Entwicklungshilfe, in einem tödlichen Wettlauf mit der Zeit, denn alles, was seitens der reichen Industrieländer an materiellen und ideellen Gütern — also der Wirtschaftshilfe und ihrer so notwendigen Ergänzung durch technische Bildung und Erziehung — gegeben werden kann, trägt seine Früchte erst in vielen Jahren und Jahrzehnten, während die revolutionären Situationen der Welt von heute in einem immer kürzeren Rhythmus pulsieren. Deshalb bedarf es nicht eines Flickwerkes von Hilfeleistungen, sondern eines echten Einsatzplanes, damit dieser Wettlauf mit der Zeit noch halbwegs gewonnen werden kann.

Drittens und letztens möchte ich, gerade weil ich von unserer moralischen Verpflichtung zur Verteidigung der Menschenrechte in aller Welt und zu wirtschaftlicher Hilfe gesprochen habe, etwas aussprechen, was nicht übersehen werden sollte. Nur der kann schenken, der aus dem Ertrage seiner Wirtschaft etwas zu verschenken hat. Gesellschaftspolitische Utopisten und Phantasten — die es heute nämlich gibt, und deshalb spreche ich davon — vergessen, daß nur die Prosperität der Wirtschaft in den sogenannten reichen Industrieländern eine dauernde und wirksame Entwicklungshilfe garantiert. Zusammenbruch der Wirtschaft und Massenarbeitslosigkeit brächten nicht nur deren Einstellung und Ende, sondern das Absinken Europas in einen unvorstellbar niedrigen Lebensstandard und die Auslöschung seiner Existenz.

Hohes Haus! Für uns Österreicher ergibt sich daher im Jubiläumsjahr der Menschenrechte eine mehrfache Verpflichtung:

Sorgen wir dafür, daß die Menschenrechte als Grundlage unserer hochentwickelten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung nicht durch wenngleich wahrscheinlich gutgläubige Schwarmgeister gefährdet werden. Sorgen wir in Gesetzgebung und Verwaltung dafür, daß in allen Verästelungen unseres gesellschaftlichen Lebens die Rechte des Staatsbürgers immer stärker respektiert werden. Und sorgen wir dafür, daß unser Wort vor dem Weltforum der UNO, des Europarates und aller anderen internationalen Institutionen als eine Stimme voll sittlicher Verantwortung und realistischer Vernunft gewürdigt und gewertet wird. *(Lebhafter allgemeiner Beifall.)*

Ich unterbreche die Sitzung auf fünf Minuten.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 11 Minuten unterbrochen und um 10 Uhr 16 Minuten wiederaufgenommen.

Präsident: Wir fahren in den Verhandlungen fort. Zur Beratung stehen der Grüne Plan 1969 und Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969, Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Tschida. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Tschida** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer die Debattenbeiträge der großen Oppositionspartei zum Kapitel Land- und Forstwirtschaft genau verfolgte, der konnte zunächst feststellen, daß genauso wie im Vorjahr ein auffallender Unterschied in der Argumentation zwischen den „praktizierenden“ Landwirten — sprich: Arbeitsbauernbündlern — und den nicht praktizierenden Landwirten ... *(Abg. Robak: Was sind Sie für einer?)* Ich bin praktizierender und nicht praktizierender, wenn Sie es wissen wollen, Herr Kollege Robak. Sie kennen meinen Beruf ganz genau. *(Abg. Weikhart: Was sind Sie also jetzt: praktizierend oder nicht praktizierend?)* Ich habe Ihnen schon gesagt, Herr Staatssekretär, praktizierender und außerdem landwirtschaftlicher Fachberater, wenn Sie es wissen möchten.

Während der eine Teil die Ursachen des sogenannten Versagens in der Agrarpolitik vor allem in dem viel zu langsam vor sich gehenden Strukturwandel sucht, behaupten die Arbeitsbauernbündler vielfach gerade das Gegenteil. Sie warnen sogar oft davor, wenn auch oft sehr geschickt und verschleiert, diesen Vorgang zu forcieren. Sie beschwerten sich ständig, sie jammern und machen dem Landwirtschaftsminister immer wieder Vorwürfe, daß sich in der Agrarpolitik und den Agrarpreisen nichts ändere.

Nun kommt der Herr Abgeordnete Pfeifer mit einem großen Plakat und weist darauf hin: Herr Landwirtschaftsminister! Wieso ist der Weizenpreis heruntergegangen?

Ja, meine Damen und Herren von der Linken, darf ich Sie nun fragen: War es volkswirtschaftlich vertretbar, daß der Weizenpreis gesenkt wurde oder nicht? Herr Kollege Weihs! Darf ich Sie vielleicht fragen: War es vertretbar, oder war es nicht vertretbar?

Daß es sich bei dem äußerst dynamischen Anpassungs- und Umstellungsprozeß in der Landwirtschaft um ein sehr heikles und äußerst schwieriges Problem handelt, das beweist doch heute die ganze europäische Landwirtschaft. Dieser Umstellungsprozeß läßt sich eben nicht von heute auf morgen bewältigen und kostet außerdem, wie wir ja alle spüren und fühlen, sehr viel Geld. Die Landwirtschaft — und das möchte ich hier x-mal unterstreichen — ist eben ein Teil der Volkswirtschaft. Eine gesunde und prosperierende Wirtschaft kann aber nur

Dipl.-Ing. Tschida

ein Ziel vor Augen haben, nämlich allen Menschen im Staat Brot und Arbeit zu verschaffen. (*Abg. Robak: Auch den Bergarbeitern!*) Ich komme schon darauf, Herr Kollege, warten Sie nur!

Dazu trägt sicherlich auch die Land- und Forstwirtschaft in einem ganz hohen Ausmaß bei, sowohl als Produzent wie auch als Konsument. Es wäre daher mehr als gerecht, die Landwirtschaft mit demselben Maß zu messen wie alle anderen Wirtschaftssparten.

Nun müssen wir aber feststellen, meine Damen und Herren, daß bei dem schwierigen Anpassungsprozeß unserer Gesamtwirtschaft an die moderne Industriegesellschaft der erste scheele Blick fast immer der Land- und Forstwirtschaft gilt. Da heißt es dann immer wieder: Ja, was an unserer Wirtschaftsstruktur unzeitgemäß und krank ist, das ist die Agrarstruktur! Da gibt es noch immer viel zu viele Klein- und Kleinstbetriebe, zu viele Menschen und daher auch eine zu hohe Produktion.

Meine Herren! Das kann nicht stimmen; das sagt nicht nur der Bauernbund, sondern ich darf ebenso wie gestern der Herr Kollege Pansi den Herrn Horst Knapp zitieren, der folgendes sagt:

„Abwanderung genügt nicht!

Was das Problem der drohenden ‚Allround-Überschüsse‘ so dornig macht, ist die oft übersehene Tatsache, daß dagegen auch die Landflucht nicht hilft. Im Gegenteil: Wäre der heutige zersplitterte Besitz auf weniger als hunderttausend ‚Europahöfe‘ konzentriert, könnte mit demselben Einsatz von Boden, Technik und Chemie noch, weit mehr produziert werden.“

Daran, daß es auch in der übrigen Wirtschaftsstruktur und nicht zuletzt in der Industriestruktur selbst erhebliche Schwierigkeiten gibt, die auch unheimliche Summen erfordern, denkt man weniger oder erst in zweiter Linie. Aber allmählich spricht es sich ja doch herum, daß leider Gottes — ich möchte das unterstreichen — etwa auch der Kohlenbergbau oder die Eisen- und Stahlindustrie mit außerordentlich schweren Struktursorgen zu kämpfen haben.

Wenn nun das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung feststellt, daß jeder Dritte in Österreich am falschen Arbeitsplatz steht, so trifft dies sicherlich nicht allein für die Land- und Forstwirtschaft zu.

Eine übermäßig rasche und unüberlegte Abwanderung vom Lande in Ballungszentren könnte daher die Gefahr in sich bergen, daß am Arbeitsmarkt gar kein Platz gefunden werden kann beziehungsweise daß die Arbeitsplätze anderen strittig gemacht werden könnten. Oder wollen wir wiederum ein bäuerliches Proletariat heranziehen? Ein wohlüberlegtes

Handeln in diesem Umbruch fast aller Wirtschaftssparten ist notwendig, und das oberste Gebot der Stunde muß es sein, hier ja mit aller Vorsicht vorauszuschauen und vorauszuplanen!

Hiebei wird es uns vor allem auch auf die Neuordnung des ländlichen Raumes, die uns mit so manchen schwierigen Problemen konfrontieren wird, ankommen. Es hat auch hiebei unter allen Umständen der Grundsatz zu gelten: Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, was als vornehmstes Ziel anzustreben ist.

Dieser Grundsatz muß natürlich auch für unsere kleinbäuerlichen und vor allem für unsere Entwicklungsgebiete in den Grenzzonen gelten, wo neben den oft sehr erfolgreichen Umstellungsmaßnahmen zur Verbesserung des agrarischen Einkommens noch zusätzliche Verdienstmöglichkeiten zu schaffen und zusehen sind. Diese Maßnahmen erfordern wiederum ungeheure Mittel, die aber meiner bescheidenen Ansicht nach gerade von dieser finanziell am schwächsten gestellten Bevölkerungsschicht nicht aufgebracht werden können. Deswegen fordern wir mit Recht Hilfe von der Öffentlichkeit.

Würde man nämlich diese schwierigen Probleme gerade in unseren entlegensten Gebieten heute nur nach rein ökonomischen Gesichtspunkten sehen und beurteilen, käme wahrscheinlich das drakonische Urteil: Liquidation! Das kann aber doch nicht Sinn und Zweck unserer vielen Bemühungen und Opfer sein, das Landvolk zu erhalten und zu halten. Die Funktion des bäuerlichen Landvolkes besteht nämlich nicht mehr nur allein in der Erzeugung von Lebensmitteln, sondern bekommt gerade bei der rasch zunehmenden Massierung in Städten und Ballungszentren immer größere Bedeutung für die Erhaltung der Landschaft, besonders der Landschaft als Erholungsraum.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie vielleicht auf die Debatte im Kapitel Soziales hinweisen: Wieviel wurde da von der Erhaltung der Gesundheit gesprochen, und welche horrenden Summen wurden für die Erhaltung der Gesundheit gefordert! Fangen wir vielleicht da an; greifen wir zu; unterstützen wir dieses ländliche Volk, und es wird sicherlich dafür garantieren, daß die Landschaft gesund bleibt und daß die vielen Schäden, die in unseren großen Ballungszentren auftreten, wieder — sagen wir — einer Gesundung zugeführt werden können.

Die Rasanzen, mit der der Strukturwandel in der Landwirtschaft vor sich geht, äußert sich unter anderem auch durch eine Massenabwanderung vom Land in die diversen Städte und Großsiedlungen. (*Abg. Robak: Sind da auch die Sozi schuld?*) Im Jahre 1967 — es wurde

10058

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Dipl.-Ing. Tschida

ja schon erwähnt — waren es 20.800 Personen, die die Landwirtschaft abgab. Oder anders ausgedrückt: Von der Land- und Forstwirtschaft wandern jährlich Arbeitskräfte in einer Größenordnung ab, die der von 20 bis 30 Industriebetrieben mit je 1000 Arbeitskräften entspricht!

Meine Damen und Herren! Daß es nicht leicht sein wird, diese Massen unterzubringen, darüber, glaube ich, besteht weder bei Ihnen noch bei uns ein Zweifel.

Täglich verlassen 109 Menschen die Landwirtschaft; täglich verschwinden 11 bäuerliche Betriebe! Diese Entwicklung wird sich voraussichtlich noch Jahre hindurch fortsetzen. Muß einem dabei nicht ein wenig bange werden, zumal heute gerade die junge Generation abwandert und die Alten leider Gottes zurückbleiben? Wie das in einigen Jahren aussehen wird, das können Sie sich vielleicht ausmalen!

Tatsache ist aber ebenso, daß die vielen Landarbeitskräfte ersetzt werden müssen, was wiederum horrenden Summen erfordert und mit riesigen finanziellen Belastungen verbunden ist. Hierzu vielleicht nur ein typisches Beispiel: Im Zeitraum von 1954 bis 1965 mußte die Landwirtschaft für jede abwandernde Arbeitskraft sage und schreibe 130.000 S nur für Maschinen aus eigener Kraft aufbringen! Wo bleiben dann noch die Rieseninvestitionen, die notwendig sind, unsere bäuerlichen Wirtschaften — seien es nun Gebäude und so weiter — den Anforderungen der modernen Zeit anzupassen? (Abg. Pansi: Was hat die Volkspartei getan für die Bauern, wenn ihr so zu jammern anfangt?) Die Volkspartei hat von jeher dafür Sorge getragen, daß dieser Umstellungsprozeß sich in gelenkten Bahnen bewegt. Das war die Agrarpolitik der Volkspartei! (Abg. Ing. Kunst: Sie haben sich Betriebsgründungen entgegengestellt!)

Das erklärt auch, daß die Landwirtschaft trotz gewaltiger Produktionsleistungen noch immer hinter den Einkommensverhältnissen der anderen Berufsgruppen zurückgeblieben ist. Das erklärt auch letztlich die Überproduktion, die heute nicht nur in Österreich — und bitte, rufen Sie nicht wiederum: Vergleichen Sie uns nicht mit dem Ausland; der Herr Kollege Pansi hat gestern minutenlang das Ausland zitiert —, sondern in allen europäischen Staaten festzustellen ist. Die Gründe hierzu habe ich Ihnen ja hier bekanntgegeben.

Sie kennen auch die Arbeit und die Bemühungen unserer Agrarpolitik, unseres Landwirtschaftsressorts, sich diesen neuen Gegebenheiten anzupassen. Es wurde in der Debatte schon sehr viel darüber gesprochen. Sie allerdings haben dazu nur ein Urteil: die Agrarpolitik habe kläglich versagt!

Zum Unterschied von Ihnen anerkenne ich Ihre Bemühungen, deren Ergebnisse Sie ja in dem Wirtschaftskonzept niedergelegt haben. Wenn Sie sich aber einbilden, meine Damen und Herren, daß Sie mit diesem Programm den Stein der Weisen gefunden haben, oder noch mehr, daß Sie durch die erhofften Einsparungen auf dem Agrarsektor womöglich Ihr Wirtschaftskonzept finanzieren können, dann allerdings befinden Sie sich auf einem Irrweg!

Ich möchte nur einen Punkt aus dem Niederösterreich-Plan herausgreifen. Es war ja sehr interessant, daß bei der heurigen Debatte noch kein einziges Wort über Kontingentierung gefallen ist.

Der Herr Kollege Pansi hat es sogar bestritten, daß von Kontingentierung irgend etwas in Ihren Programmen aufscheine. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: „Im Wirtschaftsprogramm“ hat er gesagt! Bleiben Sie bei der Wahrheit!) Herr Kollege Weihs! Eines ist sicher: daß der Niederösterreich-Plan mit Ihrem Wirtschaftsprogramm innig zusammenhängt und daß die gleichen Fachexperten sowohl hier als auch dort mitgearbeitet haben. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Bleiben Sie bei der Wahrheit! — Abg. Weikhart: Sehr interessant, daß sich jeder ÖVP-Redner mit dem Wirtschaftsprogramm und dem Niederösterreich-Plan der SPÖ beschäftigt! Selber haben Sie nichts! — Widerspruch und Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Was haben Sie denn schon selbst? Weisen Sie das gleiche vor! — Weitere Zwischenrufe.)

Herr Staatssekretär Weikhart! Es ist doch höchst interessant: Sie empfehlen uns doch immer, wir sollen es studieren! (Abg. Czettel: Natürlich!) Ja, Herr Kollege Czettel, ich habe es sehr genau studiert. (Abg. Weikhart: Ohne Zweifel! Bringen Sie auch so etwas her! Im Koren-Plan sind 9 Zeilen!) Herr Staatssekretär! Ich habe auch betont: Ich anerkenne das sogar, daß Sie sich bemühen, denn wir können die Probleme nur gemeinsam lösen. (Abg. Weikhart: Na also!) Aber Sie können mir doch deswegen keinen Vorwurf machen, wenn ich jetzt aus dem Programm zitiere. Interessant ist nur: Wir kennen es, aber Ihre Leute kennen es nicht, denn der Herr Kollege Pansi hat gestern gesagt, da steht nichts drinnen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Das war jetzt eine lächerliche demagogische Bemerkung Ihrerseits! Sie können von ihm voraussetzen, daß er es ja kennt!) Ja, bei uns ist alles Demagogie. Er kennt es aber nicht. (Abg. Pansi: Wir haben uns über die Kontingentierung bei den Rüben und über die Wein-gesetze unterhalten, jetzt behaupten Sie das Gegenteil!) Das kommt schon noch, Herr Kollege Pansi. Auf jeden Fall haben Sie be-

Dipl.-Ing. Tschida

hauptet, daß nichts drinnenstehe, und dann ist wieder der Zwischenruf gekommen: Nur im Niederösterreich-Plan! Ja hat nur Niederösterreich eine Überproduktion, meine sehr geehrten Damen und Herren? Haben das die Steiermark und das Burgenland nicht, und so weiter und so fort? Ich habe schon betont: Wahrscheinlich haben sich dieselben Fachleute mit dem Niederösterreich-Plan wie mit dem großen Wirtschaftskonzept beschäftigt.

Ich darf also den Wortlaut zitieren. Man spricht hier von der Produktionssteuerung auf Landesebene. „Der Produktionsplan umfaßt ganz Österreich. Planungskommissionen bei den Landesregierungen legen diesen Produktionsplan auf die Regionen und Bezirke um. Die Landwirtschaftskammern teilen die Kontingente auf die Betriebe auf.“ (Abg. Kinzl: Na?) „Kontingentierte werden nicht Produktionsmengen, sondern Flächen und Vieheinheiten.“ (Abg. Weikhart: Kontingentieren Sie nicht auch Weinflächen?) Herr Kollege, das kommt schon noch mit dem Wein.

Präsident: Bitte kontingentieren wir jetzt die Zwischenrufe! (Heiterkeit. — Abg. Moser: Zwischenrufrufen austeilen!)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Tschida (fortsetzend): Hier spricht man von Planungskommissionen. Meine Herren! Sie werden sofort wieder kommen: Ah, die ÖVP plant auch. Wir haben schon immer in der Agrarpolitik geplant, aber nicht so, wie Sie es sich vorstellen! (Abg. Czettel: Man sieht, wohin Sie mit dieser Planung gekommen sind!) Es gibt heute Länder, die noch mehr planen als Sie; und wohin sind sie damit gekommen? (Ruf bei der SPÖ: Kommen Sie nicht wieder mit der „Roten Katze“!) Ich komme nicht mit der „Roten Katze“ (Ruf bei der SPÖ: Die ist verreckt!), sondern, meine Herren, ich spreche aus Erfahrung.

Während der russischen Besatzungszeit ist man mit demselben Plan an uns herangetreten. (Abg. Weikhart: Jetzt wollen Sie noch behaupten, daß das von den Russen ist? — Lebhaftes Zwischenrufen und Heiterkeit.) Die Russen haben uns in der Landwirtschaftskammer gezwungen... Herr Staatssekretär! Das habe ich nicht behauptet, sondern ich spreche aus Erfahrung. (Abg. Weikhart: Wir haben mit den Russen auch unsere Erfahrungen!) Ja, bitte, das streite ich doch nicht ab. Aber die haben uns gezwungen, jedem Betrieb genau vorzuschreiben, wieviel Weizen, Gerste, Rüben und so weiter er anzubauen hat. Wissen Sie, wie wir draußen angekommen sind? Ausgelacht hat man uns! Ich möchte sehen, wer heute in der Lage ist, genau vorzuschreiben, was anzubauen ist. Da sprechen sehr, sehr viele Momente mit. Ich darf nur hinweisen auf die

Bodenbonität, ich darf hinweisen auf die Fruchtfolge, ich darf hinweisen auf die klimatischen Verhältnisse, und so weiter.

Und zweitens, meine Damen und Herren: Wie stellen Sie sich das vor? Wer soll das überwachen? (Abg. Robak: Landwirtschaftsberater!) Da müßten Sie doch ein Heer von Aufsichtsorganen aufbringen. (Abg. Kern: Wer soll das bezahlen? — Abg. Dr. Haider: Das sind sie ja gerne! — Abg. Czettel zu Abg. Dr. Haider: Sie sind ein Bauernbündler, der in der Agrarpolitik versagt hat! Treten Sie den Gegenbeweis an!) Sie berufen sich immer wieder auf das Rübenkontingent. Hier liegt doch die Sache ganz anders. (Abg. Gertrude Wondrack: Wenn zwei das gleiche tun!) Wir haben eben in Österreich nur acht Zuckerfabriken. Die schreiben das Kontingent vor und übernehmen eben nicht mehr. Es gibt hier keinen Ausweg. Wenn Sie die Rüben nicht in die Zuckerfabrik liefern können, dann können Sie sie entweder einackern oder in den Futtertrog werfen. Das ist das Rübenkontingent. Aber jetzt sagen Sie mir, ob das bei Getreide, bei Weizen, bei Gerste und so weiter möglich ist. Da gibt es doch Hunderte und Hunderte von Aufkäufern! Was wäre wahrscheinlich die Folge? Sie können hundert- und tausendmal Preise festsetzen, das Getreide würde dann wahrscheinlich durch Hintertürn auf den Markt kommen.

Mit einer Flächenkontingentierung wäre weiters automatisch eine Produktionssteigerung verbunden. Das sehen wir heute auf allen Gebieten der Landwirtschaft.

Drittens frage ich Sie: Wie wollen Sie denn da kontingentieren? Nach einem Prozentsatz? Nach Klimagebieten? Oder nach einem anderen Schlüssel? Meine Herren! Die Agrarwirtschaft ist in Österreich so verschieden, die Boden- und Klimaverhältnisse sind so verschieden, daß es fast unmöglich erscheint, hier einen brauchbaren Schlüssel zu finden. (Abg. Gertrude Wondrack: Darum lassen wir alles, wie es ist!) Wir lassen nicht alles, wie es ist, Frau Kollegin, das wissen Sie ganz genau.

Oder wollen Sie eine Kontingentierung des Viehstandes? Ich gebe zu — das wird mir auch der Herr Kollege Staribacher und der Herr Kollege Weihs bestätigen —, daß das ein äußerst diffiziles, ein sehr schwieriges Problem darstellt. Aber, Herr Kollege Staribacher, wenn Sie glauben, die Fragen durch Kontingente lösen zu können, dann werden Sie sich wahrscheinlich auch täuschen. (Abg. Dr. Staribacher: Da brauchen Sie nur das Wirtschaftsprogramm zu lesen, da steht es genau drinnen! — Abg. Dr. Mussil: Das Widerspruchsprogramm!) Ja, dort steht es genau drinnen. Ich habe es Ihnen schon vorgesetzt.

Dipl.-Ing. Tschida

Nach welchen Gesichtspunkten wollen Sie nun das Vieh kontingentieren? Soll jetzt jeder bäuerliche Betrieb in die Lage versetzt werden, Milchvieh zu halten? Das ist doch unmöglich. Das Landwirtschaftsressort predigt doch ständig arbeitsteilige Wirtschaft. Ich darf das typische Beispiel meines Bezirkes bringen: Da gibt es fast keine Kuh mehr! Die Großbetriebe haben schon 15 Jahre keine Kuh, und die bäuerlichen Betriebe haben auch ihr Milchvieh radikal reduziert.

Umgekehrt: Können Sie einem Landwirt verbieten, ein oder zwei Kühe für die Selbstversorgung zu halten? Ich glaube, es ist niemand in der Lage, das zu verbieten. (Abg. Herta Winkler: *Darum geht es gar nicht!*) Von dieser einen oder von diesen zwei Kühen kann auch sehr viel Milch hintenherum auf den Schwarzen Markt kommen. (Abg. Dr. Hertha Firnberg: *Sie wissen doch selbst, daß das nicht das Problem ist! Führen Sie nicht auf Seitengeleise!*) Frau Kollegin! Ich sehe das Problem genausogut wie Ihre Kollegen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: *Nur durch eine Brille!*) Wir wissen alle gemeinsam, daß es sehr schwierig ist. Auf der einen Seite predigen wir Leistungssteigerung, und auf der anderen Seite müssen wir einschränken. Darin liegt die furchtbare Diskrepanz.

Ich darf doch darauf hinweisen, daß sich die Milchproduktion von 1951 bis 1965 trotz sinkender Anzahl an Kühen verdoppelt hat. Nun schauen wir uns die Milchleistung pro Kuh und Jahr an! Die ist noch sehr, sehr gering. 1951 waren es 1895 kg, 1966 2915 kg. Wenn wir diese Milchleistung nur um 1000 kg steigern — und das müssen wir doch, wir sind doch schließlich und endlich ein Viehexportland, und überall, wo man Vieh züchtet, kommt automatisch die Milch —, wenn wir also diese Milchproduktion nur um 1000 kg anheben, dann müßten wir auf der Stelle wahrscheinlich, ich habe das nicht genau durchgerechnet, ein Viertel unseres Kuhbestandes der Schlachtung zuführen. Das ist die Tatsache, und darin liegen auch die Schwierigkeiten. (Abg. Dr. Staribacher: *Und das sagen Sie den Bauern nicht! Seit Jahrzehnten nicht!*) Oh, Herr Kollege, kommen Sie doch mit in meinen Heimatbezirk, ich werde es Ihnen beweisen: Dort gibt es gar keine Kuh mehr! (Abg. Dr. Staribacher: *Das hat damit gar nichts zu tun!* — Abg. Weikhart: *Eine Wein- gegend!*) Das hat schon etwas damit zu tun. Wir weisen die Bauern auf die Probleme hin, wir weisen sie sehr genau darauf hin, nur mit dem einen Unterschied, daß wir die die Verantwortung tragende Partei sind und die Wahrheit sagen müssen und auch die Unannehmlichkeiten aufzeigen müssen, die daraus erwachsen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Stari-

bacher: *Aber die Wahrheit sagen Sie ja nicht!*) Was sagen Ihre Herren Kollegen dort? Die laufen hinaus und schreien: Schauen Sie sie an, die Agrarpolitik! Der Weizenpreis mußte heruntergesetzt werden. (Abg. Pay: *Wir sagen die Wahrheit!*)

Das ist so typisch diese „Kaffeehändler-Politik“: Dem Konsumenten einen billigen Kaffee versprechen und den Bauern sagen: Ihr müßt mehr für die Milch bekommen! (Abg. Czettel: *Habt ihr die Weizenpreise gesenkt oder nicht?*) Jawohl. (Abg. Czettel: *Kriegen die Bauern weniger oder nicht?*) Gegenfrage: Ist das volkswirtschaftlich vertretbar oder nicht? (Abg. Czettel: *Kriegen die Bauern weniger oder nicht?*) Ich frage, ob es vertretbar ist. (Zwischenruf des Abg. Czettel.) Ja, ich möchte Ihnen aber sagen, Herr Kollege Czettel (Abg. Czettel: *Sie haben den Bauern 20 Jahre eingeredet, wir sind schuld für die Agrarpolitik!*) Herr Kollege Czettel, lassen Sie mich doch antworten. (Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Lassen Sie mich doch antworten! (Abg. Czettel: *Die Bauern kriegen weniger und die Konsumenten zahlen mehr!*) Ja, das stimmt. Das werden wir auch vertreten, zum Unterschied davon, wie Sie es vertreten. (Abg. Czettel: *Sie vertreten, daß die Bauern weniger bekommen und die Konsumenten mehr bezahlen!* — Zwischenruf des Abg. Kern.)

Herr Kollege Czettel! Der Weizen ist billiger, dafür ist der Mais teurer geworden und ebenso die Gerste. Wir veranlassen unsere Produzenten ... (Abg. Czettel: *Bekommt der Bauer für die Milch weniger oder nicht?*) Er bekommt weniger. Aber jetzt werde ich Ihnen darauf etwas sagen. (Abg. Czettel: *Das ist das Problem: Mehr Steuermittel für die Überproduktion!*) Das stimmt, Herr Kollege Czettel (Abg. Czettel: *Jetzt sind wir wieder gut, gelt?*), aber ich würde Sie doch bitten, meine Herren von der Opposition: Sagen Sie den Leuten doch auch, warum der Konsument mehr bezahlen muß. So geht es nicht, daß man zu den Bauern hinausgeht und sagt: Schaut eure Agrarpolitiker an, wieder weniger für die Milch! — Und dann geht man zu den Molkearbeitern und sagt: Schaut, was wir für Bur-schen sind, wir haben euch die Löhne hinauf-gesetzt! So geht es nicht, meine Herren! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Staribacher: *Herr Abgeordneter Ing. Tschida! Da brauchen Sie nur noch auszurechnen, wieviel der Lohn-anteil an den Preisen ausmacht, und dann sind wir schon einig!*) Herr Kollege Staribacher! Sie wissen ja ganz genau, was in diesem Schil-ling alles drinnen liegt, das wissen Sie ganz ge-nau! (Abg. Dr. Staribacher: *Ihre verfehlte Agrarpolitik!*)

Dipl.-Ing. Tschida

Jetzt noch einmal zurück zu dieser Vieheinheit-Kontingentierung. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Immer bei der Wahrheit bleiben!*) Ja, ja, wir bleiben schon dabei, aber nur Sie bleiben nicht bei der Wahrheit; wenn Sie hinausgehen, da erzählen Sie diesen Unsinn Ihren Leuten draußen. (*Abg. Ströer: Das sagen eure eigenen Bauern!*)

Da man nun den Bauern mit einer Kuh oder mit zwei Kühen — sie machen ja heute die große Masse unserer Betriebe aus — voraussichtlich keine Kuh wegnehmen kann — ich habe schon hingewiesen, weshalb und warum —, müßten wahrscheinlich die Betriebe in erster Linie daran glauben, die nur Milch erzeugen können.

Vielleicht nun doch noch einige Worte zu den Agrarsubventionen, auf die Herr Kollege Leitner dankenswerterweise schon gestern hingewiesen hat. Das ist ein ein wenig scharfer Schnaps, was da im SPÖ-Wirtschaftsprogramm steht. Wenn man sich erlaubt, unter Agrarsubventionen ganz einfach alles zu zählen, was nach Landwirtschaft riecht, und dann hinauszugehen und bei der Bevölkerung, die sich mit diesen Problemen nicht beschäftigt und die sie auch nicht versteht, Propaganda zu betreiben, so kann das nur Greuelpropaganda sein.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Was haben Sie alles unter „agrarisches Subventionen“, wo am Schluß die horrenden Summe von fast 5 Milliarden Schilling herauskommt, hineingeschrieben? Alle Förderungsmittel von A bis Z, alle Förderungsmittel des Grünen Planes, Wildbach- und Lawinverbau und so weiter. Das zählen Sie alles zu den Subventionen in der Landwirtschaft. Ich glaube, das ist eine Entstellung der Tatsachen. Aber nicht nur das, auch die Sozialversicherungsbeiträge, die der Bund der Landwirtschaft gibt, ebenso wie allen anderen Sparten und in viel höherem Ausmaß, das zählen Sie auch zu den Agrarsubventionen!

Meine Herren, wenn das noch richtig ist, dann weiß ich nicht mehr, wo die Wahrheit liegen soll. (*Abg. Dr. Haider: Wir sagen: „Die Wahrheit“ und Sie sagen: „Die Prawda“!* — *Abg. Weikhart: Das können Sie sich ersparen!* — *Abg. Glaser: Ihr Kontingent ist erschöpft!* — *Abg. Weikhart: Wenn die Niederösterreicher nicht gewesen wären, wären Sie nicht mehr in diesem Saal!* — *Abg. Czettel: Das sind die 0 66iger, für die Sie mit verantwortlich sind!* — *Zwischenruf des Abg. Doktor Haider.* — *Abg. Czettel: Jetzt hat er es endlich einmal zugegeben, Herr Generalsekretär!*)

Meine Damen und Herren ... (*Der Präsident gibt das Glockenzeichen.* — *Abg. Czettel: Der Haider hat zugegeben, daß er bei der 0 66 dabei war!*)

Jedenfalls ist das eine ausgesprochen einseitige Darstellung. Man spricht halt nur allzu gerne von Agrarsubventionen, die als Preisausgleiche für Milch, Getreide, Treibstoff und Handelsdünger klar und auf den letzten Schilling ausgewiesen sind und wo interessanterweise jeder mitspricht.

In diesem Zusammenhang wäre es doch höchst interessant festzustellen, welche enormen Leistungen der Bund als offene und verdeckte, als direkte und indirekte Subventionen für alle Bereiche der Wirtschaft und Kultur zur Verfügung stellt. Leider findet man sich da nur sehr, sehr schwer durch, abgesehen davon, daß man sich sehr gerne hinter das Betriebsgeheimnis verschant und gar nicht Einblick gewähren läßt.

Hierher gehört zum Beispiel der Verzicht des Staates auf Einnahmen durch Steuerbegünstigungen, Abdeckung der Defizite in diversen Betrieben, Überbrückungsbeihilfen, vorzeitige Renten für Arbeitnehmer bei in Not geratenen Betrieben, die verbilligte Abgabe von Handelsdünger und von Traktoren ins Ausland, wie überhaupt der ganze Außenhandel.

Meine Herren! Es ist gestern hier auch ein Zwischenruf erfolgt, als wir hier feststellten, daß auch Traktoren und Handelsdünger zu viel niedrigeren Preisen in das Ausland abgesetzt werden, als der inländische Bauer zu zahlen hat. Und da hat es geheißen: Wer bezahlt das? Das liegt doch klar auf der Hand. Erstens der Steuerzahler und zusätzlich der Landwirt, denn der Landwirt zahlt hier Überpreise, damit wir die Maschinen und den Handelsdünger womöglich billiger ins Ausland liefern können. (*Abg. Ing. Kunst: Wer zahlt die Exporte für Butter um 7,50 S?*) Das zahlt auch die Landwirtschaft in erster Linie und der Steuerzahler. Das stimmt! (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Keine Ahnung! Da irren Sie sich wieder einmal sehr, Herr Kollege Tschida!*) Herr Kollege Weihs! Ich fordere nicht mehr als gleiche Behandlung für alle Wirtschaftssparten. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Sagen Sie die Wahrheit, wer die Butterexporte finanziert!*) Der Staat und die Landwirtschaft! Das habe ich doch gesagt! Der Staat und die Landwirtschaft, Herr Kollege Weihs. (*Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weihs: Die Sache erst einmal genauer betrachten!*) Ich habe Ihnen das genau gesagt. (*Abg. Dr. Haider: Durch eine rote Brille womöglich betrachten!*)

Meine Damen und Herren, wir haben Verständnis für alle diese Maßnahmen (*Abg. Konir: Durch eine rote Brille sieht man, durch eine schwarze nicht!*) und sind interessiert, daß dadurch die Vollbeschäftigung und damit auch die Kaufkraft des Konsumenten erhalten bleibt. Wir müssen aber ebenso um Verständnis

10062

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Dipl.-Ing. Tschida

bitten, wenn die Landwirtschaft zu verbilligten Preisen exportiert. Man kennt hier merkwürdigerweise die Stützungsbeträge wieder ganz genau, während bei Betrieben der Industrie und des Gewerbes dies fast nie herauszubekommen ist. Schließlich und endlich geht es bei allen diesen Maßnahmen, sei es nun in der Land- und Forstwirtschaft oder in anderen Wirtschaftsbereichen, um die Erhaltung der Arbeitsplätze.

Ich bitte Sie daher, unser Volk nicht einseitig und falsch über die Subventionen zu informieren. Sie könnten nur Unruhe unter die breiten Massen bringen, die für eine ruhige Entwicklung unserer Gesamtwirtschaft sicherlich nicht von Vorteil sein kann.

Gestatten Sie, meine Damen und Herren, wenn ich jetzt noch auf ein Teilgebiet der Landwirtschaft hinweise, das so richtig zeigt, wie durch Spezialisierung und rechtzeitige Anpassung an die Konsumentengewohnheit und den Konsumentengeschmack für viele unserer Klein- und Kleinstbetriebe die Einkommensverhältnisse verbessert werden können. Es ist dies der Garten-, Gemüse- und Feldgemüsebau, der auf kleinsten Flächen größtmögliche Ernten und mehrfache Nutzungen in einem Jahr zuläßt.

Der heimische Gemüsebau versorgt derzeit das Inland zu 70 bis 80 Prozent. Die Gemüsebauflächen können für den inländischen Bedarf noch vergrößert werden, da mit einer Zunahme des Pro-Kopf-Verbrauches zu rechnen ist und bei entsprechenden Maßnahmen ein Teil des bisher importierten Gemüses im Inland erzeugt werden könnte.

Erschwerend für eine Ausweitung ist derzeit allerdings die starke Konkurrenz vor allem aus den Oststaaten; ferner die Tatsache, daß vor allem sehr viele Halbfertigprodukte, Fertigprodukte, wie Dosen aller Art, liberalisiert sind und zu Dumpingpreisen nach Österreich kommen. Wesentliche Verschiebungen werden sich jedoch noch zwischen dem gärtnerischen Gemüsebau, der in erster Linie den Markt mit Frischgemüse zu versorgen hat, und dem Feldgemüsebau, der wieder den Markt mit Grob- und Massengemüse und mit Rohware für die Konservenindustrie versorgt, ergeben.

Durch sich ändernde Konsum- und Einkaufsgewohnheiten, die Berufstätigkeit der Hausfrau, durch Konzentration der Nachfrage in Handelskettenorganisationen wird die Nachfrage nach Konserven und verpackten Waren sowie Tiefkühlprodukten noch wesentlich zunehmen und damit der Feldgemüsebau sicherlich noch weiter an Bedeutung gewinnen.

Auf Grund dieser Tatsachen wurden in den letzten Jahren beim Feldgemüsebau, weniger beim gärtnerischen Gemüsebau, große In-

vestitionen und Produktionserweiterungen vorgenommen.

Der Gemüsebau weist leider auch sehr, sehr große, vor allem naturbedingte Schwächen auf, die uns oft sehr, sehr arg zu schaffen machen. Die Produktion ist in erster Linie sehr stark wetterbedingt. Eine kurze Schlechtwetterperiode mit einem Temperaturreückschlag hat sehr, sehr oft große Versorgungslücken zur Folge. Umgekehrt kann ein ausgesprochen feuchtwarmes Wetter innerhalb weniger Tage derartige Massen von Gemüse heranreifen lassen, daß diese fast kaum zu vermarkten sind. Außerdem ist das Gemüse, wie Sie ja alle wissen, sehr leicht verderblich und wenig lagerfähig. Spekulationen, Preisverfall und der Ruf nach mehr Importen sind die Folgen solcher Unzukömmlichkeiten.

Das Landwirtschaftsressort und die Verantwortlichen für den Gemüsebau haben daher ihr größtes Augenmerk auf diese Schwierigkeiten zu richten und entsprechende Abhilfemaßnahmen zu treffen beziehungsweise in die Wege zu leiten.

Das ist bis heute auch geschehen. Ich darf doch — leider Gottes ist der Herr Kollege Czettel nicht da — darauf hinweisen, daß der Gemüsebau trotz seiner vielen Schwächen, wie ich sie hier geschildert habe, im Vorjahr gut funktioniert hat. Daß auch Unheil geschehen ist und daß eingeackert werden mußte, das will ich nicht bestreiten, aber im großen und ganzen wurde der Markt sehr genau beobachtet und die dementsprechenden Maßnahmen getroffen. Warum ging das? Weil eben die Kompetenz nur beim Landwirtschaftsminister gelegen ist. Hier ist es besonders wichtig. Meine Herren! Wenn für die Aus- und Einfuhren zwei Ministerien zuständig sind, ist das Gemüse längst verfault, bis eine Einigung erzielt wird, und man kann es auf den Misthaufen werfen.

Zu den wichtigsten Maßnahmen zählen natürlich die absatzfördernden Maßnahmen. Aus der Erkenntnis heraus, daß sich der einzelne in unserer Großraumwirtschaft kaum mehr durchzusetzen vermag, wurde die Bildung von Genossenschaften und Erzeugungsgemeinschaften durch regionalen Zusammenschluß der Produzenten besonders gefördert. Sie haben für eine Rationalisierung des Anbaues, des Absatzes, der Lagerung und Verarbeitung, vor allem der Qualität und der Werbung zu sorgen.

Ich darf hier besonders auf die Wichtigkeit der Abschließung von Anbau- und Absatzverträgen mit der Industrie hinweisen. Die Zahl und der Umfang dieser Anbauverträge hat in der letzten Zeit erfreulicherweise sehr, sehr stark zugenommen.

Dipl.-Ing. Tschida

Weiters sollen für die einzelnen Klimagebiete nur die günstigsten Feldgemüsesorten gezogen und konzentriert werden und die Erntetermine womöglich so gelenkt werden, daß der Markt gerade aufnahmefähig ist und ausreichend mit inländischer Qualitätsware beliefert werden kann.

Hiezu vielleicht zwei typische Beispiele der letzten Zeit:

Das Burgenland ist zum Beispiel in der Lage, den Markt mit frischen Tomaten von Anfang August bis spät in den Oktober hinein zu beliefern. In dieser Zeit ist es fast in keinem Produktionsland möglich, der Konsumentenschaft gleiche Ware zu gleichen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Ebenso ist es dem Burgenland gelungen, durch Erzeugung von Spezialpaprikasorten den Bedarf der Industrie zu decken und die wesentlich teureren Importe vor allem an roten und gelben Industriepaprika auszuscheiden. Die Paprikaflächen konnten daher wesentlich erweitert werden und tragen dadurch zur Einkommensverbesserung vieler, vieler unserer Klein- und Kleinstbetriebe im Seewinkel bei.

Von ganz ausschlaggebender Bedeutung für den Gemüsebau ist letztlich die Regelung der Einfuhr. Grundsätzlich wäre einer Einfuhr nur dann zuzustimmen, wenn sie den Wettbewerbsbedingungen des österreichischen Gemüsebaues entspricht. Dazu ist aber oft sehr, sehr großes Verständnissowohl von der Produzentenschaft als auch von der Konsumentenschaft erforderlich.

Wenn zum Beispiel, wie ich schon erwähnt habe, durch einen Witterungsrückschlag eine Versorgungslücke von mehreren Tagen entsteht, ruft man sofort mit Vehemenz nach stärkeren Importen. Bis diese dann eintreffen, ist meist auch die Inlandware auf dem Markt. Folge davon — restloser Preisverfall, wie wir das schon des öfteren erlebt haben. Denken wir nur zum Beispiel an die vorjährige Frühkartoffelernte. Acht Tage Schlechtwetter und Regen, die Kartoffeln konnten nicht geerntet werden. Es wurde importiert, und in der nächsten Woche waren die inländischen Kartoffeln da. — Nichts haben sie gekostet! Der Bauer wurde um seinen Lohn gebracht!

Ich glaube, daß hier gerade unserer Konsumentenberatung noch ein sehr weites und segensbringendes Betätigungsfeld offensteht. Unsere aufgeschlossene Konsumentenschaft wird sicherlich dafür Verständnis aufbringen, wenn hie und da einmal auf die inländische Produktion einige Tage gewartet werden muß.

Meine Damen und Herren! Ich wollte Ihnen mit diesen kurzen Ausführungen nur vor Augen führen, daß unsere Agrarführung nicht geschlafen hat und daß es durch eine rechtzeitige Anpassung und Spezialisierung noch heute oft möglich ist, für viele unserer Klein- und Kleinstbetriebe die Einkommensverhältnisse zu verbessern.

Ich möchte daher auch die Gelegenheit nicht verabsäumen, unserem Herrn Landwirtschaftsminister und seinem Ressort im Namen der vielen kleinen Gemüsebauern zu danken. Sie haben die Gemüseproduktion, den Markt und die Importe stets genauestens überwacht, durchleuchtet und analysiert und daraus die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Konsequenzen, die nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Konsumentenschaft stets zugute gekommen sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man die bisherige Debatte verfolgt hat, hat man den Eindruck, als ob sich die Vertreter des kammerstaatlichen Denkens dadurch herausgefordert fühlen, daß auch Nichtagrarien in diese Debatte eingreifen. — Es sollte umgekehrt sein! Eigentlich sollten die Bauernvertreter, die als solche wohl überhaupt die stärkste berufsständische Fraktion in diesem Hause darstellen und trotzdem, wenn man das Resultat der bisherigen Agrarpolitik betrachtet, offensichtlich nicht in der Lage waren, sich hier durchzusetzen, erfreut sein, daß auch der Nichtbauer, der nichtbäuerliche Abgeordnete, sich mit den Problemen der Landwirtschaft beschäftigt.

Meine Damen und Herren! Das sind doch Dinge, die uns alle auf den Fingern brennen. Das ist doch unbestreitbar! Das hat sich vor allem auch aus der zum Teil sehr heftigen Diskussion hier ergeben. Dabei ist sicherlich zuzubilligen, daß ein Teil der erheblichen Differenzen durch den verschiedenen Ausgangsstandort, den der Redner jeweils einnimmt, bedingt ist.

Aber zum Teil scheint doch auch die Problematik der Agrarpolitik so kompliziert, daß eine gegenseitige Verständigung außerordentlich erschwert ist. Ich glaube also, obwohl ich nicht in die Gruppe der Kammerräte, Kammerdirektoren, Ökonome und ähnlicher Honoratioren der Agrarwirtschaft gehöre, daß sich die bäuerlichen Vertreter die Mühe nehmen sollten, auch einen Sprecher anzuhören, der glaubt, es müßte doch denkbar sein, die Probleme der Agrarpolitik auf einen gemeinverständlichen Nenner zu bringen.

10064

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Dr. Scrinzi

gen, sodaß auch der Nichtlandwirt, der Konsument dieses Staates sich in etwa mit den Fragen der Agrarpolitik vertraut machen kann. Im übrigen folge ich einer Aufforderung des Herrn Ministers, der ja mit Recht gesagt hat: Agrarpolitik geht alle an! Bin ich da richtig im Bild, Herr Minister? — Sie geht auch tatsächlich alle an, und das ist auch die Legimation für die Nichtagrariern und der Grund für die Verpflichtung, hier zu reden.

Auch wenn wir dem Geist unserer Verfassung folgen, sind ja die Volksvertreter bekanntlich nicht als berufsständische Vertreter gewählt, wenngleich sie in Anspruch nehmen werden, wenn gleich sie in Anspruch nehmen werden, je nach ihrem beruflichen Herkommen und ihrer Vorbildung eine bestimmte Schwerpunktbildung in ihren Beiträgen hier im Hause vorzunehmen. Aber gewählt sind wir doch alle von anonymen Wählern und haben deshalb auch jede Berufs- und Standesgruppe hier zu vertreten.

Uns alle erfüllt es mit Sorge, daß wir neben der beträchtlichen Unruhe, die auf den österreichischen, und auch anderen, wie wir ja wissen, Hochschulen eingetreten ist, gerade im abgelaufenen Jahr eine beachtliche Unruhe in der Bauernschaft verzeichnen müssen. Ganz gleich und ohne Rücksicht darauf, unter welchem parteipolitischen Akzent diese verschiedenen Aktionen des Unmutes erfolgt sind, ist es klar, daß der Bauer nicht mutwillig auf die Straße geht, daß er sich nicht leichtfertig zu Demonstrationen, zu Traktorenaufmärschen und ähnlichen Aktionen entschließt, das unter Umständen auch in Zeiten, zu denen er mehr als dringend auf dem eigenen Hof und auf dem eigenen Feld gebraucht wird. Das sollte uns veranlassen, darüber nachzudenken: Was ist hier los? Was ist der Grund dieser zum Teil revolutionären Charakter annehmenden Unruhe?

Ich habe es deshalb als meine Pflicht erachtet, als um den 6. September in Klagenfurt eine derartige Demonstration ablief, daran teilzunehmen und mich zu informieren. Die Gespräche mit den dort vertretenen Bauern waren außerordentlich interessant. Ich habe eigentlich den Herrn Minister Dr. Schleiner nicht verstanden, als er den Wunsch auf breite Diskussion mit diesen demonstrierenden Bauern abgelehnt hat. Es klang so wenig überzeugend, wenn der Minister und Abgeordnete Schleiner zwar bekundet hat, daß er jederzeit seine Diskussionsbereitschaft unter Beweis gestellt habe, dann aber, fast im gleichen Augenblick, die Überfallswagen der Polizei aufgefahren sind.

Das Dilemma der österreichischen Agrarpolitik scheint mir darin zu liegen, daß unter

Verleugnung des Charakters, eine Volkspartei zu sein, den sich die ÖVP zu geben bemüht, sich diese in den letzten Jahren zunehmend als eine Konsumentenpartei erwiesen hat. Das scheint mir ganz eindeutig. Das scheinen auch die kalten Rechner dieser Partei an Hand der soziologischen Entwicklung und der Statistik in Österreich einfach als realpolitische Konsequenz gezogen zu haben.

Schon in der Koalitionszeit hat die Agrarpolitik allzusehr und allzulange im Schatten dieser Konsumentenpolitik — damals noch unter sehr starkem sozialistischen Druck — ihr Leben fristen müssen.

Wir sind gerade in einer Phase der Entwicklung, die offensichtlich diesen Zug verstärken will; denn die jüngsten Proporzgeschäfte um Agrarmarktesetze und Direktorenhandel — für Sie kein Kuhhandel, es geht nicht um die Kühe in der Landwirtschaft, es geht um die „heiligen Kühe“ in der verstaatlichten Industrie — weisen darauf hin, daß die Landwirtschaft wieder sehr viel stärker in den Sog dieser Konsumentenpolitik aus bloß parteitaktischen Erwägungen geraten wird. Das ist nicht nur für die Agrarpolitik außerordentlich bedauerlich, ich glaube, das wird sich auch für uns alle als außerordentlich nachteilig erweisen. Gegen die öffentliche Meinung wurde hier ein neuer Proporzpakt, wenngleich vorerst auf ein bestimmtes, allerdings sehr wichtiges Gebiet beschränkt, geschlossen, der nicht laut und nicht oft genug angeprangert werden kann.

Was die Presse, was insbesondere die unabhängige Presse dazu zu sagen hat, soll auch hier immer wiederholt werden: „ÖVP akzeptiert Proporz“, „Presse“ vom 6. 12. 1968. Kommentar in der gleichen Nummer: „Ein Pfründen-Abkommen“. Damit scheint es mir auch gut und für den Laien verständlich kommentiert. „Salzburger Nachrichten“: „ÖIG und die Marktgesetze gerettet — Proporz eingefrierung befriedigt SPÖ.“ „Presse“ vom 7./8. Dezember: „Parteienabkommen exekutiert“. Auch das ist ein richtiger Ausdruck. Ein Leitartikel des Chefredakteurs in der gleichen Nummer: „Proporz-Töter unter sich“. „Salzburger Nachrichten“, Samstag/Sonntag-Ausgabe vom 7./8.: „Auslegungsprobleme bedrohen den Proporzpakt“. Worum es dabei geht, ist im Untertitel festgehalten: „Besitzstand“ der Parteien“.

Ich zitiere jetzt einen Mann, dessen unabhängige Meinungsäußerungen nicht hoch genug geschätzt werden können, gerade weil sie vielleicht sehr vielen Parteimanagern unangenehm sind. Die „Finanznachrichten“ bringen einen Artikel: „Industriepolitik mit Proporzidioten?“ Was hier festgehalten ist, soll

Dr. Scrinzi

man sich zu Gemüte führen. Es hatte damals noch den Charakter einer Vorhersage: leider hat sich diese Vorhersage als richtig erwiesen. Kommentar dieses Artikels: „Zumindest vorstellen könnte man sich doch, daß es für die Sozialisten wertvollere Kompensationsobjekte geben müßte als gutgepolsterte Sessel für zwei Dutzend Nieten ...“ Im nächsten Absatz: „Noch sind die Würfel nicht gefallen.“ — Sie sind inzwischen leider gefallen. — „Noch haben wir die Wahl zwischen Idiotenproporz und Industriepolitik.“ Sicher ein hartes Wort. Aber es trifft die Sache, und nicht nur die Skandalaffären im Bereich der betroffenen Wirtschaft, sondern auch der wirtschaftliche Mißerfolg in diesem Bereich rechtfertigen diese harten Formulierungen.

Der Artikel schließt — wenn ich wieder mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren darf —: „Die Korona der Proporzidioten könnte frohlocken: Pöstchen und Pfründen gäbe es dann für sie nicht bloß in den Vorständen der Unternehmungen, sondern auch im Aufsichtsrat der Dachgesellschaft. Über die Industriepolitik allerdings müßten wir das Kreuz machen, und Koren-Plan wie SPÖ-Wirtschaftskonzept wären nur noch gut für den Papierkorb...“

Interessanterweise hat sich ausgerechnet der Generalsekretär des ÖAAB, der Herr Bundesrat Ing. Harramach, besonders auf den Schlips getreten gefühlt, denn er hat eine Berichtigung verlangt. In dieser Berichtigung verlangt er nach dem berühmten § 23 des Preßgesetzes — der lebt immer noch — folgende Entgegnung:

„Sie schreiben: ‚... der Generalsekretär des ÖAAB ... stellt sich hin und trompetet das Preislied für den Proporz.‘ Dies ist unrichtig. Der Generalsekretär des ÖAAB hat den Proporz nicht gepriesen.“

Meine Damen und Herren! Es ist eine Auslegungsfrage, ob man das als „Preisen“ oder sonst irgendwie bezeichnen darf. Aber die „Finanznachrichten“ haben sich im Nachhang zu dieser Berichtigung auf den Herrn Bundesrat Harramach berufen können. Dieser Herr Bundesrat Harramach schreibt in der „Freiheit“ — bekanntlich Organ des ÖAAB; es sollte sich gerade nach dem letzten Streich, der vom ÖAAB nicht unmaßgeblich mitverschuldet wurde, „Unfreiheit“ nennen —, in diesem Organ des Herrn Ing. Harramach:

„Die Tatsache, daß der ÖAAB sich bemüht, auch in Entscheidungen über die personelle Besetzung von Führungspositionen, insbesondere in der verstaatlichten Industrie, einzugreifen, ist vielen ein Dorn im Auge.“

Meiner Meinung nach kann man es nicht mehr höher treiben. Das ist ja gerade das, was in dem früher zitierten Artikel der „Finanznachrichten“ angegriffen wurde: der Anspruch, der hier überheblich auftretende Anspruch, Fragen der Führung, der personellen Besetzung dieses wichtigen Industriezweiges der Republik zum Gegenstand des permanenten Eingriffes der Parteien und, mit anderen Worten, was inzwischen ja dokumentiert, ratifiziert und paraphiert wurde, zum Gegenstand des Parteischachers zu machen.

Er schreibt dann weiter: „Ich bekenne mich dazu, daß ich in erster Linie solche Persönlichkeiten fördere, die neben ihrer fachlichen Eignung sich unserer Gesinnung, unserer Organisation verbunden fühlen.“

Was bedeutet denn das? Das ist durch eine Gegenfrage sehr rasch beantwortet: Was ist denn mit den Leuten, die sich dem Herrn Harramach und seiner Organisation nicht verbunden fühlen? Die Antwort auf diese Frage kann ich mir ersparen. Er schreibt weiter:

„Wir geben, das sei offen bekannt, Gesinnungsfreunden den Vorzug vor ‚Nur-Managern‘ und Geschäftemachern.“

Besonders das Wort „Geschäftemacher“ scheint mir in diesem Zusammenhang bedeutsam. Wer also meint, auch die Betriebe, die in der ÖIG zusammengefaßt sind, müßten nach geschäftlichen Grundsätzen geführt werden, sie müßten Geschäfte machen und gewinnbringend geführt werden — das sind mit dem negativen Beigeschmack die Geschäftemacher, die der Herr Harramach offensichtlich nicht akzeptiert.

Und auch im Schlußabsatz bekennt er sich noch einmal dazu:

„Daß viele Direktoren heute gern zu uns ins Bundeshaus kommen und am bescheidenen Mittagstisch teilnehmen, befriedigt mich außerordentlich. Ich will nicht nur mitsprechen bei Ernennungen“ — er, der Herr Harramach, will mitsprechen bei Ernennungen; der Cäsarenwahn ist wieder im Kommen! —, „ich will einen dauernden Kontakt mit den bestellten Vorständen halten. Es ist mir gelungen, so manchen prominenten Herrn davon abzuhalten, in Nobelrestaurants zu speisen, und ihn in die Laudongasse“ — ins Generalquartier des ÖAAB, wo offensichtlich die Parteiabkommen exekutiert werden — „zu bringen.“

Meine Damen und Herren! Nach unserer freiheitlichen Auffassung ein schwarzer Tag für die Republik, ein schwarzer Tag auch für die Landwirtschaft. Sie ist einmal mehr in die Zwangsjacke des Proporzschachers geraten, und das wird ihr nicht gut bekommen, zumal

10066

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Dr. Scrinzi

gerade mit diesen durch ein Proporzabkommen ausgehandelten Agrarmarktgesetzen neuerlich dokumentiert wird, daß die ÖVP, die nunmehr 23 Jahre das Landwirtschaftsressort in diesem Lande führt, nicht in der Lage war, aus der Phase kriegswirtschaftlich bedingten Wirtschaftsdirigismus in der Landwirtschaft herauszukommen und den Übergang zu einer echten marktwirtschaftlichen Orientierung der Landwirtschaft einzuleiten und zu finden.

Wenn diesen Marktordnungsgesetzen auch von freiheitlicher Seite zugestimmt wurde, so deswegen, weil wir uns einfach der Tatsache fügen und beugen mußten, daß die ÖVP bisher unfähig war, ein wirklich modernes, ein wirklich fortschrittliches, ein auf das Jahr 2000 gerichtetes Konzept einer Landwirtschaftspolitik zu entwickeln, und daß es selbstverständlich bedenklich hätte, ein Chaos heraufzubeschwören, ein Chaos sowohl für die Landwirtschaft wie auch für den Konsumenten, wenn wir die Marktordnungsgesetze nicht verlängert hätten. Aber mit diesem wesentlichen Vorbehalt ist unsere Zustimmung erfolgt: daß endlich erwartet werden darf, daß man etwas mehr Phantasie beweist, etwas mehr Initiative und etwas mehr Optimismus, als bloß diese Kinder der Kriegswirtschaft ständig weiter aufzupäppeln und zu nähren.

Es muß ganz offen gesagt werden: Diese Marktwirtschaftsgesetze stehen einer wirklichen Strukturpolitik in der Landwirtschaft entgegen, und sie stehen damit auch einer durchaus auch von Konsumenten zu vertretenden Forderung der Bauernschaft entgegen: daß nämlich auf der einen Seite die zunehmende Disparität der Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft beseitigt werde, daß man sich wenigstens bemüht, sie schrittweise abzubauen, und daß auch die nach wie vor anhaltende soziale Diskriminierung weiter Teile der Bauernschaft beendet werde.

Aber eine solche moderne, zukunftsgerichtete, europaorientierte Marktwirtschaft würde bedeuten, daß man sich zur Wahrheit durchringt. Und diese Wahrheit hat durchaus harte Seiten für die Landwirtschaft. Aber je länger wir den Bauern über die wirkliche Lage der österreichischen Landwirtschaft nicht offen informieren, umso schwieriger wird es werden, die Probleme der Landwirtschaft zu lösen, und umso größer werden die Härten und die Lasten werden, die die Gesamtheit, aber auch der Bauer auf sich nehmen muß, wenn wir zu der unaufschiebbaren Lösung kommen beziehungsweise durch die Entwicklung gezwungen sein werden.

Ein Beispiel, wie konzeptlos, wie planlos, wie phantasielos gewirtschaftet und improvisiert

wird, ist insbesondere die Milchwirtschaft. Zu dieser Milchwirtschaft möchte ich als Abgeordneter eines Landes reden, in dem diese Sparte der bäuerlichen Wirtschaft eine wesentliche, ja fast ausschließliche Einkommensgrundlage der bäuerlichen Bevölkerung ist. Die Agrarstruktur Kärntens ist ja noch ungünstiger als die im Schnitt ohnedies nicht sehr günstige gesamtösterreichische. Wir haben aus dem Mund des Herrn Landwirtschaftsministers gehört, daß in den Ländern des CEA über 60 Prozent der Betriebe unter 10 ha groß sind; für Kärnten liegt dieser Prozentsatz, wenn ich recht im Bild bin, ungefähr bei 80 Prozent.

Nun erinnern wir uns noch sehr gut, daß als Rezept zur Verbesserung der Einkommensverhältnisse die Milchproduktionssteigerung empfohlen und propagiert wurde und eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen wurden, um eine Steigerung der Produktion zu begünstigen und zu fördern, unter anderem wesentliche und kapitalmäßig ins Gewicht fallende Investitionen insbesondere im Molkereiwesen. Das Resultat war — das ist zweifellos eine positive Leistung der Bauernschaft — eine von Jahr zu Jahr ansteigende Anlieferung von Milch und im weiteren dann plötzlich die Bankrotterklärung des Ministeriums, weil natürlich die erforderlichen Stützungsgelder eine Höhe annahmen, die nicht mehr zu vertreten war. Darauf kam im November 1967 die Empfehlung des Umschaltens auf die Mast der 150 kg-Kälber, eine Empfehlung, die völlig marktfremd erfolgt ist; denn es hat sich sehr rasch herausgestellt, daß dieses Fleisch nicht beziehungsweise nur zu einem Preis absetzbar ist, daß im Endergebnis der Bauer der Draufzähler war. Während das normale Kalbfleisch mit Preisen von 22 bis 24 S bezahlt wurde, wurden für diese Großkälber nur 15 bis 16 S geboten, sodaß die Schlußrechnung für den Bauern wiederum ein Minus ergab — und das, obwohl wir zur Stützung dieser Maßnahme aus Stützungsmitteln 800 S je Kalb bezahlt haben.

Ohne Rücksicht darauf, daß sich Anlieferung und Absatz in bedrohlicher Weise auseinanderentwickelt haben, wurde in den Molkereien investiert, vergrößert und ausgebaut. Ein treffliches Beispiel dafür ist etwa die Unterkärntner Molkerei. Ein ursprüngliches Investitionsvorhaben im Ausmaß von etwa 12 Millionen Schilling wurde auf 120 Millionen Schilling ausgedehnt und trotz des Umstandes durchgeführt, daß die Milchlieferung — wieder als Reaktion auf ministerielle Empfehlungen — erheblich zurückging; denn im gleichen Augenblick wurde ja auch der Maisanbau empfohlen, und die nunmehr mit diesem riesigen Aufwand erbaute Molkerei hatte keine ausreichende Frischmilchzufuhr mehr. Es er-

Dr. Scrinzi

gibt sich das Groteske, daß wir nunmehr, um wenigstens nach außen hin diese Molkerei in etwa auszulasten, Frischmilch für die Unterkärntner Molkerei aus Tirol und Salzburg anliefern müssen. Das erinnert mich an jenes herrliche Stück, das wir uns in Rechberg geleistet haben, wo wir mit dem Transport des nassen Zellstoffes jahrelang jeweils 40 Prozent Wasser über Griffener Berg und Pack nach Andritz geführt haben. Genau dasselbe tun wir hier. Wir führen — ich weiß es nicht genau, aber ich schätze, daß der reine Wassergehalt der Milch bei 94 Prozent liegen dürfte — 94 Prozent Wasser aus Salzburg und Tirol an, um eine überdimensionierte Molkerei auslasten zu können, die hier nach dem Grundsatz entwickelt wurde: Geld steht zur Verfügung, wenn wir es nicht verbrauchen, kriegen es andere.

Nun, wie sieht die Situation dort heute aus? Trotz dieser Zufuhr ist die Trocknungsanlage unausgelastet, trotzdem häufen sich in den Bauernhöfen, die genötigt sind, Trockenmilch, Milchkpulver zurückzunehmen, die Säcke von Trockenmilch, die nur schlecht oder überhaupt nicht verwendet werden kann, und immer wieder ist dort um 9, 10 Uhr vormittags Betriebsschluß, weil der zu verarbeitende Rohstoff nicht in genügender Menge vorhanden ist.

Nun folgt der nächste Streich. Man hat, um die Situation zu verbessern, die große Werbeaktion eingesetzt, eine Werbeaktion, die der Bauer im wesentlichen selbst finanziert hat. Wenn ich den agrarischen Informationen folgen darf, wurden rund 10 Millionen Schilling für diese Werbung ausgegeben. Gegen die Höhe dieses Betrages ist nichts einzuwenden. Werbung ist teuer, richtige Werbung macht sich bezahlt.

Aber wie hat man nun geworben? Herr Minister! Da empfehle ich Ihnen für Ihren Weihnachtstisch die Preisliste der Niederösterreichischen Molkereien, übergetitelt „Die Niederösterreichische Molkerei überreicht Ihnen, sehr geehrter Kunde, eine Preisliste von vorzüglichen Milch- und Käsesorten“ — nein, ich habe mich verlesen — „von vorzüglichen Weinsorten und anderen alkoholischen Getränken zu günstigen Preisen.“ Dafür geben wir Werbemittel aus! Die Molkerei setzt sich hier für eine Aktion verbilligten Bierbezuges ein, 2,90 S die Flasche; Herr Minister, da können Sie Ihr Weihnachtsbier beziehen. (*Heiterkeit.*) Wenn man schon so etwas macht, hat man es aber völlig unterlassen, wenigstens zu schreiben: Zu dem bei der Niederösterreichischen Molkerei bezogenen Wein empfehlen wir Ihnen ein gutes Käse- oder Butterbrot. Dann hätte man wenigstens etwas getan. — Also, da versagt auch der

Verstand eines Nichtagrariers. Wenn ein Erzeuger von Kinderwagen in seine Werbung die Antibabypille hineinnehmen würde, wäre das für mich ungefähr das gleiche. (*Allgemeine Heiterkeit.*)

Die Werbeaktion ist zeitlich fast mit einer Erhöhung des Automatenmilchpreises zusammengefallen. Wir haben davor gewarnt. Ein Produkt, das an sich schon schlecht absetzbar ist und für dessen Absatz ich jetzt große Werbeaktionen unternehme, kann ich nicht im gleichen Augenblick verteuern. Das hat man aber getan. Während man also die Flasche Bier um 2,90 S empfiehlt, verkauft man im Automaten den Viertelliter Milch um 2 S, also den Liter um 8 S. Das bedeutet aber nicht nur, daß der reine Milchtrinker, der sagt: Ich möchte mir jetzt rasch ein Glas warme oder kalte Milch oder sonst irgendein Milchprodukt genehmigen, auf andere Getränke ausweichen wird, sondern das bedeutet auch für den Milchverbrauch im Haushalt eine Drosselung. Denn in den Haushalten leiden wir selbstverständlich darunter, daß der Milchbezug nach wie vor durch entsprechende Ladenschlußzeiten erschwert ist, daß wir am Sonntag keine Frischmilch bekommen können, es gibt keine Hauszustellung, es gibt keinen Verkauf ab Hof und ähnliches.

Das ist jetzt nicht nur böswillige Kritik an dieser Art zu werben. Daß die Werbeaktion auf diesen Gebieten — und das sind echte Hoffungsgebiete für den Milchabsatz gewesen — negativ war, beweist mir ein Schreiben des Verbandes der Molkereigenossenschaft in Steiermark und Kärnten vom 4. Dezember 1968, wo in der Einleitung eine Reihe von Maßnahmen gelobt wird, die im Zuge der Milchwerbung ergriffen wurden, zum Beispiel die Freigabe des Milchverkaufes im Kleinhandel und ähnliches. Aber auch diese Freigabe wird nur von bedingtem Wert sein, solange die Handelsspanne für den kleinen Milchverkäufer so unbefriedigend ist, daß er sich mit der Mehrarbeit einfach nicht belasten wird.

In diesem Schreiben heißt es dann weiter: „Bedauerlicherweise hat der Verkauf von abgepackter Automatenmilch durch die letzte Preisfestsetzung der Paritätischen Kommission Absatzrückgänge gebracht.“ Ich nehme an, daß in der Paritätischen Kommission nicht die Konsumenten die Milchpreiserhöhung beantragt haben, sondern offensichtlich die Vertreter der Produzenten. Es heißt dann weiter in diesem Schreiben: „Hiebei darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Aufstellung von Milchautomaten reinen Dienst am Kunden darstellt, da diese Verkaufsform zufolge der

10068

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Dr. Scrinzi

unterschiedlichen Auslastung der Automaten in keiner Weise kostendeckend ist.“ Ich glaube, daran ist nicht so sehr die unbefriedigende Auslastung und die eventuell günstige oder weniger günstige Aufstellung schuld, sondern die enormen Preise, die dort verlangt werden und die es uninteressant machen, am Sonntag zum Automaten zu laufen und sich die Frischmilch für den Sonntagskaffee zu holen. — Das beweist doch eindeutig, daß man auf diese Weise das Problem der sogenannten Milchschwemme nicht lösen kann.

Im Vorjahr kam der große Schlager: Wir müssen im Molkereiwesen rationalisieren. Jawohl, wer würde sich einem solchen Vorschlag verschließen! Aber wie wurde nun rationalisiert? Auch hier kann ich nur aus meinem unmittelbaren Bereich einiges sagen. Ich nehme aber an, daß diese Form der Rationalisierung andernorts auch nicht besser durchgeführt wurde.

Kärnten ist an sich schon ein Land mit einer relativ einfachen Struktur der Molkereien, es gibt dort nur sechs. Man hat sich darauf geeinigt, die Molkereien Spittal und Villach zusammenzulegen, um dadurch einen besseren Nutzeffekt zu erzielen. Man hat bestimmt, daß die Frischmilchverarbeitung in Villach und die Magermilchverarbeitung, die Trockenmilcherzeugung in Spittal erfolgen soll. Das geschah ohne Rücksicht darauf, daß sich zur gleichen Zeit herausgestellt hat — noch als Nachwirkung der großen Parole Produktionssteigerung —, daß die Milchanlieferung in Spittal ständig zunahm und — während man umdisponiert hat — von 40.000 auf 100.000 l angestiegen ist. Nun muß man wiederum auf dem um rund 35 km verlängerten Weg die Frischmilch nach Spittal anliefern und in der zweiten Phase die Produkte der Frischmilchverarbeitung zurück nach Spittal bringen. Spittal ist der größte Bezirk Kärntens überhaupt und einer der ganz großen Bezirke in Österreich. Ausgerechnet in diesem fast ausschließlich bäuerlichen und fast ausschließlich auf Milchproduktion ausgerichteten Bezirk hat man die Frischmilchverarbeitung um 35 km weiter südlich verlegt und damit die außerordentlich langen Anfuhrwege aus dem Liesertal, dem Katschtal und dem Oberen Mölltal um weitere 35 km verlängert und natürlich ebenso um die gleiche Anzahl von Kilometern den Rücktransport nach Spittal.

Für Klagenfurt gilt das gleichfalls. Dort hätte man, wenn man eine moderne Molkereiführung hätte und wenn man vorausschauend geplant hätte, feststellen müssen, daß, während dort mit großen Mitteln vergrößert

wurde, die größten und nächsten Milchlieferanten die Milchproduktion zur Gänze eingestellt haben. Mir selber sind zum Beispiel aus der Umgebung Klagenfurt-Land vier Großlieferanten bekannt, die in diesem kritischen Jahr — es sind alles Lieferanten von mehr als 300 l Tagesmenge — ihre Anlieferung völlig eingestellt und die Milchproduktion völlig aufgegeben haben.

Wenn man hier von Fehlplanung, von Fehlinvestition und letzten Endes nicht nur von Verschleuderung der Mittel der Bauern — es handelt sich hier um Zwangsgenossenschaften —, sondern auch von der Verschleuderung öffentlicher Mittel redet, so ist das durchaus begründet und gerechtfertigt.

Es ist das für uns Freiheitliche neuerlich ein Anlaß zu fordern, daß die Molkereigenossenschaften der Kontrolle des Rechnungshofes zu unterwerfen seien. Man kann von uns nicht verlangen einzusehen, daß hier Beträge im Ausmaß von Hunderten von Millionen Schilling durch derartige Fehlplanungen verschleudert werden.

Die nächste Maßnahme, um die Milchproduktion zu drosseln, war die Kürzung des Erzeugerpreises. Die Neueinhebung des Krisengroschens bedeutet ja für den Bauern nicht mehr und nicht weniger als eine zehnprozentige Erzeugerpreiskürzung. Sehen wir einmal davon ab, daß mit den damit hereingebrachten Mitteln schlecht gewirtschaftet wurde, so kann ich mir doch nichts anderes erwarten, als daß diese Einkommenskürzung von den Bauern damit kompensiert werden wird, daß sie versuchen, ihre Produktion erst recht zu steigern. Die Qualitätsbezahlung der Milch wird keine ausreichende Bremse sein, diesen Prozeß zu drosseln. Der Bauer hat ja vielfach keine andere Wahl. In den in Frage kommenden Gebieten sind die Wälder weitgehend bis zum Maximum ausgeholt. Sofern dort ein Bauer überhaupt noch Holz zur Verfügung hat, braucht er es ja für notwendige Investitionen im Betrieb. Um seinen Einkommenspegel aufrechtzuerhalten, kann er nach unserer Auffassung wieder nur in die Mehrproduktion ausweichen.

Hier ergibt sich überhaupt eine Frage, die Frage des Normalverbrauchers. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, Herr Minister, wenn Sie sich auch dieser hier im Haus vertretenen Normalverbraucher annehmen würden, zu denen ich mich zähle, und erläutern würden: Wie ist es denn überhaupt möglich — es ist dazu schon viel gesagt worden, das wenigste konnte uns überzeugen —, daß wir in Österreich eine Einfuhr von 8,9 Milliarden zollbegünstigter Nahrungs- und Genußmittel haben und im gleichen Augenblick eine preisgestützte Ausfuhr von 2,9 Milliarden?

Dr. Scrinzi

Ich weiß schon: Über einen der wichtigsten Gründe werden Sie nicht gern reden wollen; da werde ich einiges dazu sagen. Das ist die Tatsache, daß wir seinerzeit, als es möglich gewesen wäre, auf das falsche Pferd gesetzt haben, daß wir eben in den EWG-Zug nicht rechtzeitig eingestiegen sind, nicht zuletzt deshalb, weil damals die Landwirtschaft — aber nicht der einzelne Bauer; der war nicht ausreichend aufgeklärt —, insbesondere die reinen Interessenvertreter des Bauernbundes, nicht den Mut hatten, die österreichische Landwirtschaft mit den harten Konsequenzen, die eine solche EWG-Politik für die österreichische Landwirtschaft gebracht hätte, zu konfrontieren.

Heute wissen wir, daß wir die große Zollhürde unserer landwirtschaftlichen Produkte in den EWG-Raum zu nehmen haben und daß die zollbegünstigten Einfuhren vorwiegend aus Nicht-EWG-Ländern kommen, wo wir auf dem Umweg über die an sich begrüßenswerten Liberalisierungsbemühungen in die Zange genommen werden können und wo man jeden Versuch, dem Diktat gewisser internationaler Kartelle zu entgehen, mit sehr harten handels- und zollpolitischen Maßnahmen beantwortet.

Ich brauche hier im einzelnen keine Beispiele anzuführen. Wir haben uns auch im Hause schon mit solchen Beispielen zu beschäftigen gehabt. Wir sind hier — das verkenne ich nicht — dem Druck bestimmter wirtschaftlicher pressure groups ausgeliefert. Ausgeliefert nicht zuletzt deswegen, weil wir nicht in der Lage waren, eine konsequente, harte und offene Landwirtschaftspolitik zu betreiben, sondern weil insbesondere die ÖVP hier eine Interessenpolitik und nur mit halbem Herzen auch immer eine Konsumentenpolitik geführt hat.

Das Resultat ist betrüblich, nicht nur für den Bauern, letzten Endes für uns alle, weil — was ja auch gerade der Vorredner bestätigt hat — große Opfer, die die Allgemeinheit bringt, große Opfer, die den Bauern zugemutet werden, nicht geeignet sind, die Landwirtschaft aus ihrer Strukturmisere herauszuführen. Die zunehmende Einkommensdisparität ist aufrecht. Bergbauernhöfe, Bergbauerndörfer, aber auch bäuerliche Betriebe im Waldviertel, in der Oststeiermark werden zunehmend Fürsorgeheime, Altersheime, Kinderheime und Kinderdörfer.

Gerade die Verantwortung der eigenen Familie, dem Namen, dem Haus gegenüber, was ja Gott sei Dank im Bauernstand noch sehr stark verbreitet ist, führt dazu, daß der Bauer ein Paria der Sozialpolitik geblieben ist, daß er heute freiwillig-unfrei-

willig eine Menge von Soziallasten auf sich nimmt, die wir keinem anderen Bürger dieses Landes mehr zumuten.

Da ist einmal die ganze große Gruppe der alten Menschen, die nach keiner Seite hin mehr ausweichen kann, die einfach vom Hof-erben mitübernommen werden muß, die zum großen Teil noch in einer Zeit gearbeitet und geschuftet haben, in der sie keinen Anspruch auf irgendwelche soziale Sicherstellungen hatten und deshalb heute solche Ansprüche auch nicht geltend machen können. Da ist die zunehmende Zahl jener Menschen, die körperlich oder auch psychisch versehrt, nicht in der Lage ist, außerhalb des Hofes, außerhalb des Familienbetriebes sich ein wirkliches Einkommen zu schaffen, die gleichfalls ohne soziale Gegenleistung der öffentlichen Hand vielfach vom Bauern mitgehalten werden muß. Da ist die Bäuerin, dieses wirkliche Opfer der derzeitigen Situation in der Landwirtschaft. Da sind nicht zuletzt die Bauernkinder, die mit acht, neun oder zehn Jahren schon auf dem Traktor sitzen, die einen harten Beruf erlernen müssen, ohne daß sie auch nur annähernd vergleichbar das haben, was heute als Lehrlingsentschädigung in der übrigen gewerblichen und industriellen Wirtschaft längst eine Selbstverständlichkeit ist.

Die Resultate sind entsprechend. Ich glaube, daß, wenn die Gesundheitsstatistik zutrifft, die Bäuerin zu jener Menschengruppe zählt, die im Schnitt die schlechteste gesundheitliche Verfassung aufweist. Die Unfälle, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen in der Landwirtschaft, haben ein bedrohliches Ausmaß. Sie werden einfach stillschweigend toleriert. Es gibt keinen Kläger, den es sehr zu Recht selbstverständlich überall in den sonstigen Wirtschaftszweigen gibt.

Wir dürfen uns dabei auch nicht damit beruhigen, daß wir voll Stolz auf die absolute Abnahme der Unfallsziffern in der Landwirtschaft hinweisen. Wenn wir nämlich diese Abnahme der Unfallsziffern korrelieren mit dem ständigen Zurückgehen der Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft überhaupt, so ist die Unfallhäufigkeit noch immer beschämend und gefährlich groß.

Auf die Musterungsergebnisse der Präsenzdiener aus bäuerlichen Gegenden wurde ja auch hier im Haus schon hingewiesen. Ich erinnere mich an eine Zahl, die etwa 20 Prozent Untaugliche ausgewiesen hat. Das ist gleichfalls weitgehend das Resultat früher gefährlicher Arbeit, Überlastung, unzureichenden Unfallschutzes und mangelnder Möglichkeiten der Erholung, auch mangelnder Möglichkeiten der Teilnahme an einem aus-

10070

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Dr. Scrinzi

gleichenden Breitensport. Ganz abgesehen davon — wenn wir in das Kapitel Unterricht zurückblenden —, daß auch die Ausstattung der ländlichen Schulen mit den entsprechenden Sporteinrichtungen immer noch ganz erheblich zu wünschen übrig läßt.

Ich will nicht das Wort vom sozialen Zölibat hier in die Debatte werfen, der vielleicht nicht mehr jene Rolle in der Landwirtschaft spielt, die er noch vor 30 oder 40 Jahren gespielt hat, aber ich möchte doch auf den Umstand hinweisen, daß die freie Berufswahl des Landkindes — in der Stadt heute eine Selbstverständlichkeit — weitgehend nicht gegeben ist.

Eine weitere Folge einer Landwirtschaftspolitik, die von heute auf morgen, bestenfalls übermorgen improvisiert hat, die sich bemüht hat, die größten Ungereimtheiten durch fragwürdige — nämlich, gesamtwirtschaftlich gesehen, fragwürdige — Maßnahmen auszugleichen, ist der nach wie vor gegebene Zwang zur subventionierten Fehlinvestition in der Landwirtschaft. Dafür wäre eine ganze Reihe von Beispielen anzuführen.

Ich habe einen sehr eindrucksvollen Brief eines Bergbauern, der eindringlich schildert, wie heute besonders die Bergbauern die Wahl haben, Subventionen für Investitionen zu beanspruchen, die, vom Betrieb gesehen, aber auch gesamtwirtschaftlich gesehen, unproduktiv, in manchen Fällen müßte man fast sagen, sinnlos sind, oder auf Subventionen zu verzichten; daß eine ganze Reihe von Investitionsmöglichkeiten verschlossen ist und zum Teil eben solche, die wirtschaftlich nicht vertretbar sind, einem gewissen Zwang unterliegen. Ich bin sehr gern bereit, diesen Brief auch hier dem Hause in Einzelheiten zur Kenntnis zu bringen.

Eine besondere Absurdität und eine besondere Eigenart, wie solche an sich strukturverbessernde Maßnahmen durchgeführt werden, hat mir ein anderer Bauer geschildert. Flurbereinigung, selbstverständlich — eine Grundvoraussetzung moderner Agrarpolitik. Aber diese Flurbereinigung ist zum Teil in den Griff der Kammerbürokratie geraten und wird um jeden Preis durchgeführt, und zwar auch um einen Preis, der gesetzlich und verfassungsmäßig bedenklich erscheint. Da wird ein Bauer genötigt, im Rahmen einer solchen Flurbereinigung ein Grundstück zu erwerben, von dem er überzeugend dartun kann, daß es in gar keiner Weise geeignet ist, seine Gesamtproduktion zu erhöhen oder seine Produktivität zu verbessern. Im Gegenteil, bei der Flurbereinigung verliert er eine seit Generationen ihm gehörige Tränkstelle mit dem zugehörigen Viehauflauf und muß sich dieses wirtschaftlich

vollkommen wertlose Grundstück um 20.000 S zuweisen lassen. Er wehrt sich dagegen.

Und wie reagiert die Behörde? Derselbe Bauer ist zum dritten Mal hochwassergeschädigt. Die Behörde zieht den Preis für dieses Grundstück — das ihm im Rahmen der Flurbereinigung zugewiesen wurde und gegen dessen Zuweisung er übrigens noch ein Berufungsverfahren laufen hat — von den 40.000 S, die er für Hochwasserschäden zu bekommen hat, nämlich 20.000 S, ab. Sie zahlt ihm diesen Betrag nicht aus. Das ist, glaube ich, keine Form, wie man Landwirtschaftspolitik machen kann.

Welche Vorstellungen haben wir, weil immer die Rede von den Alternativen zur Regierungspolitik ist. Es kann nicht meine Aufgabe sein — dazu bin ich am allerwenigsten berufen —, ein Landwirtschaftskonzept zu entwickeln, aber ein paar Dinge scheinen auch aus dem bescheidenen Horizont eines Konsumenten gesagt werden zu können. Es muß doch mit mehr Nachdruck als bisher, und zwar insbesondere auf dem Umweg über eine darauf gerichtete Investitions- beziehungsweise Subventionspolitik, auf marktkonforme Besitzgrößen in Österreich hingearbeitet werden. Sicher ein harter Prozeß. Aber es ist besser, wir machen eine auf lange Sicht angelegte konsequente Politik, als wir lassen uns eines Tages durch die Entwicklung überrumpeln.

Die zweite Forderung ist die nach der Bildung von Produktionsschwerpunkten. Hier ist meines Erachtens in den letzten Jahren — ein paar Beispiele habe ich angeführt — durch ständig wechselnde Improvisationen sehr viel versäumt worden. Ich klammere absichtlich — vielleicht wird in einem anderen Rahmen noch darüber geredet werden — Überlegungen aus, die kriegswirtschaftliche Gesichtspunkte oder Gesichtspunkte des Zivilschutzes im Auge haben müssen. Ich klammere auch die Frage aus — obwohl es eine außerordentlich wichtige Frage ist, besonders wenn wir auf das Jahr 2000 hinwirken —, welche Bedeutung der sinnvoll genützte und bewirtschaftete bäuerliche Lebensraum als Erholungs- und Kulturraum hat. Ich rede also nur vom rein Wirtschaftspolitischen, vom gesamtwirtschaftlichen her und vom Standpunkt einer fortschrittlichen Agrarpolitik.

Diese Produktionsschwerpunktbildung muß nicht zuletzt — was ja auch von verschiedenen anderen Rednern schon angedeutet wurde — im Hinblick auf die Konsumgewohnheiten der Wohlstandsgesellschaft zunehmend in das hochwertige Nahrungsmittel ausweichen und auf den Gebieten der Milch-, Zucht-, Mast- und Futtermittelproduktion erfolgen.

Dr. Scrinzi

Das aber — und das ist nun das dritte — würde eine gelenkte Investitionsverlagerung auf die Stallwirtschaft erfordern. Aus internationalen Statistiken ist eindeutig zu entnehmen, daß sich unsere Feldwirtschaft hinsichtlich ihrer Maschinenausstattung eher schon an der oberen Grenze des europäischen Durchschnittes bewegt, wobei bei den früher genannten Besitzgrößen ja ohnedies in Kauf genommen werden muß, daß die Nutzungskapazität dieser Großmaschinen relativ gering ist und daß sie auch durch sogenannte Maschinenhöfe oder die Einstellung solcher Geräte auf genossenschaftlicher Basis nur gering verbessert werden kann. Das liegt — das brauche ich ja hoffentlich als Städter nicht zu erläutern — an den Produktionsbedingungen der Landwirtschaft. Das bedeutet aber mit anderen Worten, daß selbstverständlich von vornherein durch diesen außerordentlich geringen Nutzungseffekt der Kapazitäten dieser Maschinen auch der Investitionseffekt relativ gering ist, daß er zwar arbeitersparend, aber nicht einkommensverbessernd wirkt. Soviel also zur Schwerpunktbildung der Investitionen in einer modernen Stallwirtschaft.

Aber etwas, was ich für unendlich wichtig halte und was ich immer wieder auch bei bäuerlichen Veranstaltungen und in Gesprächen mit Bauern feststellen muß: Wir brauchen vor allem die geistige Aufrüstung der Bauernschaft. Ich rede jetzt nicht von dem Erfordernis der Verbesserung des landwirtschaftlichen Berufsschulwesens, das hat mein Parteifreund Peter schon ausführlich getan, und eine ganze Reihe von Rednern hat sich dieses Themas mit Recht angenommen. Aber ich stelle immer wieder fest, daß eine so wenig erfolgreiche Landwirtschaftspolitik der ÖVP-Regierung und der ÖVP-Landwirtschaftsminister mit der ständig nach unten sich bewegenden Einkommensentwicklung der Landwirtschaft zu einem großen Pessimismus, zur Resignation geführt hat. Dieser Pessimismus wird noch gestützt durch Hinweise oder durch Schlagworte. Wenn man genau zusieht, sind es letzten Endes nur Schlagworte vom Butterberg, von der Milchschwemme, von der Überproduktion. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Pessimismus, Resignation und Verzweiflung hat die Landwirtschaft erfaßt, die zum Teil eben auch in diesen Unruhen des heurigen Jahres ihren Ausdruck gefunden haben. Es liegt ihnen im Grunde dasselbe Motiv zugrunde wie den von mir schon früher vergleichsweise genannten Unruhen an unseren Hohen Schulen. Diesem Pessimismus, dieser Resignation, diesem verständlichen Sich-Beschränken der Landwirtschaft, Tarif- und Preiskämpfe zu führen, muß entgegengearbeitet werden. Auch

wieder nicht mit Schlagworten, sondern mit sehr nüchternen Ziffern.

Ich begreife, daß ich natürlich den österreichischen Bauern, dessen Einkommen ständig hinter dem der vergleichbaren anderen Berufe zurückbleibt, nicht damit trösten kann, daß ich sage: Die Bevölkerungsexplosion wird das Problem der sogenannten Überproduktion schon von selbst lösen, habe nur Geduld! Das kann man von ihm billigerweise nicht verlangen. Hier kann nicht mit Schlagworten gearbeitet werden. Man muß aber dem Landwirt klarmachen: Wenn wir die gesamtwirtschaftliche Entwicklung betrachten, wenn wir eine Prognose über die Entwicklung des österreichischen Sozialproduktes anstellen und diese Prognose mit jener Entwicklung vergleichen, die in der Landwirtschaft kommen wird und kommen muß, ob wir sie wollen oder nicht, wird die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Menschen im gleichen Zeitraum abnehmen; dann wird es möglich sein, durch eine Reihe von heute schon möglichen Maßnahmen, vor allem aber durch eine Reihe technischer Entwicklungen — ich werde dann einige aufzählen —, die wir in der Landwirtschaftstechnik zu erwarten haben, seine Einkommensdisparität nicht nur aufzuholen, sondern es ist heute schon vorauszusagen, daß die Einkommenssteigerung der landwirtschaftlichen Bevölkerung vergleichsweise größer sein wird als die aller anderen Berufsgruppen in Österreich. So werden wir in unserer Bauernschaft wieder jenen Optimismus, jene Zuversicht, jenen Zukunftsglauben hervorrufen können, den der Bauer auch braucht, nicht nur um die derzeit unbefriedigende Einkommenssituation zu bewältigen, sondern um auch von innen heraus aus Überzeugung jene Phase der modernen landwirtschaftlichen Strukturpolitik zu überstehen, mit der er wenn nicht heute, so spätestens morgen konfrontiert sein wird und der er sich stellen muß und die er bewältigen muß, wenn er nicht untergehen will.

Gerade die Bauern haben uns so oft bewiesen, daß sie die Kraft zum Überleben haben, daß sie im ursprünglichen Sinne des Wortes krisenfest sind, weil ja die Krise sozusagen gerade dem Bauern als Stand schon von Natur aus zugeordnet ist. Wie er mit den Krisen, die in Form von Unwetter, Hagel, Regen, Trockenheit und Überschwemmung ihn immer wieder beschäftigen, fertig geworden ist, so wird er auch mit den Problemen einer modernen Strukturpolitik fertig werden.

Es sind ungeheure Perspektiven, die sich auftun. Es sind große Möglichkeiten für den fortschrittlichen, für den vorausdenkenden,

10072

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Dr. Scrinzi

für den gelernten Bauern. Er kann dieser Zukunft deshalb mit Ruhe, mit Optimismus entgegensehen.

Auf dem Gebiete der synthetischen Futtermittelerzeugung haben wir große Entwicklungen zu erwarten. Es ist eine Entwicklung, die wir alle begrüßen müssen. Es kann uns nicht darauf ankommen, auf das synthetische Nahrungsmittel hinzuarbeiten, auf die Pille, die man im Leibtaschl mitführt und mit der man sich für 14 Tage verpflegen kann. Das wird aus den verschiedensten Gründen gar nicht möglich sein, und das ist auch gar nicht der Weg, etwa die sogenannte Bevölkerungsexplosion zu bewältigen. Sie existiert nämlich auch in der so sensationell hingestellten Form gar nicht.

Da möchte ich auf ein Beispiel, das der Publizist Horst Knapp in den „Finanznachrichten“ irgendwo bringt, hinweisen, das da lautet: 1,04 zur 18. Potenz ist eine recht bescheidene Vermehrung. Das entspricht nämlich der Formel der Zinseszinsentwicklung und bedeutet, daß sich ein zu 4 Prozent verzinstes Kapital in 18 Jahren verdoppelt. Das empfindet niemand, der irgendwo 1000 S Spareinlage hat, als explosiv. In dieser Exponentialkurve bewegt sich an sich die Bevölkerungs-„explosion“: Explosion unter Anführungszeichen.

Davon abgesehen, ist die Welt beim heutigen Stand der Entwicklung und bei einer vergleichswiseigen Produktivität, wie wir sie in modernen mittel- und nordwesteuropäischen Landschaften haben, nur zu einem Fünftel ausgenützt. Mit anderen Worten: Schon auf der Grundlage dessen, was heute eine moderne Landwirtschaft zu produzieren vermag, könnten wir rund die fünffache Erdbevölkerung ernähren.

Die unerhörten Möglichkeiten, die sich aus der Ausschöpfung der Ernährungskapazität des Meeres ergeben, die sich ergeben, wenn wir die Atomenergie sinnvoll einsetzen, um etwa die weiten Wüstengebiete mit entsalztem Meerwasser zu bewässern, und so weiter, die will ich gar nicht aufzählen.

Die Möglichkeiten auf dem Gebiete der Kunstdüngerentwicklung sind noch lange nicht ausgeschöpft, und wir haben von hierher in den nächsten zehn, zwanzig Jahren epochale Neuerungen zu erwarten.

Mit dem Problem der Klimaregelung beschäftigt sich die Wissenschaft in der ganzen Welt, und diese Klimaregelung wird uns in die Lage versetzen, die Produktivität einerseits entscheidend zu verbessern und andererseits Produktionsausfälle durch ein bisher nicht steuerbares Klima wesentlich herabzumindern und zu vermeiden.

Dazu kann man nun als nicht wirtschaftlich denkender Mensch, als ein Mensch, der auf der Welt lebt, um die Welt auch schön und angenehm zu finden, verschiedener Meinung sein. Diese Entwicklung kommt aber auf uns zu, und sie wird eines Tages eine Realität für den Landwirt sein, der er sich stellen muß.

Groß sind die Möglichkeiten, welche die Genetik auf dem Gebiete der Pflanzen- und Tierzüchtung eröffnet. Auch hier sind in den nächsten 10, 20 und 30 Jahren wesentliche Fortschritte zu erwarten, die wiederum dazu beitragen werden, die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit entscheidend zu beeinflussen und damit auch die Produktions-, besser gesagt die Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt auch die Einkommensverhältnisse des Landwirtes.

Die Automation der Arbeit ist gleichfalls ein Gebiet, das in Österreich in der industriellen Wirtschaft in bescheidenen Anfängen entsteht, aber in der bäuerlichen Wirtschaft — in der eigentlichen Landwirtschaft — kaum angezielt ist.

Dann noch eines — das gehört als Überschrift zu diesem Kapitel der geistigen Ausrüstung —: Wir wissen für den Bereich der industriellen und gewerblichen Wirtschaft schon sehr lange, daß die Kapital-, die Maschineninvestition — modernste Computer eingerechnet — hinsichtlich ihres Einflusses für die Produktivität dieser Wirtschaftszweige einen abnehmenden Faktor darstellt. Ihre Bedeutung nimmt also in der Gesamtrechnung ab. Die Bedeutung der Organisation, des Managements, all dessen also, was die eigentliche geistige Investition darstellt, des Marketings und all dieser Dinge, nimmt ständig zu. Auch hier werden sich für die Landwirtschaft große Möglichkeiten ergeben.

Das ungeheure Gefälle, das etwa zwischen den Landwirtschaften der unterentwickelten und der entwickelten Länder, also etwa auch Österreichs, besteht, liegt nicht zuletzt darin, daß diese letztgenannten geistigen Investitionen in unserer Landwirtschaft ungleich größer sind. Denn moderne Mähdrescher, moderne Berieselungs- und Bewässerungsanlagen, Schädlingsbekämpfung und so weiter gibt es teilweise auch in jenen Landwirtschaften unterentwickelter Länder, welche ein Zwanzigstel bis ein Dreißigstel der Kapazität und der Produktivität aufweisen, obwohl sie klimatisch gegenüber unseren Landwirtschaften begünstigt sind.

Ich glaube also, daß es mit einer Aufgabe, eine vordringliche und eine bisher im Interessenstreit leider zuwenig beachtete Aufgabe war, durch eine zukunftsgerichtete, konse-

Dr. Scrinzi

quente, aufrichtige, auch harte Wahrheiten nicht verschweigende Landwirtschaftspolitik, durch Phantasie und durch Optimismus jener Resignation entgegenzuarbeiten, die weite Gebiete, weite Bereiche der Landwirtschaft und des Bauernstandes erfaßt hat, weil die bisherigen Ergebnisse der ÖVP-Landwirtschaftspolitik leider sehr unbefriedigend waren.

Um zu demonstrieren, daß wir diese Politik für schlecht erachten, haben wir auch, sosehr wir einzelne Maßnahmen, die natürlich nur auf dem Umweg über das vorliegende Landwirtschaftsbudget möglich sind, gutheißen, im gesamten dieses Kapitel als Freiheitliche Partei abgelehnt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dr. Schleinzner. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. **Schleinzner**: Hohes Haus! Ich möchte mir erlauben, zu einigen Problemen, die in der bisherigen Agrardebatte zutage getreten sind, Stellung zu nehmen. Ich möchte mich zunächst etwas mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi befassen, und zwar deshalb, weil mir scheint, daß seine Darstellung nur eine Seite dieses oder jenes Problems beleuchtete.

Ich beginne mit der im September in Kärnten stattgefundenen Veranstaltung, von der hier die Rede war. Es wurde aber nicht hinzugefügt, daß zur gleichen Zeit eine mit einem wesentlich größeren Personenkreis, bei der alle Fraktionen der Landwirtschaftskammer vertreten waren, anberaumte Aussprache und Diskussion stattfand, die fünf Stunden lang in sachlicher Atmosphäre abgewickelt wurde. Es wurde auch nicht erwähnt, daß die Vertreter der Fraktion, die vor Beginn dieser Veranstaltung hier eine Aussprache forderten, nicht willens waren, an dieser mit allen Fraktionen beschickten Aussprache teilzunehmen. Soviel zum ersten.

Zum zweiten: Es ist mir aufgefallen, Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi, daß Sie auf der einen Seite die Feststellung getroffen haben, daß offenbar die Volkspartei im Begriffe sei, sich in eine Konsumentenpartei so weit zu wandeln, daß die kalten Rechner in dieser Partei offensichtlich auf die Anliegen der Bauernschaft nicht hinreichend Rücksicht nehmen; Sie erwähnten aber in späteren Ausführungen, daß diese selbe Partei offenbar doch nur mit halbem Herzen Konsumentenpolitik betreibe. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Scrinzi.)*

Ich möchte folgendes sagen: Gewissen strukturellen Wandlungen ist das ganze Leben, sind auch Parteien unterworfen. Solche strukturelle Wandlungen haben sich offensichtlich

auch in Ihrer Fraktion vollzogen, wenn ich mich an die Beiträge zur Agrardebatte früherer Jahre erinnere.

Was die Frage der Strukturpolitik, vor allem in der Molkereiwirtschaft, anlangt, wo Sie auf das Beispiel der Zusammenlegung von zwei Betrieben im Oberkärntner Raum hinwiesen, so muß ich sagen, daß ich solche strukturelle Entwicklungen absolut begrüße, daß diese Zusammenlegung von den beiden Genossenschaften in Einmütigkeit vorgenommen wurde und daß an der damaligen Beschlußfassung der frühere Abgeordnete Ihrer Fraktion Scheuch teilnahm. Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß er dazu ergänzende Auskünfte beizusteuern in der Lage wäre.

Herr Abgeordneter! Sie haben sich mit dem ganzen Problem der Ein- und Ausfuhr agrarischer Produkte befaßt, offensichtlich in der Meinung, daß es keine wirklichen Überschußprobleme gebe, wenn man sich gleichzeitig vergegenwärtige, daß wir einen erheblichen Einfuhrüberschuß aufzuweisen haben. So einfach — leider, muß ich sagen — liegen die Dinge nicht! Es ist richtig, daß wir Nahrungsmittel für etwa 8,2 Milliarden im Jahre 1967 importierten und gleichzeitig Agrarprodukte für 2,9 Milliarden Schilling exportierten und infolgedessen einen Importüberschuß haben, der in der Größenordnung von etwa 5 Milliarden Schilling liegt. Es ist sicherlich die Annahme sehr naheliegend, zu meinen, man möge auf diese Importe verzichten, und das Überschußproblem wäre gelöst.

Allerdings würde eine solche Auffassung übersehen, daß die Produktion an bestimmte natürliche Produktionsvoraussetzungen gebunden ist, wenn ich insbesondere an unsere weit ausgedehnten Grünlandgebiete der Alpen denke und berücksichtige, daß der überwiegende Teil unserer Agrarexporte sich aus lebenden Rindern beziehungsweise aus Molkereiprodukten zusammensetzt. Wenn ich allerdings den Importüberschuß kurz analysiere, dann muß ich doch darauf Rücksicht nehmen, daß in diesen 5 Milliarden Schilling die gesamten Genußmittel wie Kakao, Kaffee, Tabak und so weiter enthalten sind, die wir im Inland nicht produzieren, daß die ganzen Südfrüchte in diesem Importüberschuß drinnen liegen, wie Zitronen, Orangen und Bananen, die wir weder produzieren noch wohl auch unseren Konsumenten vorenthalten können. Ja selbst die Importe von Obst und Gemüse beschränken sich in der Regel auf Primeurs und auf Jahreszeiten, in denen die einheimische Produktion nicht lieferfähig ist.

Wenn ich also den durch die inländische Produktion allenfalls ersetzbaren Importanteil

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

in der großen Linie mir vergegenwärtige, so ist das etwa ein Importüberschuß in der Größenordnung von 2 Milliarden Schilling, wobei der Futtergetreideimport eine dominierende Rolle spielt. Vergegenwärtigen Sie sich aber gleichzeitig, daß wir im vergangenen Jahr ein Produktionsvolumen beziehungsweise einen Produktionswert allein in der Landwirtschaft von über 26 Milliarden Schilling gehabt haben, so sind für Produktionsumlagen gegebene Spielräume in einer Größenordnung zu veranschlagen, die nicht einmal ganz 10 Prozent dieses Produktionswertes ausmachen. Vielleicht sollte man sich diese Zusammenhänge vergegenwärtigen, um auch die Bemühungen der inländischen Produktionsanpassung und gleichzeitig die Probleme, die wir dabei zu bewältigen haben, objektiver zu sehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In der Diskussion, die bisher abgeführt wurde, haben die Fragen der Strukturpolitik eine dominierende Rolle gespielt. Ich möchte mich daher doch mit diesem Problem auch heute ein bißchen auseinanderzusetzen versuchen.

Daß das Strukturproblem ein schwieriges Problem ist, wurde allgemein bestätigt, und daß es nicht ganz leicht ist, durch die Strukturpolitik hindurch wirklich auch eine klare Linie und einen klaren Standpunkt zu finden, beweist mir schließlich die Diskussion heuer und auch jener frühere Jahre.

So erinnere ich mich zum Beispiel, daß der Herr Abgeordnete Dr. Staribacher, den ich jetzt momentan leider vermisste, im vergangenen Jahr gesagt hat: „Wir denken gar nicht daran, daß sich die österreichische Wirtschaft oder die österreichische Landwirtschaft gesundshrumpfen soll.“ Im Gegenteil meinte er: „Wir wünschen, daß sich die österreichische Landwirtschaft gesundwächst.“

Das ist ein durchaus schönes Wortspiel. Ich will das gar nicht bestreiten. Aber ich wage zu bezweifeln, daß es einen unterschiedlichen Sachverhalt meint. Es kommt darauf an, ob man das Problem von der Betriebszahl oder von der Betriebsgröße her beurteilt. Daß diese Feststellung so gemeint wird, wie ich es vermute, geht schließlich aus der Tatsache hervor, daß der Herr Abgeordnete Pansi einmal in einer Zeitschrift des Gewerkschaftsbundes geschrieben hat, daß die Zerschlagung größerer Betriebe zum Zwecke der Grundaufstockung kein geeignetes Mittel zur Verbesserung der Agrarstruktur sei. Von da her wird also deutlich, was man unter „Gesundwachsen“ auch in der Diktion des Abgeordneten Staribacher versteht.

Weniger eindeutig ist dann die Linie, wenn ich den „Arbeitsbauernbündler“ lese und dort verfolge, was der Obmann des Arbeitsbauern-

bundes ausführt, der sagt, daß der kleinbäuerliche Betrieb „in den Dörfern notwendig ist für die Erhaltung der landwirtschaftlichen Produktion überhaupt. Wer würde denn in Krisenzeiten, wenn alle Männer zur Verteidigung der Landesgrenzen aufgerufen werden, die Feldarbeit besorgen, die Saaten und die Ernten durchführen. Trotz der Maschinen werden dann die Frauen und Kinder der Kleinbauern arbeiten, genauso wie heute, und die Nahrungsmittelerzeugung aufrecht erhalten.“

Meine Damen und Herren! Ich will mit diesen Bemerkungen nur zum Ausdruck bringen, daß es offensichtlich außerordentlich schwierig ist, eine einheitliche Sicht und Diktion zum ganzen Struktur- und Betriebsgrößenproblem auch innerhalb der Landwirtschaft zu finden. Ich möchte daher noch einmal sehr deutlich das aussprechen, was ich in bisherigen Erörterungen immer gesagt habe: Daß in Österreich das Kernstück unserer gesamten Agrarstruktur der Familienbetrieb ist, ist außer Zweifel. Daß er es für die Zukunft bleiben soll, ist ebenso klar. Wir sind uns aber durchaus auch darüber im klaren, daß ein solches Bekenntnis zum bäuerlichen Familienbetrieb, der sich immer noch als die elastischste und anpassungsfähigste Betriebsform erwiesen hat, nicht gleichbedeutend ist mit einer Versteinerung der bestehenden Agrarstruktur. Wir wissen heute, daß von den 380.000 Betrieben nur etwa die Hälfte Vollerwerbsbetriebe sind, daß 11 Prozent teilweise und 37 Prozent überwiegend auf einen Nebenerwerb angewiesen sind.

Ich bin persönlich der Meinung, daß gerade diese letzte Gruppe der Betriebe gar nicht diejenigen sind, die uns agrarpolitisch die größte Sorge bereiten, weil bei den Nebenerwerbsbetrieben nicht mehr die Einkommenssituation das entscheidende Element ist, sondern dort vielmehr schon die Frage eine Rolle spielt, wie man die Gesamtarbeitsbelastung der Inhaber solcher Betriebe in zumutbaren Grenzen hält. Ich glaube, daß unsere Politik auch auf diesen Gesichtspunkt ausgerichtet sein muß.

Viel schwieriger ist es mit jenen Vollerwerbsbetrieben, einer Gruppe von Betrieben, die heute über keine ausreichende Produktionsgrundlage verfügen, aber trotzdem ausschließlich von den Einkünften der Land- und Forstwirtschaft leben. Es wird trotz aller Bemühungen der Agrarpolitik und trotz aller Bemühungen auch einer regionalen Wirtschaftspolitik nicht möglich sein, allen diesen Betrieben durch Betriebsaufstockung oder durch Spezialkulturen oder durch spezifische Intensivierungsmaßnahmen zu einem hinreichenden,

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

familiengerechten Einkommen zu verhelfen. Hier wird zunehmend auch die Frage eines außerlandwirtschaftlichen Nebenerwerbes zweifellos eine Rolle spielen, und ich glaube, daß wir gerade das Problem der Nebenerwerbsbetriebe auch unter diesem Gesichtswinkel sehen müssen.

Die Aufrechterhaltung der Siedlungsdichte im ländlichen Raum ist keine romantische Illusion, sondern, ich glaube, die Rücksichtnahme auf eine Erfahrung, die in anderen Industrieländern gemacht worden ist, wenn ich daran denke, daß dort durch Jahrzehnte eine Entvölkerung des ländlichen Raumes stattgefunden hat, gleichzeitig aber in den städtischen und industriellen Ballungszentren die Probleme immer größer geworden sind.

Wenn wir schon von den Kosten reden, die heute zur Sanierung des ländlichen Raumes aufgewendet werden, dann übersehen wir nicht, was eine einzige Ringstraßenunterführung oder was der Donaupark gekostet hat, um gewisse Vergleichsziffern und Dimensionen für die Aufgaben zu gewinnen, die hier zu bewältigen sind. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*) Ich möchte nicht mißverstanden werden; ich bin der allerletzte, der diese Maßnahmen nicht für notwendig hielt. Aber ich glaube, wir sollten uns doch bemühen, das Ganze zu sehen und auch die Investitionen, wie sie gerade im ländlichen Raum durchgeführt werden, als das zu betrachten, was sie im Interesse der Sicherung des gesamten Staatsgebietes bedeuten.

Ich möchte mich hier an eine Äußerung erinnern, die der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky vor dem SPÖ-Jugendrat in der Stadthalle in Wien am 29. September dieses Jahres gemacht hat, wo er sich mit den wirtschaftspolitischen Problemen unserer Zeit auseinandersetzte und wo er, wie es schien, einen doch sehr bemerkenswerten Ausspruch getan hat, wenn er sagte, daß wir der Linie der jüngeren Wirtschafts- und Nationalökonomien folgen sollen, indem wir sagen, daß an die Stelle des Begriffes der maximalen Rentabilität des Einzelunternehmens der Begriff der maximalen Gesamtwirksamkeit der Investitionen für die Gesellschaft gesetzt werden müsse.

Ich habe diesen Ausspruch mit sehr großem Interesse gelesen, weil ich der Meinung bin, daß gerade diese Definition des Rentabilitätsbegriffes die gesamten Investitionen im ländlichen Raum mit Hilfe und mit Mitteln des Grünen Planes in einem völlig anderen Lichte erscheinen läßt, als dies oftmals im Zuge der öffentlichen Diskussion tatsächlich geschieht.

Ich bin der festen Überzeugung, daß gerade heute die Maßnahmen, die wir allgemein strukturpolitisch unternehmen, absolut zu ver-

treten sind, daß man sich vielleicht in einer späteren Zeit dankbar an die Maßnahmen erinnern wird, die wir ergreifen, weil man auch erkennen wird, daß es ja schließlich von einem größeren Interesse sein muß, daß auch auf dem Land Menschen wohnen bleiben und daß bei einem Nebenerwerbsbetrieb die Wohnungskosten keine Rolle spielen, während die Abwanderung von Menschen in städtische Siedlungsgebiete mit einem derartigen Problem allgemeiner Sozialkosten belastet ist, und daß es vielleicht auch billiger sein wird, wenn man mit Omnibussen Pendler zu den Arbeitsstätten hinführt, als daß man die Menschen in die Ballungszentren absiedeln läßt (*Beifall bei der ÖVP*), um dann, wenn diese Ballungszentren derart überdimensioniert werden, daß sie sich selbst ad absurdum führen, zu erleben, daß die Großstädte aus den Siedlungskernen heraus Satellitenstädte schaffen, die Menschen gewissermaßen mit der Wohnung auf das Land zurückkehren. Daher ist es doch wohl sinnvoll, wenn wir einen solchen Umkehrprozeß nicht überdimensioniert ablaufen lassen und mit den Maßnahmen der Strukturpolitik mithelfen, daß die Menschen zunächst überhaupt im ländlichen Raum verbleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird heute so oft davon gesprochen, daß wir eine verfehlte Agrarpolitik betreiben. Das einzige ins Gewicht fallende Argument, das dabei in Erscheinung tritt, ist, daß wir offenbar nichts täten, um den strukturellen Anpassungsprozeß zu bewältigen, ja daß unsere Agrarpolitik dazu führe, daß gewissermaßen die Agrarstruktur in Österreich versteinere. Ich habe es ja immerhin schon als eine Konzession an die sachgerechte Beurteilung der heutigen Lage empfunden, wenn man auf eine Formulierung verzichtet hat, die etwa besagen würde, daß ein besonders krasses Beispiel dieser verfehlten Konservierungspolitik die österreichische Landwirtschaft sei, die, trotz Milliardensubventionen, die ihr Jahr für Jahr zugeteilt worden sind, noch immer keine zeitgemäße Betriebsstruktur aufweist. Man hat also auf diesen Ausspruch verzichtet, offensichtlich in der Erkenntnis, daß er sachlich nicht haltbar ist. Er ist es auch nicht, meine Damen und Herren. Was wollen Sie einem Berufsstand mehr an struktureller Anpassung zumuten, als er in den letzten zehn, fünfzehn Jahren durchgemacht hat? Hier hat doch auch der Berufsstand ein Anrecht auf eine gerechte Beurteilung seiner Leistungen, zumal ich der Überzeugung bin, daß es keinen zweiten Wirtschaftszweig in unserem Staate gibt, der in den letzten zwanzig Jahren von den strukturellen Veränderungen mit einer derartigen Intensität betroffen wurde. Ich erinnere, daß wir allein seit 1951 mehr als ein Drittel der Arbeits-

10076

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

kräfte aus der Land- und Forstwirtschaft abgegeben haben, daß in der gleichen Zeit der Anteil der land- und forstwirtschaftlich Berufstätigen von 32,3 Prozent auf rund 19,5 Prozent heute zurückgegangen ist, daß sich die Zahl der Betriebe von 1951 bis 1965 um rund 53.000 oder um 12,3 Prozent reduzierte, wobei natürlich davon in erster Linie Kleinst- und Kleinbetriebe erfaßt wurden und in der Kategorie der bäuerlichen Familienbetriebe sich eine zahlenmäßige Aufstockung vollzogen hat.

Aber nicht nur in dieser strukturellen Situation hat sich der Anpassungsprozeß gespiegelt. Auch in der innerlandwirtschaftlichen Arbeitsteilung, die agrarpolitisch sinnvoll gelenkt worden ist. In rufe in Erinnerung, daß seit 1960 die Zahl der in Österreich in der Landwirtschaft gehaltenen Kühe um rund 2 Prozent abgenommen, gleichzeitig aber die Kuhzahl in Niederösterreich, im Burgenland und auf Wiener Boden um über 18,5 Prozent zurückgegangen ist.

Hier zeigt sich der innerlandwirtschaftliche Arbeitsteilungsprozeß, wobei sich die Rinderhaltung und primär die Kuhhaltung immer stärker auf die Grünlandgebiete des alpinen Raumes konzentrieren.

Aber auch innerhalb der landwirtschaftlichen Betriebe ist die Entwicklung nicht stehengeblieben, hat sich ein arbeitsteiliger Prozeß vollzogen, sind die Betriebe von der vielseitigen Produktion zu einer immer stärker auf einen Schwerpunkt konzentrierten Produktion übergegangen.

Ich möchte Ihnen das an der Tatsache vor Augen führen, daß die Zahl der rinderhaltenden Betriebe in den letzten sieben Jahren von 311.000 auf 269.000 oder um 13,5 Prozent zurückging. Die Zahl der Schweinehalter ist von 391.000 auf 321.000 Betriebe oder um 17,7 Prozent gesunken. Auch die Betriebe, die Weizen anbauen, sind um über 16 Prozent zurückgegangen, die Roggenanbauenden um 30 Prozent, um nur einige dieser Beispiele vor Augen zu führen. Das zeigt doch, daß hier eine Entwicklung im Gange ist, die nicht übersehen werden kann und die außerordentlich beachtlich ist.

Und noch etwas, meine Damen und Herren. Wenn wir die Dinge gerecht sehen, müssen wir sagen, daß eine noch größere Dynamik in diesem Umstrukturierungs- und Anpassungsprozeß von der österreichischen Volkswirtschaft überhaupt hätte nicht verkraftet werden können. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wo sind gegenwärtig die Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft, die zur Verfügung stehen, um einen noch dynamischeren Umstrukturierungs-

prozeß in unserer Volkswirtschaft überhaupt fertigzubringen?

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, wenn wir von Strukturpolitik reden, auch diesen Zusammenhang zu sehen und nicht außer Betracht zu lassen, daß die Probleme der Agrarstrukturpolitik überhaupt nicht isoliert betrachtet oder isoliert gelöst werden können, sondern daß wir sie im Zusammenhang mit gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprozessen sehen müssen. Daher werden Sie verstehen, warum ich auch als Landwirtschaftsminister den Koren-Plan absolut unterstütze und begrüße, wo Sie glauben, daß Ihnen die neun Zeilen für die Agrarpolitik in diesem Koren-Plan zuwenig sind. Ich persönlich bin der Überzeugung, daß auf diesem Gebiet die Entwicklungen Platz greifen müssen, weil nur im Zusammenhang damit auch die strukturellen Probleme innerhalb der Landwirtschaft einer organischen und sinnvollen Lösung zugeführt werden können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn wir von der Strukturpolitik sprechen, müssen wir doch auch sehen, daß es dabei nicht allein um rationale Prozesse geht, die bewältigt werden müssen, sondern auch um soziale und um menschliche Probleme, und daß es unsere Aufgabe sein muß, diesen gesamten strukturellen Anpassungsprozeß nicht nur in der Landwirtschaft, sondern in allen übrigen Bereichen der Wirtschaft, die auch nicht verschont sind, zumindest in ihren sozialen Auswirkungen und in den menschlichen Problemen, die sie im Gefolge haben, zu mildern. Das gilt für die Landwirtschaft genauso wie für den Kohlenbergbau und für viele andere Bereiche unserer Volkswirtschaft.

Meine Damen und Herren! Wir haben diesen Entwicklungsprozeß nicht sich selbst überlassen. Sie tun der Agrarpolitik unrecht, wenn Sie in diesem Hause eine solche Feststellung treffen. Ich glaube vielmehr, daß wir eine nicht nur improvisierte, von heute auf morgen orientierte, sondern eine weitschauende und vernünftige Agrarpolitik betrieben haben und daß wir einen strukturellen Wandlungsprozeß nicht nur überschaubar gehalten, sondern auch in einer Art und Weise gesteuert haben, daß er sich im großen und ganzen spannungsfrei und organisch vollziehen konnte; eine Leistung, die mehr Anerkennung verdient, wenn man weiß, was an sozialen und politischen Spannungen und teilweise auch an finanziellen Belastungen die Arbeitsplatzsicherung eines einzigen Industriebetriebes nach sich zieht.

Und nun zu den strukturellen Maßnahmen, die wir ergriffen haben, um diesen Anpassungsprozeß zu steuern und um die historischen Mängel unserer Agrarstruktur beseitigen zu helfen.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

Wir haben im vergangenen Jahr das Siedlungs-Grundsatzgesetz in diesem Hohen Hause beschlossen. Es wird allerdings erst wirksam werden, wenn die Länder ihre Ausführungsgesetze beschließen. Die Vorarbeiten sind im vollen Gange, es ist mit ihrem Abschluß in den nächsten Monaten zu rechnen. Dieses Siedlungs-Grundsatzgesetz ist die Vorwegnahme des Strukturverbesserungsgesetzes, das der Herr Finanzminister in den letzten Wochen für den übrigen Bereich unserer Wirtschaft dem Parlament zugeleitet hat. Wir haben einen Teil dieser strukturpolitischen Aktivität mit diesem Siedlungsgesetz im vergangenen Jahr vorweggenommen, und in Verbindung mit der Novellierung des Agrarverfahrensgesetzes ist damit eine Voraussetzung geschaffen worden, um alle jene Maßnahmen erleichtern zu helfen, die zur Verbesserung der Betriebsstruktur beitragen, insbesondere auch die Grundaufstockung. Alle diese Maßnahmen werden auch abgaben- und steuerrechtlich eine umfassende Befreiung genießen.

Wir haben im vergangenen Jahr das Flurverfassungsgesetz novelliert, um auf diese Weise die Grundstückszusammenlegung zu einem Instrument der gesamten Raumordnungspolitik zu machen — nicht nur, um die Abwicklung der gesamten Verfahren zu beschleunigen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir seit dem ersten Grünen Plan im Jahre 1961 insgesamt 148.900 ha zusammengelegt haben, dann ist das eine beachtliche Leistung, insbesondere wenn man weiß, daß wir im Verlauf der letzten zehn Jahre die jährliche Arbeitskapazität um 100 Prozent gesteigert haben. Ich glaube nicht, Herr Abgeordneter Scrinzi, daß Sie mit dem einen Beispiel von einer Grundstücksbereinigung die Kammerbürokratie belasten. Ich glaube, es ist insofern nicht gerechtfertigt, weil nämlich mit der gesamten Grundstückszusammenlegung die Kammerbürokratie — um bei diesem Wort zu bleiben — überhaupt nicht befaßt ist, da die Abwicklungen über die Agrarbehörden durchgeführt werden, die bei den Ämtern der Landesregierungen liegen.

Ich habe das Gefühl, daß heute die Bauernschaft selber ein sehr großes Verständnis für die Notwendigkeit dieser Maßnahmen besitzt. Das beweisen mir die zahlreichen Anträge, die auf Einleitung solcher Verfahren vorliegen.

Wir haben schließlich als ein drittes Strukturverbesserungsgesetz im vergangenen Jahr auch das Güter- und Seilwege-Grundsatzgesetz geschaffen und diesen Bereich der Strukturpolitik damit auf eine neue, moderne gesetzliche Grundlage gestellt.

Meine Damen und Herren! Wenn wir in den letzten sieben Jahren für die Verkehrserschließung rund 8000 km Güterwege gebaut haben, so möchte ich Ihnen versichern: Wer die Verhältnisse in unseren alpinen Räumen kennt, weiß, daß überall dort, wo ein neuer Güterweg entsteht, eine ungeheure Entwicklung im ganzen ländlichen Raum Platz greift. Die Güterwege tragen sehr wesentlich mit dazu bei, jenen Optimismus zu festigen, den der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi als so wichtig für unsere Gestaltung im ländlichen Lebensraum empfunden hat. Diese Güterwege sind ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der gesamten Infrastruktur des ländlichen Raumes. Denken Sie nur daran, daß durch den Bau von Güterwegen die Entwicklung des Fremdenverkehrs in vielen ländlichen Gebieten überhaupt erst ermöglicht oder für manchen kleinen Betrieb die Voraussetzung geschaffen wurde, überhaupt einen außerlandwirtschaftlichen Nebenerwerb in Tagespendlerentfernung in Angriff zu nehmen.

Die Elektrifizierung ist in den letzten sieben Jahren so weit vorangetrieben worden, daß es mit Beginn dieses Jahres in ganz Österreich nur noch 5560 landwirtschaftliche Betriebe waren, die nicht über elektrischen Strom verfügten. Mit dieser Elektrifizierung in den ländlichen Gebieten werden aber nicht nur landwirtschaftliche Betriebe, sondern auch zahlreiche sonstige ländliche Anwesen von Forstarbeitern und sonstigen Arbeitern mit erschlossen, sodaß auch die Mittel des Grünen Plans für die Elektrifizierung keineswegs allein der Landwirtschaft zugute kommen.

Von 1961 bis 1967 wurden 29.000 ha für die Besitzaufstockung zu kleiner Betriebe verwendet, um diese zu leistungsfähigen Voll-erwerbsbetrieben zu machen, und dafür 481 Millionen an zinsverbilligten Agrarinvestitionskrediten zur Verfügung gestellt.

Wir haben in der Agrarpolitik schließlich einen Beitrag zur ländlichen Raumordnung geleistet, den ich auch nicht unerwähnt lassen möchte. Ich kann Ihnen berichten, daß allein in den letzten sieben Jahren 40.000 ha landwirtschaftliche Grenzertragsböden aufgeforstet und dem Wald zugeführt worden sind — eine Entwicklung, die gerade in unseren Hochlagen eine sehr große Rolle spielt. Ich denke weiters an den Schutz vor Wildbächen und Lawinen, sodaß man sagen kann, daß diese Maßnahmen auch im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt des Staates und der Ordnung des ländlichen Raumes gelegen sind.

Ich darf daran erinnern, daß wir mit Hilfe des Grünen Plans auch an die 12.800 Forstaufschließungswege zu bauen erleichtert haben.

10078

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

und auch damit ein nicht unwesentlicher Beitrag zur wirtschaftlichen Nutzung unserer Wälder geleistet worden ist.

Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß wir die gesamte Strukturpolitik nicht isoliert sehen dürfen, und ich war es daher, der im Jahre 1965 — ich möchte die Jahreszahl besonders betonen —, in der Bundesregierung den Antrag gestellt hat, daß wir im Interesse der Durchleuchtung der ganzen Raumordnungsfragen ein eigenes Komitee damit befassen sollten, mit den tüchtigsten Fachleuten, die wir in Österreich haben, diese ganzen Probleme der Raumordnung zu durchleuchten und Leitlinien herauszuarbeiten, die für die Wirtschaftspolitik des Bundes, der Länder und vielleicht auch teilweise der Gemeinden eine Hilfe sein können. Es ist erfreulich, daß dieses Gutachten vor dem Abschluß steht und, wie ich den Eindruck habe, in absehbarer Zeit mit Ergebnissen zu rechnen ist.

Ich möchte jetzt noch kurz auf eine andere Frage zurückkommen, die gestern auch von Herrn Abgeordneten Spielbüchler angeschnitten wurde. Er ist zwar nicht im Haus, ich möchte aber doch eine kurze Bemerkung dazu machen. Er hat die Entwicklung in den Bundesforsten und die Rationalisierung und die Strukturverbesserung sowie den Einsatz moderner Maschinen sehr begrüßt und nur gemeint, diese Strukturverbesserung dürfe nicht vor dem Verwaltungsapparat haltmachen. Ich pflichte ihm hier durchaus bei und möchte daher sagen, daß wir allein im vergangenen Jahr zwei Forstverwaltungen aufgelassen haben, um sie aus Rationalisierungsgründen mit anderen zusammenzulegen. Außerdem sind acht Försterbezirke durch organisatorische Maßnahmen eingespart worden. Auch das sind Beiträge zur Rationalisierung, wie sie heute nun einmal in allen Bereichen unserer Wirtschaft vonnöten sind.

Jetzt darf ich mich noch mit den gestrigen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Pichler beschäftigen. Verehrter Herr Abgeordneter, ich kann es Ihnen nicht ersparen, daß ich doch einige ergänzende Bemerkungen zu Ihrem Diskussionsbeitrag über den Schutzwasserbau mache. Sie haben mir Unrecht getan, wenn Sie meinten, daß ich nicht alle Kinder, die ich zu betreuen habe, gleich nahe an meinem Herzen habe. Ich habe das Gefühl, Herr Abgeordneter Pichler, diese Kritik habe ich nicht verdient, und ich habe, wenn ich den Unterton Ihrer Ausführungen berücksichtige, auch das Gefühl, daß Sie sich darüber selbst am allerbesten im klaren sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich mich nun mit dem Schutzwasserbau auseinandersetze, meine Damen und

Herren, darf ich Ihnen folgendes sagen: Wir haben im Durchschnitt der Jahre 1950 bis 1959, also in einem zehnjährigen Durchschnitt, an reinen Bundesmitteln für den Schutzwasserbau — Flußbau, Wildbach- und Lawinenverbauung — insgesamt 140 Millionen Schilling jährlich zur Verfügung gehabt, im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1965 sogar 270 Millionen. In dieser größeren Ziffer spiegelt sich der Hochwasserschädenfonds wider, der im Jahre 1959 errichtet wurde. Ich darf weiters bemerken, daß wir zum Beispiel im Jahre 1967 für den Schutzwasserbau 572 Millionen an reinen Bundesmitteln hatten, im Jahre 1968 waren es im normalen Budget 509 Millionen, wozu die 125 Millionen aus dem Eventualbudget kommen, sodaß wir im heurigen Jahr den enormen Betrag von 634 Millionen Schilling zur Verfügung haben.

Hohes Haus! Es hat kein Zweifel darüber bestanden, daß bei den Budgetverhandlungen das Eventualbudget außer Betracht zu bleiben hat; das haben wir bei den gesamten Budgetverhandlungen und bei den Vergleichsziffern immer wieder sehr deutlich herausgestellt. Wenn ich also den Schutzwasserbau ohne das Eventualbudget betrachte, komme ich zu folgendem Bild: Wir haben heuer im normalen Budget 509 Millionen, und für das Jahr 1969, Herr Abgeordneter Pichler, sind es 521 Millionen. Wir haben also für nächstes Jahr im normalen Budget um 12 Millionen mehr, als wir im Normalbudget 1968 verfügbar haben.

Wenn Sie hier die Kritik äußern zu müssen glaubten, daß der Landwirtschaftsminister nicht alles unternommen habe, um bereits bei den Budgetverhandlungen zu trachten, aus dem Katastrophenfonds durch Umschichtungen noch zusätzliche Beträge herauszubekommen, und daß es erst anderweitiger Initiativen bedurft habe, um das durchzusetzen, darf ich dazu aus meiner Perspektive auch einen Beitrag leisten. Vielleicht sind wir in der taktischen Beurteilung der Lage anderer Meinung; das halte ich für durchaus denkbar. Meine Beurteilung der Lage, bei den allgemeinen Schwierigkeiten einen geordneten Staatshaushalt auf die Beine zu stellen, war, daß wir bei einer Umschichtung aus dem Katastrophenfonds aus dem Ansatz für die privaten und öffentlichen Schäden herüber in Richtung auf die vorbeugenden Maßnahmen des Schutzwasserbaues per saldo wahrscheinlich nicht das erreicht hätten, worüber wir heute für den Schutzwasserbau verfügen. Es ist Ihnen nicht unbekannt, daß wir die Frage in der letzten Zeit eingehend mit dem Herrn Finanzminister durchverhandelt haben; das hat ja schließlich in einem gemeinsamen Initiativantrag aller Fraktionen des

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

Hauses seinen Niederschlag gefunden. Wir werden also nach dem Budget für das heurige Jahr noch 26,7 Millionen Schilling und für das Jahr 1969 rund 28 Millionen durch die Umschichtung aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung bekommen. Meine Damen und Herren! Die Mittel, die durch die Umschichtung für 1968 jetzt noch freierwerden, werden sich doch schließlich noch in den Arbeitsprogrammen des Jahres 1969 mit auswirken, sodaß wir zu dem Betrag von 521 Millionen im ordentlichen Budget noch weitere Beträge durch die heuer und für das nächste Jahr infolge der Umschichtung freiwerdenden Mittel dazubekommen, sodaß sich eigentlich ein Gesamtbudget von 575 Millionen Schilling ergibt. Ich glaube nicht, meine Damen und Herren, daß ich den Schutawasserbau als ein illegitimes Kind meines Ressorts behandelt habe. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun darf ich mich noch ein bißchen mit der Bildungspolitik beschäftigen, weil diese Bildungspolitik in den Diskussionen zu dieser Agrardebatte eine so große Rolle spielte und weil offensichtlich da oder dort der subjektive Eindruck besteht, als ob für die Bildungspolitik im Bereiche des agrarischen Raumes nicht genug geschähe.

Darf ich hier folgendes feststellen: Wir haben im Jahre 1966 das Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz novelliert, auf eine äußerst moderne gesetzliche Grundlage gestellt; wir haben den dreistufigen Ausbildungsgang, die Einheitlichkeit der Lehrzeit eingeführt und durch Übergangsbestimmungen die Möglichkeit geschaffen, daß auch schon im Beruf Stehende noch den Meistertitel erwerben können. Ich erinnere mich noch heute mit dem größten Vergnügen an den Diskussionsbeitrag zu diesem Berufsausbildungsgesetz, den der seinerzeitige Abgeordnete Dr. Scheuch von diesem Pulte aus hielt und mit dem er all diese Maßnahmen qualifizierte.

Wir haben im Jahre 1966 das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz verabschiedet und damit für unsere höheren landwirtschaftlichen Lehranstalten eine moderne Rechtsgrundlage geschaffen und haben gleichzeitig auch für das Bundesseminar eine ebenso moderne gesetzliche Grundlage geschaffen. Wir haben die Zahl der Schulen auf neun aufgestockt, eine zehnte Schule ist gegenwärtig in St. Florian in Oberösterreich in Bau.

Was die statistischen Unterlagen betrifft, werden solche für das landwirtschaftliche Bildungswesen seit dem Jahre 1966 durch Erhebungen des Bundesministeriums, die vom Statistischen Zentralamt veröffentlicht werden, bereitgestellt. Wir sind gegenwärtig dabei, in Zusammenarbeit mit dem OECD-Büro

des Unterrichtsministeriums auch eine genaue Bildungsuntersuchung durchzuführen, eine Statistik aufzustellen und eine Unterlagensbereitstellung für den Bedarf künftiger Lehranstalten vorzunehmen, auch im Zusammenhang mit der mutmaßlichen Nachfrage, die nach Absolventen solcher Lehranstalten besteht. Teilergebnisse liegen bereits vor. Ich glaube, daß wir auch hier mit unseren Arbeiten nicht im Verzuge sind.

Es ist vom Herrn Unterrichtsminister im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsressort eine Hochschulberechtigungsverordnung für die höheren landwirtschaftlichen Lehranstalten erlassen worden, die damit die völlige Gleichstellung mit anderen höheren Lehranstalten für unseren Bereich bringt.

Ich möchte feststellen, daß auch die Lehrplanreform seit Jahren in vollem Gange ist, auch was die Berufs- und Fachschulen betrifft, wo wir nur in freiwilliger Zusammenarbeit und koordinierend mit den Ländern mitzuwirken in der Lage sind. Wir haben in der Zwischenzeit eine Lehrplanverordnung für die höheren Bundeslehranstalten für landwirtschaftliche Frauenberufe erlassen, und wir haben außerdem auch eine Lehrplanverordnung für das Bundesseminar erlassen und in diesen Lehrplanverordnungen auf eine sinnvolle Kombination von theoretischem und praktischem Unterricht entsprechend Bedacht genommen.

Ich habe das Gefühl, daß hier offenbar ein Mißverständnis vorliegt, soweit es sich um die Lehrerausbildung und -fortbildung und um das Bundesseminar handelt.

Wir haben das Bundesseminar, das zwei Aufgaben erfüllt: 1. ist es eine berufspädagogische Lehranstalt für die Lehrer- und Beraterausbildung, und wir haben bisher rund 1600 männliche und weibliche Kandidaten ausgebildet. Diese Lehrerausbildung ist ausschließlich eine pädagogische und methodische Ausbildung und keine weitere Fachausbildung. Wir haben zur Verstärkung dieser pädagogischen und methodischen Aufgaben trotz der ansonsten auch in meinem Haus durchgeführten organisatorischen Rationalisierung gerade im Bereich des Schulwesens eine Teilung der Abteilung in eine administrative und in eine rein pädagogische Abteilung vorgenommen, um auf diese Weise auf dieses Aufgabengebiet stärker Bedacht zu nehmen.

Das Bundesseminar ist aber auch ein berufspädagogisches Institut für die Lehrerfortbildung. Was die Lehrerfortbildung betrifft, so gibt es pädagogische, aber auch fachliche Fortbildungsveranstaltungen, weil wir glauben, daß unsere Lehrer und Berater gerade bei dem rasanten technischen und wissenschaftlichen

10080

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

Fortschritt unserer Zeit auch mit ihrem eigenen Ausbildungsstand immer wieder auf dem laufenden gehalten werden müssen.

Gerade im Bereich der landwirtschaftlichen Bevölkerung geschieht auf dem Gebiet der Erwachsenenfortbildung ungeheuer viel. Die Zahl der Wirtschaftsberatungskräfte haben wir vom Jahre 1960 bis 1968 von 537 auf 823 aufgestockt. Und wenn ich Ihnen außerdem noch sage, daß in den letzten sieben Jahren 160.000 Beratungsveranstaltungen, Kurse, Vorträge und Lehrfahrten durchgeführt worden sind, dann spricht diese Ziffer für sich selbst.

Was die Intensität des Schulbesuches anlangt, so ist der Rückgang der Schüler an den Berufsschulen, Herr Abgeordneter Peter, eine Tatsache, hier muß ich Ihnen beipflichten, aber auch eine Tatsache, bei der es keinen Sinn hätte, wenn wir sie beklagen; wir können sie nur feststellen. Gerade darin spiegelt sich ja dieser ungeheure dynamische Strukturwandel, der sich für manchen in diesem Hause offenbar noch immer zuwenig dynamisch vollzieht. Es spielt hier auch herein, daß seit der allgemeinen Schulreform 1962 nur mehr die in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen berufsschulpflichtig sind, nicht aber alle anderen, die keinem geordneten Ausbildungsgang nachgehen. Außerdem ist es heute so, daß die heranwachsenden, aber weichen Kinder nicht mehr jahrelang auf den Höfen bleiben, sondern rechtzeitig und frühzeitig einen anderen Beruf ergreifen, sodaß es auch von da her verständlich ist, daß die Zahl der Berufsschüler zurückgeht. Das ist eine Entwicklung, die man sehen, der man Rechnung tragen muß, und das geschieht in den Ländern durch die Einrichtung von Internatsschulen. Ich habe das Gefühl, daß die Entwicklung auch hier absolut geordnet verläuft.

Die landwirtschaftlichen Fachschulen sind keine Pflicht-, sondern freiwillige Schulen. Das Ziel unserer Politik ist, daß möglichst jeder Übernehmer eines Vollerwerbsbetriebes auch Absolvent einer landwirtschaftlichen Fachschule ist. Es ist immerhin erfreulich, daß in den letzten sieben Jahren die Anzahl der Fachschulbesucher in den Ländern um 16 Prozent und die Besucherzahl an den höheren landwirtschaftlichen Lehranstalten um 22 Prozent zugenommen haben.

Was die Schulgesetzgebung betrifft, meine Damen und Herren, ist Ihnen das Problem hinreichend bekannt, es wurde hier diskutiert, ich kann es mir ersparen, im Detail Stellung zu nehmen.

Ich habe mich redlich bemüht, ein an und für sich in der Sache keineswegs erwünschtes Junktim aufzulösen. Das ist mir leider nicht gelungen. Es gibt offenbar im gesellschaftlichen

Leben Probleme, mit denen man in Koexistenz leben muß, und dazu gehört, im Augenblick wenigstens, dieses Problem der Modernisierung der gesamten Gesetzgebung im Bereich der landwirtschaftlichen Schulen. Ich habe mich redlich bemüht; leider, muß ich sagen, war eine Lösung dieses Junktims hier nicht möglich; ich habe mich daher entschließen müssen, dafür einzutreten, daß wir auf den mühsameren Weg der paktierten Gesetzgebung zur Modernisierung unserer landwirtschaftlichen Schulgesetze, soweit sie die Berufsschulen und die Fachschulen betreffen, kommen. Das steirische Schulgesetz ist ein Musterbeispiel für ein sehr modernes Gesetz, das auf diesem Wege in Rechtswirksamkeit erwachsen wird. Vielleicht wird es zu einem späteren Zeitpunkt möglich sein, auf die ursprüngliche Konzeption zurückzukommen, die den Ländern dadurch entgegengekommen wäre, daß wir sie nicht mehr an die paktierte und damit an die buchstaben-gleiche Gesetzgebung des Bundes zwingen; sondern wir hätten ihnen die Kompetenzen, soweit sie die Fachschulen betreffen, zur Gänze übergeben und uns bei den Berufsschulen lediglich die Grundsatzgesetzgebung vorbehalten, die Ausführungsgesetzgebung den Ländern überlassen.

Alles in allem, meine Damen und Herren, glaube ich, daß wir gerade mit unserer Bildungspolitik unter Beweis stellen, daß wir uns sehr wohl darüber im klaren sind, daß es nicht genug wäre, die Bauernschaft auf den wirtschaftlichen Wettbewerb, der von Jahr zu Jahr stärker wird, vorzubereiten. Wir wissen, daß dieser wirtschaftliche Wettbewerb nur dann bewältigt werden kann, wenn wir auch gleichzeitig die heranwachsende Bauerngeneration geistig wettbewerbsfähig machen. Um das zu erreichen, unternehmen wir alle Anstrengungen verantwortungsbewußt im Zusammenwirken mit den Ländern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Landwirtschaftsminister Schleiner hat eben im Brustton der Überzeugung und mit innerem Schwung seine Agrarpolitik verteidigt, wofür ich natürlicherweise Verständnis habe. Er kann doch nicht den Kritikern seiner Agrarpolitik recht geben, denn dann würde er ja bekunden, daß diese Politik falsch war. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Zu einigen Bemerkungen des Herrn Ministers darf ich doch Stellung nehmen. Der Herr Minister Dr. Schleiner hat erklärt, daß mein Freund Staribacher einmal gesagt hat: Wir denken nicht daran, daß die Landwirtschaft

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

gesundgeschrumpft wird, sondern daß sie gesundwachsen soll. So, glaube ich, sagte der Herr Landwirtschaftsminister. Nur hat er vergessen, daß nämlich damals mein Freund Staribacher dazugesagt hat, daß man, um diesen Prozeß in geordnete Bahnen zu bringen, eines vernünftigen Agrarkonzepts bedürfe und daß man die Mittel des Grünen Planes dafür schwerpunktmäßig einsetzen müsse.

Der Herr Landwirtschaftsminister sagte weiter, daß die Investitionen im ländlichen Raum eine Selbstverständlichkeit sind. Ich will das gar nicht in Abrede stellen. Natürlich sind sie selbstverständlich. Aber auch hier muß man sie auf Grund eines Konzeptes, das geographisch-klimatisch bedingt ist, vornehmen, damit es nicht zu einer Reihe von Fehlinvestitionen, wie sie in den letzten Jahren aufgetreten sind, kommt, und man dort, wo man investiert hat, heute nur mehr leere Gebäude sieht.

Eines darf ich noch sagen, Herr Landwirtschaftsminister: Sie erklärten, die Industrie solle froh sein, daß dieser landwirtschaftliche Umstellungsprozeß so langsam vor sich gehe, weil die Industrie nicht in der Lage sei, die freiwerdenden Arbeitskräfte aufzunehmen. Nun erlaube ich mir, den Herrn Landwirtschaftsminister darauf aufmerksam zu machen, daß wir heute sogenannte Gastarbeiter, zirka 57.000 Stück an der Zahl, haben; das ist ungefähr die Zahl, die wahrscheinlich ausreichen würde, um den Prozeß in geordnete Bahnen zu bringen.

Wenn der Herr Landwirtschaftsminister stolz erklärt hat, er bekenne sich zu dem Koren-Plan, der allerdings hinsichtlich der Landwirtschaft nur neun Zeilen hat, darf ich darauf aufmerksam machen, daß der Koren-Bericht diesbezüglich ja nicht einmal neun Zeilen, sondern nur drei Zeilen gehabt hat. In diesem Koren-Bericht stand der lakonische Satz: Die Agrarmarktordnung und die Agrarpolitik macht der Herr Landwirtschaftsminister Schleinzner. Natürlich muß er sich dazu bekennen, wenn er sie wirklich initiiert hat.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich noch auf eine Bemerkung des Kollegen Tschida zurückkommen, der, genauso wie in der vergangenen Woche andere Kollegen der Österreichischen Volkspartei, erklärt hat: Wir praktizierenden Bauern! Es wurde bemängelt, daß das unsere Leute gesagt haben. Ich darf aber doch festhalten, daß diese Terminologie vor drei Jahren mir gegenüber von Ihrer Seite angewandt wurde. Ich weiß nicht, ob Sie sich das überlegt haben. Was heißt denn eigentlich „praktizierend“? Praktizieren heißt lernen. Ich kann doch nicht sagen, daß Sie so stolz auf diesen Ausdruck sind, wenn Ihre Leute in der Agrarpolitik lernen, wo Sie doch behaupten,

daß Sie selbst in dieser Politik tätig sind. Ich kann nur hoffen, daß Sie bald so ausgelernt sind, daß wir wirklich zu einer vernünftigen Agrarpolitik kommen. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Dann müssen Sie einen anderen Ausdruck wählen! *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Der Bauer lernt immer!)* Sie erklärten, es seien praktizierende Bauern. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Ja!)* Ein Praktikant, der praktiziert, ist einer, der lernt. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Ausführender und lernender Bauer! — Zwischenruf des Abg. Dr. Haider.)* Darüber gibt es gar keine Diskussion in der deutschen Sprache. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Das gilt aber auch im Burgenland, Herr Kollege! Darüber sind wir uns also vollständig einig.

Wenn wir die Debatte, die heute, gestern und vorige Woche abgeführt wurde, genauer analysieren, dann stellt man fest, daß ein Teil der Redner der ÖVP in den Ausführungen so unsachlich war und so weit vom Thema weggekommen ist — man könnte fast sagen: demagogisch, aber ich sage es nicht; man könnte es sagen *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Ich sage es nicht!)* —, daß eine Antwort auf eine solche Demagogie hieße, sich auf die gleiche Ebene zu stellen, was ich persönlich ablehne. Ein anderer Teil der Redner hat sich beim Herrn Landwirtschaftsminister Schleinzner für dessen Agrarpolitik bedankt und hat auch entsprechend das Weihrauchfäßchen geschwungen. Doch ein großer Teil, meine Damen und Herren ... *(Abg. Steiner: Sie haben im Finanzausschuß begonnen zu schwingen!)* Wir nicht, Herr Kollege! Wir haben kühl und sachlich gesagt *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Sie haben den Minister gelobt!)*: der Herr Landwirtschaftsminister bemühe sich, manchmal Dinge durchzusetzen, nur könne er das nicht, weil ihn der Bauernbund daran hindere. — Ich frage Sie, wo da das Lob ist *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Sie haben ihn gelobt, Herr Kollege!)*, wenn ein Mann sachlich erkennt, was richtig ist, ihn aber die Interessenvertretung daran hindert, diese Sachlichkeit auszuführen.

Ein großer Teil der Bauern war mit den Ausführungen, die die Redner der Österreichischen Volkspartei in den letzten Tagen hier gemacht haben, nicht einverstanden. Es hat sich besonders heuer im Frühjahr und im Sommer durch die Manifestationen und Demonstrationen der verschiedensten Bauern in den verschiedensten Teilen Österreichs gezeigt, daß sie mit der Agrarpolitik des Bauernbundes, allerdings auch mit Ihrer Agrarpolitik, Herr Landwirtschaftsminister Schleinzner, nicht einverstanden waren. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: So etwas gibt es immer!)* Nicht nur in Wien. Fragen Sie den Kollegen Haider, er wird es Ihnen genauer er-

10082

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

klären; aber ich komme schon noch dazu. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Bei Ihrer Partei hat es genau dasselbe gegeben!)*

Die Ursachen für die Unzufriedenheit der Bauern sind in der vom Finanzminister Koren vorgelegten beziehungsweise vom Herrn Landwirtschaftsminister verlangten Agrarmarktordnung zu suchen. Der Finanzminister war nicht mehr gesonnen, die Subventionen weiter zu erhöhen.

Die Anfang heurigen Jahres auf Expertenebene begonnenen Verhandlungen über die Agrarmarktordnung konnten bis Mitte Feber überhaupt keine Fortschritte erzielen, weil der Widerstand in erster Linie vom sogenannten nicht agrarischen Kreis gekommen ist.

Vor allem reagierten das Handelsministerium sehr sauer und verschiedene Kreise der gewerblichen Wirtschaft, aber auch der ÖAAB war sehr ärgerlich über diese agrarische „Überumpelungstaktik“, wie diese Kreise es nannten, nicht ich.

Ein angesehener Funktionär des Wirtschaftsbundes der Österreichischen Volkspartei erklärte Mitte Feber 1968: Es ist unbedingt notwendig, daß die agrarische Seite ihre Vorstellungen und Entwürfe für die neuen Agrarmarktordnungen soweit präzisiert, daß sich daraus die zu erwartenden Belastungen für den Staatshaushalt, aber auch für die breite Masse der Konsumenten möglichst genau abschätzen lassen. Der Exponent des Wirtschaftsbundes sagte weiter, man habe den Eindruck, daß manche Agrarfunktionäre hier ganz bewußt eine Verschleierungstaktik betreiben. Damit meinte er den Bauernbund. Hier auf Klarheit zu drängen — so der Experte des Wirtschaftsbundes —, hat nichts mit Bauernfeindlichkeit zu tun.

Andere Stimmen in der Regierungspartei waren noch wesentlich schärfer. So wurde gesagt, die Österreichische Volkspartei müsse mehr als bisher auf die Interessen der Konsumenten Rücksicht nehmen. Dies vor allem in der gegenwärtigen Situation, da sich die SPÖ, also wir, immer stärker als Schützerin der Konsumenten, wie zum Beispiel in der Frage des noch zu behandelnden Lebensmittelgesetzes, aufspiele.

Die Reform der Agrarmarktordnungen ist aus zwei Gründen aktuell geworden. Der eine Grund: Die geltenden Gesetze laufen mit Jahresende ab. In der Zwischenzeit wurden sie wieder verlängert.

Um eine eindeutige Klarstellung der Verfassungslage zu erreichen, hat das Bundeskanzleramt im Feber einen sogenannten Kompetenzfeststellungsantrag an den Verfassungsgerichtshof gerichtet, dem der Entwurf eines Milchwirtschaftsgesetzes angeschlossen wurde.

Dabei ging es um die Frage, ob die neuen Agrarmarktordnungen im Parlament mit einfacher Mehrheit oder so wie bisher mit Zweidrittelmehrheit, also mit den Stimmen der sozialistischen Opposition, beschlossen werden müssen.

Wie das Verfahren ausgegangen ist, brauche ich Ihnen nicht zu sagen, es ist jedermann bekannt.

Eine Neuregelung auf dem agrarischen Sektor ist im besonderen deshalb notwendig geworden, weil sich seit dem Vorjahr das Problem der nicht absetzbaren Überproduktion bei Milch und Weizen sowie das der steigenden Exportsubventionen bei Viehexporten in ganzer Schwere gezeigt hat.

Ende 1967 haben Sie, Herr Landwirtschaftsminister, fünf Gesetzentwürfe in der Regierungspartei intern zur Diskussion gestellt, wobei es sich um Agrarmarktordnungen für Milch, Rinder, Schweine, Getreide sowie für Eier und Geflügel gehandelt hat, die aber in Ihren eigenen Reihen abgelehnt wurden.

Diese Gesetzentwürfe sollten den Sinn haben — wie man damals sagte —, eine Stabilisierung der Preise herbeizuführen, die Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung und vor allem den Schutz der inländischen agrarischen Produzenten zu bewirken.

Hiezu muß bemerkt werden, daß gerade jene Marktordnungen, wie die Milchmarktordnung zum Beispiel, die bisher die meisten Schwierigkeiten gebracht haben, nach den Vorstellungen der Landwirtschaft im wesentlichen aber beibehalten werden sollten. Das Überschußproblem der Milch bleibt grundsätzlich ungelöst, und die bisherigen Forderungen an das Budget bleiben aufrecht. In Wirklichkeit wurden für die Milch allein sogar um 211 Millionen Schilling im Jahre 1969 mehr als 1968 gegeben.

Auf dem Gebiet aber, wo heute schon die größte Marktkonformität herrscht, nämlich bei der Viehwirtschaft, wollen die Agrarier gegenüber dem derzeitigen Zustand einer bloßen Regelung des Außenhandels — wie es derzeit üblich ist — jetzt auch noch innerstaatliche Preis- und Interventionsregelungen sowie eine Exportsubventionierungsregelung erreichen. Damit wären alle Preise manipuliert und der Markt ausgeschaltet, womit eine absolute Produktions-, Absatz- und Preisgarantie gegeben wäre.

Das Wesen dieser agrarischen Konzepte beruhte auf finanziellen und preispolitischen Regelungen ähnlich wie jene in der EWG, die aber außerordentliche Gefahren für das Budget und für das Preisniveau der wichtigsten Lebensmittel mit sich gebracht hätten.

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

Die größten Schwierigkeiten erwartete man sich daher vom Finanzminister, weil die Kosten der neuen Marktordnung weit über den derzeitigen liegen dürften und weil die Marktordnung dem Koren-Plan zuwiderläuft.

Angesichts der massiven Proteste des Niederösterreichischen Bauernbundes kann nämlich schon jetzt angenommen werden, daß die vom Landwirtschaftsminister geplanten privatwirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Überproduktion wieder auf Kosten des Staates und der Konsumenten gehen werden. Daß ich damit recht habe, beweist Ihnen das Budget 1969. Für die Milch sind dort um 211 Millionen Schilling mehr an Subventionen eingesetzt, für Getreide um 20 Millionen und für das Vieh um 61,6 Millionen Schilling.

Ich erwähnte schon, daß die Diskussion über die Agrarmarktordnung durch die ständig steigende Milchschemme und den immer größer werdenden Weizenberg ausgelöst wurde. Die Exporte der Milcherzeugnisse werden immer schwächer, die Erlöse immer geringer und die Exportsubventionen immer größer, die Anforderungen an den Staat ebenfalls immer größer.

Daß es zu einer solchen Situation gekommen ist, machen Ihnen, Herr Minister Schleinzer, viele Bauern zum Vorwurf. Sie werfen Ihnen vor, daß Sie noch im Frühjahr dieses Jahres das Problem der Überproduktion verniedlicht, es als nicht existent betrachtet und nichts dagegen unternommen haben, um die Milchschemme einzudämmen und zu verhindern, daß die Weizenüberschüsse noch weiter anwachsen.

Ich darf Ihnen ins Gedächtnis zurückrufen, daß wir Konsumentenvertreter im Milchwirtschaftsfonds bereits im Oktober 1966 sehr deutlich und nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Milchschemme Ihnen in nächster Zeit nicht nur bis zum Munde, Herr Minister, sondern bis zur Nase gehen werde. Wir haben Sie darauf aufmerksam gemacht, endlich die Produktion dem Absatz anzupassen. Was ist geschehen? Sie taten nichts dergleichen, sodaß die Absatzschwierigkeiten immer größer wurden und eine Regelung vor allem der Milcherzeugung vorgenommen werden mußte.

Der ab 1. 1. 1968 auf 5 Groschen erhöhte Krisenfonds wurde ab 1. April auf 19 Groschen pro Liter Milch erhöht, nachdem andere Vorschläge, wie Kontingentierung oder Staffelung der Milchpreisstützung — wie es die westlichen Bundesländer verlangt haben —, durch die Bauernbundführung abgelehnt wurden.

Beim Landesbauernrat Anfang Mai erläuterte Präsident Wallner, daß infolge der Milchüberschüsse der Krisenfonds auf 19 Groschen

hinaufgesetzt werden müßte, womit er tosenden Beifall bei seinen Bauern hervorgerufen hat, und daß man zur Bezahlung auf Qualität übergehen werde. Er gab seiner Meinung Ausdruck, daß eine generelle Belastung besser sei als eine Kontingentierung, wie sie von den Bauern Niederösterreichs, Herr Landwirtschaftsminister, verlangt, sehr vehement gefordert wurde. Ich glaube, das muß man Ihnen noch ins Gedächtnis zurückrufen, damit Sie wissen, woher das Wort „Kontingentierung“ stammt und von wem sie verlangt wurde.

Die Erhöhung des Krisengroschens stellt aber nichts anderes dar als eine Reduzierung des Erzeugerpreises, wodurch die Ablieferung, also das Angebot verringert wird und dadurch mehr der Nachfrage angepaßt werden soll. Ich glaube kaum, daß Sie sich über diesen einfachen ökonomischen Grundsatz hinwegsetzen können.

In unserem Wirtschaftsprogramm haben wir daher festgehalten, daß ein hauptsächlich von der Nachfrage her bestimmter Preismechanismus, der gleichzeitig auch die Besonderheiten der landwirtschaftlichen Produktion berücksichtigt, zur Steuerung des Absatzes im jeweilig notwendigen Umfang beiträgt und einen Anreiz zur Verlagerung der Produktion auf Sektoren, in denen Absatzmöglichkeiten bestehen, bietet.

Gegen die Belastungen begannen die Bauern in fast allen Bundesländern zu rebellieren. Vorerst protestierte die Vollversammlung der Kärntner Landwirtschaftskammer gegen die Folgen einer weiteren Diskriminierung der Bauernschaft. Es wurde dort erklärt, daß die Kärntner Bauern entschlossen seien, gegebenenfalls mit geeigneten Kampfmaßnahmen gegen weitere Benachteiligungen aufzutreten. Ich darf nur daran erinnern, daß sie zum Beispiel den Verkehr in Völkermarkt durch Traktoren einen ganzen Tag blockiert haben. Herr Landwirtschaftsminister! Sie selbst wissen ja, wie diese Situation wirklich war, ich brauche sie nicht näher im Detail zu schildern.

Bei der Ende Juni stattgefundenen Protestkundgebung des Allgemeinen Bauernverbandes anläßlich der Vollversammlung der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer machten die anwesenden Bauern ihrem Ärger dadurch Luft, daß sie Sprechchöre veranstalteten, Schmährufe ausstießen und Transparente trugen. Sie nannten den Herrn Staatssekretär Minkowitsch — ich bitte, um Entschuldigung, wenn ich das sage — einen Verräter — so die Bauern —, während der Landwirtschaftsminister Dr. Schleinzer als „Konsumentenvertreter“ geschmäht wurde, was anscheinend in diesen Kreisen als ganz besonders verwerflich gilt.

Der Staatssekretär Dr. Haider — er kann natürlich nicht ungeschoren bleiben — wurde

10084

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

sogar mit faulen Eiern beworfen, als er sich bemühte, die aufgeregte Bauernschaft zu beruhigen. Er kam dann etwas echauffiert in dieses Hohe Haus und war noch nicht ganz beruhigt von den Aufregungen, die ihm damals geboten wurden. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Tschida: Das waren gute Eier, Herr Kollege! Ich habe nachher davon eine Eierspeise gegessen!)* Haben Sie? Dann waren es faule Tomaten. Irgend etwas war faul an der ganzen Sache.

Ich bin noch nicht fertig mit der Aufzählung, meine Damen und Herren, es kommen fast alle Bundesländer dran. In Linz demonstrierten vor allem vor der Kammervollversammlung Bauern des Allgemeinen Bauernverbandes — und wie wir gestern gehört haben, war eine Reihe anderer auch mit dabei —, die, wie auch in Salzburg, die Zurücknahme der Maßnahmen gegen die Milchüberschüsse zu Lasten des Staatshaushaltes, Einstellung aller Vieh- und Fleischimporte bis zum Aufbrauchen der eigenen Überschüsse verlangten. Dies scheint mir jetzt bei den Kalbfleischpreisen bereits eingetreten zu sein, denn wir bekommen ja nur welches zu sehr, sehr beachtlichen Preisen. Und die Parolen, die diese Bauern damals mit sich trugen ... *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Czettel hat gesagt, es ist billiger geworden!)* Bleiben Sie bitte bei der Wahrheit, Kollege Tschida, bleiben Sie bei der Wahrheit. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Er hat es gestern gesagt!)* Sie verwechseln den Produzentenpreis mit dem Konsumentenpreis. Sie verwechseln die Äpfel mit den Birnen. Das kann dann nur immer Quitten geben. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Der Produzentenpreis ist auch angestiegen!)* Ah, doch? Jedenfalls kann ich feststellen — das werden mir alle Kollegen, im besonderen auch die Damen des Hohen Hauses bezeugen —, daß der Kalbfleischpreis in den letzten Tagen und Wochen sehr beachtlich in die Höhe gegangen ist. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Auf beiden Seiten!)*

Die Parolen, die damals die Bauern mit sich geführt haben, waren nicht sehr schmeichelhaft für Sie, Herr Landwirtschaftsminister. Da stand nämlich darauf: „Als Bauernfeind im ganzen Land ist Dr. Schleinzner gut bekannt“, und „Bauernbundvertreter — Bauernverräter“ und ähnliche liebliche Kosenamen standen noch auf dieser Tafel.

Wenn ich aber noch weiter westlich gehen will, so waren auch die Tiroler Bauern nicht bei guter Stimmung, wie damals der Herr Landeshauptmann Wallnöfer selbst erklärte: auch dort war über Demonstrationen beraten worden, weil die Kürzungen der Einnahmen in den letzten Monaten in diesen Kreisen sehr ernsthafte Beunruhigung ausgelöst haben. *(Abg. Kranebitter: Sie fanden nicht statt!)*

Haben Sie mir zugehört, Herr Kollege? Ich habe gesagt, es war die Diskussion.

Noch im vorigen Jahr, meinte der Landeshauptmann Wallnöfer, wäre es doch einigermaßen gelungen, durch fallweisen Einsatz von Exportförderungsmitteln einen Preisverfall zu verhindern. Ich nehme an, er meinte da die Viehexporte.

Nun hat sich seit der Jahreswende 1967/68 das Blatt gewendet — so der Herr Landeshauptmann von Tirol. Er selbst erklärte, es gebe eine Milchpreissenkung von 20 Groschen für den Produzenten und eine Milchpreisteigerung von 20 Groschen für den Konsumenten.

Herr Kollege Tschida! Das hat der Herr Landeshauptmann von Tirol gesagt. Ich will das nur aufklären, weil man immer vorsichtig sein muß, wenn man solche Dinge sagt, sonst würde es heißen, wir hätten das gesagt. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Sie müssen nur alles sagen!)* Das habe ich gesagt, alles, es ist kein Wort mehr dabei, was der Herr Landeshauptmann Wallnöfer gesagt hat und was ich vielleicht vergessen hätte.

Ich könnte diese Aufstellung noch weiter fortführen, meine Damen und Herren, nur will ich Ihre kostbare Zeit — wenn ich auf die Uhr schaue — nicht weiter in Anspruch nehmen.

Alle diese mehr oder minder lautstarken und für das Establishment gefährlichen Manifestationen haben Herrn Minister Dr. Schleinzner und die Bauernbundführung zu einer sehr harten Tour für das Budget 1969 gegenüber Finanzminister Koren veranlaßt.

So konnte die Landwirtschaft aus der Budgetschlacht in diesem Jahre als Siegerin hervorgehen und bekam allein auf dem Subventionssektor um 315 Millionen Schilling mehr als im Jahre 1968. Die Gesamtausgaben im Kapitel Land- und Forstwirtschaft werden im Jahre 1969 über 2,31 Milliarden Schilling betragen, wozu noch Preisausgleiche von 3,27 — hören Sie zu, Herr Minister, es wird sehr interessant — Milliarden Schilling kommen und nicht, wie im Budget ausgewiesen, nur 2,41 Milliarden Schilling. So, meine Damen und Herren, sieht in Wirklichkeit die Budgetwahrheit und die Budgetklarheit dieser Regierung aus.

Die Demonstrationen haben uns aber gezeigt, daß wir Sozialisten doch recht gehabt haben, als wir bereits im vergangenen Jahr und auch schon Jahre vorher von der Konzeptlosigkeit einer solchen Agrarpolitik gesprochen haben. Durch den Einsatz immer höher werdender Subventionsbeträge wurde eine immer größere Produktion bei Milch und Getreide hervor-

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

gerufen, deren Verwertung immer höhere Kosten verursacht. Ich will nur erwähnen, daß der Weizenüberschuß 120 Millionen Schilling erfordert, um den Mahlweizen wieder zum Futterweizen zu „degradieren“. Aber unsere Vorschläge, diese Beträge für eine entsprechende Agrarstrukturbereinigung einzusetzen, um ein Zurückbleiben der Arbeitseinkommen eines Teiles der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen zu verhindern, wurde von Ihnen, meine Herren vom Bauernbund, mit einer Handbewegung hinweggewischt und darauf nicht reagiert.

Heute hat sich der Herr Landwirtschaftsminister Schleinzner bemüht, nachzuweisen, wieviel auf diesem Agrarstrukturbereinigungssektor schon geschehen ist. Seit Jahren haben wir Sozialisten davon gesprochen, daß die zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Grünen Plan zur Aufstockung, Kommassierung, Zusammenlegung und Flurbereinigung verwendet werden sollten, um familiengerechte Vollerwerbsbetriebe zu errichten. Es ist Tatsache, daß erst genügend arrondierte Flächen den Einsatz von Maschinen rechtfertigen.

Um die Zusammenlegung von Grundstücken und die Aufstockung zu fördern, haben wir seit Jahren die Errichtung einer Bodenbank oder eines Bodenfonds — wie immer Sie es nennen wollen — verlangt, eine Bank, die in die Lage versetzt wird, langfristige Kredite zu gewähren, um neue Grundstücke für notwendige Aufstockungen anzukaufen. Und es gibt genug Grundstücke, Herr Landwirtschaftsminister, denn es werden immer wieder Höfe frei, die Leute weichen von den Höfen, und die Grundstücke stehen zum Verkauf.

Aber in dieser Beziehung ist auch nichts geschehen. Es wurde wohl sehr, sehr salbungsvoll — entschuldigen Sie mir den Ausdruck, Herr Minister — von Ihnen im Ausschuß gesagt, daß auf diesem Sektor sowieso alles in bester Ordnung sei — heute haben Sie das wiederholt — und daß der Verbesserung der Agrarstruktur ein ganz besonderes Augenmerk zugewendet werde.

Sie haben — korrekterweise muß ich das feststellen — erklärt, daß noch immer 400.000 ha zusammenzulegen sind. Wenn das Tempo, das bisher bei der Zusammenlegung geherrscht hat, weiter verbleibt, dann werden wir in 20 Jahren so weit sein, daß vielleicht das letzte Hektar zusammengelegt worden ist. Bis dahin wird sich allerdings einiges geändert haben. Wir werden vor einer ganz anderen Situation stehen, und vielleicht sind an Stelle der Erzeugergemeinschaften oder Erzeugergenossenschaften bereits Agrarindustrien — um überhaupt existieren und im Konkurrenz-

kampf bestehen zu können — entstanden. Das wissen wir alle derzeit nicht.

Meine Damen und Herren! Ich denke hier an die Vorschläge, die der Vizepräsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Doktor Mansholt, der für die Landwirtschaft in der Gemeinschaft die Verantwortung trägt, gemacht hat, und die dieser in die Tat umsetzen will. Mansholt schlägt vor, das Ausmaß der landwirtschaftlichen Nutzung zu ändern, die Landwirtschaft nicht mehr länger eine Lebensart sein zu lassen, sondern sie in eine Industrie umzuwandeln, den Bauern und landwirtschaftlichen Arbeitern die Freizeit zu geben, die andere haben, und dabei gleichzeitig die Kosten der Gemeinschaft für Nahrungsmittel und Subventionen herabzusetzen. Zu einem Zeitpunkt, in dem die Kosten für die landwirtschaftlichen Subventionen immer höher werden, erscheint der Plan Dr. Mansholts eigentlich wie das Austreiben des Teufels mit dem Beelzebub, denn er sieht von 1972 bis 1975 wesentlich höhere Beträge vor und erst nach diesem Zeitpunkt meint er Geld einzusparen.

Der neue Mansholt-Plan will eine Vision einer neuen Industrie für Europa mit Produktionseinheiten, die das zehnfache Ausmaß des gegenwärtigen Standes erreichen sollen.

Hier darf ich den Kollegen Leitner berichtigen, der gestern erklärt hat, 60 ha wären sehr groß. Das ist auch schon überholt, Herr Kollege! Denn Mansholt ließ keinen Zweifel daran, welche Größenordnungen er anstrebt. Er meinte, man muß zu anderen Produktionseinheiten kommen: drei, vier, fünf und mehr Familien zusammenfassen und dann Höfe mit 120 Kühen, 500 Schweinen und 80 bis 100 ha Agrarland bilden. Gemessen an den Größenordnungen in anderen Wirtschaftsbereichen sei das keineswegs übertrieben, meinte Mansholt. Er meinte, wenn man die Entwicklung der Industrie sehe, so sei das klein und es bleibe klein.

Meine Damen und Herren! Nun das Interessante: Selbst die Bauernverbände in der Gemeinschaft vertreten die Auffassung, daß die Fusion von Höfen unter bestimmten Voraussetzungen durchaus angebracht sein könne und deshalb auch durch staatliche Maßnahmen nicht behindert werden solle. Ich glaube, daß das eine Revolution ist. Aber um diese Revolution durchsetzen zu können und gleichzeitig den heiligen immerwährenden Grundsatz der freien Wahl für die Bauern zu berücksichtigen, werden sehr kostspielige Maßnahmen erforderlich sein. In seinem Plan sieht Dr. Mansholt nämlich Investitionszuschüsse bis zu 60 Prozent vor. Er ist aber der Meinung, daß eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Bauern von ihrem Land freizubekom-

10086

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

men. Und etwas, was scheinbar für die Gemeinschaft neu ist — von uns aber ständig wiederholt wurde —, nämlich Umschulungsaktionen vorzunehmen, Pensionen für die Bauern vom 50. bis 60. Lebensjahr, also Maßnahmen — wie ich sagte —, die wir Sozialisten schon seit Jahren verlangt haben, müssen zu diesem Zweck vorgenommen werden.

Außerdem muß ein Anreiz für alle jene geschaffen werden, die das Land verlassen und ihr Land — wie er sich ausdrückte — an sogenannte „Werkstätten“ verpachten, anstatt zu verkaufen. Für solche Produzenten sind direkte Hilfen vorgesehen. Gleichzeitig will man aber Maßnahmen ergreifen, um jene Mentalität zu ändern, die sich darauf festgelegt hat, daß der Bauer gleichzeitig auch Eigentümer sein muß. Das will man durch die Schaffung von landwirtschaftlichen Gesellschaften ändern, damit diese Gesellschaften zusätzliches Investitionskapital an sich ziehen können.

Die Gefahr dieses Planes besteht allerdings darin, sofern er nicht sehr streng und rigoros durchgeführt wird, daß die gegenwärtige Überschußproduktion nur verstärkt wird und die Europäische Gemeinschaft weiterhin hohe Preise diesen „Produktionseinheiten“ und auch jenen Bauern zu zahlen hat, denen es nicht gelingt, sich automatisch auf Grund dieser eingeleiteten Maßnahmen umzustellen.

Mansholt kommt zur Auffassung, daß man dem dadurch abhelfen könnte, daß ein Sechstel der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Gemeinschaft aus der Produktion gezogen werden müsse. Damit Sie sich aber eine Vorstellung davon machen können, wie groß diese Fläche ist, will ich gleich dazusagen, daß dieses Sechstel gleich der Fläche ganz Belgiens ist. Er ist der Meinung, daß die Ausführung dieses Planes nicht sehr einfach ist, weil bereits heute schon holländische, belgische und auch deutsche Bauern nach Frankreich gehen und dort nichtgenutzte Flächen bereits landwirtschaftlich zu nutzen beginnen.

Der Schlüssel zum Mansholt-Plan wird in der zeitgerechten Einsetzung der Maßnahmen und vor allem der Produktionsbegrenzung, wieviel Kraft dieser Revolution gegeben werden kann und ob es wirklich möglich sein wird, die Preise nach 1972 so zu senken, wie es sich Mansholt erhofft, zu finden sein. Seine einzige Trumpfkarte, die er hat, ist das Argument, daß sein Plan, auf lange Sicht gesehen, billiger kommt als die derzeitigen und noch zu erwartenden Subventionen.

Mansholt meint, daß zum Zwecke der Produktionsbegrenzung in der EWG zurzeit 4 Millionen Kühe aus der Produktion genommen werden müssen, um den Milchüberschuß

zu beseitigen. Mansholt sprach auch bei Getreide von der Anpassung der Anbauflächen an den Bedarf. Ein solches Programm werde Milliarden kosten, sei aber auf die Dauer wesentlich vernünftiger, als für Preisgarantien ständig wachsende Beträge unproduktiv auszugeben.

Damit Sie sich ein Bild davon machen, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen sagen, daß sich die Kosten der gemeinsamen Agrarpolitik im Jahre 1968/69 um 45 Prozent erhöht haben und fast 9,8 Milliarden D-Mark ausmachen. Dieser Anstieg ist bekanntlich im wesentlichen auf die höheren Ausgaben für die Markt- und Preispolitik zurückzuführen, die mit über 8 Milliarden D-Mark die des Vorjahres um 2,8 Milliarden D-Mark übersteigen.

Wie aus dem Ende Oktober veröffentlichten Haushaltsvoranschlag der EWG hervorgeht, ist Getreide vorerst noch das teuerste Marktordnungsprodukt. Dafür werden nämlich im Wirtschaftsjahr 1968/69 noch 2,67 Milliarden D-Mark aufgewendet werden müssen.

An zweiter Stelle steht die Milch. Hier werden nur 2,5 Milliarden D-Mark aufgewendet werden müssen. Die Milchrechnung wäre wahrscheinlich noch bedeutend höher ausgefallen, wenn die Milchmarktordnung wie vorgesehen am 1. April und nicht wie de facto am 29. Juli in Kraft getreten wäre.

Im übrigen fällt bei den Milchausgaben auf, daß der Ansatz in dem Etatentwurf der Brüsseler Behörde um 1 Prozent unter dem Betrag von 2,52 Milliarden D-Mark liegt. Dieser Betrag wurde nämlich vom Europäischen Ministerrat als das sogenannte Alarmsignal bezeichnet: Sobald diese Summe erreicht ist, soll die Marktpolitik neu durchdacht und geordnet werden. In diesem Zusammenhang ist aber noch zu berücksichtigen, daß die Partnerländer außer den im Haushalt der Gemeinschaften vorgesehenen 2,5 Milliarden D-Mark für Milchprodukte noch 860 Millionen D-Mark aus ihren nationalen Etats für den Abbau der Buttevvorräte aufzubringen haben.

Die erste Aussprache über die Neuorientierung der Agrarpolitik nach Mansholt im Kreise der 14 Kommissare brachte zunächst nur Klarheit über einige Grundsätze. Man war sich einig, daß möglichst rasch ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage erreicht werden soll, wobei die Mittel nicht näher präzisiert wurden. Des weiteren müsse den Landwirten in der EWG in irgendeiner Weise ein angemessenes Einkommen gesichert werden, und Maßnahmen werden zu entwickeln sein, die den Anpassungsprozeß für die Landwirtschaft und für die Volkswirtschaft tragbar machen.

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

In Anbetracht der sehr beachtlichen Produktionsreserven bei Milch in der EWG und der begrenzten Absatzmöglichkeiten im In- und Ausland wird die Wirtschaftsgemeinschaft auf die Dauer nicht um die Beschränkungsmaßnahmen herumkommen, ebenso wie Österreich.

Diese Ansicht vertrat auch der Vorsitzende des Bundesausschusses für Agrarpolitik der CDU — meine Herren, hören Sie zu! — der Herr Staatsminister a. D. Gustav Niermann, neuer Präsident des Verbandes der europäischen Landwirtschaft, Anfang November auf der Jahresversammlung der Bundesversammlung der deutschen Milchindustrie. Das sei schon deshalb notwendig, meinte er, weil spätestens ab 1970 die Ausgaben des EWG-Agrarfonds in der Höhe begrenzt werden würden.

Eine Begrenzung der Stützungsmaßnahmen und damit der Preis- und Absatzgarantie würde aber praktisch auf eine unsichtbare „Kontingentierung“ der Milcherzeugung hinauslaufen, weil auf dem Weltmarkt bei den derzeitigen Preisen für Butter und Magermilchpulver keine Verwertung erzielt werden kann.

Um mittelfristig die Produktion zu drosseln, plädierte Niermann dafür, den aufgabewilligen Bauern durch gezielte Anreize ein Ausscheiden aus der Milchwirtschaft zu erleichtern. Die wichtigste Maßnahme stelle in diesem Zusammenhang die vorübergehende Gewährung einer Schlachtpremie für Milchkühe in Höhe von etwa 1000 DM je Kuh dar. Damit müsse allerdings die Auflage gekoppelt werden, daß die Betriebe über einen längeren Zeitraum kein Milchvieh mehr einstellen. Damit nicht andere Höfe umso stärker in die Milchproduktion einsteigen, wäre es technisch möglich, mit der Inanspruchnahme einer Abschlachtpremie auch die Lieferrechte zum Richtpreis, wie er draußen in der EWG-Gemeinschaft vorgeschrieben ist, an die Molkereien fallen zu lassen. Als Kontrollinstanzen wären in erster Linie, so meinte er, die Erzeugergemeinschaften und ihre Vereinigungen zuständig.

Auch der französische Landwirtschaftsminister Robert Boulin vertrat die Auffassung, daß die bisherige Stützungs politik auf die Dauer nicht fortgesetzt werden kann. Trotz der schwindelerregenden — ich bitte Sie, jetzt sehr genau achtzugeben! — hohen Belastungen der öffentlichen Haushalte sei es bisher nicht möglich gewesen, den Kleinbauern über den Preis ein ausreichendes Einkommen zu sichern.

Meine Damen und Herren! Was sagen wir Ihnen immer wieder? Aus dem Ausland müssen Sie das alles hören?

Die Ausführungen Boulins lassen den Schluß zu, daß er über kurz oder lang einen Zusammenbruch der EWG-Agrarpreispolitik erwartet, weil die Partnerländer nicht bereit, aber auch nicht in der Lage sind, noch höhere Mittel für Interventionen aufzubringen.

Auch die OECD hat sich in Paris mit der landwirtschaftlichen Überproduktion eingehend befaßt. Der Generalsekretär dieser Organisation, Kristensen, warnt vor einer gefährlichen Entwicklung, die sich durch die zunehmenden Agrarüberschüsse anbahnt. Er meinte, diese Überschüsse seien auf überhöhte Agrarpreise zurückzuführen, und das trotz einer laufenden Strukturverbesserung in der Landwirtschaft. Das käme daher, weil die Agrarpreise nicht echte, sondern politische Preise seien. Die staatliche Stützung dieser Preise rege zur risikolosen Überproduktion an.

Der Generalsekretär der OECD stellte weiters fest, die Preisstützungspolitik in der Landwirtschaft sei ein Mißerfolg, weil sie auf sozialem Gebiet versage. Er sagte wörtlich: Von der Preisstützung profitierten nämlich nur die agrarischen Großbetriebe, die ohnehin rentabel arbeiten, während sich die Lage der kleinen Landwirte dadurch nicht verbessert habe.

Es zeichnet sich demnach in der EWG-Agrarpolitik ein ganz dramatischer Kurswechsel ab. Um einen weiteren Anstieg der Produktion und damit der Kosten für Marktinterventionen, Exporterstattungen und produktgebundenen Beihilfen entgegenzuwirken, soll der Strukturpolitik in Zukunft eine immer größere Bedeutung eingeräumt werden.

Die Pläne Mansholts laufen darauf hinaus, die Aufwendungen für die Markt- und Agrarpolitik stufenweise zu verringern, sodaß nach einigen Jahren der doppelte Betrag für Strukturmaßnahmen im weitesten Sinne des Wortes zur Verfügung stehe.

Man geht in Brüssel dabei von der Annahme aus, daß die Partnerländer nicht bereit sein werden, ihre Beiträge zum EWG-Agrarfonds über den für 1969/70 geschätzten Gesamtbetrag von rund 12 Milliarden D-Mark hinaus zu erhöhen. Davon sollen nach einer gewissen Übergangszeit nur noch 4 Milliarden D-Mark für die Marktpolitik eingesetzt werden, während 8 Milliarden D-Mark für soziale und strukturelle Hilfen bestimmt sind.

Nach Mansholts Plan sollen innerhalb von zehn Jahren 4 Millionen Erwerbstätige die Landwirtschaft verlassen. Im besonderen sollen die älteren Landwirte vorzeitige und zusätzliche Altersrenten erhalten, damit sie ihren Betrieb aufgeben.

10088

Nationalrat. XI. GP. — 121. Sitzung -- 10. Dezember 1968

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

Auch Wissenschaftler — ich erinnere Sie an das Professorengutachten der EWG vom Jahre 1962 im Zusammenwirken mit der Bundesrepublik Deutschland — haben diese Probleme behandelt und die Agrarpolitiker sehr eindringlich vor der Illusion gewarnt, daß das Einkommensproblem mit Hilfe der Preispolitik gelöst werden könne.

Dabei ist nicht gesagt worden, daß auf Preispolitik verzichtet werden könne oder solle, wie es häufig hingestellt wird, sondern daß ihre Möglichkeiten begrenzt und praktisch bereits erschöpft sind.

Mit Nachdruck wurde dann darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, die Öffentlichkeit, insbesondere die Landwirtschaft über die zwangsläufige Entwicklung aufzuklären. Denn nur, wenn die Betroffenen die kommende Entwicklung genau und klar erkennen, können sie sich darauf einstellen, und nur unter dieser Voraussetzung können Hilfsmaßnahmen der öffentlichen Hand auf fruchtbaren Boden fallen. Wörtlich wurde in diesem Gutachten gesagt: „Das ist zwar unbequem und bringt wenig Dank ein, ist aber doch das einzige Mittel, die Betroffenen vor Enttäuschungen und Schäden zu bewahren.“

Aber dieser Appell wurde nicht beachtet. Die so wichtige Aufklärung der Betroffenen ist nicht erfolgt, so wie in Österreich, sondern sie ist sogar verhindert worden, sonst hätte es keine Bauernunruhen gegeben. Die Landwirte wurden in der Illusion gelassen, wenn nicht sogar bestärkt, daß ihnen mit Hilfe der Preispolitik paritätische — also mit dem Wirtschaftswachstum zunehmende Einnahmen verschafft werden könnten. Öffentliche Mittel und Maßnahmen wurden nicht konsequent auf die Beschleunigung und Erleichterung der Anpassung der Landwirtschaft an die sich ständig ändernden Bedingungen ausgerichtet. Im Gegenteil, die Zusage von direkten Einkommensübertragungen ohne Aufklärung und in Verbindung mit gezielten Anpassungshilfen dürfte eher eine die Anpassung verhindernde Wirkung gehabt haben.

Meine Damen und Herren! Fällt Ihnen hier nicht auf, wie ähnlich es sich bei uns in Österreich verhält? Auch bei uns werden die Landwirte nicht aufgeklärt, und es wird ihnen die volle Wahrheit verschwiegen. Wer ist denn hier der Schuldige? Doch nur die Regierung und der Bauernbund, die es verabsäumt haben ... (*Abg. Anton Schlager: Die klären doch auf!*) Ja, das hat man gemerkt, wie Sie aufklären! (*Abg. Anton Schlager: Ihre Abgeordneten klären doch auf!*) Wir sind ja zuwenig, um einen Widerhall in Ihren massierten Reihen zu finden. Jeden-

falls können wir hier ein bißchen die Schläfrigkeit aufwecken, was Sie dann draußen weitergeben sollen.

Meine Damen und Herren! Wenn man all diese Tatsachen kennt und die sich daraus ergebenden Folgen richtig beurteilt, wundert man sich, daß Sie, Herr Minister, und die Funktionäre Ihres Bauernbundes immer wieder in die Richtung der EWG schielen und alles daransetzen, in die Gemeinschaft aufgenommen zu werden. Ich glaube nicht, daß in dem scharfen Wind des Wettbewerbes und der sich ergebenden raschen Strukturänderungen unsere Landwirtschaft wird bestehen können. Dann wäre es vorbei mit der Preis- und Absatzgarantie, wie wir sie in Österreich haben, vorbei mit der Tatsache, daß sich die Bauern um die Verwertung der Überschüsse und des Absatzes nicht zu kümmern brauchen. Wären Sie, meine Herren von der Landwirtschaft, in der EWG, dann gäbe es für Trinkmilch nur eine gesetzliche Preisregelung. Bei Butter besteht zwar eine gewisse Beeinflussung durch die Festsetzung eines Interventionspreises, die Marktpreise können jedoch sehr beachtlichen Schwankungen unterliegen. Die Einzelhandelspreise bilden sich aber frei nach Angebot und Nachfrage. Auch der Milcherzeugerpreis unterliegt keiner direkten Regelung. Im dritten Quartal 1968 betrug er nämlich in der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel 37 Pfennig ab Hof, obwohl der Richtpreis 41,5 ist. Von diesem Preis müssen Sie noch zirka 4 Pfennig in Abzug bringen, damit Sie den Preis, wie wir ihn haben, frei ab Molkerei bekommen, sodaß der tatsächliche Erzeugerpreis um 33 Pfennig schwankt. Unsere Bauernschaft wäre mit einer solchen Regelung und mit solchen Preisen kaum zufrieden.

Hohes Haus! Man hat uns immer, und heute besonders wieder der Herr Kollege Hofstetter, vorgeworfen, daß wir Sozialisten alle Maßnahmen der ÖVP-Alleinregierung kritisieren, sie schlecht machen und an nichts ein gutes Haar lassen. Das aber stimmt keineswegs. Wir kritisieren nicht, sondern wir beurteilen nur kritisch, und das ist ein kleiner Unterschied, meine Damen und Herren, und wir rücken die Probleme ins rechte Licht und bezeichnen sie mit jenen Namen, die ihnen zukommen.

Mit meinen heutigen Ausführungen habe ich nicht nur unsere Auffassung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation ... (*Abg. Anton Schlager: Ist der Mansholt-Plan Ihre Auffassung?*) Kollege Schlager! Sie kommen zwangsläufig wie die ganze EWG ... (*Abg. Anton Schlager: Sie haben zuerst über den Mansholt-Plan gesprochen! Ist das Ihre Auf-*

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

fassung oder nicht?) Ich habe Ihnen erklärt: Sie kommen zwangsläufig in eine solche Situation, in die die EWG gelangen wird. Sie werden aus der Entwicklung ersehen, welchen Weg Sie schreiten werden. *(Abg. Anton Schlager: Sie haben mich nicht verstanden!)* O ja, ich habe Sie sehr genau verstanden. Für so blöd dürfen Sie mich doch nicht halten, daß ich Sie nicht verstanden hätte! *(Abg. Anton Schlager: Sie haben jetzt gesagt, Sie haben die Meinung Ihrer Partei zum Ausdruck gebracht! In Wirklichkeit haben Sie den Vorschlag Mansholt hier interpretiert!)* Nicht nur, Herr Kollege! Es ist ein Zeichen, daß Sie nicht immer hier waren, Sie hätten sonst viele Dinge hier gehört, die unabhängig vom Mansholt-Plan waren. Ich habe Ihnen nur vor Augen geführt, wie es Ihnen ergehen wird, wenn Sie, wie Sie immer so hinüberschielen, dort wirklich hineinkommen werden. Sie haben mir leider nicht zugehört, sonst hätten Sie diese Frage weder rhetorisch noch hinterrücks stellen können! *(Abg. Anton Schlager: Ich möchte wissen, ob das auch Ihre Auffassung ist! Ja oder nein? Sie haben nur vom Mansholt-Plan gesprochen!)* Das ist doch nicht wahr! Das ist ein Zeichen, daß Sie mir wirklich nicht zugehört haben. Ich habe eine ganze Reihe von Fakten aufgezählt, wie sie in Österreich sind. Ich habe Ihnen aufgezählt, was sich die Gemeinschaft vorstellt oder der Herr Mansholt sich vorstellt. Welche Resumes die Gemeinschaft zieht, ist ja ihre Sache, nicht meine. Ich habe Ihnen mitgeteilt, daß die Bauernverbände dort bereits mit diesem Gedanken schielen, und Sie werden sehen: Es wird nicht allzulang dauern, und Sie werden mit ähnlichen Gedanken auch zum Schielen anfangen. *(Abg. Anton Schlager: Ich frage, ob Sie diese Auffassung für richtig halten! — Abg. Libal: Du kriegst zu Weihnachten unser Wirtschaftsprogramm, da setzt du dich unter den Christbaum und studierst! — Abg. Anton Schlager: Aber Otto! Davon verstehst du wirklich nichts! — Heiterkeit.)* Aber Sie anscheinend auch nicht! *(Abg. Anton Schlager: Nur Zwischenrufe um der Zwischenrufe willen machen, ist doch zu billig!)* Kollege Schlager! Darf ich jetzt fertigreden? Es dauert nur noch eine Minute, dann können Sie herunterkommen und stundenlang reden. — Sehr liebenswürdig.

Ich habe also, wie ich erwähnte, mit meinen Ausführungen nicht nur unsere Auffassung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation — der wirtschaftlichen Situation! —, sondern Ihnen auch die Meinung von bedeutenden Männern des Auslandes, dessen Lage ähnlich ist wie unsere, klargestellt. Damit habe ich aber auch gleichzeitig, meine Damen und

Herren, Aspekte zur Lösung unserer Probleme aufzeigen wollen und mich also nicht bloß auf destruktive Kritik beschränkt, sondern eine große Anzahl von Alternativen geboten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Pansi das Wort.

Abgeordneter Pansi (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, die vor 24 Stunden begonnene Debatte zum Kapitel Agrarpolitik beziehungsweise Landwirtschaft wesentlich zu verlängern. Es erscheint mir aber doch notwendig, auf einige Ausführungen, die hier von ÖVP-Abgeordneten gemacht worden sind, einzugehen und sie richtigzustellen.

Sie von der rechten Seite haben uns mehrmals vorgehalten, daß wir uns ständig in der Agrarpolitik in Widersprüchen befinden. Sie nicken mit dem Kopf; ich habe also richtig zitiert. *(Abg. Dr. Gruber: Das werden wir noch öfter sagen!)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben aber gleich zu Beginn meiner Ausführungen wiederholt und mehrere Abgeordnete zugleich behauptet, wir hätten alles von Ihnen abgeschrieben. *(Abg. Benya: Es wäre nicht viel dort gewesen!)* Ich habe dann gesagt: Wo haben wir abgeschrieben? Ich kenne ja kein Programm von Ihnen. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Wir kennen Ihres, aber Sie unseres nicht!)*

Aber nehmen wir nun an, es wäre richtig, was Sie behaupten. Dann klären Sie mir bitte Ihre Widersprüche auf, wie Sie dann in der Lage sind, unser Programm kritisieren zu können, wenn es ohnehin von Ihnen abgeschrieben ist! Wie geht das? Bitte wollen Sie uns diesen Widerspruch einmal aufklären, dann werden wir uns wahrscheinlich wesentlich leichter reden. *(Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)*

Der Herr Abgeordnete Grundemann und auch der Herr Abgeordnete Nimmervoll sind auch auf das Werkzeugpauschale für die Forstarbeiter zu sprechen gekommen. Ich muß es sehr bedauern, Herr Abgeordneter Grundemann, daß Sie als ehemaliger Funktionär des Arbeitgeberverbandes und selbst als Waldbesitzer diese Frage so bagatellisieren. Es ist geradezu eine Beleidigung des Hohen Hauses, Herr Abgeordneter Grundemann, wenn Sie erklären, ich solle mich in dieser Angelegenheit an den Obersten Gerichtshof, wie Sie gesagt haben, es ist aber der Verfassungsgerichtshof, wenden; denn dieser hat nur festgestellt, daß die Verordnung beziehungsweise der Erlass, in dem früher das Werkzeugpauschale als

10090

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Pansi

steuerfrei geregelt war, verfassungswidrig ist, weil er keine gesetzliche Deckung hat.

Jetzt frage ich Sie, Herr Abgeordneter Grundemann: Ist für eine gesetzliche Regelung der Verfassungsgerichtshof zuständig oder das Hohe Haus? Es gibt keinen anderen Weg, als das Einkommensteuergesetz zu ändern! Das habe ich Ihnen im Ausschuß wiederholt erklärt, und ich kann nicht annehmen, daß Sie das nicht verstehen, sondern ich nehme an, daß Sie das nicht verstehen wollen und nur jetzt das ganze in eine andere Richtung lenken wollen, wo es nicht erledigt werden kann! *(Zwischenrufe des Abg. Grundemann-Falkenberg.)* Wenn Sie das nicht glauben, wenden Sie sich an das Finanzministerium. Nur der Gesetzgeber kann diese Fragen regeln, niemand anderer! Und wenn Sie dazu nicht bereit sind, kann es leider nicht geregelt werden.

Kollege Nimmervoll! Ihnen darf ich auch folgendes sagen: Ich habe mich vor vielen Wochen an Sie gewendet und Sie gebeten, mitzuhelfen, daß diese Frage geklärt wird. Sie haben mir versprochen, im ÖVP-Klub dafür einzutreten. Ich habe aber vergebens auf eine Antwort von Ihnen gewartet, bis Sie gestern dann erklärt haben: So geht das nicht, dann wird halt nichts geschehen, und der Pansi ist dann praktisch schuld, weil er nicht gewartet hat, bis wir bereit sind, mit ihm diese Frage zu regeln. Ich darf Ihnen, Herr Abgeordneter Nimmervoll, aber erklären: Ich werde auf Grund Ihrer Erklärungen von der Einbringung des Initiativantrages absehen und bitte Sie, in Ihrer Partei in nächster Zeit dafür einzutreten, daß diese Frage geregelt wird. Ich bitte Sie aber, nicht bis zu den nächsten Budgetberatungen zu warten, sondern das noch im Laufe des Monats Jänner zu tun, damit dann die Forstarbeiter wieder so behandelt werden, wie das früher der Fall gewesen ist. Ich hoffe nur, daß Sie auch in der Lage sind, sich in Ihrer Partei für die Forstarbeiter entsprechend durchzusetzen. *(Abg. Nimmervoll: Jawohl!)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Leitner hat sich wie immer mit dem landwirtschaftlichen Schulwesen beschäftigt und versucht, wieder einmal die Sozialisten schuldig zu sprechen, daß das landwirtschaftliche Berufsschulgesetz nicht in der Form verabschiedet werden kann, wie es die ÖVP gerne wollte und wie das zugegebenermaßen seinerzeit auch beabsichtigt war.

Ich habe gestern schon bedauert, daß Sie diese für die Land- und Forstwirtschaft sehr wesentliche Frage so unsachlich behandelt haben. Sie haben schon seit einiger Zeit etwas hineingetragen, was keinesfalls stimmt. Sie versuchen nun, die Nichteinhaltung des Versprechens Drimmel in Niederösterreich mit einer

Nichteinhaltung in Wien zu koppeln. Hier liegen Sie aber völlig daneben. Bei den ganzen Verhandlungen über die Schulgesetze ist nie an dem in Wien bestehenden Zustand Kritik geübt worden. Ich wundere mich nur, daß Sie als Tiroler und als landwirtschaftlicher Lehrer sich veranlaßt sehen, für Ihre niederösterreichischen Kollegen, die nicht bereit sind, das einzuhalten, was mit der Sozialistischen Partei vereinbart worden ist, nach Argumenten zu suchen. Das bedaure ich sehr. Glauben Sie wirklich, Herr Kollege Leitner, daß das der richtige Weg ist, um von den Sozialisten die Zustimmung zu einer entsprechenden Lösung zu bekommen? Wenn man einen mit dem Hammer auf den Kopf schlägt, glauben Sie, daß er dann bereit ist, das zu tun, was man selber gerne haben möchte? *(Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner.)*

Ich darf Ihnen auch noch etwas anderes sagen. Sie sprechen nun die Sozialisten schuldig, daß es mit den landwirtschaftlichen Schulgesetzen nicht weitergeht. Ja, Herr Abgeordneter Dr. Leitner, seit wann besteht denn die Möglichkeit, paktierte Gesetze zu schaffen, wie es jetzt mit dem landwirtschaftlichen Schulgesetz für die Steiermark geschieht? Seit 1919 besteht diese Möglichkeit! Warum hat aber die ÖVP die ganze Zeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht, warum ist sie nicht den verfassungsmäßigen Weg gegangen? Und daß die Verfassung in dieser Frage so kompliziert ist, ist Ihre Schuld und nicht unsere; denn Sie haben grundsätzlich verlangt, daß das landwirtschaftliche Schulwesen anders geregelt wird als das allgemeine Schulwesen. Wäre das landwirtschaftliche Schulwesen von jeher so geregelt gewesen wie das allgemeine Schulwesen, wären wir im landwirtschaftlichen Schulwesen schon wesentlich weiter, als wir es heute sind.

Das sind die tatsächlichen Verhältnisse. Versuchen Sie also nicht, aus einem Wortbruch Ihrerseits den schwarzen Peter jetzt den Sozialisten zuzuschieben! *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner. — Abg. Wodica: In Niederösterreich ist die Vereinbarung nicht eingehalten worden! Das ist die Tatsache!)* Herr Kollege Leitner! Ich hätte den Brief des Herrn Unterrichtsministers Dr. Drimmel an den Herrn Stadtschulratspräsidenten Dr. Neugebauer hier, aber ich möchte ihn heute nicht vorlesen; wir werden noch genug Gelegenheit haben, darüber zu sprechen. Aus diesem Brief ersehen Sie eindeutig, wer schuld daran ist, daß es jetzt zu diesen Schwierigkeiten gekommen ist, denn Drimmel ist zu seinem Wort gestanden, Niederösterreich ist aber nicht zu dem Wort gestanden. Das muß einmal ein-

Pansi

deutig festgestellt werden. Versuchen Sie nicht, immer wieder irgendwelche Ausreden zu gebrauchen!

Ich darf noch hinzufügen: In diesem Brief steht kein Wort darüber, daß in Wien eine Änderung Platz greifen müßte, weil Wien nie Gegenstand der Schulverhandlungen war. Das dürfte Ihnen auch klar sein, und ich habe schon früher gesagt: Ich wundere mich, daß ausgerechnet Sie zu solchen Argumenten greifen, um die Atmosphäre noch schlechter zu machen, als sie ohnehin schon ist.

Meine Damen und Herren! Nun auch ein paar Worte zu den Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers. Herr Minister! Sie haben mit sehr eindrucksvollen Ausführungen versucht, viele Versäumnisse der Vergangenheit zu überdecken. Ich nehme Ihnen das nicht weiter übel, denn Sie sind nicht schuld an dem, was in der Vergangenheit geschehen ist, und Sie bemühen sich zweifellos, manches wieder gutzumachen. Sie weichen aber trotzdem sehr wesentlichen Fragen aus, die an Sie gestellt worden sind, Herr Minister! Ich habe während meiner Ausführungen an Sie einige Fragen gerichtet, und da diese Fragen nicht beantwortet worden sind, darf ich sie wiederholen: Werden Sie der Agrarproduktion weiterhin freien Lauf lassen, sind Sie der Meinung, daß die Agrarproduktion weiterhin gesteigert werden soll, so weit das nur möglich ist, oder sind Sie der Meinung, daß der Überproduktion mit geeigneten Mitteln Einhalt zu gebieten ist, um es dem Staate Österreich zu ersparen, daß er mit vielen hundert Millionen Schilling die Überschüsse im Ausland zu Schleuderpreisen absetzen muß? Das ist eine sehr wesentliche Frage für uns.

Das zweite, Herr Minister, ist die Frage: Werden Sie bei einem weiteren Ansteigen der Überproduktion immer wieder an den Staatshaushalt herantreten und verlangen, daß der Staat ununterbrochen seine Zuschüsse erhöhen muß, oder sind Sie der Meinung, daß die Überschüsse auf andere Art und Weise abgesetzt werden können?

Und als drittes, Herr Minister, die Frage: Welche Agrarpolitik gedenken Sie einzuschlagen, um den in der Landwirtschaft Verbleibenden einen entsprechenden Anteil am steigenden Sozialprodukt zu sichern? Ich habe Ihnen gestern die Vergleiche zwischen 1961 und 1967 genannt und festgestellt, daß der Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttonationalprodukt ständig zurückgeht, nicht nur summenmäßig — das ist eine Selbstverständlichkeit —, sondern auch pro Kopf, daß also das Einkommen der in der Landwirtschaft Tätigen im Verhältnis zu den Einkommen der übrigen Berufsgruppen immer geringer wird. Das war

das Entscheidende, bei dem von uns erklärt worden ist, daß die gegenwärtige Agrarpolitik nicht zielführend ist, weil wir der Meinung sind, daß die in der Landwirtschaft Tätigen ein Recht haben, am steigenden Lebensstandard genauso teilzuhaben wie die übrigen Bevölkerungsgruppen, daß das aber durch die gegenwärtige Agrarpolitik nicht gewährleistet ist.

Wenn Sie uns allgemein zur Last legen, daß wir gegen eine fortschrittliche Agrarpolitik wären, so ist das völlig unrichtig. Schauen Sie sich unser Agrarprogramm im Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Partei an, und Sie werden darin keinen landwirtschaftsfeindlichen Punkt finden. Im Gegenteil, ich darf noch einmal feststellen, wie ich das gestern schon getan habe. Für uns ist entscheidend: Welcher Weg führt dahin, daß wir den in der Landwirtschaft Tätigen auch wirklich ein entsprechendes Einkommen für die Zukunft sichern können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Wallner: Es liegt mir ein Antrag der Abgeordneten Dr. Withalm, Dr. Pittermann und Genossen vor, der genügend unterstützt ist und wie folgt lautet:

Es wird beantragt, die Verhandlungen über den Bundesvoranschlag für das Jahr 1969 nach Abstimmung über die Verhandlungsgruppe VIII, Land- und Forstwirtschaft, gemäß § 46 Absatz 6 Geschäftsordnungs-gesetz zu vertagen.

Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, andere, nicht den Bundesvoranschlag betreffende Vorlagen in Verhandlung zu ziehen und zu verabschieden.

Dieser Antrag ist genügend unterstützt und steht mit zur Debatte.

Zum Wort gemeldet hat sich weiter der Herr Abgeordnete Kern. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Kern (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Weihs hat zu Beginn seiner Ausführungen hier darauf hingewiesen, daß er sich im Gegensatz zu verschiedenen Rednern der Regierungspartei bemühen wird, die Probleme der Land- und Forstwirtschaft sehr sachlich zu behandeln, und hat uns indirekt den Vorwurf gemacht, als würden wir das nicht tun. Ich stimme ihm vollkommen in der Richtung bei, daß auch ich der Ansicht bin, daß man gerade die landwirtschaftlichen Probleme wirklich nur sachlich behandeln soll.

Nachdem verschiedene Redner der Oppositionspartei immer wieder und zum Schluß auch mein unmittelbarer Vorredner, der Herr Abgeordnete Pansi, hier neuerlich die Frage an den Herrn Minister gerichtet hat, ob er nicht daran denkt, die Agrarpolitik so einzurichten, daß ein entsprechend größerer Anteil am Ge-

10092

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Kern

samtbruttonationalprodukt gerade auch den bäuerlichen Menschen zugute kommt, möchte ich gleich eingangs zu dieser Frage einige grundsätzliche Bemerkungen machen, um hier nachzuweisen, daß die Problematik der Agrarpolitik eine sehr schwierige ist.

Ich möchte an die Worte, die der Herr Minister am Schluß seiner Ausführungen gesagt hat, anknüpfen: Die Probleme der Landwirtschaft und der Agrarpolitik können nicht isoliert, sie müssen im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft und deren Entwicklung gesehen werden.

Das wirtschaftliche Geschehen der Gegenwart ist von einem tiefgreifenden Prozeß der Strukturwandlung gekennzeichnet. Die Schwerpunktverlagerung vom primären Sektor, das ist die Urproduktion, die Landwirtschaft und der Bergbau, zum sekundären Bereich Gewerbe und Industrie und zum tertiären Bereich Dienstleistungen sind Kennzeichen einer wachsenden Industriegesellschaft. Die unterschiedliche Auswirkung des technischen Fortschrittes in den einzelnen Bereichen der Wirtschaft, aber auch die unterschiedlichen Verwendungsmöglichkeiten der technischen Behelfe — wir denken hier nur an die Bergbauern, die es weit schwieriger haben, Maschinen einzusetzen, als beispielsweise der Flachlandbauer — und vor allem die geänderte Nachfrage machen die Landwirtschaft zu einem konjunkturell benachteiligten Zweig der gesamten Volkswirtschaft. Mit anderen Worten gesagt: Die Landwirtschaft kann auf Grund der besonderen Verhältnisse weder industriegleich produzieren und sie kann noch weniger industriegleich verkaufen. Der Anteil der Ausgaben für Agrarprodukte gemessen an den Gesamtausgaben der Bevölkerung ist bekanntlich rückläufig.

Ich möchte hier nur zwei Ziffern nennen: In Österreich betragen die Ausgaben für Agrarprodukte noch im Jahre 1950 fast 50 Prozent der Gesamtausgaben, im Jahre 1966 waren es nur mehr 36 Prozent. Wir wissen, daß in großen Industriestaaten, in Amerika beispielsweise, dieser Prozentsatz sich noch mehr vermindert hat. Dadurch ist es auch schwierig, die Preise für die Agrarprodukte auch im Sinne der Bauern entsprechend gestalten zu können. Andererseits hat aber die Landwirtschaft die höheren Preise für ihre Bedarfsartikel zu bezahlen, die sich auf Grund einer erhöhten Nachfrage nach diesen Industriewaren und gewerblichen Artikeln entsprechend entwickelt haben und entwickeln.

Ich möchte dazu nur ein Beispiel nennen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich habe vor einigen Jahren hier von diesem Pult aus darauf hingewiesen, daß die Baumeisterstunde im Jahre 1956 in meinem Gebiet 14 bis

15 S gekostet hat. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, was die Baumeisterstunde heute im Jahre 1968 kostet. Dasselbe wäre von der Mechanikerstunde zu sagen, und so weiter und so fort.

Trotzdem darf ich sagen, daß es auf Grund unserer Agrarpolitik möglich war, das Betriebseinkommen pro Arbeitskraft von 19.000 S im Jahre 1961 auf 29.000 S im Jahre 1967 zu steigern.

Ich möchte auch noch auf einige Sätze des Niederösterreich-Planes eingehen. Darin wird das erstrebenswerte Einkommen der Bauern in Niederösterreich mit einer Summe von etwa 30.000 S beziffert, das heißt also, daß das Durchschnittseinkommen der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft derzeit schon fast die Grenze des Betrages erreicht hat, der von den Sozialisten als erstrebenswert vorgesehen wäre. (*Abg. Konir: Das ist ein Irrtum! Dort steht „Mindesteinkommen“!*) 30.000 S, Herr Professor, das steht drinnen. Absolut ist das Einkommen in der Landwirtschaft auch gestiegen, relativ allerdings bleibt das Einkommen der Landwirtschaft zurück, und das ist nicht nur in Österreich so, das ist leider Gottes in allen Industriestaaten so. Die Probleme und Schwierigkeiten, die sich aus diesen Umstellungsproblemen ergeben, sind, wie gesagt, in allen Industriestaaten gleich. Es ist daher völlig falsch, wenn hier von einem Versagen der österreichischen Agrarpolitik geredet wird.

Beim Studium der Grünen Berichte von 1961 bis zum Jahre 1967 kommt man darauf, wie groß die Dynamik und die Dimension dieses Umstellungsprozesses in der Land- und Forstwirtschaft ist. Die Verminderung der Arbeitskräfte ist seit 1961 mit 360.000 Menschen zu beziffern. (*Abg. Pansi: Das ist ein großer Irrtum!*)

Hier darf ich doch auch auf die menschlichen Probleme dieses Umstellungsprozesses hinweisen. Diese Umstellung ist sowohl für die Abgewanderten, die sich eine neue Arbeitsstätte und eine neue Wohnstätte schaffen müssen, sehr, sehr schwierig. Es ist aber auch für viele Bauern, besonders für die ältere Generation, wo vielleicht der letzte Sohn abgewandert ist, sehr schwierig, die Arbeit auf dem Hofe allein zu bewältigen.

Neben diesen menschlichen Problemen, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich auch noch auf eines besonders hinweisen: Der Kapitaltransfer, der hier von meinem Kollegen Herrn Staatssekretär Minkowitsch von dieser Stelle aus auch schon einmal mit Ziffern belegt worden ist, ist sehr beachtlich, er geht in die Milliarden Schilling!

Kern

Und noch ein weiteres Problem ergibt sich aus der ganzen Entwicklung: Die Landwirtschaft erzielt mit weit weniger Arbeitskräften, dafür aber mit einem viel höheren Kapitaleinsatz für Maschinen, Handelsdünger, für besseres Saatgut und besseres Vieh höhere Erträge; sie braucht diese höheren Erträge, um die gestiegenen Bedarfsmittelkosten, die hier erwachsen, abdecken zu können. Die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft ist um 30 Prozent gestiegen, relativ so stark wie in der Industrie. Man kann sagen, daß aus dem arbeitsintensiven Selbstversorgerbetrieb von einst ein kapitalintensiv geführter Betrieb geworden ist, der in erster Linie für den Markt erzeugt. Es werden doch 88,4 Prozent der gesamten Agrarprodukte vermarktet, verkauft.

Von 1961 bis 1967 hat die Landwirtschaft 26 Milliarden Schilling für Maschinen ausgegeben. Die Ausgaben für Gewerbe- und Industrieartikel betrugen im Jahre 1951 8,1 Milliarden Schilling, im Jahre 1961 19,1 Milliarden Schilling. Das ist in zehn Jahren eine Steigerung um 11 Milliarden Schilling! Ich glaube, meine Damen und Herren, daß gerade aus dieser Zahl die Bedeutung der Landwirtschaft als Konsument ersichtlich ist.

Natürlich sind wir gerade auch aus diesen Gründen sehr empfindlich gegenüber verschiedenen Erhöhungen, die diesen Sektor betreffen. Die Landwirtschaft hat sich schon lange bemüht, sich diesen veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend anzupassen und diese Probleme zu lösen. Es ist die Aufgabe der Agrarpolitik, die Bauern dabei entsprechend zu unterstützen.

Unsere Agrarpolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat sich auf vier Schwerpunkte gestützt. Sie hat ein Konzept für die Bildungs-, die Struktur- beziehungsweise Investitions-, die Markt- und die Sozialpolitik.

Ich möchte nun — nur ganz kurz — ergänzend zu den Ausführungen meiner Herren Kollegen, die dieses Problem zum Teil schon behandelt haben, vom Blickwinkel des Niederösterreichers aus doch noch auch auf diese strukturpolitischen Probleme eingehen.

Bekanntlich hat die Strukturpolitik insbesondere den Zweck, die Initiative des bäuerlichen Unternehmers entsprechend zu unterstützen. Wir haben vor einigen Wochen in Niederösterreich, und zwar in meinem Bezirk in der Gemeinde Neidling die 500. Kommassierung übergeben. Seit 1946 sind in Niederösterreich in 351 Verfahren 167.000 ha Grund zusammengelegt worden. Dazu wurden 150 Millionen Schilling Eigenmittel von den Bauern aufgebracht. Von 1891 — in diesem Jahr fand die erste Kommassierung in Nieder-

österreich statt — bis 1946, in 55 Jahren also, wurden nur 130.000 ha Grund kommassiert. Aus diesen zwei Zahlen erkennen Sie, daß sich das Tempo der Kommassierung in den letzten Jahren sehr wohl vergrößert hat.

Es wurde heute schon darauf hingewiesen, daß wir in Österreich, im gesamten Bundesgebiet, noch 400.000 ha Grund zu kommassieren haben. Ein schnelleres Tempo der Zusammenlegung ist vor allem wegen des Mangels an technischem Personal nicht möglich. Es ist also nicht vor allem eine Geldfrage, sondern es ist eine Frage der Aufbringung des notwendigen technischen Personals.

Wir haben auch auf dem Güterwegesektor — das wurde heute auch schon erwähnt; ich brauche das nicht mehr zu wiederholen — ebenfalls ganz bedeutende Fortschritte erzielt. Ich möchte aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen doch an Hand von einigen Beispielen vor Augen führen, wie groß die Eigenleistungen mancher Bauern sind. Ich habe hier vier Beispiele aus dem Bezirk Kirchberg an der Pielach. Es handelt sich durchwegs um Betriebe, die eine Größenordnung von etwa 30, 35 und auch 40 ha aufweisen und einen Viehbestand von 15 bis 20 Stück Großvieh haben. Hier sind Eigenleistungen im ersten Beispiel von 104.000 S, im zweiten Beispiel 95.000 S, im dritten Beispiel 113.800 S und im vierten Beispiel 91.800 S geleistet worden, die diese Betriebe für die Errichtung eines Güterweges erbringen mußten, damit sie den Anschluß an das öffentliche Verkehrsnetz erreichen können. Ich möchte dazu sagen, daß niemand sonst in unserem Land vergleichbare Mittel für den Anschluß an das öffentliche Verkehrsnetz auszugeben hat.

Neben der Verbesserung der inneren und der äußeren Verkehrslage, die ich hier ganz kurz aufgezeigt habe, und neben den Boden-, Klima- und Terrainverhältnissen ist für eine gute Wirtschaftsweise eine optimale Betriebsgröße Voraussetzung zur Erzielung eines höheren Einkommens. Es wurden nun gerade in Niederösterreich auf dem Aufstockungssektor in den letzten Jahren ebenfalls ganz bedeutende Fortschritte erzielt. Die Grunderwerbs-Genossenschaft am Sitze der Landeslandwirtschaftskammer von Niederösterreich und die Niederösterreichische Siedlungsgenossenschaft haben durch ihre Mithilfe, durch Vermittlung und Zur-Verfügung-Stellung von Krediten wesentlich dazu beigetragen, daß in dem Zeitraum vom Jahre 1956 bis zum vergangenen Jahr insgesamt 36.000 ha Grund in dieser Form angekauft und zirka 10.000 Betriebe aufgestockt werden konnten.

10094

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Kern

Wir wissen, daß es in den nächsten Jahren auf Grund der Tatsache, daß das Kapital im entsprechenden Ausmaß eben nicht zur Verfügung steht, nicht möglich sein wird, durch Käufe oder Ankäufe allein die Betriebe entsprechend aufzustocken. Wir wissen — und ich freue mich sehr darüber —, daß ein Entwurf des Ministeriums, der eine Regelung des Pachtrechts enthält, bereits zur Begutachtung ausgesendet ist. Ich darf aber auch noch ergänzend zu diesem Thema sagen, daß die Novellierung des Flurverfassungsgesetzes, des Siedlungs-Grundsatzgesetzes und des Güter- und Seilweggesetzes wesentlich zur Bereinigung und zur Verbesserung auf diesem Sektor beitragen wird.

Nun darf ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu diesem Thema abschließend noch auf eine Aktion hinweisen, die, glaube ich, erstmalig in Österreich durchgeführt wird. Die Vorarbeiten dazu wurden zu einer Zeit begonnen, als im Niederösterreich-Plan oder in anderen Plänen noch nichts diesbezügliches vermerkt war.

Die niederösterreichische Landeslandwirtschaftskammer hat im Jahre 1968 in 14.000 Betrieben eine als Strukturhebung bezeichnete Untersuchung durchgeführt. Das Ziel dieser Erhebung bestand nicht nur in der Erfassung wesentlicher betriebswirtschaftlicher Kriterien, sondern darüber hinaus auch der Umwelt und ihrer Einflüsse auf den Betriebsleiter und die Betriebe.

Schließlich sollte aus den gewonnenen Daten auch ein Überblick über die voraussichtliche Entwicklung in den nächsten Jahren gewonnen werden, vor allem darüber, welche Umschichtungen des internen Betriebsgefüges — Betriebsauflösungen, notwendiger Nebenerwerb und so weiter — sich ergeben werden. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen den Maßnahmen zugrunde gelegt werden, die die künftige Entwicklung der Landwirtschaft innerhalb der Gesamtwirtschaft beeinflussen und fördern können. In jenen Gebieten, in denen auf Grund einer hohen Anzahl auslaufender Betriebe und eines entsprechenden Bodenangebotes Aufstockungsmöglichkeiten vorhanden sind, sollen diese bevorzugt gefördert werden, da eine stärkere Veränderung der Betriebsgrößenstruktur, wie bereits ausgeführt, notwendig ist. In anderen Gebieten wieder, in denen diese Möglichkeiten nicht bestehen, wird auf die besonderen Chancen des Nebenerwerbes in Fremdenverkehr, Gewerbe und Industrie der Schwerpunkt der Maßnahmen zu legen sein. Gebietsweise ist auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze erforderlich.

Schließlich müssen für die aus der Landwirtschaft ausscheidenden Menschen bessere Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Nur durch den Einsatz dieser und einer Reihe anderer Maßnahmen kann man eine schnelle, reibungslose und für die bäuerliche Bevölkerung möglichst schmerzlose und von großen sozialen Härten freie Anpassung und Umstrukturierung vornehmen.

Das Land Niederösterreich hat entsprechende Maßnahmen vorbereitet. Es wird demnächst durch den Bau von drei zusätzlichen Donaubrücken die Verkehrsverbindungen zwischen Nord und Süd entsprechend ausbauen und verbessern. Es wird weiters durch die Bildung von industriellen Schwerpunkten — hier denke ich an St. Pölten und an die unmittelbar an die Stadt St. Pölten angrenzenden Gebiete sowie an den Schwerpunkt St. Pölten/Krems — möglich sein, daß die Pendler, also alle jene Menschen, die in ihrer Heimatgemeinde keine Arbeit finden können, hier in Niederösterreich einen Arbeitsplatz finden.

Welche Bedeutung die Zuerwerbsmöglichkeit für die gesamte Umstrukturierung hat, möchte ich Ihnen ebenfalls an Hand von zwei Zahlen vor Augen führen. Der Herr Minister hat darauf hingewiesen, daß sich seit dem Jahre 1953 die Zahl der Betriebe um 53.000 in erster Linie Klein- und Kleinstbetriebe vermindert hat, das ist um etwa 12 Prozent. In meinem Heimatbezirk St. Pölten liegt dieser Prozentsatz infolge der günstigen Möglichkeit der Beschaffung von Arbeitsplätzen wesentlich höher; wir können in diesem Zeitraum eine Verminderung der Zahl der Klein- und Kleinstbetriebe um 22 Prozent feststellen. Damit ist der Zusammenhang gegeben. Ich möchte Ihnen das als Ergänzung zu den Worten, die der Herr Minister heute ausgeführt hat, vor Augen führen.

Und nun darf ich, meine sehr Geehrten — es haben dies einige meiner Herren Vorredner schon getan —, doch noch mit einigen Worten auf den Niederösterreich-Plan beziehungsweise auf die Ausführungen dazu zu sprechen kommen.

Der Herr Abgeordnete Tschida hat schon darauf hingewiesen, wie problematisch hier die Vorstellungen bezüglich einer Planung und Kontingentierung sind. Ich möchte ergänzend doch auch noch einige Gedanken anfügen. Es wird vorgeschlagen, daß für den Weizenanbau Flächenkontingente festgelegt werden sollen und daß auch die Milchproduktion durch Festlegung von Viehkontingenten, also meinerseits Festlegung der Kuhanzahl, irgendwie bestimmt werden soll.

Gegen die Festlegung von Flächenkontingenten bei Weizen sprechen folgende Gründe:

Kern

Erstens spricht die Tatsache dagegen, daß wir in Österreich eine sehr ungünstige Flächen- und Betriebsstruktur gerade in den Weizenanbaubetrieben haben. Wir haben derzeit in Österreich 173.422 Betriebe, in denen Weizen angebaut wird. 98.000 Betriebe davon haben eine Weizenanbaufläche, die unter einem Hektar liegt, 33.000 Betriebe haben eine Weizenanbaufläche von insgesamt ein bis zwei Hektar. Dazu kommt, daß wir neben der Tatsache, daß wir so viele Klein- und Kleinstbetriebe haben, die Weizen anbauen, 3000 Aufkäufer haben, die den Weizen aufkaufen, daß bekanntlich die Erträge der einzelnen Weizensorten sehr unterschiedlich sind und daß die Erträge außerdem durch die Witterung bedingt sehr verschieden sind. Ich glaube, daß daraus die Problematik dieser Vorstellungen ersichtlich ist und die Schwierigkeiten, das Problem in der Form zu lösen.

Und nun noch ein Wort zur Milchviehkongingentierung. Wir haben in Österreich eine Anzahl von kuhhaltenden Betrieben, die unwahrscheinlich klingt. Ich möchte Ihnen hier die Größenordnungen der Betriebe, die Milchkühe halten, vor Augen führen. 15,3 Prozent der Milchkuhbetriebe weisen eine durchschnittliche Kuhhaltung von 1 Stück auf; 39,1 Prozent haben 2 bis 3 Kühe; 23,7 Prozent 4 bis 5 Stück Kühe; 18 Prozent haben 6 bis 10 Kühe und nur 3,6 Prozent 11 bis 20 Stück; nur 0,3 Prozent halten über 20 Kühe. Das bedeutet, das der Bundesdurchschnitt bei 4 Kühen liegt. Nun frage ich Sie, wie hier mit einer Kongingentierung vorgegangen werden soll.

Außerdem — und auch das wurde heute schon gesagt — ist doch gerade in den letzten Jahren eine ganz gewaltige Verlagerung bei der Milchproduktion vom Flachland in das Hügelland beziehungsweise Bergland vor sich gegangen. Es ist absolut richtig, daß durch eine Kongingentierung gerade diese Entwicklung ganz besonders eingeschränkt, beziehungsweise aufgehalten würde. Auch hier sind wirklich maßgebliche Gründe vorhanden, die gegen eine Kongingentierung in dieser Form sprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte abschließend doch noch eines hier zu bedenken geben: Es ist hier schon sehr viel über die Subventionen gesagt worden, wie wir sie uns vorstellen. Es kann absolut nicht so sein, wie es im Wirtschaftsprogramm der SPÖ verankert ist, daß alles unter einem zusammenzufassen wäre: die Mittel für die Wildbachverbauung, für den Wasserschutzbau sind dort ebenso drinnen wie die Preisausgleiche und so weiter und so fort. Ich möchte hier nur auf eines hin-

weisen — auch das wurde vor einigen Jahren hier von dieser Stelle aus gesagt —: Es wäre wirklich interessant zu untersuchen, wer alles in Österreich versteckte und offene Subventionen oder Zuwendungen erhält. Dann würde man sicherlich merken, daß der Anteil der Landwirtschaft an den sogenannten Subventionen ein sehr bescheidener ist. Man sollte zum Beispiel daran denken, daß letzten Endes das Defizit der Bundesbahnen auch durch die sozialen Tarife, infolge der Vergünstigungen, die an die verschiedensten Gruppen gegeben werden, viel zu hoch ist.

Bevor ich endgültig zum Schluß komme, möchte ich doch noch auf einen Umstand hinweisen, der mir irgendwie sehr interessant erscheint und der, wie ich glaube, doch erwähnenswert ist. Es hat eine Grazer Zeitung, und zwar die „Kleine Zeitung“ interessanterweise schon heute morgen gewußt, daß heute in der Debatte der Abgeordnete Weihs den Herrn Minister ganz scharf angehen wird. Die Zeitung schreibt folgendes: (*Ruf bei der ÖVP: Sie ist ein Prophet!*) „Wesentlich schärfer, als man es von ihm gewohnt ist, ging der sozialistische Agrarexperte, der Grazer Dr. Oskar Weihs, mit der Bauernbundpolitik ins Gericht. Weihs warf dem Landwirtschaftsminister vor, die Bauernschaft unrichtig informiert zu haben. Vor allem habe man den Bauern nicht offen die Schwierigkeiten genannt.“ (*Ruf bei der ÖVP: Der hat es gestern schon gewußt!*) „mit denen sie bei dem Arrangement Österreichs mit der EWG zu rechnen haben.“ Diese großartige, schnelle Gedankenübertragung ist jedenfalls sehr interessant. Der Herr Abgeordnete Weihs hat einige Minuten vor mir gesprochen, und die Grazer Zeitung hat den Bericht darüber schon heute morgen gedruckt. Ich weiß nicht, aber jedenfalls wurde es schon heute morgen herausgegeben. Es ist jedenfalls sehr interessant (*Abg. Weikhart: Das ist eine katholische Zeitung!*), wie schnell diese Übertragungsmöglichkeit vor sich gegangen ist.

Das Wort „praktizierend“ soll man nicht mehr verwenden, da es den Terminus „lernend“ enthält; daher sage ich „Vollerwerbsbauer“. Als solcher darf ich zum Abschluß — ich glaube, daß ich der letzte Redner, zumindest von unserer Fraktion, bin — auf folgendes aufmerksam machen:

Unsere österreichischen Bauern haben in den letzten fünfzig Jahren und gerade seit 1918 unglaublich schwierige Aufgaben gemeistert und bewältigt. Zweimal Nachkriegszeit, einmal wieder den zweiten großen Weltkrieg. Wir haben zweimal die Umstellung von einer Großraumwirtschaft zu einer Kleinraumwirtschaft bewältigt. Ich glaube absolut

Kern

nicht, daß unsere jetzige Generation — und auch unsere Jugend — nicht so tüchtig ist, wie es die Väter und Großväter waren. Ich bin absolut der Meinung, daß die Landwirtschaft die Probleme, die auf sie zukommen, bewältigen wird, daß sie sie meistern wird, allerdings unter der einen Voraussetzung, daß sie hier auch entsprechend unterstützt wird.

Ich glaube, daß die Bauern draußen wissen, welche Partei diejenige in Österreich ist, die die Interessen der Bauern entsprechend wahrnimmt, die die Probleme der Bauernschaft unterstützt und von sich aus in ihr Parteiprogramm aufgenommen hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Staribacher. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Staribacher** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Aus den Ausführungen des Herrn Ackerbaueministers ist hervorgegangen, daß ... *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* — Ja, warum ich Ackerbauminister sage, hat einen ganz besonderen Grund. *(Ruf bei der ÖVP: Das ist ein Geheimnis!)* Das ist gar kein Geheimnis, sondern — ich würde fast sagen — ein Programm. Ich glaube, daß das Problem, warum die Landwirtschaftspolitik in Österreich Schiffbruch erlitten hat oder noch erleiden wird, im Ackerbau begründet ist. Ich werde versuchen, es Ihnen dann noch auseinanderzusetzen. Und weil der Herr Ackerbauminister dieses Ackerbauproblem nicht lösen konnte, nenne ich ihn Ackerbauminister. Das ist die Erklärung.

Ich darf sagen, daß ich aus den Ausführungen des Herrn Ackerbaueministers, die ich nachgelesen habe, entnommen habe, daß er der Meinung ist, der Koren-Plan findet seine Unterstützung. *(Abg. Weikhart: Der Ackerbauminister kommt schon!)* — Auch wenn er hier ist, habe ich keinen Grund, anders zu reden. Ich habe also Ihren Äußerungen, Herr Ackerbauminister, entnommen, daß Sie den Koren-Plan unterstützen — auch wenn er nur neun Zeilen hat — und daß Sie meinen, das hätte Koren richtig charakterisiert.

Ich glaube, Herr Ackerbauminister, das ist beim besten Willen nicht anders gegangen, denn wenn man sich die Entwicklung dieses Programms nochmals vor Augen führt — ich bedaure, es noch einmal kurz rekapitulieren zu müssen —, so ergibt sich doch folgendes: Im ersten Koren-Bericht steht im vertraulichen Staatssekretärbericht an die fünf im Wirtschaftskomitee sitzenden Minister auf Seite 51 geschrieben: „Auf der Ausgabenseite muß der Bereich der Subventionen, Förderungen und Zuschüsse vorerst gestoppt und die Markt-

ordnungssysteme so umgestaltet werden, daß wachsende Überproduktion selbsttätig verhindert wird und nicht dauernd zu Mehrbelastungen des Budgets führt.“ *(Hört!-Hört!-Rufe bei der SPÖ.)*

Dann war Stille. Es kam dann eine Diskussionsgrundlage — niemand hat ja geahnt, daß wir diesen Bericht besitzen ... *(Ruf bei der ÖVP: Einen Euler haben Sie gehabt!)* — Wir kommen zu den Unterlagen ohne Euler. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Wir haben dann eine Besprechung beim Herrn Finanzminister gehabt, das sogenannte Kontaktkomitee ... *(Abg. Pansi: Er kann ja nur bei euch sein!)* In diesem Kontaktkomitee findet sich schon der sehr interessante Punkt 5, Agrarpolitik, und da steht: „Zum Abschnitt über die Agrarpolitik wird die Interessenvertretung der Landwirtschaft so bald als möglich Vorschläge zur Neuorientierung des Marktordnungssystems vorlegen.“

Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß in diesem Kontaktkomitee nie Vorschläge aufgetaucht sind. Man hat daher darüber nie diskutieren können. Der Bauernbund hat also dort nichts zu sagen gehabt. Und jetzt ist natürlich der Niederschlag dieser Vorschläge im Koren-Plan; diese neun Zeilen, von denen der Herr Ackerbauminister sagt, sie sind das Konzept, das jetzt verwirklicht werden muß.

Das ist die Tragik: daß von einem Industrialisierungskonzept, das auch für die Landwirtschaft von größter Bedeutung gewesen wäre, über eine Diskussionsgrundlage ein Agrarkonzept hätte entwickelt werden können und sollen, daß das Endergebnis aber, wie gesagt, dann die neun Zeilen wurden, in denen leider nicht viel — ich will nicht sagen, nichts — drinnen steht und die vor allem keine zukunftsweisende Politik enthalten.

Daher ist selbstverständlich, daß Sie sich jetzt natürlich — und wir freuen uns darüber — auf das Wirtschaftsprogramm respektive auf den Niederösterreich-Plan gestürzt haben ... *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Nun haben wir uns in der Agrardebatte mit unserem sozialistischen Agrarprogramm beschäftigt. Das ist erfreulich, denn darüber gibt es ja etwas zu diskutieren, meine Damen und Herren. Das müssen Sie ja zugeben.

Ich komme gleich zum Problem der Widersprüche. Innerhalb des sozialistischen Wirtschaftsprogramms haben Sie ja bis jetzt keine Widersprüche aufgezeigt. Der Generalsekretär Mussil sagt: Warten Sie nur, es kommt noch! — Ich warte und warte geduldig, die Budgetdebatte ist noch nicht zu Ende, wir werden sicher noch Gelegenheit haben, über die Widersprüche zu reden. Sie glauben nur, Widersprüche zwischen dem Niederösterreich-Plan

Dr. Staribacher

und dem Agrarkonzept, wie es im Wirtschaftsprogramm drinnen steht, entdeckt zu haben.

Nun darf ich folgendes richtigstellen: Im Wirtschaftsprogramm der Sozialisten hat es einen Passus gegeben — ich darf ihn in Erinnerung rufen, und zwar Punkt 15 auf Seite 136 —, der genau festlegt, was zu der Marktordnung und zur stärkeren Betonung des Preismechanismus notwendig ist.

Es steht da drinnen: „Die große Abhängigkeit der Landwirtschaft von Natureinflüssen rechtfertigt, daß wichtige Produktionszweige einer Marktordnung im weitesten Sinne (unter anderem Kontrahierungen und Kontingentierung) unterworfen und nicht dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage ausgesetzt werden.“ (Abg. Dr. Mussil: *Daß Sie das noch nicht auswendig können, das wundert mich! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich lese das deshalb immer wieder vor, da mir beim Auswendigzitierten ein Fehler unterlaufen könnte, und dann würden Sie sofort wieder sagen: Da haben wir es schon: Der Staribacher interpretiert schon wieder anders! — Ich muß da sehr vorsichtig sein.

Sie finden im Niederösterreich-Plan eine Kontingentierung und eine Kontrahierung als im weitesten Sinne der Marktordnung adäquat und daher auch — wir sagen ausdrücklich: auch — möglich. Wir weisen nämlich im zweiten Absatz ausdrücklich darauf hin: „Selbst in einem derart gebundenen Markt kann jedoch dem Preis als Regulator von Angebot und Nachfrage eine größere Bedeutung als bisher eingeräumt werden.“ Das heißt, es wird auf den Preismechanismus ganz besonders verwiesen.

Nun kommen Sie und sagen: Jetzt haben wir sie, die Sozi, im Niederösterreich-Plan schreiben die doch ganz genau, was sie glauben, daß für Niederösterreich richtig ist.

Nun muß ich Sie fragen, meine Herren Agrarvertreter von Niederösterreich: Was regt Sie da so furchtbar auf? Es wird hier die Möglichkeit der Kontingentierung auch aufgezeigt — so wie im sozialistischen Programm. Es wird dort sogar — vielleicht für Niederösterreich zutreffend, ich will mir da gar kein Urteil erlauben, denn ich bin kein Landespolitiker — gesagt, wie man in Niederösterreich, wahrscheinlich kraft der Erfahrung, die man mit der niederösterreichischen Landesregierung gemacht hat, dort eine konkretere Aussage über diesen Punkt treffen muß.

Aber da können Sie doch beim besten Willen nicht sagen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, wie Sie es — wieder vertraulich — sofort in Ihrer Stellungnahme zum SPÖ-Plan getan haben: Zusammenfassend im Abschnitt Land- und Forstwirtschaft hat der SPÖ-Plan für Niederösterreich,

soweit er konkret wird, als Vorbild offensichtlich das Kolchosensystem vor Augen, nimmt dessen Versagen nicht zur Kenntnis und hätte, ließe man seine Verwirklichung zu, die totale Abhängigkeit der Bauern von der staatlichen Verwaltung zur Folge.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Das ist alles, was Sie dazu zu sagen haben? Das ist doch billig, billig! Der Herr Abgeordnete Kern hat hier jetzt als letzter Debattenredner einige Ansätze gesagt: Da gibt es die Schwierigkeiten mit den Kleinstbetrieben, da gibt es die Problematik in der Viehhaltung und so weiter. Ja, auf so einer Grundlage könnte man diskutieren. Aber was machen Sie? Sie sagen nichts als das: Da ist wieder der rote Teufel — rot ist es auch noch dazu —, und das bedeutet also wieder, daß die „Rote Katze“ wach wird und daß das Kolchosensystem in Niederösterreich wieder eingeführt wird. Damit gehen Sie zu den Bauern krebse, um hier keine sachliche Diskussion zu machen, sondern leider hier wieder auf ganz billige Art und Weise demagogisch zu werden — das ist leider demagogisch —, um Stimmen zu gewinnen oder Wähler abzuhalten und keine sachliche Diskussion zu führen.

Sie sehen also, daß in diesem Punkt kein Widerspruch in den Programmen ist. Man kann natürlich das Ganze aufbauschen und kann es hier entsprechend darstellen. Ich glaube nur, daß man der Sache hier keinen guten Dienst erwiesen hat.

Wenn Sie schon von der Abhängigkeit des Bauern reden, dann muß ich Ihnen leider, leider einiges vorlesen. Es hat Ihnen mein Kollege Fux hier schon ganz deutlich gesagt, welche Problematik wir in den Genossenschaften sehen. Wir begrüßen die Genossenschaften und wissen, was die Genossenschaften zu leisten haben. Das finden Sie alles in unserem Wirtschaftsprogramm. Sie kennen mein System, und ich muß mich daher nicht so lange aufhalten. Ich brauche daher über dieses Problem mit Ihnen nicht zu diskutieren. Als mein Kollege und Parteifreund Fux gekommen ist und Ihnen gesagt hat, was unserer Meinung nach in den genossenschaftlichen Fragen zu lösen und zu ändern gehört, da haben Sie ihn sozusagen niedergeschrien.

Darf ich Ihnen jetzt einige markante Sätze vorlesen: „Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist nicht mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bauern verbunden.“

Oder: „Der Strukturwandel in der Wirtschaft führt einen Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung immer stärker in Unternehmerberufe der gewerblichen Wirtschaft. Gerade diese kleinen ländlichen Unternehmungen sind

10098

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Dr. Staribacher

durch die Tätigkeit der kapitalstarken landwirtschaftlichen Genossenschaften bedroht, deren Manager weniger auf den Förderungszweck der Mitglieder, also der landwirtschaftlichen Bevölkerung, als auf die Interessen der genossenschaftlichen Machtvergrößerung Bedacht nehmen.“

Oder: „Die Ausübung eines wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Zwanges auf die Genossenschaftsmitglieder etwa durch Kopplung von Kreditgeschäften mit Warengeschäften oder durch Geschäftsabschlußappelle unter Berufung auf die bäuerliche Solidarität sind den landwirtschaftlichen Genossenschaften erlaubt, weil sie aus dem Kartellgesetz ausgenommen sind.“ *(Ruf bei der ÖVP: Der Mussil ist ja nicht da!)*

Oder: „Die Manager der landwirtschaftlichen Genossenschaften liefern Tag für Tag Beweise, daß die genossenschaftliche Expansion Schranken von Gesetz und Statuten nicht beachtet.“ *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Nein! Das gilt nicht für den Mussil, denn das ist vom Mussil. *(Allgemeine Heiterkeit.)* Das gilt für Sie, meine Herren von der Genossenschaft! Das ist nämlich vom Österreichischen Wirtschaftsverlag herausgekommen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das wissen Sie! Jetzt frage ich Sie: Stimmt das oder stimmt das nicht? *(Ruf bei der ÖVP: Nach unserer Meinung nicht! — Ruf bei der SPÖ: „Wir sind aber gegen die Genossenschaften“!)* Stimmt es nicht? Dann muß ich Ihnen aber sagen, daß Sie sich das mit der Bundeswirtschaftskammer ausmachen müssen. Das ist der Punkt 1. Und der Punkt 2: Dann können Sie nicht sagen, daß wir gegen die Genossenschaft sind; sondern bringen Sie das in Ihrem eigenen Haus in Ordnung, und demokratisieren Sie die Genossenschaften ein bißchen, dann wird sich der Mussil vielleicht nicht so aufregen, und die Sozialisten werden dann mitzustimmen und mitzureden haben. *(Beifall bei der SPÖ.)* Auch dann, wenn sie nur eine Minderheit sind! Denn ich kann Ihnen sagen: Es gibt bei uns Organisationsformen, bei denen die Sozialisten die Mehrheit haben und wir die Minderheit nie so behandeln würden und auch gar nicht die Absicht haben, sie so zu behandeln. *(Abg. Dr. Gruber: Ich bin in der Arbeiterkammer! Gar so erfreut sind wir auch nicht dort! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Herr Kollege Gruber! Gerade in der Arbeiterkammer haben Sie aber gar keinen Grund zu klagen. *(Abg. Dr. Gruber: Ich rede noch persönlich mit Dr. Kleiner darüber!)*

Ich werde Ihnen, wenn wir Gelegenheit haben, über das Arbeiterkammergesetz zu diskutieren, sagen, wie wir dort die Minderheit behandeln. Unsere Genossen oder Arbeits-

bauernbündler wären todfröh, wenn sie in den Genossenschaften so behandelt würden, wie wir Ihre Leute behandeln *(Beifall bei der SPÖ)* — in den Arbeiterkammern, im Gewerkschaftsbund und überhaupt. *(Abg. Dr. Gruber: Wenn sie so stark wären wie wir! Wenn wir ein Viertel der Kammer stellen, dann kann man uns nicht ganz übersehen!)* Es gibt Fälle, wo Sie kein Viertel stellen und wo Sie auch nicht übersehen werden. Und es gibt Fälle in den Genossenschaften, wo Sie — das hat Ihnen der Kollege Fux auch schon gesagt — knapp die Hälfte oder ein bißchen mehr als die Hälfte stellen *(Abg. Dr. Gruber: Wo? — weitere Zwischenrufe bei der ÖVP)* und wo Sie es bei den anderen überlassen. Das hat er Ihnen gesagt. Das machen Sie sich mit ihm aus. Er hat Ihnen ja bis heute früh Termin gegeben, aber Sie haben sich leider nicht mehr gemeldet. Ich muß daher annehmen, daß er recht gehabt hat, sonst wären Sie heruntergekommen und hätten ihn widerlegt. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Es wurde auch gesagt: Bezüglich der Importe steht im Agrarprogramm zu lesen ... Ich gehe nur auf das Negative ein, das Sie gesagt haben. Das Positive, das Sie erwähnt haben, brauche ich nicht zu erwähnen. Darüber sind wir uns ja einig, daß es natürlich gut ist. Ich muß nur das Negative widerlegen. Sie stoßen sich bezüglich der Nahrungsmittelimporte — ich zitiere wörtlich: „Diese werden voraussichtlich notwendig sein, um das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen und den Wohlstand zu steigern.“ Seitens der Agrarier große Entrüstung! Wieso gibt es das?

Meine Damen und Herren! Wozu schickt Ihnen der Ackerbauminister den „Förderungsdienst“ des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft? Sie müssen ihn lesen. Wir haben uns immer schon sehr gefreut, daß im Landwirtschaftsministerium selbst die moderne Methode der Werbung — Marketing, wie man das nennt — schön langsam Platz greift und man versucht, sie in die Bauernschaft hineinzutragen. Das ist einer der wenigen positiven Züge. Es ist nicht so, daß wir alles kritisieren, Herr Ackerbauminister! Wir haben schon einige positive Punkte, die wir anerkennen. Sie kommen nur — das haben meine Kollegen ja schon gesagt — leider zu spät, und die verfehlte Agrarpolitik können Sie jetzt nicht herumreißen. Man hat jahrzehntelang zum Beispiel über die Landflucht gestritten und abgeleugnet, daß das eine natürliche Entwicklung ist, man hat die Sozialisten verteuelt — ich kann Ihnen das zitieren, wenn Sie das nicht glauben wollen —, weil wir gesagt haben: Die Landflucht ist etwas ganz Natürliches. Dann kann man nicht momentan das Schiff

Dr. Staribacher

herumreißen, und die zehn oder fünfzehn Jahre, die man versäumt hat, machen sich jetzt negativ bemerkbar.

Darf ich Ihnen folgenden, sehr interessanten Satz vorlesen: „Die Liberalisierung von Käse hat uns bisher nur Vorteile gebracht. Wir wurden gezwungen, ausländischen Käse, mit dem Verkaufserfolge erzielt wurden, im Inland selbst herzustellen.“

Was wollen Sie also noch mehr haben? Und dann kommt das berühmte Beispiel des „Jerome“, des „Bon bleu“. Und das letzte war ja der „Champignon-Gimembert“, der bekanntlicherweise einen so großen Wirbel ausgelöst hat, wodurch unsere Gimembert-Produktion — durch die Werbemethoden der deutschen Firma — dann einen starken Absatz bei uns gefunden hat.

Dann ist endlich das durchgedrungen, was wir auch schon jahrelang zum Beispiel im Milchwirtschaftsfonds vorschlugen, nämlich mit der Werbung aufzuhören: „Trinkt Milch! Milch ist gesund!“ Zuerst hat man überhaupt keine Werbung gemacht, weil man gesagt hat, daß man für Milch keine Werbung machen muß. Milch kennt schon das Baby, daher weiß jeder, was Milch ist. Jetzt beginnt man endlich einzusehen, daß Werbung notwendig ist, und macht natürlich nur falsche Werbung. Es steht alles im „Förderungsdienst“ drinnen, wie man es machen sollte, es wird daher schon langsam beginnen.

Aber auf alle Fälle finden Sie hier — nur ein Beispiel gesagt — die Liberalisierung, die die Möglichkeit der Importe gibt und dazu beitragen kann, daß hier ein entsprechend besserer Absatz möglich ist und daher auch in diesem Punkte unser Programm richtig ist.

Natürlich könnte ich Ihnen zum Beispiel jetzt gleich aus dem Koren-Plan nachweisen, wie es ganz besonders in dem einen Punkt steht — Koren-Plan-Agrarpolitik ist in Wirklichkeit Bauernbund, denn ich habe schon nachgewiesen, daß der Herr Finanzminister gesagt hat, der Bauernbund solle ihm etwas schreiben, und dieser hat ihm nur neun Zeilen geschrieben —, hier steht also: „Berücksichtigung der in Westeuropa, insbesondere in der EWG, bestehenden Marktordnungssysteme.“ Sie sehen also: In der Agrarführung weiß man genau, daß die EWG für Sie mehr oder minder ein Schicksal ist. Dann kommen wir und erzählen Ihnen, wie es in der EWG aussieht, welche Agrarpolitik man dort beabsichtigt, und Sie haben keine Antwort, als zu schreiben: Mansholt-Sozi, seid's dafür, seid's dagegen? Ihr seid auf alle Fälle schuld! (Abg. A. Schlager: Das stimmt doch nicht, wir haben doch nur gefragt, ob das richtig ist! — Abg. Dipl.-

Ing. Dr. O. Weihs: Ganz etwas anderes haben Sie gefragt! Bleibt bei der Wahrheit!)

Ich werde jetzt versuchen, Ihnen das genau zu beantworten, denn wir wollen ja keiner Frage ausweichen. Mir persönlich rinnt es kalt über den Rücken herunter, wenn ich die Planziffern, die sich die EWG stellt, sehe, und die nicht von Sozialisten ausgearbeitet wurden, sondern von Agrartechnikern oder, wenn Sie wollen, Agrartheoretikern, von denen der Herr Kollege Kinzl so abfällig gesagt hat: Die sollen am besten nichts mitreden, denn die verstehen ja nichts davon. — Das sind, wie ich sie immer bezeichne, die sogenannten Asphalt-agrarier, die nur „Phrasen“ haben, die nichts vom Boden und von der Bodenbearbeitung verstehen. Ich weiß nicht, ob die in Brüssel allein ausschlaggebend sind. Ich glaube es nicht.

Aber selbst wenn das dort nur Agrartheoretiker sind, so mache ich Sie aufmerksam, daß diesen vorschwebt — Kollege Weihs hat schon darauf hingewiesen —, daß 1980, das ist die Zielvorstellung, die man dort hat, Gemüse auf Agrargrößen von 6 bis 12 ha angebaut werden soll. Also mit den Kleinen, den Spezialbetrieben bei uns von ein paar Joch ist dort nichts mehr zu holen. 6 bis 12 ha! Daß also Markenweine wie ... (Abg. Kinzl: Also diese Kleinen schreiben Sie ab?) Herr Kollege! Ich schreibe überhaupt niemanden ab. In unserem Agrarprogramm steht genau drinnen, wie wir uns die Lösung dieses Problems vorstellen, nämlich: Wir sehen den Menschen im ländlichen Raum, das heißt, wir wissen ganz genau, daß der Kleine, wenn er von den Agrarprodukten leben soll, entweder ein Agrarproletariat bildet oder überhaupt zugrunde geht. Wir schreiben ihn nicht ab, wir wollen ihn nicht umbringen, wir wollen ihn nicht vernichten, wir müssen ihm andere Verdienstmöglichkeiten geben. Das nehmen Sie bitte zur Kenntnis. (Abg. Steiner: Da haben Sie sich unserem Standpunkt sehr weit genähert!)

Aber Herr Kollege! Sagen Sie doch nicht, wir haben uns Ihrem Standpunkt genähert. Wissen Sie, daß ich seit 1946 oder 1945 um dieses Problem mit den Agrariern ringe? Daß Sie 1946 und 1947 gesagt haben: Weg mit der Arbeiterschaft vom Land! (Widerspruch bei der ÖVP.) Sagen Sie das nicht. Ich könnte Ihnen Zeugen nennen. Sie sind heute nicht mehr aktiv, und deshalb werde ich das nicht machen, ich bin nicht so unfair. Aber die Herren in den Ministerien werden Ihnen bestätigen, daß man gar kein Interesse daran gehabt hat, die Agrarier, wie wir es immer wollten, in den Nebenerwerb

10100

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Dr. Staribacher

einzuschalten durch Fremdenverkehr, durch Industrialisierung. Wie viele Bürgermeister gibt es denn, die gesagt haben: Eine Fabrik kommt nicht in meine Gemeinde, damit die Sozi da womöglich die Mehrheit kriegen!?! Wir können Ihnen Namen nennen. Wie viele Agrarvertreter hat es gegeben, die gesagt haben: Der Bauer muß ein Bauer bleiben, er soll kein Arbeiter werden! Das war doch Ihr Problem. Ich gebe es zu, das war politisch bedingt, und da haben Sie Ihre Meinung ändern müssen. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Aber, Herr Kollege Staribacher! Lesen Sie im Protokoll nach, was ich vor drei oder vier Jahren gesagt habe!*) Ah, vor drei Jahren, da haben Sie schon die Nachtigall trapsen gehört, wie es so schön heißt. Sie hätten früher aufwachen müssen, nicht vor drei Jahren. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*) Sie müssen lesen, was wir vor 15 Jahren zu diesen Problemen gesagt haben und wie dafür der Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammer angegriffen worden sind.

Wir wollen also den Kleinen nicht vernichten, aber wir sehen im europäischen Raum eine Agrarpolitik und eine Agrarstruktur auf uns zukommen, die für unsere Verhältnisse beängstigend sind, wenn Sie nicht sehr schnell Ihre Einstellung ändern.

Ich kann es ja noch gar nicht glauben. Man muß sich nur vorstellen, daß ihnen vorschwebt, zum Beispiel die Weinanbauflächen pro Betrieb zur Erzeugung von Massensweinen mit 30 bis 60 ha anzusetzen und für Spezialweine auf 15 bis 25 ha; die Eierproduktion mit 10.000 Stück pro Betrieb im Jahr; die Schlachtgeflügelproduktion mit 100.000 Stück pro Betrieb im Jahr.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei oder Agrarpolitiker, die sich mit diesen Problemen beschäftigen! Da muß Ihnen doch auch der Schauer über den Rücken rinnen, wenn Sie daneben die österreichischen Verhältnisse sehen. Daher können Sie nicht kommen und sagen: Da haben wir es ja, die Sozi wollen ... (*Abg. Kern: In der Industrie werden dieselben Probleme kommen!*) Richtig. In der Industrie werden wir genauso eine Konzentration (*Ruf bei der ÖVP: Eine Umstrukturierung!*), eine Technisierung durchführen müssen. Aber dort machen wir das seit Jahrzehnten, wenn Sie wollen, die Gewerkschaftsbewegung seit einem Jahrhundert, und wir haben diese Entwicklung ... (*Abg. Steiner: Aha!*) Nicht aha! Das haben wir tatsächlich getan, und wir haben diese Entwicklung nicht aufgehalten, sondern wir versuchen, sie zu erfassen und in den Griff zu bekommen. (*Abg. Kern: Wir halten sie auch nicht auf!*) Jetzt

nicht mehr. Vor 15 Jahren haben Sie angefangen mit dem Aufhalten, und bis vor fünf Jahren ist es Ihnen noch geglückt, bis der Herr Ackerbauminister das Steuer herumgerissen hat. (*Abg. Steiner: Das ist ein sukzessiver Prozeß!*) Das ist ja selbstverständlich, daß es nicht von heute auf morgen geht. Das ist doch ganz klar. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Na also!*) Es ist doch entscheidend, wie man die Weichen stellt, wie man die Subventionen verwendet.

Und jetzt komme ich gleich zu dem Problem der Subventionen. (*Abg. Kinzl: Das geht euch zu langsam!*) Nicht uns geht es zu langsam, der wirtschaftlichen Entwicklung sind Sie zu langsam dran. Die wird Sie leider überrollen, und das ist das Problem, vor dem wir stehen.

Ich komme jetzt zu dem Problem der Subventionen. Was wir da alles hören haben müssen! Man sagte, wir rechnen alles zusammen und hier geschehen unverantwortliche Additionen. Auch diesbezüglich steht in diesem Programm genau drinnen, was mit den Subventionen zu geschehen hat: „Der Erfolg der Stützungsmaßnahmen blieb hinter den Erwartungen zurück, weil es an einer weitschauenden Planung und gezielten Verwendung der Mittel mangelte.“

Ich habe mir das selber angeschaut. Damals war ich noch in der § 7-Kommission tätig, das ist nämlich Ihr Pech, daß ich früher einmal viel Zeit gehabt habe und mich daher mit den Problemen beschäftigt habe. Da habe ich mir das Kaunerberg-Projekt angeschaut. Herr Ackerbauminister! Das wird Ihnen noch sehr viel Sorge bereiten. Sie wissen, wieviel Geld damals in die Kaunerberg-Angelegenheit geflossen ist, die damals eine solche verfehlte Subventionspolitik gewesen ist.

Dann steht, von den Sozialisten vorgeschlagen: „Anstatt alle diese Subventionen auf jene Maßnahmen zu konzentrieren, die den bestmöglichen Erfolg versprechen, werden sie verzettelt.“ Das heißt mit anderen Worten: Wir möchten die Subventionen, von denen wir wissen, daß wir sie nicht über Nacht abbauen können, konzentriert strukturell einsetzen, um den größten Erfolg zu erreichen. Sie wollen die Gießkannenmethode weiter fortführen: jeder ein bisschen was, er soll auf alle Fälle bei der Scholle gehalten werden. Präsident Griesner buchte als großen Erfolg: Wir haben wieder zehn Bauern angesiedelt! — was unserer Meinung nach natürlich ganz sinnlos ist, weil diese Wiederbesiedelung ein hinausgeschmissenes Geld ist, wenn man die europäische Entwicklung sieht.

Dr. Staribacher

Und nun zu dem letzten Problem — Sie kennen mein Prinzip —, zu der Frage, woher der Boden kommen soll. Eines Ihrer großen Argumente: Da wird geredet von der Bodenbank, von dem Größerwerden der Betriebe, und es wird die große Frage aufgeworfen, woher der Boden kommen soll.

Der Herr Kollege Fachleutner hat geschrien: Enteignen wollt ihr sie, ein Enteignungsverfahren wollt ihr durchsetzen! Das war sozusagen das große Problem.

Wir wollen gar nichts enteignen, wir wollen gar kein Enteignungsverfahren durchsetzen. (*Abg. Dr. Pittermann: Vor allem nicht den Fachleutner der ÖVP enteignen! Das wollen wir bestimmt nicht!*) Wir wollen — darauf kommt es uns an —, wenn wir die Strukturpolitik angehen, daß das Gesundheitswesen, von dem der Herr Ackerbauminister genau gesprochen hat, wirklich in Angriff genommen wird, damit wir einigermaßen europareife Betriebe bekommen, und zwar Familienbetriebe. Das haben wir ausdrücklich in unserem Programm gesagt.

Aber nun darf ich noch etwas aufzeigen. Das ist ja das, was wir dem Herrn Ackerbauminister vorhalten wollen, nicht vorwerfen, er kann es wahrscheinlich nicht ändern, er erkennt es ja sicher, aber er hat sich noch nicht durchgesetzt, nämlich: Ich glaube — das ist jetzt meine persönliche Meinung —, das Problem, vor dessen Anfängen die Agrarpolitik heute schon steht und das sich wahrscheinlich in fünf oder zehn Jahren niederschlagen wird, ist, daß es nicht mehr so darauf ankommt, was man mit dem Boden macht, sondern wir werden leider zu der Erkenntnis kommen müssen, daß wir zuviel Boden haben, daß wir zuviel Produktionsfaktor Boden haben werden. Sie wissen: Boden, Kapital, Arbeit. Eine Entwicklung, die verheerend sein kann, wenn sie nicht in einem Raumordnungsplan in einer wirklichen Planung steckt, weil nämlich — und das ist das Problem — dieser Boden durch die Technisierung, durch die Mechanisierung, durch die Chemisierung wesentlich mehr produziert, als man in Österreich und im Ausland — ich sage ausdrücklich: und im Ausland — verkaufen wird können.

Wenn daher dieses Problem nicht zeitgerecht in Angriff genommen wird, wenn wir nicht ein System finden, wie wir diesen Boden zweckmäßig bewirtschaften — aber nicht in dem Sinne: jeder kriegt soundsoviel Quadratmeter, und nur die darf er bebauen, sondern durch Preispolitik, durch entsprechende Maßnahmen, durch Subventionen und durch Lenkungsmaßnahmen, die wir ja in unseren Gesetzen alle haben —, wenn

wir nicht einem Ziel zustreben, das sinnvoll dieser Entwicklung entgegengeht, wird es eine Katastrophe geben.

Wir müssen erreichen, daß wir endlich einmal nicht mehr sagen: Wir können nicht mehr soviel Weizen produzieren, dafür aber Mais, denn wir haben Bedarf an Mais, wir brauchen noch Importe. Wieviel Mais werden wir heuer importieren? 10.000 t. Wir werden 60.000 t Gerste importieren. Das ist schon alles.

Und was wird im nächsten Jahr importiert werden, wenn nächstes Jahr wieder eine gute Ernte sein wird und diese gut sein wird? Das ist auch immer Ihr Fehler: Wenn Sie eine normale Ernte haben, sagen Sie doch, das ist eine besonders gute Ernte, nächstes Jahr wird es nicht so sein! Und dann wird sie nächstes Jahr noch größer. Dann werden wir also nächstes Jahr noch weniger importieren, das heißt, auf dem ganzen Getreidesektor werden wir nicht nur bald autark sein, das heißt keine Einfuhr mehr benötigen, sondern wir werden, so wie wir nächstes Jahr zirka 260.000 t Weizen werden verfüttern müssen, dann noch größere Mengen zu verfüttern haben. Das wird unser Problem werden.

Der Bauer wird in eine Situation kommen, die wir nicht wollen und die wir befürchten. Wir wünschen nicht, daß der Bauer Produkte erzeugt, die er dann nicht mehr verkaufen kann. Das ist dasselbe, wie wenn ein Arbeiter arbeiten will und er keine Arbeit hat und daher nicht arbeiten kann. Das haben wir in Frankreich und in anderen Staaten gesehen; da rebellieren die Bauern, das bringt den Bauern auf die Straße. Das ist ungut, das wollen wir nicht. Es steht auch im Minderheitsbericht drinnen — den Sie nur lesen müssen —, was wir Sozialisten machen würden. Ich weiß, Sie stimmen dem nicht zu. Sie haben nur versucht, zu beweisen, daß das nicht stimmt, was wir gesagt haben. Wir konnten Ihnen aber, glaube ich, nachweisen, daß hier keine Fehler in unserem Konzept sind. Wir konnten Ihnen nachweisen, daß wir hier ein Programm haben, nicht aus neun Zeilen bestehend, sondern ein in sich geschlossenes Programm. Wir hoffen, daß wir es 1970 auch verwirklichen können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist vorhin vom Herrn Präsidenten ein Antrag der Abgeordneten Dr. Withalm und DDr. Pittermann gemäß § 46 Abs. 6 der Geschäftsordnung

Zeillinger

verlesen worden, zu dem ich mich zum Wort gemeldet habe — nicht deswegen, weil ich als Freiheitlicher Bedenken gegen die Vertagung habe, die ich begründen werde; es ist auch kein Freiheitlicher bei diesem Antrag mitgegangen. Ich möchte gleich sagen, daß wir zum Unterschied von einer Geschäftsordnungswidrigkeit, die wir unlängst festgestellt haben, in diesem Falle infolge einer Lücke in der Geschäftsordnung keine Geschäftsordnungswidrigkeit feststellen konnten. Es heißt hier in einem Kommentar Czerny/Fischer, der kürzlich erschienen ist:

„Die Geschäftsordnung enthält interessanterweise keine Bestimmung, die es dem Präsidenten zur Pflicht machen würde, ausnahmslos auf der ununterbrochenen Erledigung eines einmal in Verhandlung genommenen Tagesordnungspunktes zu bestehen.“
(*Abg. Dr. Pittermann: Das war einmal Gewohnheitssache!*)

Ich darf gleich vorausschicken, daß ich hier gar keine Geschäftsordnungswidrigkeit unterstelle, wenngleich ich mich den Kommentatoren anschließe, daß der Antrag, der von Ihnen, Herr Dr. Pittermann, und von Ihnen, Herr Dr. Withalm, gestellt worden ist, sicher nicht im Sinne und im Geiste der Geschäftsordnung und sicher nicht im Interesse eines funktionierenden Parlamentarismus gestellt worden ist.

Ich darf einleitend an den Herrn Präsidenten eine Frage richten. Der Herr Präsident erklärte bei der Verlesung des Antrages, daß er die notwendige Unterstützung habe. Ein Antrag nach § 46 Abs. 6 benötigt keine Unterstützung, und diese Frage müßte gleich beim ersten Auftreten entschieden werden. Das kann jeden einmal treffen. Wenn man es einmal durchgehen läßt, daß eine Unterstützung verlangt wird, können in Zukunft Anträge von Abgeordneten nach § 46 Abs. 6 immer abgewürgt werden. Daher möchte ich namens der freiheitlichen Fraktion gleich beim ersten Mal in diesem Fall den Herrn Präsidenten um eine Aufklärung bitten. Ich hoffe, daß der Herr Präsident sie dann gleich ex praesidio gibt, damit wir nicht eine schriftliche Anfrage an ihn zur Aufklärung dieses sicher wichtigen Punktes richten müssen.

Es heißt hier wieder in dem Kommentar, der dem Herrn Präsidenten sicherlich bekannt ist: „Die Anträge gemäß § 46 Abs. 6“ — nach Ihren Worten, Herr Präsident, ist es ein solcher — „sind Verfahrensanträge und bedürfen daher gemäß § 52 keiner Unterstützung.“ Ich halte diesen Standpunkt für absolut richtig und darf vielleicht ganz kurz den § 52 verlesen: „Anträge zur Geschäftsbehandlung brauchen nicht schriftlich über-

reicht zu werden.“ Sie können schriftlich überreicht werden. „Sie bedürfen keiner Unterstützung ...“

Im Gegensatz zur Geschäftsordnung hat der Herr Präsident heute festgestellt, daß dieser Antrag ordnungsgemäß überreicht und genügend unterstützt ist. Hier bitten wir Freiheitlichen um eine Aufklärung, weil es unter Umständen, wenn wir diese Geschäftsordnungswidrigkeit durchgehen lassen — nach dem Standpunkt von uns Freiheitlichen ist es eine Geschäftsordnungswidrigkeit —, eine entscheidende Einengung des Rechtes der Abgeordneten ist, Anträge gemäß § 46 Abs. 6 ohne die notwendige Unterstützung zu stellen. Der Gesetzgeber hat hier ausdrücklich festgelegt, daß nach § 46 Abs. 6 die Unterstützung nicht notwendig ist. Sie haben heute hier — bisher widerspruchlos — diese Unterstützung als Voraussetzung der weiteren Behandlung dieses Antrages verkündet.

Ich darf Sie, Herr Präsident, daher namens der freiheitlichen Fraktion ausdrücklich um eine Erklärung Ihrer Feststellung bitten. Wir bestehen auf einer Klärung deswegen, weil es hier um Grundrechte der Parlamentarier geht. Meine Damen und Herren! Es kann Ihnen in jeder Fraktion morgen so gehen, daß Sie einen Antrag im Sinne der Geschäftsordnung stellen wollen, den Sie ohne Unterstützung stellen könnten, und dann sagt der Präsident: Das ist nur mit Unterstützung möglich.

Es gibt bei uns im Hause — nicht nur im Hause, in der österreichischen Verwaltung — drei Grundparagrafen, nach denen alles entschieden wird. Der erste lautet: Das haben wir immer schon so gemacht! Der zweite lautet: Das haben wir nie so gemacht! Der dritte lautet: Da könnte jeder kommen! Wenn wir das einmal widerspruchlos durchgehen lassen, wird uns in Zukunft vom Präsidialtisch entgegengehalten werden: Das haben wir immer schon so gemacht! Das ist auch der einzig sachliche Grund, warum auch die Kommentatoren zu dieser Ansicht kommen, wonach der Antrag, den Sie heute hier auf Vertagung gestellt haben, praktisch ohne Schwierigkeiten durchgehen wird.

Diese Haltung der Freiheitlichen ist keineswegs überraschend. Ich darf darauf hinweisen, daß wir schon in einer Präsidialsitzung am 2. Dezember auf die zu erwartenden Schwierigkeiten hingewiesen haben, Schwierigkeiten, mit denen ich mich noch beschäftigen werde, und wo es ausdrücklich heißt: „Der Klubobmann der FPÖ tritt dafür ein, daß andere Vorlagen als der Bundesvoranschlag erst nach der Erledigung des Bundesvoranschlages zur Behandlung gelangen sollen —“

Zeillinger

Das war bereits früher unser Standpunkt, das ist weiterhin unser Standpunkt.

„— ein Vorschlag,“ heißt es weiter, „dem mit Rücksicht auf die notwendige Beschlußfassung des Bundesrates nicht zugestimmt wird.“ Dazu werde ich noch kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht hier um eine grundsätzliche Frage. Es ist in der Geschäftsordnung nicht verboten, und daher wird es so geschehen können. Ich möchte deshalb darauf hinweisen, weil ich jetzt gleich ein zweites Beispiel aus diesen Tagen bringen werde. Ich möchte nämlich mit meiner Wortmeldung zeigen, in welchen Druck dieses Parlament gekommen ist, welches Durcheinander hier herrscht. Hier weiß das Präsidium nicht mehr, was in den Ausschüssen geschieht. Hier werden gleichzeitig Termine angesetzt, hier werden die Abgeordneten und die Minister vor unlösbare Probleme gestellt, weil die Regierungsfraktion nicht in der Lage ist, ein Timing durchzuführen, eine richtige Rangordnung. Ich werde noch auf einige solche Widersprüche aus den letzten Tagen kommen.

Wenn sich also diese Praxis immer weiter einbürgert, die etwa dem § 1 der echt österreichischen Haupt- und Staatsgrundsätze entspricht: Das haben wir immer so gemacht!, dann heißt das: das können wir bei jedem Gesetz so machen! Das heißt, wir können also bei jedem Gesetz fünf Paragraphen beraten, und nach fünf Paragraphen wird dann die Beratung abgebrochen und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Hier ist keine Grenze gesetzt. Ich möchte Sie heute, meine Herren, damit es im Protokoll steht, darauf aufmerksam machen. Nicht daß Sie vielleicht einmal in einigen Jahren, wenn irgendwelche Schwierigkeiten in diesem Hause eintreten, über Ihre eigene Praxis stolpern, die Sie nur deswegen einsetzen, weil Sie nicht in der Lage sind, die richtige Einstellung zur Parlamentsarbeit zu finden. Natürlich wird dann ein Präsident jederzeit ein zur Beratung stehendes Gesetz nach dem dritten Paragraph abbrechen und auf unbestimmte Zeit vertagen können. Dann, meine Herren von der Regierungspartei, erheben Sie keine Klage, sondern sagen Sie: Der Schuldige ist der Antragsteller. Dr. Pittermann als Oppositioneller wird das natürlich unterstützen, aber Sie tappen wieder in diese Schlinge hinein, die sich vielleicht in ein, zwei oder in fünf Jahren um Ihren Hals legen wird.

Wir möchten Sie rechtzeitig darauf aufmerksam machen, daß das bisher eine Praxis war. Das war österreichisch, das war so. Es wurde nicht darüber gesprochen. Nun

wird es also durch einen Antrag, der augenblicklich zur Debatte steht, verankert. Das ist natürlich bei jedem anderen Gesetz auch so: Was wir der Regierungsvorlage 990 und dem Ausschlußbericht 1040 zubilligen, muß jeder anderen Regierungsvorlage, jedem anderen Ausschlußbericht ebenfalls zugestimmt werden. Wir Freiheitlichen stehen demgegenüber auf dem Standpunkt, daß auch diese Regierungsvorlage uno actu erledigt werden und die einheitliche Behandlung nicht durch andere Gesetze unterbrochen werden soll.

Zu dem Druck darf ich noch einmal sagen: Es heißt hier in dem Präsidialstandpunkt, in dem Standpunkt der beiden anderen Parteien: Dem Vorschlag der Freiheitlichen, die Regierungsvorlage 990 geschlossen zu behandeln, konnte mit Rücksicht auf den Bundesrat nicht zugestimmt werden.

Meine Damen und Herren! Jetzt müssen wir sagen: Nicht der Bundesrat ist schuld. Geben wir nicht dem Bundesrat die Schuld! Sicherlich wären die Bundesräte zu bedauern, wenn sie noch unmittelbar vor Weihnachten zusammenkommen müßten, das gebe ich ohne weiteres zu. Uns wird es wahrscheinlich auch nicht anders gehen.

Ich möchte noch einmal erklären: Die Schwierigkeiten, die jetzt durch diese Taktik eintreten, werden in den nächsten Tagen so zunehmen, daß vielleicht auch der 19. und der 20. gar nicht ausreichen werden, und wir alle verdanken es ausschließlich Ihrem Fraktionsobmann, daß wir in diese Schwierigkeiten gekommen sind. Herr Generalsekretär, ich muß sagen: Seitdem Sie Vizekanzler sind, sind Sie nicht mehr in der Lage, Ihre Aufgaben hier im Parlament auch nur annähernd so zu lösen, daß es für die Abgeordneten erträglich wäre.

Also, meine Herren, sich jetzt nicht irgendwie auf den Bundesrat ausreden! Da sind ja Gesetze dabei, die monatelang liegen, die man nur hätte hergeben müssen, bei denen man nur mit den Beratungen hätte anfangen müssen. Das hat man aber nicht getan.

Nicht der Bundesrat ist also schuld. Der Bundesrat wäre auch sicherlich zu bedauern, wenn er zwischen Weihnachten und Neujahr kommen müßte. Aber, meine Damen und Herren, was geschieht denn? Glauben Sie denn — diese Frage lege ich Ihnen allen Ernstes vor —, daß diese Gesetze, die Sie nun durchpeitschen werden — man droht sozusagen mit dem Christbaum: Wenn ihr nicht brav seid und die Wortmeldungen nicht kurz macht, wenn ihr die Sitzungen nicht möglichst rasch über die Bühne bringt, 34 Gesetze müssen jetzt in 24 Stunden, nämlich in zwei Sitzungen à 12 Stunden durch-

10104

Nationalrat XI. GP. — 121. Sitzung — 10. Dezember 1968

Zeillinger

kommen, werdet ihr die Weihnachten hier im Parlament verbringen! (*Abg. Dr. Pittermann: Gar keine Spur!*) —, der Öffentlichkeit noch gehörig kundgemacht werden können, Herr Vizekanzler? Ich mache Sie aufmerksam, wenn wir in der Staatsdruckerei anrufen — das werden Sie wahrscheinlich genauso gemacht haben wie wir —, wird man uns sagen: Ihr könnt beschließen, was ihr wollt, mit Termin 1. Jänner, es wird keines der Gesetze mehr im Bundesgesetzblatt erscheinen können, auch wenn wir Tag und Nacht und sogar am Heiligen Abend arbeiten. Hinsichtlich der Weihnachtsfeiertage werden allerdings, hoffe ich, auch die christlichen Gewerkschafter Bedenken haben. Herr Kollege Altenburger, Sie lächeln, aber Sie zwingen mit Ihrem Klubobmann auch die christlichen Gewerkschafter in der Staatsdruckerei, in den Weihnachtsfeiertagen zu arbeiten. Das ist ein soziales Problem, das den christlichen Arbeiter- und Angestelltenverband immer nur am Rand interessiert hat.

Herr Bundeskanzler! Es ist erfreulich, daß Sie hier sind. Wir sind beide Anwälte und sollten dafür sorgen, daß Gesetze nicht nur gehörig beschlossen, sondern auch gehörig kundgemacht werden. Können Sie uns hier eine verbindliche Erklärung abgeben, daß diese Gesetze, die mit 1. Jänner in Kraft treten, dem österreichischen Volk auch tatsächlich gehörig kundgemacht werden? Ich prophezie Ihnen heute: Das ist nicht mehr möglich! Und das ist auch gar nicht beabsichtigt, das liegt auch gar nicht darin, das wissen Sie ganz genau. Sie verschweigen es nur vor dem Hause, treiben die Abgeordneten zur Eile und tun so, als ob, wissen aber genau, daß das gar nicht mehr möglich ist.

Wir wollen das aber einmal offen aussprechen, und ich darf Sie einladen, Herr Bundeskanzler: Geben Sie als Abgeordneter oder als Kanzler eine Erklärung ab, denn Sie sind ja hoffentlich genauso wie wir daran interessiert, daß die Gesetze gehörig kundgemacht werden, und zur gehörigen Kundmachung gehört, daß das Volk an dem Tag, an dem es ein Gesetz zu befolgen hat, auch bereits von dem Gesetz erfahren haben kann. Ich darf Ihnen aber heute schon sagen: Sie werden — außer Sie helfen selbst alle in den Weihnachtsfeiertagen in der Staatsdruckerei mit — nicht in der Lage sein, die Gesetze noch gehörig kundzumachen.

Wozu also der Druck? Es geht ja ohnehin nicht mehr, es ist ja ohnehin schon alles viel zu spät, was bereits geschehen ist.

Nun darf ich zum anderen Punkt kommen, der auch mit diesem Antrag in Zusammenhang steht. Gemäß dem Antrag Dr. Withalm und Dr. Pittermann werden die Verhandlungen über den Bundesvoranschlag, also die Beratungen über die Regierungsvorlage 990 und den Ausschußbericht 1040, unterbrochen, weil das in der Geschäftsordnung nicht ausdrücklich untersagt ist.

Darf ich aber darauf verweisen, daß aus dem gleichen Grund, weil es in der Geschäftsordnung nicht ausdrücklich untersagt worden ist, jetzt etwas untersagt worden ist: Der Strafvollzugsunterausschuß des Justizausschusses hat bei einer wichtigen Gesetzesmaterie, bei welcher der glückliche Zufall eingetreten ist, daß alle Fraktionen ernsthaft ihren Willen zum Ausdruck gebracht haben, dieses Gesetz noch in dieser Legislaturperiode zum Beschluß zu erheben, was sehr erfreulich ist, beschlossen, um das zu ermöglichen, die nächste Unterausschußsitzung am 13. und 14. Jänner durchzuführen, zwei Tage lang ununterbrochen, bis wir fertig werden, damit das bis zum Sommer erledigt werden kann, und damit wir — jeder Partei geht es so — nicht durch Telephone, Klub- und Parteiverpflichtungen gestört werden, uns nach Schwechat zu diesen Beratungen zurückziehen, um sie dort zu Ende zu führen. Das ist nicht möglich! Da sind die Würmer gekommen — ich bin selbst Jurist und weiß, wie sie bohren können — und haben festgestellt: Das ist nicht erlaubt.

Was Sie hier machen, ist auch nicht erlaubt, und Sie tun es, weil es nicht verboten ist! Das andere ist nicht ausdrücklich erlaubt, daher darf — Kollege Hauser wird es bestätigen — der Unterausschuß nicht einberufen werden, obwohl eine einstimmige Empfehlung — wir können es nicht beschließen — des Unterausschusses an den Ausschußobmann vorliegt, den Unterausschuß einzuberufen. Er darf nicht einberufen werden, weil man sagt: Schwechat ist außerhalb Wiens, und ein Ausschuß darf nicht zum Beispiel hier seine Sitzung beginnen und sich dann in einen Autobus setzen und nach Schwechat hinausfahren. Auch dagegen habe ich sehr ernste Bedenken, gegen diese Unbeweglichmachung eines Ausschusses. Es kann vielleicht einmal notwendig, es kann vielleicht einmal von ausschlaggebender Bedeutung sein, daß ein Ausschuß während seiner Sitzung irgendwohin fährt und sich von irgend etwas an Ort und Stelle überzeugt. Daher wollen wir Freiheitlichen auch jetzt bei dieser Gelegenheit unsere Bedenken dagegen anmelden, daß man jetzt plötzlich vom Präsidium aus dem Vorsitzenden des Justiz-

Zeillinger

ausschusses untersagt, eine Sitzung einzuberufen.

Nun plötzlich kommt, so wissen Sie, als Ausweg ein Brief des Justizministers, der uns — Unterausschuß ist keiner mehr — praktisch zu Parteiengesprächen — ich kann nicht mehr genau die Formulierung sagen — über den Strafvollzug zur gleichen Stunde nach Schwechat einlädt. Das heißt also: Wir nehmen es aus dem Unterausschuß heraus, denn das darf nicht sein, da hat irgendein Verfassungsjurist plötzlich ein Hintertürchen entdeckt, und sollen jetzt Parteienverhandlungen machen. Ich darf Ihnen gleich sagen: Ich konnte die Einladung bis zur Stunde nicht annehmen, und das werde ich auch dem Herrn Justizminister mitteilen müssen, weil ich im Moment noch an jene einstimmige Vereinbarung gebunden bin, an der auch ich mitgewirkt habe, daß zur gleichen Zeit der Unterausschuß zusammentritt. Daher können wir nicht eine gleichzeitige Einladung des Herrn Justizministers annehmen.

Aber um Ihnen zu zeigen, wie groß die Konfusion bereits gewesen ist: Am gleichen Tag, zur gleichen Stunde, wo erstens einmal über Empfehlung des Unterausschusses der Unterausschuß einberufen werden soll, wo zweitens der Herr Justizminister die Mitglieder des Justizunterausschusses zu Beratungen eingeladen hat, hat die Präsidialkonferenz gesagt: Dem Justizausschuß werden wir es zeigen! Wo kämen wir hin, wenn sich die Abgeordneten selbst auf einen Termin einigen würden? Und man hat plötzlich ex praesidio für den 14. Jänner um 10 Uhr eine Justizausschußsitzung angesetzt.

Jetzt tagt also an diesem Tag ein Unterausschuß des Justizausschusses — der darf aber nicht tagen, er darf nur tagen, wenn er ein Stück von Schwechat hereingeht —, weiters eine Parteienverhandlung, zu der der Justizminister eingeladen hat, und gleichzeitig lädt die Präsidialkonferenz den Justizausschuß ein. Der Herr Obmann hat es noch nicht vollzogen, weil er mittlerweile auf diese Widersprüche aufmerksam gemacht worden ist; ich darf auch gleich verkünden, daß man mittlerweile diese Sitzung um einen Tag verlegt hat, nämlich genau auf den Tag, an dem der Rechnungshofausschuß ist, weil man annimmt, daß im Rechnungshofausschuß andere Leute sind als im Justizausschuß, mit der Drohung: Wenn ihr im Justizausschuß die Sache schneller erledigt, wird auch der Rechnungshofausschuß über die Bühne gehen können.

Ich wollte mit diesem Beispiel nur die Konfusion, Herr Präsident, die hier im Hause bereits herrscht, zeigen, die Widersprüche,

die hier allenthalben anzutreffen sind und die alle auf den Druck, der derzeit im Hause herrscht, zurückzuführen sind.

Der Widerspruch, der darin liegt, ist aber, noch einmal gesagt: Unterbrochen gemäß dem Antrag Dr. Withalm und Dr. Pittermann wird, weil es nicht verboten ist; der Justizausschuß darf sich nicht in einen Autobus setzen und nach Schwechat hinausfahren, damit man fertig werden kann; weil es nicht ausdrücklich erlaubt ist, daß er das tun darf, daher ist es verboten. Also ein genau konträrer Standpunkt, den man hier einnimmt. Wenigstens eine Linie in der Behandlung der Geschäftsordnung, eine Linie im schlechten Behandeln der Abgeordneten sollte man doch an den Tag legen, man sollte sich nicht innerhalb einer Woche nicht nur widersprechen, sondern auch noch drei Justizausschußsitzungen zugleich einberufen, um die Konfusion weiterhin auszubauen.

Meine Damen und Herren! Das alles steckt nämlich hinter diesem Antrag, und es wird weiter verstärkt, und Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, werden die Volkspartei dabei unterstützen, wobei ich sage: Tun Sie nicht so oppositionell! Sie tun ja im entscheidenden Moment doch genau das, um der Regierungspartei scheinbar aus den Schwierigkeiten herauszuhelfen. Sie tun sich damit nichts Gutes, Sie werden deswegen nicht um einen Tag früher die Weihnachtsferien beginnen können. Sie tun aber auch der Regierungspartei nichts Gutes, Sie tun dem Volk und dem Recht nichts Gutes, denn die Gesetze werden zwar noch vor Weihnachten durchgepeitscht werden können, das wird möglich sein, es werden wieder unzählige Fehler drinnen sein, Druckfehlerberichtigungen und alles mögliche wird passieren, aber veröffentlicht werden sie sowieso nicht mehr werden können, weil einfach die Staatsdruckerei dazu nicht in der Lage ist und weil man Gott sei Dank Maschinen noch nicht so schlecht behandeln kann wie Menschen.

Ich betone das deswegen immer so, weil ich nie mehr hören möchte, daß im Präsidium alles einstimmig vereinbart worden ist, wenn wir unser Kontra rechtzeitig angemeldet haben. Die Präsidialkonferenz war der Ansicht, so ist es besser, und daher wird es nach dem Willen der Mehrheit geschehen. Wir wollen nur rechtzeitig aufdecken, daß wir von vornherein anderer Meinung waren, daß wir unsere andere Meinung deponiert haben und daß wir glauben, daß man andauernd am Rande der Geschäftsordnung oder, wie wir soeben gehört haben, hinsichtlich der Unterstützung infolge Zeitdruck

Zeillinger

sogar unter Verletzung der Geschäftsordnung die Gesetze behandelt. Man zerbricht sich gar nicht mehr den Kopf darüber, ob die Gesetze dem Volk überhaupt gehörig kundgemacht werden können und ob das Volk davon überhaupt noch etwas erfährt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie einmal einladen, schauen Sie sich doch in der Tagesordnung, die mittlerweile bereits verteilt worden ist, die Gesetze an. Sie werden feststellen, es wäre keineswegs notwendig gewesen, diese Gesetze jetzt zu behandeln.

Ich habe hier schon einmal ausgeführt: Das ist im Hause das Timing, die Zeiteinteilung, daß zum Beispiel, wie es in der ursprünglichen Forderung war, sogar auch ein Kaffeeabkommen darunter war, das ohne weiteres Monate später oder Monate früher hätte erledigt werden können. Auch dieses Kaffeeabkommen — das ist übrigens jetzt nicht mehr drinnen — war noch mit unter den unbedingt zu erledigenden Materien.

Da ist zum Beispiel das Gesetz über die Schenkung zum Anlaß der 50. Wiederkehr des Erstehens der Republik Österreich. Daß die Republik Österreich ihren 50. Geburtstag feiert, meine Damen und Herren, das mag vielleicht für einige Verantwortliche überraschend gekommen sein, aber der normale Staatsbürger wußte das schon Monate vorher. Monate vorher ist niemand auf die Idee gekommen, diese Schenkung zu machen. Wir hätten im Oktober genauso diese Schenkung zum Geburtstag beschließen können. Der Geburtstag war übrigens schon, die Geschenke kommen zu spät. Das ist eine Unhöflichkeit. Wir werden dann später bei der Beratung des Gesetzes hören, ob es nicht überhaupt Danaergeschenke sind, die den Ländern gegeben werden. Aber man hat dieses Gesetz bewußt liegengelassen, denn ich nehme nicht an, daß man unbewußt nicht mehr weiß, was man tut. Oh doch! Man hat in den Ministerien genau gewußt: Auch das hauen wir den Abgeordneten im Dezember mitten in die Budgetdebatte hinein! — Herr Witthalm, das ist Ihr Plan!

Sie haben zum Beispiel bei unserer Fernsehdiskussion — es war nur damals für mich leider zuwenig Möglichkeit, dazu zu sprechen, weil ich nicht zu Worte kam — schon genau gewußt, daß Sie vor den Roten kapitulieren werden. Sie glauben aber, die Kapitulation vor den Sozialisten dadurch kleiner machen zu können, daß Sie gleichzeitig in das Haus eine Fülle von Vorlagen hineinpresse, das Haus unter Druck setzen, die Öffentlichkeit mit anderen Dingen ablenken, damit man weniger Zeit und Gelegenheit findet, über das,

was Sie in den letzten Tagen getan haben, noch eingehend zu diskutieren und darüber nachzudenken.

Ich könnte Ihnen eine Fülle solcher Gesetze vorlesen, es ist kaum eines, wenn ich jetzt von den Marktordnungsgesetzen absehe, wo ein anderer Fall vorliegt, das man nicht genauso vor vier oder vor sechs Wochen hätte bearbeiten können.

Schauen sie sich zum Beispiel 1036 der Beilagen an! Hier wird der General des Intendanzdienstes geschaffen. Entweder hat man das im Ministerium im September auch schon gewußt, oder es wäre doch hoffentlich auch möglich, den General des Intendanzdienstes auch im Jänner noch zu schaffen. Nein: der muß am 31. seinen zusätzlichen Stern bekommen, denn den Rang des Generals des Intendanzdienstes hat es nicht gegeben, und daher wird er jetzt hier noch rasch geschaffen in der Erwartung: erstens einmal wird hier weniger gesprochen werden — das ist allerdings ein Irrtum, es wird natürlich zu all diesen Gesetzen gesprochen werden —, und darüber hinaus: vielleicht lenken wir von dem, was tatsächlich geschehen ist, ab.

Das Bundesgesetz über das Privatbahnunterstützungsgesetz 1959 wird neuerlich abgeändert. Wie lang wird darüber schon gesprochen! Jetzt im Dezember fällt es Ihnen, meine Damen und Herren, — ich möchte gar nicht sagen: Ihnen —, fällt es Herrn Dr. Witthalm als Fraktionsobmann plötzlich ein, jetzt die Behandlung zu verlangen; denn der Sprecher war ja der Fraktionsobmann. Jetzt muß das behandelt werden!

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein ist auch nichts so Neues. Jetzt, mitten im Budget, muß das behandelt werden. Ich glaube, die Liechtensteiner hätten uns nicht den Krieg erklärt, wenn wir nach dem Budget oder im Jänner oder, was noch planender gewesen wäre, etwa schon im Oktober das Gesetz beschlossen hätten.

Die beiden Gesetze unter 17 und 18 im Präsidialprotokoll: das Arbeitsmarktförderungsgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Das ist doch auch schon längst fällig! Es waren nur interne Schwierigkeiten in der Regierungspartei selbst. Und weil Sie die nicht bereinigen konnten, kommt das jetzt überraschend und muß mitten im Budget erledigt werden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal sagen: Dieser Antrag, gegen den wir Freiheitlichen Bedenken haben, ist einzig und allein darauf zurückzuführen, daß sich der Herr Generalsekretär der Volkspartei und auch der Herr Bundeskanzler in den Ver-

Zeillinger

handlungen mit den Sozialisten so stark gemacht haben und alles bis in die letzten Tage hinausgezögert haben, um in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken: Zum erstenmal in der Geschichte der Volkspartei bleiben Sie diesmal gegenüber den roten Forderungen stark! Sie sind, wie man sagt, zu spät in die Knie gegangen, und darunter leidet jetzt das Parlament, Herr Vizekanzler Withalm. Jedenfalls haben Sie Ihre eigene Stärke überschätzt. Wir werden morgen sicherlich Gelegenheit haben, darüber ausführlich zu reden.

Darf ich Sie an die Fernsehdiskussion erinnern, wo Sie noch die Zumutung abgelehnt haben, daß Sie jemals wieder mit den Sozialisten jene Packelei: hier Marktordnungsgesetze — hier rote Direktoren in der verstaatlichten Industrie, fortsetzen würden. Auf den Tisch haben Sie das gelegt und haben gesagt: Da kann jeder herschauen! Ich habe leider keine Gelegenheit gehabt, ich würde das sehr gern einmal lesen. Sie haben gesagt: Das kommt nicht mehr! Darf ich Ihnen vorlesen: „Withalm lehnte entschieden jede über das ÖIG-Gesetz hinausgehende Konzession an den Proporz ab und meinte, die SPÖ werde sich verrechnen, wenn sie ihre Forderung mit ihrer Zustimmung zur Verlängerung der agrarischen Marktordnung junktimentieren wolle. Auch bestritt Withalm, daß es zwischen den Klubs einen Pakt im Sinne Probst gebe.“

Das haben Sie, Herr Vizekanzler, noch am 10. November erklärt. Sie haben es entschieden abgelehnt, über das ÖIG-Gesetz hinauszugehen. Und wieder haben Sie eine Vereinbarung getroffen. Im Gegenteil, Sie haben noch zusätzlich viel mehr in die Kapitulation hineingenommen, als Sie seinerzeit hineinnehmen mußten.

Aber auch der Herr Bundeskanzler ist Ihnen nicht nachgestanden. Er hat einen Tag später erklärt: Eine Rückkehr zur Proporzpraxis früherer Zeiten in der verstaatlichten Industrie komme nicht in Frage, erklärte der Bundeskanzler in seiner Rundfunkansprache zum Wochenende dezidiert, steht sogar hier. Dezidiert heißt bestimmt: man ist also überzeugt. Sie waren noch im November davon überzeugt, daß Sie so stark sind und daß Sie nicht werden kapitulieren müssen.

Nun haben wir die totale Kapitulation, meine Damen und Herren. Wozu haben Sie die absolute Mehrheit? Sie sind nicht nur über das hinausgegangen, was Sie in der Koalition, wo Sie keine absolute Mehrheit hatten, schon den Roten zugestanden haben, Sie haben mit der absoluten Mehrheit den Proporz verstärkt! Sie haben darüber hinaus den Sozialisten noch wesentlich mehr zugestanden, als

die Sozialisten in früheren Jahren, als Sie schwächer waren und sie stärker waren, jemals gefordert haben.

Das ist doch der wahre Grund, das steht doch im Hintergrund! Hier ein Starkmachen des Herrn Vizekanzlers und Klubobmannes und Generalsekretärs in seinen Verhandlungen gegenüber der Öffentlichkeit, der gesagt hat: Niemals werden wir den Forderungen eines Dr. Pittermann hinsichtlich der verstaatlichten Industrie nachgeben! Wochenlang sind die Verhandlungen und die Beratungen über die Gesetze blockiert worden, und nun plötzlich mitten im Budget kommt der Generalsekretär Withalm und der Bundeskanzler Dr. Klaus drauf: Wir sind gar nicht so stark, wie wir uns in der Öffentlichkeit gemacht haben. Und nun kommt die vollständige Kapitulation, nun sehen Sie keine andere Möglichkeit, einigermaßen das Gesicht zu wahren, und nun sagen Sie: Das Budget unterbrechen! Für Sie ist das Budget ja ganz uninteressant, ist ja nicht wichtig. Wichtig ist doch, Herr Dr. Withalm, daß Sie Ihre Zusage an Dr. Pittermann erfüllen können, daß soundso viele Sozialisten weiterhin hochbezahlte Posten in der verstaatlichten Industrie bekommen! Das ist wichtiger als das Budget.

Geben Sie das doch einmal zu, sagen Sie ehrlich: Ich halte meine Versprechen, die ich den Sozialisten namens der Volkspartei gemacht habe, für wichtiger als das Budget in diesem Staate.

Das ist der wahre Grund, warum Sie jetzt gemeinsam mit Ihrem alten ehemaligen Koalitionsgenossen und neuen Proporzgenossen Doktor Pittermann den Antrag gestellt haben: Unterbrechen wir das Budget, damit wir die neue Proporzpackelei „Marktordnungsgesetze gegen so viele Direktoren in der verstaatlichten Industrie“ unter Dach und Fach bringen.

Das ist Ihnen wichtiger, das ist der wahre Grund. Dafür haben Sie die Zustimmung der Sozialisten eingehandelt. Die Sozialisten werden jetzt sicherlich beim Budget brav sein, es wird also alles vor Weihnachten in Ordnung gehen; spielt ja alles keine Rolle, wie es geschieht. Hauptsache ist, meine Herren von der Volkspartei: Sie haben ein gutes Geschäft gemacht. Und Hauptsache, meine Herren von der Sozialistischen Partei, ist: Sie haben ein gutes Geschäft gemacht. Das steht dahinter! Das steht hinter diesem nüchternen, nur wenige Zeilen umfassenden Antrag. Was sich in der Wirklichkeit dann draußen abspielt, das weiß ich noch nicht. Ich weiß nicht, wie die Vertreter der Wirtschaft, die sich vielleicht noch dunkel an Ihr Wahlprogramm erinnern, das hinnehmen werden, wenn sie

Zeillinger

sehen, daß heute die Zusagen, die Sie an die Sozialistische Partei machen mußten, wesentlich weiter gehen. Ranshofen wird mit vier Direktoren weitergeführt, es ist jeder Direktor gleichberechtigt und, wie wir schon in einem Kommentar des Rundfunks hören mußten, wird die Führung des Betriebes Ranshofen nicht nur ein Nebeneinander, sondern auch ein Durcheinander auszeichnen. Da wird sich vielleicht doch noch der eine oder der andere erinnern.

Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, sagen: Wir Freiheitlichen werden Ihnen in den nächsten Tagen wiederholt vorlesen, was Dr. Klaus und Doktor Withalm auf ihr Wort vor der Wahl versprochen haben.

In ihrem Konzept — so heißt es hier, bitte — wird die Österreichische Volkspartei auf die Realisierung ihres Programms für eine dauerhafte Lösung der Gesamtprobleme der verstaatlichten Industrie im Rahmen der Marktwirtschaft drängen. — Dauerhaft ist die Lösung nicht, Herr Generalsekretär und Herr Vizekanzler. Sie haben ein schlechtes Geschäft gemacht. Sie haben nur eineinhalb Jahre eingehandelt, und man wird genau nach der nächsten Wahl mitten in den Regierungsverhandlungen über Sie fluchen und sagen: Jetzt wird dann der rote Druck wieder auf Ihnen lasten.

Die eineinhalb Jahre waren raffiniert! Das war von den Sozialisten raffiniert gemacht worden. Genau in der Zeit der Schwäche der Regierungsbildung kommt es wieder zur Verlängerung der Vereinbarung über die verstaatlichte Industrie. Darüber werden wir ja noch morgen ausführlich sprechen können. — Im Rahmen der Marktwirtschaft haben Sie es ja wirklich gemacht. Sie haben die Marktordnungsgesetze gegen etliche Dutzend rote Direktoren in der verstaatlichten Industrie hergegeben. — Dann schreiben Sie weiter: um die Wirtschaftlichkeit und damit die Arbeitsplätze in diesen Unternehmungen zu sichern. — Na, die Arbeitsplätze haben Sie nicht gesichert! Wissen Sie, Herr Generalsekretär und Herr Dr. Pittermann, was Sie gesichert haben? Die Arbeitsplätze von 40 oder 50 roten Direktoren haben Sie gesichert! Darum ist es doch gegangen! Ich habe während der ganzen Wochen auch nie in den sozialistischen Zeitungen gelesen, daß die Sozialisten etwa um die Arbeitsplätze von Arbeitern oder um die Verbesserung von Arbeitsbedingungen kämpfen. Nein! In den Verhandlungen Pittermann — Withalm ist es doch nur um die Arbeitsbedingungen, um die Löhne gegangen — statt 30.000 S 40.000 S, statt 40.000 S 50.000 S — und um das Weiterverbleiben sozialistischer Generaldirektoren

und Direktoren. Das war doch das, was dahinter gestanden ist! Das war es! Gut. Daher, wenn Sie sagen: Arbeitsplätze in den Unternehmungen sichern, hätten Sie richtig sagen müssen: Die Volkspartei wird in ihrem Konzept auf die Realisierung ihres Programms für eine eineinhalbjährige Lösung der verstaatlichten Industrie als Gegengeschäft gegen die Marktordnungsgesetze drängen, um damit die Arbeitsplätze der sozialistischen Direktoren in diesen Unternehmungen zu sichern.

Sehen Sie, Herr Dr. Klaus, als Parteiobmann: Das müssen Sie bei der nächsten Wahl hineinschreiben. Sie können hier nicht Dinge hineinschreiben, die einzuhalten Sie anscheinend nicht in der Lage oder gar nicht willens sind.

Präsident Wallner: Ich muß den Herrn Abgeordneten zur Sache rufen!

Abgeordneter Zeillinger (fortsetzend): Ja, Herr Präsident, ich darf noch einmal sagen: Bitte sehr, Sie können mir auch das Wort entziehen! Ich werde trotzdem so lange reden, solange ich das Wort habe. Hier steht ein Antrag, der lautet: Unterbrechung der Budgetberatungen. (*Zwischenrufe.*) Das ist immerhin eine außerordentliche Maßnahme. Ich darf dem Herrn Präsidenten sagen, daß ich selbstverständlich so lange über die Hintergründe dieser Unterbrechung sprechen werde, als Sie uns nicht das Wort verbieten. Es würde ganz zum jüngsten Stil passen, wenn Sie uns auch das Wort hier im Hause verbieten würden, wenn wir über die politischen Hintergründe sprechen.

Herr Präsident! Sie gehören der Regierungspartei an; ich gebe zu, daß das, was jetzt die Öffentlichkeit erfährt, der Regierungspartei unangenehm ist! Aber Sie können mich hier nur mit dem Wortentzug wegbringen.

Präsident Wallner: Ich weise es schärfstens zurück. Ich lasse mir hier nicht Parteilichkeit nachsagen! Ich führe den Vorsitz überparteilich.

Abgeordneter Zeillinger (fortsetzend): Damit kein Irrtum entsteht: Ich habe Ihnen nachgesagt, geschäftsordnungswidrig vorgegangen zu sein; das wird noch aufgeklärt werden. Ob Sie sachlich oder unsachlich sind, werde ich daran ersehen, ob Sie mir das Wort entziehen oder nicht.

Ich begründe, warum ich über die Hintergründe spreche (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), die hier den Anlaß geben, daß dieser Antrag heute hier zur Debatte stehen muß. Ich werde von meiner Fraktion aus — ich bin dazu beauftragt — alles sagen, auch wenn es der Regierungspartei und wenn es den Sozialisten in diesem Hause noch so unange-

Zeillinger

nehm sein sollte! (*Abg. Dr. Pittermann: Es ist nicht unangenehm!*) Sicher, Herr Dr. Pittermann: Ihnen ist es angenehm, Sie haben 50 Direktoren heimgebracht. Jeder von ihnen hat ein Monatsgehalt von 50.000 S; wenn ich davon die Parteiabgabe ausrechne, sind das ein paar hunderttausend Schilling im Monat. Ich gratuliere Ihnen dazu! (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Sie haben ja völlig recht, aber ich verstehe auch vollkommen ... (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Herr Kollege Zeillinger! Ist das Neid? Nicht neidig sein!*) Neidig, mein Gott, neidig. Es kommt immer darauf an — man muß auch ein bißchen an die Zukunft denken, und es könnte eines Tages auch einmal sein, daß die Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben über das eine oder andere fluchen, was heute geschehen ist. Ich verstehe es vollkommen, Herr Dr. Pittermann. Ich gratuliere Ihnen! Ich verstehe es auch vollkommen, daß Sie liebend gerne den Antrag des Dr. Withalm unterstützen. Ich verstehe vielleicht nicht ganz die Dankbarkeit. Das ist vielleicht auch mit ein Teil des Kaufpreises dafür, daß Sie einiges in die Scheune gebracht haben.

Aber Sie werden doch uns als Oppositionspartei zubilligen, daß wir hier ganz offen über das reden, was zu diesem Antrag geführt hat, Herr Präsident. Ich wehre mich dagegen, daß Sie mich zur Sache rufen. Ich wehre mich dagegen, daß Sie hier plötzlich eine Trennung herbeiführen, wenn ein Abgeordneter über Motive und Hintergründe zu einem Antrag spricht, zu dem Sie ausdrücklich selber gesagt haben, daß jetzt darüber die Debatte eröffnet ist.

Wir Freiheitlichen sind überzeugt, daß dieser Antrag ursächlich und wesentlich in Zusammenhang mit jenen Geheimverhandlungen steht, die der Fraktionsobmann der Regierungspartei mit dem Fraktionsobmann der Sozialistischen Partei geführt hat. Wenn ich bei dieser Gelegenheit, Herr Präsident, mir auch erlaube, die Regierungspartei an das zu erinnern, was im Parteiprogramm steht, wenn es in einem so krassen Widerspruch zu dem steht, was nun die Regierungspartei macht, so glaube ich, Herr Präsident, daß das absolut zulässig ist und daß hier in diesem Hause bereits wesentlich weitergehende — ich möchte sogar sagen — Abweichungen von der Tagesordnung bisher ohne weiteres zugebilligt worden sind.

Es heißt hier — ich darf es dem Herrn Dr. Klaus — vielleicht hat er es vergessen — noch einmal vorlesen, und auch dem Herrn Dr. Withalm: „Aus diesem Grunde ...“ (*Unruhe. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*) War die Glocke jetzt für mich oder für die anderen? (*Heiterkeit.*)

Präsident **Wallner**: Ich habe um Ruhe gebeten!

Abgeordneter **Zeillinger** (*fortsetzend*): Ach so. Ich bin so diszipliniert ... (*Abg. Probst, einige Schriften vorzeigend: Ich habe noch Material! Ich kann Sie noch versorgen! — Heiterkeit.*) Herr Minister a. D.! Ich habe genug Unterlagen und Programme über die Österreichische Volkspartei; aber so lange will ich die Sitzung jetzt nicht aufhalten. (*Abg. Probst: Ich wollte Sie nur unterstützen!*) Nein, Sie können sich ja zum Wort melden. Oder dürfen Sie sich nicht mehr zum Wort melden, nachdem Sie Direktorenposten bekommen haben? Ist das nicht mehr erlaubt? (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Die Volkspartei hat also versprochen, daß sie wirtschaftlich im Rahmen der Marktwirtschaft die verstaatlichte Industrie führen wird. Aus diesem Grunde, meine Herren, haben Sie in Ihrem Wahlprogramm gesagt — Herr Dr. Klaus und Herr Dr. Withalm haben das unterschrieben! —: Aus diesem Grunde wird sie, die Volkspartei, alle partei- und machtpolitischen Ambitionen der Sozialisten auf diesem Sektor zurückweisen. — Na, servas! Die haben Sie aber zurückgewiesen! Die Roten sieht man gar nicht mehr! So weit haben Sie sie zurückgewiesen! (*Heiterkeit.*) Sie haben ihnen 50 Direktorenposten gegeben, Sie haben das erfüllt, was sie haben wollten. Aber vor der Wahl haben Sie lautstark geredet! Wir werden uns morgen ausführlich über das unterhalten.

Ich wollte eigentlich, Herr Präsident, die Regierungspartei nur heute schon ein bißchen auf die Tagesordnung von morgen vorbereiten, damit ... (*Präsident Dr. Maleta vom Abgeordnetenplatz aus: Lassen Sie den Präsidenten aus der Polemik heraus!*) Der Herr Präsident hat mich zur Sache gerufen, Herr Präsident! Der Herr Präsident hat heute hier etwas getan — das ist eine sehr ernste Sache, Herr Präsident.

Ich darf noch einmal sagen — es tut mir sehr leid, Sie sitzen jetzt hier als Abgeordneter —: Es geschieht in diesem Hause in letzter Zeit sehr viel, gegen das wir Freiheitlichen ernsteste Bedenken haben. Die erste Maßnahme haben Sie bereits treffen müssen, weil Sie, Herr Präsident, haben zugeben müssen, daß sie geschäftsordnungswidrig war. Geben Sie es zu als Abgeordneter! (*Abg. Dr. Maleta: Nein!*) Stimmt es? Nein! Gut, dann werden wir über das sehr ausführlich diskutieren, Herr Präsident! Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß Ihre bisherige Praxis geschäftsordnungswidrig war! (*Abg. Dr. Maleta: Ich habe lediglich dagegen Stellung genommen, daß Sie in der Diskussion*

Zeillinger

den amtsführenden Präsidenten in Polemiken ziehen!) Herr Präsident! Ich habe jetzt lediglich darauf gesagt, daß in diesem Hause sehr viel geschieht — (*Abg. Dr. Maleta: Das ist Ihr Recht!*) eben, darüber rede ich —, wogegen wir Freiheitlichen Bedenken haben. Das ist ein Punkt, den ich das letzte Mal zur Geschäftsordnung vorgebracht habe. Sie haben jetzt nein gesagt. Ich dachte, unser Standpunkt würde als richtig anerkannt, und man würde von dieser geschäftsordnungswidrigen Praxis abgehen. Wenn es nicht geschieht, ist es für uns eine Ermutigung und Ermunterung, weiterhin dafür zu kämpfen, Herr Präsident! Wir kämpfen um die Geschäftsordnung, weil wir glauben, daß das in diesem Hause einmal sehr bedenklich werden kann. (*Abg. Dr. Maleta: Das ist Ihr Recht!*) Ja. (*Abg. Dr. Maleta: Ich habe lediglich von der Polemik gegen den Vorsitz führenden Präsidenten gesprochen!*) Ja, Herr Präsident, darf ich Ihnen nur jetzt etwas sagen: Ich bezweifle — sehen Sie, das ist jetzt vielleicht eine Polemik; aber ich muß es sagen —, daß Sie mich zur Sache gerufen hätten, wenn Sie ... (*Abg. Dr. Maleta: Ich werde dann gleich hinaufgehen! — Heiterkeit.*) Dann können Sie mir das Wort entziehen, wenn es der Herr Dritte Präsident nicht machen will. (*Abg. Probst: Jetzt muß der Zeillinger bis 4 Uhr reden!*) Ich will aber deshalb nicht bis 4 Uhr warten, ich wäre schon längst fertig, aber in dem Moment, in dem mir der Herr Präsident den Wortentzug androht, muß ich doch nachweisen können, daß ich zur Sache gesprochen habe! (*Abg. Ofenböck: Das stimmt aber nicht!*) Das muß ich, jawohl! (*Abg. Ofenböck: Das stimmt nicht!*) Er hat mich zur Sache gerufen. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Ofenböck.*) Was stimmt nicht? Stimmt das nicht, was im ÖVP-Wahlprogramm steht, oder stimmt das nicht, was der Herr Präsident gesagt hat, oder stimmt das nicht, was ich gesagt habe? Sagen Sie doch, was nicht stimmt! Der Herr Präsident Wallner hat mich zur Sache gerufen, Herr Präsident Maleta! Als Präsident wissen Sie selbst: Das ist schön langsam der Anfang vom Wortentzug. Kann man — ich glaube, das ist zulässig; Herr Präsident, dann frage ich Sie, beantworten Sie diese Frage, sonst werden wir sie schriftlich einbringen —, kann man, wenn der Präsident zur Sache ruft, nachweisen, daß man zur Sache spricht? Ja oder nein? Ich habe nichts getan als jetzt nachgewiesen, daß die Packelei ... (*Abg. Dr. Maleta: Solange Ihnen das Wort nicht entzogen ist, können Sie natürlich darüber sprechen!*) Na also, Herr Präsident, was anderes tue ich ja gar nicht. (*Abg. Dr. Maleta: Warum diskutieren Sie dann mit mir?*) Herr Präsident, ich diskutiere deshalb mit Ihnen,

weil Sie mit mir diskutiert haben. Ich habe die Diskussion mit Ihnen als Abgeordneter nicht eröffnet. Sie haben mir einen Zwischenruf gemacht. Soweit sollten Sie mich aus der Praxis hier im Hause kennen, daß jedesmal, wenn mir jemand einen Zwischenruf macht, er eine Antwort bekommt. Herr Präsident! (*Abg. Dr. Maleta: Sie kennen meinen Standpunkt, daß eine Spielregel in dem Hause gelten muß: die Respektierung des Präsidenten!*) Jawohl, Herr Präsident! Das setzt aber auch eine gleiche Behandlung der Abgeordneten voraus. Ich glaube, daß mancher Abgeordnete schon weiter vom Thema abgewichen ist als ich. Ich gebe zu, es ist der Regierungspartei unangenehm, wenn wir anlässlich dieses Antrages auch die Hintergründe aufzeigen.

Präsident Wallner: Ich muß es entschieden zurückweisen, daß Sie mich mit der Regierungspartei insofern in Kontakt bringen, daß ich hier einseitig als Vorsitzender vorgegangen wäre. Das weise ich entschieden zurück. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Abgeordneter Zeillinger (*fortsetzend*): Herr Präsident! Ich darf Sie jetzt einladen, den letzten Satz, den ich gesagt habe, noch einmal zu lesen. Ich habe mich nur mit der Regierungspartei und seit etwa drei Minuten, in denen ich die Diskussion mit dem Herrn Ersten Präsidenten hatte — (*Abg. Dr. Maleta: Mit dem Präsidenten!*) mit dem Präsidenten hatte —, nicht mehr mit Ihrer Vorsitzführung beschäftigt. Ich sprach jetzt von der Regierungspartei, und ich sehe nicht ein, warum ich mich abhalten lassen muß, der Regierungspartei das zu sagen, was ich für richtig halte. Ich sehe nicht ein, warum wir nicht die Hintergründe aufdecken sollen, die dazu geführt haben, daß das Parlament nicht mehr so arbeiten kann, wie man es vom österreichischen Parlament erwarten kann. (*Abg. Altenburger: Von der ungleichen Behandlung der Abgeordneten durch den Präsidenten haben Sie gesprochen! Das ist eine Kritik an dem Präsidenten!*) Jawohl, ich werde Ihnen, Herr Kollege, wenn Sie wollen, das nachweisen. Herr Kollege, ich habe hier gesagt, und das wiederhole ich: Ich bin überzeugt, daß mancher Abgeordnete schon weiter von der Tagesordnung abgewichen ist, als ich es jetzt in meiner Wortmeldung getan habe, und er ist nicht zur Ordnung gerufen worden, ist nicht zur Sache gerufen worden! (*Abg. Altenburger: Aber Sie haben nicht die Meinung des Präsidenten auszulegen!*) Herr Kollege, ich wehre mich. Ich behaupte, Ihre Packelei von der Volkspartei mit den Sozialisten steht in ursächlichem Zusammenhang mit diesem Antrag! (*Abg. Altenburger: Sie haben gesagt, der Präsident ist parteilich!*) Kollege

Zeillinger

Altenburger, ich gebe zu, es ist Ihnen unangenehm. (*Zwischenruf des Abg. Prinke.*) Herr Kollege Prinke, ja, es ist Ihnen unangenehm, aber deswegen können wir doch darüber reden! (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Nein, es fängt damit an. (*Abg. Altenburger: So fängt es an!*) Herr Kollege Altenburger! Machen Sie keine falschen Versprechungen in Ihrem Wahlprogramm, wenn Sie sie nicht halten. Spielen Sie nicht die Starken und erklären Sie nicht, Sie werden nicht vor den Roten kapitulieren, wie es Herr Dr. Klaus und Herr Dr. Withalm gemacht haben, die dann kapitulieren. (*Abg. Altenburger: Sie haben von der parteiischen Führung des Vorsitzenden gesprochen!*) Nein, das Wort habe ich nicht gesagt. (*Abg. Altenburger: Das haben Sie gesagt!*) Nein, Herr Kollege! (*Abg. Steiner: Er weiß ja nicht, was er sagt!*) Lieber Abgeordneter Steiner, ich weiß sehr gut, was ich sage, Sie können im Protokoll nachlesen. Ich habe nicht von der parteiischen Führung gesprochen, ich habe nur — und das wiederhole ich — erklärt: Es haben sich Abgeordnete schon weiter von der Tagesordnung entfernt und sind nicht zur Ordnung gerufen worden. Das möchte ich feststellen, das kann ich feststellen und das lasse ich mir von niemandem nehmen!

Meine Herren! Ich verstehe Ihre Aufforderung, ich verstehe vollkommen, daß Sie nervös sind. Ich kann mir vorstellen, wie der morgige Tag werden wird, wenn Sie heute, wo Sie nur diesen Antrag zu vertreten haben, schon so unangenehm berührt sind, wenn man einmal über die Hintergründe spricht, wenn man über die Konfusion spricht, die hier bereits in Ihren Reihen herrscht, wenn man darüber spricht, daß die Sitzungen im Durcheinander gehen, gleichzeitig einberufen werden, sich gegenseitig widersprechen.

Aber ich kann Ihnen nur sagen: Die Schwierigkeiten liegen nicht bei den Abgeordneten. Machen Sie sich nicht so stark, wenn Sie nicht die Stärke haben. Wenn Sie von vornherein wissen, daß Sie kapitulieren werden, dann sagen Sie nicht vor dem Fernsehschirm, Herr Dr. Withalm, Sie werden nicht nachgeben, wenn Sie 14 Tage später dann doch nachgeben. Und wenn Sie es tun, dann nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir Freiheitlichen Ihnen bei einem solchen Tun nicht die Mauer machen, sondern Ihr Verhalten aufdecken werden! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Wallner: Ich will auf die aufgeworfene Geschäftsordnungsfrage heute nicht eingehen, da es sich selbst nach Ansicht des Redners bei dem Vertagungsantrag um einen zu Recht eingebrachten Antrag handelt. Ich werde aber die Angelegenheit in der nächsten

Präsidialsitzung bezüglich der weiteren Vorgangsweise zur Klärung vortragen.

Zum Wort ist nun niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? — Es ist das nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung, die ich über beide Punkte getrennt vornehme.

Wir gelangen zuerst zur Abstimmung über den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1969).

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters beitreten, den gegenständlichen Bericht der Bundesregierung samt Beilage zur Kenntnis zu nehmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Dies ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe VIII. Diese umfaßt Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesen Kapiteln in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Withalm, Dr. Pittermann und Genossen, betreffend die Vertagung der Verhandlungen über den Bundesvoranschlag 1969.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, Dienstag, den 10. Dezember, um 16 Uhr 10 ein.

Die Tagesordnung ist folgende:

1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1034 der Beilagen): Bundesgesetz, betreffend Schenkung von Bundesvermögen an die Bundesländer und die Stadt Wien aus Anlaß der 50. Wiederkehr des Tages des Erstehens der Republik Österreich (1072 der Beilagen);

2. Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (884 der Beilagen): Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundesverfassungsgesetz in der Fassung von 1929 durch eine Bestimmung über die Zuständigkeit der Länder zur Regelung des Grundstückverkehrs für Ausländer oder im Ausland wohnhafte Personen ergänzt wird (1068 der Beilagen);

Präsident Wallner

3. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1036 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsüberleitungsgesetz neuerlich abgeändert wird (1073 der Beilagen);

4. Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (981 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Hochschultaxengesetz neuerlich abgeändert wird (8. Novelle zum Hochschultaxengesetz) (1046 der Beilagen);

5. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (986 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Hochschulassistentengesetz 1962 neuerlich abgeändert wird (8. Novelle zum Hochschulassistentengesetz) (1044 der Beilagen);

6. Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (1058 der Beilagen): Bundesgesetz mit dem das Dorotheums-Bedienstetengesetz abgeändert wird (1097 der Beilagen);

7. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (993 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Privatbahnunterstützungsgesetz 1959 neuerlich abgeändert wird (1094 der Beilagen);

8. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1000 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem weitere Überschreitungen der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1968 genehmigt werden (4. Budgetüberschreitungs-gesetz 1968) (1041 der Beilagen);

9. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (992 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein im Bereiche der sozialen Sicherheit (1077 der Beilagen);

10. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (1059 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz abgeändert wird (23. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz) (1081 der Beilagen);

11. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (1060 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherungsgesetz abgeändert wird (13. Novelle zum Landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherungsgesetz) (1082 der Beilagen);

12. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (1061 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bauern-Krankenversicherungsgesetz abgeän-

dert wird (2. Novelle zum Bauern-Krankenversicherungsgesetz) (1083 der Beilagen);

13. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (1028 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz, betreffend Abänderung und Ergänzung des Kleinrentnergesetzes, neuerlich abgeändert wird (1076 der Beilagen);

14. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (1027 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Kriegsoferversorgungsgesetz 1957 neuerlich abgeändert und ergänzt wird (1078 der Beilagen);

15. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (1026 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Heeresversorgungsgesetz neuerlich abgeändert und ergänzt wird (7. Novelle zum Heeresversorgungsgesetz) (1079 der Beilagen);

16. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (1049 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den sozialversicherungsrechtlichen Schutz der den Präsenzdienst leistenden Wehrpflichtigen abgeändert wird (1080 der Beilagen);

17. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (983 der Beilagen): Arbeitsmarktförderungsgesetz (1086 der Beilagen);

18. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (984 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958 neuerlich abgeändert wird (1087 der Beilagen);

19. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (1062 der Beilagen): 2. Novelle zum Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (1084 der Beilagen);

20. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (1063 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Arbeiterkammergesetz neuerlich abgeändert wird (1085 der Beilagen);

21. Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration über die Regierungsvorlage (998 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das 4. EFTA-Durchführungsgesetz neuerlich abgeändert wird (1088 der Beilagen);

22. Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 78/A der Abgeordneten Czettel, Dr. Kranzlmayr, Dr. van Tongel und Genossen, betreffend Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses (1099 der Beilagen);

23. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag 79/A der Abgeordneten Griebner und Genossen, be-

Präsident Wallner

treffend die Erlassung eines Bundesgesetzes, mit dem die Geltungsdauer des Landwirtschaftsgesetzes neuerlich verlängert wird (1089 der Beilagen);

24. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag 80/A der Abgeordneten Griesner und Genossen, betreffend Marktordnungsgesetz-Novelle 1968 (1090 der Beilagen);

25. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag 81/A der Abgeordneten Ing. Hofstetter und Genossen, betreffend die Erlassung eines Bundesgesetzes, mit dem die Geltungsdauer des Lebensmittelbewirtschaftungsgesetzes 1952 neuerlich verlängert wird (1091 der Beilagen);

26. Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 82/A der Abgeordneten Dr. Hetzenauer und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Geltungsdauer des Preisregelungsgesetzes 1957 neuerlich verlängert wird (1098 der Beilagen);

27. Bericht des Justizausschusses über den Antrag 83/A der Abgeordneten Dr. Hetzenauer und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Geltungsdauer des Preistreibergesetzes 1959 neuerlich verlängert wird (1096 der Beilagen);

28. Bericht des Handelsausschusses über den Antrag 84/A der Abgeordneten Robert Graf und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Geltungsdauer des Rohstoffverpackungsgesetzes 1951 neuerlich verlängert wird (1093 der Beilagen);

29. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über den Antrag 85/A der Abgeordneten Mayr und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Geltungsdauer des Lastverteilungsgesetzes 1952 neuerlich verlängert wird (1095 der Beilagen);

30. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag 76/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Spielbüchler, Meißl und Genossen, betreffend die Änderung des Katastrophenfondsgesetzes, BGBl. Nr. 207/1966 (1075 der Beilagen);

31. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag 69/A der Abgeordneten Stohs und Genossen, betreffend Abänderung des Einkommensteuergesetzes 1967 (1074 der Beilagen);

32. Bericht des Handelsausschusses über den Antrag 77/A der Abgeordneten Kulhanek und Genossen, betreffend eine Abänderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (1092 der Beilagen);

33. Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen der Bezirkshauptmannschaft Bregenz um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Werner Melter (1071 der Beilagen);

34. Erste Lesung des Antrages 74/A der Abgeordneten Gertrude Wondrack und Genossen, betreffend Lebensmittelgesetz 1968.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 5 Minuten